DE GRUYTER

Monika Faßbender (Ed.)

WOLFGANG SCHOLLWER

BIOGRAPHISCHE QUELLEN ZUR ZEITGESCHICHTE



Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945

Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
und in Verbindung mit dem Bundesarchiv
von Wolfgang Benz

Band 6

R. Oldenbourg Verlag München 1988

Wolfgang Schollwer

Potsdamer Tagebuch 1948–1950

Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung

Herausgegeben von
Monika Faßbender

R. Oldenbourg Verlag München 1988

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Schollwer, Wolfgang:
Potsdamer Tagebuch 1948–1950 : liberale Politik unter sowjet. Besatzung / Wolfgang Schollwer. Hrsg. von Monika Fassbender. – München : Oldenbourg, 1988
(Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945 ; Bd. 6)
ISBN 3-486-54581-7
NE: GT

© 1988 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-54581-7

Inhalt

Einleitung 7
Rückblick: Die Situation am Ende des Jahres 1947 19
Tagebuch 1948
Kreissekretär der LDP in Potsdam 25
Dauerkrise der LDP 34
Nationaldemokraten als neue Partei – Maifeier in Potsdam – „Volksbegehren“ 42
Landessekretär der LDP Brandenburg 52
Währungsreform, Versorgungskrise, Kampf um Berlin 58
Die LDP gerät unter Beschuß – Volkskongreß und Volksausschüsse 70
Zweijahresplan – „Schädlinge und Saboteure“ – „Freier Bauer auf freier Scholle“ 77
Die Stimmung im Volk – Hennecke als deutscher Stachanow – „Volkskontrolle“ 88
„Der Strom, der zum Sozialismus führt“ 97
Tagebuch 1949
Ein Neuer Kurs? – Reform der Jugendarbeit – Parteitag der Liberalen in Eisenach 106
Kriegsängste – Hauptausschuß in Leipzig – SMA gegen Herbstwahlen 116
Reibungen mit der SED und Konflikt in der Landesleitung der LDP 128
Politik der Nationalen Front und Gründung des Oststaats 135
Westarbeit der Nationalen Front 146
Von der NKWD umworben und bedrängt – Die Basis wird rebellisch 153
Tagebuch 1950
Säuberungen in der LDP 160
Stadtverordneter in Potsdam – Der politische Druck nimmt zu . . 174
„Parteischädigendes Verhalten“ – Fristlose Kündigung und Flucht nach Westberlin 183
Anmerkungen 195
Dokumente 225
Kurzbiographien 273
Abkürzungen 282
Personenregister 284

Einleitung

I.

Wolfgang Schollwers Tagebuch berichtet aus dem Innenleben einer bürgerlichen Partei in der SBZ/DDR: ein ehemaliger LDP-Funktionär, Berufspolitiker aus Zufall, beschreibt die Jahre 1948–1950. Es sind die Jahre, in denen die Teilung Deutschlands faktisch wird, in denen die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vorbereitet und vollzogen wird. Peter Bloch, wie Schollwer in Brandenburg, aber in der CDU tätig, gab seinen Erinnerungen über diese Zeit den Titel: „Zwischen Hoffnung und Resignation".[1] Beide Stimmungen durchziehen auch Schollwers Tagebuch und es gelingt ihm, zu veranschaulichen, woher diese Gefühle kamen: die Hoffnung richtete sich nach „draußen", bei Schollwer ausgedrückt in dem immer wiederkehrenden Wunsch, daß die Siegermächte zu einer gemeinsamen Politik finden, an deren Ende ein ungeteiltes Deutschland steht. Die Resignation entstand mit der Teilnahme an den politischen Prozessen „innen": in Schollwers Tagebuch wird deutlich, wie eng die Grenzen einer eigenständigen Politik für die nichtkommunistischen Parteien in der SBZ/DDR waren.

Als Angesteller der LDP gehörte Schollwer qua Funktion zahlreichen Gremien der Partei wie des Blocks an, was ihm die Gelegenheit gab, innerparteiliche Willensbildungsprozesse, aber auch das Zusammenspiel mit Besatzungsmacht und konkurrierenden Parteien zu beobachten. Er, der nicht Politiker, sondern Arzt werden wollte, wuchs langsam in die Politik hinein und seine Aufzeichnungen spiegeln auch einen Lernprozeß wieder. Handelnd, nicht von einem theoretischen Standpunkt aus, begreift Schollwer die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der SBZ/DDR. Ihn beschäftigt nie die Frage, was ist „liberal", was ist „sozialistisch", sondern er beschreibt, was passiert und er beschreibt es so, daß der Leser nachvollziehend versteht.

Das Tagebuch entstand aus einer Gewohnheit: schon als Schüler hatte Schollwer ihm wichtig erscheinende politische Ereignisse in einem Notizbuch vermerkt, später kam Privates hinzu. Aus dem Beobachter von Politik wurde nach und nach ein politisch Handelnder, aber trotz seines Engagements gab Schollwer in gewisser Weise den Standpunkt des Beobachters nie auf: er glaubte nicht, eine wichtige Person der Zeitgeschichte zu sein;

[1] Peter Bloch, Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945–1950, hg. von Siegfried Suckut, Köln 1986.

frei von Eitelkeit und dem Wunsch, sein Handeln ins rechte Licht zu rükken, notierte er Ereignisse, beschrieb Situationen und Menschen, stellte sein Handeln und Argumentieren und das der anderen dar. Sachlich, manchmal auch Emotionen Ausdruck gebend, sind seine Aufzeichnungen voll von farbigen Einzelheiten: politische Versammlungen, Ängste, Unsicherheiten, Reaktionen auf die „große" Politik, das Entstehen von politischem Druck und hilfloses und erfolgloses Taktieren bürgerlicher Politiker – für den Leser wird die Zeit anschaulich, in der in einem Teil Deutschlands ein Staat mit einer „sozialistischen Gesellschaftsordnung" errichtet wird.

II.

Wolfgang Schollwer, geboren am 13. Februar 1922 als Sohn eines Arztes und einer Klavierlehrerin in Potsdam, wuchs in einem konservativen Elternhaus auf; die Eltern wählten die Deutschnationale Volkspartei, der Vater war seit 1929 DNVP-Mitglied. Trauer um den Verlust der Monarchie und Vorurteile gegen alles, was nicht deutsch, monarchistisch und preußisch war, gingen einher mit der Tatsache, daß die Republik eine Verschlechterung der materiellen Situation bedeutete: bis 1918 hatte der Vater als „Hofarzt" der Familie ein sicheres Einkommen und gesellschaftliche Anerkennung verschafft. Rückwärtsgewandt und politisch eng: das war das Milieu, in dem Schollwer aufwuchs.

Nach Absolvierung einer privaten Lehranstalt besuchte er ab 1932 ein humanistisches Gymnasium, an dessen Spitze bis 1945 ein demokratisch gesinnter Direktor stand, dem Schollwer es heute als Verdienst anrechnet, daß der Unterricht nicht stärker vom „braunen Gedankengut" infiziert wurde. Der schüchterne Junge wurde 1934 Mitglied im Jungvolk der HJ: der Vater war als Vorsitzender des „Potsdamer Schutzverbandes der Ärzte" durch einen Parteigenossen abgelöst worden und man sah in einem möglichen Engagement des Sohnes wohl ein gutgemeintes Zeichen gegenüber den Nazis, die ansonsten in der Familie nicht ernstgenommen wurden, weil man sich ihnen aufgrund von Herkunft und Bildung überlegen fühlte. Auch in der HJ, in die er 1936 überwiesen wurde, blieb Schollwer ein Außenseiter: er machte ohne Freude mit und empfand sein Abseitsstehen zugleich als Charakterschwäche – eine Erfahrung, die er später als Soldat wiederholte.

In den letzten Jahren vor dem Abitur begann sich Schollwer vage für Politik zu interessieren. Es sammelte Zeitungsausschnitte und vermerkte in seinem Notizbuch politische Ereignisse. Den Kriegsausbruch erlebte er ohne Begeisterung, aber wie viele seiner Klassenkameraden suchte er sich eine Arbeit in einem „kriegswichtigen Betrieb", dem Heeresproviantamt. Am 30. September 1940 wurde Schollwer zum Reichsarbeitsdienst in Treb-

bin eingezogen, im Februar 1941 zur Wehrmacht. Er kam als Angehöriger eines Artillerieregiments an die Ostfront und wurde im Juli 1943 wegen Malariaanfällen in ein Lazarett in Kiew eingeliefert. Dieser Lazarettaufenthalt war für Schollwer aus zwei Gründen für sein weiteres Leben entscheidend. Er entschloß sich, Medizin zu studieren, und er machte hier eine Erfahrung, über die er in seinem späteren Leben oft nachgedacht hat. Das Lazarett befand sich im ehemaligen jüdischen Viertel von Kiew, dessen Bevölkerung die Nazis im September 1941 umgebracht hatten. Bei einem seiner Spaziergänge in der Umgebung kam Schollwer in einem Waldstück an eine Schlucht, die von einem deutschen Soldaten bewacht wurde, vermutlich ein Massengrab. Daß es ein Massengrab sein könnte, dieser Gedanke kam ihm für einen Augenblick, und wurde gleich verdrängt von anderen Gefühlen: von dem Tabu, zu fragen, auch von dem Wunsch, nichts zur Kenntnis zu nehmen, was das Überleben in diesem Krieg irgendwie gefährden könnte. Erst viel später ist Schollwer bewußt geworden, wie aus einer solchen – individuell zu verstehenden – Schwäche Schuld entsteht.

Im Oktober 1943 wurde Schollwer zum Obergefreiten befördert und im November 1943 zu einem Lehrgang für Reserveoffiziere abkommandiert, nach dessen Beendigung er erneut zur „Frontbewährung" nach Ostgalizien (Lemberg) geschickt wurde. Nach Abschluß eines weiteren Lehrganges auf der Waffenschule in Ostpommern wurde er im Januar 1945 zum Leutnant der Reserve befördert und im Februar 1945 verwundet. Im März 1945 kam er in einem Lazarett in Schivelbein in russische Gefangenschaft, aus der er im Juni des gleichen Jahres entlassen wurde. Den 8. Mai 1945 nahm er deprimiert zur Kenntnis: dieser Tag symbolisierte für ihn die Niederlage Deutschlands und nicht die Befreiung vom Nationalsozialismus. Schollwer war kein Nationalsozialist gewesen, aber entsprechend seiner Herkunft und seiner Erziehung dachte er „national": er träumte von einem großen, mächtigen Deutschland. Die Gesellschaft, die er sich vorstellte, war bestimmt von den Werten Ordnung und Disziplin; am liebsten wäre ihm eine konstitutionelle Monarchie gewesen.

Ohne Ausbildung und ohne Beruf kehrte Schollwer nach Potsdam zurück. Er bewarb sich in Berlin um die Zulassung zum Medizinstudium für das Wintersemester 1945/46 und verbrachte den ersten Nachkriegssommer vor allem damit, Konzerte, Theater, Kinos zu besuchen. Im Januar 1946 begann er mit einem Praktikum in der Chirurgie des katholischen St.-Josef-Krankenhauses in Potsdam und erhielt im gleichen Monat die Mitteilung, daß sein Antrag auf Zulassung zum Medizinstudium aus politischen Gründen abgelehnt worden sei. In einem Gespräch mit dem Prüfungsausschuß in Juni 1946 wurde ihm eine erneute Bewerbung zum Wintersemester 1946/47 empfohlen und als auch dieser Antrag abgelehnt wurde, erhielt Schollwer den Rat, in die SED einzutreten.

Um das geforderte gesellschaftlich-politische Engagement für die Zulas-

sung zum Medizinstudium nachzuweisen, trat er im September 1946 der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) bei – von allen „Blockparteien" schien ihm diese Partei die unproblematischste zu sein. Aus ähnlichen Motiven wie Schollwer waren viele zur LDP gekommen, sie war das „kleinere Übel" für alle, die nicht in eine sozialistische oder in eine christliche Partei gehen wollten, für die aber der Nachweis politischen Engagements gegenüber der russischen Besatzungsmacht vor allem aus beruflichen Gründen wichtig war. Entsprechend dem Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 10. Juni 1945 über die Bildung von „Antifaschistischen Parteien" waren im Juni/Juli 1945 nacheinander KPD, SPD, CDU und LDP zugelassen worden; KPD und SPD wurden im April 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vereinigt. Die LDP verstand sich in der Tradition der bürgerlich-liberalen Parteien der Weimarer Republik stehend; ihre Mitglieder waren vor allem Akademiker, Angestelle, Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker und Beamte. Programmatisch stellte sich die Partei in den ersten Jahren diffus dar: es gelang ihr keine überzeugende Beschreibung über Zweck und Aufgabe einer liberalen Partei. Bis zum „Eisenacher Programm" vom Februar 1949 scheute sich die Parteiführung vor einer programmatischen „Festlegung", was ihre Position gegenüber Besatzungsmacht und SED nicht gerade stärkte.

Hinzu kamen die besonderen Bedingungen in der Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsmacht. Alle Parteien arbeiteten unter der Kontrolle der SMAD und entsprechend ihren Instruktionen, formal gleichberechtigt, aber unter Führung der „Partei der Arbeiterklasse". Diese Konstellation entsprach der kommunistischen Ideologie vom Übergang zum Sozialismus, in der die Parteien, aber auch die Massenorganisationen wie Gewerkschaften, Genossenschaften, Frauenvereine, die Funktion von „Transmissionsriemen" übernehmen sollten. Hermann Weber hat die Methoden der SMAD in diesem „Transformationsprozeß" in bezug auf die nichtkommunistischen Parteien in neun Punkten kategorisiert: 1. Säuberungen; 2. Druck ausüben; 3. Zwiespalt säen; 4. Verfügung über materielle Ressourcen; 5. Beherrschung der Medien; 6. Unterstützung von Anhängern der sowjetischen Politik; 7. Bearbeitung von Gegnern; 8. Ermöglichung von Karrieren; 9. Planmäßige Kaderarbeit.[2]

Von all dem findet man etwas in Schollwers Tagebuch. Nüchtern, oft mit Ironie, manchmal mit verhaltener Wut schildert Schollwer, wie die LDP zunehmend in den „Block" eingebunden wird. Er beschreibt an vielen Beispielen den Druck der SMAD, aber er beschreibt auch, wie die unsichere, oft naive Haltung von LDP-Politikern und Funktionären diese Entwicklung begünstigte.

[2] Hermann Weber, Zum Transformationsprozeß des Parteiensystems in der SBZ/DDR, in: ders. (Hg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982, S. 40–47.

Schollwer wollte weder Politiker noch Funktionär werden, doch als er der LDP beigetreten war, erhielt er bald sein erstes Ehrenamt: er wurde Vertrauensmann der LDP für seinen Wohnbereich, was vor allem hieß: er führte die Mitgliederkartei. Bald war er Kassenwart der Ortsgruppe und Mitglied im Jugendausschuß des Kreisverbandes, er besuchte immer häufiger Parteiveranstaltungen, hielt Kurzreferate, nahm sogar als Teilnehmer an einer Diskussionssendung mit der FDJ im Landessender Potsdam teil. In diesen Monaten interessierte er sich zwar immer mehr für Politik, dachte allerdings überhaupt nicht daran, Berufspolitiker zu werden, sondern wollte nach wie vor Medizin studieren. Von Dezember 1946 bis zum Dezember 1947 arbeitete er als „Seuchenarbeiter" beim Landesgesundheitsamt Berlin; im Herbst 1947 bewarb er sich erneut um einen Medizinstudienplatz, der ihm, trotz eines Empfehlungsschreibens von Dr. Wilhelm Külz an den Prüfungsausschuß, abgelehnt wurde. Seine bürgerliche Herkunft, seine militärische Vergangenheit und seine Weigerung, der SED beizutreten, dürften für diese Ablehnung ausschlaggebend gewesen sein.

Als er Ende 1947 vom Landesverband der LDP das Angebot bekam, die Arbeit des Parteigeschäftsführers in Potsdam zu übernehmen, sagte er zu. Ohne es zu wissen, tat er damit den ersten Schritt auf einem Weg, der ihn zu einem Berufspolitiker „in der zweiten Reihe" machte. Mit dem Januar 1948, der Übernahme des Amtes als – wie es offiziell hieß – Kreissekretär der LDP in Potsdam, beginnt des Tagebuch.

Neben den Routineaufgaben als Kreissekretär – Schollwer gehörte im Frühjahr 1948 neun Ausschüssen, Kommissionen und Arbeitsgemeinschaften des „Blocks" an – waren es Jugendfragen, denen sein größtes Interesse galt. Bereits 1947 war er Mitglied im Landesjugendausschuß der LDP, wurde im August 1948 zum Vorsitzenden des Ausschusses für Jugend- und Nachwuchsfragen gewählt und war seit Oktober 1948 Mitglied im Zonenjugendausschuß der Parteileitung, seit November 1948 gleichzeitig Jugendsekretär beim Landesverband Brandenburg. Die Jugendausschüsse der Partei wurden im Januar 1949 aufgelöst und in „Jugendbeiräte" umgewandelt: auf diese Weise sollten die liberalen Jugendfunktionäre in Ämter der Partei integriert und eigenständige Jugendarbeit unmöglich gemacht werden.

Zur Jugendarbeit im weiteren Sinn gehörte auch die Kommission zur Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums; Schollwer beschreibt in seinem Tagebuch, wie er hier und im Kreissequesterausschuß von Anfang an in Konflikt mit SED und SMAD geriet. Je mehr sich Schollwer politisch vor allem in der Jugendarbeit engagierte, um so größer wurde das Konfliktpotential: als im März 1946 die FDJ gegründet worden war, wurde sie als überparteiliche und einzig zugelassene Jugendorganisation gegründet: Jugendorganisationen anderer Parteien waren verboten. In dem Maße also, wie das Engagement liberaler Jugendarbeit auf eine eigenständige Jugendpolitik zulief, wurde der Argwohn der SMAD geweckt.

Schollwer begann seine hauptamtliche Tätigkeit bei der LDP politisch völlig unerfahren; in den Ausschüssen und Kommissionen des Blocks saß er meistens ohne jede Direktive oder politische Richtlinie der Partei. Er war allein auf sich gestellt und in den Diskussionen, die er mit seinen Gegnern zu führen hatte, bildete sich erst allmählich ein politischer Standpunkt heraus. Seine Unerfahrenheit mag dazu geführt haben, daß er sich in vergleichbaren Situationen unterschiedlich verhielt: einmal äußerte er freimütig seine Meinung, weil er die Konsequenzen einer solchen Äußerung nicht übersah, ein anderes Mal wich er vor tatsächlichen oder auch nur eingebildeten Bedrohungen zurück. Und so wie ihm ging es vielen „bürgerlichen" Politikern – ein leichtes Spiel für die Besatzungsmacht und die in Kaderpolitik geschulten Vertreter der SED!

Auf Drängen des geschäftsführenden Landesvorsitzenden Ingo von Koerber übernahm Schollwer im Juni 1948 das Amt des Landessekretärs der LDP Brandenburg. Er bekam in dieser Tätigkeit Einblick in die LDP-Arbeit „vor Ort": als Referent trat er bei lokalen Parteiversammlungen auf, stellte für seine Monatsberichte an die SMAD Informationen über die örtlichen Gruppierungen zusammen. Und er lernte die LDP „von der anderen Seite" kennen: indem er an den Sitzungen des Landesvorstandes teilnahm, gewann er Einblick in Entscheidungsprozesse, die auf liberaler Seite die Entstehung der DDR begleiteten.

Schollwers Beobachtungen geben einen tiefen Einblick in die Dauerkrise der LDP; die Parteiführung vertrat mehr die Linie des Durchmogelns als einen klaren Kurs, die Parteimitglieder fühlten sich allein gelassen und reagierten verunsichert, ängstlich, manchmal auch rebellisch. Viele resignierten, traten aus der Partei aus oder flohen, viele wurden verhaftet.

Im Winter 1949/50 mußte sich auch Schollwer Verhören durch den russischen Geheimdienst unterziehen: seine Jugendarbeit hatte Mißfallen erregt, man versuchte Druck auf ihn auszuüben, ihn für Spitzeldienste zu gewinnen. All das beschreibt er in seinem Tagebuch. Als er sich störrisch zeigt, hören die Verhöre plötzlich auf, aber Schollwers Position in der Partei wird immer schwieriger. Im Februar 1950 hatte der Landesvorstand der LDP in Brandenburg ein Sonderparteigericht eingesetzt, das sich mit Vorgängen in der Landtagsfraktion der Partei beschäftigen sollte. Fünf Landtagsabgeordnete hatten auf einer Fraktionssitzung angeblich antisowjetische Äußerungen gemacht; ein anwesender ADN-Vertreter hatte diese Äußerungen in die kommunistische Presse gebracht. Aber das Parteigericht, an dem Schollwer als „Ankläger des Landesverbandes" teilnehmen sollte, hatte sich nicht nur mit diesem Fall zu beschäftigen. LDP-Funktionäre, die sich – wie auch immer – kritisch zu Vorgängen in der DDR äußerten, wurden in diesen Wintermonaten Gegenstand der SED-Presse oder durch bestellte Protestaktionen bedrängt; auf jeden Fall kamen sie quasi automatisch vor das Parteigericht.

Schollwer vertrat in diesem Parteigericht keineswegs den strengen Standpunkt der Anklage, sondern plädierte nur da für Parteiausschluß, wo ein Parteimitglied eindeutig gegen Parteirichtlinien verstoßen hatte; in einigen Fällen weigerte er sich sogar, überhaupt ein Verfahren einzuleiten. Daraufhin kam es zu einem Konflikt mit dem Landesvorsitzenden Ingo von Koerber, der Schollwers Verhalten zum Anlaß nahm, grundsätzliche Kritik an dessen Arbeit und seiner politischen Haltung zu üben. Schollwer brachte das Maß zum Überlaufen, als er auf einer Tagung im Mai 1950 vor LDP-Funktionären in der Nationalen Front vom Parteivorsitzenden Hamann Aufschluß darüber verlangte, wie die LDP sich zu der Auffassung der Kommunisten verhalten wolle, daß die „bürgerlichen Parteien" im „Kampf gegen die Reaktion" auszunutzen seien. Zum 31. Juli 1950 wurde Schollwer fristlos als Landessekretär gekündigt, mußte nach und nach alle Parteiämter aufgeben, und blieb lediglich Stadtverordneter von Potsdam. Nachdem er sich kurze Zeit als Hilfskrankenpfleger im städtischen Krankenhaus von Potsdam finanziell über Wasser gehalten hatte, floh er Ende Oktober 1950 mit seiner Frau nach Westberlin.

Ingo von Koerber hatte Wolfgang Schollwer in einer Beurteilung vom 20. März 1950 bescheinigt, daß er „mit den allermeisten politischen Fragen gut vertraut" sei und das er in seinem Auftreten für die Partei und für die Nationale Front „stets die allerbesten Erfolge" gehabt habe. Und weiter: „Er hat seine ganze Arbeitskraft der Politik gewidmet und will auch voraussichtlich dabei bleiben, seine Befähigung liegt durchaus dafür vor."[3] Ein Jahr zuvor, im April 1949, hatte Koerber Schollwer bescheinigt: „Herr Schollwer ist eine junge politische Kraft, die sich sicher noch weiter entwickeln wird und den Anforderungen der Gegenwart in jeder Weise gewachsen ist."[4]

Die „Anforderungen der Gegenwart" stellten sich in Westberlin als Arbeitslosigkeit und materielle Not dar; politisch engagierte sich Schollwer wieder ehrenamtlich. Gleich nach seiner Flucht trat er in die FDP von Wilmersdorf ein und wurde Mitglied einer brandenburgischen LDP-Flüchtlingsgruppe. Im Winter 1950/51 erhielt er von der Außenstelle Berlin des „Hilfsdienst Ost" der FDP den Hinweis, daß bei der Zentrale in Bonn die Stelle eines Sachbearbeiters frei sei; Schollwer bewarb sich und begann im April 1951 mit seinem Dienst.

Der „Hilfsdienst Ost" der FDP, später in „Ostbüro" umbenannt, erfüllte im wesentlichen drei Aufgaben: Erstens unterhielt er „Außenstellen" in Gießen, Uelzen und Berlin, die der Flüchtlingsbetreuung dienten. Flüchtlinge aus der DDR erhielten hier Hilfe bei der Stellenvermittlung

[3] Ingo von Koerber: Beurteilung für Wolfgang Schollwer vom 20.3.1950 (AdL 6947–6).

[4] Ingo von Koerber: Charakteristik von Herrn Schollwer, vermutlich 28.4.1949 (AdL 6947–3).

oder auch finanzielle Unterstützung, bekamen unter Umständen eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt und wurden nach den Verhältnissen und ihren politischen Aktivitäten in der DDR befragt. Zweitens wurden in der Zentrale des Ostbüros Informationen aus und über die DDR gesammelt und ausgewertet. Und drittens fanden gelegentlich sogenannte Informationskampagnen statt, bei denen mit Hilfe von Luftballons Handzettel und Flugblätter in die DDR geschickt wurden.

Schollwer konnte mit dieser Arbeit berufsmäßig fortsetzen, was ihm aufgrund seiner Biographie zum Anliegen geworden war: sich mit der DDR beschäftigen. Er trat als Redner vor Flüchtlingsversammlungen auf, arbeitete an den Publikationen des Ostbüros mit, wertete Zeitungen und Zeitschriften im Hinblick auf DDR-Informationen aus. 1955 kam es auf dem Bundesparteitag der FDP in Oldenburg sogar zu einer unfreiwilligen Begegnung mit Vertretern der LDP: unter Leitung von Rudolf Agsten erschien unangemeldet eine Delegation der LDP mit dem Anliegen, ein Gespräch mit dem FDP-Bundesvorstand zu führen und dem Parteitag eine Grußbotschaft zu überbringen. Zu dieser Delegation gehörte auch Carl Mühlmann, der Schollwers Entlassung als LDP-Funktionär mitbetrieben hatte. Mühlmann bat Schollwer, das Anliegen der Delegation bei den Gremien der FDP befürwortend zu vertreten, was Schollwer natürlich ablehnte und was sicher auch ohne Erfolg gewesen wäre.

Man tut Schollwer kein Unrecht, wenn man ihn für die erste Hälfte der fünfziger Jahre als „kalten Krieger" bezeichnet. Auf die 1952 formulierten – weithin noch als häretisch geltenden – Vorstellungen des FDP-Bundestagsabgeordneten Karl Georg Pfleiderer, daß eine Wiedervereinigung nur dann realistische Aussichten auf Erfolg habe, wenn sie das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion berücksichtige und wenn der erste Schritt dahin nicht die Forderung nach freien Wahlen in ganz Deutschland, sondern Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion sei, antwortete Schollwer 1956 mit eine Analyse, der er den Titel „Moskau und die deutsche Frage" gab und in der er davor warnte, anzunehmen, daß die UdSSR etwas anderes als einen ‚gesamtdeutschen Satellitenstaat' wolle. Gespräche mit der DDR lehnte er strikt ab und forderte statt dessen wirtschaftliche Sanktionen gegenüber der Sowjetunion sowie die ‚Aufweichung des Warschauer Paktes' durch die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu allen Staaten außer der DDR. (In diesem Punkt trafen sich seine Gedanken mit denen Pfleiderers, allerdings von einem anderen Ansatz herkommend.)

Nun war es ausgerechnet die FDP, die das Gespräch mit der DDR suchte: im Juli 1956 trafen sich in Garmisch-Partenkirchen der stellvertretende Bundesvorsitzende Erich Mende und Wolfgang Döring mit den Mitgliedern des Zentralvorstandes der LDP Manfred Gerlach, Rudolf Agsten und Harald Werthmann, um einen Redneraustausch zwischen beiden Parteien zu vereinbaren. Im Oktober 1956 wurde das Gespräch, an dem

von seiten der FDP auch Walter Scheel teilnahm, fortgesetzt, ohne daß Ergebnisse zustande kamen. Doch allein die Tatsache der Kontakte zeigte, daß innerhalb der FDP-Führung die harte Linie des Ostbüros keine Mehrheit hatte. Das Ostbüro, das als selbständige Organisation eine große Eigenständigkeit entwickelt hatte, wurde aufgelöst und statt dessen im November 1956 in der Bundesgeschäftsstelle der FDP ein „Referat für Wiedervereinigung" eingerichtet. Wolfgang Schollwer wurde in das Pressereferat der FDP versetzt.

Schollwer begann seine neue Tätigkeit mit Widerwillen, auch mit großer Skepsis gegenüber dem Pressechef Josef Ungeheuer, der ein Exponent der aus Schollwers Sicht „weichen" Politik gegenüber dem Osten war. Er merkte jedoch bald, welche Chance sich ihm in dieser Stelle bot: nicht nur konnte er weiterhin Informationen sammeln und viel im Pressedienst der Partei, der „freien demokratischen korrespondenz" (fdk), schreiben, sondern er nahm auch an den deutschland- und außenpolitischen Arbeitskreisen der FDP teil, und wuchs so allmählich in die Rolle eines deutschland- und ostpolitischen Referenten hinein.

Schollwers Vorstellungen von einer deutschen Ostpolitik begannen sich zu differenzieren. Die Ereignisse des Jahres 1956 (Chruschtschows Kritik an Stalin vor dem 20. Parteitag der KPdSU, die Unruhen in Polen und Ungarn) hatten das Bild vom monolithischen Ostblock verändert; hinzu kam die Erkenntnis, daß Adenauers Politik der Westbindung das Ziel der Wiedervereinigung in weite Ferne rücken ließ. Schollwer begann sich Gedanken darüber zu machen, wie unter den gegebenen Umständen eine Annäherung der beiden deutschen Staaten möglich wäre.

Als Josef Ungeheuer im Oktober 1959 starb, wurde Schollwer sein Nachfolger als Chefredakteur der fdk und Pressechef der FDP; er war dem damaligen Bundesgeschäftsführer Karl-Hermann Flach direkt unterstellt. Er trat häufig auf Diskussionsveranstaltungen als Vertreter der FDP auf, hielt Referate, unternahm im Frühjahr 1963 eine größere USA-Reise. Aus dem kalten Krieger wurde ein Entspannungspolitiker: 1962 verfaßte Schollwer eine Denkschrift mit dem Titel „Verklammerung und Wiedervereinigung"[5], die die interne Diskussion in der Partei über die Deutschlandpolitik provozieren sollte. In dieser Studie forderte Schollwer dazu auf, die Wiedervereinigung als ein Fernziel anzusehen, und alle Kräfte darauf zu richten, die Wiederannäherung der beiden deutschen Staaten zu erreichen. Als konkrete Maßnahmen auf diesem Weg empfahl er unter anderem die Anerkennung der Souveränität der DDR, die Aufgabe der Hallstein-Doktrin, die Schaffung einer atomwaffenfreien und militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa und die Respektierung der bestehenden Ostgrenzen bis zur endgültigen Regelung durch einen Friedensvertrag.

[5] Abgedruckt in: Wolfgang Benz, Günter Plum und Werner Röder, Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945, Stuttgart 1978, S. 185–204.

Schollwer machte sich damit zum Sprachrohr einer einflußreichen Minderheit in der FDP, die auf eine Änderung der deutschlandpolitischen Vorstellungen innerhalb der Partei drängte. Zwei Jahre später, 1964, provozierten Schollwers Gedanken eine erregte öffentliche Diskussion: seine Studie war ohne sein Wissen an die „Quick" gelangt und dort veröffentlicht worden. Zwar distanzierte sich der Parteivorsitzende Erich Mende sofort von ihrem Inhalt, doch die 1966 beginnende Oppositionszeit gegen die Große Koalition gab der FDP die Möglichkeit, unabhängig von Koalitionsrücksichten und in aller Offenheit eine eigenständige Deutschlandpolitik zu formulieren.

Im Dezember 1966 verfaßte Wolfgang Schollwer für eine Klausur des Bundesvorstandes ein Arbeitspapier zur Deutschland- und Außenpolitik, in dem er Verhandlungen mit der DDR, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa forderte. Auch diese „Schollwer-Studie" wurde einer Illustrierten, dieses Mal dem „Stern", zugespielt und im März 1967 veröffentlicht.[6]

Zusammen mit Rubins Artikel „Die Stunde der Wahrheit"[7], der ebenfalls die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze forderte, spitzten die Ideen Schollwers die Auseinandersetzungen in der FDP zu. Die Forderungen nach einer Revision der Deutschland- und Ostpolitik wurde zu einem Teil des Kampfes gegen den damaligen Parteivorsitzenden Erich Mende, aber auch zum Symbol für den Wunsch nach einer Koalition mit der SPD. Schollwer war dieser Zusammenhang durchaus bewußt. 1969 kandidierte er im Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen zum Deutschen Bundestag, mit ihm kandidierte für die CDU ausgerechnet Walter Hallstein, dessen „Doktrin" Schollwer seit 1962 bekämpft hatte!

Mit der Bildung der Koalition aus SPD und FDP ging Schollwers Parteikarriere zu Ende. Als Karl Moersch, von 1962 bis 1964 Pressechef der FDP und von Schollwer hoch geschätzt, Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt wurde, bot er Schollwer die Stelle des Leiters des Inland-Referates an. Nach einigem Zögern sagte Schollwer zu, wissend, daß sein Einfluß in einem Ministerium nie so hoch sein konnte, wie in der kleinen FDP. Er wechselte 1972 zum Planungsstab des Auswärtigen Amtes und blieb dort bis zu seiner Pensionierung im Februar 1987. Hier wie auch während seiner Parteitätigkeit setzte er fort, was er als LDP-Funktionär begonnen hatte: er schrieb Tagebücher. Die Beobachtung von Menschen und die Reflexion über das Erlebte und das Erfahrene waren zu einem Bestandteil seines Lebens geworden.

[6] Ebenda, S. 208–217.
[7] Ebenda, S. 204–208.

III.

Grundlage des vorliegenden Textes sind lose Tagebuchblätter, Originaltagebücher und Notizbücher aus den Jahren 1948 bis 1950 sowie eine Sammlung von zeitgenössischem Material aus dem gleichen Zeitraum. Im Februar/März 1951 schrieb Schollwer den Text der losen Tagebuchblätter in Kladden ab, wobei zwei Kladden für die Zeit vom 8. Mai bis 11. Juli 1948 und vom 12. Juli 1948 bis zum 11. Januar 1949 entstanden. Für den Zeitraum vom 4. April bis zum 7. Mai 1948 existieren lose Tagebuchblätter; für die Zeit vom 15. Januar bis zum 26. September 1949 und vom 3. Oktober 1949 bis zum 18. März 1951 liegen Originaltagebücher vor. Alle diese Unterlagen befinden sich im Besitz von Wolfgang Schollwer.

Vom November 1972 bis zum Juli 1973 schrieb Schollwer die beiden Kladden sowie die losen Tagebuchblätter und Originaltagebücher maschinenschriftlich ab, kürzte sie um private Aufzeichnungen und ergänzte die Lücken – z. B. für das erste Quartal 1948 – durch die Eintragungen aus seinen Notizbüchern und Angaben aus den Einladungen und Protokollen, die er nahezu vollständig aufbewahrt hatte. So entstand der Tagebuchtext, den er um Auszüge aus den Monatsberichten an die Sowjetische Militäradministration ergänzte. Die im Text zitierten Zeitungsnotizen/-meldungen stammen aus seinen Tagebüchern, waren entweder dort eingeklebt oder abgeschrieben und wurden von Schollwer wörtlich in den vorliegenden Text übernommen.

Es wurde darauf verzichtet, den Text der Maschinenabschrift mit der handschriftlichen Vorlage Wort für Wort zu vergleichen; in allen Fällen, wo die Herausgeberin Zweifel hatte, ob die Abschrift von 1972/73 nicht durch eine spätere Wertung beeinflußt worden war, stellte sich heraus, daß der Text wörtlich mit den ursprünglichen Texten übereinstimmte. In Gesprächen zwischen Wolfgang Schollwer und der Herausgeberin wurde der vorliegende Tagebuchtext an wenigen Stellen geringfügig stilistisch geändert, die falsche Schreibung von Namen korrigiert, Namen aus Gründen des Personenschutzes anonymisiert. Die Zwischenüberschriften waren im ursprünglichen Text nicht enthalten.

1973 verfaßte Schollwer den „Rückblick auf das Jahr 1947" und versah seinen Tagebuchtext mit Anmerkungen. Für diese Anmerkungen benutzte er vor allem das umfangreiche Material, das er während seiner Tätigkeit gesammelt und das er, als die Flucht für ihn feststand, nach und nach nach Westberlin geschmuggelt hatte. Es handelt sich um Protokolle, Korrespondenzen, Rundschreiben, Flugblätter, Zeitungsausschnitte und die Monatsberichte an die Sowjetische Militäradministration – eine wertvolle Quelle zur Geschichte der SBZ und der DDR von 1948 bis 1950. Dieses Material befindet sich jetzt im Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach (in den Anmerkungen zitiert mit AdL und laufender Nummer). Schollwers Anmerkungen wurden von der Herausgeberin mit den

vorhandenen Quellen verglichen und belegt; einige Anmerkungen wurden neu hinzugefügt.

Die Kurzbiographien wurden für die vorliegende Publikation erstellt. Aufgenommen wurden alle Personen, die in Schollwers Text eine Rolle spielen und über die biographische Angaben zu machen waren. Wenn möglich, wurde die Parteizugehörigkeit vor 1933 und nach 1945 erfaßt, in den Angaben über die berufliche und politische Tätigkeit wurde keine Vollständigkeit erstrebt, sondern nur die wichtigsten Funktionen aufgeführt.

Die im Anhang abgedruckten Dokumente belegen und ergänzen die Aspekte, die in Schollwers Tagebuch eine wichtige Rolle spielen: 1) Die Jugendarbeit der LDP, 2) Die Haltung der LDP zur „Nationalen Front" und zur Gründung der DDR, 3) Die Konflikte Schollwers mit der LDP. Alle Dokumente stammen aus dem Besitz von Wolfgang Schollwer und befinden sich jetzt im Archiv des Deutschen Liberalismus. Sie wurden ungekürzt abgedruckt.

Ich danke Wolfgang und Inge Schollwer, Wolfgang Benz und Wulf Busch für die gemeinsame Arbeit.

Monika Faßbender

Rückblick:
Die Situation am Ende des Jahres 1947

„Fast alle Hoffnungen, die man zu Anfang des Jahres auf die Wirtschaftsentwicklung setzen zu können glaubte, sind in ganz Deutschland enttäuscht worden. Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands ist ein Traum geblieben." Mit diesen Sätzen begann die von der amerikanischen Besatzungsmacht herausgegebene „Neue Zeitung" am 23. Dezember 1947 ihre wirtschaftspolitische Jahresbilanz unter der bezeichnenden Überschrift „Jahr der Enttäuschung". In der Tat hatten Millionen Deutsche in Ost und West den Jahreswechsel 1946/47 in der Hoffnung begangen, daß es nur noch besser werden könne. Eine weitere Verschlechterung der deutschen Situation schien nicht mehr denkbar. Das war ein böser Trugschluß. Das zweite Nachkriegsjahr übertraf an materieller Not, politischer Bedrängnis, allgemeiner Resignation und Erschöpfung noch weit das erste. Wo war jener Silberstreif der Hoffnung am Horizont erkennbar, dessen die Deutschen nach 68 Monaten eines mörderischen Krieges und nach dem militärischen, politischen und moralischen Zusammenbruch so sehr bedurften? Allenfalls in den Westzonen, aber auch dort nur in Ausnahmefällen, für Bevorzugte, regional. In der Ostzone überhaupt nicht.

1947 wird oft als das erste Jahr des Kalten Krieges zwischen Ost und West bezeichnet. Das ist nicht zutreffend. Bereits im Jahre zuvor hatte der Streit zwischen den Alliierten über die Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands begonnen. Auf der Juli-Konferenz der vier Außenminister in Paris drohten die Westmächte der Sowjetunion sogar mit dem Abschluß separater Verträge, falls ein Gesamtfriedensvertrag mit Deutschland nicht zustande kommen sollte. Die Vereinigung der amerikanischen und britischen Besatzungszone zur sogenannten „Bizone" am 2. Dezember 1946 war die Konsequenz, die der Westen aus den Meinungsverschiedenheiten mit den Sowjets zog. Damit setzten diese Mächte zugleich einen Prozeß in Gang, der bis zum Herbst 1949 zur Errichtung von zwei deutschen Staaten führte.

1947 brach dann der Konflikt zwischen den Sowjets und ihren ehemaligen westlichen Kriegsverbündeten über das deutsche Problem in voller Breite auf. Die Außenministerkonferenzen des Jahres, die erste im Frühjahr in Moskau, die zweite im Spätherbst in London, verschärften nur noch die Gegensätze. Sie betrafen nun sowohl die Regelung der Grenzfrage, die Beteiligung der Sowjets an der Ruhrkontrolle als auch die Errichtung einer deutschen Zentralregierung. – Die Londoner Konferenz wurde ergebnislos abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt. Man

hatte offenbar schon damals die Hoffnung aufgegeben, sich über die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates einigen zu können. Die Deutschen aber haben das erst sehr viel später begriffen, in ihrer Mehrheit wohl erst zwanzig Jahre danach, einige sogar noch nicht einmal dann.

Die immer schärferen Auseinandersetzungen auf den Viererkonferenzen über Deutschland spiegelten nur wieder, was an Gegensätzlichem durch die Besatzungsmächte in den von ihnen kontrollierten Gebieten geschaffen worden war. Die Beschlüsse von Potsdam, in denen sich die USA, Großbritannien und die Sowjetunion verpflichtet hatten, Deutschland während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit zu betrachten, haben praktisch noch nicht einmal ein Jahr lang Bestand gehabt. Die Sowjets waren sofort daran gegangen, in ihrer Zone die Fundamente des „bürgerlich-kapitalistischen Systems" zu zerstören: alle Großgrundbesitzer entschädigungslos zu enteignen, ebenso die Großindustriellen, später auch die Großbauern, dann mittlere und kleine Unternehmer, soweit diese politisch oder militärisch belastet waren. Wobei sich die politische Belastung durchaus nicht immer nur aus nationalsozialistischen Aktivitäten zwischen 1933 und 1945 ergab.

In den Westzonen wurden zwar Hunderte von Industriebetrieben zu Reparationszwecken demontiert, die Gesellschaftsordnung indessen nicht angetastet. Das Privateigentum, auch und gerade das an Produktionsmitteln, wurde bewußt gefördert.

In der sowjetisch besetzten Zone war seit 1945 eine kalte Revolution im Gange mit dem Ziel, ein sozialistisches Gesellschaftssystem zu schaffen, das sich wesentlich am sowjetischen Vorbild orientierte. Die Zerschlagung der ökonomischen Basis der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ging einher mit einer bewußten Diskriminierung aller Bevölkerungsschichten, die den Sowjets und der von ihr gelenkten und gestützten kommunistischen Partei (SED) bei dem politischen und gesellschaftlichen Umsturz hinderlich sein konnten. Kinder bürgerlicher Eltern wurden zum Studium nicht zugelassen, sogenannte Volksrichter[1] lösten die z. T. nationalsozialistisch belasteten Richter ab, die aus der Vorkriegs- und Kriegszeit stammende Lehrerschaft wurde weithin durch Neulehrer ersetzt, das Berufsbeamtentum abgeschafft. Nicht alle Neuerungen waren schlecht, manche durchaus zweckmäßig und nur deshalb fragwürdig, weil sie mit neuem Opportunismus, neuen Privilegien für bestimmte Teile des Volkes verbunden waren; auch mit einem neuen Bonzentum, das kaum sympathischer war als das verflossene.

Die meisten Bürger Mitteldeutschlands standen diesen revolutionären Vorgängen verschreckt und fassungslos gegenüber. Dem Terror des Nationalsozialismus und des Krieges gerade entronnen, sahen sie sich nun neuen politischen Pressionen ausgesetzt. Dazu kamen Übergriffe der Besatzungsmacht. Die Deportation deutscher Facharbeiter und Wissen-

schaftler in die Sowjetunion im Oktober 1946, die Verhaftung von Studenten und ihre Verurteilung zu langjähriger Zwangsarbeit im Frühjahr 1947, die Massenverhaftungen angeblicher Kriegsverbrecher im Sommer des gleichen Jahres, die Internierung tausender Männer, Frauen, Kinder und früherer Kriegsgefangener, die Verschleppung des Berliner Journalisten Dieter Friede durch Agenten des sowjetischen Geheimdienstes im November und nicht zuletzt ein massiver Druck sowohl 1946 bei den Gemeindewahlen als auch bei den Studentenratswahlen im Jahr 1947 auf die Vertreter der bürgerlichen Parteien CDU und LDP – das alles erschwerte die Selbstbesinnung der Deutschen, das Erkennen des Unrechts, das sie Jahre hindurch anderen zugefügt hatten.

Dazu trug die Bevölkerung noch weitere schwere Belastungen, für die man die Sowjets und ihre deutschen Beauftragten nicht verantwortlich machen konnte. Mitte Dezember 1946 hatte einer der härtesten Winter dieses Jahrhunderts eingesetzt. Die Frostperiode dauerte, mit einigen kurzen Unterbrechungen von jeweils nur wenigen Tagen, drei Monate. Die mittlere Temperatur des Monats Februar lag z. B. im Raum Berlin bei −8,4 Grad Celsius. Die Menschen froren erbärmlich in ihren schlecht geheizten, abends wegen der Stromsperren meist dunklen Wohnungen, die häufig noch die Spuren des Bombenkrieges und der Straßenkämpfe vom Frühjahr 1945 trugen und deshalb nur notdürftig abgedichtet waren. Viele ältere Menschen, die den Krieg überstanden hatten, wurden nun ein Opfer der barbarischen Kälte. Dazu kam der Hunger. Die ohnehin völlig unzureichenden Tagesrationen von 1200 Kalorien für die „Normalverbraucher" (Angestellte, Hausfrauen, Nichtbeschäftigte) konnten zumeist nicht voll geliefert werden.[2] Wer nicht verhungern wollte, mußte Geld haben oder es sich durch den Verkauf von Möbeln, Kleidungsstücken und Wertsachen verschaffen. Mit diesem Geld konnte er auf dem Schwarzen Markt für horrende Summen Nahrungsmittel kaufen. Wer nichts zum Verkaufen oder Tauschen besaß, starb an Unterernährung.

Als der Frost vorüber war, kam ein warmes Frühjahr, danach ein langer, heißer und trockener Sommer. Trockenheit und Hitze brachten Mißernten. Kartoffelkäfer auf den Feldern Brandenburgs und Mecklenburgs besorgten das übrige. Im Juli brach die Versorgung der Bevölkerung erneut zusammen.[3] Nun starben die Menschen nicht mehr an Kälte und Hunger, sondern an Hitze und Unterernährung. Oder an der spinalen Kinderlähmung, die im Sommer 1947 allein in Berlin 2400 Erwachsene und Kinder niederwarf.[4]

Grund genug für Resignation und Apathie. Der Kampf ums Überleben verzehrte die letzte Kraft. Dennoch waren in diesem Jahr 1947 Zehntausende in den bürgerlichen Parteien LDP und CDU als Abgeordnete und Funktionäre tätig, tapfer gegen den Strom der politischen Entwicklung schwimmend. Sie kämpften für die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie, nicht ahnend, daß dieser Kampf bereits verlo-

ren war, ehe er noch richtig begann. Die im Sommer 1945 in dem zerbombten Berlin gegründete, von den Sowjets lizenzierte Liberal-Demokratische Partei hatte sich erstaunlich gut entwickelt. Am 1. Juni 1947 zählte sie bereits 170000 Mitglieder.[5] Bei den Gemeindewahlen im September 1946 erhielt die LDP in den Ländern der SBZ 21,1 Prozent der Stimmen, obwohl sie nur in 882 der insgesamt über 11000 Gemeinden Wahlvorschläge einreichen durfte. Noch größer war der liberal-demokratische Wahlerfolg bei den Landtagswahlen einen Monat später. Sie vereinigte auf ihre Listen fast 25 Prozent aller abgegebenen Stimmen und erhielt 122 der insgesamt 520 Mandate.[6]

Erfolgreich schienen auch die Bemühungen der LDP-Führung um eine Vereinigung mit der Schwesterpartei in den Westzonen, der Freien Demokratischen Partei. Im Mai 1946 waren die Vertreter aller liberalen Parteien in den vier Besatzungszonen Deutschlands in Bad Pyrmont zusammengetroffen. Sie beschlossen, ihre Organisationen baldmöglich zu einer gesamtdeutschen liberalen Partei zusammenzuschließen. Das geschah im Februar 1947 in Rothenburg ob der Tauber. Jedenfalls glaubten die Liberalen damals, daß sie nun die Demokratische Partei Deutschlands (DPD) gegründet hätten. Theodor Heuss und Wilhelm Külz wurden zu gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt. Dieser liberale gesamtdeutsche Verbund existierte jedoch nicht einmal ein ganzes Jahr. Dann waren die beiden liberalen Parteien politisch und organisatorisch weiter auseinander als zuvor.

Bereits fünf Monate nach der spektakulären Vereinigung von Rothenburg kam es im Juli auf dem zweiten Zonenparteitag der LDP in Eisenach zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen der LDP-Führung und den FDP-Vertretern aus den Westzonen. Aktueller Anlaß war das Debakel der ersten und letzten Tagung der Ministerpräsidenten aller deutschen Länder in München im Juni des gleichen Jahres.[7] Külz hatte die Haltung der Ostzonen-Ministerpräsidenten gebilligt, die bereits am Vorabend der Konferenz München wieder verließen, weil sich die Regierungschefs der Westzonen weigerten, die Bildung einer deutschen Zentralregierung auf die Tagesordnung zu setzen. Die westlichen Besatzungsmächte hatten angeordnet, die Frage der Einheit Deutschlands nicht zu diskutieren, die sowjetische Besatzungsmacht gab „ihren" Ministerpräsidenten ein entgegengesetztes Verhandlungskonzept mit auf den Weg.

Das alles stand nun auf dem Eisenacher Parteitag im Mittelpunkt gegenseitiger Beschuldigungen. Es war aber auch insbesondere für die Gruppe des Westberliner FDP-Vorsitzenden Schwennicke Anlaß für eine Generalabrechnung mit dem Kurs des LDP-Vorsitzenden Külz.

Als dann im November des gleichen Jahres die LDP-Führung nach einigem Zögern und unter massivem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht ihre Teilnahme an dem von der SED nach Berlin einberufenen „Volkskongreß für Einheit und Frieden" zusagte, kündigte die FDP die weitere Zusammenarbeit mit der LDP auf. Der „Volkskongreß" hatte von

der Londoner Außenministerkonferenz einen Friedensvertrag für Deutschland auf der Grundlage der Verträge von Jalta und Potsdam gefordert.

Kontakte von LDP-Mitgliedern zur FDP, die nicht ausdrücklich von der Besatzungsmacht gebilligt oder gewünscht worden waren, galten von nun an als illegal. Im weiteren Verlauf der Entwicklung wurden solche Verbindungen von den Sowjets mehr und mehr als eine Art antisowjetische Kollaboration mit dem Klassenfeind betrachtet, vor allem, wenn es sich dabei um die Westberliner FDP Schwennickes handelte. Wer bei solchen Kontakten ertappt wurde, konnte mit Verhaftung durch den MWD[8] sowie gegebenenfalls mit harten Strafen durch ein sowjetisches Militärtribunal rechnen.

So sah es in Deutschland aus, als ich zu Beginn des Jahres 1948 Kreissekretär der LDP in Potsdam wurde. Ich war im Herbst 1946 der Partei beigetreten in der Hoffnung, damit meine Chancen für die Immatrikulation an einer der Ostzonen-Universitäten erhöhen zu können. Diese Hoffnung war eine Illusion. Nicht einmal ein befürwortender Brief des Vorsitzenden Külz an die zuständige Behörde im Sommer 1947 hatte deren ablehnende Haltung zu beeinflussen vermocht. Die Tore der Hochschulen blieben mir versperrt. Ich gab zwar die Hoffnung noch immer nicht auf, wollte aber die vor mir liegende Wartezeit durch eine festbezahlte Tätigkeit überbrükken, nachdem ich in den Jahren zuvor an Krankenhäusern umsonst gearbeitet hatte oder für das Landesgesundheitsamt Berlin ohne nennenswerte Entlohnung tätig gewesen war.

Der Potsdamer Kreisverband der LDP hatte zu Beginn des Jahres 1948 etwa 200 Mitglieder, überwiegend Beamte, Angestellte, Gewerbetreibende, Hausfrauen und Rentner. Bei den Landtagswahlen am 20.10.1946 erhielt die LDP in Potsdam 12,5% der abgegebenen Stimmen. Das Durchschnittsalter der Mitglieder war relativ hoch: ein Zehntel bereits älter als 70 Jahre, ein Viertel über 60, nur etwa 30 Mitglieder jünger als 30 Jahre.[9] Die älteren Parteifreunde waren zumeist schon in der Weimarer Republik politisch tätig gewesen, als Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei[10] oder der Deutschen Volkspartei.[11] Ehemalige Nationalsozialisten konnten zu diesem Zeitpunkt noch nicht der LDP angehören, sondern nur Anwärter sein. Erst im Winter des Jahres 1947/48 wurden sie, sofern sie nicht durch besondere Aktivitäten im Hitlerreich belastet waren, als gleichberechtigte Mitglieder in die Partei aufgenommen.

Der Vorsitzende des Potsdamer Kreisverbandes war Dr. Carl Mühlmann, Stadtrat für Gesundheitswesen in Potsdam und Abgeordneter des brandenburgischen Landtags. Ein humanistisch gebildeter, freundlicher und hilfsbereiter Herr von damals fast 66 Jahren, Junggeselle. Er hatte dem Kaiserreich als aktiver Offizier gedient und es im Ersten Weltkrieg bis zum Major gebracht. Zwischen den Kriegen arbeitete er im Heeresarchiv auf dem Brauhausberg in Potsdam. Sein Wahlspruch „fortiter in re,

suaviter in modo" verband Preußisches mit der ihm angeborenen Charaktereigenschaft, ein vorsichtiger Mann zu sein. Das hat ihn bis zu seinem Tode im Dezember 1960 alle Krisen dere LDP überstehen lassen.

Das Parteibüro des Kreisverbandes befand sich damals im Westflügel des Nauener Tores, eines mit zwei gotischen Türmen verzierten Bauwerks aus dem Jahre 1755, das die im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstörte Potsdamer Altstadt nach Norden hin abschließt. Das Büro bestand aus einem kleinen dunklen, spärlich eingerichteten ebenerdigen Raum, durch dessen einziges Fenster man auf die Tordurchfahrt blickte. Daneben ein größerer, noch dunklerer Raum, in dem außer längst vergilbten Plakaten aus der sechsundvierziger Wahlkampagne an den Wänden nur ein langer, altmodischer, mit zerschlissenem grünem Wachstuch bezogener Tisch und eine Reihe von Stühlen unterschiedlichster Provenienz zu finden waren: das Sitzungszimmer des Kreisvorstandes. In diesen Räumen begann ich am 2.1.1948 meine Arbeit.

Tagebuch 1948

Kreissekretär der LDP in Potsdam

Freitag, den 2. Januar 1948

10 Uhr Beginn meiner Tätigkeit als Kreissekretär im Nauener Tor. Das Büro ist scheußlich ungemütlich. Die Räume sind feucht, kalt und dunkel. Ich bringe den Kanonenofen in Gang und vertiefe mich in die Akten. 237 Mitglieder müßten wir jetzt haben. Die Beitragseingänge laufen offenbar spärlich. Dem entspricht mein Gehalt: einhundertfünfzig brutto plus fünfundsiebenzig Aufwand. Am Vormittag schaut Mühlmann herein, um uns beiden gute Zusammenarbeit zu wünschen. Mit dem mag es wohl gehen.

Sonntag, den 4. Januar 1948

Früh auf. Schon um 9 Uhr begann im Klub- und Konferenzhaus der „Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden" mit einer Delegiertentagung. Mich hatte meine Ortsgruppe dorthin entsandt. Die Regularien gingen schnell vonstatten, es war alles schon vorweg vereinbart. Auch die Einführungsansprache von Oberbürgermeister Paul nahm nicht viel Zeit in Anspruch. Dann spult der Potsdamer SED-Chef Meschkat – ein schwammiger Paukertyp – sein Referat ab. Es war so lang und inhaltslos wie sein Titel: „Der Kampf um Einheit und gerechten Frieden nach dem deutschen Volkskongreß in Berlin". Die gesteuerte Aussprache brachte auch keine Abwechslung. Ich beeilte mich, rechtzeitig nach Hause zu kommen. Die Eltern feiern heute ihren dreißigsten Hochzeitstag. Es gibt ein für teures Geld auf dem Schwarzen Markt erstandenes Festessen: dicke Erbsen mit Sauerkraut und Bockwurst. Darum muß ich auf die Schlußansprache leider verzichten.

Freitag, den 9. Januar 1948

Mit der heutigen Post kam die Absage für das Medizinstudium. Das Rektorat der Universität Berlin teilt mir auf einem vorgedruckten Formular folgendes mit: „In Anbetracht der sehr geringen Zahl der für das Wintersemester 1947/48 zuzulassenden Bewerber war es leider nicht möglich, Sie zu berücksichtigen". Im Auftrage – Unterschrift. Den wirklichen Grund meiner Ablehnung werden sie mir wohl niemals schriftlich geben. Aber ich weiß ihn auch so.

Freitag, den 6. Februar 1948

Heute morgen zum ersten Mal zur Sitzung des Kreissequesterausschusses[12] im Stadthaus. Der Ausschuß besteht aus sieben Mitgliedern. Fünf sind Kommunisten (ein SED-Vertreter, zwei vom FDGB[13], eine FDJ[14]-Vertreterin und Frau D. vom Demokratischen Frauenbund)[15] zwei Nichtkommunisten: Herr Schmidt von der CDU und ich. Die kommunistische Überlegenheit ist also gesichert. Unsere Aufgabe: Anhand einer Liste, die von mir Unbekannten zusammengestellt wurde, über das Schicksal von Möbeln, Grundstücken, Häusern und Betrieben im Stadtkreis Potsdam zu entscheiden. Sie gehören meist entweder nach dem Westen geflüchteten Personen oder solchen Leuten, die wegen ihrer Funktionen in Staat, Partei und Wehrmacht vor 1945 jetzt als politisch belastet gelten. Manche Dinge sind auch einfach herrenlos.

Heute, auf der 32. Sitzung der Kommission, hatten wir ca. 20 Objekte zu klären. Bei den ersten Fällen beschlossen wir einstimmig die Rückgabe von Möbeln. Beim siebenten Fall stimmten erstmals CDU und LDP gegen die fünf Kommunisten. Es handelt sich um die Möbel eines Mannes, der in der Hitlerzeit angeblich politischer Leiter gewesen sein soll. Herbeigerufene Zeugen bestätigen eine politische Aktivität des Beschuldigten nicht. Dennoch entscheidet die Mehrheit für Übereignung des Mobilars. Später stand das Haus eines Generals Goettke in Babelsberg zur Diskussion. G. ist zur Zeit noch in Kriegsgefangenschaft. Er soll aufgefordert werden mitzuteilen, wer hier seine Interessen vertritt. Auch die drei Häuser eines Freiherrn von Wangenheim waren auf der Liste, zwei davon sind durch den Krieg zerstört. W. war ebenfalls General der Wehrmacht. Es soll geprüft werden, ob es sich hier um herrenloses Gut handelt – Vertagung bis März.

Am Schluß noch zwei wohl typische Fälle. Ein Herr P. wird beschuldigt, Blockleiter und Nazi-Aktivist gewesen zu sein. Der erste von uns vernommene Zeuge ist SED-Mitglied, Organisationsleiter. Er sagt aus, P. sei ein gutmütiger und anständiger Mensch gewesen und habe angeblich aus der Partei austreten wollen. Von Aktivismus also keine Spur. Dennoch hatte der Zeuge 1945 die Verhaftung P.s veranlaßt! Warum? Die Frau des Beschuldigten und ihr Rechtsbeistand sagen aus, daß ein Teil der Möbel Frau P. gehört. Nach kurzer Beratung einstimmiger Beschluß: Rückgabe der Möbel, da Aktivität nicht nachgewiesen.

Herr K. hat weniger Glück, offenbar, weil er keinen Zeugen von der SED aufzuweisen hat, der seine Verhaftung veranlaßte. K. war PG seit 1933 und Blockleiter. Er soll einem gewissen Jost mit der Gestapo gedroht haben, als dieser sich weigerte, an den Übungen des Volkssturms teilzunehmen. Die Kommission vernimmt vier Zeugen sowie Herrn K. in eigener Person. Die Zeugen sagen günstig für K. aus. Dann hören wir Herrn Jost. Er kann sich plötzlich nicht mehr genau erinnern. Er weiß nur noch, daß K. „etwas von Gestapo" gesagt hat. Herrn Schmidt (CDU) und mir

genügen solche „Belastungen" nicht, wir plädieren für Freigabe der Möbel. Die fünf Kommunisten sind dagegen. Die Möbel werden also Herrn K. endgültig weggenommen.

Sonnabend, den 7. Februar 1948

Vormittags Sitzung des Ausschusses für die Märzfeier im Volksbildungsamt. Im Mittelpunkt der Einhundertjahrfeier der 48er-Revolution in Potsdam sollen die Ehrungen für den Potsdamer Bürger und Demokraten Max Dortu stehen. Es heißt, Dortu sei die Seele der revolutionären Aktionen Potsdamer Arbeiter gewesen. 1849 wurde er bei einem Aufstand im Badischen verhaftet und auf Grund eines Standgerichtsurteils erschossen. Die Waisenstraße, in der Dortu 1826 geboren wurde, soll am 17. März seinen Namen erhalten. Auf einer Großkundgebung am 18. März wird eine Gedenktafel für den Potsdamer Revolutionär (wie das klingt!) enthüllt. Dazu kommt eine Ausstellung über die Vorgänge des 48er Jahres in Potsdam. Der Ausschuß beschloß Einzelheiten der Ausschmückung von Stadt und Betrieben. Der am trefflichsten geschmückte Betrieb soll sogar prämiert werden.

„Die Neue Zeitung" von heute veröffentlicht eine Proklamation General Clays über die Zusammensetzung der Verwaltung der Bizone. Die Befugnisse der deutschen Behörden werden wesentlich gestärkt. Die Amerikaner scheinen keine Hoffnung mehr zu haben, die Einheit Deutschlands mit russischer Zustimmung wiederherstellen zu können.

Sonnabend, den 28. Februar 1948

Sitzung des Ausschusses für Jugend- und Nachwuchsfragen bei der Parteileitung in der Berliner Taubenstraße. Jochen P. (Landesjugendreferent) gab unter TOP 2 eine kritische Stellungnahme zur kommunistischen Freien Deutschen Jugend (FDJ). Er berichtet, er sei wegen seines Rundschreibens zu diesem Thema heftig kritisiert worden. P. stellte darum Mißtrauensantrag gegen sich selbst. Diesen Antrag lehnte der Ausschuß einstimmig ab. Den Ausschußmitgliedern wurde mitgeteilt, daß zur Zeit sämtliche telefonischen Gespräche der LDP-Dienststellen abgehört werden.

Dienstag, den 2. März 1948

Auf der heutigen Sitzung der Sequesterkommission wurde gegen die Stimmen von CDU und LDP die Übereignung der Akademischen Verlagsgesellschaft Athenaion beschlossen. Es geht hierbei um vier bebaute Grundstücke in Potsdam und Babelsberg im Gesamtwert von ca. 250000 Reichsmark. Grund für die Enteignung? Der Inhaber der Verlagsgesellschaft, Dr. Hachfeld, soll nazistische Literatur verlegt haben. Ob das stimmt, wird nicht nachgeprüft. Außerdem sei H. seit 1942 Parteianwärter gewesen.

Noch in zwei weiteren Fällen stimme ich mit dem CDU-Vertreter gegen eine Übereignung, diesmal von Möbeln, weil die politischen Belastungen unklar bzw. nicht nachgeprüft sind.

Auszug aus meinem Monatsbericht[16] an die Kommandantur:

„... Die Versammlungen waren weiterhin relativ schwach besucht. Auch die wöchentlichen Diskussionsabende, die im Februar begannen und nun nur noch alle vier Wochen stattfinden sollen. Die aktiven Parteifreunde sind nach wie vor mit politischer Arbeit in Ausschüssen und Kommissionen überlastet ... "

Freitag, den 12. März 1948

Heute vormittag sechs Stunden Kreissequesterkommission. Es war der Tag der SS. Die Möbel folgender Chargen standen zur Debatte: SS-Rottenführer, SS-Brigadeführer, SS-Hauptscharführer, SS-Arzt. Dazu eine Dame, die angeblich Sekretärin bei Reichsminister Speer gewesen sein soll, ein Oberregierungsrat aus Goebbels' Propagandaministerium, zwei Blockleiter und weitere Parteigenossen. Dreimal stimmte ich allein gegen die Mehrheit der Kommission, siebenmal beschloß die Kommission einstimmig die Rückgabe des Inventars, einmal überstimmten der CDU-Vertreter und ich gemeinsam mit den beiden FDGB-Funktionären die Vertreter von SED, FDJ und DFD. Möglich, daß die Landeskommission diese Entscheidung wieder aufheben wird. Insgesamt wurden 20 Fälle verhandelt. Siebenmal sprach sich die Kommission mehrheitlich oder einstimmig für Übereignung der Möbel aus.

Gestern berichtete die „Welt", daß sich der amtierende tschechische Außenminister Dr. Jan Masaryk am Mittwoch früh um sechs Uhr aus dem Fenster seiner Wohnung zwei Stockwerke tief in den Hof gestürzt habe und sofort tot gewesen sei. Radio Prag soll von einem „nervösen Zusammenbruch" gesprochen haben. Der britische Premierminister Attlee meint dagegen, M. habe „das Leben nicht mehr in der erstickenden Atmosphäre eines totalitären Regimes ertragen können". Das scheint mir glaubhafter.

Aufmacher der „Welt" aber war ein dreispaltiger Bericht über eine scharfe Kontroverse zwischen Robertson und Sokolowskij am vergangenen Mittwoch im Alliierten Kontrollrat.[17] Anlaß: eine Intervention Sokolowskijs wegen der angeblichen Behinderung der Tätigkeit von KPD und SED in den Westzonen. Robertson fuhr eine Retourkutsche und wies auf die Benachteiligung von LDP und CDU in unserer Zone hin. Er kündigte an, er werde in Zukunft jedesmal etwaige neue „Komplimente des sowjetischen Vertreters gegenüber den Briten" in voller Stärke zurückgeben. Wie lange wird das noch gutgehen?

Sonnabend, den 13. März 1948

Die Westpresse meldet heute die Flucht des Potsdamer CDU-Vorsitzenden Egidi nach dem Westen. Er habe am Dienstag mit seiner Familie die

Ostzone verlassen. Egidi war vor einigen Wochen angeblich auf Veranlassung des brandenburgischen Innenministers Bechler verhaftet und nach kurzer Zeit wieder freigelassen worden. Nun habe er mit neuen „Manövern" gegen sich gerechnet.

Donnerstag, den 18. März 1948

Jetzt geht es Schlag auf Schlag. Die jüngsten Aktionen der Sowjets in Mitteleuropa haben den Westen in Bewegung gebracht. Mit großen Schlagzeilen berichten die Westberliner Blätter heute von drei weitreichenden Entscheidungen: der Unterzeichnung eines westeuropäischen Beistandspaktes in Brüssel, der Forderung Trumans nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in den USA und dem Beschluß der 16 Marshall-Plan-Länder, die drei Westzonen in die Organisation der Europahilfe einzugliedern. In einem Kommentar der „Welt" zu diesen Ereignissen heißt es: „Kein Zweifel, die Nachrichten aus Washington und Brüssel verraten eine Weltlage ernstester Bedrohung. Man tut gut daran, darüber keine Illusionen zuzulassen". Nun, wir hier in der Ostzone haben solche gewiß nicht.

Mittwoch, den 24. März 1948

Unsere Partei wird von Sowjets und SED immer mehr gleichgeschaltet, besonders, seit auf Befehl der Besatzungsmacht die „Volkskongreßbewegung" geboren wurde. Träger dieser Bewegung ist die SED, ihr wahres Ziel ein kommunistisches Deutschland, das später einmal an die Sowjetunion angeschlossen werden soll. Das ist keine Behauptung von mir oder von westlichen Politikern oder Zeitungen. Das entnehme ich Äußerungen kommunistischer Funktionäre und Minister, die in aller Öffentlichkeit gemacht wurden[18].

Die CDU hat aus diesen Tatsachen Konsequenzen ziehen wollen; ihr Vorsitzender Jakob Kaiser distanzierte sich von dieser „Volksbewegung". Ergebnis: Kaiser wurde von der Besatzungsmacht abgesetzt, eine Säuberung der Vorstände eingeleitet und die so auf Vordermann gebrachte Partei in die Volkskongreßbewegung eingereiht. Unser Vorsitzender Külz dagegen ist sofort zu Kreuze gekrochen – er wagte es nicht, Widerstand zu leisten. Damit entgehen wir zwar für den Augenblick einem ernsten Konflikt mit den Russen. Die Masse der Parteifreunde steht jedoch in dieser Frage nicht hinter Külz. K. war bereits auf dem letzten Parteitag harter Kritik ausgesetzt, und er wäre bei den Vorstandswahlen wohl durchgefallen, wenn nicht die Delegierten aus Vernunftgründen und aus Furcht vor sowjetischen Repressalien eingelenkt hätten. Doch nun ist die LDP gespalten. Der Berliner Landesverband hat sich von der Zonen-LDP losgesagt, da er seine betont antikommunistische Haltung nicht mit der Nachgiebigkeit der Zonenleitung vereinbaren kann. War das richtig – oder was soll man tun? Sollen wir uns selbst auflösen? Oder sollen wir noch einmal

ganz offen gegen den kommunistischen Terror auftreten, um dann in Ehren unterzugehen? Natürlich können wir versuchen, uns mit List und Tücke zu behaupten, durch die Klippen hindurchzumanövrieren, bis der rettende Tag gekommen ist. Aber wenn der Tag kommt, an dem das kommunistische Regime hinweggefegt wird, werden auch wir zur Rechenschaft gezogen werden und unsere heutige Politik verantworten müssen.

Donnerstag, den 1. April 1948

Elf Mitglieder des Kreisvorstandes, darunter auch ich, haben heute die Einberufung des Kreisvertretertages auf den 16. April beantragt. Dieser soll beschließen, daß Mitglieder des Landesvorstandes und Angestellte der Landesleitung nicht zugleich Mitglieder des Kreisvorstandes Potsdam sein dürfen. Damit wollen wir erreichen, daß durch Vertreter des Landesvorstandes kein ungebührlicher Einfluß auf die Arbeit der Potsdamer Parteiorganisation genommen und – umgekehrt – die Einflußnahme des Kreisverbandes auf die Geschäftsführung der Landesleitung nicht abgebremst wird. Angesichts der politischen Lage scheint uns ein solcher Beschluß dringend geboten. Alle Kreisvorstandsmitglieder haben unterschrieben, nur Dr. Mühlmann nicht. Man sagt, er mache sich Hoffnung, auf dem nächsten Landesparteitag zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt zu werden. Da er aber auch Kreisvorsitzender bleiben will, kommt ihm dieser Antrag ungelegen.

Am Mittwoch haben die Sowjets eine verschärfte Kontrolle aller alliierten Transporte von Berlin nach Westdeutschland angeordnet. Britische Militärlastwagen wurden gestern abend in Marienborn zurückgeschickt. Die Amerikaner erklärten die Inspektion der Militärzüge durch die Sowjets für unzulässig, Frankreich verlangt Erläuterungen und wendet sich zugleich gegen den Ton, in dem die Mitteilung der Sowjets abgefaßt ist. Der Konflikt zwischen den Alliierten verschärft sich stündlich.

Sonntag, den 4. April 1948

Gestern Sitzung des Landesjugendausschusses der LDP. Wir tagten gegen unsere ursprüngliche Absicht in Potsdam. Die SMA[19] hat uns verboten, den Ausschuß nach Berlin in die Zonenleitung einzuberufen. Die Russen mißtrauen uns. Dennoch sprachen wir uns auch in Potsdam offen aus, zumal wir anfangs nicht bemerkten, daß in unserer Mitte eine Vertreterin des Informationsdienstes der Landesregierung saß und eifrig mitstenographierte. Wir baten von Koerber, der an der Sitzung teilnahm, energischen Protest bei den zuständigen Stellen gegen derartige Methoden einzulegen. Ich glaube aber kaum, daß er unserem Wunsch entsprechen wird.

Hauptthema unserer Beratungen war noch immer das Verhältnis zur kommunistischen FDJ. Rudi Bätcher berichtet über unser Gespräch mit dem FDJ-Landesvorstand am 11. März. Es hatte drei Stunden gedauert

und erwartungsgemäß zu keinem Ergebnis geführt. Wir wiesen damals besonders auf die Intoleranz dieses Jugendverbandes gegenüber seinen nichtsozialistischen Mitgliedern hin und drängten auf eine Zusicherung, daß die FDJ künftig alle politischen Meinungen ihrer Mitglieder respektieren wolle. Unser Hauptgesprächspartner war der FDJ-Landesvorsitzende Otto Wiesner, ein kleiner, unscheinbarer Funktionär, der im Dritten Reich in einem Konzentrationslager der Nazis gesessen hat. Er versuchte, uns mit gewundenen, nichtssagenden Erklärungen abzuspeisen. Er wich aus.

Nach dem Bericht Bätchers brachten unsere Freunde aus den Kreisverbänden wiederholt zum Ausdruck, daß eine Zusammenarbeit mit und eine Arbeit in der FDJ für einen Nichtkommunisten auf die Dauer unmöglich sei. Ich bin allerdings der Meinung, daß wir diese Angelegenheit überbewerten, sie zu unrecht zur politischen Kardinalfrage machen. Eine positive Entscheidung für eine Zusammenarbeit mit der FDJ können und wollen wir nicht, eine negative aber dürfen wir nicht treffen. Also, was soll's?

Später nahm von Koerber das Wort. Er meint, wir müßten versuchen, uns in diesen schwierigen Zeiten irgendwie durchzulavieren. Wichtig sei nur, die Partei zu erhalten, auch wenn das nur mit vielen Kompromissen und Zugeständnissen an das gegenwärtige Regime möglich sei. Einige der jungen Parteifreunde stimmten diesen Ausführungen nur mit der Einschränkung zu, daß wir bei diesem Verfahren nicht unser Gesicht verlieren dürften. Sie beklagen lebhaft den Mangel an Zivilcourage vor allem bei den Herren der Parteileitung.

Nach der Tagung zu Gerhard W., um mich in dessen Laden mit Zeitungen für den Sonntag zu versorgen. W.s Laden ist Treffpunkt vieler mit den politischen Verhältnissen Unzufriedener, die hier ihre Westzeitungen einkaufen und häufig auch offen diskutieren bzw. schimpfen. Nach Ladenschluß begaben wir uns in den „Schwan" zu vielen Gläschen Schnaps. W. spricht gern über seine Kriegserlebnisse.

Wir sprachen über die Konsequenzen eines offenen militärischen Konflikts zwischen den Sowjets und den Westmächten, der heute wohl nicht mehr auszuschließen ist. Wie kommt man dann hier raus in den Westen? Gerhard beschreibt mir einen nach seiner Ansicht sicheren Weg. Ich nehme aber an, daß die Sowjets uns junge Männer noch vor Beginn der eigentlichen Kampfhandlungen deportieren werden.

Montag, den 5. April 1948

Wie ich heute morgen erfuhr, ist unser Finanzminister Walter Kunze mit Frau und Kindern nach dem Westen geflüchtet. Das kommt nicht ganz unerwartet. Kunze stand schon seit geraumer Zeit unter Beschuß der SED-Zeitungen. Er mußte bereits vor Monaten den Landesvorsitz wegen „Arbeitsüberlastung" niederlegen, weil er sich durch seine offene Sprache bei

den Kommunisten mißliebig gemacht hatte. Vor wenigen Wochen wurde in Henningsdorf bei Berlin ein „volkseigener Betrieb" eingeweiht. Kunze war eingeladen. Er kam, sah die roten Fahnen und kommunistischen Spruchbänder – und fuhr sofort wieder nach Potsdam zurück. Darauf erschien im amtlichen Organ der sowjetischen Besatzungsmacht, der „Täglichen Rundschau", ein Pamphlet gegen den Finanzminister. Kunze wurde richtig fertiggemacht. Damals waren wir alle der Überzeugung, daß der Zeitpunkt seines Sturzes nicht mehr fern sei. Dr. Kunze hat ihn nicht abgewartet, sondern ist seinen Gegnern zuvorgekommen. Meine Parteifreunde liefen mir heute abend fast die Tür ein, um Näheres zu erfahren. Ich weiß leider auch nicht viel mehr als allgemein bekannt. Dr. Mühlmann deutet lediglich an, daß der Nachfolger Dr. Kunzes im Amt bereits gefunden sei und schon morgen im Landtag bestätigt werden solle. Außerdem seien die Sowjets gegenwärtig schlecht auf die Liberaldemokraten zu sprechen. Wen wundert's!

Am Abend taucht auch Gerhard auf. Er sei für den kommenden Donnerstag zu Innenminister Bechler bestellt, weil er Angestellten der Landesregierung westliche Zeitungen und Zeitschriften ins Haus geliefert habe. Die Regierung selbst bezieht ganz offiziell täglich hunderte von Westzeitungen über Gerhard. Wahrscheinlich sind diese Exemplare aber nur für politisch Zuverlässige bestimmt.

Dienstag, den 6. April 1948

Heute morgen verging mir der Appetit, als ich auf nüchternen Magen in die „Tagespost" schaute: auf der ersten Seite eine kurze Meldung mit der Überschrift „Mißtrauen für Minister Kunze". Darunter eine Mitteilung unseres Landesvorstandes, wonach er auf seiner letzten Sitzung Dr. Kunze das Vertrauen entzogen habe.

Als ich wenig später bei der Landesgeschäftsstelle Auskunft über das Zustandekommen dieser Meldung erbat, antwortete man mir mit verlegenem Achselzucken und nichtssagenden Bemerkungen. Herr v. Koerber rief mich zu sich, erkundigte sich nach meiner Arbeit und kam dann unvermutet mit dem Angebot heraus, zum Landesverband überzuwechseln. Ich soll dort Landessekretär bzw. Landesgeschäftsführer werden. Ich äußerte mich dazu vorerst sehr zurückhaltend. Auch sprach K. betont von einem engeren Zusammenschluß des Kreisverbandes mit dem Landesverband. Gerade dagegen aber richtet sich unser Antrag vom 1. April. Ich bat von Koerber, die im Gespräch aufgetauchten Fragen gemeinsam mit Dr. Mühlmann zu dritt zu erörtern.

Bisher haben die westlichen Blätter noch nichts über Dr. Kunzes Flucht gebracht. Sie sind diesmal schlecht informiert.[20]

Am Nachmittag beim Oberbürgermeister, Beratung der Ausgestaltung des 1. Mai. Paul schlug vor, den Feiertag unter die Parole „Einheit und

Volksbegehren" zu stellen. Sehr originell! Heftiger Streit entbrannte zwischen der SED und ihren „Transmissionsriemen" um die Frage, ob alle Organisationen einen Begrüßungsredner stellen sollen oder nur die drei Parteien. Oder ob eine Begrüßungsansprache ganz entfallen solle. Ich war für letzteres, ebenso mein Klassenkamerad Wilke Henke, Landesgeschäftsführer der CDU. Aber die Genossen einigten sich schließlich auf die drei Parteien. Zum Abschluß wurden die unvermeidlichen Kommissionen gebildet, auf daß der Veranstalter der Mai-Feier, der kommunistische FDGB, eine überparteiliche Exekutive erhalte.

Mittwoch, den 7. April 1948

Heute nahm der „Morgen" zum Fall Kunze Stellung. Das Zentralorgan unserer Partei mutmaßt, daß Kunze „verschwunden" sei, „weil seine Position wegen verschiedener Differenzen mit seiner Parteiorganisation unhaltbar geworden war". Die Zeitung zitiert eine Erklärung von Koerbers, der die „passive Haltung Kunzes gegenüber den Parteirichtlinien" und „unverhüllt reaktionäre Tendenzen" in Kunzes Haltung kritisiert. Unfaßbar! Koerbers letzte Landtagsrede soll auf einen ähnlichen Ton gestimmt gewesen sein. Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe Stadtmitte hat daraufhin sein Amt niedergelegt. Ich bin gespannt, ob die Delegierten von Koerber bei der Vorstandswahl im Mai das Vertrauen geben werden.

Auch Dr. Schneider hat heute im Landtag eine Erklärung abgegeben, ähnlich im Inhalt, aber vorsichtiger formuliert. Sollten die Herren eine Auflage von der SMA bekommen haben?

Mühlmann erzählte mir, daß als Nachfolger von Kunze zwei Herren in Frage kämen: Arthur Lieutenant, der geschäftsführende Vorsitzende der Partei, oder Herr Neumann, ein Fabrikbesitzer aus der Mark. Lieutenant müßte dann allerdings seinen Vorstandsposten niederlegen, und das wolle er nicht. Nun, morgen werden wir es erfahren. Übrigens teilte mir Mühlmann auch mit, daß der Landesvorstand Kunze nicht das Vertrauen entzogen habe, wie es in der Pressenotiz hieß. Diese Meldung sei falsch und frei erfunden.

Heute abend berichtete der Berliner Rundfunk, Marschall Sokolowskij habe neue Richtlinien über die Behandlung der von den Russen verschleppten Personen herausgegeben. Angeblich sei daran gedacht, unschuldige Männer, Frauen und Jugendliche freizulassen und die Angehörigen der weiter in Haft Verbleibenden zu benachrichtigen. Die Sowjets haben das Verdienst an diesen Richtlinien der SED zugeschoben, mit deren Hilfe jedoch die willkürlichen Verhaftungen durchgeführt worden sind. Dagegen hatten sich LDP und CDU wiederholt für diese Unglücklichen eingesetzt, aber bei der SMA kein Gehör gefunden. Der Kommentator von „Radio Berlin" Geßner, bemerkte übrigens zu Sokolowskijs Erklärung, daß man gegen alle „Agenten ausländischer Mächte" und gegen

„Saboteure an der Neugestaltung des politischen Lebens in der Ostzone" noch schärfer als bisher vorgehen werde. So bleiben die Zuchthäuser und Arbeitslager wenigstens nicht leer.

Donnerstag, den 8. April 1948

Gestern abend um 21 Uhr hatte der Kommentator von „Radio Berlin" das Schuldbekenntnis der Sowjets wegen der Massenverhaftungen verkündet. Heute berichtet der „Sozialdemokrat", daß 22000 Häftlinge des Lagers Buchenwald nach Rußland deportiert worden seien.

Heute morgen lag nun auch die gestrige Landtagsrede Schneiders im Auszug vor. „Wir werden", so erklärte der LDP-Fraktionsvorsitzende, „nun wahrscheinlich bald Gelegenheit haben, in der Presse des Westens zu lesen, daß wieder ein überzeugter Demokrat dem kommunistischen Einfluß gewichen ist. Wir, die wir die Vorgänge aus nächster Nähe beobachten konnten, wissen, daß die Situation eine grundsätzlich andere war." Ich meine, hier kann man wohl doch nicht von „vorsichtigen Formulierungen" sprechen, eher von einem Kotau vor SED und Besatzungsmacht.

Für den Vormittag hatte die FDJ-Kreisleitung einen Vertreter der CDU und mich zu einer Aussprache über die künftige Zusammenarbeit eingeladen. Man zeigt sich entgegenkommend und betont freundlich. Konkrete Zusagen hinsichtlich der Behandlung von Nichtkommunisten im Jugendverband wurden freilich wiederum nicht gegeben.

Leutnant Kapkajew von der russischen Zentralkommandantur, der dieser Unterredung beiwohnte und sie wohl auch veranlaßt hat, forderte uns mit bewegten Worten auf, freundschaftlich miteinander umzugehen. Henke ist aber genau so skeptisch wie ich, was das künftige Verhältnis des kommunistischen Jugendverbandes zu den Mitgliedern der demokratischen Parteien anbetrifft.

Dauerkrise der LDP

Sonnabend, den 10. April 1948

Heute nacht ist Dr. Külz gestorben. Als ich am späten Nachmittag aus Berlin zurückkam, teilten mir die Eltern diese Neuigkeit mit, die „Radio Berlin" heute mittag bekanntgemacht hat. Külz soll einem Herzschlag erlegen sein. Es ist zu vermuten, daß der 74jährige ehemalige Reichsminister den Aufregungen der letzten Monate, insbesondere im Zusammenhang mit dem pseudodemokratischen Volkskongreß, nicht mehr gewachsen war. Einer späteren Zeit mag es vorbehalten bleiben, ein objektives Urteil über Fehler und Verdienste dieses Mannes zu fällen, der wohl zu den um-

strittensten Politikern des heutigen Deutschland gehört hat. Man darf gespannt sein, wer der Nachfolger im Amt des Parteivorsitzenden wird.[22] Auf jeden Fall dürfte er es schwer haben, das Vertrauen der Besatzungsmacht im gleichen Maße zu erwerben wie der alte Külz.

Ich selbst habe den Verstorbenen im vergangenen Jahr persönlich kennengelernt, bei einem durch Mühlmanns Vermittlung zustandegekommenen Gespräch über meine Studienprobleme. K. machte auf mich den Eindruck eines etwas weltfremden, aber seriösen Herren alter Schule. Er setzte sich damals für mich bei der Zentralverwaltung für Volksbildung ein, freilich ohne den geringsten Erfolg. Sein Wort galt offensichtlich nichts bei den Zonenbehörden, die den alten Herren ansonsten immer wieder zu allerlei politischem Firlefanz mißbrauchten, um ihren fragwürdigen politischen Machenschaften ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen.

In Berlin besuchte ich heute unseren Landesjugendsekretär Jochen P., der in Wilmersdorf mit einem Zwölffingerdarmgeschwür im Krankenhaus liegt. Er wurde jüngst in Potsdam von einem Gericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er einem kommunistischen Funktionär in einer öffentlichen Versammlung undemokratische Machenschaften vorgeworfen haben soll. Jochen bestreitet das. Er will die Landesleitung bitten, sich seiner Sache anzunehmen. Da wird er wenig Glück haben. Man ließ noch immer Parteifreunde fallen, die sich bei der SED oder bei der Besatzungsmacht unbeliebt gemacht hatten. Ich riet Jochen, nicht mehr nach Potsdam zurückzukehren.

Ich berichtete P. ausführlich über die gestrige Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe, auf der sich Herr von Koerber für seine Stellungnahmen zum Fall Kunze rechtfertigen mußte. Er tat das sehr geschickt, stellte K. als einen Querulanten dar, der immer und überall opponiere und sich politisch höchst ungeschickt benähme. Die Folgen der Flucht Kunzes sind gegenwärtig noch nicht zu übersehen. Einige seiner Angestellten (Parteifreunde) wurden dem Vernehmen nach zunächst verhaftet, sind aber inzwischen wieder auf freiem Fuß.

Sonntag, den 11. April 1948

RIAS brachte in seinen 22 Uhr-Nachrichten die Meldung, der thüringische Justizminister Dr. Helmut Külz, Sohn des gestern verstorbenen LDP-Vorsitzenden, werde in nächster Zeit zurücktreten. Külz junior wolle die kommunistische Politik nicht länger unterstützen und habe u.a. gegen die Sequestierungsmaßnahmen in der Ostzone Protest erhoben (was Külz senior kurz vor seinem Tode, allerdings in vorsichtiger Form, ebenfalls getan hat).[23] Im übrigen – so der RIAS – seien Külz Vater und Sohn in letzter Zeit im Streit um grundsätzliche Stellungnahmen zu politischen Vorgängen in der Zone häufig aneinandergeraten.

Der „Morgen" veröffentlichte heute auf Seite 1 eine Stellungnahme der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland zum „Tod des bedeutenden demokratischen Politikers Deutschlands". Der Tod von Külz sei ein „Verlust für alle Kämpfer für die Einheit des deutschen Staates, für Freiheit und Unabhängigkeit des demokratischen Deutschlands. Voller Achtung und tiefstem Schmerz erweisen wir der sterblichen Hülle dieses würdigen Menschen die letzte Ehre", erklärten die Sowjets. Der Leitartikler des LDP-Zentralorgans ging noch einmal in gewundenen Formulierungen auf die heftig umstrittene Politik des verstorbenen Vorsitzenden ein und schrieb: „Die Arbeit, die er leistete, stand naturgemäß im mehr oder minder schiefen Licht der Parteimeinungen, war der Kritik und oft genug der böswilligen Mißdeutung ausgesetzt ... Mag die Meinung des Tages gelegentlich hoch um ihn emporgebrandet sein, er wird in der Erinnerung nicht zu denen gehören, deren Charakterbild in der Geschichte schwankt." Was zu bezweifeln ist.

Montag, den 12. April 1948

Die Stimmung in der Partei ist miserabel. Die Dauerkrise der LDP fällt vielen Parteifreunden auf die Nerven. Mit weiteren Parteiaustritten ist zu rechnen. Wie lange wird es überhaupt noch möglich sein, in der LDP mitzuarbeiten?

Der Landesverband war heute bereits von der Demission des Külz junior unterrichtet, nur der gute Mühlmann nicht. Der rief mich eben an, um mir mitzuteilen, daß von Koerber wahrscheinlich morgen mit mir über eine Tätigkeit in der Landesleitung sprechen solle. M. bat, Koerber noch keine endgültige Zusage zu geben.

Die Westzeitungen widmen heute Wilhelm Külz überaus kritische Nachrufe. Der „Sozialdemokrat" z. B. nannte Külz einen „Routinier, der den Mantel nach dem Wind zu drehen verstand". Das „Volksblatt" meint, Külzens Verhalten in den Jahren seit der Kapitulation sei gekennzeichnet gewesen „durch einen Opportunismus, der zur Spaltung der Liberaldemokratischen Partei und in der Ostzone zu ihrer völligen Unterjochung durch die SEP führte".[24]

Dienstag, den 13. April 1948

Heute kurze Unterredung mit Mühlmann über den möglichen Wechsel zum Landesverband. M. bat mich erneut, meine Entscheidung bis Mitte Mai hinauszuschieben, bis zu seiner möglichen Wahl als stellvertretender Landesvorsitzender. Der als mein Nachfolger in der Kreisgeschäftsstelle vorgesehene Herr B. dürfte kaum die Zustimmung Mühlmanns finden. B. soll sich allzu eifrig in Schwarzmarktgeschäften betätigen. Gerhard W., den ich heute über meinen möglichen Tätigkeitswechsel informierte, rea-

gierte unwillig. Er gab zu bedenken, daß die Landesleitung ziemlich weit links stehe, zugleich aber auch ein Opportunistenclub sei.

Ich traf heute auch zufällig Dr. B., 1946/47 Assistenzarzt am St. Josef-Krankenhaus. Er war jüngst im Heimkehrerlager Gronenfelde bei Frankfurt/Oder tätig. Unter den aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Soldaten seien auch Angehörige des von den Sowjets gegründeten Komitees „Freies Deutschland"[25] gewesen, die von ihren Kameraden allgemein als „Graue Eminenzen" bezeichnet würden. Diese Männer habe man bevorzugt behandelt. Sie würden von den Russen sofort aus der Masse der ehemaligen Gefangenen aussortiert und zur besonderen Verwendung in die Zone abgeschoben. Die anderen Soldaten seien übrigens nicht mehr ganz so elend und verwahrlost wie vor einem Jahr, aber noch immer fast durchweg krank und aufgeschwemmt. B. behauptet, die dort ständig tätigen Ärzte seien „strafversetzt"; sie würden als politisch Unzuverlässige solange im Lager beschäftigt und politisch geschult, bis sie sich zum Eintritt in die SED bereiterklärten.

Mittwoch, den 14. April 1948

Gestern übergab ich Koerber die Resolution unseres Kreisverbandes, heute zeigt er sich schlecht gelaunt, weil er nun seine Position im Kreisverband aufgeben muß. Er nennt uns eine „Verschwörerclique" und spart nicht mit ironischen Bemerkungen über das „schlafende Heer" des Kreisverbandes und die Unterzeichner der Entschließung. Er meinte, damit käme dann wohl auch Mühlmann nicht mehr als stellvertretender Landesvorsitzender in Frage. Im übrigen habe er bereits einen Berliner Herren aufgetan, der an meiner Stelle die zunächst für mich vorgesehene Position in der Landesleitung erhalten solle. Nun habe ich meine Quittung.

Donnerstag, den 15. April 1948

Seit heute gehöre ich als Vertreter der LDP der Kommission zur Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums an. Ein wenig grotesk ist das schon. Schließlich wurde ich dreimal von der Berliner Universität wegen bürgerlicher Herkunft zum Studium nicht zugelassen. Jetzt soll ich die fördern, derentwegen ich bisher auf mein eigentliches Berufsziel verzichten muß. Die Sitzung fand im Volksbildungsministerium statt. Anwesend waren Vertreter der SED, CDU, LDP, des FDGB, der FDJ, des Landesgesundheitsamtes, der VVN[26] u.a. Die Sitzung leitete Volksbildungsminister Rücker, ein ehemaliger Studienrat und in Moskau geschulter Angehöriger der deutschen Wehrmacht. Hauptaufgabe dieser Sitzung: die Konstituierung eines Vereins „zur Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums" und die Übernahme eines Stipendienfonds für Arbeiterkinder, der bisher von dem inzwischen aufgelösten „Werk der Jugend"[27] verwaltet wurde.

Rücker hielt eine längere Rede und führte dabei u.a. aus: Die Studentenschaft der Ostzone sei bedauerlicherweise weitgehend „westlich orientiert" und verhalte sich abwartend, wenn man ihr auch keine ausgesprochen antisowjetische Haltung vorwerfen könne. Die amerikanische Propaganda von der „Freiheit der Persönlichkeit" habe aber auf die Studenten Eindruck gemacht. Diese glaubten daher, machen zu können, was sie wollten. Das zeige, daß man bisher nicht mit genügender Sorgfalt bei der Auswahl der Studenten verfahren sei. Man müsse nun alle Hebel in Bewegung setzen, um die Kinder der Arbeiter und Bauern auf die Universitäten zu bekommen. Leider aber seien viele Bauern konservativ und rückständig – sie ließen ihre Kinder nicht studieren. Rücker nannte Zahlen, um die „unmöglichen Verhältnisse" an den beiden größten Universitäten der Ostzone zu verdeutlichen: so betrage der Anteil der Arbeiterstudenten in Leipzig 36,1 Prozent, der Bauernstudenten aber nur 3,5 Prozent. In Berlin sei es noch schlimmer. Hier seien nur 14,9% der Studenten Arbeiter- und 2,1% Bauernkinder. Der Minister schloß seinen Vortrag mit dem Appell, sich künftig mehr als bisher um die Studenten zu kümmern, damit diese nicht die „lebendige Verbindung mit der Wirklichkeit, mit der Masse" verlören. Studenten, so Rücker, seien „Funktionäre der Gesellschaft". Wer die lebendige Verbindung zu dieser Gesellschaft verlöre, dem müsse man das Stipendium entziehen, der müsse von der Universität entfernt werden. Rücker: die Studenten seien im übrigen „moralisch verpflichtet", der kommunistischen Einheitsgewerkschaft (FDGB) anzugehören.

Die sich dem Vortrag anschließenden Beratungen waren von geringerem Interesse. Es gab noch einige Diskussionen darüber, wer in diesem Verein den Vorsitz übernehmen soll. Die Kommunisten plädierten einmütig für den FDGB. Und also geschah es.

Heute nachmittag berichtet mir Gerhard, in den letzten Nächten seien in Potsdam ca. 200 junge Männer von der Besatzungsmacht verhaftet worden, ausschließlich ehemalige Angehörige der deutschen Wehrmacht. Die Mehrzahl der Verhafteten seien Spezialisten gewesen: U-Boot-Männer und Flieger, Offiziere und Mannschaften. Am Abend rief Gerhard erneut an: er müsse mich noch einmal sprechen. Wir trafen uns am Brandenburger Platz.

Gerhard erzählt, daß von seinen zehn in Potsdam lebenden ehemaligen Klassenkameraden in den letzten beiden Nächten angeblich fünf verhaftet worden seien. Er wisse nun nicht, was er machen solle. Was ich denn zu tun gedächte? Ich erkläre, zumindest vorerst bleiben zu wollen. Wir liefen zu meinem Schulkameraden Hans G., um ihn zu warnen und zogen dann mit einem weiteren Klassenkameraden Helmut R. in ein kleines Lokal, um die Lage zu besprechen. R., vormals aktiver Hauptmann und jetzt in Berlin als Vertreter in der Textilbranche tätig, will noch heute nacht nach Westberlin zurückkehren. Gerhard schläft in seinem Laden, Hans und ich kehrten in unsere Wohnungen zurück.

Freitag, den 16. April 1948

Ich finde soeben noch ein paar Notizen über die Rede Koerbers vor den Mitgliedern meiner Ortsgruppe am 9. April. Zum Fall Kunze führte er u. a. aus: Kunze habe sich politisch immer „auf der Grenzlinie" gehalten und sei klaren Entscheidungen aus dem Wege gegangen. Andererseits aber habe Kunze seine Stellungnahmen zu politischen Fragen auf die Spitze getrieben. Seine negative Haltung zum Volkskongreß sei bekannt. Auch er, von Koerber, habe sich anfangs gegen diesen Volkskongreß ausgesprochen. Aber nachdem die Parteileitung sich entschlossen habe, am Volkskongreß teilzunehmen, habe er seine Haltung revidiert. Kunze dagegen habe das nicht getan und sich in dieser Hinsicht weiter völlig passiv verhalten. Koerber erinnerte sodann an den Landes-Volkskongreß in Brandenburg am 7. März, an dem auch ich teilnahm. Dr. Kunze sei damals nur für eine halbe Stunde erschienen und habe sich dann in ein Café zurückgezogen. Auch beim Deutschen Volkskongreß in Berlin habe man Kunze nie gesehen. Bei der Tagung des Hauptausschusses der LDP-Zonenleitung in Weimar habe Kunze zwar im Präsidium gesessen, sich aber weder für noch gegen Külz erklärt.[28]

Eines Tages sei Kunze angetragen worden, die Patenschaft über einen volkseigenen Betrieb zu übernehmen, wie das bei Ministern und Parteivorsitzenden nun einmal üblich sei. Darauf habe Kunze an den Ministerpräsidenten Steinhoff (SED) geschrieben, er habe dazu keine Zeit. Schließlich sei er zur Einweihung der volkseigenen Werke in Henningsdorf eingeladen worden. Kaum angekommen, habe er sofort wieder kehrtgemacht, weil der Ort mit roten Fahnen und sozialistischen Spruchbändern geschmückt war. Über diesen Vorfall habe Kunze mit einer Anzahl seiner Bekannten gesprochen, die Westpresse habe darüber berichtet. Es kam dann zu einer Landesvorstandssitzung, auf der ihm nahegelegt worden sei, zurückzutreten. Das habe Kunze abgelehnt, aber von Koerber pro forma den Landesvorsitz übergeben. Ein Untersuchungsausschuß des Landesvorstandes sei beauftragt worden, die gegen Kunze gerichteten Anschuldigungen der „Täglichen Rundschau" zu überprüfen. Der Ausschuß sei zunächst zu dem Ergebnis gelangt, daß die Amtsführung Kunzes in dessen Ministerium einwandfrei gewesen sei. Das habe man protokollarisch festgelegt. Dieses Schriftstück habe nun Kunze mit nach dem Westen genommen, und er argumentiere, er sei zunächst rehabilitiert worden, dann aber wäre man doch noch zu einer anderen Entscheidung gekommen. Nach Meinung Koerbers aber sei dieses Schriftstück nicht die endgültige Formulierung des Untersuchungsergebnisses gewesen – was Kunze gewußt haben soll. Später habe man noch ein zweites Protokoll verfaßt, das sich auch mit den politischen Vorgängen beschäftigt habe und zu einem anderen Ergebnis gekommen sei.

Bei alledem steht wohl fest, daß sich die Partei im Falle Kunze ziemlich

merkwürdig benommen hat. Und die Rolle, die Koerber dabei spielte, scheint mir auch nicht ganz durchsichtig zu sein.

Nach Gerhards Angaben sollen die Russen zusammen mit deutscher Polizei auch in der vergangenen Nacht wieder Verhaftungen vorgenommen haben. In den anderen Ländern der Ostzone sei es bereits zu einem früheren Zeitpunkt zu ähnlichen Aktionen gekommen.

Am Nachmittag ein Gespräch mit Rudi Bätcher. Auf der nächsten Jugendausschußsitzung wird die Frage der Neubesetzung des Postens eines Landesjugendsekretärs zu erörtern sein. Jochen P. wird wahrscheinlich nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus nicht mehr zu seinen alten Aufgaben zurückkehren. B. wünscht, daß ich an Jochens Stelle trete. Ich muß mir das noch überlegen.

Sonnabend, den 17. April 1948

Der erste wirklich warme Tag des Jahres, 24 Grad Celsius in den Nachmittagsstunden, dazu ein wolkenloser blauer Himmel. Ich schließe heute mein Geschäftszimmer frühzeitig und fahre nach Berlin.

Heute vormittag hat mich Mühlmann aufgesucht und mir den Auftrag gegeben, die zwanzig politisch aktivsten Parteifreunde herauszusuchen, ihre Namen auf ein Blatt Papier zu schreiben und diese Liste am Montag Leutnant Kapkajew von der Hauptkommandantur zu übergeben. Den Sinn dieser Aktion konnte mir Mühlmann nicht mitteilen. Ich werde mich vorsichtshalber selbst mit auf die Liste setzen, um zu erfahren, was es damit auf sich hat.[29]

Heute nacht um 2 Uhr beginnt in ganz Deutschland die „Sommerzeit". Das ist der einzige Kontrollratsbefehl, der in diesem Jahr unser Volk beglückte, die einzige alliierte Anordnung auch, die auf ganz Deutschland Anwendung findet. So haben wenigstens alle Deutschen heute nacht eine Stunde weniger Schlaf. Die Einheit rückt indessen in immer weitere Ferne. Nach einem Bericht des „Tagesspiegel" von heute hat es auf der gestrigen Sitzung der stellvertretenden Kommandanten Berlins wieder lebhafte Auseinandersetzungen gegeben. In der zweistündigen Aussprache kam es wie schon üblich zu gegenseitigen Vorwürfen. Der sowjetische Oberst Jelisarow forderte dabei u.a., daß in Berlin die Tätigkeit der „Jungen Union" und der „Jungen Liberaldemokraten" verboten werde.

Im Westen wurde „der erste Schritt zum Zusammenschluß Europas" getan, so die Schlagzeile des „Tagesspiegel". Die sechzehn am Marshallplan[30] beteiligten Länder unterzeichneten eine Charta, in der sie sich zu wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenarbeit verpflichten. Die Westzonen sind in diese Zusammenarbeit mit einbezogen. An uns denkt niemand mehr.

Dienstag, den 20. April 1948

Am Vormittag die zweite Sitzung der Kommission für das Arbeiter- und Bauernstudium. Beschluß, gegebenenfalls die Studienbewerber vorzuladen, damit wir uns ein persönliches Bild von den jungen Menschen machen können. Die kommunistische Seite traut den Zonen-Organisationen nicht genügend politisches Verantwortungsbewußtsein bei der Auswahl ihrer Mitglieder für das Studium zu. Es wird bemängelt, daß allein schon der Eintritt in die SED genüge, um Jugendlichen den Weg auf die Universitäten zu ebnen. Man müsse aber wissen, was denn der Jugendliche in seiner Organisation getan habe, ob er aktiv gewesen sei. Ich protestierte gegen eine Bemerkung des Vertreters des Volksbildungsministeriums, die darauf hinauslief, die Studienbewerber bei persönlicher Vorstellung zu überrumpeln. Der betreffende Herr berichtet, er pflege bei Abiturientenprüfungen folgende Frage zu stellen: „Wie denken Sie sich die Finanzierung Ihres Studiums?" Sagt der Abiturient, der Vater werde die Ausbildung bezahlen, so sei der Fall für ihn (den Herrn des Ministeriums) schon erledigt. Denn diese Antwort zeuge von einer mangelnden „sozialen Einstellung" des jungen Menschen, der wissen müßte, daß das „werktätige Volk" sein Studium mit Steuermitteln finanziere.

Ich lese z. Z. ein erschütterndes Buch über den 20. Juli 1944. Der Verfasser ist der ehemalige Oberst der deutschen Wehrmacht Wolfgang Müller. Der Titel: „Gegen eine neue Dolchstoßlüge". Mit großer Sachlichkeit wird der verbrecherische Wahnsinn der Hitlerischen Kriegsführung geschildert. Besonders bedrückend empfinde ich die Tatsache, daß wir damals fast alle in Deutschland mit Unverständnis auf die Ereignisse des 20. Juli reagiert haben. Auch ich. In meinem Tagebuch vom Sommer 1944 stehen nur ein paar belanglose Notizen, die mehr das Sensationelle als das Tragische der Vorgänge registrieren. Auch unsere Einheit wurde alarmiert, als wir am Abend des 20. Juli von einem Übungsschießen in Wandern nach Frankfurt/Oder zurückkehrten. Die Bedeutung des Tages, der eine winzige Chance für die Beendigung des Krieges eröffnete, ist uns weder damals noch in dem darauffolgenden Kriegsjahr ins Bewußtsein gerückt. Ich kann nicht einmal behaupten – jedenfalls erinnere ich mich dessen nicht mehr – daß uns die Nachricht vom Attentat auf Hitler besonders beeindruckt hätte. Unser enger politischer Horizont ließ uns lediglich eine gewisse Befriedigung darüber empfinden, daß der Anschlag mißglückt war. Wir meinten, daß dieses deutsche Volk mit Hitler stehe und falle. Auch hatten wir keine Ahnung, wie hoffnungslos die Kriegslage für Deutschland im Sommer 1944 bereits war – wir glaubten noch fest an den Endsieg. Wir taten es zum Teil sogar noch im April 1945 im sowjetischen Kriegsgefangenenlager.

Nationaldemokraten als neue Partei – Maifeier in Potsdam – „Volksbegehren"

Sonntag, den 25. April 1948

In Halle und Erfurt werden jetzt auf sowjetisches Geheiß Gründungsausschüsse für eine „Nationaldemokratische Partei" gebildet. Schon seit Wochen berichten unsere ostzonalen Blätter über „spontane" Zustimmungen, vornehmlich aus ehemals nazistischen Kreisen, zu der Gründung einer neuen Partei. Vorausgegangen sind entsprechende Forderungen einer bereits existierenden „National-Zeitung", deren einzige Aufgabe darin besteht, diese Parteigründung publizistisch vorzubereiten. Nachdem dann prominente Kommunisten wie Wilhelm Pieck ihren Segen zur Geburt einer nationalbolschewistischen Partei und der NDP vorsichtshalber auch gleich Instruktionen für ihre künftige Politik mit auf den Weg gegeben haben, kommt die Sache jetzt richtig in Schwung. Die „spontanen" Gründungskomitees suchen programmgemäß bei der SMA um eine Lizenzierung ihrer Partei nach – mit Erfolg natürlich.

Warum aber nun diese neue Partei von Moskaus Gnaden? Dafür dürfte es zwei Gründe geben: 1. Die SED hat ihre Aufgabe, Partei der gesamten Ostzonenbevölkerung zu werden, nicht erfüllt. Die Deutschen lehnen nach wie vor in ihrer großen Mehrheit den Kommunismus leidenschaftlich ab. 2. Bei den kommenden Wahlen im Herbst – falls diese überhaupt stattfinden sollten – würde die SED eine gewaltige Niederlage erleiden und die beiden bürgerlichen Parteien, CDU und LDP, zweifellos die Mehrheit bekommen. Durch die Gründung einer raffiniert getarnten, zweiten kommunistischen Partei sollen nun die beiden Rivalen der SED geschwächt werden, indem man einerseits einen großen Teil der Parteilosen aufsaugt, andererseits aber auch versucht, Mitglieder der CDU und LDP zu sich herüberzuziehen. Gegenwärtig ist ohnehin in den Ämtern und Behörden unserer Zone ein starker Druck auf die politisch nicht organisierten Angestellten feststellbar; sie sollen Parteimitglieder werden. Die meisten Angestellten werden diesem Druck auf die Dauer nicht widerstehen können, wenn sie nicht ihre Existenz verlieren wollen. In die SED freilich wollen sie nicht eintreten, wohl auch nicht in unsere sowjethörigen bürgerlichen Parteien. So bleibt ihnen nur die NDP, über deren Charakter und politischen Weg sie noch nichts wissen.Wie dieser Versuch des politischen Dummenfangs ausgehen wird, läßt sich im Augenblick noch nicht voraussagen. Aber auf die Dauer werden die Sowjets wohl mit ihrer national verbrämten, kommunistischen Neugeburt ebenso wenig Glück haben wie mit ihrem alten Protektionskind, der SED.

Wir haben also jetzt vier Parteien in der Ostzone, dafür aber noch immer nichts zu essen. Am Sonnabend teilte die Abteilung Handel und Versorgung der Stadt Potsdam mit, daß es ihr nicht möglich sei, die Ansprü-

che auf Marmelade und Kunsthonig in diesem Monat zu erfüllen. In den Monaten April und Mai soll außerdem je eine Dekade mit Zucker statt mit Fett beliefert werden. Als Kartoffelersatz werden wie in den Vormonaten Salzgemüse und Kohlrüben angeboten.

Mittwoch, den 28. April 1948

„Der Morgen" veröffentlichte gestern einen Brief des stellvertretenden LDP-Vorsitzenden, Arthur Lieutenant, an die SED zur Frage der Teilnahme der LDP an den Maifeiern. L. wies auf den Aufruf des FDGB hin, wonach die Demonstrationen am 1. Mai auch dem Sozialismus gelten sollen. Hierdurch sei eine „beträchtliche Unruhe in unsere Mitgliedschaft hineingetragen worden, da die LDP nicht für den Sozialismus eintritt ... Wir bitten Sie daher, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir uns außerstande sehen, uns an den Maifeiern zu beteiligen ..."

Der Potsdamer Kreisvorstand, der gestern abend tagte, kam nach eingehender Debatte zu dem Beschluß, sich an der hiesigen Maifeier zu beteiligen, falls der Landesverband nicht anders beschließen sollte. Wir hatten bereits zugesagt und den überparteilich gefaßten Maiaufruf unterschrieben. Sollten die Kommunisten allerdings noch in letzter Minute auch die Potsdamer Maifeier sozialistisch ausgestalten, müßten auch wir die Konsequenzen ziehen. Die Feier steht hier unter dem Motto „Für Einheit und gerechten Frieden". Natürlich ist das nur eine Tarnung kommunistischer Ziele, aber das neutrale Motto hat zur Folge, daß die Besatzungsmacht uns zwingen kann, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Ich selbst werde auf jeden Fall nicht mitdemonstrieren. Entweder beteilige ich mich an einem privaten Maiausflug mit Parteifreunden zu unserer Parteischule in Behrensdorf oder ich fahre nach Berlin zur Maikundgebung der antikommunistischen Parteien auf dem Platz der Republik.

Am Abend mit Gerhard und Fräulein K. beim FDJ-Kreisvorstand zu einer Dreiparteien-Besprechung. Hauptthema: die Organisation des „Volksbegehrens". Die FDJ-Funktionäre teilten uns mit, daß auch die Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren mit abstimmen dürfen, und zwar auf sogenannten Jugendlisten. Dem Volksbegehren wird sich kaum jemand entziehen können, weil in den Abstimmungslokalen Namenslisten ausliegen und damit genau kontrolliert werden kann, wer gewählt hat und wer nicht.

Seit gestern abend finden in Potsdam zahlreiche Ausweiskontrollen in den Straßen, Gaststätten usw. durch Russen und deutsche Polizei statt. Wer keinen gültigen Ausweis besitzt oder in Berlin – also im „Ausland" – beheimatet ist, wird verhaftet, auf einen russischen Lastwagen geladen und zum NKWD in der Villa Ingenheim (Zeppelinstraße) abtransportiert. Dort bleiben die Verhafteten oft viele Stunden. Gerhard und ich beobachteten gestern spät abends den Verlauf einer solchen Razzia auf dem Brandenburger Platz. Dort gastiert zur Zeit der Zirkus Barlay. Rotarmisten und

Polizisten kontrollierten die Zirkusbesucher. Eine größere Gruppe von Menschen wurde auf dem Zirkusgelände zurückgehalten. Angehörige und Freunde der Verhafteten sowie viele Neugierige wie wir standen nahe dem Brandenburger Tor und warteten besorgt und gespannt, was mit den Festgehaltenen geschehen werde. Die Menge machte sich immer wieder durch laute Beschimpfungen und Haßausbrüche gegen Russen und deutsche Polizisten Luft. Dann polterte ein schwerer Lastwagen heran. Die Rotarmisten trieben mit lauten Rufen die Verhafteten auf das Fahrzeug. Unter den haßerfüllten Blicken des Publikums fuhr der Wagen in Richtung Westen davon.

Heute traf ich auf der Brandenburger Straße Parteifreund H., früher im Finanzministerium tätig und nach Kunzes Flucht beurlaubt. Er berichtet, von Koerber habe dieser Tage eine Unterredung mit Innenminister Bechler gehabt. Dabei habe Bechler behauptet, Dr. Kunze sei ein Agent in ausländischen Diensten gewesen und habe eine Untergrundbewegung im Land Brandenburg aufziehen wollen. Im übrigen – so Bechler – sei es ganz gleichgültig, ob die aus dem Finanzministerium entlassenen LDP-Mitglieder an der „Verschwörung" beteiligt gewesen seien oder nicht: für einen gehobenen Posten im Staatsdienst kämen sie ohnehin nicht mehr in Frage.

Freitag, den 30. April 1948

Potsdam prangt im roten Flaggenschmuck. Selbst mein liberaldemokratisches Geschäftszimmer im Westflügel des Nauener Tors ist durch rote Fahnen sinnig eingerahmt; das besorgte unsere Stadtverwaltung. Morgen werden die Werktätigen Potsdams hinter roten Fahnen und Transparenten, die rote Nelke im Knopfloch, vollkommen freiwillig zur Maidemonstration im Lustgarten marschieren. Auch die Parteien. Ich indessen werde beide Feiertage mit Gleichgesinnten in unserer Parteischule am Glubigsee verbringen.

Zur Vorbereitung der Feiern riegeln Rotarmisten und Volkspolizisten die Straßen in Potsdam ab, kämmen die Häuser durch – und das vornehmlich nachts – auf der Suche nach Westberlinern und „ausländischen Agenten", die angeblich die demokratische Aufwärtsentwicklung der Ostzone sabotieren wollen. Mit dieser Aufwärtsentwicklung ist es aber offenbar nicht weit her. Dafür spricht der Propagandarummel, den unsere Presse in den letzten Tagen um sowjetisches Brotgetreide macht. Wochenlang hatte man der Bevölkerung eingeredet, der Anschluß an die neue Ernte sei gesichert und damit die Ernährung der Ostzonenbevölkerung. Auf einmal erfahren wir, daß u. a. 20000 t Brotgetreide fehlen, die zur Aufrechterhaltung der dürftigen Rationen erforderlich wären. Die Sowjets haben durch den Abtransport eines großen Teiles der letzten Ernte dieses Defizit hervorgerufen. Jetzt sehen sie sich genötigt, 20000 t Brotgetreide wieder zurückzugeben. Diese Rückgabe erfolgt freilich nicht kostenlos, sondern

muß von uns durch umfangreiche Materiallieferungen an die UdSSR bezahlt werden. Trotzdem feiert die kommunistische Presse diese Tat mit riesigen Schlagzeilen als einen Akt sowjetischer Hilfsbereitschaft.

Auszug aus meinem Monatsbericht an die Kommandantur:

1. Stimmung der Bevölkerung: „Solange das Hauptnahrungsmittel dieser Gebiete, die Kartoffel, nicht in annähernd ausreichendem Maße der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden kann, werden alle, die keine zusätzlichen Lebensmittel illegal kaufen können, Hunger leiden müssen. Das insbesondere dann, wenn, wie jetzt bei der Teileinkellerei von Kartoffeln geschehen, die Bevölkerung statt der ihr zustehenden hochwertigen Nahrungsmittel nur minderwertiges Gemüse geliefert bekommt.

Dagegen wirkt sich der Befehl Nr. 64 von Marschall Sokolowskij über die Einstellung der Tätigkeit der Entnazifizierungs- und Sequesterkommissionen auf die Stimmung speziell der ehemaligen PGs vorteilhaft aus.[31] Allgemein hofft man, daß auch die deutschen verantwortlichen Stellen den Befehl so ausdeuten und durchführen möchten, wie er von der Besatzungsmacht offensichtlich gedacht ist: als eine endgültige und vollständige Rehabilitierung aller harmlosen kleinen Mitläufer. Das würde wesentlich zur Beruhigung der Bevölkerung und zur Aktivierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens beitragen.

Die Stellung der Bevölkerung zur innen- und außenpolitischen Lage bleibt weiterhin zurückhaltend und skeptisch. Mit Bestürzung wird die fortschreitende Verstimmung zwischen den Alliierten beobachtet, weil sie die heiß ersehnte Vereinigung der deutschen Gebiete in immer weitere Ferne zu rücken scheint. Müde Resignation gegenüber dieser Tatsache ist leider keine Einzelerscheinung mehr."

Montag, den 3. Mai 1948

1. Mai 1948 in der Ostzone: Überall rote Fahnen und Transparente. Die Bevölkerung demonstrierte gezwungenermaßen für „Einheit und gerechten Frieden". Mit rund 35 Parteifreunden aus dem Lande Brandenburg verbrachte ich zwei sehr vergnügte Tage in Behrensdorf. Die Parteischule der LDP war im Dritten Reich ein beliebtes Ausflugslokal und Hotel für Parteibonzen. Das Haus liegt direkt an dem idyllischen Glubigsee, einem Ableger des großen Scharmützelsees. Noch sind die beiden großen, durch Kriegseinwirkung beschädigten Gebäude des Hotels nicht völlig wiederhergestellt, noch fehlt es an Betten, auch müssen die Zimmer neu gestrichen werden. Doch für ein paar Tage läßt es sich hier schon angenehm wohnen. Fast von jedem Zimmer hat man einen herrlichen Blick auf Wald und See.

Ehrengast bei unserer abendlichen, feuchtfröhlichen Feier war Leo Leux, ein kleiner, lebhafter und vergnügter Mann. Der Film- und Schlagerkomponist der späten dreißiger und frühen vierziger Jahre lebt heute in Bad Saarow. Auf einem alten, leicht verstimmten Klavier spielte Leux seine Evergreens: Kleine Mama, wie geht es Ihrem Baby – Stern von Rio – Dummes, kleines Ding. Und schließlich auch noch seine neueste Komposition „In Bad Saarow, am Scharmützelsee". Dieses Lied wird aber bestimmt kein Schlager – und das nicht allein wegen des Textes.

Während eines Spazierganges am Glubigsee eröffnete mir Herr Flatau, daß meiner Übersiedlung in die Landesleitung nun nichts mehr im Wege stehe. Er habe selbst darüber noch einmal mit Herrn von Koerber gesprochen. Nach einer Einarbeitungszeit solle ich die Geschäftsführung des Landesverbandes übernehmen.

Während wir auf unseren Bus zur Rückfahrt warteten, warf jemand die Frage auf, welcher Partei wir wohl angehören würden, wenn heute nicht 1948, sondern 1932 wäre. Jochen P., Rudolf Bätcher und ich stammen aus nationalkonservativen Familien. Wir diskutierten längere Zeit über Bedeutung und Berechtigung von Mittelparteien: Demokraten, Staatspartei, Zentrum usw. Und wir waren uns einig, weiter „rechts" zu stehen als seinerzeit die rechten Flügel dieser Weimarer Parteien. Für uns käme nur eine gemäßigte Rechtspartei, also vielleicht die Deutsche Volkspartei, in Frage. Eine radikale Rechte indessen lehnten wir einhellig ab. Auch die stellvertretende Landesvorsitzende, Frau Helene Orthmann, bekannte sich zu dieser Einstellung, die sicherlich von sehr vielen Parteifreunden geteilt wird. Auch stimmten wir darin überein, daß sich die LDP bei Wiederherstellung der deutschen Einheit spalten werde: ein kleinerer Teil wird sich dann den Mittelparteien und der gemäßigten Linken, der größere jedoch der gemäßigten Rechten anschließen. Doch bis dahin hat es noch viel Zeit.

Wie der „Telegraf" am Sonnabend meldete, sind Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Benelux-Länder am 30. April übereingekommen, eine deutsche verfassunggebende Versammlung als ersten Schritt zur Errichtung einer deutschen Regierung für die Westzonen zu bilden. Diese Regierung soll im Frühjahr nächsten Jahres ins Leben gerufen werden. Die Spaltung vertieft sich.

Dienstag, den 4. Mai 1948

Gerhard hat Schwierigkeiten. Gestern abend ist er – wie er mir heute berichtet – zweimal von den Russen abgeholt worden. Er wurde auf der SMA über seine Tätigkeit in der Fachschaft Zeitschriftenhandel verhört. Er habe sich durch sein Auftreten in den Fachschaftversammlungen den Unwillen der Besatzungsmacht zugezogen. Vor allem, seitdem er vor einigen Wochen drohte, die amtliche Zeitung der SMA, die „Tägliche Rundschau", zu boykottieren, wenn diese die plötzlich erfolgte Erhöhung des Einkaufspreises nicht wieder rückgängig mache. Letzteres sei zwar geschehen und der Boykott unterblieben, aber die Russen hätten das nicht vergessen. Sie hätten ihn gestern abend aufgefordert, seine Ämter in der Fachschaft niederzulegen. Beim zweiten Verhör sei ihm ein entsprechendes Schriftstück vorgelegt worden, das er habe unterschreiben müssen.

Freitag, den 7. Mai 1948

Himmelfahrt 1948 mit einem Wetter, wie man es nur wünschen kann: ein lachender Maihimmel, 25 Grad im Schatten. Ich machte mit Gerhard und dessen Freunden Werner S. und Kurt K. eine „Herrenpartie". Wir kamen nur bis zum Bürgershof, einem alten Ausflugslokal hinter der Glienicker Brücke. Dort blieben wir hocken, tranken teuren Schnaps (das Gläschen zu 3,25 RM!) und schauten dem Treiben in diesem Lokal zu. Das Publikum: vorwiegend Jugendliche unter 18 Jahren, die Jungen zumeist mit langem Haarwuchs. Sie tanzten ohne Pause mit ihren „Babys" Kreuz- und Zitterswing. Werner, ehemaliger R-Bootfahrer[32] bei der deutschen Kriegsmarine, im vergangenen Jahr erst demobilisiert, verspürte beim Anblick dieser Nachkriegsjugend starke Aggressionsgefühle. Er würde gern, versicherte er ein übers andere Mal, diese „Swingfans auseinandernehmen". Wir rieten ab. Schließlich zerquetschte er vor lauter Wut ein Bierglas in seiner Hand und zerschnitt sich dabei die Pfoten. Damit war unsere Herrenpartie vorzeitig beendet.

Heute vormittag holte mich Koerber im Wagen vom Geschäftszimmer ab. Wir fuhren in die Landesgeschäftsstelle in der Margarethenstraße. Dort ein Gespräch im Beisein Flataus über meine künftige Tätigkeit. Bei dieser Gelegenheit machte mich Koerber darauf aufmerksam, daß ich in der morgigen Sitzung des Ausschusses für Jugend- und Nachwuchsfragen wahrscheinlich als neuer Landesjugendsekretär der Partei vorgeschlagen werden soll. Er empfehle mir, dieses Angebot abzulehnen, weil es – so Koerber – in meinem eigenen Interesse liege, politisch zunächst nicht allzusehr in den Vordergrund zu treten. Auch Flatau riet zur Abstinenz. Ich erklärte mich schließlich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Sonnabend, den 8. Mai 1948

Heute eine gut besuchte Sitzung des Ausschusses für Jugend- und Nachwuchsfragen im Restaurant „Alte Wache". Koerber nahm an der Sitzung teil. Wir beschlossen, in allen Kreisverbänden Jugendausschüsse zu bilden; mit Schwierigkeiten ist dabei allerdings zu rechnen. Die Arbeit dieser Ausschüsse soll stets im engen Zusammenhang mit der Parteiarbeit stehen, eine Tätigkeit im Sinne einer parteieigenen Jugendorganisation ist nicht erwünscht. Koerber regte an, in diesem Kreise einmal die Geschichte des 19. Jahrhunderts zu behandeln, in dem der Liberalismus „den praktischen Beweis im Lebensniveau des gesamten Volkes geliefert" habe (was immer das bedeuten mag). Über dieses Thema sollte auf der Parteischule in Behrensdorf diskutiert werden.

Als die Landesvorstandswahlen zur Sprache kamen, schlug Bätcher vor, mich als zweiten Jugendvertreter in den Vorstand zu entsenden. Sofort sprang Koerber auf und erklärte, ich sei Kreisgeschäftsführer und in mei-

ner Arbeit völlig ausgelastet. Im übrigen versperre mir ohnehin die vom Kreisverband gefaßte Resolution den Weg in den Landesvorstand. Dennoch wurde ich vom Ausschuß, zusammen mit zwei anderen Parteifreunden, für die Wahl vorgemerkt.

Unter Punkt „Verschiedenes" wiesen einige Freunde auf Schilder hin, die von der SED auf allen Bahnhöfen der Zone zur Begrüßung der Heimkehrer aus Rußland aufgestellt wurden. Frage: wo bleibt die LDP? Besonders kritisierten sie, daß bei den Veranstaltungen am 1. Mai die Überparteilichkeit nicht gewahrt wurde; die LDP sei an vielen Orten für den „Sozialismus" mitmarschiert. Eigene Fahnen und Wimpel waren nicht gestattet. Die Stellungnahme der Parteileitung zum 1. Mai sei zu spät gekommen, sie sei aber auch von vielen nicht beachtet worden, obwohl sie bindend hätte sein müssen.

Dienstag, den 11. Mai 1948

Die heutige Presse bringt einen sensationell herausgestellten Notenwechsel zwischen den USA und der Sowjetunion, in dem beide Staaten ihren Willen zur Zusammenarbeit bekunden. Sehr glaubwürdig klingt das alles nicht. Bisher haben die beiden Mächte eher den Eindruck vermittelt, als wollten sie demnächst ihre Meinungsverschiedenheiten mit Atomwaffen austragen. Nun können wir also ganz beruhigt sein – bis zur nächsten Kriegsdrohung eines dieser beiden Staaten, die wohl kaum lange auf sich warten lassen wird.

In der „Neuen Zeitung" finde ich die Meldung, daß zwischen SED und polnischen Kommunisten Verhandlungen über die Rückgabe eines geringfügigen Teils Niederschlesiens an Deutschland im Gange seien.[33] Diese Verhandlungen seien auf Druck der Russen zustande gekommen. Mit diesem Schritt wollten die Russen angeblich den Teil der Bevölkerung für sich gewinnen, der Besatzungsmacht und Polen haßt, weil sie 1945 gegen jedes Völkerrecht Pommern, Schlesien und Ostpreußen raubten.

Donnerstag, den 13. Mai 1948

Heute kam bereits das Dementi. Die Schlagzeile der „Welt": „Marshall und Bevin stellen richtig". Die USA werfen Moskau Indiskretionen im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen über einen Notenwechsel zwischen den beiden Großmächten vor. Außenminister Marshall dementierte heftig, daß die USA die Absicht hätten, mit der Sowjetunion Verhandlungen über internationale Probleme aufzunehmen. Die westeuropäischen Regierungen waren durch die Meldungen vom Dienstag beunruhigt, Frankreich meldete bereits ein Mitspracherecht bei sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen an.

Pfingstsonntag, den 16. Mai 1948

Ein lachender, sonniger Maientag – wolkenloser blauer Himmel. Am Nachmittag mit Hans-Sigismund G. in Sanssouci. Der Park wimmelt von Menschen, man kann sich auf den Hauptwegen kaum vorwärts bewegen. Liebespärchen allenthalben, Familien mit Kindern und russische Soldaten, deren Hauptinteresse den springenden Fontänen galt. Über allem ein Duft der blühenden Büsche und Linden. In der Gaststätte am Drachenhaus auf dem Klausberg herrschte Hochbetrieb. Unter schattigen alten Bäumen verzehrten wir einige Portionen der bitter nach Chemie schmekkenden Schlagcreme. Aus einem Lautsprecher dudelten die Schlager der Saison: „Kommt mit mir nach Tahiti" ... und „Schade um die Zeit" ...

Donnerstag, den 20. Mai 1948

Gestern abend die bisher hitzigste und lauteste Kreisvorstandssitzung. Verursacher dieses Lärms war ich selbst. Verärgert über die Passivität meiner Parteifreunde drohte ich mit Rücktritt, falls man es weiterhin an Unterstützung fehlen lasse. Schützenhilfe erhielt ich von Mühlmann und unserem Schatzmeister R. Es kam zu einer heftigen, zeitweilig ausgesprochen unsachlich geführten, mehr als zweistündigen Debatte. Abschließend verließen die Angehörigen des Landesvorstandes und der Landesleitung den Kreisvorstand, entsprechend unserer Resolution vom 1. April.

Am Nachmittag eine kommunistische Großkundgebung im Lustgarten, Auftakt für das sogenannte Volksbegehren, das am 23. Mai beginnt. Reden der drei Vorsitzenden des „Volksrats" Wilhelm Pieck (SED), Otto Nuschke (CDU) und Prof. Hermann Kastner (LDP). Sämtliche Betriebe waren zur Teilnahme an dieser Veranstaltung befohlen. Ich blieb der Kundgebung fern.

Freitag, den 21. Mai 1948

Gestern wurde Arthur Lieutenant auf einer Sitzung des Landtages als Nachfolger des geflüchteten Dr. Kunze in das Amt des brandenburgischen Finanzministers eingeführt. L. geht der Ruf voraus, ein energischer und politisch gewandter Mann zu sein. Als ehemaliger Stadtkämmerer verfügt er zudem über fachliche Kenntnisse. Die nach der Flucht Kunzes aus dem Ministerium gefeuerten Parteifreunde schöpfen jetzt neue Hoffnung, ein Teil soll bereits wieder eingestellt sein.

Sonnabend, den 22. Mai 1948

Am Sonntag beginnt das von der Besatzungsmacht befohlene „Volksbegehren". Von morgen ab liegen in den Wahllokalen zunächst für vier Tage (23., 26., 29. und 30. 5.) die Listen aus, in die sich Erwachsene und Kinder (!) eintragen sollen.[34] Das Volksbegehren ist selbstverständlich nicht ge-

heim, eine genaue Kontrolle der Stimmabgabe jederzeit möglich. Seit Tagen werde ich immer wieder gefragt, wie man sich verhalten solle. Ich empfehle allen, sich in die Listen einzutragen. Einmal, weil wir alle ohnehin mit den Russen kollaborieren bzw. kollaborieren müssen: der Arbeiter demontiert für die Besatzungsmacht, der Behördenangestellte führt deren Befehle aus, der Handwerker erledigt ihre Aufträge, der Ingenieur oder Wissenschaftler leistet den Russen im Rahmen des Reparationsprogramms seine Dienste usw. Das gleiche spielt sich natürlich auch im Westen ab. Auch das Volksbegehren ist ein Befehl der Besatzungsmacht, der zudem noch den Vorteil hat, daß wir etwas unterschreiben sollen, wofür wir ohnehin alle sind: für Einheit und einen gerechten Frieden. Wobei wir unter Einheit allerdings etwas mehr verstehen: Ein Deutschland mit Schlesien, Pommern und Ostpreußen. Und ein gerechter Frieden ist gewiß kein Friede nach russischem Muster!

Aber es gibt noch einen weiteren Grund, sich in die Listen einzutragen. In Westdeutschland und darüber hinaus erwartet man wegen des russischen Drucks ein Abstimmungsergebnis von mehr als 90% für die von den Sowjets aufgestellte Parole. Das entspricht den Ergebnissen von Wahlen und Abstimmungen in Diktaturen. So wie im Nazireich sind auch in den heutigen Volksdemokratien Wahlergebnisse von nahezu 100% an der Tagesordnung. Je höher die Teilnahme am Volksbegehren ist, um so deutlicher wird vor der Welt das Betrügerische dieses Unternehmens. Bei einem Resultat von 90 bis 100% amüsiert sich die ganze Welt, bei nur 70 bis 80% würde vielleicht mancher draußen glauben, daß diese Abstimmung demokratisch vor sich gegangen sei. Das aber muß verhindert werden.

Montag, den 24. Mai 1948

Das „Volksbegehren" hat begonnen. Am Sonntag mittag meldete Radio Berlin bereits einhundertprozentige Einzeichnungen aus kleinen Ortschaften. Hier in Potsdam haben sich bisher ganze 23% der Bevölkerung in die Listen eingetragen, im Arbeiterviertel Babelsberg sind es sogar nur 17%. Der SED und ihren Transmissionsriemen passierte dabei ein kleines Mißgeschick. FdJ-ler verteilten Handzettel, die zum Volksbegehren aufriefen und ein Bild Rumpfdeutschlands ohne die Ostgebiete zeigten. Zwar ließ die SED diese Flugblätter bald wieder einziehen, aber die Bevölkerung hatte bereits eine klare Vorstellung über die wahren Einheitsabsichten der Kommunisten erhalten.

Es gibt noch andere Pannen, die sich auf den Einzeichnungsenthusiasmus der Menschen negativ auswirken könnten. So erhielt Potsdam vor einiger Zeit aus Berlin eine Sendung von 2400 kg Geflügel. Das Gefrierhausgeflügel, vornehmlich Puten und Enten, war in Kisten verpackt und soll aus sowjetischen Beständen stammen. Als man in Potsdam die Kisten öffnete, fand man den Inhalt vollkommen ungenießbar, von Ratten zer-

fressen. Der Ernährungsausschuß beschloß eine strenge Untersuchung und die Fahndung nach den Schuldigen. Zugleich vereinbarte man, diesen Vorfall der Bevölkerung durch die Presse mitzuteilen. Da schaltete sich die SMA ein und befahl strengstes Stillschweigen. Sie hatte Angst vor der Blamage. Dafür überschwemmen uns die Russen zur Zeit mit fast ungenießbarem Salzgemüse und gesalzenen grünen Tomaten aus den Beständen ihrer Winterverpflegung.

Mittwoch, den 26. Mai 1948

Am Vormittag im Landessender Potsdam. In Vertretung der Herren von Koerber und Mühlmann gab ich ein Interview zur Gründung der Nationaldemokratischen Partei. Ich äußerte mich kritisch, wie es ja auch der Haltung der Partei entspricht. In das gleiche Horn blies Wilke Henke von der CDU.

Am Abend trafen sich Wahlhelfer und Listenführer im Wahllokal in der Gemeindeschule Margarethenstraße. Listen und sonstige Unterlagen zeichnen sich allgemein durch Unvollständigkeit und Unordnung aus. Das kann kaum verwundern. Bereits am Nachmittag auf der Vollversammlung der Ausschüsse für das Volksbegehren in Potsdam wurden die Mängel der Organisation offenbar. So waren am Sonntag einige Abstimmungslokale überhaupt nicht besetzt, andere hatten keine Unterlagen oder machten falsche Eintragungen. Die meisten Helfer der bürgerlichen Parteien scheinen zudem gar nicht in den Abstimmungslokalen erschienen zu sein. Und die Bevölkerung kommt auch nur sporadisch zum Einzeichnen. Der Auftakt des Volksbegehrens in Potsdam ist jedenfalls ein Mißerfolg, für den jeder den anderen verantwortlich machen möchte. Heute allerdings war der Besuch schon besser. Jetzt haben in unserer Stadt immerhin bereits 40% ihre Stimme abgegeben.

Sonnabend, den 29. Mai 1948

Das „Volksbegehren" läuft nun auf vollen Touren. Traf heute meinen Klassenkameraden Busso M., der mir folgendes erzählt: am Mittwoch hätten Russen einzelne Abstimmungslokale besucht, um die dort ausliegenden Listen mit eigenen zu vergleichen. Danach seien Rundschreiben an alle versandt worden, die sich bisher noch nicht in die Listen eingetragen haben. Diese Schreiben sollen von Beleidigungen nur so strotzen.

Eine Westberliner Zeitung meldete gestern die Verhaftung fast sämtlicher Redakteure der LDZ (Liberal-Demokratische Zeitung) in Halle. Auch seien Redakteure und Mitarbeiter der Nachrichtenämter in Stendal und Salzwedel verhaftet worden, die alle der LDP angehören.[35]

Montag, den 31. Mai 1948

Mein letzter Tag als Kreisgeschäftsführer im Nauener Tor. Gestern habe ich offiziell gekündigt. In dem Kündigungsschreiben verwies ich noch einmal auf die mangelnde Unterstützung durch die meisten Vorstandsmitglieder der Ortsgruppen.

Aus einem Brief vom 30. Mai an meinen Vetter K. in Westdeutschland: „Unsere exponierten Parteipolitiker sind meist schnell verbraucht, wenn sie nicht zuvor schon abgeschossen werden. Die Partei läßt ihre Funktionäre im allgemeinen fallen, sobald sie irgendwo politisch angeeckt haben. Den Parteifreunden kann man oft nicht trauen, denn LDP und CDU sind mit zahlreichen Spitzeln durchsetzt. Oder man kann sich nicht auf sie verlassen, weil sie zu furchtsam oder zu uninteressiert oder beides sind. Die Bevölkerung sieht nur das, was wir wegen des Terrors nicht erreichen können. Sie hat für die Liberaldemokraten nur ein halb mitleidiges, halb verächtliches Lächeln. Und ihr in den Westzonen? Auch für euch sind wir wahrscheinlich noch immer (oder mehr denn je?) ‚Külzlinge', Mitläufer des Kommunismus. So sitzen wir denn praktisch zwischen allen Stühlen ... Tatsächlich sind wir hier weiter nichts als eine Bremse, um den immer weiter nach Westen vormarschierenden Kommunismus aufzuhalten. Wenn die LDP keine andere Aufgabe zu erfüllen hätte, als diesen Vormarsch zu bremsen, so gäbe das ihr schon eine volle Daseinsberechtigung. Vielleicht geht die Flut eines Tages über uns hinweg. Dann haben wir wenigstens die Genugtuung, den Kopf nicht in den Sand gesteckt und eine ehrenvolle Niederlage erlitten zu haben."

Landessekretär der LDP Brandenburg

Am 1. Juni 1948 begann ich meine Tätigkeit als Landessekretär für Politik in der Landesleitung Brandenburg der LDP. Unter den sechs Landesverbänden der LDP stand der Landesverband Brandenburg mit seinen 14429 (1. 1. 1949) Mitgliedern an 5. Stelle. Dreißig Kreisverbände und 474 Ortsgruppen waren durch die Landesleitung zu betreuen.[36] Diese hatte in der stillen Margarethenstraße, nahe dem Park Sanssouci, in einem zweistöckigen Privathaus die erste Etage mit fünf Zimmern gemietet.

Vorsitzender des Landesverbandes war seit der Flucht Finanzminister Kunzes der damals 58jährige Jurist Ingo von Koerber, Gutsbesitzer aus Groß-Plowenz in Westpreußen. Der kleine, drahtige Mann mit einer eindrucksvollen Adlernase galt allgemein als undurchsichtig. In der Weimarer Zeit gehörte er der Demokratischen Partei an. Einem Zivilberuf ging er nicht oder nicht mehr nach. Seine Einkünfte bezog von Koerber als ge-

schäftsführender Landesvorsitzender. Im Herbst 1947 war er einige Wochen spurlos verschwunden. Es ging das Gerücht, er sei von den Russen wegen einer früheren Tätigkeit als Kriegsgerichtsrat verhaftet worden. Offiziell verlautete jedoch, er sei erkrankt. Am 10. Oktober 1947 erschien er erstmals wieder in der Öffentlichkeit. Galt er bis dahin als ein engagierter Gegner des Kommunismus, so gab er sich nun – begreiflicherweise – auffallend vorsichtig und kompromißbereit.

Die Landesgeschäftsstelle in der Margarethenstraße war personell bescheiden besetzt. Bei meinem Eintritt im Juni 1948 besaß die Partei keinen Landesgeschäftsführer. Der letzte, Herr Welkow, war im Frühjahr nach Westberlin gegangen, nachdem ihm die SMA das Vertrauen entzogen hatte; er arbeitete nun unter dem dortigen FDP-Vorsitzenden Carl-Hubert Schwennicke. Außer Herrn von Koerber und mir waren zu diesem Zeitpunkt lediglich drei Referenten tätig: Liselotte G. für kulturpolitische Fragen, Alfred L. für den Bereich Landwirtschaft und Otto G., zuständig für Presse und Statistik. Dazu die Chefsekretärin, Margarethe T. – die als einzige übrigens nicht der Partei angehörte. Schreibarbeiten wurden zumeist außer Haus gegeben und von einer ehemaligen Sekretärin, die in der gleichen Straße wohnte, in Heimarbeit erledigt.

Während der ersten Monate meiner Tätigkeit in der Landesleitung gehörte (inoffiziell) zu den Mitarbeitern auch der ehemalige Referent in Ribbentrops Außenministerium, Joachim Flatau. Ich hatte F. im Herbst 1943 in Neuruppin flüchtig kennengelernt, als wir beide dort an verschiedenen Lehrgängen für Reserveoffiziersbewerber teilnahmen. F. wurde 1944 vor Leningrad sehr schwer verwundet, verlor beide Unterschenkel und den linken Arm und fristete nun sein Leben als Redenschreiber für Ingo von Koerber.

Dienstag, den 1. Juni 1948

Mein erster Tag als politischer Landessekretär in der Margarethenstraße. Ich bekomme 300 RM Gehalt, davon 150 RM steuerfrei. Überstunden werden extra vergütet. Ungeklärt ist noch, welche Lebensmittelkarte ich erhalte; ich hoffe auf die Kategorie II. Vorläufig sitze ich zusammen mit Flatau in von Koerbers Vorzimmer. F. ist ein hochintelligenter Mann, der seine durch die schweren Kriegsverletzungen bedingte seelische Verletzlichkeit hinter Ironie und Sarkasmus verbirgt.

Die Kollegen der Landesleitung sind mir bereits seit längerer Zeit bekannt, eine gute Zusammenarbeit mit ihnen scheint gegeben.

Mein Aufgabengebiet ist die Leitung der Politik des Landesverbandes in Zusammenarbeit mit dem 1. Landesvorsitzenden und dem jeweiligen Landesgeschäftsführer. Dazu gehören: Verbindung zur Besatzungsmacht (Monatsberichte)[37], Verbindung zu den Parteien und Organisationen, zum Volkskongreß, zu den Ministerien und zur Landtagsfraktion. Darüber hin-

aus habe ich die Referate Wirtschaft (Volkskontrolle, Sequesterangelegenheiten, Konsumgenossenschaften) und Jugend (Leitung des Landesjugendausschusses, Verbindung zur FDJ und ihrer Kindervereinigung sowie zum Jugendfunk des Landessenders) zu betreuen.

Montag, den 6. Juni 1948

Wenn die Anzeichen nicht trügen, dürfte die seit langem erwartete und befürchtete Währungsreform unmittelbar bevorstehen. Die Londoner Sechsmächtekonferenz, die am Dienstag voriger Woche zu Ende ging, hat neben weiteren Schritten zur Bildung eines Weststaates ein Abkommen beschlossen, in den Westzonen eine Währungsreform – vermutlich Anfang Juni – durchzuführen, allerdings unter Ausschluß der Westsektoren von Berlin. Hier herrscht jetzt große Unruhe, vor allem bei denen, die inzwischen wieder zu Geld gekommen sind. Dazu gehören freilich die Schollwers nicht.

Am Wochenende saß ich wieder im Abstimmungslokal. Es kamen nur wenige, um sich in die Listen einzutragen. Man hätte das Volksbegehren jetzt beenden sollen, wie es auch die SED gewünscht hatte. Aber die Besatzungsmacht ließ das nicht zu. Sie will wohl mit ihrer Aktion vor der Welt renommieren können. Niemand vermag bisher zu sagen, was die Sowjets mit diesem Volksbegehren eigentlich bezwecken. Der Eifer, mit dem die Russen jedoch diese Aktion betreiben, läßt aber Schlimmes vermuten.

Dienstag, den 8. Juni 1948

Traf heute auf der Brandenburger Straße Christa T. von der CDU. Ich kenne sie vom Landessender her. Sie ist Neulehrerin und berichtete mir über die derzeitige Situation an den Potsdamer Schulen. Sie meinte, sämtliche Schüler stünden in starker Opposition zum kommunistischen Regime und zum Volksbegehren. Sie selbst wollte nach Abschluß ihrer Lehrerausbildung eigentlich auf die Universität. Man habe ihr aber bedeutet, daß sie als Kind bürgerlicher Eltern von Hause aus soviel Intelligenz und Wissen mitbekommen habe, daß für sie ein Studium nicht mehr erforderlich sei. Als wir uns verabschieden, muß ich daran denken, was mir im vergangenen Jahr ein Parteifreund über Fräulein T. berichtet hat: sie sei von den Russen zu Spitzeldiensten gepreßt worden. Ich habe mich deshalb vorsichtshalber nicht zu ihren Berichten geäußert.

Mittwoch, den 9. Juni 1948

Eine brütende Hitze. Das Thermometer zeigt heute 31 Grad im Schatten. Im Augenblick ist die Ernährungslage in Potsdam wieder katastrophal. Mutter läuft den ganzen Tag umher, um Nahrungsmittel für die Familie zu suchen, rupft Melde aus unserem Garten und kocht das Zeug als Ge-

müse. Unsere letzte Mark geht für auf dem Schwarzen Markt gekaufte Grütze drauf. Im Herbst soll es, wenn die Ernte gut wird, angeblich eine geringfügige Erhöhung der Kartoffel- und Zuckerrationen geben.

Zur Zeit verschärft sich der Terror gegen die bürgerlichen Parteien. Kommunistische Dienststellen verlangen neuerdings von unseren Kreisverbänden genaue Berichte über interne politische und personelle Vorgänge. Wir werden das nicht hinnehmen. Bedauerlicherweise führt diese Zwangslage keineswegs zu mehr Geschlossenheit in der LDP. Im Gegenteil. Berichte aus den Kreisverbänden weisen immer häufiger auf parteiinterne Auseinandersetzungen hin, die meist auf persönlichen Animositäten beruhen. Es ist bedrückend, was sich dort abspielt. Wie sollen wir mit einer solchen Partei dem wachsenden Druck des Kommunismus widerstehen?

Donnerstag, den 10. Juni 1948

Gegen Ingo von Koerber werden von Hein und seinen Freunden fleißig Intrigen gesponnen, um seine Wahl bzw. Wiederwahl zum Landesvorsitzenden auf dem Landesparteitag Ende dieses Monats zu verhindern. Dagegen scheint meine Wahl in den Vorstand ziemlich sicher zu sein, sofern nicht noch im letzten Augenblick quergeschossen wird, vielleicht sogar vom eigenen Chef.

Sonnabend, den 12. Juni 1948

Mein erster öffentlicher Auftritt. Vor dem Verbandstag des Revisions- und Wirtschaftsverbandes (Konsumgenossenschaft)[38] im Karstadt-Haus hielt ich heute morgen für die LDP die Begrüßungsansprache. Ich hatte mir ein Redemanuskript von 22 Zeilen vorbereitet mit einem Bekenntnis zur freien Wirtschaft, zum freien Wettbewerb zwischen genossenschaftlichem und privatem Handel. Doch als ich hinter das Podium trat, um meine Begrüßungsworte zu verlesen, irritierten mich die von der Wochenschau aufgestellten Lampen. Ich konnte weder die 400 Deligierten der Konsumgenossenschaften noch mein Papier erkennen. So machte ich nach dem „Meine sehr verehrten Damen und Herren!" erst einmal eine längere Pause. Dann entschloß ich mich, das Geschriebene aus dem Gedächtnis vorzutragen. Das ging ganz gut.

Die Tagung leitete die vom Orchester Axel te Holte vorgetragene Ouvertüre 1812 von Tschaikowskij ein. Man hatte das Musikstück kastriert: es fehlten jene Stellen, in denen Tschaikowskij die Zarenhymne zitiert, als Symbol für den Widerstand Rußlands gegen Napoleon. Da die Marseillaise indessen nicht entfernt worden war, vermittelte das im übrigen schlecht gespielte Stück eher den Eindruck eines Sieges Frankreichs über Rußland als umgekehrt.

Ansonsten wurde unendlich viel geredet, die Einheit, der Sozialismus beschworen, Ausbeuter, Kapitalisten und Reaktionäre verdammt und hoffnungsvolle Zahlen und Prozente genannt. In dem von dem Genossen Seibt vorgetragenen Bericht des Aufsichtsrates merkte ich mir den Satz: Die Konsumgenossenschaften erstreben die Macht im Staate.

Auf den Bunten Abend mit Wirbelwindakrobaten, einem steppenden Tanzpaar und dem Berliner Kabarett „Frischer Wind" mußte ich verzichten; ich hatte Karten für die Komische Oper, vormals Metropol-Theater in Berlin. Wir erlebten dort eine schwungvolle, mitreißende Felsenstein-Inszenierung der „Fledermaus" von Johann Strauß.

Übrigens: Die LDP-Landesleitung soll noch in diesem Jahr die Margarethenstraße verlassen und in ein eigenes Parteihaus einziehen. Seit Wochen arbeiten die Handwerker in einem stark beschädigten Haus in der Breiten Straße, nahe der Garnisonkirche. Diese Straße trägt seit einigen Tagen den Namen des verstorbenen LDP-Vorsitzenden Wilhelm Külz.

Montag, den 14. Juni 1948

Die noch immer andauernde Hitzewelle wirkt sich katastrophal auf die Ernte aus. Unser Landwirtschaftsreferent Alfred L. und von Koerber waren dieser Tage draußen in der Provinz. Sie berichteten schlimme Dinge über den Stand des Getreides und der Ölfrüchte. In einigen Kreisen werde das Korn nur notreif, zum Teil sei es durch die glühende Sonne und den warmen, trockenen Wind völlig verbrannt. Da werden wir noch kräftig hungern müssen.

Die gegen von Koerber gerichteten Aktionen haben inzwischen ihren Höhepunkt erreicht. Einige Parteifreunde lachen sich schon ins Fäustchen, weil sie glauben, alles getan zu haben, um die Wahl Koerbers zu verhindern. Am Freitag findet die letzte Sitzung des erweiterten Vorstandes vor dem Parteitag statt. Hier muß die Entscheidung fallen. Koerber beabsichtigt, notfalls zum Gegenangriff überzugehen und sich dabei der Hilfe der Russen zu versichern. Morgen wird er darum die SMA bitten, unschuldig verfolgte und bestrafte Parteifreunde zu rehabilitieren. Dazu gehören auch die 13 aus der Landesregierung fristlos entlassenen LDP-Mitglieder, die nach Kunzes Flucht vom Innenminister, dem ehemaligen Major und Ritterkreuzträger Bernhard Bechler, gefeuert wurden. Wenn Koerber dieser Coup gelänge, hätte er das Gefecht gewonnen.

Donnerstag, den 17. Juni 1948

Morgen abend soll im Westen die Währungsreform verkündet werden. Das meldet „Radio Berlin" soeben in seinem 22-Uhr-Nachrichtendienst. Auch die Westberliner Presse bringt heute Meldungen, wonach dieses Ereignis unmittelbar bevorsteht. Gestern vormittag haben Vertreter der Militärregierung in Frankfurt/Main führende Persönlichkeiten der deutschen

Verwaltung über Datum und Inhalt der Währungsreform in den drei Westzonen unterrichtet. Am Sonnabend wird wohl auch hier in der Ostzone die Geldreform bekanntgegeben werden.

Sehr besorgt ist von Koerber für die Partei. Wir leben ausschließlich von den Beiträgen unserer Mitglieder. Nach der Reform dürften kaum noch genug Gelder eingehen, um die Parteiarbeit zu finanzieren. Vielleicht werden wir sogar noch den für die kommende Woche einberufenen Landesparteitag absagen müssen.

Von Koerber will gestern nachmittag auf der SMA nach stundenlangen Gesprächen einige Zusagen erhalten haben, die – wie er meint – seine Wiederwahl zum 1. Vorsitzenden sicherstellen könnten. Freilich: in der wichtigsten Frage, der Wiedereinstellung der 13 entlassenen Parteifreunde, konnte er bisher noch keine konkreten Zugeständnisse erreichen. Er hofft aber, diese bis zum Parteitag noch zu erhalten. Was das Problem der von der Besatzungsmacht verhafteten Deutschen angeht, so brachte auch hier die Aussprache in der SMA keinen Fortschritt. Die Russen deuteten lediglich an, daß ein diesbezügliches Gesetz in Vorbereitung sei. Dennoch ist Koerber mit dem Ergebnis seiner Gespräche offenbar sehr zufrieden.

Das „Volksblatt" bringt heute auf Seite 1 die Nachricht, daß der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Huebener, am Dienstag auf einer Sitzung des Magdeburger Bezirksvorstandes der LDP ein „Zonenparlament für die sowjetische Besatzungszone" gefordert habe, um die bisherige völlige Auseinanderentwicklung des deutschen Rechts in unserer Zone zu beseitigen. Trotz Fernlenkung durch die Deutsche Wirtschaftskommission[39] sei die Zusammenarbeit der Länder in der Sowjetunion völlig unbefriedigend. Im weiteren Verlauf dieser Meldung heißt es über die Rede Huebeners: die Londoner Empfehlungen hätten ihn „entsetzen, aber nicht überraschen können", weil er schon bei früheren Besuchen in den anderen Zonen festgestellt habe, daß der Westen die sowjetische Zone längst abgeschrieben habe. – Den Eindruck haben wir wohl alle!

Freitag, den 18. Juni 1948

Heute abend wurde, wie erwartet, die separate Währungsreform für die drei Westzonen verkündet. Damit ist ein entscheidender Schritt zur Zerreißung Deutschlands getan, an der alle vier Großmächte gleiche Schuld tragen. Eine Schuld, die sich einmal bitter rächen wird!

Während dieses Vorgangs von weittragender Bedeutung tagte im Landtag der erweiterte Vorstand des Landesverbands. Wichtigster Tagesordnungspunkt: Die Vorbereitung des Landesparteitages am 26./27. Juni. Siebeneinviertel Stunden lang wurde – nur von einer Pause für das Abendessen unterbrochen – schmutzigste Parteiwäsche gewaschen, persönliche Beschimpfungen an die Stelle von Argumenten gesetzt. Es war bedrük-

kend. Trotz heftigster Angriffe schlug man am Ende von Koerber doch wieder zum Landesvorsitzenden vor. Die Opponenten hatten keinen geeigneten Gegenkandidaten anzubieten, der auch das Vertrauen der SMA besitzt. Um jeden der drei Vorsitzenden und um den Schatzmeister entspann sich eine längere, heftige Diskussion. Ich selbst bin für den Vorstand nicht nominiert worden; hier hat – wie auch sonst – von Koerber seine eigenen Vorstellungen durchsetzen können.

Währungsreform, Versorgungskrise, Kampf um Berlin

Montag, den 21. Juni 1948

Gestern trat die Währungsreform in den Westzonen in Kraft, heute abend legte die Deutsche Wirtschaftskommission Marschall Sokolowskij den Plan für eine ostzonale Geldreform zur Genehmigung vor. Morgen oder übermorgen dürfte dieser Plan veröffentlicht und verkündet werden. Bereits am vergangenen Freitag haben die sowjetischen Besatzungsbehörden mit sofortiger Wirkung den Interzonenverkehr in beiden Richtungen eingestellt.

Hier gibt es heute nur ein Thema: wie wird unsere Währungsreform aussehen? Die westdeutsche gibt zur Besorgnis Anlaß. Nach dem, was bisher bei uns darüber bekanntgeworden, trifft sie die Leute ohne Vermögen, die Armen, besonders hart. Man fürchtet, daß die Kopfquote der Westzonen, nämlich 60 RM, auch hier der Richtsatz für den Umtausch 1:1 sein könnte. Andererseits nehmen auch viele an, daß die Sowjets schon aus propagandistischen Erwägungen vor einer derartig unsozialen Maßnahme zurückschrecken würden. Ganz sicher kommt die westdeutsche Reform den Kommunisten wie gerufen. Sie versäumen nicht, das Ergebnis für sich propagandistisch auszuschlachten. Seit Tagen wird hier das politische Leben durch eine unübersehbare Zahl von Protestkundgebungen und -resolutionen der Kommunisten bestimmt. Der Berliner Rundfunk sendet seit dem Wochenende ein ernstes Programm, wohl um die Bedeutung der westdeutschen Währungsreform für die Zukunft Deutschlands besonders zu unterstreichen. Gewiß tragen die Russen die Hauptschuld an der Zerreißung Deutschlands. Aber auch die Westmächte mit ihren „Londoner Beschlüssen" und der separaten Währungsreform haben alles getan, um die Lage Deutschlands weiter zu verschärfen und unser Volk noch mehr zu knebeln.

Interessant ist die Haltung der westdeutschen FDP. Vor mir liegt „Der freie Demokrat", eine Zeitschrift der FDP in der britischen Zone vom 17. Juni. Danach bezeichnete der Zonenvorsitzende Franz Blücher dieser

Tage auf einer öffentlichen Kundgebung in Oldenburg die Ergebnisse der Londoner Besprechungen als niederschmetternd und einen „verhängnisvollen Kompromiß der Kabinettspolitik". Die FDP könne aufgezwungenen Notlösungen nur zustimmen, wenn sie lediglich zur Beseitigung des augenblicklichen Notstandes dienten. „Das Wort vom westdeutschen Staat möchten wir untergehen sehen!"[40] Wir auch, Herr Blücher!

Dienstag, den 22. Juni 1948

Ein Mitglied unseres Landesjugendausschusses, Parteifreund Siegfried V. aus Bad Freienwalde, bat mich auf unserer letzten Ausschußsitzung, ihm meinen dort gegebenen Bericht über die Gesellschaft zur Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums zur Verfügung zu stellen. Ich hatte darin die bisherige Tätigkeit der Gesellschaft kritisiert und auf ihre rein kommunistischen Zielsetzungen hingewiesen. Der Bericht kam zu dem Schluß, diese Gesellschaft gebe unserer Partei keine Möglichkeit zu echter Mitarbeit. Die dort vertretenen Tendenzen „lassen sich mit unserem liberaldemokratischen Gedankengut in keiner Weise vereinbaren". Ich empfahl, daß sich nach der CDU auch die LDP aus der Gesellschaft zurückziehen und die Zonenleitung der einseitigen Hochschulpolitik der SED entgegentreten solle.

Am 5. Juni sandte ich das Papier Siegfried V. zu. Er wollte es in seinem Kreisverband diskutieren und dazu Stellung nehmen. Jetzt schickt er mir den Bericht zurück mit dem Bemerken, daß er „bestimmt dazu angetan erscheint, der Zuhörerschaft die, ach, so versandeten Augen zu öffnen". Leider bekämen wir jedoch noch immer nicht die Unterstützung vom Landesverband, die wir erwarteten. – Der Brief ist unterwegs geöffnet worden und trägt einen Stempel mit kyrillischen Buchstaben. Die Inschrift des Stempels lautet: „Sovjetskaja Zona – Wojennaja Zensura 6238".[41] Ich werde Parteifreund V. über diesen Zwischenfall informieren müssen.

Heute erfahre ich von einer Kollegin der Landesleitung etwas über das politische Vorleben des Landesvorsitzenden der neuen Nationaldemokratischen Partei, des Dr. Koltzenburg. Dieser sei zunächst der LDP beigetreten, dann aber bald zur CDU übergewechselt und schließlich – kurz vor den Gemeindewahlen im Herbst 1946 – Mitglied der SED geworden. Nun hat er innerhalb von nur zwei Jahren das vierte Parteibuch in der Tasche. Ein wahrhaft überzeugender Parteivorsitzender!

Die Ernährungslage ist unverändert schlecht. Die Hausfrauen sind von früh bis spät auf den Beinen, um Eßbares zu ergattern. Die ohnehin außerordentlich dürftigen Lebensmittelzuteilungen werden immer häufiger durch „Austauschware" ersetzt. Kartoffeln sind in fast allen Haushaltungen längst aufgegessen, neue gibt es erst im August. Gemüse erhalten wir drei- bis viermal im Monat und dann in Mengen, die knapp zu einer Mahlzeit reichen. Obst ist so gut wie überhaupt nicht vorhanden, statt Fett

wird in einzelnen Dekaden Zucker ausgegeben, statt Fleisch Magermilch und Käse. Auch „unter der Hand" bekommt man jetzt nichts mehr, weder Grütze noch Brot, Kaffee oder Zigaretten. Die Schwarzhändler halten kurz vor der Währungsreform ihre Ware zurück.

Mittwoch, den 23. Juni 1948

Heute morgen um 8 Uhr verkündete Radio Berlin die Währungsreform für die Ostzone. Diese Mitteilung löste Unruhe und Aufregung unter der Bevölkerung aus. Der „Befehl 111" der SMA, bestehend aus 16 Paragraphen, und die Ausführungsbestimmungen der Deutschen Wirtschaftskommission bringen beim Publikum keine völlige Klarheit, zumal heute nur wenige Zeitungen erschienen sind und diese den Händlern buchstäblich aus den Händen gerissen wurden. So sind nur wenige in der Lage, die Bestimmungen in Ruhe nachzulesen. Mißverständnisse, Gerüchte und allgemeine Verwirrung sind die Folge.

Morgen, am 24. Juni, beginnt der Umtausch des Altgeldes gegen das „neue Geld", das sich freilich von dem alten nur durch aufgeklebte sogenannte „Spezialkoupons" unterscheidet. Der Umtausch soll am 28. d. M. abgeschlossen sein. Die Kopfquote beträgt in der Ostzone 70 RM, also 10 RM mehr als in den Westzonen. Das übrige Bargeld von Privatpersonen hat ab morgen nur noch ein Zehntel seines Nennwertes. 100 RM der Kontengelder werden im Verhältnis 1:1 umgetauscht, bis zu 1000 RM 1:5 und darüber im Verhältnis 1:10. Das bedeutet gerade für die kleinen Leute einen empfindlichen Schlag. Volkseigene Betriebe, Industrieunternehmen und öffentliche Betriebe sowie die politischen Organisationen werden bevorzugt behandelt. Sie erhalten Neugeld im Verhältnis 1:1. Die Scheidemünzen behalten ihren alten Wert. Damit haben alle die Leute recht behalten, die in den letzten Wochen diese Münzen sammelten und damit zu einer Verknappung des Kleingeldes beitrugen.

Der Befehl 111 soll auch für Großberlin Gültigkeit haben. Aber die Amerikaner haben bereits erklärt, daß sie diese Reform in ihrem Sektor nicht anerkennen werden. Es ist anzunehmen, daß auch die Franzosen und Engländer für ihre Sektoren ähnliche Stellungnahmen abgeben werden. Das würde bedeuten, daß Berlin zwei Währungen (!) bekommt: eine östliche und eine westliche. Die Folgen wären kaum auszudenken. Damit haben die Differenzen zwischen den Sowjets und den Westmächten ein neues, gefährliches Stadium erreicht, das zu einer möglicherweise gewaltsamen Entscheidung drängt. Die nächsten Tage dürften für die Zukunft Deutschlands, ja ganz Europas von großer Bedeutung sein. Freilich gibt es noch immer Menschen, die hoffen, daß es in letzter Minute zu einem modus vivendi zwischen Ost und West kommen und sogar – nachträglich – eine gesamtdeutsche Währungsreform geben könnte. Ich glaube an diesen Wandel der Dinge zum Guten nicht mehr. Denn die Entwicklung der in-

ternationalen Politik in den drei Nachkriegsjahren beweist m. E. eindeutig, daß keiner der ehemaligen Kriegsalliierten zu einem wirklichen Kompromiß bereit ist. Von Koerber sieht sehr schwarz für unsere Partei und fürchtet, wie er mir heute sagte, ihren völligen Zusammenbruch.

Donnerstag, den 24. Juni 1948

Die Pessimisten behielten recht: die westlichen Besatzungsmächte haben gestern die Einführung der Deutschen Mark der Westzonen für die Westsektoren Berlins beschlossen. Der Befehl 111 der SMA wurde für diese Sektoren als „null und nichtig" erklärt. Wie soll das enden?

Heute der erste Umtauschtag in der Ostzone. Von den frühen Morgenstunden an lange Menschenschlangen vor den zahlreichen Wechselstellen. Das neue Geld ist, gutdeutsch gesagt, ein richtiger Beschiß. Die alten Banknoten tragen lediglich einen sogenannten „Spezialcoupon", der mit seiner gummierten Seite auf den Geldschein geklebt wird. Diese Coupons sind aber so primitiv, daß sie jeder geschickte Graphiker mit Leichtigkeit nachmachen kann. Die ersten Coupons werden bereits heute auf unserem Schwarzen Markt gehandelt, auf dem es sehr lebhaft zugeht. Nur Lebens- und Genußmittel werden hier z. Zt. genau so wenig angeboten wie in Berlin.

Eine „hübsche" Geschichte berichtet mir meine Kollegin Liselotte G. Sie besuchte gestern die Sitzung des Landtages und saß auf der Tribüne zufällig hinter der Frau des kommunistischen Landtagspräsidenten Friedrich Ebert. Dabei beobachtete sie, wie Frau Ebert von neben ihr sitzenden Leuten Banknotenbündel zugesteckt bekam, die sogleich in ihrer Handtasche verschwanden. Da die Geldmittel der hohen Funktionäre nicht abgewertet werden, geben die kleineren offenbar ihr Kapital diesen Privilegierten zu „treuen Händen" in Verwahrung, damit diese das Geld ebenfalls im Verhältnis 1 : 1 umtauschen. So sehen also die sozialen Maßnahmen unserer Zone aus!

Übrigens: Unser Parteitag wird wegen der Währungsreform um 14 Tage verschoben.

Sonnabend, den 26. Juni 1948

Bei uns herrscht zur Zeit Weltuntergangsstimmung. Die Menschen sind deprimiert und verzweifelt. Währungsreform, eine neue schwere Versorgungskrise und nun auch noch die unerträglichen Spannungen um Berlin – das alles lastet schwer auf der Bevölkerung. Diese Tage werden wohl darüber entscheiden, ob Berlin nun endgültig zur russischen Zone kommt oder nicht. Gegenwärtig versuchen die Sowjets, die westlichen Alliierten mit den Mitteln des Drucks und des Boykotts aus Berlin herauszudrängen. Sie sperren die Zufuhr von Versorgungsgütern aus dem Westen. Sie schikken Rollkommandos deutscher Kommunisten zum Stadtparlament, damit

sie die nichtkommunistischen Abgeordneten verprügeln. Viele meinen hier, daß die Westmächte weichen werden, daß sich schon binnen einer Woche das Schicksal Berlins zugunsten der Sowjets entscheiden werde und damit das Schicksal Deutschlands insgesamt.

Unsere LDP ist nahezu bankrott. Sie hat durch die Währungsreform den größten Teil ihrer finanziellen Mittel eingebüßt. Dafür haben die Kommunisten, die rechtzeitig über die Modalitäten der Währungsreform unterrichtet waren, die Geldabwertung glänzend überstanden. Die SED-Funktionäre samt ihren Freunden zahlten, wie ich erfuhr, bereits vor dem 1. Mai ihre Gelder auf die Konten der SED und ihrer Massenorganisationen ein und retteten so ihre Ersparnisse. Damit wird immer deutlicher, daß die Währungsreform vor allem auch ein politisches Ziel hat: die Zerschlagung der demokratischen Parteien LDP und CDU und die Vernichtung der privaten Unternehmen, deren Konten von dem bevorzugten Umtausch 1:1 ausgenommen waren. Mit dieser Währungsreform ist die soziale und wirtschaftliche Umwälzung in der Ostzone einen großen Schritt vorangekommen.

Donnerstag, den 1. Juli 1948

Der Kampf um Berlin zwischen den Westmächten und den Sowjets geht weiter. Bisher sind die Westmächte freilich fest geblieben. Das hat die Sowjetunion veranlaßt, in ihrer Berlin-Offensive eine kurze Atempause einzulegen und vorsichtige Andeutungen einer gewissen Kompromißbereitschaft zu machen. Allgemein wird bei uns jedoch die Ansicht vertreten, daß die Sowjetunion diese Atempause nur dazu benutzt, ihre zu weit vorgeprellten Akteure zurückzurufen und den Hebel an einer anderen Stelle anzusetzen. An einer Stelle, die noch nicht im Blickpunkt des allgemeinen Interesses der Weltöffentlichkeit liegt.

Die russische Blockade Berlins hat die Westmächte gezwungen, die Versorgung der Westsektoren durch einen ununterbrochenen Flugtransportverkehr sicherzustellen. Die Westberliner haben täglich nur für eine Stunde elektrischen Strom. Der Geldumtausch rief in Berlin eine wahre Völkerwanderung hervor, weil sich die Bewohner der Westsektoren aus naheliegenden Gründen zusätzlich mit der „Tapetenmark" (Ostgeld) eindecken wollten. Hierbei kam es auf der Rennbahn von Karlshorst, auf der 20 Schalter für den Geldumtausch geöffnet waren, unter etwa 10000 Menschen zu einer Panik. Einige Personen wurden zu Tode getrampelt, zahlreiche andere zum Teil erheblich verletzt.

Inzwischen beunruhigen neue Meldungen die Ostzone. Danach werden die Vorbereitungen zur Bildung eines Oststaates zur Zeit verstärkt. Dieser Staat soll in engster Anlehnung an die Sowjetunion aufgebaut werden. Schon am 24. Juni hat die „Neue Zeitung" unter der Schlagzeile „Ostregierung am Monatsende?" über die angebliche Absicht des Volksrates be-

richtet, am 30. Juni oder 1. Juli eine ostdeutsche Regierung auszurufen. Gestern nun erklärte der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl[42] vor Funktionären seiner Partei, daß es für SED-Mitglieder keine Fragestellung „Ost oder West" bzw. „Ost und West" geben könne wie für gewisse bürgerliche Parteien und Politiker (!). Für die SED gäbe es nur ein vorbehaltloses Bekenntnis zum Osten, zur Sowjetunion und damit zu engster Anlehnung an den Ostblock, und das sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht.

Das ist eine eindeutige Zurückweisung jedes Versuchs, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen und unserem Vaterland eine ihm gemäße Verfassung und Regierung zu geben.

Freitag, den 2. Juli 1948

Der russische Vertreter, Oberst Kalinin, hat laut heutigen Pressemeldungen am Donnerstag in Berlin erklärt, daß die Alliierte Kommandantur nicht mehr bestehe. Als Begründung für das Ausscheiden der Sowjets aus der Kommandantur führt Kalinin „das wohlbekannte Benehmen des amerikanischen Kommandanten Oberst Howley und das Fehlen einer Stellungnahme der britischen und französischen Vertreter zu dem russischen Protest gegen die Einführung der Westwährung in Berlin" an. Mit dem ersten Teil seiner „Begründung" spielt Kalinin offenbar auf ein Schreiben Howleys vom 23. Juni an die amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin, Louise Schroeder, an. In diesem Brief hatte der amerikanische Kommandant eine Frau Schroeder am gleichen Tag übermittelte Weisung des Stabschefs der SMA, den Befehl 111 in Großberlin strikt durchzuführen, als „einseitige Anordnung" bezeichnet, die nicht auf den amerikanischen Sektor angewandt werden könne. Kalinin hat übrigens gestern versichert, daß die sowjetische Delegation nach wie vor alle Viermächte-Vereinbarungen anerkenne. Die entsprechenden Bestimmungen blieben weiter in Kraft.

Am gleichen Tage, da die Viermächte-Zusammenarbeit in der Berliner Kommandantur durch sowjetischen Exodus zusammenbrach, haben die Militärgouverneure der drei Westzonen – wie ich dem heutigen „Tagesspiegel" entnehme – den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder die alliierten Vorschläge über die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung überreicht und Einzelheiten des bevorstehenden Besatzungsstatuts mitgeteilt. Eine verfassunggebende Versammlung soll spätestens am 1. September dieses Jahres zusammentreten. Die Westmächte haben es verdammt eilig, die Teilung Deutschlands zu vollenden.

Mittwoch, den 7. Juli 1948

Heute morgen eine Diskussion im Landessender mit Vertretern der SED und der CDU. Unser Thema: „Berlin und wir". Wohl um größere Reibe-

reien zu vermeiden, schob der Diskussionsleiter unsere Debatte ganz auf die wirtschaftliche Ebene. So blieben Rede und Gegenrede relativ sachlich, wie ich heute abend beim Abhören der Sendung noch einmal feststellen kann.

In den Westsektoren Berlins herrscht nach wie vor der durch die Sowjets heraufbeschworene Belagerungszustand. Alle acht Minuten landen bei Tag und Nacht britische und amerikanische Transportflugzeuge mit Versorgungsgütern auf den Flughäfen im westlichen Teil der Stadt. Seit der vergangenen Woche haben die Amerikaner ihr Riesentransportflugzeug C 54 eingesetzt. Es soll vor allem Kohlen nach Berlin transportieren.

Das ist natürlich kein Dauerzustand. Die Westmächte dürften kaum in der Lage sein, diese „Luftbrücke" auch nur für weitere Wochen aufrechtzuerhalten. Hier ist darum die Ansicht verbreitet, daß die westlichen Alliierten Berlin doch noch eines Tages verlassen werden. Solche Auffassungen findet man auch unter Westberlinern. Damit ergäben sich aber nicht nur für die Bewohner der Westsektoren ernste Probleme, sondern auch für uns. Niemand in der Zone kann sich vorstellen, wir wir dann die zusätzlichen zweieinhalb Millionen Menschen ernähren sollen, angesichts der außerordentlichen Versorgungsschwierigkeiten, die die Ostzone jetzt schon hat. Zur Zeit ist unser „Stammgericht" mit Wasser gekochtes Blattgemüse, ohne Kartoffeln und sonstige Zutaten. Zur Abwechslung gibt es gelegentlich auf dem Schwarzen Markt gekaufte ‚Grütze'. Das Brot ist hochprozentig ausgemahlen und mithin kaum noch genießbar. Die sehr gute Obsternte dieses Jahres wandert ausnahmslos in die Magazine der Besatzungsmacht. Für Marmelade gibt es Kunsthonig, anstelle von Fleisch zumeist „Austauschmittel" wie Eier, Käse oder Magermilch. Fett wird durch Zukker ersetzt, oft genug aber auch durch sogenanntes „Affenfett", ein Produkt aus Tierdärmen, das sich bei Erhitzen im Wasser auflöst.

Donnerstag, den 8. Juli 1948

Seit heute bin ich auf Koerbers Wunsch „Mitglied des Sekretariates des Landesausschusses Brandenburg des Volkskongresses für Deutschlands Einheit und gerechten Frieden". So lang wie dieses Namensungetüm war auch die Rede des Landtagspräsidenten Ebert, der am Nachmittag auf einer Sitzung des Sekretariats mit den Brandenburger Volksratsmitgliedern und den Vorsitzenden und Sekretären der Kreisausschüsse die Bilanz des Volksbegehrens[43] in unserem Land zu ziehen versuchte. Nach Eberts bzw. der SED Auffassung müsse der Volkskongreßbewegung nach und nach auch die Überwachung des wirtschaftlichen Lebens der Zone übertragen werden. Der Landtagspräsident ließ keinen Zweifel daran, daß sich der sogenannte Volksrat eines Tages in die Ostzonenregierung umwandeln werde. Im übrigen machte er vor diesem „überparteilichen" Gremium massive Propaganda für seine Partei, die SED. In der Diskussion kam

wiederholt zum Ausdruck, daß der Ablauf des Volksbegehrens im Land Brandenburg unter der Einstellung der „Umsiedler" gelitten habe, die sich mit dem Hinweis auf die Ostgrenze geweigert hätten, ihre Unterschrift zu geben.

Donnerstag, den 15. Juli 1948

Jetzt ist unser Parteivorstand endlich aufgewacht! Nach langem Zögern und vorangegangener Fühlungnahme mit der CDU-Zonenleitung hat der Zentralvorstand am Mittwoch auf einer Sitzung unter Vorsitz von Arthur Lieutenant in Berlin mit bemerkenswerter Deutlichkeit zu der jüngsten Entwicklung in der Ostzone Stellung genommen. Unter der Schlagzeile „LDP-Beschlüsse zu politischen Gegenwartsfragen" ist in der heutigen Ausgabe des „Morgen" in einem Dreispalter auf Seite 1 zu lesen, was die LDP-Führung an den gegenwärtigen Zuständen in unserer Zone auszusetzen hat:

1. die Ablehnung der von der SMA genehmigten Überprüfung ungerechter Enteignungen durch die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK);
2. die Arbeitsweise der DWK, die nach Ansicht des Zentralvorstandes „zu ernsten Besorgnissen Anlaß gibt". In diesem Zusammenhang wird hervorgehoben, daß die Zusammensetzung der DWK in keiner Weise den Ergebnissen der letzten Landtagswahlen entspreche – „die LDP verlangt eine Korrektur in der parteipolitischen Zusammensetzung" – und daß den Parteien keine Möglichkeit gegeben werde, über von der DWK vorgelegte Gesetze zu diskutieren;
3. die Tatsache, daß die SED mit ihrer Politik „den Boden der vertrauensvollen Blockbildung" verlassen habe. „Wenn jetzt die SED glaubt, die anderen Parteien vor vollendete Tatsachen zu stellen, muß sie die Verantwortung tragen, ob damit nicht eine Gefahr für die Fortsetzung der Blockpolitik verbunden ist";
4. Tendenzen zur Verschiebung der für diesen Herbst vorgesehenen Gemeindewahlen. Nach Auffassung des Vorstandes bestehe keinerlei Anlaß, die Wahlen zu verschieben. Er fordere darum die zuständigen Verwaltungsstellen auf, die erforderlichen Vorarbeiten für die Wahlen sofort in Angriff zu nehmen;
5. „die neuerdings unternommenen Versuche, in die Bauernschaft der Zone dadurch Unruhe zu bringen, daß zwischen werktätigen und sonstigen Bauern unterschieden wird". Dagegen wandte sich der Vorstand „auf das schärfste".

Man darf gespannt sein, wie die Sowjets und die SED auf diesen Gegenangriff der LDP reagieren werden, obwohl nach den bisherigen Erfahrungen über das „Wie" eigentlich kein Zweifel mehr bestehen sollte. Ich rechne damit, daß man zumindest den gegenwärtigen Zentralvorstand politisch liquidieren wird, halte aber auch eine Zerschlagung der Partei insgesamt durch die Kommunisten keineswegs für ausgeschlossen.

Gestern gab es hier wieder einmal eine Razzia. Presseberichten zufolge haben sowjetische Soldaten am Mittwochabend Durchgänge und Bahnsteige des S-Bahnhofs Potsdam abgeriegelt und die aus Berlin kommenden Fahrgäste einer strengen Ausweiskontrolle unterzogen. Festnahmen wurden nicht beobachtet. Man vermutet, daß es sich hier um eine Art Generalprobe für eine größere Fahndung gehandelt habe.

Sonnabend, den 17. Juli 1948

Gestern morgen wurde im Casino des Landtages endlich der schon für Juni geplante Landesparteitag eröffnet. Die Stimmung war gereizt und angriffslustig, es wurde sehr hart diskutiert, doch am Ende lief alles so, wie von Koerber es mit der SMA vorbereitet hatte.

Bei der Eröffnung des Parteitages erklärte der über siebzigjährige Vorsitzende der Landtagsfraktion, Dr. Schneider, unter großem Beifall: „Ernste Besorgnisse erfüllen die LDP in Anbetracht der letzten Entwicklung. Wir sind nicht gewillt, anstelle des Nationalsozialismus eine andere Diktatur treten zu lassen!" Das war starker Tobak. Aber auch der stellvertretende Parteivorsitzende, Minister Arthur Lieutenant, der das Hauptreferat hielt, nahm kein Blatt vor den Mund. Ausgehend von den Beschlüssen des Zentralvorstandes vom 14. Juli warnte Lieutenant davor, daß die SED für die sowjetische Besatzungsmacht allein maßgeblich sei. Er kritisierte scharf die Personalpolitik der Kommunisten und in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß 95% aller Mitarbeiter der Deutschen Wirtschaftskommission der SED angehörten. Damit sei die DWK, gedacht als „Instrument des Volkes", allein der SED verantwortlich. Auch der FDGB habe alle Verwaltungsstellen mit Kommunisten besetzt. Jetzt fordere die SED auch noch die uneingeschränkte Herrschaft über die Polizei. Lieutenant macht während seiner mehrfach von stürmischen Beifall unterbrochenen Rede wiederholt darauf aufmerksam, daß die LDP entschlossen sei, sich solchen Tendenzen des Machtanspruchs der SED künftig zu widersetzen.

Bei einer kleinen abendlichen Feier im engsten Kreise nach Abschluß der Delegiertentagung äußerten von Koerber und Flatau mir gegenüber Bedenken gegen diese Rede Lieutenants. Sie sei ausgesprochen „unklug" gewesen und werde zum baldigen „Abschuß" des amtierenden Parteivorsitzenden und Finanzministers führen. Ich teile diese Auffassung nicht. Meines Erachtens war es hohe Zeit, daß die Parteiführung unmißverständlich die Grenzen unserer Kompromißbereitschaft darlegte. Das sind wir uns selbst und auch unseren 2¼ Millionen Wählern in der Zone schuldig. Daß Lieutnant bald gezwungen werden wird, seine Ämter niederzulegen, ist indessen wahrscheinlich und, wie ich meine, außerordentlich bedauerlich.

Wie gesagt: von Koerber hat diese Delegiertentagung gut überstanden. Zunächst wurde er von allen Seiten attackiert, viele Delegierte waren bemüht, die mit der SMA abgestimmten Wahlvorschläge zu durchkreuzen. Aber schließlich erwies sich die Besatzungsmacht als stärker: Koerber wurde als 1. Vorsitzender wiedergewählt.[44] Mühlmann wurde sein 1. Stellvertreter – eine, wie mir scheint, wenig glückliche Besetzung der Parteispitze. Rudolf Bätcher ist wieder Jugendvertreter im Vorstand. Er verlangte, daß ich entsprechend dem Beschluß des Landesjugendausschusses

für den Vorstand kandidieren sollte. Koerber erhob sofort Einspruch. Im Falle meiner Wahl müsse ich, so Koerber, meine Tätigkeit in der Landesleitung aufgeben. Darauf zog ich meine Kandidatur zurück.

Die Sowjets waren mit einem starken Aufgebot erschienen, um die Veranstaltung und insbesondere den Wahlvorgang zu überwachen. Ihnen lag offensichtlich daran, Koerbers Wahl zum Landesvorsitzenden durchzusetzen. Zu ihm haben sie wohl einigermaßen Vertrauen. Ist es aber auch gerechtfertigt? Gewiß, von Koerber ist vorsichtig und kompromißbereit, aber sicherlich kein Freund der Russen und der Kommunisten. Wenn sie ihn dennoch protegieren, so wohl nur deshalb, weil die personellen Alternativen zu Koerber für sie noch weniger akzeptabel sind. Von Koerber deutete übrigens mir gegenüber an, daß er nicht die Absicht habe, noch einmal ein ganzes Jahr lang die Arbeit eines Landesvorsitzenden zu leisten. Er trage sich mit dem Gedanken, sich nach einer angenehmeren Tätigkeit umzusehen.

„Die besten Jahre unseres Lebens" heißt ein amerikanischer Film, der die Probleme heimgekehrter Soldaten eindrucksvoll beleuchtet. Im Mittelpunkt der Handlung steht das Schicksal eines beidhändig amputierten Matrosen. Es gibt in diesem Film Szenen von erschütternder Eindringlichkeit. Ich sah den Film heute nachmittag in einem Westberliner Kino. Bei einem Bummel durch die Straßen des blockierten Stadtteils ist eine erfreuliche Senkung der Preise in den Geschäften und Gaststätten gegenüber der Zeit vor der Währungsreform festzustellen. Allerdings geben die Restaurants jetzt markenfreie Gerichte nur noch gegen B-Mark ab.[45] An den Kinokassen bekommt man dagegen nach wie vor Karten gegen Ostgeld, allerdings nur gegen Vorlage des Personalausweises. Auch die Schwarzhändler am Bahnhof Charlottenburg verkaufen nur noch gegen Westgeld. Dort erhält man die russische Exportzigarette „Stella" jetzt schon für 25 Pfennige (West). Leute, die über ein mit B-Mark gut gefülltes Portemonnaie verfügen, können jetzt gut leben.

Über die Stadt hinweg dröhnen ununterbrochen anglo-amerikanische Transportmaschinen; sie fliegen Nahrungsmittel und Kohlen in die Westsektoren ein. Währenddessen verschärft sich die außenpolitische Lage von Tag zu Tag. Die Sowjets haben ihre Truppen an der Zonengrenze zusammengezogen, die Amerikaner fliegen für alle Fälle Geschwader schwerster Bomberverbände über den Atlantik ins Krisengebiet Deutschland. Ein versehentlich losgehendes Gewehr könnte genügen, um das Pulverfaß zur Explosion zu bringen. Die Drohung eines dritten Weltkrieges steht über diesen kühlen und regnerischen Julitagen des Jahres 1948.

Mittwoch, den 21. Juli 1948

Gestern hatte ich über eine Stunde lang das Vergnügen, mit Kommunisten über das Thema „Sozialistische oder private Wirtschaft" zu diskutieren.

Ort der Debatte wiederum der Landessender Potsdam. Außer mir diskutierten über den „Zweijahresplan, die Volkseigenen Betriebe (VEB) und die Privatwirtschaft" ein Herr vom Hauptamt für VEB, ein Funktionär der SED und der Diskussionsleiter, ebenfalls Mitglied der SED.[46] Wir machten zunächst eine – ziemlich hitzige – Probediskussion, ehe das Mikrofon eingeschaltet wurde. Ich hatte mit meinen geringen Kenntnissen auf diesem Gebiet schwer gegen die gut geschulten Funktionäre zu kämpfen. Wir waren dann aber alle durch die Vordiskussion schon so abgekämpft, daß die anschließende, über den Sender gehende Hauptdiskussion einigermaßen ruhig verlief.

Otto G. brachte heute aus Berlin das Gerücht mit, Dr. Gaertner sei nach dem Westen geflüchtet. Gaertner war für den Posten des 1. Vorsitzenden der LDP als Nachfolger von Külz vorgesehen. Wenn sich das Gerücht bestätigen sollte, müßte man für die Zukunft dieser Partei noch mehr fürchten.

Freitag, den 23. Juli 1948

Die Flucht des Dr. Gaertner (Präsident der Thüringischen Landesbank) und die noch bevorstehende Umtauschaktion (Klebemark in neues Ostgeld), das sind die Gesprächsthemen des heutigen Tages. G. hat tatsächlich die Ostzone verlassen. Der Grund ist bisher unbekannt. Selbst die Zonenleitung ist von diesem Schritt völlig überrascht worden. Dieser Fall ist ein gefundenes Fressen für die Westpresse. Sie benützt den Anlaß, um gegen die LDP erneut kräftig vom Leder zu ziehen. Der „Morgen" schreibt zutreffend, es sei leichter, fahnenflüchtig zu werden und „aus dem Kessel auszufliegen", als im Kampf zu verharren, selbst wenn dieser fast aussichtslos erscheine. Wer wird nun die Führung der Partei übernehmen, Lieutenant oder Prof. Kastner? K. gilt in der Partei als Veräter an unserer Sache, als ein Mann, der sich den Kommunisten und ihren Machenschaften nur zu bereitwillig zur Verfügung stellt. Da aber die SMA auch in Eisenach wie üblich die Wahl „machen" wird, ist Kastners Berufung zum Zonenvorsitzenden m. E. keineswegs ausgeschlossen.

Nach einer Meldung des „Morgen" vom heutigen Tage soll der oben erwähnte Geldumtausch am 25. oder 26. Juli beginnen. Danach wird zunächst eine Kopfquote umgetauscht, die niedriger als 70 Mark sein soll. Der Rest müsse auf ein Sperrkonto eingezahlt werden, das (wahrscheinlich) nach 14 Tagen freigegeben wird. Diese Meldungen haben lebhaften Unwillen in der Bevölkerung ausgelöst. Man kann sagen, daß diese zweite „Währungsreform" noch unpopulärer ist als die erste. In Berlin, das ich heute nachmittag besuchte, werden bereits Angstkäufe getätigt. Diese Menschen glauben nicht mehr an die Versprechungen der Sowjets. Das heißt in diesem konkreten Fall: daß die Beträge auf den Sperrkonten in absehbarer Zeit wieder freigegeben werden. In Westberlin war heute eine

lebhafte Umtauschaktion im Gange (Ostgeld in Westgeld). Am Bahnhof Zoo sah man Hunderte von Berlinern, die sich als wandelnde Wechselstuben anboten und dabei ein gutes Geschäft machten. Übrigens: Zigaretten gibt es jetzt nur noch gegen B-Mark, westlich lizenzierte Zeitungen ebenfalls.

Auf dem Weg zum Potsdamer Hauptbahnhof traf ich Fräulein S. Ich kenne sie von meiner Tätigkeit am St. Josef-Krankenhaus im Jahre 1946. Ihr Vater war vor dem Krieg in Potsdam als Arzt tätig, im Krieg diente er als höherer Sanitätsoffizier. Er war Mitglied der NSDAP. Nach dem Einmarsch der Russen wurde er verhaftet und verschwand spurlos. Vor sechs Wochen hat nun die Familie die Nachricht erhalten, daß Dr. S. „gefallen" sei.

Sonntag, den 25. Juli 1948

Einen Monat hindurch war die „Tapetenmark" die offizielle Währung der Ostzone. Heute gibt es endlich das neue Ostgeld. Beim Umtausch der mit den Spezialcoupons beklebten alten Geldscheine prüfen die Bankangestellten mit einer Lupe die Echtheit dieser Coupons. Manche haben dabei das Nachsehen. Auf ihrem Geldschein klebt ein gefälschter Coupon – und damit ist ihr Geld futsch. Die Entrüstung unter der Bevölkerung über diese Prüfungen ist groß. Haben nicht unsere Behörden immer wieder Berichte als unwahr zurückgewiesen, wonach gefälschte Coupons im Umlauf sein sollen? Und hat man es deshalb nicht auch fahrlässig verabsäumt, der Bevölkerung mitzuteilen, wie solche Fälschungen aussehen? Nur dann hätte man sich gegen das „Falschgeld" sichern können.

Jeder bekommt also heute 70 Altmark in neues Ostgeld umgetauscht. Der Rest muß auf ein Sperrkonto eingezahlt werden. Ab 15. August sollen wir über diese Beträge wieder verfügen können. Die alten Scheidemünzen bleiben weiterhin gültig. Die 50-Pfennig-Münzen dürften nach und nach aus dem Verkehr gezogen werden, da heute auch neue 50-Pfennig-Scheine ausgegeben werden.

General Clay, der am Freitag in Washington den weiteren Ausbau der Berliner Luftbrücke ankündigte, hat die Bereitschaft seiner Regierung verkündet, „mit den Russen die Frage der Währungsreform zu jedem Zeitpunkt zu diskutieren". Er glaube, daß eine vernünftige Basis für einen Kompromiß „ohne Verletzung irgendwelcher Grundsätze" möglich sei. Dazu dürfte es nun wohl zu spät sein, Mister Clay!

Die LDP gerät unter Beschuß – Volkskongreß und Volksausschüsse

Montag, den 26. Juli 1948

Wie vorauszusehen hat gestern die Besatzungsmacht zum Gegenschlag ausgeholt. Nach der LDP-Erklärung vom 14. Juli hat die sowjetamtliche „Tägliche Rundschau" am Sonntag in einem sich über eine halbe Seite erstreckenden Artikel zum „Neuen Kurs" unserer Partei Stellung genommen. Darin wird Lieutenant einer chauvinistischen reaktionären Einstellung bezichtigt.[47] Nach Auffassung der „Täglichen Rundschau" befindet sich die LDP auf dem „falschen Weg".

Heute antwortet die LDP-Parteileitung auf diesen Angriff. Entgegen der Behauptung der sowjetamtlichen Zeitung lehne die LDP den Zweijahresplan nicht ab, sie wolle jedoch Verbesserungen vorschlagen und damit ihre praktische Mitarbeit beweisen. Die LDP verlange „eine Beseitigung offenbarer Unrechtsfälle bei den Sequestierungen". Und weiter: die heutigen Grenzen im Osten seien, wie im Potsdamer Abkommen festgelegt, nur als vorläufig zu bezeichnen. Schließlich drückte die LDP-Führung ihre Bereitschaft aus, gemeinsam mit allen Parteien an der Blockpolitik zum Wohle des deutschen Volkes mitzuarbeiten.

Das ist ein halber Rückzieher, der aber gewiß nicht ausreicht, um Sowjets und SED mit dem Lieutenant-Kurs zu versöhnen. Es ist m.E. nur noch eine Frage der Zeit, wann Lieutenant endgültig abgeschossen wird. Unsere Lage ist hoffnungslos. Sie verschlimmert sich täglich. Heute meldet der „Sozialdemokrat" auch noch die Verhaftung des stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes Thüringen der LDP und Landtagsfraktionsvorsitzenden Hermann Becker. Er soll am vergangenen Donnerstag durch den NKWD abgeholt worden sein. Man sagt, seine Verhaftung stehe im Zusammenhang mit der Flucht Dr. Gaertners.

Dienstag, den 27. Juli 1948

Acht Stunden und fünfzehn Minuten dauerte es heute, bevor ich – in einer langen Menschenschlange stehend – bis zum Auszahlungsschalter der Landeskreditbank vorgedrungen war, um Gelder der Mitarbeiter in neue Ostmark umzutauschen. Im Kassenraum herrschte eine Temperatur von nahezu dreißig Grad. Die Organisation dieses Geldumtausches ist miserabel. Niemand, selbst der Herr am Auskunftsschalter nicht, konnte sagen, vor welchem Schalter man sich anstellen muß bzw. welche Formalitäten vor dem eigentlichen Umtausch noch zu erledigen sind. Mancher steht so stundenlang in der falschen Reihe und wird dann, endlich am Ziel des Wartens, vom Schalterbeamten ab- und auf das Ende einer anderen „Schlange" zurückgewiesen. Aber selbst dann, wenn man sich von Anfang an richtig einreiht, ist man vor Verwechslungen und Unstimmigkei-

ten zwischen Angestellten und Kunden nicht gefeit. Als ich den Schalter endlich hungrig und erschöpft erreicht hatte, erschien Kollege G., um mich abzulösen.

Freitag, den 30. Juli 1948

Heute die erste Aussprache mit dem für die LDP zuständigen Offizier auf der SMA in Potsdam, Kapitän Zerebrennek. Z. wollte sich offenbar einen persönlichen Eindruck von mir verschaffen. Er war sehr höflich und ließ sich zunächst meinen Lebenslauf erzählen. Ich verschwieg nichts, auch nicht meinen militärischen Werdegang während des Zweiten Weltkrieges und die Einsätze an der Ostfront, über die er ohnehin längst informiert sein dürfte. Nach diesen Präliminarien fragte mich Zerebrennek, ob ich bereit wäre, den Vorsitz des Landesjugendausschusses zu übernehmen. Als ich die Frage bejahte, gab er Anweisungen für die politische Jugendarbeit. Dabei wandte er sich vor allem gegen die nach seiner Meinung heftige Kritik, die von den jungen LDP-Mitgliedern an den politischen Verhältnissen in der Zone geübt werde. Er verlangte „positive Mitarbeit". Eindringlich warnte er mich davor, wie P. und Bätcher eine liberale Jugendorganisation aufziehen zu wollen.[48] In einem solchen Falle müsse die Besatzungsmacht eingreifen. In der Ostzone gäbe es nur eine Jugendbewegung, und das sei die FDJ. Diese allein sei auch für die Sportverbände zuständig; andere, also nicht-kommunistische Sportverbände gäbe es nicht, sie würden auch nicht erlaubt werden. Das waren offene und unmißverständliche Worte. Im weiteren Verlauf des Gesprächs nahm der sowjetische Offizier sehr kritisch zu der letzten Rede Lieutenants Stellung und rühmte den verstorbenen Vorsitzenden Külz als einen „fortschrittlichen Demokraten". Ich selbst äußerte mich freundlich zurückhaltend, legte mich nicht fest und wurde schließlich in Gnaden entlassen.

Danach begab ich mich in den Landtag zu einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses. Ebert führte den Vorsitz und verkündete die Richtlinien für die künftige Arbeit der Volksausschüsse. Diese sollten sich um alles kümmern, was in der Zone geschieht. Insbesondere aber müßten sie jetzt den von der SED entwickelten Zweijahresplan propagieren, denn dieser Plan sei ein Schritt zur Wiederherstellung der deutschen Einheit. Wieso, das wurde natürlich nicht begründet. Lebhafte Unterstützung fand Ebert bei dem CDU-Landrat Siebenpfeiffer, den seine Parteifreunde einen „Quisling" nennen. S. attackierte in seiner Diskussionsrede besonders die LDP wegen ihrer jüngsten Erklärungen.[49] Als ich mich gegen diese Angriffe zur Wehr setzte, entschuldigte er sich bei mir. Mit großer Besorgnis wiesen weitere Diskussionsredner auf die wachsende antisowjetische Einstellung der Arbeiterschaft in der Zone hin. Dem müsse man mit allen Mitteln entgegenwirken, da diese Entwicklung eine große Gefahr in sich berge.

Montag, den 2. August 1948

Seit heute dürfen in der Zone keine westlich lizenzierten Zeitungen und Zeitschriften mehr verkauft werden. Den Zeitungsvertrieb für die Ostzone wird ab sofort eine zentrale staatliche Vertriebsgesellschaft vornehmen, die fest in der Hand der Kommunisten ist. Mein Zeitungshändler in der Nauener Straße meint allerdings, man könne wohl in Kürze wieder mit dem Verkauf von Westzeitungen rechnen[50], weil die Kommunisten fürchteten, die Westmächte würden sonst Gleiches mit Gleichem vergelten und den Verkauf der östlichen Zeitungen in ihren Zonen verbieten. Damit aber würde den Sowjets und der SED ein wichtiges Propagandamittel für Westeuropa aus der Hand geschlagen.

Der Zonenparteitag der LDP ist für die Zeit vom 11. bis 13. September in Eisenach vorgesehen. Doch nur wenige glauben noch daran, daß der Parteitag zu diesem Zeitpunkt wirklich stattfinden wird. Die Sowjetisierung der Zone schreitet rasch voran. Heute wurde der Zeitungsvertrieb verstaatlicht, morgen wird es vielleicht schon die gesamte Landwirtschaft sein. In Sachsen werden die Bauern bereits aufgefordert, sich zu Dorfgenossenschaften zusammenzuschließen. Damit dürfte der erste Schritt zur Kollektivwirtschaft getan sein. Ich denke, in drei Jahren wird die Zone Rußland nicht ähnlich, sie wird dann ein Teil Rußlands sein.

Donnerstag, den 5. August 1948

Der Zonenparteitag wird wahrscheinlich auf Oktober vorschoben.[51] Offenbar sind die Sowjets mit ihren Parteitagsvorbereitungen nicht rechtzeitig fertig geworden. Verschoben werden mit fast an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch die gesetzlich auf den Herbst festgelegten Gemeindewahlen. Die SMA entspricht damit einem Wunsch der SED und der ihr angeschlossenen Verbände (NDP, FDGB, DFD etc.). Diese fürchten offenbar die wachsende antikommunistische Einstellung der Bevölkerung. Dieser Tage kam einer unserer Kreisvorsitzenden in die Landesleitung und bot uns 30000–40000 Mark anonymer Gruppen zur Finanzierung des Kampfes gegen die Kommunisten an. Die Tatsache, daß sich der Mann von uns einen Vorschuß von 800 Mark erbat, um das Geld zu beschaffen, machte uns mißtrauisch. Aus dem Geschäft wurde nichts.

Über die außenpolitische Lage sind wir nur noch unzureichend informiert. Nur wer einen stärkeren Empfänger besitzt, mit dem er RIAS und den NWDR hören kann, vermag sich einigermaßen über die Vorgänge in der Welt zu unterrichten. Wer aber auf unseren Sender und unsere Zeitungen angewiesen ist – und das sind sehr viele – ist arm daran.

Zu Beginn des Monats bekam die Landesleitung endlich einen Nachfolger für Welkow als Landesgeschäftsführer. Es ist der 48jährige Diplomingenieur und technische Wirtschaftsprüfer Erwin Steffen, Mitglied der Partei seit Januar d.J. Das Organisationsreferat übernahm Heinrich de Vries,

ein temperamentvoller, schlanker Ostfriese von 51 Jahren. Er mußte seine Parteitätigkeit in Thüringen beenden, weil die Besatzungsmacht mit seinen politischen Aktivitäten nicht einverstanden war. Erstaunlicherweise hat ihn Koerber dennoch genommen. Hofft er ihn zu zähmen?

Dienstag, den 10. August 1948

Am Morgen eine Sekretariatsitzung des Landesvolksausschusses. Es kam dort bei der Erörterung der zukünftigen Aufgaben der „Volksausschüsse" zu einer kleinen Kontroverse zwischen dem Vertreter der CDU, Zborowski, und dem der SED, Sägebrecht. Z. gab seiner Befürchtung Ausdruck, daß sich diese Ausschüsse mehr und mehr Rechte anmaßen könnten, die bisher den Behörden und Parteien vorbehalten waren. In der Tat wollen die Kommunisten die Volksausschüsse als Kontroll- und Spitzelorgane in alle Bereiche des kommunalen, politischen und wirtschaftlichen Lebens der Zone einschalten. Es ist sogar an die Bildung kommunaler Volksausschüsse gedacht, die offenbar eines Tages die legalen Ausschüsse bei den Gemeindeparlamenten ersetzen sollen. Zborowski verlangte eine genaue Abgrenzung der Aufgaben, damit es keine Kompetenzstreitigkeiten mit den kommunalen Behörden und den Parteien gäbe. Am besten wäre es, wenn sich die Volksausschüsse ganz auf ihre eigentlichen Aufgaben im Rahmen der Volkskongreßbewegung beschränkten. Die Reaktion Sägebrechts und anderer Kommunisten war gereizt und zugleich ausweichend. Sie taten so, als seien ihnen die Sorgen des Herrn Z. völlig unbegreiflich.

Mittwoch, den 11. August 1948

Auf der heutigen Sitzung des Landesjugendausschusses der LDP wurde ich einstimmig zu dessen Vorsitzenden gewählt. Bei unseren Beratungen spielte ein Artikel des Landesjugendreferenten von Sachsen, Manfred Gerlach, veröffentlicht im Heft 9 der „Informationen", eine gewisse Rolle. G. hat dort einen recht eigenwilligen Standpunkt zur Frage unserer Beziehungen zur FDJ vertreten. In diesem Zusammenhang teilte Rudolf Bätcher mit, daß die geplanten ständigen Zusammenkünfte der Parteien mit der FDJ an der Interesselosigkeit von FDJ und SED gescheitert sind.

Zum kommenden Zonenparteitag wurde der Ausschuß darüber informiert, daß das beabsichtigte Treffen der LDP-Jugend in Eisenach leider undurchführbar sei (die Besatzungsmacht hat Einspruch erhoben). Dafür soll es auf der Wartburg ein Treffen der als Delegierte oder Gäste in Eisenach anwesenden Mitglieder der Jugendausschüsse im kleinsten Rahmen geben. Das Einleitungsreferat zum Thema „Jugend in der LDP" soll Wolfgang Natonek (Leipzig) übernehmen.

Von Koerber gab dazu Ergänzendes bekannt: der endgültige Termin des Parteitages stehe noch immer nicht fest. Auch die Beratungen über die Zusammensetzung des neuen Parteivorstandes seien noch nicht abge-

schlossen. Für das neue Parteiprogramm, das in Eisenach verabschiedet werden soll, lägen z. Zt. zwei Entwürfe vor: ein Referentenentwurf der Parteileitung und ein Entwurf des Leiters der Programmkommission des Parteivorstandes[53], des Dr. von Stoltzenberg. Bei dem Referentenentwurf handelte es sich – so Koerber – um eine abstrakte, in Flugblattform gehaltene Aneinanderreihung von Forderungen. Der Stoltzenberg-Entwurf sei sehr umfanreich und so nicht brauchbar. Er bringe als Einleitung eine historische Betrachtung über den Liberalismus und wirke mehr wie ein Manifest. Das Parteidirektorium sei gegenwärtig bemüht, aus diesen beiden Entwürfen ein Programm zu formulieren, das dem Parteitag vorgelegt werden kann. Die Arbeit am Programm mache auch deshalb große Mühe, weil es in der Partei zwei Richtungen gäbe. Die eine Richtung lehne eine Gewaltenteilung (Legislative – Exekutive – Justiz) nach Montesquieu als überholt ab. Die andere wolle die Gewaltenteilung – das Kernstück der liberalen Auffassung – als notwendige staatsrechtliche Konstruktion bestehen lassen.

Koerber nahm sodann zum Zweijahresplan Stellung. Nach der Währungsreform sei es notwendig, die Wirtschaft überall „straffer anzufassen und auszurichten". Dieser Plan sei nur auf den Osten und den Südosten eingestellt. Sollte aber die Moskauer Konferenz zu einer Verständigung führen, dann müßte dieser Plan abgeändert werden. Die LDP bemühe sich ständig, Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Abschließend äußerte sich der Landesvorsitzende zum Verfassungsentwurf des Volksrates: „Heute, am 11. August vor 29 Jahren, wurde die Weimarer Verfassung verkündet". Der jetzige Verfassungsentwurf bringe neue Gedanken. Damals stand neben dem Parlament der Reichspräsident. Der Artikel 48 (Notverordnungsrecht), der dem Reichspräsidenten in Krisenzeiten weitgehende Vollmachten gab, habe dem Nationalsozialismus den Weg geöffnet. Die Volksratsverfassung lege dagegen das Hauptgewicht auf das Parlament und mache die Länderkammer stärker. Jede Verfassung sei allerdings von dem Geist abhängig, mit dem sie erfüllt werde. Wir müßten jede der Formulierungen genau prüfen.

Ich teilte dem Ausschuß einige Neuerungen mit. So die Regelung, daß künftig bei jeder Lehrerkonferenz Schülervertreter mit beratender Stimme anwesend sein sollen. Die Vertreter der FDJ hätten in den Lehrerprüfungsausschüssen Sitz und Stimme. Die Parteileitung bereite eine Dr.-Wilhelm-Külz-Stiftung zur Förderung begabter Studenten vor.[54]

Wir tagten heute nur in kleiner Besetzung. Von den 30 Kreisverbänden waren lediglich 11 vertreten.

Montag, den 16. August 1948

Lieutenant wird noch immer durch die kommunistische Presse attackiert. Das Ziel der jüngsten Angriffe der „Täglichen Rundschau" dürfte es sein,

die Wahl Lieutenants zum Parteivorsitzenden in Eisenach zu verhindern. Solange L. nicht offiziell erklärt hat, daß er in Eisenach nicht kandidieren wird, ist mit einer Genehmigung des Parteitages durch die SMA kaum zu rechnen. L. soll angeblich gar keinen Wert auf den Parteivorsitz legen. Aber er ist wegen seiner mutigen Worte zweifellos der Wunschkandidat der großen Mehrheit der Parteimitglieder. L. scheint den Ehrgeiz zu haben, der Jakob Kaiser der LDP zu werden. In Kreisen der Zonenleitung wird indessen ein anderer Nachfolger für Külz genannt: Dr. Johannes Dieckmann. Er soll angeblich bereit sein, für den Parteivorsitz zu kandidieren.

Dienstag, den 17. August 1948

Sieben Stunden dauerte die heutige Sitzung des erweiterten Landesvorstandes im Landtag. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der kommende Zonenparteitag. Koerber behauptete, Lieutenant wünsche nicht, Parteivorsitzender zu werden.[55] Parteifreund Lorenz meinte, nach seinen Informationen würden die Attacken auf Lieutenant aufhören, wenn dieser auf eine Kandidatur verzichte. Daraufhin beschloß der Vorstand, andere Kandidaten für den Parteivorsitz vorzuschlagen, u. a. Prof. Hübener und Dr. Ralph Liebler. Der Landesvorsitzende und seine beiden Stellvertreter wurden beauftragt, in einer Rücksprache mit Lieutenant zu erkunden, wie dieser sich zur Vorstandswahl stelle. Übrigens beschloß der Landesvorstand auch, mich zur Wahl in den Hauptausschuß der Partei vorzuschlagen.[56]

Sonnabend, den 21. August 1948

Am Freitag nach vielen Monaten Pause wieder ein Diskussionsabend in den Räumen des Landesverbandes. Thema: der Verfassungsentwurf der SED. Der Entwurf soll bis zum Herbst vom „Volksrat" durchberaten und dem „3. Volkskongreß" im Oktober in Berlin zur Annahme vorgelegt werden. Auf den ersten Blick erscheint diese Verfassung ganz akzeptabel. Sie enthält viel liberales Gedankengut und stützt sich teilweise durchaus auf die Weimarer Verfassung. Einige Artikel geben jedoch einer autoritären Partei die Handhabe, andere Parteien kaltzustellen und die Macht an sich zu reißen. So zum Beispiel der Artikel, wonach das Parlament über die Zulassung von politischen Parteien zu bestimmen habe. Bei der gegenwärtigen Machtkonstellation in der Ostzone würde das bedeuten: alle Parteien, die der SED nicht genehm sind, werden nicht zugelassen. Bedenklich ist auch, daß der Entwurf nichts über das System enthält, nach dem gewählt werden soll. Möglich, daß die SED sich für ein Verhältniswahlsystem aussprechen wird, damit sie als stärkste Partei die anderen von der Regierung fernhalten kann. Wir müssen auf jeden Fall versuchen, das Listenwahlsystem durchzudrücken, wenn wir noch zur Geltung kommen wollen. Auch der Artikel über das Wahlalter (aktives Wahlrecht mit 18, passives mit 20

Jahren) dürfte für uns nicht akzeptabel sein. Gegenstand lebhafter Erörterungen in den demokratischen Parteien ist auch die Frage, wieweit die Hinzuziehung der „demokratischen Massenorganisationen" den autoritären Bestrebungen der SED Vorschub leistet. Auch der Artikel, der sich mit der Frage eines Regierungswechsels befaßt, verdient unsere Aufmerksamkeit. Ein solcher Wechsel soll nur möglich sein, wenn die Opposition – ohne Koalition! – einen Ministerpräsidenten stellen und zugleich ein neues Regierungsprogramm vorlegen kann. Es ist zu bezweifeln, ob so etwas in einer kommunistischen Diktatur überhaupt möglich sein kann. Da eine Einigung Deutschlands noch nicht zustandekommt, wird dieser Verfassungentwurf wohl noch in diesem Jahr für den Oststaat Gesetz und somit auch für unsere Partei zur Grundlage ihrer politischen Arbeit werden.

In Berlin herrschen jetzt zeitweilig bürgerkriegsähnliche Zustände. Am Donnerstag kam es Presseberichten zufolge auf dem Potsdamer Platz und in den anliegenden Straßen zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizeiangehörigen des Ostsektors und russischer Militärpolizei auf der einen und etwa 600 deutschen Passanten (Besuchern des Schwarzen Marktes) auf der anderen Seite. Die Polizisten schossen in die Menge, es gab sechs Verwundete.

Heute nachmittag in Westberlin. Am Zoo wird der „Schwarze Markt" immer größer. Umtauschkurs Ost- gegen Westmark zur Zeit 3,4:1. Erstaunlich viel Schokolade wird von den Schwarzhändlern angeboten, 100 g sind für ganze 9 Westmark zu haben. Hier rechnet man allerdings mit einer Aufhebung der Doppelwährung in Berlin und der Einführung der Ostmark in allen Sektoren, sofern man sich in Moskau einigen sollte.[57] Doch danach sieht es gar nicht aus. Haupthinderungsgrund für eine Einigung zwischen den Alliierten scheint die beabsichtigte Bildung eines Weststaates zu sein, der für die Sowjetunion unakzeptabel ist. Werden aber die Westmächte auf eine Verwirklichung ihres Planes verzichten können, wenn doch eine Einigung mit den Sowjets über *ganz* Deutschland nicht mehr zu erwarten ist? Wie massiv sich unsere Besatzungsmacht selbst in die internsten deutschen Angelegenheiten einmischt, macht ein Bericht des Herrn Koblitz (SED) auf der letzten Sekretariatssitzung des Landesausschusses am Donnerstag deutlich: danach hat die SMA Vertretern dieses Ausschusses am 17. August präzise Anweisungen gegeben, wie die genaue Einhaltung der Termine der Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß garantiert werden könne.

Dienstag, den 24. August 1948

Auf Befehl der SMA haben jüngst kommunistische Organisationen und Betriebsgruppen bei den Sowjets um eine Verschiebung der gesetzlich vorgeschriebenen Herbstwahlen nachgesucht. Nun hat Marschall Sokolowskij – großmütig wie er nun einmal ist – dem „Wunsch der Bevölke-

rung" nachgegeben und die Wahlen bis zum Herbst 1949 zurückgestellt.[58]

Gestern wieder einmal eine „entscheidende Beratung im Kreml" („Telegraf"). Stalin empfing die drei westlichen Diplomaten am Montagabend. Bei den Gesprächen soll die Berliner Währungsfrage nach wie vor im Mittelpunkt stehen. Am gleichen Tage hat in Herrenchiemsee das Plenum des westdeutschen Verfassungskonvents mit großer Mehrheit den Vorschlag gebilligt, das westdeutsche Staatsgebilde „Bund der Deutschen Länder" zu benennen.

Donnerstag, den 26. August 1948

Heute abend auf der Bezirksversammlung Brandenburger Vorstadt des 3. Volkskongresses. Dieser Bezirk hat mehrere zehntausend Einwohner. Erschienen waren einschließlich Referenten und Veranstaltungspräsidium 28 Potsdamer. Der Volkskongreß ist doch eine wahre Volksbewegung! Wie die Leute wirklich denken, kann man auch in unseren Kinos beobachten. Jede Wochenschau der DEFA[59] („Der Augenzeuge") wird mit Gelächter und abfälligen Bemerkungen begrüßt. Obwohl, wie mir Freunde berichten, solche „Demonstranten" gelegentlich schon aus dem Kino heraus verhaftet worden sind.

Zweijahresplan – „Schädlinge und Saboteure" – „Freier Bauer auf freier Scholle"

Sonntag, den 29. August 1948

Am Sonnabend zur Kreisdelegiertentagung des Kreisverbandes Osthavelland. Meine erste Parteitagsrede. Der als Hauptredner vorgesehene von Koerber hatte abgesagt. Als ich im Laufe des Vormittags die Tagungsstätte, das „Schweizerhaus" in Nauen, betrat, gab es skeptische und enttäuschte Gesichter, nach der Rede aber doch freundlichen Beifall. Diese Rede war mehr ein Bericht über die Lage. Der erste Teil behandelte die Situation des Landesverbandes, seine Krisen von Grundei über Falk und Welkow bis zu Kunze. Ferner eine Wertung des Landesdelegiertentages am 16. Juli und ein optimistischer Ausblick auf die weitere Entwicklung. Dann einige bedauernde Sätze zur Verschiebung der Gemeindewahlen, Aufruf an die Parteifreunde, die Zeit bis zum Herbst 1949 zu nutzen, die Organisation zu festigen, Ortsgruppen zu gründen (jeden Monat eine Ortsgruppe in jedem Kreisverband ergibt 360 neue Ortsgruppen in 12 Monaten). Zum Zweijahresplan ein paar vorsichtige Bemerkungen: Uns ist jedes Aufbauprogramm recht – bedauerlich sei indessen, daß die SED diesen

Plan allein ausgearbeitet habe. Wir müßten aufpassen, daß es nicht nur zu einer quantitativen, sondern auch zur qualitativen Steigerung der Produktion komme und dabei der Zivilbedarf berücksichtigt werde. Den Privatbetrieben müsse die Möglichkeit eines fairen Wettbewerbs mit den Staatsbetrieben, z. B. durch gleiche Rohstofflieferungen gegeben werden. Zum Verfassungsentwurf und zum Volkskongreß: der Entwurf berücksichtige zweifellos die Fehler der Weimarer Verfassung. Aber wir müßten achtgeben bei den Artikeln über die Zulassung von Parteien, über das Wahlalter und das Wahlsystem. Der Volkskongreß gebe uns die Möglichkeit, den Ruf nach der Einheit Deutschlands als Gegenargument gegen sozialistische Wirtschaftspläne zu nutzen. Dann noch ein paar allgemeine Bemerkungen zur Außenpolitik und ein vielleicht etwas zu pathetischer Abschluß.

In der Diskussion spielten Probleme der Landwirtschaft die Hauptrolle: die Zukunft der Großbauern, Fragen der Veredelungswirtschaft, der Saatzucht. Kritik wurde am „Morgen" geübt und seinen Leitartikeln. Einer schlug vor, in einer Resolution an das Zentralorgan die Einwände gegen die politische Linie unserer Zeitung zum Ausdruck zu bringen. Zum Thema Volkskongreß kam die Frage, wieviele Mitglieder der LDP eigentlich im Volksrat vertreten seien. Die Antwort auf diese Fragen war – bei Anwesenheit von Vertretern der Besatzungsmacht – nicht immer leicht und wohl auch häufig nicht zufriedenstellend. Doch im Saal herrschte eine Stimmung relativen Wohlwollens. So ging es einigermaßen gut. Nach diesem Debüt habe ich Appetit auf mehr.

In Berlin geht es noch immer turbulent zu. Am Freitag wurde die Stadtverordnetensitzung auf unbestimmte Zeit vertagt, weil wiederum kommunistische Demonstranten aus dem Ostsektor im Anmarsch waren. Die Kommunisten besetzten erneut das Stadthaus. Der „Daily Herald" spricht von einer Neuauflage der Nazimethoden. Aber in Moskau wird noch immer „verhandelt". Wie lange noch?

Sonntag, den 5. September 1948

Am Sonnabend in Eberswalde zum Gesellschaftsabend des dortigen Kreisverbandes im Volkshaus. Die Veranstaltung dauerte bis vier Uhr früh. Das Wiedersehen mit Eberswalde nach mehr als sieben Jahren war nur kurz, dunkel und wenig eindrucksvoll. Die Stätten meiner Rekrutenzeit konnte ich nicht besuchen, weder die Kasernen noch die Kinos oder die Lokale.

Interessant, was dieser Kreisverband außer geselligen Abenden mit Kabarett und Tombola noch bietet: Skatgruppe, Gesangsgruppe, Literatur- und Theatergruppe, Schachgruppe, Musikgruppe und sogar eine Frauenhandarbeitsgruppe. Die junge Geschäftsführerin des Kreisverbandes berichtete allerdings, daß diese Gruppen z. Zt. erst konstituiert werden. Mit

der CDU habe man bereits eine Arbeitsgemeinschaft für Jugendfragen gebildet und bereite auch kulturelle Arbeitsgemeinschaften der beiden demokratischen Parteien vor.

Mittwoch, den 8. September 1948

Die Leute sind erbost. Am 4. September hatte Marschall Sokolowskij eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung befohlen. Unsere Presse berichtete darüber in fetten Schlagzeilen. Heute nun werden die „Rationsverbesserungen" veröffentlicht. Sie sehen so aus: Keine Erhöhungen bei Zucker, Fleisch, Marmelade, Fett und Milch, keine Erhöhung der Brotrationen für die Kartengruppe II (Arbeiter), 50 g mehr für die eine Gruppe der Angestellten und Nichtbeschäftigten, die andere Kategorie geht leer aus. Nur eine geringe Erhöhung der Rationen an Nährmittel und Kartoffeln für einige Kategorien, andere behalten die alten Rationen. Man hat fast den Eindruck, die Sowjets wollen sich über die hungernde Bevölkerung lustig machen. Ich halte das für eine sehr gefährliche Politik.

Am Abend Sitzung des Kreisvorstandes. Heinrich de Vries las den Parteifreunden die Leviten: sie hätten seit zwei Jahren geschlafen. Es sei skandalös, daß ausgerechnet die Kreisverband unserer Landeshauptstadt jede Aktivität vermissen lasse. Besonders unwürdig aber sei die Beschaffenheit der Räume der Geschäftsstelle (im Westflügel des Nauener Tores). Dies sei keine Kreis-, sondern eher eine „Scheißgeschäftsstelle". Wir befänden uns hier auf historischem Boden, auf dem einmal ein Soldatenkönig für Ordnung und Sauberkeit gesorgt habe. Diese Worte riefen Entrüstung, ja Entsetzen hervor. Ob de Vries „militärische Parolen" verkünden wolle für die Parteiarbeit? Der Kritiker versöhnte schließlich die erzürnten Parteifreunde mit einer Einladung zu einem Gesellschaftsabend des Landesverbandes am 1. Oktober.

Der Kreisvorsitzende Brauer teilte mit, daß der für Mitte September nach Eisenach einberufene Zonenparteitag auf unbestimmte Zeit verschoben sei. Es sei geplant, den Parteitag in einen Delegiertentag umzuwandeln und diesen im Oktober in Berlin durchzuführen.[60] Der Kreisvorstand beschloß, einen Antrag zur Ergänzung des vorliegenden Parteiprogrammentwurfs an die Parteileitung zu richten. Danach sollen in den Gemeindevertretungen nur solche Personen Sitz und Stimme haben, die auf Grund allgemeiner Wahlen dazu als Beauftragte politischer Parteien berechtigt sind. Das richtet sich gegen die kommunistischen Massenorganisationen und gegen NDP und DBP.[61]

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die Politische Abteilung der SMA in Potsdam vom 6. September 1948:

„I. Politik

Bis zum Befehl des Marschalls Sokolowskij, der die Verschiebung der Gemeindewahlen bis zum Herbst 1949 anordnete, trafen beim Landesverband zahlreiche Re-

solutionen aus dem Mitgliederkreis ein, die die Partei- und Landesleitung aufforderten, sich kompromißlos für die Durchführung der Wahlen noch in diesem Jahr bei den zuständigen Stellen einzusetzen.

IV. Stimmungsbericht

Von entscheidendem Einfluß auf die politische Einstellung der Bevölkerung war auch in dem Berichtsmonat August die Ernährungs- und Versorgungslage. Ganz allgemein wird in der Bevölkerung über die unzureichende Ernährung geklagt, namentlich auf die ungenügende Zuteilung von Fett und Fleisch hingewiesen und die geringen zur Verteilung kommenden Mengen von Obst und Gemüse gerade jetzt im Sommer bedauert. Umso stärker werden Nachrichten aus Westdeutschland beachtet, wonach das Angebot an Lebensmitteln reichhaltiger und fast zufriedenstellend geworden sei ...

Gegen den durch die Ernährungslage erzeugten Pessimismus ... sind erheblich Anstrengungen notwendig, umso mehr, da sich das Mißtrauen gegen eine gesunde Aufwärtsentwicklung der allgemeinen Lage auch auf die Haltung gegenüber den laufenden politischen Ereignissen auswirkt und die Müdigkeit steigert. So fand die Verfassungsfrage nur ein sehr geringes Interesse. Die Berliner Frage, namentlich das westliche Schlagwort der Blockade, stieß jedoch zumeist auf eine skeptisch ablehnende Einstellung der Ostzonenbevölkerung, da bekannt war, daß die Berliner Nahrungsmittelrationen noch immer diejenigen der Ostzone übertreffen ..."

Sonntag, den 12. September 1948, 1.25 Uhr

Am Donnerstag kam es in Berlin nach einer Massenkundgebung gegen den Kommunismus auf dem Platz der Republik (angeblich 300000 Menschen!) zu blutigen Ausschreitungen gegen die Markgraf-Polizei[62] im Ostsektor und gegen russische Militärpolizei. Als ein russischer Offizier den abziehenden Massen den Durchgang durch das Brandenburger Tor verweigern wollte, zertrümmerte die Menge die Scheiben seines Kraftwagens. Die Ostpolizei riegelte darauf den Pariser Platz ab. Die Demonstranten gingen mit Steinwürfen gegen die Polizisten vor. Diese machten von der Schußwaffe Gebrauch und verletzten mehrere Personen. Ein Verletzter – sechzehn Jahre alt – ist inzwischen gestorben. Mehrere Kundgebungsteilnehmer stiegen auf das Brandenburger Tor und rissen die rote Fahne von der Quadriga herunter.

Indessen geraten die Verhandlungen der Vier in Moskau und Berlin über die Berlin-Frage erneut ins Stocken. Man muß wohl damit rechnen, daß noch im Herbst schwerwiegende Entscheidungen über die Zukunft Berlins und Deutschlands fallen werden. Es scheint fast, als wolle die westliche Welt den Kreuzzug Hitlers gegen den Bolschewismus in etwas veränderter Form fortsetzen.

Dienstag, den 14. September 1948

Als habe man in ein Wespennest gestochen, so aufgeregt summen die SED-isten über die Abstimmung in der letzten Landtagssitzung. Die Fraktionen der LDP und der CDU hatten einen Antrag der SED-Fraktion, den Zweijahresplan zur Arbeitsgrundlage des Landtages zu machen, abge-

lehnt. In einem Ferngespräch, das von der CDU mitgehört wurde, richtete die SED-Landesleitung an ihre Ortsgruppen- und Kreisvorstände den Befehl, sofort im ganzen Land Brandenburg öffentliche Kundgebungen zu veranstalten. Dort sollten dann LDP und CDU fertiggemacht werden. Aber eine bessere Propaganda unter der Bevölkerung können wir gar nicht finden. Denn bekanntlich wollen unsere Brandenburger von dem kommunistischen Wirtschaftsplan nichts wissen.

In den letzten Tagen wurde in Sachsen und Thüringen eine größere Anzahl von Parteifreunden verhaftet. Die Schlacht um Berlin wirkt sich immer mehr auch auf die Ostzone aus. Unter den Verhafteten sollen einige Jugendsekretäre der Partei sein. – Morgen fahre ich nach Rathenow. Dort werde ich übermorgen in einer Jugendstunde vor jungen Behördenangestellten über das Thema „Die Folgen des Hitlerregimes für die deutsche Jugend" sprechen. Hoffentlich geht alles gut.

Donnerstag, den 16. September 1948

Heute morgen das Referat in Rathenow. Das Thema gab Gelegenheit, die SED indirekt zu attackieren. Ich verdammte die Nazis, ihren Wehrsport, den Mißbrauch der Gläubigkeit der Jugend und deren Erziehung zum Fanatismus, den Kadavergehorsam gegenüber einem verbrecherischen System, die Gleichgültigkeit der Eltern angesichts der Verführung ihrer Kinder durch eine Diktatur. Ich forderte die Jugendlichen auf, sich nicht durch „politische Scharlatane und Diktatoren" überrumpeln zu lassen, „jede Form von Diktatur" kompromißlos abzulehnen, statt Haß Liebe zur Menschheit zu pflegen und sich anstelle „politischer Verranntheit" einen offenen Blick zu bewahren.

In der anschließenden Diskussion meldeten sich nur FDJ-Funktionäre zu Wort. Sie kritisierten meine Rede, weil ich mich gegenüber den „politischen Feinden" (damit meinten sie die antikommunistischen Kräfte im Westen) zu zurückhaltend geäußert habe. Die anderen Jungen und Mädchen schwiegen. Ich habe keine Ahnung, wie sie diese Rede aufgenommen haben. Ich fürchte, das war kein großer Erfolg. Am 26. September, auf dem Kreisparteitag in Rathenow, werde ich wohl noch etwas deutlicher werden müssen.

Sonnabend, den 18. September 1948

Es wird Herbst. Windböen treiben welke Blätter durch die Straßen und den Menschen Wolken von Trümmerstaub ins Gesicht. Es ist schon so kühl, daß man einen warmen Ofen vertragen könnte. Jeder denkt bereits voller Sorgen an den kommenden Winter. Derweil verschärfen sich die Spannungen zwischen West und Ost täglich. Die gegenseitigen Beschimpfungen werden immer maßloser und gemeiner. In Griechenland wird noch immer gekämpft. In Indien (Haiderabad) ging gestern ein kurzer Krieg

zuende. Dafür flammten in Palästina die Kämpfe nach der Ermordung des Uno-Vermittlers Graf Bernadotte am Freitag wieder auf. In Paris gab es am Mittwoch Straßenkämpfe zwischen streikenden Arbeitern und Polizeitruppen.[63] Und hier bei uns geht die Jagd auf die Nichtkommunisten weiter.

Zur Zeit sind Behördenangestellte dran, die sich nicht zur SED bekennen wollen.[64] „Schädlinge und Saboteure" werden verhaftet. In Westberlin löst eine Protestkundgebung die andere ab. Das wiederum animiert die Kommunisten zu ebenso zahlreichen Gegenkundgebungen. Die Tageszeitungen auf beiden Seiten begeifern sich mit bewundernswerter Ausdauer. Selbst in unsere Partei ist der Unfrieden eingezogen: der Kampf um den Parteivorsitz ist im vollen Gange, der Parteitag muß darum weiterhin auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Bei soviel Kampf werden selbst kleine Funktionäre rebellisch. Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe in Plaue erklärte dieser Tage aus eigener „Machtvollkommenheit" seinen Ortsverband zum Kreisverband und lehnte zugleich jede weitere Zusammenarbeit mit dem Landesverband ab.

Mittwoch, den 22. September 1948

In der heutigen Sitzung des Landesjugendausschusses kam es nach einer Diskussion über die Westpolitik der Zone zu einer erregten Debatte über Sinn oder Unsinn weiterer politischer Tätigkeit in der LDP. Einer der Freunde ging dabei so weit, die illegale Arbeit der LDP-Jugend zu fordern. Ich versuchte zu bremsen. Unsere Möglichkeiten in der Ostzone liegen – leider – nicht darin, so schnell wie möglich ein liberales Wirtschaftssystem durchzusetzen oder die Verwaltung zu entSEDfizieren. Alles was wir tun können, ist, uns wo immer möglich schützend vor die Bevölkerung zu stellen, um sie vor allzu schlimmen Auswirkungen der gegenwärtigen Politik zu bewahren.

Zu Beginn der Tagung berichtete ich kurz über den Verfassungsentwurf des Volksrates.[65] Bätcher meint zu diesem Entwurf, daß die Regelung der Tätigkeit der Massenorganisationen unsere Zustimmung nicht finden könne. Nur die Parteien sollten an der Regierungs- und Parlamentsarbeit beteiligt werden. Wie zur Bestätigung dieser Ansicht von der Unvereinbarkeit der Tätigkeit der kommunistischen Massenorganisationen mit einem demokratischen Verfassungsleben gab der zu Punkt 3 der Tagesordnung geladene Vertreter des Landessportausschusses, das FDJ-Mitglied G., eine Kostprobe des einseitig politischen Charakters der „Demokratischen Sportbewegung". Diese wurde von der SMA der FDJ und dem FDGB übertragen. So sei diese Frage nach der Direktive 23[66] anders gelöst als im Westen, wo sich im Sport Kräfte bereitfänden, mit den Kriegstreibern und fremden Mächten zusammenzuarbeiten, meinte der Jugendfunktionär. Die Zonensportbewegung sei überparteilich, aber politisch. In ihren Rei-

hen sei die Kampfbereitschaft gegen den Militarismus und Faschismus zu stärken. Die Überparteilichkeit werde dadurch gewährleistet, daß in jeder Sportgemeinschaft die FDJ den 1. und der FDGB den stellvertretenden Vorsitzenden stelle. Alle Sportler bis zum 25. Lebensjahr besäßen zudem die Kollektivmitgliedschaft der Freien Deutschen Jugend.

Nach diesen eindrucksvollen Beweisen für die Überparteilichkeit der Demokratischen Sportbewegung bat uns der FDJler um die Unterstützung im Landtag, sobald dort ein Antrag zur Finanzierung dieses Vereins eingebracht werde. Ich erwiderte, das sei nicht die Aufgabe dieses Jugendausschusses. Da solle er sich besser an unsere Landtagsfraktion wenden. Im übrigen könnten uns die Ausführungen über die sogenannte Kollektivmitgliedschaft keineswegs befriedigen. Das schien jedoch den Jugendfreund nicht im mindesten zu beunruhigen.

Montag, den 27. September 1948

Am Wochenende mit de Vries zum Kreisparteitag in Rathenow. Wir wurden sehr gastlich aufgenommen und auf das beste bewirtet. Die Referenten des Parteitages, de Vries, Max Reinhold von der DWK und ich stimmten in der patriotischen Grundtendenz unserer Reden völlig überein. Die Resonanz war entsprechend positiv. Nach meinem Referat auf der Jugendkundgebung am Sonntagvormittag im Stadtcasino gab es eine einstündige Diskussion vorwiegend mit kommunistischen FDJ-Mitgliedern. Sie hatten sich offensichtlich über meine scharfe Kritik an der Politik der FDJ, ihrer Kindervereinigung[67] und der Jugendpolitik der SED geärgert. Nun wollten sie es mir heimzahlen. Ich glaube aber, ich bin ihnen nichts schuldig geblieben.

Inzwischen sind die Moskauer Berlin-Gespräche endgültig gescheitert. Die Westmächte beabsichtigen nun, die Berlin-Frage vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu bringen. Das wird mit Sicherheit zu nichts führen. Allenfalls dazu, daß die Sowjetunion die UNO verläßt und sich damit moralisch noch mehr ins Unrecht setzt. Damit aber wird das Deutschlandproblem auch nicht gelöst.

Sonntag, den 3. Oktober 1948

In der vergangenen Woche in der Provinz, um dort den „freien Bauern auf freier Scholle" persönlich kennenzulernen. Auf Befehl der SMA und Veranlassung der Landesregierung wurden Vertreter der Parteien und Massenorganisationen in die Kreise das Landes Brandenburg geschickt. Sie sollten sich an Ort und Stelle für eine „vorfristige Erfüllung" des Brotgetreidesolls bis zum 10. Oktober einsetzen. Ich startete am Mittwoch, fuhr mit der Bahn nach Lübben und von dort weiter in das Notstandsgebiet am Schwielochsee östlich von Lübben. Am Donnerstag vormittag traf ich mit den Vertretern der SED und des FDGB im Dörfchen Goyatz am Südzip-

fel des Sees ein. Der Boden hier ist sandig und wenig ergiebig. Überschwemmungen des Frühsommers haben die Saat teilweise vernichtet. Die Getreideernte ist darum auch sehr kümmerlich ausgefallen. Viele Bauern sind nicht in der Lage, ihr „Soll" zu erfüllen. Am Freitag besuchte ich mit dem Kontrolleur der Gemeinde, einem vernünftigen und humanen Mann, die Bauernhöfe, deren Besitzer mit der Ablieferung von Getreide noch im Rückstand sind. Wir fanden fast überall leere Scheunen, Böden und Ställe; das Vieh war längst als „Äquivalent" für nichtgeliefertes Brotgetreide fortgeschafft. In einem oder zwei Jahren wird vielleicht in diesem Notstandsgebiet das letzte Vieh verschwunden sein. Dann haben die Bauern kein Zugvieh mehr, keinen Dung für den Acker, keine Milch, die sie in die Städte liefern können und kein Fleisch. So jedenfalls beurteilten von uns besuchte Bauern ihre – und unsere Zukunft. Die Regierung scheint sich nicht darum zu kümmern[68], wenn eine Gemeinde oder ein Kreis von einer Mißernte heimgesucht werden. Sie fordert lediglich einhundertprozentige Sollerfüllung von den Landwirten, ganz gleich wie. Wer es nicht schafft, wird bestraft, wandert ins Gefängnis oder auch in einen GPU-Keller: „Sabotage". Oder er muß vom Hof.

Aber nicht nur schlechte Ernten machen den Bauern Sorgen, sondern auch die dadurch hervorgerufenen „Schulden" an Saatgut. War die Ernte schlecht, muß der Landwirt sein Saatgut hergeben, um „erfüllen" zu können. Das wird ihm dann zwar als Leihsaat bis zur nächsten Ernte zur Verfügung gestellt. Aber letztes Jahr bekamen die Bauern diese ihre Leihsaat erst im November! Und vor allem: bei der nächsten Ernte heißt es dann, nicht nur das Soll erfüllen, sondern auch noch diese „Schulden" abdekken. Da das nicht möglich ist, wachsen die Schulden immer weiter. Gut ist der daran, der noch über Vieh verfügt, um es anstelle von Getreide abzuliefern. Für den Moment ist er die bittersten Sorgen los. Aber der nächste Ablieferungstermin kommt bestimmt – und weiter geht es bergab.

Am Freitagabend wurde ich Zeuge eines Verhörs besonderer Art. Ein sowjetischer Offizier aus Lübben hatte sämtliche Bauern, die ihr Soll nicht erfüllt haben, in die Bürgermeisterei von Lamsfeld zitiert. Der Major saß an einem Tisch an der Breitseite des Raumes, um ihn herum im Halbkreis die Bauern. Der Bürgermeister war dabei und wir Funktionäre aus Potsdam. Mit schneidender Stimme fragte der Offizier jeden der „Angeklagten", warum er nicht „erfüllt" habe und was er zu tun gedenke, um endlich seinen Pflichten nachzukommen. Ängstliche, stammelnde, Entschuldigung heischende Antworten, immer wieder durch höhnische Bemerkungen des Majors unterbrochen. Ein vielleicht siebzigjähriger Bauer versicherte mit Tränen in den Augen, er habe wirklich nichts mehr und könne auch nichts beschaffen. Nein, er wisse wirklich nicht, woher er das fehlende Getreide nehmen solle. Sein Nachbar argumentierte ähnlich. Einer nach dem anderen bekannte sein Unvermögen, die Forderungen zu erfüllen. Mit bösem Lächeln stellte der Major fest, er sähe schon, sie wollten

nicht. Nun, dann müßten sie sich eben am Sonntagvormittag auf der Kreiskommandantur in Lübben melden. Dort würden sie das weitere hören. Zwei der Bauern, die weniger als 40% abgeliefert hatten und, wie der Bürgermeister beteuerte, tatsächlich ihr letztes Getreide fortgaben, sollen vor Gericht gestellt und abgeurteilt werden. So befiehlt es der sowjetische Offizier.

Später, beim Abendessen, sagt mir ein Herr von der Landesregierung, Mitglied der SED, er habe sich immer gewundert, daß die politische Arbeit auf dem Dorfe nicht recht vorangehe. Seit er gesehen habe, mit welchen Mitteln hier gearbeitet werde, sei ihm alles klar. Man müsse schon völlig gewissenlos sein, wenn man solche Methoden Jahr für Jahr mitmachen wolle. Er jedenfalls könne das nicht, er habe genug. Auch die anderen kommunistischen Funktionäre, die mit am Tisch saßen, waren von dem Erlebten offensichtlich erschüttert. Was werden sie nun daraus gelernt haben?

Als ich am späten Samstagabend nach Hause zurückkehrte, erzählte Mutter, am Nachmittag sei die Kriminalpolizei dagewesen, um das Wartezimmer nach westlichen Zeitungen zu durchsuchen. Die Beamten handelten ganz offensichtlich im Auftrag des Kontrollrates, der vor wenigen Jahren den ungehinderten Vertrieb von Zeitschriften aller Art in ganz Deutschland angeordnet hatte ...

Montag, den 6. Oktober 1948

Nach Meldungen der Westpresse sind in den letzten Tagen fünf Spitzenfunktionäre der LDP-Landesleitung Sachsen-Anhalt nach dem Westen geflüchtet. Unter ihnen der dortige Landessekretär für Politik, Altmann, sowie der Presse-, Organisations- und Jugendreferent der Partei. Der Leiter der unserem Parteifreund Hübener direkt unterstellten Abteilung für Wirtschaftsplanung und dessen Sekretärin wurden von der NKWD verhaftet. Man kommt mit den Verlustmeldungen kaum noch nach.

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SMA in Potsdam vom 5. Oktober:

„In der letzten Sitzung des Antifa-Blockes[69] ... wurde die Presse- und Versammlungskampagne der SED gegen die LDP und CDU anläßlich der Ablehnung des Zusatzantrages zum Zweijahresplan der SED im Landtag behandelt. Da der betreffende Antrag nur wegen eines offensichtlichen parlamentarischen Formfehlers seitens der SED von den Vertretern der LDP und CDU abgelehnt wurde und somit die SED-Polemik gegen diese Parteien völlig unberechtigt war, distanzierten sich die SED-Vertreter im Block von den Aktionen ihrer Partei, die als ein schwerer Verstoß gegen die Blockpolitik zu betrachten waren ...

Die Stimmung der Bevölkerung wurde auch in dem Berichtsmonat vorwiegend von der Entwicklung der Ernährungslage bestimmt. Die Tatsache, daß die veröffentlichte Erhöhung der Rationssätze nicht die mehrfach angekündigte Ausgabe von erhöhten Mengen von Brot und Zucker für alle Bevölkerungsteile enthielt, löste bei den Betroffenen eine starke Enttäuschung aus ... Das Vertrauen in die Äu-

ßerungen und Versprechungen maßgeblicher Regierungsstelle (hat) weiter abgenommen. Zum anderen hat sich, nachdem auch diese Ernte ohne wesentliche Besserung der allgemeinen Lage vorübergegangen ist, das Gefühl der Resignation in der Bevölkerung verstärkt ...

Im Zusammenhang mit den Nachrichten aus Westdeutschland über reichlichere Ernährung und Versorgung ist Teilnahmslosigkeit gegenüber dem politischen Geschehen in der Ostzone stärker entwickelt als es den Aufbauplänen und den dafür notwendigen Arbeitsleistungen dienlich ist ...

Die Berliner Frage ... wurde von weiten Kreisen mit gemischten Gefühlen betrachtet, da die Sonderstellung der Hauptstadt Berlin mit verbesserten Rationen und Lebensbedingungen inmitten des Landes Brandenburg vielfach Ablehnung und Widerspruch auslöste. Die Verschiebung der Wahlen wurde weitgehend bedauert."

Montag, den 11. Oktober 1948

Am Wochenende im dienstlichen Auftrag zur Landesschule der FDJ in Bärenklau bei Leegebruch und am Üdersee. In der ehemaligen Fliegerschule tagte die Landesarbeitsgemeinschaft der Kindervereinigung der FDJ. Ich war mit dem Landesjugendsekretär der CDU angereist, um zu erfahren, was sich politisch hinter dieser „Kindervereinigung" verbirgt, in welcher Weise hier Kinder von der FDJ indoktriniert werden. Wir sind voll auf unsere Kosten gekommen. Es wurde ganz offen gesprochen, die Anwesenheit „bürgerlicher Vertreter" störte offensichtlich nicht. Vielleicht auch, weil der CDU-Kollege selbst Mitglied der FDJ ist und man von mir das gleiche annahm.[70]

Die Tagung begann am Sonnabend mit den Tätigkeits- und Erfahrungsberichten der Kreisvorsitzenden der Kindervereinigung. Danach werden auf Initiative der FDJ z. Zt. im Land Brandenburg an allen Schulen Kindergruppen gebildet, deren Leiter zum Teil Junglehrer, noch häufiger aber Funktionäre der FDJ sind. Viele der jungen Funktionäre klagten über erhebliche Widerstände von Lehrern und Eltern gegen diese Organisation. In der Landeshauptstadt Potsdam habe sich z. B. bisher noch kein einziger Lehrer für diese Arbeit zur Verfügung gestellt. Aber auch LDP und CDU zeigten sich gegenüber diesem Vorhaben häufig sehr reserviert, teilweise werde die Kindervereinigung von diesen Parteien sogar vorbehaltlos abgelehnt. Dagegen sei die Zusammenarbeit mit der SED und den kommunistischen Massenorganisationen überall sehr gut.

Was sei nun zu tun? Einer meinte, es müsse wohl dafür gesorgt werden, daß die „reaktionären Elemente" aus der Lehrerschaft entfernt werden und Neulehrer die notwendige politische Schulung erhielten. Vorbild sei hier der Kreis Lebus: dort bekämen diese Lehrer ihre politische Ausrichtung auf der Parteischule der SED. Der Kreisvorsitzende aus Westhavelland schlug dagegen vor, Lehrer grundsätzlich nicht als Leiter der Kindervereinigung einzusetzen. Das ging den meisten aber zu weit.

Der nächste Tagesordnungspunkt – Referate über die Aufgaben der Kindervereinigung – war noch aufschlußreicher. Die Leiterin der Landes-

arbeitsgemeinschaft der Kindervereinigung und eine „Jugendfreundin" vom Zentralrat der FDJ machten in ihren Referaten deutlich, was diese Organisationen politisch erstreben: Aufklärung über die „Antisowjethetze", Auskunft über politische Tagesfragen wie Luftbrücke und Marshallplan, Erkenntnis auch darüber, wohin sie – die Kinder – gehören: in das Lager der „fortschrittlichen Kräfte" nämlich. Ferner Ausstattung mit Argumenten „gegen unsere Gegner", Beschäftigung mit dem kommunistischen Zweijahresplan usw. Mein CDU-Kollege und ich haben während der zwei Tage nur Fragen gestellt und fleißig Notizen gemacht. Höhepunkt der Veranstaltung war am Sonnabend eine Feier in der „Landeshelferschule" am Üdersee, die sehr an vergangene HJ-Zeiten erinnerte. Bei anbrechender Dunkelheit wurde ein Lagerfeuer entfacht, wir mußten uns bei den Händen fassen und um den flammenden Holzstoß einen Kreis bilden. Dann schmetterten die Jugendfreunde deutsche, russische und internationale Lieder der Arbeiterbewegung in die Nacht: „Vorwärts du junge Garde des Proletariats" nach der Andreas-Hofer-Melodie oder das Weltjugendlied „Reicht euch die Hände, nun sich vollende Glück der Gemeinsamkeit!" Es fehlten nur die Landsknechtstrommeln und die Wimpel. Aber auch so war es „ergreifend schön".

Donnerstag, den 14. Oktober 1948

Am Nachmittag eine Sitzung des Gesundheitsausschusses. Der Kreisarzt gab einen Überblick über den Gesundheitszustand in Potsdam. Noch übersteigen die Todesfälle die Geburtenzahlen, aber der Abstand verringert sich schon deutlich. Während Krebserkrankungen gegenüber den Friedenszeiten zurückgegangen sind, ist die Zahl der Herz- und Kreislauferkrankungen sowie vor allem der Tuberkulosefälle erheblich gestiegen. Mit offener Tuberkulose sind in Potsdam z. Zt. 404 Personen, mit anderen tuberkulösen Erkrankungen 376 Einwohner registriert. Diese Kranken bekommen zusätzliche Lebensmittelrationen: täglich ¼ Liter Vollmilch und pro Dekade 122 g Fett.

Montag, den 18. Oktober 1948

Am Sonnabend mit de Vries und Steffen nach Calau und Spremberg. Wir fuhren in unserem alten Adler bei herrlichem Herbstwetter auf Landstraßen unter einem Dach bunten Laubes unseren „Einsatzorten" ohne Panne entgegen. Am Abend sprach ich auf einer Mitgliederversammlung in Alt-Döbern. Ich gab einen Überblick über jüngste Ereignisse, Vorgänge, welche die Parteifreunde beschäftigen. Es wären in erster Linie unerfreuliche Dinge: Entlassung von LDP-Mitgliedern aus Regierungsämtern, der Angestelltenabbau zu Lasten der Mitglieder von LDP und CDU. Der Kampf der SED gegen die Betriebsgruppen unserer Partei gehe weiter. Zur Zeit werde die Landesleitung mit Revisionsanträgen und Protesten gegen neue

Enteignungen durch die VEBs überhäuft. Selbst bereits zurückgegebene Betriebe würden ohne Begründung verstaatlicht. Überall nur Achselzukken, keiner fühle sich für diesen offensichtlichen Rechtsbruch verantwortlich. Ein Vertreter der Landesregierung, von uns angesprochen, habe solche Eingriffe mit der „Revolution" entschuldigt. Auch anderswo gehe diese Art von Revolution weiter. In Pritzwalk z. B. sei zehn privaten Einzelhändlern auf Veranlassung des Landrates die Genehmigung für den Verkauf bewirtschafteter Waren entzogen worden. Die Geschäfte wurden geschlossen, wenig später die Waren abgeholt. Einen Monat darauf habe man den Händlern auch die Gewerbegenehmigung entzogen. Einige Stadtteile seien nun gänzlich ohne Lebensmittelgeschäfte. Beim Konsum müßten die Verbraucher Schlange stehen.

Es gab eine stundenlange Diskussion bis nach Mitternacht. Einer berichtete über Eingriffe der DWK in die Selbstverwaltung der Gemeinden. Berlin habe befohlen, das am 31. August in den Gemeinden verfügbare Geld an die Kreditinstitute des Landes abzuführen, um ein durch die Währungsreform entstandenes Millionendefizit abzudecken. Die DWK habe allerdings lediglich auf Weisung der SMA gehandelt, sie soll sich zunächst gegen diese Maßnahme gesträubt haben. Nun stünden die Gemeinden ohne einen Pfennig da, könnten oft ihre Angestellten nicht mehr bezahlen und auch das von den Russen befohlene „Wiederaufbauprogramm" im Rahmen des Zweijahresplanes nicht fortführen.

Abschluß der Reise am Sonntagnachmittag ein Besuch zu dritt bei dem Direktor der Oberschule in Alt-Döbern, einem älteren, sehr zurückhaltend wirkenden Parteifreund. Traurig berichtete er über sein Mißgeschick. Man wolle ihn seines Amtes entheben, weil in einer illegalen Schülerzeitung seines Gymnasiums spöttische Bemerkungen über die „Pauker" und vor allem über den „Ersten Mai" gestanden hatten. Die Schüler hätten daraufhin eine Delegation nach Potsdam zur Landesregierung gesandt, um Gnade für ihren Direktor zu erwirken. Die Entscheidung der Regierung stehe noch aus. Der Parteifreund hatte nur wenig Hoffnung auf einen guten Ausgang der Affäre.

Die Stimmung im Volk – Hennecke als deutscher Stachanow – „Volkskontrolle"

Dienstag, den 19. Oktober 1948.

„Die Stimmung im Volk ist antisowjetisch, und wir sind verhaßt", klagte heute der Vertreter des FDGB auf der Sitzung des Sekretariats des Landesausschusses. Man war in der Tagesordnung beim Erfahrungsaustausch

über die Arbeit der Volkskongreßbewegung draußen im Land angelangt. Der Gewerkschaftsfunktionär gab Beispiele für diese Stimmung. Er sei, so berichtete er, während einer Bahnfahrt von Mitreisenden regelrecht verprügelt worden, als er sich in politische Diskussionen über die Frage der Antisowjethetze einließ. Auch Landtagspräsident Ebert und die Vertreter der NDP und der Demokratischen Bauernpartei wußten Ähnliches zu berichten. Man könne es heute kaum noch wagen, in der Bahn, auf der Straße oder in einer Menschenschlange vor Schaltern und Geschäften gegen die „Antisowjethetze" Stellung zu nehmen. Der CDU-Landrat Siebenpfeiffer wußte Abhilfe: man solle doch die Bevölkerung auf das Kontrollratsgesetz hinweisen, wonach Hetze gegen eine Besatzungsmacht mit dem Tode bestraft werden könne. Noch Besseres vermochte der NDP-Vorsitzende Koltzenburg anzubieten: er schlage die Bildung gut organisierter Agitationsgruppen vor, die auf den Verkehrsmitteln, vor allem in der Bahn, sofort im Bedarfsfalle tätig werden könnten. Auch müßte jeder von uns in Briefen an seine Freunde, Verwandten und Bekannten im Westen ständig die „Wahrheit" über die Sowjetzone verbreiten (das könnte ihn teuer zu stehen kommen!) und auf diese Weise der Antisowjethetze entgegenwirken. Schließlich ergriff Ebert noch einmal das Wort und meinte, er persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß Deutschland der Hilfe der Sowjetunion noch gar nicht würdig sei. Er jedenfalls lehne jede Hilfe ab, die den Wiederaufbau der UdSSR verlangsamen würde, hätten wir doch das größte Interesse, daß dieser Aufbau so schnell wie möglich voranschreite.

Später beschäftigten wir uns mit den kulturellen Aufgaben der Volksausschüsse. Wieder kamen die bemerkenswertesten Beiträge von dem ehemaligen Sozialdemokraten Ebert. Er zeigte sich mit dem künstlerischen Schaffen in der Zone höchst unzufrieden. „Wo ist das große Epos der Bodenreform?" rief er pathetisch. Die Künstler müßten endlich zeitnah schaffen, die Themen Bodenreform und Volkseigene Betriebe gestalten. Koerber und ich verfolgten diese Debatte der Kommunisten schweigend. Denn das sind nun einmal nicht unsere Sorgen!

Freitag, den 22. Oktober 1948

Hauptthema der heutigen Sitzung des Zonenjugendausschusses in Berlin: Festsetzung des Wahlalters. Nach längerer und sehr intensiver Debatte einigte sich der Ausschuß, das aktive Wahlalter entsprechend früheren Stellungnahmen auf 21 Jahre festzusetzen. Die Mehrheit sprach sich dafür aus, das passive Wahlalter auf 23 Jahre festzulegen. In einem Beschluß des Ausschusses, der dem Zentralvorstand zugeleitet wird, haben wir gefordert, „daß bei dieser wichtigen Frage nicht Parteigesichtspunkte in den Vordergrund treten dürfen, sondern dem Gedanken der Verwirklichung der Einheit Deutschlands Rechnung getragen wird". Zuvor hatten wir ei-

nen Organisationsplan (Richtlinien für die Jugendarbeit in der LDP) verabschiedet, in dem die Jugendarbeit als ein „Teil der politischen Arbeit der Partei" deklariert und insoweit eine eigenständige Jugendarbeit der Ausschüsse abgelehnt wird.

Sonntag, den 24. Oktober 1948

Übers Wochenende vertiefte ich mich in den Akten des Falles „Kuhberg". Der Ortsgruppenvorsitzende von Plaue, Dr. K., hat jüngst seinen Ortsverband zum Kreisverband ausgerufen und widerstrebenden Parteifreunden Vergeltungsmaßnahmen „nach dem Umsturz" angedroht. Diese seltsame Aktion scheint politisch kaum motiviert, dafür jedoch um so eindeutiger mit der besonderen, exzentrischen Persönlichkeit des Dr. K. zu erklären sein. Erstaunlich, daß solche Eskapaden in einem Augenblick höchster Bedrohung unserer Partei überhaupt möglich sind, zu einer Zeit, in der die Sowjetisierung unserer Zone immer weiter voranschreitet. In diesen Wochen wird die „Volkspolizei" bewaffnet, kaserniert und militärisch gedrillt und so eine Art Volksmiliz geschaffen, bereit zum Einsatz gegen den Westen. Ein groteskes Gegenstück zu dieser Remilitarisierung Ostdeutschlands: der empörte Aufschrei des Landessenders Potsdam über eine Armbrustschießbude, die gegenwärtig eine der wenigen Attraktionen auf dem Potsdamer „Oktoberfest" im Lustgarten darstellt.

Das Tagesgespräch der Zone ist jedoch (wenn man unserer Presse glauben darf) die fulminante Leistung des Bergmanns Adolf Hennecke, der sein Soll jüngst um mehrere hundert Prozent übererfüllte und daraufhin von allen Regierungsstellen, Behörden und kommunistischen Verbänden mit Glückwunschadressen geradezu überschüttet wurde. Hennecke wurde zum Vorbild für alle Werktätigen unserer Zone ernannt. Das war der Startschuß zur Einführung des russischen Stachanow-Systems in der Ostzone.[71] Schon haben zahlreiche Arbeiter überall im Lande „spontan" ihr Arbeitssoll ebenfalls um hundert Prozent und mehr übererfüllt. Sie traten in einen Wettbewerb mit dem Superaktivisten Hennecke, um den Zweijahresplan voranzutreiben und die Zone von den bösen kapitalistischen Staaten unabhängig zu machen.

Dienstag, den 26. Oktober 1948

Am Vormittag in der Rewi-Gaststätte (früher Karstadt-Haus) zur Landeskonferenz der „Volkskontrollausschüsse".[72] Ich notierte folgenden Kernsatz eines der Hauptredner: „Die Volkskontrolle muß den bewußten oder unbewußten Wirtschaftsverbrechern das Leben zur Hölle machen, und Ihr sollt die Teufel in dieser Hölle sein!" Die Entwicklung in der Ostzone, so ein anderer Redner, sei keine friedliche, denn der Klassenkampf verschärfe sich ständig. Beispiel: Es sei bedauerlich, daß in Sachsen die volkseigene Textilindustrie ihr Soll nur zu 35% erfüllt habe, die privaten

Unternehmer dagegen bis zu 72% geschafft hätten. Die Ausbeuter behielten eben auch nach ihrer Kaltstellung ihre speziellen Erfahrungen und ihre Beziehungen zu den bürgerlichen Kreisen – sie hätten ungeheuerliche Möglichkeiten. So hätten die Unternehmer es scheinheilig verstanden, sich in ein sozialpolitisches Mäntelchen zu hüllen und die Betriebsangehörigen zu ködern. Leider aber gestatteten es die Zustände in den Volkseigenen Betrieben nicht, die Aufmerksamkeit der Volkskontrolle ausschließlich dem privaten Sektor zuzuwenden, obwohl das dringend nötig wäre. Denn die privaten Betriebe seien die Quellen des Schwarzen Marktes. Die Bourgeoisie sei eben der Arbeiterklasse in ihren Methoden überlegen, zumal nur wenige Menschen sich bisher zu der neuen Ordnung bekennen würden. (Herr Höniger vom Justizministerium nannte diese „neue Ordnung" später ein Chaos, in das man erst einmal „Ordnung bringen müsse".)

Jedes Wirtschaftsvergehen, so der Redner, sei ein „Dolchstoß gegen das Proletariat". Überall, bis in die höchsten Verwaltungsstellen hinein, fände man „bezahlte Agenten des Monopolkapitalismus", die den Zweijahresplan sabotierten und die Ostzone „systematisch ausbeuteten". Dies aber sei nur möglich, weil die Arbeiterschaft nicht wachsam genug sei.

Die Kontrollkommissionen hätten bekanntlich das Recht, alles und überall zu kontrollieren; sie verfügten über eine ungeheure Macht. Es sei aber noch verfrüht, die Arbeit der Volkskontrollausschüsse zu legalisieren; diese müßten sich erst „formen und finden". Die neue Wirtschaftsstrafverordnung gebe ihnen alle Möglichkeiten.[73] Kein Staatsanwalt könne heute mehr von sich aus eine Haftentlassung verfügen, ohne sich vorher mit der Volkskontrolle ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Es werde mit der Justiz rascher in der „fortschrittlichen Entwicklung" vorangehen, als die Zuhörer das vielleicht glaubten. Dazu müsse man allerdings noch einen großen Teil der akademischen Richter „auf die richtige Spur setzen", denn es fehle ihnen bisher an der rechten Erkenntnis.

Der jetzige Zustand in der Landwirtschaft sei untragbar. Bauern, die nicht gewillt seien, Plandisziplin zu üben, müsse man vom Hof nehmen bzw. ihnen für vielleicht zehn Jahre einen Treuhänder einsetzen. Man müsse die „Hamsterer" mehr unter Druck setzen, ihnen z. B. drohen, nicht nur die gehamsterte Ware, sondern auch Rucksäcke und Fahrräder wegzunehmen. Sie müßten angeben, welcher Bauer ihnen die Produkte verkauft habe.

Ein Diskussionsredner berichtete, in seinem Kreis habe man Hamsterern die Kartoffeln gelassen, sofern sie die Bauern verraten hätten. Der Erfolg dieser Aktion sei überraschend gut gewesen. Man dürfe nicht vergessen: die Großbauern seien die „Klassengegner" auf dem Dorfe. Man müsse diese Klassenfeinde suchen, finden und ihren Widerstand brechen. Darum gehöre der klassenbewußte Arbeiter in die Kontrollausschüsse und diese in die Hände der Gewerkschaften. Leider sei der deutsche Arbeiter in der Privatindustrie nicht klassenbewußt genug. Von ihm sei keine Un-

terstützung zu erwarten. Er sei zum Helfer der Schieber und Hamsterer geworden. Somit sei die Stärkung des Klassenbewußtseins der deutschen Arbeiterschaft eine der Hauptaufgaben der Volkskontrollausschüsse.

Ein anderer Diskussionsredner forderte, die Kontrollausschüsse sollten künftig auch die Arbeits- und Gesundheitsämter sowie die Amtsärzte kontrollieren. Eine weitere Mitarbeit der Parteien bei der Volkskontrolle sei dagegen nicht mehr erwünscht, da deren Mitarbeit sich doch nur auf einen „Kuhhandel" über die Kompetenzen beschränkt habe. Ja, man habe sogar aus der Volkskontrolle eine parlamentarische Affaire machen wollen. –

Nun wissen wir es also, wohin die Reise geht: Unterdrückung jeder privaten Unternehmerinitiative, Vernichtung der Großbauern und des privaten Handwerks, Ausschaltung der Parteien bei der Volkskontrolle und schließlich Diktatur des Proletariats. Da kann man nur lachen, wenn gestern das „Berliner Montagsecho", Schwennickes Zeitung, mit der Schlagzeile „SED fürchtet den Abzug der Sowjets" aufmachte. Richtig dürfte an der Meldung lediglich sein, daß die Sowjets beabsichtigen, den Volksrat mit der Bildung einer deutschen Regierung zu beauftragen. Gewiß zutreffend werden auch sowjetische Pläne sein, die Großbauern zu enteignen und die gesamte Produktion in Form von volkseigenen Betrieben der DWK zu übergeben, den privaten Handel zugunsten des Konsums auszuschalten und eine zuverlässige Parteiarmee aufzubauen. Aber das alles ist ja längst im Gange und insofern keine Neuigkeit mehr.

Dienstag, den 2. November 1948

Am Sonntag und Montag im Nordwesten der Mark, in Kyritz, Pritzwalk und Wittstock. Überall Klagen und Beschwerden, verängstigte, rabiate oder auch in Lethargie versunkene Parteifreunde. Heinrich de Vries und ich versuchten, diesen Menschen neuen Mut zu geben, sie aufzurütteln, ihnen zu zeigen, daß es vorläufig noch Sinn hat, weiterzumachen. Aber in der Ostprignitz, dem reichsten Kreise unseres Landes, einem für die LDP sehr günstigen Gebiet (1946 23,1% der Stimmen), ruht vielerorts die Parteiarbeit völlig. Der Vorsitzende des Kreisverbandes, Werner W. aus Kehrberg, ist ein mutiger, energischer Mann voller Ideen, die sich jedoch im Augenblick zumeist nicht realisieren lassen. Nur noch wenige Parteifreunde unterstützen ihn in seiner Arbeit. W. besitzt kein Fahrzeug, um den durch sowjetische Montagetruppen von Eisenbahnstrecken „befreiten" Kreis bereisen und neue Ortsgruppen gründen zu können. Dabei wäre das dringend notwendig: in den über 140 Ortschaften der Ostprignitz gibt es zur Zeit nur 17 LDP-Ortsgruppen. Auch ist kein Parteigeschäftsführer vorhanden, nachdem die beiden letzten das ganze Kapital des Kreisverbandes in großzügigster Weise verwirtschaftet haben. Dabei ist die LDP fast überall relativ stark in den Gemeindeparlamenten vertreten. Die CDU, die stärkste Partei im Kreis, arbeitet meist eher mit der SED als mit

der LDP zusammen. Dazu kommen Pressionen der Besatzungsmacht. In Wittstock z. B. unterbindet die Kreiskommandantur fast jede Parteiarbeit, dem Vorsitzenden des Ortsverbandes wurde sogar die Redeerlaubnis entzogen. Am gleichen Ort verpflichtete übrigens der SED-Schulrat die Lehrerschaft, Geschichtsunterricht künftig nur noch im Sinne der marxistischen Geschichtsbetrachtung zu erteilen. Überall geht z. Zt. die SED im Schutz der Besatzungsmacht zum Großangriff auf die letzten bürgerlichen Bastionen über. Dabei macht diese Partei in der ganzen Zone gegenwärtig eine schwere Krise durch. Selbst alte und bewährte Funktionäre fallen der in diesen Wochen angelaufenen Parteisäuberung zum Opfer. Auch Erich Gniffke, Mitglied des Parteivorstandes der SED, der jetzt nach dem Westen flüchtete.

Mittwoch, den 3. November 1948

Auf der heutigen Sitzung des engeren Landesvorstandes im Landtag zum Landesjugendsekretär der Partei gewählt. Damit steigt das Risiko. Mein Stellvertreter im Landesjugendausschuß, Siegfried Rönnefahrt, machte schon zum dritten Male Bekanntschaft mit der NKWD. Das bedeutete dreimal Inhaftierung für mehrere Tage. Beim letzten Mal mußte R. sogar vier Tage die „Gastfreundschaft" des sowjetischen Geheimdienstes genießen. Der Bräutigam seiner Base, ein amerikanischer Fliegermajor, hatte Siegfried einen freundschaftlichen Brief geschrieben, der den Russen in die Hände fiel.

Im übrigen beschäftigte sich der Vorstand erneut mit dem Fall Kuhberg, mit Renten- und Lastenausgleichsproblemen und dem Verhältnis der Länderparlamente zur DWK. Er beschloß, für den 11. Dezember eine erweiterte Vorstandssitzung nach Potsdam einzuberufen und die Tagung mit einem geselligen Abend im Haus des Kulturbunds zu verbinden.

Sonntag, den 7. November 1948

Jubelnden, minutenlangen Beifall spendeten ca. 400 Mitglieder der Freien Deutschen Jugend, als der Vertreter der Besatzungsmacht am Freitag vormittag den Kursaal in Templin (Uckermark) betrat. Der Offizier war sichtlich überrascht. Ja, er sah fast ein wenig verängstigt aus, als er oben neben dem Rednerpult auf der Bühne stand und unentschlossen zu Boden blikkend die Ovationen der Jugendlichen über sich ergehen ließ. Vielleicht hatten ihn auch vereinzelte Pfiffe verwirrt, die sich unter den Jubel mischten. Doch auch sie waren wohl als Zustimmung, nicht als Protest zu verstehen. Denn diese 1. Landjugendkonferenz der FDJ ließ antikommunistischen Demonstrationen keinen Raum. Den Vertretern der Parteien und Organisationen wurde das Wort zu einer Begrüßungsansprache nicht erteilt, obwohl „Begrüßungen" in der Tagesordnung vorgesehen waren. Und die Delegierten waren offensichtlich sorgfältig ausgewählte Jugendli-

che, die sich zwei Tage hindurch in immer neue Begeisterungsräusche hineinsteigerten, ähnlich wie vor wenigen Jahren noch die Jungen und Mädchen der Hitlerjugend.

Ich hatte mich am Donnerstag zögernd auf den Weg nach Templin im Norden der Mark gemacht. Die Bahnreise dauerte insgesamt 11½ Stunden. Mit mir reiste eine junge Landtagsabgeordnete der CDU, Annerose Z., ein zierliches, temperamentvolles und unaufhörlich plapperndes Mädchen. Sie ist Mitglied des Zentralrates der FDJ und erzählte ausführlich über ihre Begegnungen mit den Russen. Nach ihren Berichten scheint es auch heute noch in den Stadtrandgebieten zu Ausschreitungen und Übergriffen sowjetischer Soldaten zu kommen. Aber Annerose ist offenbar bisher glimpflich davongekommen.

Die beiden Templiner Tage waren deprimierend. Die Indoktrinierung der versammelten Blauhemden erfolgte ohne jede Hemmung. Man putschte die jungen Menschen vor allem gegen die Großbauern auf, die inzwischen fast alle in der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) als Vorsitzende und Wirtschaftsberater Unterschlupf gefunden haben sollen und damit zum „Keim der Ausbeutung der kleinen Bauern" geworden seien. So meinte es jedenfalls der Vertreter der DWK, Ernst Busse (SED), in seinem Eröffnungsreferat „Die Landwirtschaft im Zweijahresplan".[74] Der Landesvorsitzende der FDJ, Horst Brasch, machte den Sinn dieser Veranstaltung besonders deutlich, wenn er erklärte: „Unsere heutigen Beratungen gelten den Feinden des Fortschritts". Die Feinde des Fortschritts seien z. B. Bürgermeister, die FDJ-Mitglieder von Russen verhaften ließen, weil die Jugendlichen Schwarzhandel aufgedeckt hätten. Weitere Feinde: Großbauern, die landwirtschaftliche Produkte verschieben. Diese Schieber sollten die Jugendlichen der Polizei und der FDJ melden und ihnen die Waren wegnehmen. Brasch: Der politische Kampf auf dem Dorf ist nicht leicht. Man habe „Aktivisten" der FDJ niedergeschlagen und mancherorts SED-Mitgliedern nichts zu essen gegeben. „Wir wollen gegen Hetzer, Großbauern und Schieber vorgehen und werden schließlich den Sieg davontragen", rief Brasch unter frenetischem Beifall der Jugendlichen aus.

An den Sitzungen der Kommissionen, die am Sonnabendvormittag Fragen der Landwirtschaft, der Sozial- und Kulturpolitik berieten, durften nur FDJ-Mitglieder teilnehmen. Ich hatte also Zeit zu einem Besuch bei unserem Kreisvorsitzenden Max Gaedecke in der Zehdenicker Straße. G. ist Landtagsabgeordneter, ein literaturbeflissener, intellektueller Typ. Man hat nicht den Eindruck, daß er viel von Politik versteht oder gar den harten Bedingungen politischer Arbeit in unserer Zone gewachsen wäre. Der graue Alltag hat darum auch in unserem Gespräch wenig Raum, dafür um so mehr moralische, künstlerische und philosophische Fragen unserer Zeit.

Die Feiern zum Weltjugendtag am Sonntag mit Prämiierung der Aktivi-

sten der Ziegelsteinaktion im Stadttheater, einer Kundgebung im Sportstadion und dem anschließenden Fußball-Länderspiel Brandenburg gegen Sachsen schenkte ich mir. Ich reiste bereits am Sonnabend nach Potsdam zurück.

Montag, den 8. November 1948

Alle Nichtkommunisten amüsieren sich: der Staatsanwalt, der die Angeklagten in dem großen Wirtschaftsprozeß von Glauchau-Meerane ins Zuchthaus schicken sollte, soll mit sämtlichen Prozeßakten nach dem Westen geflüchtet sein. Die SED will mit diesem Prozeß Schiebungen und Warenhortungen in großem Umfange ahnden, die in Sachsen festgestellt worden sind. An diesen Delikten waren freilich nicht nur privatkapitalistische Wirtschaftsverbrecher, sondern auch Volkseigene Betriebe und Konsumgenossenschaften, hohe kommunistische Verwaltungsfunktionäre und andere Vertreter des „fortschrittlichen Lagers" beteiligt.[75]

Der jüngste Flüsterwitz der Zone: „Die SED ist blasenkrank". „???" „95% wollen austreten und können nicht!"

Mittwoch, den 10. November 1948

Ein Tourist besucht eine russische Fabrik. Er geht durch die Werkhallen und fragt die Arbeiter, wem denn das alles gehöre. Die Arbeiter: das gehört alles uns. Der Tourist schaut hinaus auf die Autos vor der Fabrik. „Und wem gehören die Autos?" „Die gehören den Direktoren", ist die Antwort. – Der Tourist fliegt nach Amerika, geht auch hier durch eine Fabrik und fragt die Arbeiter: „Wem gehört das alles?" „Mr. Smith, Sir" „Und wem die schönen Wagen da draußen vor der Fabrik?" „Die gehören uns, damit fahren wir zur Arbeit." Diesen Witz erzählte mir heute ein Vertreter der CDU im Anschluß an eine Jugendstunde für junge Angestellte des Amtsgerichts Potsdam. Ich hatte, wie auch ein Vertreter der SED und der CDU, über die Politik unserer Parteien referiert. Der SED-Mann sprach geschult und mit einigem Fanatismus. Die Reaktion der jungen Menschen war ausgesprochen negativ und ablehnend. Der CDU-Funktionär und ich kamen dagegen gut an. Das mitgebrachte Propagandamaterial war im Nu vergriffen. Später diskutierten wir noch längere Zeit mit einem jungen Sozialisten über Wege zu einer neuen Weltordnung, zur Verhinderung von Kriegen und die Schaffung eines Weltstaates. Der junge Mann gehörte, seinen idealistischen politischen Anschauungen nach zu urteilen, offenbar zum rechten Flügel der SPD. Ich äußerte mich skeptisch zu seinen politischen Ideen, die ich für Utopien hielt. Es würden sich wohl auch in Zukunft Kriege nicht vermeiden lassen, zumal sich ja die Menschen nicht verändern und in den letzten Jahrtausenden durchaus nicht friedvoller geworden seien. Man habe vielmehr den Eindruck, daß die Menschheit immer grausamer, rücksichtsloser und brutaler werde. Die

moralische Entwicklung der Menschheit zeige offensichtlich eine noch absteigende Tendenz. Man könne fast behaupten, daß die Moral im gleichem Maße schwinde wie die Zivilisation steige und mit ihr die technische Entwicklung. Einen Ausweg im Kommunismus oder Sozialismus zu suchen, erscheine mir absurd. Denn hier handele es sich doch nur um Utopien, die sich nicht verwirklichen lassen. – Erst jetzt, beim Niederschreiben, wird mir bewußt, in welch deutlichem Gegensatz diese pessimistischen Prognosen zu meinem vorangegangenen Kurzreferat vor der Jugendgruppe des Amtsgerichts stehen. In ihm hatte ich der liberalen Idee durchaus die Fähigkeit zugesprochen, die Menschen von ihren Fesseln zu befreien und einen „moralischen Wiederaufstieg unseres Volkes" herbeizuführen. Merkwürdigerweise hat mich der junge Sozialist auf diesen Widerspruch nicht hingewiesen.

Sonntag, den 14. November 1948

Nach einer Meldung der „Tagespost" werden am kommenden Dienstag die ersten „freien Läden" im Lande Brandenburg in Potsdam eröffnet. In der Brandenburger Straße wird vom 16. November ab je eine Verkaufsstelle für Textilien und für Lebensmittel ihre Waren feilbieten. Die Preise sind freilich gesalzen. Ein Kilogramm Zucker wird 33,–, ein Kuchenbrot von 1000 g 12,–, ein Kuchenbrötchen von 50 g 0,80 DM (Ost) kosten. Stoffe werden je nach Qualität für 40.– bis 135,– DM je Meter verkauft, Damengarnituren aus Seide zwischen 50,– und 80,–, Damen- und Herrensweater zwischen 90,– und 125,– DM zu haben sein.

Diese neueste Errungenschaft der Ostzone wird seit Wochen von der Bevölkerung lebhaft diskutiert. Die Läden heißen bereits im Volksmund „staatliche Schwarzmarktgeschäfte", weil nur ein kleiner Teil der Verbraucher in der Lage sein dürfte, die hohen Preise der freien Waren zu erschwingen. Zweifel herrschen vor, ob das Ziel dieser „Handelsorganisation Freie Läden", nämlich die Bekämpfung des illegalen Schwarzen Marktes, auf diesem Wege erreicht werden kann. Man vermutet, daß es der DWK bei der Errichtung dieser Verkaufsstätten gar nicht so sehr um die Beseitigung des Schwarzen Marktes als vielmehr um die Abschöpfung der Geldmittel der Bevölkerung geht, um so die durch Reparationen und Geldreform entleerte Staatskasse wieder aufzufüllen. So werden wir bald, sofern das nötige Kleingeld vorhanden, in diesen Läden Zigaretten für 80 Pfennige das Stück oder einen Liter 12%iges Starkbier für 6 DM kaufen können.

Auf dem Gebiet des Eisenbahnverkehrs sieht es dagegen noch immer schlimm aus. Nach den rigorosen Schienendemontagen durch die Russen in den Jahren 1945/46 und dem Abtransport des rollenden Materials in die Sowjetunion hatte sich der Bahnverkehr vorübergehend leicht belebt. Jetzt hat er durch eine neuerliche 25%ige Verkehrseinschränkung einen

ernsten Rückschlag erlitten. Anfang des Jahres waren die Verordnungen über Reisebescheinigungen aufgehoben worden, nun hat man sie für D-Züge wieder einführen müssen.

Inzwischen versuchen wir Liberalen unverdrossen gegen den Strom zu schwimmen. Am Freitag vormittag nahmen von Koerber, de Vries und ich an einer Sitzung des Kreisvorstandes in Lübben teil. Im Beisein von Kapitän Zerebrennek und des Kreiskommandanten forderte de Vries von den Vorstandsmitgliedern, bis zum Frühjahr 1949 in jeder Gemeinde des Kreises einen Ortsverband der LDP zu gründen. Die Sowjets schrieben die Ausführungen unseres Organisationsleiters eifrig mit und werden nun wohl ihre Minen legen, um solch unerwünschten Zuwachs an Ortsgruppen und Parteimitgliedern zu verhindern. Dergleichen Aktivitäten passen nicht in die politische Landschaft der Zone.

Der SED-Spitzenfunktionär Fred Oelßner jedenfalls hat jüngst im „Neuen Deutschland" unter der Überschrift „Der revolutionäre Weg zum Sozialismus" brutal festgestellt: „Die höchste Form der Demokratie ist die Diktatur des Proletariats".

„Der Strom, der zum Sozialismus führt"

Dienstag, den 16. November 1948

Ein Tag der Hiobsbotschaften. Massenverhaftungen in Leipzig sollen zwölf junge LDP-Funktionäre zum Opfer gefallen sein.[76] Auf der Sitzung des Landesjugendausschusses erfuhr ich zudem, daß der Pressereferent der Parteileitung, Freiherr von Brück, am Wochenende im Fahrstuhl der Parteileitung in der Taubenstraße von sogenannten „Kriminalbeamten" verhaftet worden sei. Bätcher berichtete, nach Aussage des Fahrstuhlführers habe sich von Brück zunächst zur Wehr gesetzt, sei dann aber mit Hilfe weiterer Personen gewaltsam abgeführt und in eine in der Kanonierstraße parkende Limousine gestoßen worden. Damit nicht genug, erfuhren wir heute, daß unser Kreisvorsitzender von Niederbarnim, Karl Knopke, Beisitzer im Landesvorstand, von der Kriminalpolizei verhaftet worden sei, ebenso wie der Kreisgeschäftsführer von Beeskow-Storkow, Glommer.

Die Stimmung im Landesjugendausschuß war dementsprechend gedrückt. Aus den Kreisen waren nur acht Freunde nach Potsdam gekommen. Ich informierte über die Tagungen in Bärenklau und Templin. Der Vertreter aus Luckenwalde berichtet, daß dort künftig nur noch die Oberschüler das Abitur erhalten sollen, die in der FDJ mitarbeiten. Unser Freund aus Templin ergänzte, in seinem Kreis sei die Mitgliedschaft in der FDJ Voraussetzung für Stipendien an Schüler. Nach dem Mittagessen

ergriff von Koerber das Wort. Als er um eine Klärung des Begriffes „Volksdemokratie" gebeten wurde, wies er auf den Artikel Oelßners im „Neuen Deutschland" vom 11. November hin und bemerkte dazu: die Verschärfung der Haltung der SED und ihrers Machtgedankens finde in der Bevölkerung keinen Widerhall. Für uns Liberale bedeute Demokratie auch heute noch die Herrschaft mit dem Stimmzettel. Und das sei nicht die Diktatur des Proletariats.

Donnerstag, den 18. November 1948

Bei der Besprechung einer Werbewoche zur Bekämpfung der Jugendkriminalität berichtete ein Kriminalbeamter Beklemmendes: man habe in Potsdam vierzehnjährige Mädchen aufgegriffen, die sich Chauffeuren der TUB (Taxi-Union Brandenburg) gegen Geld und Zigaretten angeboten hatten. Inzwischen seien sechs Taxichauffeure verhaftet worden, weil sie sich wiederholt an solchen minderjährigen Mädchen vergangen hätten. Eines dieser Mädchen habe der Kripo gegenüber damit geprahlt, an einem Nachmittag viermal mit Taxifahrern Verkehr gehabt zu haben. Bei ihrer Erzählung habe sie derart unflätige Worte gebraucht und unzüchtige Bewegungen gemacht, daß das Verhör abgebrochen werden mußte. Fahrer der TUB, die am Hauptbahnhof Potsdam auf Kunden warten, hätten zudem gewerbsmäßig dreizehn- bis vierzehnjährige Mädchen für Geld und Zigaretten an russische Soldaten verkuppelt.

Sonnabend, den 20. November 1948

Nun geht es Schlag auf Schlag! Wir befinden uns bereits im fortgeschrittenen Stadium einer kommunistischen Parteidiktatur. Heute abend verkündete der Kommentator von „Radio Berlin", Herbert Gessner, die Abschaffung der Betriebsräte und die Geburt der „Betriebsgewerkschaftsleitungen".[77] Die Betriebsräte waren 1945 nach zwölfjährigem Verbot durch ein Kontrollratsgesetz wieder ins Leben gerufen worden. Ihre Aufgabe: die Interessen der Arbeitnehmerschaft gegenüber der Betriebsleitung zu vertreten. Sie setzten sich in der Regel aus Angehörigen der drei in der Zone zugelassenen Parteien sowie aus Parteilosen zusammen. Damit war ein gewisses Maß an Objektivität und politischer Neutralität garantiert. Als bei den kürzlich in einigen Betrieben vorgenommenen Betriebsrätewahlen die SED stark an Einfluß verlor, während LDP und CDU vielerorts die Mehrheit bekamen, griffen Besatzungsmacht und SED ein. So wie man die Gemeindewahlen verboten hat, um eine Niederlage der SED zu verhindern, ordnete man auch eine Verschiebung der noch fälligen Betriebsratswahlen an. Jetzt geht man noch einen wesentlichen Schritt weiter, zerschlägt, wie seinerzeit die Nationalsozialisten, die Betriebsräte und zwingt den Betrieben die Diktatur der SED-gesteuerten Betriebsgewerkschaftsleitungen auf. „Wir befinden uns in einem Strom", so tönte Gess-

ner in seinem heutigen Abendkommentar, „in einem Strom, der zum Sozialismus führt."

Ich fürchte, daß die SMA unsere Partei bis zum Frühjahr 1949 zerschlagen wird. Diese Auffassung vertraten auch die sächsischen Delegierten unseres Zonenjugendausschusses, Ruth E. und Eberhard Hönig, als wir im Anschluß an unsere Sitzung das Mittagessen einnahmen. Frl. E. hatte vor dem Ausschuß über die letzte Sitzung des Zonenvorstandes am 30. Oktober berichtet: Dr. von Stoltzenberg habe dort die Parteijugend für angeblich entstellte Veröffentlichungen in der Westpresse über die Wahlalter-Debatte in der LDP verantwortlich gemacht. Andere Vorstandsmitglieder hätten uns jedoch in Schutz genommen und erklärt, die Indiskretion sei durch Unvorsichtigkeit eines Volksratsmitgliedes zustandegekommen. Zuvor hatten wir im Jugendausschuß mehrheitlich den Delegierten des Landesverbandes Mecklenburg, Arno Esch, für den Hauptausschuß der Partei vorgeschlagen. – Ruth E. erzählte uns bei Tisch den neuesten Zonenwitz: „Die Ostzone wird beherrscht von G-rotewohl, P-ieck und U-lbricht, aber nur von ihren ersten Buchstaben!"

Dienstag, den 23. November 1948

Heute vormittag um 11 Uhr wurden in der Brandenburger Straße die ersten „freien Läden" der volkseigenen Handelsorganisation (HO)[78] eröffnet. Vor dem Lebensmittelgeschäft wartete eine lange Schlange Kauflustiger, während die Läden für Textilien, Schuhe und Kurzwaren nur wenig besucht waren. Aber wer kann schon die Wucherpreise bezahlen? Wie die Tagespost heute morgen berichtet, läßt die Eröffnung der „freien Gaststätte"[79] im „Café Börse" noch etwas auf sich warten. Kommentar der Berliner Zeitung „Sozialdemokrat" zur Eröffnung der Staatsläden am 17. November: „Der Staat übernimmt das Schieben im großen, damit den kleinen Schiebern nichts mehr zum Schieben bleibt." Dem ist nichts hinzuzufügen.

Donnerstag, den 25. November 1948

Keine Tagung in der Zone ohne viele Worte über den „Zweijahresplan". Auch der 2. Landeskongreß der Volksbühne[80], seit gestern im Kulturbundhaus in der Mangerstraße tagend, ließ dieses beliebteste SED-Thema nicht aus. Schon in der Begrüßungsansprache des Landtagspräsidenten Ebert war davon und vor allem von den Hennecke-Aktivisten zu hören. Ebert beklagte, daß Hennecke täglich Hunderte von Drohbriefen aus der Arbeiterschaft erhalte, ja, man habe dem deutschen Stachanowisten sogar die Fensterscheiben eingeworfen.

Im übrigen verbreitete sich Herr Ebert des längeren über seine Erfahrungen, die er von einer kürzlichen Moskaureise mitgebracht hatte. Er be-

richtete von einem diplomatischen Empfang Molotows, zu dem auch eine Delegation des Deutschen Volksrates eingeladen war. Der sowjetische Außenminister habe dabei die Zonenfunktionäre demonstrativ bevorzugt und erklärt, die Sowjetunion werde alles daran setzen, um die Erfüllung der Potsdamer Beschlüsse zu erreichen. „Wenn wir wollen", so rief Ebert aus, „daß die Erklärungen Molotows zur Tat werden, dann vernichten wir das Gift der antibolschewistischen Hetze gegen die Sowjetunion!"

Nach Ebert sprach Minister Rücker. Er forderte für die Volksbühne das „zeitnahe Stück" und eine „ideologische Schulung im fortschrittlichen Sinne". Ein bemerkenswert liberales Hauptreferat hielt Dr. Falk Harnack. Er ging zunächst auf das deutsche Theater in der Nazizeit ein. Es sei wesentlich eine „Traumfabrik" gewesen und als Propagandainstitut mißbraucht worden. Zugleich aber habe das Theater im Dritten Reich dem Ästheten eine Flucht aus der Gegenwart ermöglicht. Aber ein totalitärer Staat verlange die bedingungslose Anerkennung seiner Ideologie, seiner Weltanschauung. Darum sei ein solcher Staat der Tod des Dramas, das nur auf freigeistigem Boden gedeihen könne (!). Der neue Weg des Theaters? Man dürfe nicht „aus Gründen der Nützlichkeit" vorzugsweise Dramen der jeweiligen Besatzungsmacht aufführen, sondern müsse wieder zum deutschen Kulturerbe vorstoßen. „Wir brauchen Werke, die den ganzen Menschen angehen, die ihn erziehen (ohne erhobenen Finger) zur Menschlichkeit und Menschenwürde." Was also solle man spielen? Die Abrechnung mit der Vergangenheit und das Zeitstück auf der einen, Ablenkung und Entspannung auf der anderen Seite seien nur ein Teil der Spielplangestaltung der Volksbühne. Die erste Aufgabe sei es, an die deutsche Klassik anzuknüpfen und darauf aufzubauen.

Später ging Harnack auf die Angriffe gegen den „Formalismus" ein. Hier wäre Zurückhaltung geboten. Bühnenwerke müßten gekonnt sein, und daran fehle es leider bei vielen Werken der Nachkriegszeit. Zu Sartre, Cocteau und den Existenzialisten bemerkte H., es sei zwar fraglich, ob deren Philosophie irgend jemand hilfreich sein könne. Dennoch hätten wir die Pflicht, uns mit diesen Werken auseinanderzusetzen. Bei der sowjetischen Dramatik handele es sich um eine Stabilisierung einer neuen ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung. Eine Auseinandersetzung mit allem „Progressiven" draußen in der Welt sei dringend erforderlich.

Allerdings dürfe man nicht sklavisch die Entwicklung des ausländischen Theaters übernehmen. Das Theater sei niemals Selbstzweck, sondern geistiger Ausdruck der seelischen Haltung eines Volkes. – Später, am Mittagstisch, bekannte Rücker, ihm habe dieses Referat gar nicht gefallen. Das dürfte wohl auch von meiner Begrüßungsrede gelten, in der ich von der Volksbühne politische Neutralität forderte, weil „ein weltanschaulicher Abschluß nur eine Verarmung bedeuten würde". Nicht eine Parteigruppe, nicht eine genossenschaftliche Vereinigung, sondern die Gesamtheit der Mitglieder dieses Vereins solle Träger der Besucherorganisation

und Toleranz oberster Grundsatz ihrer Arbeit sein. – Davon aber war, von Harnacks Referat abgesehen, auf diesem Kongreß nichts zu spüren.

Sonnabend, den 27. November 1948

Gestern wieder einmal auf der SMA. Kapitän Zerebrennek hatte viel zu fragen. Ich bemühte mich um nichtssagende Antworten und spürte Mißtrauen bei meinem sowjetischen Gesprächspartner. Die Sowjets möchten viel über mich wissen. Jeder meiner Freunde, der zur SMA muß, bekommt mich betreffende Fragen. Z. verlangte gestern von mir, ihm bis Montag eine Stellungnahme zum Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates abzuliefern. Das kann er haben, vielleicht hilft's ihm weiter. Das ist jedenfalls besser, als wenn sich Z. seine Informationen über die Chefsekretärin des Landesverbandes, Frl. T., besorgt, die in der SMA ein- und ausgeht und durch ihre Nervosität, Fahrigkeit und Vergeßlichkeit ein permanentes Sicherheitsrisiko für alle Mitglieder der Landesleitung darstellt.

Sonntag, den 28. November 1948

Die Russen brauchen ständig junge Männer für die Arbeit in den Uranbergwerken von Aue.[81] Wie bekannt wurde, muß Potsdam auf Befehl der SMA sofort 140 Arbeiter für Aue stellen. Heute morgen bekamen die „Auserwählten" vom Arbeitsamt eine Karte zugeschickt, die sie zu einer Tauglichkeitsuntersuchung am kommenden Mittwoch auffordert. Auch Gerhard W. erhielt einen solchen „Gestellungsbefehl". Er berichtete mir heute, die meisten künftigen Uranarbeiter suchten bereits vor der Untersuchung das Weite, ein weiterer Teil nach der Untersuchung. Von dem noch verbliebenen Rest verdrückten sich einige während des Transports oder sogar noch nach der Ankunft in Aue. Ein Angestellter des Arbeitsamtes habe ihm erzählt, daß von 140 Zwangsarbeitern höchsten zehn bis zwanzig tatsächlich im Bergwerk landeten. Das seien dann aber Leute, die sich gewissermaßen freiwillig für diese Arbeit zur Verfügung stellten.

In der ersten Zeit gingen diese Aushebungen entschieden einfacher vor sich: die Russen ließen die erforderliche Anzahl von Männern verhaften und transportierten sie nach Aue. Auf den Einspruch der Parteien hin seien sie von diesem zweifellos praktischen und zeitsparenden Verfahren inzwischen abgegangen.

Heute arbeitete ich an dem Bericht für Zerebrennek. Nach einer allgemeinen Bewertung des Verfassungsentwurfs und einer Betrachtung einzelner Artikel, die für die Jugend besonders wichtig sind, schrieb ich abschließend: „Wir jungen Liberaldemokraten vertreten die Ansicht, daß das Entscheidende jeder Verfassung der Geist ist, der sie erfüllt und mit dem sie angewendet wird. Die beste Verfassung nützt nichts, wenn nicht alle Menschen sie in wahrhaft demokratischem Geist verwirklichen und der Versuch irgendwelcher Gruppen, die Verfassungsartikel in *ihrem* Sinn

auszudeuten, zum Scheitern verurteilt ist. Die Erfahrungen von Weimar sollten uns eifersüchtig darüber wachen lassen, daß niemand mehr in Deutschland mit einer demokratischen Verfassung Mißbrauch treiben kann." Das wird dem Kapitän kaum schmecken.

Mittwoch, den 1. Dezember 1948

Moskau hat alle Vorbereitungen für die Berliner Wahlen am 5. Dezember getroffen. In Erwartung einer klaren Niederlage der Kommunisten hat der Kreml im russisch kontrollierten Ostsektor schnell einen Marionettenmagistrat eingesetzt und damit das Viermächteabkommen über Berlin und die Berliner Verfassung auf die drastischste Weise verletzt. Oberbürgermeister dieses Magistrats von Moskaus Gnaden wurde Brandenburgs Landtagspräsident Friedrich Ebert. Das ereignete sich am Dienstag. Gestern besuchte ich zusammen mit de Vries eine Wahlversammlung des legalen Berliner Landesverbandes der LDP[82] im Friedenauer Lichtspielhaus. Der Theatersaal war überfüllt. Es sprach der Landesvorsitzende C.-H. Schwennicke. Sein Thema: Der Kampf der Berliner gegen den Bolschewismus und die Wahlen am kommenden Sonntag in den Westsektoren. Schwennicke sprach außerordentlich scharf und polemisch, aber er riß das Publikum mit. Seine Ausführungen wurden immer wieder von lebhaften Beifallskundgebungen unterbrochen. Hier spürte man, was die Berliner über die jüngsten Ereignisse wirklich denken. Wenn wir doch in der Zone einmal unsere Meinung so offen sagen könnten wie dieser Herr Schwennicke hier in Friedenau!

Montag, den 6. Dezember 1948

Berlin hat gewählt und Moskau (und seiner SED) eine gehörige Abfuhr erteilt.[83] Die Wahlbeteiligung war sehr hoch: fast 87%. Klar in Führung liegt die SPD. Der Berliner Landesverband unter Schwennicke konnte einen beachtlichen Stimmenzuwachs verzeichnen. Gewiß haben aber nicht alle Berliner, die der SPD gestern ihre Stimme gaben, damit ein „unmißverständliches Bekenntnis zu einer sozialistischen Zukunft" Berlins abgeben wollen, wie der „Sozialdemokrat" in seiner heutigen Ausgabe kühn behauptet. Viele wählten wohl nur deshalb die Sozialdemokraten, weil diese am radikalsten ihre Stimme im Kampf gegen den Kommunismus erschallen ließen und es verstanden, die Massen mit von Demagogie nicht ganz freier Propaganda in Bewegung zu bringen.

Das kommunistische „Radio Berlin" hat gestern und heute den ganzen Tag gegen die „Spalterwahlen" gegeifert. Dabei haben sie die Lage wieder einmal völlig falsch eingeschätzt. Noch am Sonntag schrieb die kommunistische „Berliner Zeitung": „Die Berliner in den Westsektoren kämpfen, indem sie der Wahl fernbleiben. Sie lassen die Spalter und Kriegstreiber mit ihrem engsten Anhang allein!" Denkste!

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes Brandenburg an die SMA in Potsdam:

„Mit Beunruhigung verfolgten unsere Mitglieder im Berichtsmonat (November) die Artikel der SED-Presse und die Referate maßgeblicher Persönlichkeiten dieser Partei über die Ziele der SED. Die offene Propagierung der Diktatur des Proletariats als höchste Form der Demokratie, die Äußerungen, daß die Privatwirtschaft der letzte Hort der Ausbeutung der Werktätigen sei, die gewaltsame Wiedergeburt des Klassenkampfgedankens und schließlich der von der SED betriebene Kampf gegen die Großbauern als die Klassenfeinde des Dorfes beschäftigen ernsthaft unsere Mitglieder und erfüllt sie mit großer Sorge. Man sieht allgemein in diesen Bestrebungen einen gewissen Widerspruch zu der Verfassung und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Besatzungsmacht den breiten Massen, die sich nicht zur SED bekennen, ihre Unterstützung gegen autoritäre Bestrebungen nicht versagen wird, zum Schutze der Demokratie und im Interesse der Einheit Deutschlands ...

Die öffentliche Aufmerksamkeit war ferner in dem Berichtsmonat auf die Entlassungen gerichtet, die in der Verwaltung durchgeführt wurden. An einzelnen Stellen wurde bemängelt, daß Mitglieder der LDP entlassen wurden, dagegen parteilose Angestellte bei gleicher beruflicher Qualifikation in ihren Amtsstellen verblieben."

Mittwoch, den 8. Dezember 1948

Heute zum ersten Mal zu einer Aufnahme im Berliner Rundfunkhaus in der Masurenallee. Ich nahm mit Rudolf Bätcher an einem Streitgespräch über das Thema „Sollen wir mit 18 Jahren wählen?" teil. Kontrahenten waren eine junge FDJ-Funktionärin sowie zwei Vertreter der „Jungen Welt" des „Berliner Rundfunks". Es wurde eine lebhafte Diskussion. Rudi hielt sich etwas zurück, er hat momentan politische Schwierigkeiten. Wir diskutierten eine halbe Stunde. Mein Eindruck: Rudi und ich haben die Kommunisten zumindest zeitweilig in die Defensive gedrängt. Sie bekamen zwar noch während der Debatte Verstärkung durch den Redakteur der Sendung, der mit sichtlicher Sorge dem Ablauf des Gesprächs gefolgt war. Aber wir Liberaldemokraten fühlten uns als die moralischen Sieger dieses Gefechts.

Sonntag, den 12. Dezember 1948

Auf einer Arbeitstagung des Landesverbandes sprachen am Sonnabend der geschäftsführende Vorsitzende der Partei, Dr. Karl Hamann, und Professor Hermann Kastner vor mehr als 200 Funktionären der Kreis- und Ortsverbände. Ihre Ausführungen gipfelten in der Feststellung, daß unsere Partei neue Wege beschreiten muß, wenn sie weiterhin nicht nur existieren, sondern auch in verstärktem Maße Einfluß auf die politische Gestaltung der Ostzone gewinnen will. Überwindung des liberalen Konservatismus und Anpassung an die gegebenen Verhältnisse, das sei der Weg, um unsere Partei stark und schlagkräftig zu machen. Kastner schien viele seiner Feinde durch ein brillantes Referat und seine Persönlichkeit überzeugt zu haben. Er verblüffte mit schlagfertigen Antworten auf Zwischenrufe,

die ihn festnageln und in Verlegenheit bringen wollten. Hamann sprach sehr ruhig und sachlich, von hoher geistiger Warte her, und wurde so von der Mehrzahl seiner Zuhörer wahrscheinlich nicht richtig verstanden. Aber der Beifall war langandauernd und herzlich.

Hinterher ein Gesellschaftsabend in den Räumen des Kulturbundes in der Mangerstraße. In der alten Villa aus der Gründerzeit ein fürchterliches Gedränge. Eine kleine Tanzkapelle spielte bis 5 Uhr früh, der Alkohol floß in Strömen. Erst heute morgen um sieben verabschiedete ich mich von meinen Freunden. Wir gingen voll Optimismus und mit dem festen Entschluß auseinander, Hamann und Kastner in ihrer Politik tatkräftig zu unterstützen.

Sonntag, den 19. Dezember 1948

Die Lage unserer Partei wird immer kritischer. Es gab neue Verhaftungen. Der Kreisvorsitzende von Spremberg, Paul Müller[84], wurde das jüngste Opfer. In Leipzig hat die SMA den gesamten Vorstand des größten Bezirksverbandes der Ostzone abgesetzt, nachdem zahlreiche Verhaftungen vorangegangen waren. Dr. von Stoltzenberg wurde inzwischen kommissarisch mit der Führung des Bezirksverbandes beauftragt. Das kostet uns sicherlich Mitglieder, denn Stoltzenberg ist in Parteikreisen wegen seiner angeblich sowjethörigen Einstellung verhaßt. Aber vielleicht ist er nur ein zweiter Kastner, dessen Parteiausschluß von zahlreichen Mitgliedern gefordert wird und dem man – nach eigenen Aussagen – das Schicksal Rathenaus[85] angedroht haben soll.

Mittwoch, den 29. Dezember 1948

Friedrichroda: Seit zwei Tagen im Thüringer Wald. Ich hatte mich Mitte des Monats zu einem Erholungsaufenthalt in der hiesigen Landesparteischule angemeldet, doch die Sache lief nicht so glatt wie erwartet.[86] Am 27. Dezember fuhr ich mit dem D-Zug von Berlin über Wittenberg – Halle – Naumburg nach Erfurt und von dort mit dem Personenzug über Gotha nach Fröttstädt. Inzwischen war es dunkel geworden, und von Fröttstädt nach Waltershausen ging kein Zug mehr. Ich nahm also meinen Koffer und marschierte auf verschneiter Landstraße nach Waltershausen, erreichte dort die Waldbahn und gelangte schließlich gegen neun Uhr abends ans Ziel. Aber die im Waldhaus „Karin-Sigrid" untergebrachte Parteischule war geschlossen. Der Erholungsaufenthalt, so bedeutete man mir, war abgeblasen, weil die Schule am 1. Januar ihre Pforten endgültig zumachen werde und die meisten Feriengäste abgesagt hätten. Ein Nachtquartier wurde mir aber vergönnt.

Seit Donnerstagmorgen lebe ich im Sanatorium Tannenhof. Das Zimmer (Untersuchungszimmer) mit Vollpension kostet nur sieben Mark. Die Gäste des Tannenhofs sind überwiegend Ehepaare. Ein Juristenehepaar

mit erwachsener Tochter, ein sympathischer Abteilungsleiter der Ostzonenpolizei mit Frau, ein junges Architektenehepaar und so fort. Über Politik wird nicht gesprochen, allenfalls andeutungsweise. Wir vertreiben uns die Zeit mit Wandern und Gesellschaftsspielen. Man lebt hier wie auf einer Insel, in einer ruhigen, verschneiten Winterlandschaft. Für die Gäste des Tannnenhofs ist ein paar Tage lang die bürgerliche Welt noch in Ordnung.

Tagebuch 1949

Ein neuer Kurs? – Reform der Jugendarbeit – Parteitag der Liberalen in Eisenach

Mittwoch, den 5. Januar 1949

Gestern spät abends von Friedrichroda nach Potsdam zurückgekehrt. Kurzer Zwischenaufenthalt und Mittagessen in Erfurt. Spaziergang in Bahnhofsnähe. Kaum Kriegszerstörungen zu bemerken. Im wohlgeheizten, aber unbeleuchteten D-Zug nach Berlin eine junge Frau mit ihrem vierjährigen Buben. Wir kommen ins Gespräch. Sie stammt aus Schlesien, war dort ein halbes Jahr lang von den Russen zwangsverpflichtet. Ihr Mann wurde von den Sowjets verhaftet und starb. Sie ging mit ihrem kleinen Kind nach Berlin und arbeitet dort als Lehrerin an einer Sonderschule. Jetzt kam die Unbekannte aus Westdeutschland. Dorthin hatte sie ihren Jungen vor einigen Wochen zu Verwandten gebracht und ihn nun wieder abgeholt. Das bedeutete insgesamt vier illegale Grenzüberschreitungen. Bei der letzten, von West nach Ost, war sie erwischt und zusammen mit ihrem Kind 24 Stunden lang von den Russen eingesperrt worden. Nach sechseinhalb Stunden Bahnfahrt weiß ich fast die ganze Lebensgeschichte meiner sympathischen Reisegefährtin.

Montag, den 10. Januar 1949

Es wird sehr schwer fallen, den „neuen Kurs" Prof. Kastners in der LDP populär zu machen. Denn inzwischen gehen die Aktionen gegen die Partei unvermindert weiter. Entlassungen von Parteifreunden aus den Verwaltungen und vor allem weitere Verhaftungen werden zum Jahresbeginn gemeldet. Schwerpunkt dieser Aktionen soll gegenwärtig Thüringen sein. Am Sonnabend tauchte sogar das Gerücht auf, der thüringische Justizminister Leonhard Moog sei abgeholt worden. Das traf aber nicht zu.

Mit Freuden begrüßten wir darum heute morgen de Vries, der verspätet aus dem Weihnachtsurlaub in Gera nach Potsdam zurückkehrte. Wir hatten schon das Schlimmste befürchtet. Kapitän Zerebrennek hat sich heute bei Fräulein T. eingehend nach den Freunden von de Vries erkundigt, insbesondere, wer in der Landesleitung freundschaftliche Beziehungen zu ihm unterhalte. Ich bin der einzige.

Mittwoch, den 19. Januar 1949

Optimisten glauben, daß der politische Kurs der Ostzone in Zukunft nicht mehr ganz so radikal links gesteuert wird wie bisher. Man nimmt an, die

SMA werde – in der Hoffnung auf Herstellung der deutschen Einheit unter russischem Protektorat – die Zügel ein wenig lockerer lassen.

Was könnte Moskau zu dieser Hoffnung berechtigen? Gewiß die außenpolitischen Eseleien der Westmächte während der letzten Wochen: das Ruhrstatut z. B. oder die wohlwollende Behandlung gewisser Annektionsabsichten unserer westlichen Nachbarn. So wollen sich Holland und Luxemburg an deutschem Land bereichern. Frankreich hat sich bereits den fettesten Happen geschnappt – das Saargebiet.

Und was berechtigt uns zu der Hoffnung auf Milderung des Terrors? In erster Linie wohl die Erklärungen von Pieck, Ulbricht und Fechner, die plötzlich einen fast versöhnlichen Ton anschlugen und sich ziemlich weitgehend vom revolutionären Weg zur Diktatur des Proletariats distanzierten.[87] Aber darf man ihnen glauben? Wohl nur mit Einschränkungen. Immerhin legt der Russe gegenwärtig erneut besonderen Wert auf die „Volkskongreßbewegung", die in den letzten Monaten zu ausschließlich wirtschaftlicher Tätigkeit verurteilt war. Nun heißt ihre Aufgabe wieder: „Einheit und gerechter Frieden". Interessant ist aber auch, daß neuerdings nicht mehr der von den Russen protegierte Prof. Kastner, sondern Dr. Hamann der Favorit im Rennen um den Parteivorsitz sein soll. Ob das als ein Zeichen für einen milderen Kurs der SMA gegenüber der LDP gewertet werden kann?

Aus dem Bericht des Landesverbandes Brandenburg an die SMA vom 8. 1. 49:

„Das in der letzten Stunde des alten Jahres veröffentlichte Pieck-Interview, in dem der Vorsitzende der SED sich klar und eindeutig zur Blockpolitik bekennt und die Schaffung einer sogenannten Volksdemokratie in der Ostzone in Abrede stellt, dürfte vielleicht zu der Hoffnung berechtigen, daß die Maßnahmen der SED gegen unsere Partei, die nach und nach zur weitgehenden Ausschaltung der LDP bei der Mitarbeit an der Gestaltung unseres wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens hätten führen können, nunmehr endgültig abgestoppt werden ...

Im Monat Dezember war die Stimmung weniger denn je auf politische Fragen konzentriert. Die Schwierigkeiten des Winters wie die Vorbereitungen des Weihnachtsfestes, das wie stets alle Aufmerksamkeit des einzelnen auf sein privates oder Familienleben lenkt, hatten eine weitgehende Ablenkung von allem politischen Interesse zur Folge. Die materielle Notlage, d. h. die Einschränkungen auf dem Gebiet der Ernährung, der Heizung, Kleidung und Wohnung wurde noch immer in weiten Kreisen als drückend empfunden, vor allem da, wo unzureichende Einkommen die Inanspruchnahme der freien Läden verhinderten. Namentlich unter den Älteren, die auf ihre Rente angewiesen und in die Kartengruppe IV eingestuft sind, herrscht Unzufriedenheit und geradezu eine direkte Notlage."

Sonnabend, den 22. Januar 1949

Am Donnerstag um 13 Uhr trat der Zonenjugendausschuß in Berlin zu seiner wahrscheinlich letzten Sitzung zusammen. Dr. Hamann gab in einem Kurzreferat die Gründe für eine notwendige Neuorganisation der LDP-Jugendarbeit in der Ostzone bekannt. Unbeeinflußt von gewisser Seite –

wie er sagte – mache er den Vorschlag, die Jugend aus der vordersten politischen Front herauszuziehen, d.h. die Jugendausschüsse aufzulösen, die Jugendreferenten und Jugendsekretäre abzuschaffen und die Jugendlichen unmittelbar in den Parteiämtern, den Verwaltungs- und Selbstverwaltungsstellen tätig werden zu lassen. Der Zeitpunkt für eine solche Umstellung sei auch deshalb gekommen, weil eine „Umschichtung der Gewalten" unmittelbar bevorstehe. Am 1. Februar finde die erste Vollsitzung der DWK statt, an der die LDP mit einer 15 Mann starken Fraktion teilnehmen werde. Es sei notwendig, auch hier Vertreter der Jugend einzuschalten. Außerdem sei in einzelnen Parlamenten der Zone unsere Kandidatenliste erschöpft. Auch darüber müsse man sich Gedanken machen. Er schlage also vor, bei allen Parteiorganisationen anstelle der Jugendausschüsse Jugendbeiräte zu bilden, die sich aus jungen Parteifunktionären und in der Jugendarbeit und Verwaltung tätigen jungen LDP-Mitgliedern zusammensetzen.

Wir haben im Ausschuß lange das Für und Wider dieses Vorschlages diskutiert. Esch (Mecklenburg) meinte, das Hauptproblem liege nicht im Organisatorischen, sondern darin, daß es in der LDP „mindestens sechs verschiedene Strömungen" gebe, die aus den verschiedenen früheren Parteien wie der Deutsch-Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei usw. kämen. Es sei kein Wunder, wenn sich eine solche Partei nicht zu klaren Entscheidungen durchringen könne. Die Partei müsse endlich einen Weg finden, die der Geschichte des Liberalismus gerecht werde. Sie müsse sich zu einer klaren, einheitlichen Linie bekennen. Esch empfahl ein intensives Studium der Geschichte des Liberalismus.

Ich unterstützte die Ausführungen Eschs und riet zu einer intensiven politischen Schulung der jungen Parteifreunde in den Beiräten sowie zu einer strafferen Führung der Partei. Nur Sigrid Lüders wandte sich entschieden gegen eine Auflösung der Jugendausschüsse. Wir einigten uns schließlich darauf, die gegenwärtige Organisationsform der Jugendarbeit bis zum Parteitag im Februar beizubehalten. Inzwischen soll aber bereits die Konstituierung der Jugendbeiräte erfolgen. Eine Presseveröffentlichung über diesen Beschluß wurde allseits als verfrüht abgelehnt. Ich habe mit von Koerber verabredet, für den Fall eines Parteitagsbeschlusses über die Reform der Jugendarbeit im Potsdamer Kreisverband Diskussionsabende zu veranstalten, zu denen vorwiegend Jugendliche eingeladen werden sollen. Hamann ging übrigens am Schluß unserer Berliner Diskussion auf den Vorschlag ein, die Schulung der Parteimitglieder zu verstärken. Er teilte mit, daß sich der Zonenvorstand am 21. Januar mit dem Plan beschäftigen werde, eine zonale Parteischule zu errichten. Die organisatorische wie auch die finanzielle Seite dieses Projektes seien weitgehend gelöst.

Mittwoch, den 26. Januar 1949

Gestern abend in der neuen HO-Gaststätte Börse ein langes Gespräch mit de Vries über unsere politische Arbeit. Ihn bedrückt genau wie mich der Gedanke, daß unsere Tätigkeit in der LDP bald an jenen Punkt gelangt ist, da weiteres Mitmachen zum Verrat am eigenen Volk werden kann. Wie lange noch dürfen wir dieses System durch unsere – wenn auch erzwungene – Zusammenarbeit mit den Kräften des Weltkommunismus legalisieren? Wir wußten darauf beide keine Antwort.

De Vries berichtete über Gespräche, die er gestern mit Offizieren der SMA geführt hat. Man habe ihn davor gewarnt, weiterhin mit soviel Aktivität in den Kreisverbänden zu arbeiten, und behauptet, er stehe mit Schwennicke in Verbindung (was nicht stimmt!). Man wird ihn nun wohl bald „abschießen". Ich bat ihn, sich eine Zeitlang politisch etwas zurückzuhalten. Er will es tun.

Freitag, den 4. Februar 1949

Am Dienstag und Mittwoch in Cottbus zur Landesarbeitstagung der Volkskongreßbewegung Land Brandenburg „gegen Ruhrdiktat und Besatzungsstatut".[88] Am Dienstagabend ein Festessen mit dem dortigen Kreisvolksausschuß, anschließend bis 5.30 Uhr morgens bei reichlich Alkohol politische Diskussionen im Hotel. Hoffentlich habe ich nicht zuviel Unsinn geredet. Am späten Mittwoch vormittag dann die feierliche Eröffnung der Arbeitstagung in den „Stadtsälen", mit Beethovens Leonoren-Ouvertüre Nr. 3. Es klang ziemlich schlimm. Koerber sprach dann als Volksrat über die Arbeit der Volksausschüsse im Lande Brandenburg. Das Hauptreferat hielt der Vorsitzende des Sekretariats des Deutschen Volksrates, W. Koenen. Er agitierte gegen Ruhrdiktat und Besatzungsstatut. Seine Rede war eine Variation der zu Beginn der Tagung bereits gedruckt vorgelegten Entschließung.

Darin werden den Westmächten die massivsten Vorwürfe gemacht: die „anglo-amerikanischen Imperialisten und ihr französischer Anhang" hätten das Ruhrgebiet „zu einem ihrer schrankenlosen Profitgier ausgelieferten Ausbeutungsobjekt gemacht". Die „Herren der internationalen Truste und Monopole" hätten damit ihr Ziel erreicht, „Westdeutschland zur Kolonie zu degradieren". Im zweiten Teil der Resolution werden „Frauen und Mütter" gefragt, ob sie „noch einmal in tränendurchwachten Nächten um das Leben (ihrer) Lieben bangen" wollten und aufgerufen, den „Machenschaften des internationalen Monopolkapitals und seiner deutschen Strohmänner" die „nationale Selbsthilfe" entgegenzustellen. Und diese „Selbsthilfe" ist natürlich wieder einmal – der Zweijahresplan!

Diese Tiraden stehen im Widerspruch zu sensationell aufgemachten Meldungen aus London über einen angeblichen Kurswechsel der sowjetischen Deutschlandpolitik. So berichtete die „Welt" am 29. Januar, diplo-

matische Kreise in der britischen Hauptstadt hätten Grund zu der Annahme, „daß sich in der Politik Sowjetrußlands gegenüber Deutschland gegenwärtig Änderungen vorbereiten". Dabei stützen sich die Briten – nach Angabe der Zeitung – auf die nachträgliche Sperrung einer Rede Oberst Tulpanows vor der jüngsten Parteikonferenz der SED; auf die von Ulbricht am 27. Januar abgegebene Erklärung, wonach die SED „Berlin als die Hauptstadt Deutschlands und nicht als eine Stadt der sowjetischen Zone" betrachte; und auf Berichte aus der Tschechoslowakei über eine Geheimkonferenz zwischen Wyschinskij und tschechischen Politikern. Nun spekuliert man auf eine sowjetische Friedensoffensive, ausgelöst durch die Erfolge der Berliner Luftbrücke. –

Heute erfuhr ich, daß Parteifreund H. am 6.12.1948 an der Zonengrenze von den Russen verhaftet wurde. Er hatte im November, aus dem Westen kommend, bei mir vorgesprochen. Ich gab ihm damals politisches Material über die Zone zur Information für Westdeutschland mit. Hoffentlich sind die Unterlagen nicht der Besatzungsmacht in die Hände gefallen.

Mittwoch, den 9. Februar 1949

Heute vormittag Sitzung des Landesjugendausschusses im Landtag. Ich berichtete über die Beschlüsse der letzten Sitzung des Zonenausschusses. Man fragte nach dem Vorteil, den sich die Parteileitung von dieser Umorganisation verspricht. Die von Hamann in Berlin gegebenen Begründungen schienen nicht alle zu überzeugen. Vor allem sehen sie Schwierigkeiten mit den eigenen Parteiverbänden, auf die auch wir schon Dr. Hamann hingewiesen haben.

Wir waren uns aber prinzipiell darüber einig, daß die Erneuerung der Partei von der Jugend ausgehen müsse. Manche gingen sogar so weit, die Bildung einer Art von Polit-Büros in der LDP zu fordern, deren Aufgabe es wäre, unsere Parteifunktionäre zu kontrollieren, die sich z. T. durch beachtliche Unfähigkeit und Schlafmützigkeit auszeichnen. Wir müssen vor allem achthaben auf die „Sozis", die in der LDP Unterschlupf gefunden haben, um unter deren Deckmantel die alte sozialdemokratische Parteiarbeit fortzusetzen und die LDP-Politik systematisch zu sabotieren. Diese Leute sitzen zum Teil in den Orts- und Kreisvorständen unserer Partei und machen jede Politik, nur keine liberale!

Ich berichtete dem Ausschuß ferner über die Stellungnahmen der Kreisverbände zum Verfassungsentwurf des Volksrates. Im allgemeinen diskutierten die Kreise nur Artikel 42 (Wahlalter) und die Artikel 18 bis 24, die sich mit der Wirtschaftsordnung der „demokratischen Volksrepublik" beschäftigen. Einige Kreisverbände haben sich trotz wiederholter Aufforderung überhaupt nicht geäußert. Von besonderer Bedeutung ist auch die Frage, ob bei Parteiaustritten die Mandate an die Partei zurückgegeben werden sollen. Die LDP ist für eine entsprechende Regelung, SED und

CDU aber sind dagegen. Parteifreund St. wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß eine prinzipielle Regelung dieser Frage in unserem Sinne schon deshalb schwierig sei, weil in kleineren Orten oft Personen und nicht Parteien gewählt würden. Kein Abgeordneter könne zur Abgabe seines Mandats gezwungen werden.

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SMA in Potsdam vom 5. 2. 1949:

„Im Mittelpunkt des Interesses stand für die Bevölkerung nach wie vor die Frage der Versorgung, wobei immer wieder bemängelt wurde, daß die neu errichteten Läden der Handels-Organisation (HO) so enorm hohe Preise für ihre Waren ausgesetzt haben, die es der Masse der schaffenden Menschen praktisch unmöglich machen, ihren Bedarf dort zu decken. Besonders ungünstig wird dabei von der Bevölkerung vermerkt, daß man jetzt seitens der HO sogar noch daran geht, einzelne Preise zu erhöhen, statt sie allmählich abzubauen, wie es ursprünglich einmal vorgesehen war. Als eine besondere Härte wird es von den Handwerkern und privaten Unternehmern angesehen, daß sie bei mehr als 5 bzw. 10 Angestellten keine Punktkarten erhalten und daß darüber hinaus sogar auch ihre Angehörigen bei der Textilverteilung nicht berücksichtigt werden. Diese Maßnahme erscheint besonders im Hinblick auf die immer wieder geforderte Einschaltung der Privatindustrie in den Wiederaufbau im Rahmen des Zweijahresplans völlig unverständlich.

Die kritische außenpolitische Lage wirkt sich weiterhin außerordentlich negativ auf die Stimmung der Bevölkerung aus und hat eine immer stärker werdende Interesselosigkeit an dem politischen Geschehen zur Folge. Das kommt auch besonders in den durchschnittlich schlecht besuchten politischen Versammlungen, Veranstaltungen, Kundgebungen etc. zum Ausdruck, wobei man selbst den Fragen der Volkskongreßbewegung gegenüber eine zunehmende Gleichgültigkeit beobachten konnte."

Donnerstag, den 17. Februar 1949

Am vergangenen Wochenende mit dem Personenzug nach Spremberg zu einer Kreisdelegiertentagung der LDP, um dort ein wenig auf die Vorstandswahlen Einfluß zu nehmen. Am Vorabend der Tagung hatte mich der Kreisvorsitzende zu einem Kostümfest mitgeschleift, als ich um Mitternacht auf dem Bahnhof Spremberg gelandet war. Seine kaum verhüllte Absicht, meine Unterstützung für seine Wiederwahl am Sonntag zu erhalten, stand indessen zu den Plänen der Landesleitung nicht im Widerspruch. Gewiß: M. ist ein recht schwacher Kreisvorsitzender in unserem schwächsten Kreisverband und genießt darum auch bei seinen Parteifreunden wenig Ansehen. Sein Rivale ist wohl etwas fähiger, dafür aber ein korrupter Mensch. So versuchte ich mein Referat am Sonntag vormittag im Gasthof „Zur Post" so einzurichten, daß es die Wiederwahl des Herrn M. begünstigte. Es klappte auch alles wie gewünscht. Zum Dank lud mich der neu- und wiedergewählte Vorsitzende zu einem sehr gehaltvollen Mittagessen ein. An diesem Tage wurde ich übrigens 27.

Am 24. Februar fahre ich nach Eisenach zum Zonenparteitag der LDP. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen die Neuwahlen zum Parteivorstand und die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms. Hoffentlich

tragen die Eisenacher Tage dazu bei, die Situation in unserer Partei zu klären und ihr eine feste und verantwortungsbewußte Führung zu geben. Prof. Kastner und Dr. Hamann werden ein Jahr lang die Möglichkeit haben, die Richtigkeit und den Wert ihres Kurses zu beweisen, von dem ich glaube, daß er allein uns aus dem Zustand des ewigen „Schwimmens" noch befreien könnte. Es gibt allerdings in der Mitgliedschaft eine starke Opposition gegen Kastner, und so kann es in Eisenach auch „Pannen" geben. Aber die SMA hat bereits dafür gesorgt, daß nur Vertreter des „fortschrittlichen Kurses" als Delegierte nach Eisenach fahren. Kastnergegner wurden vielfach von den Delegiertenlisten gestrichen. Das nennt man „gelenkte Demokratie".

Dienstag, den 1. März 1949 (Fastnacht)

Eisenach ist vorüber, und die LDP hat ihre neue Führung. Der Verlauf des Parteitages hat bei den Parteifreunden eine optimistische Stimmung hervorgerufen. Trotz mancher Schwierigkeiten zeigte die Partei schließlich doch ein Bild beachtlicher Geschlossenheit und politischer Entschlossenheit. Das neue Programm ist sehr gelungen: klar, eindeutig, wie aus einem Guß, sehr liberal und realistisch. Damit werden wir gut arbeiten können.

Als de Vries und ich am Morgen des 25. Februar nach insgesamt 11½-stündiger Bahnfahrt völlig übermüdet in Eisenach eintrafen, erwarteten uns im Hotel böse Nachrichten. Eine Reihe der anreisenden Parteimitglieder war in mehr oder minder schwere Autounfälle verwickelt worden. Besonders schlimm hatte es den Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen, Brettschneider getroffen, der inzwischen seinen schweren Verletzungen erlegen ist. – Wir legten uns erst einmal für ein paar Stunden aufs Ohr und wanderten dann am Nachmittag auf die Wartburg, einst das Symbol der Einheit – heute der Zersplitterung Deutschlands.

Am Sonnabendmorgen versammelten sich im großen Saal des Hotels „Fürstenhof" die Delegierten und Gäste aus allen Teilen der Zone. Der Raum war sehr geschmackvoll mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und Bildern deutscher Städte geschmückt, die Bühne schwarz ausgeschlagen; eine Pylone trug das Bild des verstorbenen Vorsitzenden Külz. Der Vorstandstisch auch kunstvoll mit schwarz-rot-goldenen Fahnen drapiert. Über dem Saal lag eine gespannte Atmosphäre.

Ich nahm mit de Vries auf der Galerie an der Längsseite des Saales Platz und beobachtete von oben das Geschehen. An langen Tischen saßen die Landesverbände geschlossen nebeneinander. An der Spitze der Tische, gegenüber der Bühne, jeweils die politischen Offiziere der Sowjetischen Militäradministrationen der Länder. Zu Beginn der Tagung erschien auch noch der Leiter der Informationsabteilung der SMA Karlshorst, Oberst Tulpanow, mit seinen Offizieren. Er setzte sich an einem Tisch an der rechten Seite des Saales unter die dortige Empore. Das Philharmonische

Orchester der Stadt Eisenach spielte die für Kongreßeröffnungen offenbar unvermeidliche Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 von Beethoven. Ein Schauspieler des Stadttheaters rezitierte „Goetheworte" (es ist ja Goethejahr!), und das Orchester musizierte erneut, diesmal Richard Straußens Festmarsch. Dann Begrüßungsansprachen und Regularien. Nach der Mittagspause zunächst Satzungsänderungen – die Jugendausschüsse wurden in Beiräte umgewandelt – Geschäfts-, Finanz- und Prüfungsberichte. Endlich, am späten Nachmittag, die „Wahl des Parteivorsitzenden", wie es auf der gedruckten Tagesordnung nicht ganz der Wahrheit entsprechend hieß. Denn korrekt hätte es natürlich „Wahl *der* Parteivorsitzenden" heißen müssen, nachdem der Hauptausschuß der Partei am Freitagvormittag dem offenbar von der SMA lancierten Vorschlag zugestimmt hatte, nicht einen Vorsitzenden, sondern ein „Gespann" zu wählen, das aus den Herren Hamann und Kastner bestehen sollte.

Trotz dieses Beschlusses schien die Rechnung der SMA und der Parteiführung zunächst nicht aufzugehen. Mecklenburgische Delegierte berichteten uns am Sonnabendmorgen, ihr Landesverband werde am Nachmittag geschlossen gegen Prof. Kastner stimmen. Als dann Leonhard Moog, der die Vorstandswahlen leitete, den Wahlvorschlag Hamann – Kastner zur Abstimmung stellte und die Delegierten bat, durch Erheben von den Plätzen diesem Vorschlag ihre Zustimmung zu geben, blieben tatsächlich die meisten Delegierten Mecklenburgs, aber auch einige sächsische Delegierte sitzen. Moog bat erneut, durch Erheben die Zustimmung zu geben. Ich beobachtete, wie sich die „Sitzengebliebenen" umschauten und wohl die Chance abschätzten, durch ihr Verhalten die Doppelwahl doch noch verhindern zu können. Bald sah man aber den einen oder anderen der Kastner-Gegner sich langsam erheben. Moog wartete geduldig, bis auch der letzte der Delegierten aufgestanden war: Kastner und Hamann waren nun einstimmig „gewählt"![88a]

Am Tage vor der Wahl war im Hauptausschuß das Wort gefallen, daß Kastner nur auf „den Schultern Hamanns" durchgebracht werden könne. Koerber hatte sich, wie er mir am Sonntagabend in der Hotelbar berichtete, energisch gegen diese Formulierung gewandt. Er hielt sie für gefährlich, weil sie eine Art Rangordnung unter den Vorsitzenden festlegen würde, die tunlichst vermieden werden müsse. Gewiß besitzt Hamann ebenso viele Sympathien wie Kastner Antipathien. Die Beifallskundgebungen nach dem Rechenschaftsbericht Hamanns waren stürmisch, während sich Kastner am ersten Tage mit einem lauen, höflichen Applaus begnügen mußte. Doch als der beleibte Professor am zweiten Tag ein groß angelegtes, brillantes Referat gehalten hatte, gab es auch für ihn endlich brausenden Beifall des ganzen Parteitages.

Am Sonntag abend gab übrigens das Stadttheater Eisenach für die Delegierten und Gäste eine Sondervorstellung von Zuckmayers „Hauptmann von Köpenick". De Vries und mir hat dieses Stück sehr gefallen.

Sonntag, den 6. März 1949

Molotow wurde seines Postens enthoben und der Großinquisitor der Sowjetunion Wyschinskij sein Nachfolger. Diese sensationelle Neuigkeit brachte die Ostpresse gestern nur an beiläufiger Stelle, ganz kurz und ohne Kommentar. Dagegen informierte die Westpresse ihre Leser in großer Aufmachung mit Riesenschlagzeilen und Fotos von Molotow und Wyschinskij. Dieser Wechsel an der Spitze des sowjetischen Außenministeriums erfolgte – wie die „Welt" gestern betonte – wenige Tage vor dem Abschluß des Nordatlantik-Paktes.[89] Einige politische Beobachter des Westens sehen in diesem Postenwechsel eine Neuorientierung der sowjetischen Politik im Sinne einer Verständigung mit dem Westen. Andere meinen, die Berufung des sowjetischen Chefdelegierten bei der UNO bedeute eine Verschärfung des Kurses der UdSSR und somit den unvermeidlichen Konflikt zwischen Ost und West. So erklärten diplomatische Kreise in Washington: „Dies bedeutet nichts Gutes". Sie vermuten, daß die in Stalins jüngstem Presseinterview erkennbare versöhnliche Linie – Anregung zu einem Treffen mit Präsident Truman – nunmehr zu einem schroffen Ende gekommen sei. Warten wir es ab.

Sonnabend, den 12. März 1949

Die westliche Welt schließt sich gegen die sowjetische Aggression in dem sogenannten „Atlantikpakt", einem zehn Staaten umfassenden militärischen Bündnis, zusammen. Die östliche Welt beantwortet diesen Schritt mit einer gigantischen Propaganda-Offensive, die an jüngst vergangene Zeiten erinnert. Wir Ostzonenbewohner sollen gezwungen werden, die kommunistische Aggression aktiv zu unterstützen, wie den Reden prominenter deutscher Kommunisten zu entnehmen ist.[90] Ich hatte in den letzten beiden Nächten bereits schlimme Kriegsträume. Bin wohl auch schon ein Opfer der gegenwärtigen hysterischen Krisenstimmung.

Das amtliche Nachrichtenblatt der FDJ („Juna") schrieb in Nr. 7 des 3. Jahrganges vom Februar 1949: „Wir haben viel von Armeen gehört, aber wohl nur eine kennengelernt, die man, wenn man den Frieden liebt, mit ruhigem Gewissen achten, ja sogar lieben (!) kann ... Es ist keine Armee von Militaristen – solchen, die die Uniform lieben um der Uniform willen –, es ist eine Armee von Menschen, die mit dem Leben, mit dem Volk verbunden sind; Menschen, die Helden hervorgebracht haben ... Noch nie hat eine Armee so im Interesse der Arbeiter und Bauern gekämpft wie die Sowjetarmee ... im Interesse von Millionen, auch uns. Haben wir alle darüber nachgedacht, daß der Kampf der Sowjetarmee in unserem Interesse war ...? Die Sowjetarmee ist unser Freund ... sie ist die Armee des anbrechenden Morgens."

Seit dem Parteitag hat die NKWD wieder zwei Funktionäre unserer Partei im Lande Brandenburg verhaftet: den kommissarischen Kreisvor-

sitzenden von Niederbarnim, Lang, und den kommissarischen Kreisvorsitzenden von Zauch-Belzig, Wenda. Die Sowjetarmee ist unser Freund ...

Donnerstag, den 17. März 1949

Auf der gestrigen Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes gab von Koerber eine Art Verlustliste der brandenburgischen LDP bekannt. Er zählte zunächst die jüngst Verhafteten auf: Wenda, den er rechtzeitig gewarnt habe; Lang, bei dem angeblich 700 Dollar gefunden wurden. Er erwähnte die Aktion der Volkskontrolle gegen den Kreisvorsitzenden von Eberswalde, Richard T., bei dem man 20 Zentner Zuckerrüben entdeckt habe, die T. jedoch an seine Angestellten verteilen wollte. Parteifreund Sch. aus Britz sei nach einem schweren Zusammenstoß mit Bechler wegen der Blockpolitik aus der Partei ausgetreten. Noch immer beschäftige uns der Fall Kuhberg.[91] Es seien in der Partei Strömungen vorhanden, die bewiesen, daß einige Mitglieder die Zeichen der Zeit nicht richtig erkannt hätten. Wir müßten uns von den Menschen in aller Freundschaft trennen, die einen anderen Weg betreten wollten. Die Partei sei „kein Verein von Philistern und Schwadroneuren".

Auf diesen Bericht von Koerbers ging in der anschließenden Aussprache niemand auch nur mit einem Wort ein. Die Anwesenheit eines Vertreters der Besatzungsmacht gebot ohnehin Zurückhaltung. Diese ließ lediglich die Frauenreferentin, Parteifreundin L., am Ende der Sitzung vermissen, als sie in einem ganz anderen Zusammenhang plötzlich SMA und Landesleitung gemeinsam attackierte. Es ging hier um eine an sich belanglose Geschichte, eine der üblichen Redereien. Die beiden Vorstandsdamen hatten gerade wieder einmal von Koerber wegen mangelnder Förderung der Frauen in der Partei kritisiert und ihm „den Krieg erklärt". Koerber hatte diesen Angriff noch mit Humor hingenommen. Da meldete sich Frau L. erneut zum Wort und erzählte eine Geschichte von einer Parteifreundin R., die nach dem Westen gereist sei, um ihren dort lebenden Sohn zu besuchen. Nach Angaben von Frau L. habe daraufhin die SMA angerufen und sich erkundigt, wo Frau R. geblieben sei. Der sowjetische Anrufer habe den Verdacht geäußert, daß Frau R. – wie sich Frau L. ausdrückte – nach dem Westen „getürmt" sei. L. behauptete nun, dieses Gerücht sei der SMA von der Landesleitung zugetragen worden. Sie nannte auch gleich die Namen der Verdächtigen: von Koerber, Steffen und Frl. T., die ihres Wissens einzig und allein zur SMA gingen. Von Koerber reagierte überaus heftig und rief Frau L. „zur Ordnung". Er bat den anwesenden politischen Offizier der SMA, Kapitän Zerebrennek, um eine Stellungnahme. Der erklärte, ein Anruf der SMA mit dem von Frau L. behaupteten Inhalt sei nicht erfolgt. Auch habe er keinerlei Nachricht von außen in diesem Sinne erhalten.

Freitag, den 25. März 1949

In den letzten zehn Tagen acht Vorträge über das Eisenacher Programm: vor Parteifreunden in Bad Saarow, Fürstenwalde und Nauen, sowie vor Verwaltungsangestellten in Potsdam und Babelsberg. Dieses Programm bietet eine vorzügliche Möglichkeit, urliberale Vorstellungen (wie Ablehnung des Einparteiensystems, Bekenntnis zum Rechtsstaat, Ablehnung des Klassenkampfes, Plädoyer für die Privatwirtschaft u. s. f.) offen zu proklamieren, ohne der SED und der Besatzungsmacht die Handhabe zum Eingreifen zu geben. Erstaunlich positiv war die Reaktion auf den insgesamt fünf Veranstaltungen mit Potsdamer Verwaltungsangestellten. Gestern, beim letzten Vortrag im Sitzungssaal des Stadtparlaments, kam zum Schluß der Chef der Personalabteilung U. (SED) auf mich zu, drückte mir die Hand und gratulierte zum Erfolg. Sicherlich ein alter SPD-Genosse. Mühlmann behauptete heute nachmittag, den Kommunisten habe das freimütige Bekenntnis zum Liberalismus imponiert, ich würde es gern glauben.

Am Dienstag abend besuchte ich eine NDP-Versammlung im „Volkstheater" (früher „Alter Fritz") in der Zimmerstraße. Ich begründete in der Diskussion die kritische Einstellung der LDP zu dieser neuen Partei. Die „Tagespost" berichtet heute darüber nicht sehr korrekt. Die „wachsende Aktivität" dieser Partei (der NDP) – so meinte das Blatt – habe darin eine Bestätigung gefunden, „daß die LDP ihren Landesreferenten Schollwer entsandte, der mit der Frage, warum eigentlich noch eine neue Partei, indirekt eine gewisse Besorgnis vor kommenden Erfolgen der NDP bestätigte". Die Wahrheit ist, daß meine Dienststelle von meinem beabsichtigten Besuch der Bolz-Partei gar nichts wußte. Auch sehen wir gerade nach Eisenach überhaupt keinen Anlaß zur Besorgnis vor Erfolgen dieser seltsamen Partei. Im Gegenteil!

Kriegsängste – Hauptausschuß in Leipzig – SMA gegen Herbstwahlen

Donnerstag, den 31. März 1949

Vormittags Sekretariatssitzung des Landesvolksausschusses. Hauptthema der Beratungen: die Vorbereitung der Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß.[92] Das Präsidium des Deutschen Volksrates hat gestern die Einzelheiten festgelegt. Danach sollen die Wahlen am 15. und 16. Mai stattfinden. Wahlagitation und Abstimmung stehen unter der Losung „Für demokratische Einheit Deutschlands und baldigsten (!) gerechten Frieden". Es sind insgesamt 1500 Delegierte zu wählen. Die Verteilung der Mandate

auf die Parteien und Massenorganisationen erfolgt nach dem bisher angewandten „Verteilungsschlüssel". Das bedeutet konkret: SED und die von ihr abhängigen Massenorganisationen erhalten 850 Mandate, LDP und CDU je 225, NDP und DBD je 75. Für die drei westlichen Besatzungszonen werden insgesamt 500 Delegierte gewählt.

Zum Abstimmungsvorgang beschloß das Präsidium: jeder Wähler erhält im Abstimmungslokal einen Stimmzettel, auf dem die Namen der im Stimmkreis zu wählenden Delegierten verzeichnet sind. Die Liste der Kandidaten für den Stimmkreis steht in ihrer Gesamtheit zur Abstimmung (Einheitsliste). Der Wähler stimmt mit Ja oder Nein für diese Liste.

Koerber hat heute ein Rundschreiben an alle Kreisverbände versandt. Darin heißt es u.a.: „Die Vereinigten Nationen haben sich als unfähig erwiesen, der Gefahr (Weststaat, Ruhrstatut, Besatzungsstatut) entgegenzutreten, sie sind deshalb nicht mehr als Friedensinstrument zu betrachten ... (Punktum!). Es müßte eine Friedenskonferenz in Permanenz tagen, bis die Gefahr eines Krieges endgültig überwunden ist."[93]

Gestern meldete die Westpresse in Schlagzeilen die Abberufung Sokolowskijs von seinem Posten als Befehlshaber der sowjetischen Besatzungsstreitkräfte. Der „Telegraf" wies in seiner Meldung daraufhin, daß sich während der Amtszeit Sokolowskijs die Beziehungen zwischen der SMA und den westlichen Besatzungsmächten ständig verschlechtert haben. Ist also die Ablösung des sowjetischen Marschalls ein neues (trügerisches?) Zeichen für einen milderen Kurs Moskaus gegenüber dem Westen?

Dienstag, den 5. April 1949

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SMA:

„Die außenpolitische Entwicklung mit ihren sich ständig verschärfenden Spannungen, die in erster Linie zu Lasten Deutschlands gehen, rufen bei der Bevölkerung Beunruhigung hervor; die Angst vor einem neuen furchtbaren Krieg ist allgemein. Überall wird die sogenannte Währungsumstellung in Westberlin als ein Schritt zur weiteren Zerreißung unseres Vaterlandes angesehen und abgelehnt.[94] Gerade diese Maßnahme der Westmächte hat in den Bevölkerungskreisen eine verstärkte Ablehnung der westlichen Besatzungspolitik hervorgerufen ... Noch immer werden auch vereinzelt Klagen laut über Entlassungen aus dem Verwaltungdienst aus parteipolitischen Gründen. Sehr häufig wird ferner der dringende Wunsch geäußert, daß durch Verhandlungen mit der SMA und der DWK eine Anzahl von offensichtlich zu Unrecht vorgenommenen Enteignungen von sonstigem Vermögen durch Revisionsverfahren endlich rückgängig gemacht wird ... "

Freitag, den 8. April 1949

Die am 15. und 16. Mai stattfindenden Volkskongreßwahlen stoßen bei der Bevölkerung auf Abneigung. Die Menschen fürchten, wieder einmal überfahren und betrogen zu werden. Ich teile diese Befürchtungen eigentlich nicht. Diese Veranstaltung dient ohnehin nur propagandistischen

Zwecken, daraus machen die Kommunisten ja auch kaum einen Hehl. Was ich befürchte, ist etwas ganz anderes: daß ein ungünstiges Wahlergebnis den sicheren Ausfall der versprochenen – echten – Herbstwahlen zur Folge hätte. Die Volkskongreßwahl scheint mir eine Art Generalprobe der Besatzungsmacht und der SED zu sein, um die Stimmung der Bevölkerung zu erkunden und festzustellen, ob wir Zonenbewohner schon genug „demokratisiert" sind.

Inzwischen verschärft sich die außenpolitische Situation ständig. Der Atlantikpakt (Anti-Rußland-Pakt) wurde unterzeichnet, und das Bonner Parlament[95] lehnte jede Fühlungnnahme mit der Ostzone ab. Die drüben sind genau so verblendet wie unsere „Volksdemokraten". Wir Deutschen sind wohl zu dumm, um das Gebot der Stunde zu erkennen: Einigkeit!

Dienstag, den 12. April 1949

Gestern früh nach Leipzig zur Sitzung des Hauptauschusses der LDP im Neuen Rathaus. Die Tagesordnung enthielt 6 Punkte: Wahl des Vorsitzenden und der beiden Stellvertreter, Stellungnahme zum Weltfriedenskongreß[96], Aussprache über die Wahlen zum Volkskongreß, Finanzfragen der Partei, Satzungen über das Parteigerichtsverfahren und der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates. Dr. von Stoltzenberg wurde durch Akklamation zum Vorsitzenden, Stadtkämmerer Hans Meier aus Jena und Henze aus Staßfurt zu seinen Stellvertretern gewählt. Außerhalb der Tagesordnung hielt Kastner ein längeres und wie üblich schwungvolles und egozentrisches Referat über die Entwicklung der Partei seit Eisenach. Genüßlich berichtete er über seine Gespräche mit sowjetischen Vertretern in Moskau. Er habe, so Kastner, in der sowjetischen Hauptstadt vor einem großen Kreis von Künstlern und Wissenschaftlern erklärt, er bewundere, was sie mit ihrer Methode erreicht hätten. Aber als Nichtmarxist – „ich bin nicht Sozialist und auch nicht Kommunist" – dürfe er vielleicht darauf aufmerksam machen, daß man sich vor dem Gedanken hüten müsse, ein solches Ergebnis rechtfertige auch die schematische Übertragung der Methoden auf ein Land mit ganz anderer wirtschaftlicher Entwicklung. Das lehne er ab. Und was habe er darauf zu hören bekommen? „Es kam einer der prominenten Leute und sagte mir, er habe meine Ausführungen mit Interesse gehört. Auch sie seien der Auffassung, daß eine schematische Übertragung ihrer Methoden nicht möglich sei." Kastner meinte, er wünschte, daß dieser Gedanke, der für Moskau selbstverständlich sei, auch hier in den Kreisen, „die insbesondere als Interpreten Moskauer Denkens hervortreten", doch „bis zur letzten Wurzel" Fuß fassen möge.

Später berichtete Dieckmann über seine jüngste Reise nach Westdeutschland. Er behauptete, die Bevölkerung Westdeutschlands sei mit den Machenschaften ihrer Vertreter im Bonner Parlamentarischen Rat überhaupt nicht einverstanden und bringe „unserem Kampf für die Wie-

derherstellung der deutschen Einheit" außerordentlich großes Verständnis entgegen.

Längere Zeit debattierte der Hauptausschuß über Probleme der künftigen Parteifinanzierung. Es herrschte weithin Übereinstimmung, daß der Zentralfinanzierung der Vorzug zu geben sei.[97] Eine Dreierkommission soll dieses Problem prüfen und Vorschläge ausarbeiten.

Sonntag, den 24. April 1949

Am Donnerstag bei Kastner. Mir war von der Parteileitung (Flatau) ein Wink gegeben worden, daß er sich nach einem politischen Referenten umsehe. Flatau hatte auf mich hingewiesen. Das Gespräch mit dem Professor fand in dessen Büro in der DWK statt.

Kastner erkundigte sich nach meinen bisherigen Tätigkeiten, stellte weitere Fragen, die meine politischen und privaten Verhältnisse betrafen und entließ mich nach etwa 20 Minuten herablassend mit dem Bemerken: er glaube, daß dieser Besuch nicht ganz vergeblich gewesen sei, wenn er mir auch keinerlei Versprechungen machen könne, wann ich meine neue Tätigkeit beginnen könne und ob überhaupt. Ich habe diesem Gespräch – wenn auch aus anderen Gründen – wenig Bedeutung beigemessen, obwohl ich wünschte, vom Landesverband fortzukommen. Kurz vor Ostern ist es nämlich zu einem sehr unerfreulichen Zusammenstoß mit von Koerber und dessen Sekretärin T. gekommen.

Am Freitag eine fast fünfstündige Sitzung des erweiterten Landesvorstandes im Restaurant „Volkstheater". Koerber berichtete sehr unkonzentriert über den Eisenacher Parteitag und ging dabei auf die Beziehungen zur Sowjetunion ein, die er einen „politischen Förderer unserer eigenen Ideen" nannte. Das bringe natürlich auch Verpflichtungen mit sich. Dann eine leise Drohung: es gebe noch immer Elemente, „die die politische Linie stören, die das Vertrauen (der Sowjetunion) untergraben, weil sie eine abwegige Politik treiben". Koerber bat die Kreisvorsitzenden und Kreisgeschäftsführer, den Landesverband bei Parteiaustritten über die genauen Austrittsgründe zu unterrichten. „Die wirklichen Gründe möchten wir wissen, nicht die scheinbaren oder die formellen", damit man daraus politische Lehren ziehen könne. Er redete dann noch viel über Blockpolitik, Zweijahresplan, die Zukunft der Privatindustrie, allgemeine und spezielle Wirtschaftsfragen, die Zukunft der Apotheker usw.

Nach diesem kunterbunten Durcheinander von politischen Fragen und Problemen ergriff Mühlmann das Wort. Er beschäftigte sich vor allem mit der Volkskongreßbewegung. Dabei versuchte er, die weitverbreiteten Bedenken gegen die Volkskongreßwahlen im Mai so zu artikulieren, daß ihm die SMA keinen Strick daraus drehen kann. Er schob die Annahme, „daß der Bildung eines deutschen Weststaates die eines Oststaates folgen und daß der aus dem 3. Volkskongreß hervorgehende Volksrat das Zonenpar-

lament unter mehr oder minder starker Ausschaltung der Länderparlamente darstellen werde", einfach der „Propaganda aus dem Westen" zu. Das könne schon deshalb nicht wahr sein, meinte er, weil sich hiergegen in der Bevölkerung berechtigte Bedenken erheben würden, da die Verteilung der Mandate für den Volkskongreß auf dem Wahlergebnis von vor bald drei Jahren beruhe. Eine neue Befragung der Wähler ergäbe voraussichtlich „eine erhebliche Veränderung in dem Stärkeverhältnis der Parteien". M. erinnerte daran, daß von maßgebender Seite wiederholt versichert worden sei, der Volksrat solle nur für Einheit und Frieden wirken, an die Bildung eines deutschen Oststaates sei indessen nicht gedacht. „Dies würde dem von uns vertretenen Einheitsgedanken ja auch direkt widersprechen", meinte Mühlmann treuherzig.

In der anschließenden Diskussion bemängelte Heinrich (Ruppin) den brandenburgischen Delegiertenschlüssel zum 3. Volkskongreß. Während man der CDU 35 Delegierte zugestanden habe, solle die LDP nur 20 stellen. Auch sei es nicht gerechtfertigt, daß die kleinen Parteien wie NDP und die Bauernpartei je 13 Delegierte zugeteilt bekämen. Müller (Frankfurt/O.) kritisierte, daß sich die LDP oft zum „Anwalt unzufriedener Elemente, besonders in der Wirtschaft", gemacht habe. Man müsse sich von Leuten trennen, „die durchaus nicht ehrlich in ihrem politischen Handeln sein wollen". Köhn (Wittenberge) ermahnte den Landesverband zu Parteidisziplin. Er beklagte, daß sein Kreisverband durch das Verhalten des Landesverbandes an Ansehen verloren habe. Nur Will (Perleberg) ging direkt auf Mühlmanns Ausführungen zu den Volkskongreßwahlen ein und bestätigte die Ansicht der Bevölkerung, daß die Mai-Wahl ein Ersatz für die kommenden richtigen Wahlen im Herbst sein sollte. Auf den kritischen Hinweis eines Kreisvorsitzenden, daß zur Pariser Friedenskonferenz kein LDP-Mann habe fahren dürfen, erklärte von Koerber: die Schuld daran sei einzig und allein bei den Franzosen zu suchen. Sie hätten Dr. Loch kein Einreisevisum erteilt. Wenn Nuschke habe reisen dürfen, so läge das wohl daran, daß dieser „mehr Beziehungen zum Himmel oder Gott weiß zu wem" habe.

Im weiteren Verlauf der Sitzung berichtete ich über die Arbeit der Volksausschüsse in Verbindung mit unseren Kreisverbänden. Obwohl die Landesleitung am 25. September 1948 in einem Rundschreiben alle Kreisverbände aufgefordert hatte, über die Verfassungsdiskussion zu berichten, sind lediglich 7 der 30 Kreisverbände dieser Aufforderung nachgekommen. Ich gab sodann einen Überblick über den Ablauf der Wahlen im Mai, begründete Form und Inhalt dieser Abstimmung und schlug dann noch einmal in die Kerbe Mühlmanns: Einheitsliste ja, aber nur für die überparteiische, alle politischen Richtungen umfassende Volkskongreßbewegung. Im Herbst aber müsse und werde die Bevölkerung in einer allgemeinen, geheimen und Listenwahl ihren Willen kundtun, welcher der Parteien sie das meiste Vertrauen schenke.

Ich hatte nicht das Gefühl, daß die Parteifreunde meiner Voraussage Glauben schenkten. Aber ich glaube ja auch selbst nicht mehr daran.

Sonnabend, den 30. April 1949

Die SMA hat uns jetzt untersagt, weiterhin über die Wahlen im Herbst zu sprechen. Warum? Entweder will sie wiederum die fälligen Gemeindewahlen verbieten oder aber doch die LDP daran hindern, die Wahlen rechtzeitig vorzubreiten. Koerber berichtete heute, die SMA übe bereits wieder verstärkten Druck auf die Zonenleitung aus, um die LDP einzuschüchtern, zu verwirren und unsere politische Arbeit zu desorganisieren. Koerber erwartet offenbar neue Bedrängnis für unsere Partei.

Die USA und die Sowjetunion haben inzwischen in Lake Success erneut Gespräche über Berlin und Deutschland aufgenommen. Gesprächspartner sind die Vertreter beider Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Jessup und Malik. Das erfüllt die Welt mit neuen Hoffnungen. Eine Entscheidung über offizielle Verhandlungen zwischen den ehemaligen Kriegsalliierten ist bis zur Stunde allerdings noch nicht gefallen. Es scheint jedoch auf beiden Seiten eine gewisse Neigung vorhanden zu sein, sich über die heiklen politischen Probleme friedlich auseinanderzusetzen. Ob die USA und die Sowjetunion dabei den ehrlichen Willen zur Verständigung mitbringen, erscheint nach den bisher gemachten Erfahrungen zweifelhaft.

Mittwoch, den 4. Mai 1949

Soeben (21.30 Uhr) kommt durch den RIAS die Nachricht, die vier Alliierten hätten sich geeinigt, am 12. Mai die Berlin- und die Zonenblokkade aufzuheben und am 23. Mai den Rat der Außenminister zusammentreten zu lassen. Damit wäre ein entscheidender Schritt zur Verständigung zwischen Ost und West getan. Weiter so!

Gestern mit de Vries im Heimkehrerlager bei Fürstenwalde. Wir sprachen am Abend vor ca. 800 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen aus Polen. Ich referierte über das Eisenacher Programm und hatte noch nie ein so dankbares und begeistertes Publikum. Auch in der Diskussion gab es anhaltenden Beifall, als ich erklärte, wir Deutsche müßten unser eigenes Staats- und Wirtschaftssystem aufbauen, wenn wir uns in unserem Vaterlande wohlfühlen wollten. Im übrigen war die Diskussion recht anstrengend. Wir (neben de Vries waren auch noch zwei Parteifreunde aus dem Kreisverband dabei) hatten es zum Teil mit gutgeschulten „Antifa-Leuten“[98] zu tun, sind aber gemeinsam doch wohl ganz gut über die Runden gekommen.

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SMA vom gleichen Tage:

„Im Vordergrund des Interesses auf außenpolitischem Gebiet stehen bei der Bevölkerung die Verhandlungen der Sowjetunion mit den USA über die Möglichkeit einer Aufhebung der Berliner Blockade und den Zusammentritt einer neuen Außenministerkonferenz der vier Großmächte. Die Aussicht auf Entspannung der außenpolitischen Situation läßt die Menschen aufatmen und vermindert ihre Furcht vor einem kriegerischen Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion. Auf innenpolitischem Gebiet beschäftigt man sich vornehmlich mit den Wahlen zum Volkskongreß, wobei die Bevölkerung durch die mannigfaltigsten, unkontrollierbaren Gerüchte beunruhigt wird. Die Furcht, daß mit diesen Wahlen die fälligen Parlamentswahlen im Herbst hinfällig werden könnten, ist allgemein, denn die Bevölkerung wünscht mit aller Entschiedenheit die Durchführung dieser Wahlen."

Sonnabend, den 7. Mai 1949

Gestern den ganzen Tag in Senftenberg zur III. Landesdelegiertenkonferenz der FDJ. Es war deprimierend und widerwärtig zugleich. Im Gesellschaftshaus hatte sich eine fanatisierte Gruppe junger Menschen versammelt, die sich völlig unzweideutig zum Bolschewismus und zum Söldnerdienst für die Rote Armee bekannte. Die Kriegs- und Hetzreden der Funktionäre wurden von Zeit zu Zeit durch kommunistische Kampflieder unterbrochen. Ich war fast krank vor Erregung über diese von den Kommunisten verhetzte Jugend. Obwohl die Konferenz noch bis zum Sonntag dauert, bin ich bereits heute morgen wieder von S. abgereist. Ich konnte diesen Rummel nicht mehr ertragen.[99]

Mittwoch, den 11. Mai 1949

Zum ersten Male mußte eine Besatzungsmacht vor dem entschlossenen Willen der Bevölkerung kapitulieren! Auf Anordnung der Sowjets war gestern eine neue Tarifordnung für die Berliner S-Bahn in Kraft getreten. Sie war so unsinnig und kompliziert, daß sich kein Mensch mehr zurechtfand. Fahrkarten sollten nur noch am Lösungstage Gültigkeit haben. Rückfahrkarten nur unter bestimmten Bedingungen ausgegeben werden. An den Fahrkartenschaltern kam es zu riesigen Menschenschlangen, Tausende mußten stundenlang nach einer Fahrkarte anstehen. Auf vielen S-Bahnhöfen griffen die empörten Berliner schließlich zur Selbsthilfe: sie stürmten die Sperren, um ohne Fahrkarten ihre Züge zu erreichen. Ganz Berlin, ob Ost oder West, war in heller Empörung. Selbst der Stadtreporter des kommunistischen „Radio Berlin" mußte zugeben, daß er noch niemals die Berliner in einer solchen Erregung gesehen habe. RIAS, NWDR und „Radio Berlin" forderten einmütig (!) von der kommunistischen Reichsbahndirektion die sofortige Abänderung der neuen Tarifordnung. Deren Chef, der Genosse Kreikemeyer, gab in einem Interview bekannt, daß er „schärfste Anordnungen" zur Beseitigung der „organisatorischen Mängel" bei der Durchführung der neuen Tarifordnung gegeben habe. Noch keine vierundzwanzig Stunden nach ihrer Einführung sah sich Kreike-

meyer gezwungen, die vor dem 10. Mai gültige Regelung wieder in Kraft zu setzen.

In etwas mehr als zwei Stunden, um 0.00 Uhr am 12. Mai, ist die Berliner Blockade beendet. Von dann ab fahren wieder täglich 16 Interzonenzüge nach Berlin. Die Paketsperre zwischen den Zonen ist aufgehoben, ebenso alle Einschränkungen des Verkehrs, die nach dem 1. März 1948 eingeführt worden waren. Die Luftbrücke der Westmächte bleibt bestehen, und auch ein Austausch der ostzonalen und westzonalen Zeitungen findet zunächst noch nicht statt. Aber auch hier hofft man allgemein auf eine Einigung der Großmächte. Das ist ein kleiner Schritt vorwärts. Am 23. Mai tagt der Außenministerrat in Paris. Das ist die letzte, die allerletzte Chance für eine Einigung über Deutschland. Gelingt sie diesmal nicht, kommt sie niemals mehr zustande.

Heute morgen auf der Sitzung der Landeswahlkommission gab Meschkat Erläuterungen über die Aufgaben der Kommission z. B. bei Entgegennahme von Einsprüchen oder bei Nichtwahrung des Wahlgeheimnisses bekannt. Da die Delegiertenwahlen zwei Tage dauern werden, ist im Merkblatt Nr. 2 des Deutschen Volksrates genau vorgeschrieben, wie die Ergebnisse des ersten Tages übermittelt und sicher aufbewahrt werden.[100] Die Landeswahlkommission wird voraussichtlich dreimal zusammentreten: am Nachmittag des ersten Wahltages, am Morgen des zweiten sowie nach Beendigung der Wahlen, sobald das Wahlergebnis feststeht.

Sonntag, den 15. Mai 1949

Heute morgen begannen die sogenannten Volkskongreßwahlen. Die gesamte Westpresse und vor allem die westlichen Rundfunksender rieten der Ostzonenbevölkerung, auf dem Stimmzettel den Nein-Kreis anzukreuzen. Im Kreise Teltow sollen, wie uns ein Offizier der SMA heute nachmittag auf der Sitzung der Landeswahlkommission erzählte, angeblich für jedes abgerissene Plakat des Volkskongresses 0,50 DM gezahlt werden. Von wem, das wußte der Russe offenbar auch nicht. Wir sind alle auf den Ausgang der Wahlen gespannt.

Freitag, den 20. Mai 1949

Der größte Wahlbetrug in der deutschen Geschichte ist vorüber. Über 60% der Bevölkerung hatten mit Nein gestimmt und auf den Wahlzetteln darüber hinaus ihren Haß gegen die SED zum Ausdruck gebracht. Dennoch schaffte es die Einheitspartei, das Wahlergebnis in das genaue Gegenteil zu verfälschen.[101]

Um eine geordnete Durchführung dieser Wahlen sicherzustellen, hatte ich bereits am 2. Mai auf der Delegiertentagung des 1. Stimmbezirks in den Rewi-Gaststätten den Antrag gestellt, noch vor den Wahlen genau festzulegen, welche Stimmzettel als Ja- und welche als Nein-Stimmen zu

gelten hätten, welche für gültig und welche als ungültig erklärt werden sollten. Dieser Antrag wurde von den anderen Parteien und Organisationen leider nicht akzeptiert. Die SED stellte sich auf den Standpunkt, daß die Entscheidung hierüber den einzelnen Wahlausschüssen überlassen bleiben müsse.

Als im Laufe des Sonntagabend die ersten – für die SED niederschmetternden – Teilergebnisse aus dem Land Brandenburg einliefen, wurde eine Sitzung der Landeswahlkommission noch für die Nacht angekündigt. Der Ausschuß trat dann gegen 2 Uhr morgens beim Innenminister im Landtagsgebäude zusammen. Mich hatten die Herren zu benachrichtigen „vergessen"! Herr Meschkat (SED), Sekretär des Landesvolksausschusses, unterbreitete den Vertretern der Parteien und Organisationen eine – wie er später fälschlich behauptete – von ihm selbst verfaßte Anordnung, nach der alle Stimmzettel, die nicht ein eindeutiges und völlig vorschriftsmäßiges Nein enthielten, als Ja-Stimmen zu zählen seien. Über diese Anordnung, die in Wirklichkeit von Minister Bechler stammte, wurde nach meinen Informationen weder diskutiert noch abgestimmt.[102] Alle Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister wurden sofort telefonisch von dieser Anordnung unterrichtet. Die Stimmenauszählung war am Abend abgebrochen worden. Dort, wo das erste Teilergebnis schon festlag, mußten die bereits versiegelten Stimmzettel noch einmal ausgezählt werden.

Viele Wahllokale haben sich jedoch nicht an die Weisung des Herrn Bechler gehalten, sondern die Stimmen nach den Gepflogenheiten einer demokratischen Wahlordnung ausgezählt. Davon konnten sich Gerhard W. und ich am Montagabend bei einem Besuch der Potsdamer Wahllokale überzeugen. Selbst SED-Mitglieder haben – wie uns aus den Kreisen berichtet wurde – gegen die Wahleinmischung protestiert und gemeinsam mit ihren Kollegen von CDU und LDP das Stimmenverhältnis ordnungsgemäß festgestellt. Oder sie haben nach befohlener nochmaliger „Auswertung" die Veränderungen gegenüber dem tatsächlichen ursprünglichen Wahlergebnis zu Protokoll gegeben. Die Korrekturen wurden nach unseren Informationen zumeist erst auf der Kreis- oder der Landesebene vorgenommen. Dabei ging man in der Prozentberechnung nicht von der Zahl der Stimmberechtigten oder der abgegebenen Stimmen aus, sondern von den „gültigen" Stimmen. Die Gesamtergebnisse der Wahl wurden zunächst streng geheim gehalten. Ich hatte Gelegenheit, in der Potsdamer Kreiswahlkommission die Anweisung einer (wahrscheinlich SED-)Dienststelle zu lesen, welche die unbedingte Geheimhaltung der Wahlergebnisse befahl.

Zahlreiche unserer Kreisverbände riefen während und nach der Wahl in der Landesleitung an und baten um Richtlinien, wie sie sich gegenüber den Weisungen des Innenministers verhalten sollten. Von Koerber entzog sich gewandt der Verantwortung, fuhr nach Berlin und überließ mir die Aufgabe, mit diesem Problem fertig zu werden. Ich verabredete mit den

Parteifreunden, sie sollten sich nur mit der Wertung unbeschriebener Stimmzettel als Ja-Stimmen einverstanden erklären. In allen anderen Fällen müßten sie versuchen, in den örtlichen Wahlausschüssen tragbare Verfahren auszuhandeln. Irgendwelche Rückendeckung bei der Parteileitung in Berlin gab es nicht. Sie wagte es auch diesmal nicht, gegen die SED-Machenschaften aufzutreten. Wenn sie nur wenigstens geschwiegen hätte! Aber mit der ihr eigenen Instinktlosigkeit hielt sie es für erforderlich, die Beschuldigung des Westens, daß diese Wahl eine Fälschung sei, öffentlich zurückzuweisen und sich mit allem, was sich am 15. und 16. Mai in der Ostzone abgespielt hat, einverstanden zu erklären.[103]

De Vries ist genauso bedrückt wie ich. Er sieht den Zeitpunkt nahen, wo ihm nur noch der Austritt aus der LDP übrigbleibt. Wir wollen in der nächsten Woche Dr. Hamann um eine Unterredung bitten, um feststellen zu können, ob eine weitere Parteiarbeit unter der gegenwärtigen Führung überhaupt noch sinnvoll und vertretbar ist.

Zu alldem berichtete mir Gerhard am Mittwoch, daß er in die Fänge der russischen Geheimpolizei (MVD) geraten sei.[104] Er werde von diesen Leuten nun ständig über alle möglichen Dinge ausgequetscht. Bei jedem Gespräch tauche auch die Frage auf: „Was macht Herr Schollwer?" Auch Fräulein T. bestätigte mir, daß sich die SMA für mich lebhaft interessiere. Ich bin in letzter Zeit wohl etwas zuviel in den Vordergrund getreten. – De Vries und ich wollen gegebenenfalls gemeinsam nach dem Westen flüchten.

Mein Klassenkamerad Wilke Henke, derzeitiger Landesgeschäftsführer der CDU, soll sich nach Westberlin abgesetzt und dort den Behörden als GPU-Spitzel gestellt haben. Die Dienstagsausgabe des „Telegraf" meldete das in fetter Schlagzeile auf der ersten Seite. Bis heute ist Amtliches über Wilke noch nicht bekanntgeworden. Nach einer Meldung des RIAS von gestern abend wiederum soll Henke in Westberlin erklärt haben, er sei nach einem Zusammenstoß mit Bechler wegen der Wahlen von den Sowjets verfolgt worden. In Wirklichkeit habe er jedoch mit acht anderen Leuten in den Westsektoren im Auftrage der Sowjets einen Menschenraub durchgeführt. Auf jeden Fall eine recht ominöse Angelegenheit.

Dienstag, den 24. Mai 1949

Am Sonnabend traten die Eisenbahner der Berliner Westsektoren in den Streik, weil sie ihre Löhne nicht voll in Westmark ausgezahlt bekommen. Der S-Bahnverkehr in den westlichen Sektoren wurde stillgelegt, auch jene Strecken, die durch den Ostsektor führen, wie die nach Potsdam. Kommunistische Rollkommandos aus Ostberlin, die sich aus Volkspolizisten, FDJ und FDGB zusammensetzen, erschienen daraufhin auf den Westbahnhöfen. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Bevölkerung und Angehörigen der UGO (eine unabhängige Gewerkschaftsorgani-

sation)[105], bei denen die Polizisten auch von der Schußwaffe Gebrauch machten. Es gab eine große Anzahl von Verletzten und einen Toten am Bahnhof Zoo. Der anfängliche Verkehrsstreik artet seitdem immer mehr in eine Art Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten aus.

Beide Seiten beschädigten bei ihren Auseinandersetzungen viele der S-Bahn-Einrichtungen. Ein schlimmes Vorspiel für die Pariser Außenministerkonferenz, die gesten im Palais de marbre rose zwischen Bevin, Acheson, Schuman und Wyschinskij begonnen hat.[106] Die Welt schaut mit großer Skepsis auf die Konferenz, die nach den Erfahrungen der vorangegangenen Außenministertreffen wohl ergebnislos verlaufen wird. Die Westmächte sind nicht gewillt, den Sowjets auch nur die geringsten Konzessionen zu machen. Die Sowjets haben ihr festes Ziel: ein einheitliches kommunistisches Deutschland. Das wissen die Westalliierten nur zu gut. Man hofft nun, daß die Konferenz wenigstens einige Erleichterungen im Handel zwischen Ost und West bringen wird und vielleicht sogar einen Kompromiß über Berlin. Aber auch solche Hoffnungen sind wohl noch verfrüht.

Donnerstag, den 26. Mai 1949 (Himmelfahrt)

Gestern morgen hatte ich meinen ersten schweren Zusammenstoß mit den Kommunisten. In der Landeswahlkommission stand die Unterzeichnung des Wahlprotokolls der Volkskongreßwahlen auf der Tagesordnung. Ich wies auf die Einmischung gewisser Stellen bei der Stimmenauswertung in den Kreisen hin. Kreisverbände meiner Partei hätten sich unter Protest an die Landesleitung gewandt, weil auf Anordnung der Landeswahlkommission Stimmzettel, die nicht ein vorschriftsmäßiges Nein trügen, in Ja-Stimmen umgefälscht worden seien. Ich erklärte, ich könne aus diesem Grunde das vorliegende Protokoll nur dann für die LDP unterschreiben, wenn der Zusatz erfolge: „unter Vorbehalt der Richtigkeit der Protokolle der Kreiswahlkommissionen". Dieser Vorschlag führte zu einer fast einstündigen, außerordentlich heftigen Auseinandersetzung mit den Vertretern der SED, des VdgB, der FDJ und des Kulturbundes. Die Kommunisten warfen mir Sabotage des Wahlergebnisses vor, beschimpften die LDP und behaupteten, die LDP und ich hätten offensichtlich Interesse an möglichst vielen Nein-Stimmen.[107] Ich entgegnete nicht minder heftig und machte auf die Unrechtmäßigkeit der Handlungsweise bestimmter Stellen aufmerksam, die sich mitten im Wahlvorgang durch unklare Weisungen eingemischt und so das Ergebnis völlig verändert hätten. Ich wies die Behauptungen der Kommunisten scharf zurück und forderte, auch hier in der Ostzone nun endlich zu einem Zustand der Rechtssicherheit nicht zuletzt bei einem Wahlakt zurückzukehren.

Der Vertreter der CDU stellte sich – wenn auch in vorsichtiger Form –

an meine Seite, während der NDP-Mann Dr. Koltzenburg unter Protest (gegen wen oder was, war nicht erkenntlich) den Raum verließt. Doch hat er später das Protokoll ohne den von mir geforderten Zusatz unterzeichnet. Ich hatte schließlich durchgesetzt, daß dem Wahlprotokoll ein Zusatzprotokoll mit folgendem Wortlaut beigefügt wurde: „Zum Abschlußprotokoll D, die Wahl zum 3. Deutschen Volkskongreß betreffend, geben wir zusätzlich zu Protokoll, daß unsere Unterschrift unter Vorbehalt der Richtigkeit der festgestellten Kreiswahlergebnisse erfolgt."[108] Dieses Zusatzprotokoll unterzeichnete ich sofort, später setzte auch der CDU-Vertreter seine Unterschrift unter dieses Papier.[109]

Wie ich inzwischen erfuhr, wurde dieser Kollege gleich gestern nachmittag zur SMA zitiert. Ich bin gespannt, ob und wann man mich rufen wird. Am Abend dieses „heißen" 25. Mai ein Vortrag vor den Parteifreunden des Kreisverbandes Potsdam. Mein Thema: Liberale Politik – ist sie möglich, ist sie nötig? Ich habe dabei versucht, meinen Parteifreunden – und mir selbst – ein wenig Mut zuzusprechen.

Übrigens: Gerhard W. gerät offenbar immer tiefer in seine geheimdienstlichen Verstrickungen. Vor einigen Tagen berichtete er mir begeistert, wie er – angeblich! – die NKWD an der Nase herumführe. Auch kündigte er an, daß der sowjetische Geheimdienst vermutlich schon bald auch an mich herantreten werde, um mich zu verpflichten.

Montag, den 30. Mai 1949

Am Wochenende drei Tage mit de Vries draußen bei den Kreisverbänden im äußersten Süden der Mark: Senftenberg, Alt-Döbern, Lautawerk und Groß-Räschen. Arbeitstagungen, Mitgliederversammlungen und Besprechungen im kleinen Kreise. Überall Beunruhigung und Erbitterung.[110] Man kommt sich mit seinen Durchhaltesprüchen allmählich albern vor. De Vries schüttete wieder sein Herz aus: er werde nun wohl bald mit der Politik Schluß machen. Er könne die Zustände in der Landes- und Parteileitung nicht länger ertragen. Ich sehe noch immer einen Sinn in dieser Tätigkeit, zumindest zeitweilig.

Dieser Tage schrieb ich an Hamann einen Brief, einen offiziellen auf Dienstbogen. Ich nahm offen und kritisch zu der Haltung der Parteileitung während der Volkskongreßwahlen Stellung und regte eine Reorganisation der Parteipressestelle, ein häufigeres Zusammentreffen des Geschäftsführenden Vorstandes und eine Überprüfung der Arbeit unserer Parteizeitung „Der Morgen" an. Herr von Koerber hat jedoch den Brief nicht zur Absendung an die Parteileitung freigegeben.[111]

Reibungen mit der SED und Konflikt in der Landesleitung der LDP

Mittwoch, den 8. Juni 1949

Die Pariser Außenministerkonferenz scheint ihrem Ende entgegenzugehen. Sie ist bisher völlig ergebnislos verlaufen. Ein Zusammenbruch der Vierer-Verhandlungen aber bedeutet für die LDP: neue Repressalien und Verfolgungen, eine weitere Verschärfung des Terrors. Vielleicht wird es auch mich bald erwischen ...

Freitag, den 10. Juni 1949

Gestern abend eine öffentliche Veranstaltung des Kreisverbandes im „Havelgarten". Der Saal halb voll, darunter viele SED-Leute. Mein Referat über liberale Politik stieß bei den Genossen z. T. auf heftigen Widerspruch. Besonders geärgert hat sie die Polemik gegen das Klassenkampfgeschwätz der SED. „Es gibt keine Klassen?", fragte empört einer der Diskussionsredner. „Ist nicht auch euer Gegner das Finanzkapital, das den Krieg verursacht hat?". Der Monopolkapitalismus verdiene am Krieg und am Frieden. Ein anderer bezeichnete den Klassenkampf als „das vorwärtstreibende Element der Gesellschaftsordnung". Ein dritter verwahrte sich gegen meine Behauptung, dieser Klassenkampf sei nur eine Erfindung der SED. Nein, der Klassenkampf sei eine Realität, ihn gäbe es, solange Privatbesitz und private Produktionsmittel existierten.

Parteifreund T. schaltete sich ein und meinte, es werde einmal eine Zeit kommen, „da wird man Auseinandersetzungen wie die heutigen belächeln". Sozialismus sei das Prinzip der Lebenssicherung, „ein Garantismus ist er. Er will das Leben der Menschen sichern bis zum letzten Punkt. Das kann er nur auf Kosten der Freiheit."

Ich focht wieder einmal mit dem Säbel statt mit dem Florett: „Ihr seid Phantasten!" rief ich wütend den SED-Leuten zu. „Ihr geht stur Euren Weg nach Eurem Dogma, nach Eurem Parteiprogramm. Wenn Ihr Euch der Zeit anpaßt, ist Euer Sozialismus, Euer Kommunismus futsch!" Ich bin gespannt, was die „Märkische Volksstimme" darüber berichten wird.[112]

Heute den ganzen Tag bei den Nationaldemokraten im Club- und Konferenzhaus (Mühlenberggrotte). Dort ca. 300 Delegierte zum 1. Landesparteitag der NDP versammelt. Ich sprach für die LDP die obligatorischen Begrüßungsworte, die ein NDP-Sprecher später als „freundlich" bezeichnet. Zunächst ein ziemlich nichtssagendes Einleitungsreferat des Zonenvorsitzenden Dr. Lothar Bolz. Interessanter der Geschäftsbericht des politischen Geschäftsführers. Neben den üblichen Übertreibungen, Versammlungsbesuch und Mitgliederzuwachs betreffend (vorsichtshalber werden hier nur Prozentzahlen angegeben), auch ein paar offenherzige Worte. So

z. B. scharfe Kritik an der LDP, weil diese angeblich bei allen Versammlungen der NDP als Gegner auftrete, nach wie vor hartnäckig die Existenznotwendigkeit dieser Partei bestreite und bemüht sei, sie von der praktischen politischen Arbeit fernzuhalten. Der Redner hob in diesem Zusammenhang die angeblich gute Zusammenarbeit mit mir hervor und bat mich unter dem Beifall der Delegierten, bei meinen Parteifreunden darauf hinzuwirken, daß diese von ihrer Gegnerschaft zur NDP abließen.

Über die eigentliche Tätigkeit der NDP, nämlich die Rehabilitierung ehemaliger Parteigenossen, wußte der Redner zu berichten, daß es gelungen sei, zahlreiche ehemalige Pgs wieder in Amt und Würden zu bringen. Insbesondere Dr. Koltzenburg sei unermüdlich tätig, ehemaligen Parteigenossen, die es verdienten, zu ihrem Recht zu verhelfen. Der so Gepriesene glaubte sich später in seinem Referat dafür rechtfertigen zu müssen, indem er behauptete, die NDP sei keine Pg-Partei, vielmehr stünden Verfolgte des Naziregimes an ihrer Spitze.[113] Dann wieder ein Hieb gegen die LDP, die noch eine falsche Einstellung zu den ehemaligen Parteigenossen habe. Beweis: Auf dem Katasteramt in Templin, das zehn LDP-Mitglieder und vier LDP-BGL-Mitglieder habe, sei ein ehemaliger SA-Mann und Pg, nicht eingestellt worden, weil er politisch belastet sei. Na so etwas!

Freitag, den 17. Juni 1949

Allen Mitgliedern der Landesleitung ist am Mittwoch in einer Art Rundschreiben zum 31. Juli d. J. gekündigt worden. Von Koerbers Kündigungsgrund: der angebliche finanzielle Bankrott des Landesverbandes. So jedenfalls äußerte sich der Vorsitzende de Vries und mir gegenüber, als wir ihn nach viertägiger Dienstreise, von Parteifreunden in Eberswalde alarmiert, am Mittwoch in seinem Büro in der Berliner Parteileitung aufsuchten.[114] Er habe einfach kein Geld mehr, um noch weiter unsere Gehälter zahlen zu können, meinte der Gute. Auch die Zonenleitung werde zum gleichen Zeitpunkt ihre Pforten schließen müssen, wenn es nicht gelänge, bis dahin neue Geldquellen ausfindig zu machen. Hamann sei in Karlshorst in Ungnade gefallen und werde vielleicht bald gehen müssen. Er werde von der SMA nicht mehr empfangen. Auch Kastner habe bei den Sowjets angeeckt, sei aber inzwischen von den Russen wieder in Gnaden aufgenommen. Ist das nun das Ende unserer Partei?

Am vergangenen Sonnabend war ich mit de Vries in den Kreis Angermünde gefahren, der seit langem politisch und organisatorisch dahinsiecht. Am Abend referierten wir vor den Mitgliedern der Ortsgruppe Hohensaaten. Am nächsten Tag ein Ausflug zum Gestüt in Görlsdorf, Besichtigung der Koppeln und Ställe und solcher Berühmtheiten wie „Berggeist" und „Schwarzkünstler" – de Vries hat einen Pferdeverstand. Am Nachmittag und an den nächsten Abenden wieder Referate über das Eisenachprogramm und Organisationsfragen in Angermünde, Joachimsthal und Britz.

Wir bemühen uns, die Parteifreunde aufzumuntern und haben ihnen auch die Köpfe gewaschen. Von Britz nach Eberswalde marschierten wir bei strahlend schönem Frühsommerwetter durch eine anmutige Landschaft zu Fuß. Wir waren bester Laune, bis wir in Eberswalde von Koerbers „Radikalkur" erfuhren. Wir haben den Verdacht, daß sich hinter der Kündigungsaktion noch etwas ganz anderes als finanzielle Schwierigkeiten verbirgt. Übrigens hat uns Koerber ohne vorherigen Beschluß des Landesvorstandes gekündigt.

Sonnabend, den 18. Juni 1949

Heute erhielt jeder Mitarbeiter einzeln noch einmal ein gesondertes Kündigungsschreiben von Koerbers mit dem Datum vom 17. Juni. Eine Begründung für die Kündigung wird in diesem Schreiben nicht gegeben, lediglich angeführt, „daß wir gezwungen sind, das bestehende Arbeitsverhältnis zum nächstzulässigen gesetzlichen Termin zu kündigen". Das teilt uns Koerber „im Namen des Vorstandes des Landesverbandes" mit. Wer ihn dazu ermächtigt hat, weiß der Kuckuck. Gerhard W. berichtete mir heute, er habe diese Geschichte bereits durch die NKWD erfahren. Auch sonst soll die Kündigung schon überall „herum" sein.

Montag, den 27. Juni 1949

Nach fünfwöchiger Dauer soll morgen der Berliner S-Bahn-Streik beendet werden. Die UGO hat ihre Forderungen gegenüber der östlichen Reichsbahndirektion durchgedrückt.[115] Wir freuen uns darauf, wieder einmal mit der Bahn von Potsdam nach Berlin fahren zu können. Die Besitzer von Omnibussen und LKWs, die in den vergangenen fünf Wochen die Verbindung zwischen diesen beiden Städten aufrechterhielten (Abfahrt Glienicker Brücke), müssen nun auf ihr schönes Geschäft verzichten. De Vries und ich reisten noch gestern auf diese Weise in die alte Reichshauptstadt, auf einem hopsenden und schaukelnden Lastwagen sitzend, um beim „Großen Preis der Dreijährigen" in Hoppegarten dabeizusein und dort dreimal auf das falsche Pferd zu setzen.

Die Westberliner Eisenbahner hätten aus politischen Gründen ganz gern noch ein paar Wochen länger gestreikt. Aber die Westkommandanten haben sich eingeschaltet und die UGO veranlaßt, den S-Bahn-Verkehr in den Westsektoren wieder aufzunehmen. Die Westmächte wünschen jetzt unmittelbar nach den Pariser Abmachungen offensichtlich keine unnötigen Differenzen mit den Sowjets, ihr Interesse dürfte vielmehr darin liegen, in aller Ruhe wirtschaftliche, strategische und politische Vorbereitungen zu treffen, um die Russen weiter in die Defensive zu drängen.

Die Pariser Außenministerkonferenz und ihre Ergebnisse haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Sowjetunion durch ihre sture und fehlerhafte Außenpolitik erheblich ins Hintertreffen geraten ist, während sich

die Westmächte nach Konsolidierung der Lage in Westeuropa und nach der Ratifizierung des Atlantikpaktes eindeutig in der politischen Offensive befinden.

Unser Landesvorsitzender treibt ein undurchsichtiges Spiel. Sein schwindendes Ansehen bei den Parteifreunden mag ihn dazu veranlaßt haben, besondere Vorkehrungen für seine Wiederwahl auf dem kommenden Landesparteitag zu treffen. G. behauptete, Koerber habe unsere Kündigungen ausfertigen lassen, um mit Frl. T. allein die Arbeit der Landesleitung zu machen. Kapitän Zerebrennek habe jedoch dagegen Einspruch erhoben und Koerber veranlaßt, mit einem – wenn auch verkleinerten – Mitarbeiterstab die Arbeit der Landesgeschäftsstelle fortzuführen. Zu den Kollegen, die endgültig gehen müssen, sollen Steffen, G. und vor allem de Vries gehören. Letzterer wohl, weil er Koerber wiederholt gehörig die Meinung gesagt hat. Ich selbst werde nach dieser Version, die auch von anderer Seite bestätigt wurde, weiterhin in der Landesleitung verbleiben. Gerhard meinte, Koerber habe auch die angebliche Absicht der Parteileitung, am 31. Juli ihre Pforten zu schließen, frei erfunden, um seine eigenen Absichten zu verschleiern. Hoffentlich sind unsere Kreisvorsitzenden wenigstens diesmal hellwach und machen Koerber noch einen Strich durch seine Rechnung.

Dienstag, den 28. Juni 1949

Heute mittag auf der Sekretariatssitzung des Landesvolksausschusses kam es wegen der Volkskongreßwahlen noch einmal zu einer Auseinandersetzung, diesmal zwischen dem Vertreter der CDU und Herrn Meschkat. Während letzterer einen Bericht „über den Fortgang der Maßnahmen zur Bildung der Nationalen Front" gab, unterbrach ihn der CDU-Mann mit der Bemerkung, es sei „überflüssig, sich hier über Sinn und Zweck der Nationalen Front zu verbreiten". Vor der nächsten Sitzung des Landesantifablocks könne sich die CDU zu diesem Thema überhaupt nicht äußern. Meschkat, einen Augenblick verblüfft, führte dennoch seinen Bericht zu Ende. Als erster Diskussionsredner meldete sich sofort wieder der Herr von der CDU und machte Andeutungen über Entscheidungen, die erst zu treffen seien, ehe man sich weiter mit diesem Thema beschäftigen könne. Dann wurde er konkret: man habe bei den Volkskongreßwahlen der CDU die Schuld dafür in die Schuhe schieben wollen, daß die Zahl der Nein-Stimmen verhältnismäßig hoch gewesen sei. Dagegen müsse er sich in aller Form verwahren. Zu diesem Ergebnis sei es vielmehr deshalb gekommen, weil man in der Bevölkerung gemeint habe, daß es sich hier um die Angelegenheit einer einzigen Partei (der SED) handele. Das sei nicht verwunderlich. Denn auf den Veranstaltungen des Volkskongresses sähe man mehr rote als schwarz-rot-goldene Fahnen. Es müsse also die Zusammensetzung des organisatorischen Apparates des Volkskongresses „etwas auf-

gelockert" werden. Bisher gehörten alle Kreissekretäre mit zwei oder drei Ausnahmen einer Partei, der SED, an. Meschkat erwiderte trocken, es genüge wohl für heute, diese Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen.

Sonntag, den 3. Juli 1949

Heinrich de Vries war am Freitag in Berlin und sprach in der Parteileitung mit dem Sekretär Hamanns sowie mit einigen Referenten über die Auflösung bzw. Reduzierung der Landesleitung. Alle Gesprächspartner haben ihm versichert, daß an eine Auflösung der Landesgeschäftsstelle oder an die Entlassung einzelner Angestellter überhaupt nicht zu denken sei. Dr. Hamann habe unserer Kollegin M. bei deren jüngstem Besuch in der Parteileitung vielmehr deutlich zu verstehen gegeben, daß die Parteileitung Wege finden werde, die Arbeit der Landesleitung in vollem Maße aufrecht zu erhalten. An Entlassungen sei nicht zu denken, sollte Frau M. uns von Hamann übermitteln. Diese Mitteilung erfolgte jedoch nicht, weil sie durch von Koerber untersagt worden war.

Im Anschluß an sein Gespräch mit den Parteifreunden in der Parteileitung ging de Vries sofort zu Koerber, um ihn mit diesen Tatbeständen zu konfrontieren. Koerber sei außerordentlich ungehalten gewesen und habe wiederholt versichert, daß er die Kündigungsschreiben nicht zurücknehmen könne. Er habe nun einmal kein Geld mehr. De Vries gelang es, Koerber zur Auskunft zu veranlassen, wer nun tatsächlich gehen muß. Neben unserem Pressereferenten will Koerber angeblich auch Herrn Steffen entlassen (nach anderen Informationen soll es sich hier nur um einen Bluff handeln) und natürlich vor allem de Vries. Alle anderen sollen angeblich bleiben. Ich soll zunächst zu meinen bisherigen Aufgaben auch noch das Fraktionssekretariat im Landtag übernehmen. Auf der Landesvorstandssitzung am 8. Juli wird – natürlich nur so nebenbei – auch diese Aktion Koerbers erörtert werden. Vor dieser Sitzung werde ich Dr. Mühlmann und Dr. Schneider über die jüngsten Vorgänge in der Landesleitung informieren. Heinrich de Vries plant ein weiteres Gespräch mit Hamann, und dann wollen wir beide vor dem Landesvorstand selbst noch Stellung nehmen.

Dienstag, den 5. Juli 1949

Gestern nachmittag habe ich Mühlmann detailliert über die Zustände in der Landesleitung unterrichtet. Er sagte uns volle Unterstützung bei unseren Bemühungen zu, die Pläne von Koerbers zu durchkreuzen. Heute nachmittag waren de Vries und ich bei Dr. Hamann. Wir wiesen ihn insbesondere darauf hin, daß die beabsichtigten Entlassungen ohne Zustimmung der BGL und des Geschäftsführenden Vorstandes unzulässig seien. Außerdem habe die Parteileitung mehrfach versichert, den Landesverband soweit wie möglich zu unterstützen. Hamann versprach uns, Herrn von

Koerber morgen zu einer Rücksprache zu bitten und wiederholte seine Versicherung, der Landesverband könne für die nächsten Monate mit einer finanziellen Unterstützung der Parteileitung rechnen.

Koerber war unsere Anwesenheit in Berlin und die Tatsache des Gesprächs mit Hamann sogleich hinterbracht worden. Er diktierte unverzüglich einen Brief an den Parteivorsitzenden, dessen Inhalt uns z. Z. noch unbekannt ist. Flatau, der uns das berichtete, warnte vor der Entschlossenheit Koerbers, seine Absichten notfalls mit allen Mitteln durchzusetzen. Koerber hat mir übrigens heute morgen zum ersten Mal versichert, daß ich bestimmt nicht entlassen würde. Auf meine Frage, wer denn von den Kollegen gehen müsse, erhielt ich keine Antwort. Wie unsere Kollegin Frau Margarethe M. später erfuhr, lautete jetzt die Entlassungsliste: de Vries, Otto G. und Frau M. selbst.

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SMA vom 5. Juli 1949:

„Der Ausgang der Pariser Außenministerkonferenz wird von der Bevölkerung recht unterschiedlich beurteilt, teils hoffnungsvoll, teils mit einer gewissen Resignation, während die Beendigung des Berliner S-Bahn-Streiks allgemein lebhafte Zustimmung findet. Noch stehen weite Kreise der Bevölkerung der Bildung der Nationalen Front mit einigem Mißtrauen gegenüber, zumal die Westpresse und die westlichen Rundfunksender diese als Vorläufer einer Volksfront bzw. Volksdemokratie bezeichnen. Die Form der Durchführung der Wahlen zum Dritten Deutschen Volkskongreß hat offensichtlich nicht dazu beigetragen, das Vertrauen weiterer Bevölkerungskreise zur Volkskongreßbewegung oder zu deren Erweiterung zur Nationalen Front so zu verstärken, wie es wünschenswert wäre. Das Interesse an den politischen Vorgängen ist dennoch allgemein recht gering, was sich immer wieder in nur mäßig besuchten politischen Versammlungen und Veranstaltungen ausdrückt."

Mittwoch, den 6. Juli 1949

Heute hatten de Vries und später auch ich eine Unterredung mit Koerber wegen unseres gestrigen Besuches bei Hamann. Wir waren beide sehr offen. Ich erklärte von Koerber, die eigentliche Ursache aller Differenzen seien die Intrigen seiner Chefsekretärin. Ich betrachtete eine Reduzierung unserer Landesleitung als eine Schädigung und Gefährdung der Partei. K. machte einen sehr niedergeschlagenen Eindruck und versuchte vergeblich, zwischen de Vries und mir einen Keil zu treiben, indem er mich äußerst liebenswürdig behandelte, während er die Arbeit von de Vries sehr negativ beurteilte.

Zuvor eine Unterredung mit Dr. Schneider. Er war mit mir der Auffassung, daß sich Koerber bei den Kündigungen zumindest formell ins Unrecht gesetzt habe.

Sonnabend, den 9. Juli 1949

Die von uns mit Spannung erwartete Sitzung des Landesvorstandes ist vorüber. Koerber hat einen vollen Sieg errungen. Selbst Mühlmann und

Schneider, die ich doch vorher unterrichtet hatte und die uns Unterstützung versprochen hatten, stimmten für die Entlassung von de Vries, Otto G. und Frau M. – aus „finanziellen Gründen". Ich habe nachher Mühlmann deshalb Vorwürfe gemacht; er schien verlegen und machte ein bekümmertes Gesicht. Später, bei der Verkündung des „Urteils" vor dem erweiterten Landesvorstand (an der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes durften wir Angestellten nicht teilnehmen) verlor ich die Beherrschung. Koerber hatte vorgeschlagen, daß ich die Arbeit von de Vries (Organisation) mit übernehmen sollte. Wutentbrannt schleuderte ich dem mich wie versteinert anblickenden Koerber ins Gesicht, ich würde lieber ebenfalls aus der Landesleitung ausscheiden als ein Amt übernehmen, dem ich mich in keiner Weise gewachsen fühle. Was ich sonst noch in meiner Erregung Herrn von Koerber vor versammelter Mannschaft entgegenhielt, weiß ich jetzt nicht mehr. Es war offenbar wenig Freundliches. Denn Frl. T., die heute nicht im Büro erschien, erklärte per Telefon meiner Kollegin G., sie sei heute noch ganz „down". Herrn von Koerber und ihr hätte es gereicht, was ich gestern in der Vorstandssitzung vorgebracht hätte.

Abgesehen von diesen Auftritten brachte die gestrige, gut besuchte Vorstandssitzung im Landtag eine erfreulich rege Diskussion, in der viele Kreisvorsitzende offen auf den Terror und die Machenschaften der SED hinwiesen (im Beisein von Kapitän Zerebrennek) und dabei vor allem die Personal- und Schulpolitik der SED kritisierten. Es ist in unserer Zone so weit gekommen, daß man Söhne von LDP-Funktionären nicht mehr in die oberste Klasse versetzt, auch wenn sie gute Leistungen aufzuweisen haben. Und daß man beim Abitur für diese Kinder keine guten Zeugnisse mehr ausstellt, wenn es dem SED-Schulrat nicht paßt.

Montag, den 11. Juli 1949

Gestern wieder zwei öffentliche Versammlungen mit Referaten über die Ziele der LDP im Kreis Lebus (Dahmsdorf-Müncheberg und Letschin). Die Veranstaltungen schlecht besucht, jeweils nur 45 bis 50 Personen. Dabei lebhafte Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten. Nach Berichten von Parteifreunden macht die SED in diesem Kreis z. Z. eine ernste Krise durch. Die Landeskontrollkommission der Partei habe mehrere SED-Funktionäre ihrer Ämter enthoben, die früher der SPD angehört hatten. Dadurch sei es innerhalb der SED-Kreispartei zur Spaltung in eine SPD- und eine KPD-Fraktion gekommen. Auch die Zustände in den Volkseigenen Betrieben scheinen im Kreis Lebus teilweise chaotisch zu sein: die Zuckerfabrik in Letschin habe 6 Millionen Ostmark Schulden, ihre Leiter „saufen und huren", wie uns ein Arbeiter (früher SPD) erzählte.

Donnerstag, den 14. Juli 1949

Gestern abend versammelten sich Funktionäre unseres Kreisverbandes in der Margarethenstraße, um die Situation der Landesleitung nach den Vorstandsbeschlüssen vom 8. Juli zu erörtern. Ich unterrichtete die Parteifreunde umfassend über die Ereignisse der letzten Wochen und die Machenschaften von Koerbers. Die Empörung bei den versammelten LDP-Mitgliedern war groß. Man beschloß, für den kommenden Mittwoch eine Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes einzuberufen, zu der auch Koerber geladen werden soll, um Rechenschaft abzulegen.

Politik der Nationalen Front und Gründung des Oststaates

Montag, den 18. Juli 1949

Heute nachmittag nahm ich zum ersten Male an einer Sitzung des Landes-Antifa-Blocks im Landtag teil. Die Tagesordnung enthielt nur zwei Punkte: „Die Aufgaben der Parteien und Organisationen in der Nationalen Front" und „Werbung von Arbeitskräften für den Erzbergbau". Vorsitz hatte heute die CDU. Koltzenburg (NDP) referierte über den ersten Tagesordnungspunkt. Er übte vorsichtige Kritik an einzelnen Erscheinungen der Politik und beschäftigte sich im Laufe seines Referates auch mit den Mai-Wahlen zum Dritten Volkskongreß. Die Wähler seien nicht genügend aufgeklärt worden. Die Nein-Stimmen seien darauf zurückzuführen, daß die Wähler durch „böswillige Propaganda" veranlaßt worden seien, nicht zu der Frage „Einheit und gerechten Frieden" Stellung zu nehmen, sondern Nein zu sagen, „weil ihnen die ganze Richtung nicht paßt, sie innerlich noch nicht Demokraten geworden sind". Es seien – so Koltzenburg – „frühere Reaktionäre, die das Hitlersystem wieder aufleben lassen möchten".

Der Vorsitzende, Herr Grobbel (CDU), benutzte die Gelegenheit, der SED ihr Sündenregister vorzuhalten: „Ich sage ganz offen, daß viele meiner Parteifreunde meinen: Nationale Front sollen wir mitmachen, Blockpolitik haben wir mitgemacht, zur Arbeit werden wir eingesetzt. Wenn aber einmal mitzubestimmen ist, wenn auch ein Amt zu bekommen wäre, da übersieht man uns." Er zählte sodann eine ganze Reihe von Fällen auf, in denen die CDU ungerecht behandelt worden sei. Das rief die SED auf den Plan. Ihr Vertreter, Herr Bismark, entrüstete sich: die SED hätte nicht angenommen, daß von den Parteien „dieser Eröffnungstag der Nationalen Front hier im Lande Brandenburg" dazu benutzt werde, „alles Mögliche vorzutragen, was gegen den Geist des Volkes zu sprechen scheint". Dieser Auftakt der Blocksitzung erinnere stark an das Verhalten des deut-

schen Bürgertums in der Vergangenheit. Koltzenburg habe im wesentlichen nur negative Dinge behandelt und nicht die Notwendigkeit der Nationalen Front anhand des Geschehens nachgewiesen. Er, Bismark, verspreche den anderen Parteien, mit diesen zusammen besorgt zu sein, „die Unebenheiten, die sich ergeben haben", zu beseitigen. Er bitte aber, diese Dinge nicht zusammen mit dem Thema „Nationale Front" zu behandeln.

Koerber widersprach Bismark. Es schade gar nichts, zunächst Differenzen zu äußern. Es gehe nicht immer alles so glatt. Eine Propagandasitzung solle das hier doch wohl nicht sein, sondern eine Aussprache. Man müsse sich hier ganz ernst und klar aussprechen, ohne gegenseitige Empfindlichkeit, und in einer toleranten Form zusammenfinden.

Im weiteren Verlauf der Aussprache schnitt Koltzenburg das heikle Thema kommender Wahlen an: sie würden wohl zu gegebener Zeit stattfinden. Koerber stellt fest, er habe absichtlich nicht über die Wahlen gesprochen. Ihr Zeitpunkt sei nicht so entscheidend. Wichtig sei vielmehr: einig zu werden über die Form der Nationalen Front. Herr Seibt von der SED meinte dazu, daß für die nächste Wahl keine Einheitslisten vorgesehen seien.

Montag, den 1. August 1949

Trotz meines Urlaubs nahm ich heute nachmittag an einer Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes teil, auf der sich Koerber zu den Vorgängen in der Landesleitung äußerte. Er zeigte sich erneut als ein geschickter Advokat, der seine Zuhörer mit einer Mischung aus Dichtung und Wahrheit verwirrte. Unser Kreisvorsitzender, der alte Stadtrat Brauer, war der erste, der auf die Seite Koerbers überging.

Zu der Entlassung von de Vries meinte Koerber, dieser sei nicht in der Lage gewesen, die Organisation des Landesverbandes in Ordnung zu bringen. Er habe versagt und sei auch politisch nicht mehr tragbar gewesen. Er, von Koerber, habe anfangs nicht gewußt, daß dieser Mann in Gera von der Besatzungsmacht „abgeschossen" worden sei (was der Wahrheit widerspricht, er hat es gewußt!).

Beim Hinausgehen äußerte Koerber den Wunsch, mich in den nächsten Tagen ausführlich sprechen zu können. Ihm dürfte wahrscheinlich bekannt sein, daß ich im vergangenen Monat den Vorstand in ganz anderer Weise über die Ereignisse in der Landesleitung informiert habe. Wird er mir also mit Entlassung drohen wollen?

Dienstag, den 16. August 1949

Westdeutschland hat am Sonntag sein Bundesparlament gewählt und den Sozialisten eine Abfuhr erteilt. Von 24490752 abgegebenen Stimmen erhielten bei einer Wahlbeteiligung von 78,5% die CDU 7357579 und die FDP 2788653 Stimmen. Die zweitstärkste Partei wurde die SPD mit

6932272 Stimmen, während die sowjethörige KPD Max Reimanns trotz Demontagen und Wirtschaftskrisen im Westen lediglich 1360433 Stimmen auf sich vereinigen konnte. CDU und FDP können nun eine bürgerliche Regierung bilden. Eine schwere Schlappe für Moskau. Das war die Quittung für die Deutschlandpolitik der Sowjetunion seit 1945. So wie im Westen würden zweifellos auch die Wahlergebnisse in der Ostzone aussehen, wenn die Sowjets hier freie Wahlen gestatten würden.

Erfreulich war insbesondere das Anwachsen des Stimmenanteils der FDP seit den letzten Landtagswahlen. Die Liberalen sind in Westdeutschland offensichtlich „im Kommen". Leider aber auch wieder rechtsradikale Gruppen wie die Deutsche Partei, die Deutsche Reichspartei, die Bayernpartei und die WAV (Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung in Bayern), die zusammen etwa 3000000 Stimmen erhielten.

Insgesamt haben sich in Westdeutschland 13 Parteien zur Wahl gestellt und außerdem noch ein paar Splittergruppen. Die sogenannten Unabhängigen erhielten zusammen mit den Splittergruppen nahezu 1¼ Millionen Stimmen – ein Zeichen, daß bei den Deutschen noch immer eine recht starke Abneigung gegen politische Parteien vorhanden ist.

Mit dieser Wahl ist der entscheidende Schritt zur westdeutschen Separatregierung getan. So traurig das auch für unser Volk ist, könnten die Bundestagswahlen doch die erste Etappe zur Überwindung der kommunistischen Gefahr und damit zur Wiedervereinigung Deutschlands sein.

Gestern mittag beriet der Geschäftsführende Landesvorstand den Ablauf des kommenden Parteitages in Neuruppin. Mühlmann trug die mit der SMA abgesprochenen Wahlvorschläge vor. Die Spitzenpositionen wurden ohne Widerspruch akzeptiert.[116] Nur bei der Erörterung der Beisitzerliste gab es Einwände; dabei fiel auch mein Name (der auf der Liste fehlt).[117] Doch dann ging der gesamte Wahlvorschlag einstimmig durch.

Man stritt dann eine Weile hin und her, ob der Vorstand per Akklamation oder durch Stimmzettel gewählt werden solle. Koerber – der offenbar bei geheimer Wahl unangenehme Überraschungen fürchtet – behauptete, die Satzungen sähen keine „Zettelwahl" vor. Mühlmann widersprach. Ein Schlaumeier kam auf die Idee, zunächst Wahl mit Stimmzetteln vorzuschlagen; doch dann solle jemand aufstehen und den Antrag auf Akklamation stellen. Dieser Trick schien einzuleuchten. – Auch die Diskussion auf dem Parteitag wurde gestern sorgfältig vorbesprochen. Kritik und überhaupt Negatives ist nicht erwünscht. Ministerialdirektor Müller formulierte das so: Man wolle nicht wieder den „alten Quatsch" hören, „angefangen von Adam und Eva". Nichts über Enteignungen, Geldstrafen – also nichts über das, was die Parteifreunde wirklich bewegt.

Die von Heinrich präsentierte Tagesordnung fand allgemeine Zustimmung, sie ist in der Tat auch recht passabel. – Später unterhielt man sich noch eine Zeit lang über das Zeitungs-Thema. Papier sei jetzt da, es fehle nur noch das Geld. Das solle durch Spenden beschafft werden. Ist das rea-

listisch? – Schlimm steht es auch mit unserem Parteihausprojekt. Da haben wir uns völlig übernommen. Nun suchen wir für die Bauruine einen Käufer.

Sonntag, den 28. August 1949

Goethes 200. Geburtstag. In der Gemäldegalerie im Park von Sanssouci waren am Vormittag einige hundert Potsdamer versammelt, um an der Goethefeier der Landesregierung teilzunehmen. Nach Glucks heiter-wehmütigen Klängen zu „Iphigenie in Aulis" nahm Minister Rücker das Wort. Er begrüßte die Festgäste stilvoll mit den Worten: „Werktätige Menschen Potsdams". Und in dieser Art ging es dann weiter. Seine Rede war mit Aussprüchen kommunistischer Parteigrößen überreich gespickt, so wie es die Richtlinien des Politbüros der SED für die Goethefeiern in der Zone vorsehen.[118] So gipfelte denn auch Rückers Festrede programmgemäß in der Feststellung, daß die „Arbeiterklasse das goethesche Vermächtnis erhalte".

Am Nachmittag hofften wir, uns von der Vormittagsveranstaltung bei dem groß angekündigten Gartenfest in Sanssouci zu erholen. Aber das war nur ein recht kümmerlicher, sich in dem weitläufigen Park völlig verlierender, volksdemokratischer Kulturbetrieb mit ein paar Kapellen, Volkstanz und irgendwo auch einem Freilufttheater. Wir setzten uns also auf die S-Bahn und fuhren nach Berlin, zur heiter-beschwingten und swingenden Sommerblumenschau am Funkturm.

Donnerstag, den 8. September 1949

Am vergangenen Sonnabend ein Wiedersehen mit Neuruppin nach fast fünfeinhalb Jahren.[119] Die Stadt erscheint unverändert, vom Kriege unversehrt. Und dennoch war sie mir fremd. Das Neuruppin der Kriegsjahre existiert nicht mehr, nur noch seine Kulisse, jetzt verfremdet durch den „Sozialismus" und seine graue Gleichmacherei.

Anlaß der Reise in die Stadt Fontanes: der Landesparteitag der LDP. Im Stadtgarten, nahe dem Rheinsberger Tor, wo ich im Mai 1944 die Stadt auf dem Wege zur Ostfront verließ, trafen sich die Delegierten aus der Mark. Am Nachmittag des ersten Tages die Neuwahlen zum Landesvorstand. Die Abneigung der Delegierten gegen eine Wiederwahl von Koerbers war groß. Vielfach hatten Kreisverbände in den letzten Wochen darüber beraten, wie man Koerber den Weg zum Vorsitz versperren könnte. Auch unser Potsdamer Kreisverband war aktiv geworden. Gerhard W. hatte einen besonderen Wahlvorschlag Potsdams angeregt und auch schon unterschrieben. Da mußte er – auf die SMA gerufen – sich belehren lassen, daß er als ein „Feind der Besatzungsmacht" (so die Sowjets nach Aussage Gerhards) zu betrachten sei, wenn er nicht sofort diesen Vorschlag wieder zurückziehe.

Gerhard hatte von Koerber den Posten eines 3. Vorsitzenden (!) zugedacht. So ging denn in Neuruppin am Sonnabendnachmittag alles wie von den Sowjets gewünscht. Zunächst freilich gab es doch noch eine kleine Komplikation. Einige Delegierte bestanden partout auf einer Wahl mit verdeckten Stimmzetteln; sie wollten dem offiziellen Wahlvorschlag nicht per Akklamation zustimmen. Aber die Besatzungsmacht war im Stadtgarten in eindrucksvoller Stärke vertreten: allein aus Potsdam waren neun Herren der SMA und des MGB angereist, dazu noch etliche Russen aus Karlshorst sowie aus den Kreisen. Das wirkte. Von Koerber wurde per Akklamation gewählt.

Von diesem volksdemokratischen Wahlgang abgesehen, war die Stimmung der Delegierten in Neuruppin ausgezeichnet und der Verlauf des Parteitages ausgesprochen gelungen. Stürmischer Beifall umbrauste Carl Mühlmann, als er am Sonnabend in seinem Bericht über die Landtagsarbeit[120] die Durchführung der Wahlen zu den Parlamenten der Ostzone forderte, obwohl die Sowjets eine Erörterung dieser Frage nicht wünschten.[121] Den gleichen Beifall erhielt Hamann, der am Sonntagvormittag das Hauptreferat hielt und wörtlich erklärte: „Die Wahlen werden kommen. Fürchten Sie nicht, daß wir zur Einheitsliste kommen werden!"

Mit Genugtuung vernahmen auch die Delegierten, was Hamann zur Bildung einer Ostregierung sagte: „Lassen Sie mich sagen, daß Unterhaltungen über eine Ostregierung abschließend noch nicht geführt worden sind, weil auch heute noch nicht die Zeit gekommen ist, sich darüber ein sicheres Urteil zu bilden." Und dann noch einmal auf die Wahlen eingehend: „Wir haben gestern auf der Rückfahrt von Warschau[122] vereinbart, daß wir in absehbarer Zeit eine Besprechung aller Parteien einberufen werden, in der die Wahlen und der Wahltermin besprochen und festgelegt werden sollen ... Eines steht fest, daß die Frage der Wahlen für uns auch eine Frage des politischen Kredits ist" (brausender Beifall).

Höhepunkt des Landesparteitages war die öffentliche Kundgebung am Sonntagnachmittag im Stadtgarten. Vor einem hochgestimmten Auditorium sprach der von den Parteifreunden besonders verehrte kleine – große Schulrat Wolff, der in gewohnter Meisterschaft und Überzeugungskraft ein Bekenntnis zur liberalen Idee, zu „Humanität und Frieden" ablegte. Das Wort vom „kleinen Eisenach" machte die Runde. Eine fast euphorische Stimmung breitete sich unter den Delegierten aus. Die teils beruhigenden, teils aufmunternden Reden der Prominenz, die glänzende Organisation, die vorbildlich geschmackvolle Ausgestaltung des Tagungsraumes und ein prachtvolles Spätsommerwetter löschten für Stunden die böse Gegenwart aus und weckten die Hoffnung, daß die Diktatur der SED noch längst nichts Endgültiges, nichts Dauerhaftes sei.[123]

Übrigens: eine von mir vorbereitete Resolution, die sich sehr betont zum Eisenacher Programm bekannte, von der SMA Unterstützung für die Arbeit der „fortschrittlichen liberalen Kräfte" erbat und die Liberalen in

Westdeutschland aufrief, gemeinsam mit uns „für die endliche Wiedervereinigung der Besatzungszonen zu einem gemeinsamen deutschen Staat zu arbeiten", wurde von der SMA und von Koerber nicht akzeptiert. Statt dessen formulierte er selbst eine Entschließung, die ein Bekenntnis zur Nationalen Front enthielt, die Marhallplan, Besatzungsstatut, Ruhrstatut und Atlantikpakt verurteilte und den Volkswirtschaftsplan als „Grundlage unseres materiellen Aufbaus" bezeichnete.

Montag, den 12. September 1949

Auch mit meinem Entwurf für den Monatsbericht des Landesverbandes hatte ich diesmal kein Glück. Koerber hat die meisten kritischen Passagen herausgestrichen und durch „Konstruktives" ersetzt. Insbesondere mißfiel ihm mein „Stimmungsbericht". Die gereinigte und der SMA zugeleitete Fassung hat nun folgenden Wortlaut:

„Die Verhältnisse und Entwicklungen im Westen beschäftigen stark die Menschen. Die Wahlen erregten Bedenken, und ihr klerikaler, föderalistischer und wenig fortschrittlicher Charakter traten jedem Denkenden klar vor Augen. Die engere Verbindung zwischen den Zonen ist eine allgemeine Forderung und die Nationale Front der dazu geeignete Weg, der – wenn richtig verstanden – auch viele neue Kräfte zu wecken vermag. Die westalliierte Demontagepolitik ruft immer wieder den berechtigten Unwillen der Bevölkerung hervor. Im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stehen jedoch nach wie vor die kommenden Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen. Stark beunruhigend wirkt auf den wirtschaftlichen Sektor, daß die Zahl der HO-Geschäfte in ständigem Anwachsen begriffen ist, weil man immer wieder die Befürchtung äußert, daß auf diesem Wege nach und nach – zugleich mit dem weiteren Ausbau des Netzes der Konsumverkaufsstellen – der gesamte private Einzelhandel ausgeschaltet werden soll ...".[124]

Für den Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden auf dem Parteitag in Neuruppin hatte ich umfängliches Material über die Ereignisse im Landesverband seit dem letzten Parteitag in Potsdam vorbereitet, das von Koerber allerdings nur zu einem geringen Teil verwertete. Das ist verständlich, denn es wurde eine recht bedrückende Chronik. Insbesondere der Teil 2 (spezielle Vorgänge in den Kreisverbänden) bietet wenig Erheiterndes: Verhaftung des Ortsgruppenvorsitzenden Helmrich aus Bindow; Entlassungen von LDP-Mitgliedern aus dem Schuldienst und der Justiz in Brandenburg; die Flucht des Kreissekretärs von Calau nach dem Westen; der Austritt von LDP-Stadtverordneten aus der Partei und ihr Übertritt zur SED unter Mitnahme des Mandats in Cottbus-Stadt, die Kündigung von LDP-Lehrern und Übergriffe von Volkskontrollorganen bei unserem Parteifreund Trieloff, MdL in Eberswalde; der Austritt von zwei LDP-Ortsgruppen in Lübben, Parteiausschlüsse wegen parteischädigenden Verhaltens in Osthavelland und die Ausweisung eines Parteifreundes aus Pritzwalk durch eine von der SED inszenierte Demonstration; ein von der Volkspolizei erzwungener Parteiaustritt im Westhavelland und die Verhaftung Wendas in Zauch-Belzig. Dazu noch eine kaum überschaubare Zahl

von parteiinternen Querelen. Beschwerden über illegale Ein- und Übergriffe kommunistischer Funktionäre und Behörden, Skandale – und immer wieder Klagen über die Unfähigkeit vieler haupt- und ehrenamtlicher Funktionäre.

Auf der letzten Sitzung des Landesblocks am 9. September in der Geschäftsstelle der NDP versuchte diese Partei erneut, sich ohne vorangegangene Wahlen in die Arbeit der Gemeinde- und Kreisparlamente einzuschmuggeln. Ein Antrag der Bolz-Partei, wonach NDP und DBD „in sämtlichen Ausschüssen der Gemeinden mit beschließender und der Kreise mit beratender Stimme vertreten sei" sollten, wurde von CDU und LDP abgelehnt. Daraufhin zog die NDP ihren Antrag zurück. Allerdings steht es nun den Blocks der Kreise und Gemeinden frei, selbst über die Heranziehung oder Nichtheranziehung der neuen Parteien zu entscheiden. Mühlmann legte einen Antrag der LDP vor, wonach nominelle Pgs nach Ablauf der am 31. Dezember auslaufenden beruflichen Betätigungsbeschränkungen keiner weiteren Diskriminierung unterliegen dürfen. Die Beratung und Beschlußfassung dieses Antrages wurde bis zur nächsten Sitzung im Oktober ausgesetzt. Mühlmann glaubt, daß der Antrag in den Kreisen ehemaliger Pgs für uns propagandistisch gut verwertbar sei.

Dienstag, den 27. September 1949

Die Zuspitzung der außenpolitischen und der innerdeutschen Situation nach Bildung der westdeutschen Regierung dürfte nicht ohne Auswirkung auf die Politik der Sowjetunion in unserer Zone bleiben. In den letzten Wochen wurden bereits umfangreiche Personalveränderungen bei allen sowjetischen Militärverwaltungen und Kommandanturen bekannt. Mit der Neubesetzung der Posten ist vielleicht auch eine Neuorientierung der sowjetischen Deutschlandpolitik zu erwarten. Dabei befürchten wir eine weitere Versteifung in der Haltung Moskaus gegenüber den nichtmarxistischen Kreisen und somit auch verstärkte Schwierigkeiten für LDP und CDU. Ganz besonders im Hinblick auf die im Herbst fälligen Wahlen ist mit überraschenden Maßnahmen der Sowjets zu rechnen. Sie lassen immer wieder verlauten, daß sie eine weitere Diskussion dieses Themas innerhalb und außerhalb der Partei nicht wünschen. Dennoch bleibt die Wahl das Thema Nr. 1 in der gesamten Bevölkerung. Was werden die Sowjets nun tun? Werden sie die Wahlen zum zweiten Male verbieten, obwohl selbst Pieck seinen Segen dazu schon gegeben haben soll?

Heute morgen auf der Sitzung des Landesvolksausschusses gab es eine Art Manöverkritik der 2. Landesarbeitstagung des Deutschen Volkskongresses am 6. September in den Cottbuser Stadtsälen. Es war dort zu einer stundenlangen, eintönigen und phrasenhaften „Diskussion" gekommen, in der alle Redner im Grunde dasselbe sagten. Ich gab meinem Unwillen über die Dauer der Diskussion und die Vielzahl der Redner Ausdruck. So-

fort widersprach mir Herr Sägebrecht von der SED. Er fand zweieinhalb Stunden Zum-Fenster-hinaus-reden offenbar völlig angemessen. Herr Arlt von der NDP unterstützte mich und erklärte, er hätte sich eine vielseitigere Diskussion gewünscht, „die auch Gegensätzlichkeiten hätte stärker zutage treten lassen". Damit war nun S. ganz und gar nicht einverstanden. Das sei doch nicht die Aufgabe solcher Landestagungen, meinte er.

Koltzenburg (NDP) wünschte, daß seine Partei künftig im Büro des Sekretariats vertreten sei. Er wurde dabei von der SED unterstützt. Zu einer Beschlußfassung über diesen Antrag kam es jedoch nicht. Meschkat teilte schließlich mit, daß das Land Brandenburg für die Aufnahme von Beziehungen (Korrespondenz usw.) mit Westdeutschland den Raum Südwestdeutschland zugeteilt erhalten habe. Die Länder Württemberg-Baden und Rheinpfalz werden auf die einzelnen Städte und Kreise unseres Landes „verteilt".

Montag, den 3. Oktober 1949

Nun kommt es doch zur Ostregierung! Heute mittag wurden wir Mitglieder des Hauptausschusses der LDP im Neuen Rathaus in Leipzig von Hamann indirekt über entsprechende Pläne unterrichtet.[125] Der Tagesordnungspunkt 2, unter dem diese Mitteilung erfolgte, lautete harmlos: „Die politische Lage und ihre Forderungen (Dr. Hamann)". Der Parteivorsitzende holte weit aus, bevor er zum Thema kam. Er wies auf die Bildung der Bonner Regierung und die dadurch entstandene Trennung Deutschlands hin, lobte die Partei, die Tüchtigkeit ihrer Mitglieder, kennzeichnete die Aufgaben der Nationalen Front und auch ihre Fehler und sagte dann den entscheidenden Satz: „Es erscheint uns deshalb von besonderer Wichtigkeit, daß die vom Volksrat angenommene Verfassung jetzt rechtliche Wirksamkeit erlangt". Noch einmal, gegen Schluß seiner über einstündigen Rede, kam Hamann auf dieses Thema zurück und erklärte: „Wir wissen, daß die Verfassung des Volksrates ein wesentliches Hilfsmittel ist, die von uns gewünschte Demokratie zu verwirklichen. Darum ist es notwendig, sie so bald wie möglich in Kraft zu setzen und aus ihrem Geist und mit ihrer Hilfe unser politisches Ziel, Einheit und Frieden für ganz Deutschland, zu verwirklichen."

Die anschließende Diskussion kam zunächst nicht recht in Gang. Die meisten wußten wohl nicht so recht, was sie von Hamanns Ausführungen halten sollten. Stoltzenberg monierte diese Zurückhaltung und meinte, er glaube nicht, „daß ein Schweigen immer Zustimmung bedeutet". Wenn wir hierzu nichts zu sagen hätten, dann gäben wir „dem Vorstand vollständige Vollmacht, im Sinne des Referates vorwärts zu gehen". Es meldeten sich danach nur noch zwei Parteifreunde zu Wort. Erst später, nachdem der Hauptausschuß den Entwurf einer neuen Verfahrensordnung über Parteiausschluß in besonderen Fällen einstimmig angenommen hatte, gab

es noch eine kurze Diskussion, an der auch ich mich beteiligte. Dann sprach Kastner. Er verdeutlichte die Ausführungen Hamanns insoweit, als er prophezeite, wir würden in Zukunft „über eine provisorische Regierung zu einer durch geheime, freie und direkte Wahlen gewählten Volksvertretung kommen".

Auf der Heimfahrt nach Potsdam im Wagen des Landesvorsitzenden berichteten mir von Koerber und Flatau noch folgende Einzelheiten: Die Konstituierung einer provisorischen Ostzonenregierung sei schon in der kommenden Woche zu erwarten. Diese Regierung werde nicht gewählt, sondern von der Besatzungsmacht eingesetzt. Zwischen den Blockparteien sei weitgehende Einigung über die Besetzung der Ministerien erzielt worden: als Kanzler sei Otto Grotewohl vorgesehen, die LDP werde das Finanz- und das Wiederaufbauministerium erhalten.[126] Auch NDP und DBP sollen bedacht werden: für die Bolz-Partei werde das Außenministerium, und für die kommunistische Bauernpartei das Landwirtschaftsministerium reserviert. Während Bonn bewußt auf einen Außenminister verzichtet hat, weil die Außenpolitik entsprechend dem Besatzungsstatut weitestgehend durch die Besatzungsmächte selbst geregelt werde, will man hier in der Ostzone durch die Ernennung eines „Außenministers" offenbar demonstrieren, daß dieser Teil Deutschlands seine Außenbeziehungen „frei" und ohne Besatzungsstatut gestalten kann.

Von Koerber berichtete auch über die Sitzung der Landesvorsitzenden mit den Zonenvorsitzenden, die heute morgen vor der Tagung des Hauptausschusses stattgefunden hat. Dabei sei man sich über folgende Punkte einig geworden: die LDP erkennt die Errichtung einer regierungsähnlichen Institution für die Ostzone als notwendig an, nachdem im Westen eine westdeutsche Regierung gebildet worden ist. Die zu bildende Regierung kann nur eine provisorische sein – sie muß ihre demokratische Bestätigung durch geheime, freie und demokratische Wahlen erhalten. Die LDP wird eine Festsetzung des Termins dieser Wahlen sowie der Landtags-, Kreis- und Gemeindewahlen verlangen, und die Einsetzung eines Präsidenten (Wilhelm Pieck) strikt ablehnen. Sie wird darüber hinaus fordern, die vom Volksrat verabschiedete Verfassung sofort in Kraft zu setzen, um so die permanente Revolution und Evolution in der Zone zum Stillstand zu bringen und ihre kommunistischen Partner zu einer verfassungskonformen Haltung zu zwingen.[127] Man sei sich darüber klar gewesen, daß die Erfüllung dieser unserer Forderungen zu einer Konsolidierung der politischen Lage in der Zone beitragen könnte. Man erwarte gewisse Zugeständnisse der SMA, insbesondere die, daß die Besatzungsmacht künftig auf Verhaftungen aus politischen Gründen verzichte. Der Vorstandskreis habe beschlossen, den politischen Einfluß der LDP zu verstärken. Man hoffe auf eine allgemeine Beruhigung der Lage, fürchte aber zugleich, daß die neue Entwicklung gegebenenfalls auch zu neuen Schwierigkeiten im innen- wie außenpolitischen Bereich führen könne. Kastner wird nun un-

sere Forderungen in den nächsten Tagen aushandeln müssen. Ich habe allerdings große Befürchtungen, daß unsere Parteifreunde und Wähler unsere Handlungsweise nicht verstehen und billigen werden. Obwohl das der einzige Weg ist, um auf die Dinge überhaupt noch Einfluß zu nehmen.

Donnerstag, den 6. Oktober 1949

Aus dem „Stimmungsbericht" des Monatsberichtes des Landesverbandes an die SMA vom heutigen Tage:

„Die Konstituierung des westdeutschen Separatstaates zu Beginn des Berichtsmonats (September) wurde bei der Bevölkerung im allgemeinen sehr zurückhaltend aufgenommen. Mit Mißtrauen verfolgten die demokratischen Menschen die sich mehr und mehr verstärkende Tätigkeit rechtsradikaler Elemente in den Westzonen und die Besatzungspolitik der westalliierten Mächte. Der Wunsch, den augenblicklichen Zustand des Auseinanderlebens zwischen Ost- und Westdeutschland zu überwinden, ist nach wie vor groß, und die Bevölkerung hat deshalb auch wenig Verständnis dafür, wenn sich die Propaganda der Nationalen Front vielfach in wahren Schimpfkanonaden gegen Politiker im Westen erschöpft, statt daß man versucht, sich in sachlich-kritischer Weise mit den maßgeblichen Personen im Westen über das deutsche Problem auseinanderzusetzen.[128] Immer lebhafter wird das Verlangen der breitesten Schichten der Bevölkerung, daß zunächst einmal in der Ostzone ein Zustand der allgemeinen Beruhigung eintrete und daß keine Maßnahmen mehr getroffen werden, die eine Verständigung mit dem Westen gefährden oder gar unmöglich machen können. Dieser Wunsch wird ganz besonders deshalb geäußert, weil weite Kreise inzwischen klar erkannt haben, daß die Einigung unseres Vaterlandes von der Ostzone ausgehen muß und letzten Endes auch nur ausgehen kann.

Mehrfach kamen aus Bevölkerungskreisen Klagen über das oft rigorose Vorgehen der Volkspartei bei Gepäckkontrollen sowie über erhebliche Mängel in der Versorgung mit Nahrungsmitteln."

Gestern abend bei Flatau. Er hatte mich zu einem Gespräch gebeten und schlug mir jetzt im Auftrage der Parteiführung vor, den Posten eines Referenten für deutsch-sowjetische Freundschaft in der Parteileitung zu übernehmen. Ich lehnte aus politischen und persönlichen Gründen ab.

Sonnabend, den 15. Oktober 1949

Die schwere Geburt der sogenannten Deutschen Demokratischen (?) Republik ist vorbei. Die Niederkunft war kurz, aber schmerzlich. Ohne Wahlen wurde durch die Besatzungsmacht eine Ostregierung eingesetzt, in der die SED die führende Rolle erhielt.[129] Die Reaktion der Bevölkerung war dementsprechend. Viele der Parteifreunde wurden wankend in ihrer Treue zur Partei, glaubten sie sich doch durch die Parteiführung verraten. Diese hatte ihnen immer wieder zugesichert, sich für freie, demokratische Wahlen in den Zonen einzusetzen. Nun aber hat sie ihr Ja zu der „Zwangsgeburt" (so soll Ulbricht diesen Vorgang genannt haben) einer volksdemokratischen Regierung gegeben. Gegenwärtig haben wir noch keinen Überblick, wieviele Mitglieder aus der Partei ausgetreten sind und wieviele Ortsgruppen sich inzwischen aufgelöst haben. Man kann jedoch davon

ausgehen, daß überall dort, wo besonnene und politisch weitblickende Funktionäre sitzen, auch die Reaktion der Mitglieder auf diese Ereignisse vernünftig gewesen ist.

Gestern vormittag die erste Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes nach Bildung der provisorischen Ostzonenregierung. Einleitend begründete von Koerber noch einmal das Ja der LDP. Der Grund für „die verhältnismäßig plötzliche und in ihrem Ausmaß etwas unerwartete" Regierungsbildung sei der nationale Notstand, in dem sich Deutschland nach der Bildung eines Weststaates befinde. Die Westregierung sei sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht rückschrittlich und stehe „ohne Zweifel unter dem Machteinfluß der katholischen Kirche". Der Einfluß Roms sei, „wie schon oft in der deutschen Geschichte", auch heute wieder verderblich. Um den Frieden für Deutschland und die Beseitigung einer Kriegsgefahr zu erreichen, „haben wir zweifellos ein gewisses Opfer gebracht". Die LDP habe alle parteipolitischen Bedenken wegen der Schnelligkeit der Entwicklung zurückgestellt. „Wir haben davon abgesehen, auf eine Wahl zu drängen, sondern wir haben uns nach langen Beratungen und ernsten Prüfungen bereiterklärt, dieses Opfer zu bringen, auf die Wahl jetzt zu verzichten."

Von Koerber wies sodann auf die Regierungsämter der LDP hin und meinte, wir seien „in der uns rechnerisch zukommenden Stärke in der Regierung vertreten". Wie sich die Überführung der sowjetischen Militärverwaltung in eine zivile Kontrolle auswirken werde, wisse er nicht. Unsere politische Linie werde die gleiche bleiben; es wäre „völlig falsch" gedacht, wenn man annähme, daß sich an dieser Grundlage etwas ändere. Koerber schloß seine Ansprache mit den Sätzen: „Die verantwortlichen Männer der Partei müssen klar erkennen, daß irgendeine Abänderung der politischen Linie nicht in Frage kommt, sondern eine Verstärkung. Es ist notwendig, dies klar und deutlich unter den Mitgliedern zu verbreiten."

Frau Orthmann meldete sich als erste. Sie interpretierte Koerbers letzte Sätze so, daß die politische Linie deshalb nicht mehr zu erörtern sei, weil sie durch das Parteiprogramm festliege. Koerber entgegnete verärgert, er sei augenscheinlich mißverstanden worden. Die politische Linie sei im Parteiprogramm nicht verankert, z.B. nicht bezüglich der Außenpolitik. Es gebe Parteifreunde, die glaubten, sie könnten eine neue Politik anfangen, eine Politik mit anderen Voraussetzungen.

Damit war dann auch die Diskussion über das Einleitungsreferat bereits beendet.[130] Ganz am Schluß der Sitzung kam Hein auf das Hauptthema noch einmal zu sprechen, indem er nach der Zusammenarbeit mit den Kommandanturen der Besatzungsmacht fragte. Es gab dabei einige Mißverständnisse, die Frage blieb unbeantwortet.

Westarbeit der Nationalen Front

Dienstag, den 25. Oktober 1949

Am Morgen Sitzung der Werbekommission des Volkskongresses. Weinwurm (NDP) wurde zu deren Vorsitzenden, ich zu seinem Stellvertreter gewählt. Meschkat nannte die Aufgaben der Volksausschüsse, auf die sich die Werbekommission einzustellen habe. Neben den üblichen Aktivitäten in der Ostzone erwähnte M. das Problem der Umsiedler, die Aufnahme von Kontakten mit dem Westen und die propagandistische Arbeit in Westberlin. Die Kommission beschloß, das Potsdamer Schulamt aufzufordern, mit den Berliner Schulämtern in Verbindung zu treten. Die früher üblichen Schulklassenbesuche in Potsdam und Sanssouci sollten wieder in Gang kommen. Es wurde erwogen, Besuche aus Westberlin in volkseigenen Betrieben möglich zu machen. Nach der Sitzung bot mir Meschkat eine Referentenstelle im Landesvolksausschuß an. Ich versprach, das Angebot zu überlegen.

Donnerstag, den 27. Oktober 1949

Am Vormittag in Berlin konstituierende Sitzung des Jugendbeirates bei der Parteileitung. Manfred Gerlach wurde mit 9:1 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zum Beiratsvorsitzenden gewählt, Siegfried Eckardt und Hermann Marx einstimmig zu seinen Stellvertretern. Einleitend gab Generalsekretär Stempel einen kurzen Bericht über die politische Lage. Die Partei stehe vor einer vollkommen neuen Situation. Die Parteileitung sei sich der Schwierigkeiten durchaus bewußt. „Die Mißstimmung unserer Mitglieder und Wähler wegen der Tatsache, daß wir der Festsetzung des Wahltermins auf den 15. Oktober 1950 zugestimmt haben, ist uns bekannt" meinte Stempel. Wir müßten uns darüber im klaren sein, daß wir bei sofortigen Wahlen „einen großen Erfolg zu verzeichnen hätten und dann vor beachtlichen personellen Problemen gestanden hätten". Darum gelte es jetzt, die Zeit bis zum nächsten Herbst zu nutzen. Das Gerücht, daß auch dieser Termin wiederum verschoben werden könnte, entbehre jeder Grundlage. Die SED wisse, daß der festgesetzte Wahltermin unbedingt eingehalten werden müsse und daß sie dann „vielleicht vor der letzten Bewährungsprobe stehen wird".

Dann noch ein paar Sätze über seine (Stempels) jüngste Reise nach Westdeutschland, wo man vollkommen falsche Vorstellungen vom Osten habe. Aufgabe unserer Partei werde es sein, die Verbindung zwischen Ost und West wieder herzustellen.

Gestern nachmittag auf der Sitzung des Landesantifablocks im Hause der Bauernpartei wiederholte die NDP ihren Antrag, in die Ausschüsse der Kreis- und Gemeindevertretungen mit beratender bzw. mit beschlie-

ßender Stimme zugewählt zu werden. CDU und LDP erklärten sich mit diesem Verfahren nur unter der Bedingung einverstanden, daß auch andere Parteien als NDP und DBP die Möglichkeit gegeben werde, in die Ausschüsse der betreffenden Parlamente einzuziehen. Dem stimmte der Landesblock zu. Damit können künftig Vertreter unserer Partei auch in den Kreisen und Gemeinden mit beratender Stimme in den Ausschüssen tätig sein, wo die LDP bisher nicht vertreten ist.[131]

Sonnabend, den 29. Oktober 1949

Gestern den ganzen Tag Sitzungen. Erst tagte der geschäftsführende, dann der erweiterte Landesvorstand im Landtag. Mühlmann hatte eine Entschließung ausgearbeitet, die in der erweiterten Vorstandssitzung zur Diskussion gestellt wurde. Sie rechtfertigte in ihrem ersten Teil die Entscheidungen des Zonenvorstandes, wies jedoch in ihrem zweiten auf das Unverständnis hin, das bei einem Teil der Mitglieder und Wähler über die Haltung der Parteileitung bestehe. Darum sei eine „feste Zusicherung der Parteileitung notwendig, daß sie unter allen Umständen darauf besteht, daß in Ausführung der feierlichen Zusage des Deutschen Volksrates vom 7.10.1949 die Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen am 15.10.1950 in der durch den Artikel 51 der Verfassung festgesetzten Form erfolgen".[132] Mühlmann zur Begründung seines Entwurfs: „Wir können und wollen uns doch nicht verhehlen, daß unsere Freunde großenteils stark enttäuscht sind und die Zustimmung der Parteileitung mißbilligen. Um die Freunde im Lande zu beruhigen, habe ich diese Entschließung entworfen." Steffen schlug eine Ergänzung und Abänderungen vor, die zum Ausdruck bringen sollen, „daß die Liberaldemokraten Brandenburgs die Parteileitung und die neugebildete Regierung beim Aufbau des Vaterlandes und bei der Erkämpfung der Einheit Deutschlands mit besten Kräften unterstützen". Eine Redaktionskommission wurde gebildet[133], dann wandte sich der Vorstand seinem Hauptthema zu: „Vorschlag für die Neubesetzung des Finanzministeriums in Brandenburg".[134] Mühlmann verlas ein Schreiben Hamanns, der von Koerber für diesen Posten empfiehlt. In der Diskussion wurden Bedenken wegen der ohnehin schon zu zahlreichen anderweitigen Verpflichtungen des Landesvorsitzenden laut. Der Vorschlag, Kretschmer zum geschäftsführenden Landesvorsitzenden zur Entlastung Koerbers zu wählen, fand Resonanz. Da keine Einigung zu erzielen war, erörterte man zunächst die auf der Tagesordnung stehende „Arbeitsverteilung im Landesverband", durch die der Landesvorsitzende ebenfalls entlastet werden soll. Sie fand einmütige Zustimmung[135], und der Vorschlag eines geschäftsführenden Vorsitzenden wurde nun fallengelassen, zumal auch Steffen meuterte. Er drohte für diesen Fall mit seinem Rücktritt als Generalsekretär. Koerber wurde vom Landesvorstand zum Nachfolger Lieutenants im Amt des Finanzministers vorgeschlagen.

Auf der erweiterten Vorstandssitzung, an der auch die Kreissekretäre teilnahmen, gab Kastner noch einmal eine Erläuterung der Regierungsbildung. Es dauerte eine Weile, bis er zum Thema kam: er habe für die Durchführung der Wahlen gekämpft und lasse keinen Zweifel darüber, „daß ich zumindest einen früheren Wahltermin gefordert habe". Aber er sei dabei allein geblieben, und es sei die Frage entstanden, ob man das Plus, das zu gewinnen war, um des Wahltermines willen opfern sollte. Das Entscheidende sei, daß die SED jetzt die Verfassung beschworen habe – eine entscheidende Frage, über die die Geschichte ihr Urteil abgeben werde. Die LDP verlange weiter nichts, als daß die beschworene Verfassung auch gehalten werde. Der sei ein Verräter an der deutschen Sache, der nicht treu zur Verfassung stehe; ganz gleich, in welcher Partei er sich befinde, und sei es die größte. Kastner wandte sich auch gegen die Behauptung, daß die Sowjetunion nun die Ostzone zu einem Sowjetstaat machen wolle. Wenn die Russen den Wunsch gehabt hätten, Deutschland oder Ostdeutschland, zu einem Sowjetstaat zu machen, wer hätte sie daran hindern können? Niemand, meinte K. Aber sie hätten es nicht getan, weil ihnen ein Gesamtdeutschland als Friedensfaktor in Mitteleuropa wertvoller und entscheidender sei als das andere, „auf das leider doch ein Kreis unserer Volksgenossen auf dem linkesten Flügel gegen den Willen der Russen zusteuert".

In der anschließenden Diskussion sprachen 18 Parteifreunde. Personalpolitik, Wahltermin, Finanzprobleme, Militarisierung der Ostzone, Pressepolitik der SED, Oder/Neiße-Grenze, Blockpolitik und volkseigene Betriebe waren u. a. die Themen der Diskussionsteilnehmer. T. (Guben) prophezeite: „Wir marschieren mit festem Schritt zur Volksdemokratie". Sch. aus Oberbarnim bemerkte, es habe den Anschein, „als ob die Nationale Front zu einer Einheitsliste hinsteuert" und verlangte von Kastner dazu eine Stellungnahme. I. aus Jüterbog bekannte, daß es den Leuten an Mut fehle, „offen mit der Meinung hervorzutreten, weil die Angehörigen unserer Partei einem Druck ausgesetzt sind, so daß sie nicht zu atmen wagen". Dieser Druck müsse von uns genommen werden. „Ich würde es gern sehen und auch hören, wenn Prof. Kastner uns heute einigermaßen die Zusicherung geben könnte, daß es aufhören muß, Furcht zu haben, LDP-Mann zu sein", erklärte M. (Frankfurt/Oder).

Kastners Antworten? Sprüche, Abwiegeln, Ausweichen, nichts Konkretes. Er habe überall ganz klar und deutlich erklärt, er sei kein Kommunist. Aber eines sei ihm klargeworden, daß die LDP die einzige nichtsozialistische Partei sei. Wir wehrten uns gegen die Behauptung, es wäre für Deutschland am besten, wenn der Staat überhaupt allein wirtschafte. Zu den Klagen über Entlassungen von Parteifreunden meinte Kastner, es seien vor einiger Zeit sechs Männer von einem Finanzamt bei ihm erschienen. Sie hätten sich beschwert, daß sie als Angehörige der LDP entlassen worden wären. Er sei der Angelegenheit persönlich nachgegangen: fünf

dieser Leute seien überhaupt nicht entlassen worden. Und dem sechsten sei fristlos gekündigt worden, weil er ohne Entschuldigung nicht zum Dienst gekommen sei. Ähnlich lägen die Dinge oft bei den Verhaftungen. Und ziemlich zum Schluß dann noch die Bemerkung: „Wenn ich zu jungen Menschen spreche, sage ich ihnen: hört mich an, aber glaubt mir kein Wort, sondern prüft, was ich sage!" Das werden die Parteifreunde sicherlich tun.[136]

Dienstag, den 8. November 1949

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SMA:

„Trotz der Verschiebung der Wahlen, die zunächst in den Kreisen unserer Mitglieder erhebliche Unruhe hervorrief, steigt die Mitgliederzahl im Landesverband Brandenburg langsam an ... Die am 7. Oktober vollzogene Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Auswirkung für die weitere Arbeit unserer Partei stellte die Landesleitung in diesem Monat (Oktober) vor besonders große Aufgaben. Während zunächst die Verschiebung des fälligen Wahltermins auf den 15. 10. 50 in einzelnen Kreisverbänden Enttäuschung hervorgerufen hat und zu Vorstellungen bei der Landes- und Parteileitung führte, gelang es den Funktionären unserer Partei, die Mitgliederschaft durch intensive Aufklärungsarbeit von der unabdingbaren Notwendigkeit der Mitarbeit unserer Partei an den so bedeutungsvollen Aufgaben der neuen Regierung zu überzeugen...

In einigen Kreisverbänden wurden nach der Regierungsbildung zunächst keine Versammlungen durchgeführt, sondern eine abwartende Haltung eingenommen...

Die so unerwartet plötzliche Regierungsbildung hat in weiten Bevölkerungskreisen zunächst Unsicherheit in der politischen Beurteilung der Lage ausgelöst, zumal die Regierung ohne verfassungsmäßige Wahlen konstituiert wurde. So konnte man fast überall eine Verschlechterung der allgemeinen Stimmung feststellen, jedoch ergab sich im Verlaufe des Monats bald eine langsame Beruhigung, als mehr und mehr Menschen einzusehen begannen, daß die neue Lage neben Verzicht auf bestimmte politische Erwartungen doch ganz wesentliche Fortschritte auf innen- und außenpolitischem Gebiet zu verzeichnen hatte...

Die Bevölkerung wünscht vor allem, daß der neue Staat eine friedliche und demokratische innerdeutsche Entwicklung gewährleistet und daß die Zeit der großen Veränderungen auf gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet abgeschlossen wird, damit jetzt eine Beruhigung der innenpolitischen Situation gerade auch in unserer Zone eintreten kann..."

Mittwoch, den 9. November 1949

Um 8 Uhr früh Sitzung des Sekretariats des Landesvolksausschusses. Meschkat berichtete über eine Besprechung, die am 4. November in Mahlow über Maßnahmen zur Einflußnahme auf die Westsektoren Berlins stattgefunden hat. Es wurde dort beschlossen, daß jeder der Randkreise (Potsdam, Osthavelland, Niederbarnim, Teltow, Beeskow-Storkow, Zauch-Belzig) ein bestimmtes Arbeitsgebiet erhalten soll. Der Kreis Osthavelland solle auf den englischen Sektor Einfluß nehmen, Teltow und Potsdam werden den amerikanischen, Niederbarnim den französischen Sektor „bearbeiten".

Beeindruckt war ich vom Etat des Landesvolksausschusses. Nach Angaben Meschkats hat der Landesvolksausschuß für das Haushaltsjahr 1950 für sich selbst 635000 DM und für die 27 Kreisausschüsse 923400 DM, insgesamt also 1558400 DM bei der Landesregierung beantragt. An einer Zuweisung des geforderten Betrages ist kaum zu zweifeln. Wenn ich damit unseren Etat, den des Landesverbandes einer legalen Partei, vergleiche[137]...

Donnerstag, den 17. November 1949

Vormittags in Berlin in Vertretung eines Parteifreundes beim Ausschuß für Hochschul- und Studentenfragen in der Parteileitung. Die Delegierten aus den Ländern berichteten über die Immatrikulationen zum Wintersemester 1949. Zufriedenstellend für die LDP in Greifswald: 6 LDP-Mitglieder seien bereits zugelassen, insgesamt 12–15 Parteimitglieder würden es vermutlich am Ende sein. In Sachsen-Anhalt: von 2500 Bewerbern 600 zugelassen, darunter 25 LDP-Mitglieder; 12 oder 13 Parteifreunde noch nachträglich zugelassen. Allerdings: an der volkswirtschaftlichen und der philosophischen Fakultät keine einzige Zulassung. Aus Jena berichtet Möhring, daß hier von 1800 Bewerbern 1100 zugelassen worden seien, darunter 45 Parteifreunde. Münch gab aus Sachsen folgenden Bericht: 3866 Bewerber und 1986 Zulassungen (davon 1007 an der Arbeiter- und Bauernfakultät). Unter den 1986 zum Studium Zugelassenen 876 SED-, 109 LDP-, 93 CDU- und 54 NDP- und DBD-Mitglieder. Insgesamt sollen in Sachsen 317 LDP-Bewerbungen vorgelegen haben.

Kröber, Marx u.a. machten darauf aufmerksam, daß es immer wieder an einer ausreichenden Zahl von geeigneten LDP-Bewerbern für das Studium fehle und hier ein Versagen der Parteiorganisationen erkennbar sei.

Unter Punkt 5 behandelte der Ausschuß eine neue Wahlordnung für die Studentenratswahlen. Marx betonte, daß die LDP-Studenten jede Form von „Vorwahlen" ablehnten, wie sie die SED anstrebe, aber auch den Plan, der FDJ die Geschäfte der Studentenräte zu übergeben. Die sächsischen LDP-Studenten haben eine demokratische Wahlordnung ausgearbeitet. Sollte das Volksbildungsministerium nicht auf unseren Wahlvorschlag eingehen und eine besondere Wahlordnung herausgeben, in der wieder Vorwahlen vorgesehen seien, wäre – so Marx – eine weitere Mitarbeit von LDP-Studenten in den neuen Gremien sowie bei den Wahlen ausgeschlossen. Marx verlangte von der Parteileitung, daß sie entschieden ablehne, was nicht mit den demokratischen Grundprinzipien zu vereinbaren sei. Einstimmig machte sich sodann der Hochschulausschuß den Wahlvorschlag Sachsens zu eigen und dessen Forderung, daß bei Verhandlungen der Parteileitung mit dem Volksbildungsministerium über Hochschulprobleme grundsätzlich ein Vertreter des Ausschusses hinzugezogen wird. Schließlich wurde Marx anstelle von Wiese für den Hauptausschuß der LDP benannt.

Freitag, den 25. November 1949

Auf der konstituierenden Sitzung des Landesjugendbeirates heute vormittag im Landtag äußerte sich von Koerber u.a. über das Verhältnis Deutschland – Rußland. Wir hätten, so meinte K., eine „ganz bestimmte gemeinsame Linie" in bezug auf Deutschland: Rußland wolle uns möglichste Selbständigkeit lassen, soweit dies mit seiner eigenen Politik vereinbar sei. Absicht der Sowjetunion sei es vor allem zu verhindern, daß Westdeutschland endgültig und unabänderlich in dem Atlantikpakt aufgehe. Das würde unserer geographischen Lage und der geschichtlichen Entwicklung widersprechen. Unsere Chance liege im Osten. Die Sowjetunion habe uns die Freiheit unserer Betätigung gegeben. Das sollten wir nutzen, um – ohne Marxisten zu sein – ihre Achtung zu erringen. Koerber warb in diesem Zusammenhang für die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, deren Organisation vielleicht dahingehend geändert werden könnte, daß sie mehr einen „gesellschaftlich-familiären" Umgang möglich mache. Wortmeldungen zu Koerbers Ausführungen gab es nicht.

Zuvor hatten wir einen Beiratsvorstand gewählt, in dem ich nicht vertreten sein werde. Ich begründete noch einmal kurz die Bildung der provisorischen Regierung und bezeichnete es als die künftige Aufgabe der LDP, auf die wir uns verstärkt konzentrieren müßten, „die Entwicklung in der Ostzone im liberalen Sinne zu beeinflussen". Das Thema FDJ brachte ich diesmal selbst zur Sprache. Ohne Widerspruch plädierte ich für Mitarbeit, um zu verhindern, daß FDJ und Junge Pioniere parteipolitisch einseitig ausgerichtet würden. Wir sollten vor allem diese Organisationen mit Propagandamaterial unserer Partei versorgen. Nach Verlesen und Diskussion eines Arbeitsprogramms beschloß der Beirat die Bildung von vier Arbeitsgemeinschaften – für Schulfragen, Jugendverbände und Organisationen, für politische und sozialpolitische Fragen.

Montag, den 28. November 1949

Nachdem Meschkat heute morgen dem Sekretariat des Landesvolksausschusses noch einmal über die Konferenz mit den Randkreisen Berlins berichtet hatte, kam es zu einer interessanten Diskussion über Chancen und Gefahren von Westkontakten. Siebenpfeiffer (CDU) meinte, es sei allerhöchste Zeit, „in Richtung auf Westberlin offensiv zu arbeiten". Sein Parteifreund Schmidt ging noch einen Schritt weiter und erklärte, in unserer Arbeit räche sich jetzt der bisher vertretene Standpunkt: „Nur keine Berührung mit dem Westen!" Gerade in dem Hinüber und Herüber, in der dauernden Wechselwirkung, liege die Beeinflussungsmöglichkeit.

Das rief Herrn Seibt (SED) auf den Plan, der sofort auf die Gefahren der „Schädigung unserer Arbeit durch Agenten" hinwies. Der Eifer Siebenpfeiffers animierte Seibt zu dem ein wenig hinterhältigen Vorschlag, der Herr Landrat sollte im Rundfunk sprechen und dabei „die Lügenmel-

dungen des RIAS durch Tatsachenmaterial als Unwahrheiten brandmarken". Schmidt berichtete sodann über seine jüngste Reise nach Westdeutschland. Dort habe er leider feststellen müssen, daß unsere Arbeit drüben am meisten durch Personen geschädigt werde, die einstmals hier in der Zone irgendwelche Posten innehatten und „wegen Unredlichkeiten oder sonstiger krimineller Delikte" nach Westdeutschland geflohen seien. Diese Leute träten drüben als die „armen Ostvertriebenen" auf und berichteten über Zustände in der Ostzone, die jeglicher Wahrheit entbehrten. Gerade hier müsse unsere propagandistische Aufklärung einsetzen, indem man über Presse und Rundfunk verbreite, weshalb diese Personen verschwanden und was sie verbrochen hätten.

Am Sonnabend sprach ich in Berge (Osthavelland) in einer öffentlichen Kundgebung über das Eisenacher Programm und die Verfassung.[138] Die Versammlung war recht gut besucht. Es kam zu einer teilweise hitzigen Auseinandersetzung mit dem anwesenden SED-Ortsgruppenvorsitzenden über Sozialismus, Demokratie und Freiheit. Dabei hatte ich das Publikum auf meiner Seite. Auf der Heimfahrt hatte unser Wagen eine Panne. Ich war erst um 3 Uhr früh zuhause und mußte bereits kurz nach 8 Uhr wieder fort: mit Koerber und Steffen nach Fürstenwalde zu einer Arbeitstagung der LDP.

Dienstag, den 29. November 1949

Gestern vormittag, auf der Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes, gab von Koerber einen wenig optimistischen Bericht über den Stand unserer Bemühungen für eine eigene Parteizeitung im Land Brandenburg.[139] Die Lizenz sei noch immer nicht da, obwohl sie uns bereits vor Wochen von Major Ziora von der SMA versprochen worden sei. Es fehle nur noch die Unterschrift, die von einem Tag zum anderen erfolgen sollte. Jetzt entschieden aber deutsche Stellen – und diese sperrten sich. Er, von Koerber, habe dieserhalb erhebliche Auseinandersetzungen mit Herrn Norden gehabt, ohne Erfolg. Einer schiebe immer die Verantwortung auf den anderen. Kastner habe sich bereits bei Grotewohl beschwert und diesen gebeten, nun endlich die Lizenz zu erteilen. Immerhin sei bereits das Papier für die ersten Drucke gesichert. Dem widersprach Steffen, der berichtete, es gebe bis zur Stunde keine Stelle, die uns das Papier zusichere. Außerdem sei eine Druckerlaubnis erforderlich, weil nicht jede Druckerei auch drucken dürfe. Und was die Finanzen betreffe, so seien für die Zeitung zunächst 30000 bis 50000 DM erforderlich, die durch Spenden der Kreisverbände, Sammlungen und Darlehen aufgebracht werden müßten.[140]

Montag, den 5. Dezember 1949

Böse Nachrichten. Gerhard W. hat in den letzten Wochen dem Alkohol noch wesentlich mehr zugesprochen als bisher. Angebliche Ursache seines unmäßigen Trinkens: die ständigen Anzapfungen durch die Herren vom MVD. Am Freitagabend vergangener Woche hat er nun im Zustand der Volltrunkenheit unsere Parteifreundin Marie-Luise R. in dem von ihr geleiteten Kinderheim aufgesucht, sie beschimpft (weil sie angeblich ihn und mich bei der Besatzungsmacht denunziert haben soll) und tätlich angegriffen. Das berichtete ein Kollege der Landesleitung, Gerhard hatte mir gegenüber von diesem Vorfall kein Wort gesagt. Am Sonnabend legte er seine sämtlichen Parteiämter nieder und ist seit heute morgen spurlos verschwunden. Niemand weiß, ob er sich aus dem Staub gemacht hat oder von den Russen verhaftet wurde.[141] Fräulein R., die ich heute abend sprach und die den Bericht des Parteifreundes bestätigte, machte mir gegenüber Andeutungen, daß sie Gerhard für eine Spitzel hält. Ich muß daran denken, daß mich Gerhard bis in die letzte Zeit hinein fast täglich über politische Fragen ins Gespräch gezogen hat...

Inzwischen ist die SED erneut zum Angriff auf die „bürgerlichen Parteien" angetreten. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht eine SED-Zeitung gegen LDP und CDU zu Felde zieht. In Fürstenwalde wurde dieser Tage unser Kreisrat Polte, angeblich auf sowjetische Veranlassung, von der deutschen politischen Polizei verschleppt.[142] Wie zu hören war, soll Kastner auf einer Ministerbesprechung einen Zusammenstoß mit Grotewohl wegen der Werbeversammlungen der LDP gehabt haben. Diese werden seit Ende des vergangenen Monats in der ganzen Ostzone durchgeführt und haben teilweise überraschend hohe Besucherzahlen.[143] Grotewohl soll die – wie er meinte – gegen die SED gerichteten Versammlungen scharf kritisiert haben, während Kastner darauf hinwies, daß es sich bei dieser Kampagne lediglich um eine Aufklärungsaktion der LDP über Sinn und Aufgaben der „Deutschen Demokratischen Republik" handele.

Von der NKWD umworben und bedrängt – Die Basis wird rebellisch

Mittwoch, den 7. Dezember 1949

Heute abend, kurz nach 6 Uhr, läutete es an der Wohnungstür. Draußen zwei Herren in dunkelbraunen Ledermänteln. Sie sprachen gebrochen deutsch und verlangten mich zu sprechen. Ich glaubte einen Augenblick, sie seien gekommen, um mich in die Lindenstraße zu bringen.[144] Aber die

beiden Russen wollten sich nur mit mir unterhalten. Es war ein sowjetischer Offizier mit seinem Dolmetscher. Ihre Namen nannten sie nicht. 1¼ Stunden lang informierte sich der Offizier über die Jugendarbeit in der LDP, meine Ansichten zu diesem Thema und meine Pläne. Dann verabschiedete er sich sehr höflich, pries den Vorteil solcher Kontakte und bat um eine weitere Unterredung. Ich sagte zu – was sollte ich sonst machen?[145]

Freitag, den 9. Dezember 1949

„Staatsbesuch" des Ostzonenpräsidenten Wilhelm Pieck in Potsdam. Am Abend eine Festvorstellung im Landestheater. Premiere des Schauspiels in vier Akten „Das Haus in der Gasse" der sowjetischen Satiriker Brüder Tur[146], zu der auch ich geladen war. Kurz vor Beginn der Vorstellung erschien Pieck mit Gefolge. Stehend wurde die „Nationalhymne" gesungen, das an Peter Kreuders „Good bye Johny" erinnernde „Auferstanden aus Ruinen". Das Stück selbst war langweilig und humorlos, die propagandistischen Absichten zu dick aufgetragen. Aber den kommunistischen Honoratioren schien es zu gefallen.

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die Sowjetische Kontrollkommission (SKK)[147] vom gleichen Tage:

„Die ersten Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik zur Verbesserung der Lebenshaltung wurden von der Bevölkerung freudig begrüßt. Weniger erfreulich ist es allerdings gerade für die schaffenden Menschen, daß auf der anderen Seite auch rückläufige Entwicklungen zu bemerken sind, so die verstärkten Stromabschaltungen in den Morgen- und Abendstunden, der örtlich oft sehr schwache Gasdruck und die vielfach meist mangelhafte Versorgung mit Brennmaterialien und Kartoffeln. Immer und überall stößt man in allen Kreisen des Landes bei der Bevölkerung auf eine sehr kritische Einstellung zu der Handelsorganisation, die sich immer mehr ausbreitet und ihre Waren immer noch zu für den einfachen Menschen unerschwinglichen Preisen verkauft.

... Obwohl die Erkenntnis der Notwendigkeit einer deutsch-sowjetischen Freundschaft allmählich immer mehr Raum gewinnt, steht die Bevölkerung dennoch auf dem Standpunkt, daß die Werbungsmethoden für die Gesellschaft ... in mancherlei Hinsicht einer gründlichen Überprüfung bedürfen, speziell im Hinblick auf die oft etwas rigorosen Maßnahmen von Behörden und Betrieben, um möglichst alle Betriebsangehörigen zu Mitgliedern der Gesellschaft zu machen."[148]

Dienstag, den 13. Dezember 1949

Heute mittag 2½ Stunden im Hause der Sowjetischen Kontrollkommission in der Berliner Straße zur Fortsetzung des Gesprächs vom 7. Dezember. Der sowjetische Offizier erkundigte sich dieses Mal sehr eingehend nach meinem Bekanntenkreis, wollte wissen, mit welchen meiner Schulkameraden ich noch Kontakt hätte, wer von diesen im Westen lebe, welche Freunde ich habe, in der Zone und in Westdeutschland, und deren politische Einstellung. Ich fand diese Ausfragerei ärgerlich und gab auswei-

chende Antworten, was den sowjetischen Offizier zu noch hartnäckigerer Fragerei veranlaßte. Er will mich am 19. Dezember wiedersehen.

Donnerstag, den 15. Dezember 1949

Gestern eine fast siebenstündige turbulente Arbeitstagung des Landesverbandes, bei der es zeitweilig zu Tumulten um Dr. von Stoltzenberg kam. Um 10 Uhr hatten sich im Landestheater in der Zimmerstraße („Alter Fritz") die Funktionäre der Kreisverbände Teltow, Zauch-Belzig, Luckenwalde, Osthavelland, Brandenburg, Rathenow, Westhavelland und Potsdam versammelt. Ähnliche Arbeitstagungen, bei denen unsere Funktionäre über die jüngste Entwicklung in der Ostzone unterrichtet werden und Gelegenheit haben sollen sich auszusprechen, hatten bereits in den vergangenen Wochen in Prenzlau, Eberswalde, Kottbus und Fürstenwalde stattgefunden. Sie gingen relativ ruhig vonstatten.

Diesmal waren unsere Parteifreunde offensichtlich mit der Absicht angereist, „denen da oben" einmal gründlich die Meinung zu sagen. Im Saal herrschte eine überaus gereizte Stimmung, die sich bereits im ersten Diskussionsbeitrag nach dem einführenden Vortrag Koerbers Luft machte. Gegenstand scharfer Kritik war vor allem unser Parteiorgan „Der Morgen". Die Zeitung, so meinte der erste Diskussionsredner, mache auf ihn den Eindruck, „als sei sie in letzter Zeit sehr stark ins kommunistische Lager übergegangen". Im „Morgen" lese man nur noch ein „ewiges Gehetze". Auch der Rundfunk solle endlich seine Hetze einstellen und Tatsachen bringen. Koerber und Frau Orthmann wiesen diese Vorwürfe zurück.[149] Das provozierte neue Attacken gegen die gesamte Pressepolitik der Zone. Auf die etwas unvorsichtige Frage Koerbers, ob die Kritiker damit zum Ausdruck bringen wollten, daß z. B. die „Tägliche Rundschau" ein schlechtes Blatt sei, rief der Kreisvorsitzende von Zauch-Belzig unter schallendem Gelächter in den Saal: „Was? Die ‚Tägliche Rundschau'? Die nehme ich nur für spezielle Zwecke!"

Nach heftigen Wortwechseln zwischen von Koerber und einigen Parteifreunden debattierte man über unsere noch immer im Planungsstadium befindliche Landeszeitung[150], bis Herr von Stoltzenberg, der inzwischen eingetroffen war, das Wort ergriff. Seine Rede war nicht sonderlich geschickt. Er warb um Verständnis für die Entwicklung in der Ostzone, wandte sich gegen „überscharfe Kritik" an den politischen Verhältnissen bei uns und gegen falsche Vergleiche. Wer das Heute mit der Nazizeit vergleiche, mache sich schuldig an den Opfern, meinte der Staatssekretär, der selbst 1944/45 in einem Konzentrationslager gesessen hat. Er verteidigte auch den „Morgen" und behauptete, daß selbst die „Times" Nachrichten verbreite, die „nachweisbar falsch" seien, und daß manche unserer Parteikritiker ihre Nachrichten dem RIAS, dem „Telegraf" und anderen westlichen Quellen entnähmen und damit ihr „eigenes Nest" beschmutzten.

Die Parteifreunde wurden immer unruhiger. Als Stoltzenberg sein von Zwischenrufen häufig unterbrochenes Referat beendet hatte, gab es nur spärlichen Beifall, dann eine hitzige Aussprache. Koerber hatte noch durch einen ersten Diskussionsbeitrag die Versammlung zu beruhigen versucht. Aber der dann folgende ältere Parteifreund, Gatte unserer Landtagsabgeordneten Steinmann, breitete eine ganze Skala von Beschwerden über die kommunistische Politik aus, schilderte seine eigene Verhaftung und verlangte, daß die Regierungsmitglieder bei der Verteidigung der Verfassung mit gutem Beispiel vorangingen. Der nächste Diskussionsredner verwickelte Stoltzenberg in einen gereizten Wortwechsel über die Wahlfälschungen im vergangenen Mai. Die ausweichenden Antworten Stoltzenbergs wurden scharf kritisiert, dieser kämpfte mit einem Asthma-Anfall und verließ schließlich zornrot vorzeitig die Versammlung.

Nachdem Stoltzenberg gegangen war, meldete auch ich mich zu Wort, kritisierte die Form der Auseinandersetzung und versuchte – vergeblich – die Parteifreunde zu einer ruhigeren Betrachtung der Dinge zu bewegen.[151] Die nachfolgenden Sprecher zogen weiter vom Leder, nannten die HO „die Fortsetzung des Monopolkapitalismus, einen Staatsmonopolkapitalismus, wie wir es uns schlimmer gar nicht denken können". Sie bezweifelten das Wahlgeheimnis bei den kommenden Wahlen im Herbst 1950, wiesen auf das ausgedehnte Spitzelsystem in der Ostzone hin und sagten von Koerber ins Gesicht, daß er das Vertrauen der Mitglieder „nicht so einwandfrei" habe. Dann bekam auch ich mein Fett weg: Parteifreund Weirich erklärte, er bedauere sehr, „daß Herr Schollwer, unser junger Freund, heute Gelegenheit genommen habe, Kritik an der Versammlung in dieser Form zu üben". Erschöpft und mißgestimmt verließen alle am späten Nachmittag die Tagungsstätte.

Ich eilte zum nächsten Termin und referierte noch am gleichen Nachmittag vor Mitarbeitern der Kommunalen Wirtschaftsunternehmen (KWU) der Stadt Potsdam über das Wirtschaftsprogramm der LDP.[152] Danach mit der S-Bahn nach Westberlin. Am Bahnhof Zoo ein riesiger Menschenauflauf: mehr als tausend Studenten der Freien Universität demonstrierten für „Kuny und die freie Liebe".[153] Einsatzwagen der Polizei rasten heran, Polizisten vertrieben, Gummiknüppel schwingend, Demonstranten und Passanten aus der Hardenbergstraße.

Freitag, den 16. Dezember 1949

Gestern mittag beschloß der Jugendbeirat bei der Parteileitung, Anfang März kommenden Jahres auf der Parteischule Behrensdorf einen Jugendlehrgang durchzuführen. Insgesamt 30 junge Parteifreunde aus allen Landesverbänden sollen teilnehmen. Am Schluß der Sitzung kam Eckardt auf die Verhaftung jugendlicher Parteimitglieder in Mecklenburg zu sprechen und regte an, Kastner und Hamann zu bitten, bei der Sowjetischen Kon-

trollkommission vorstellig zu werden, um Gründe für die Verhaftungen in Erfahrung zu bringen.[154]

Heute wieder in Berlin, zur Sitzung des Ausschusses für Hochschul- und Studentenfragen. Auch dieser Ausschuß befaßte sich mit den Verhaftungen in Mecklenburg und bat die Parteileitung, sich für die Freilassung der Inhaftierten einzusetzen.

Nach dem Essen diskutierte der Ausschuß bevorstehende Änderungen bei den Studentenratswahlen, die in Zukunft von den kommunistischen Massenorganisationen FDJ und FDGB durchgeführt werden sollen. Damit wäre eine weitere Mitarbeit der LDP bei den Wahlen unmöglich. Der Ausschuß faßte darum eine Entschließung, in der die vom Hochschulausschuß erarbeiteten Vorschläge für die Durchführung dieser Wahlen „als die einzig mögliche Arbeitsgrundlage für eine weitere fruchtbare Zusammenarbeit innerhalb der studentischen Selbstverwaltung an den Universitäten" bezeichnet wurde.[155] „Eine Mitarbeit an Studentenratswahlen, die nur von einzelnen Organisationen getragen werden, lehnen wir im Hinblick auf die obigen Ausführungen ab."

Dieser Beschluß wurde einstimmig angenommen und soll dem Parteivorsitzenden umgehend vorgelegt werden. Die Vertreter des Ausschusses werden von der Entscheidung telegrafisch in Kenntnis gesetzt.

Montag, den 19. Dezember 1949

Um 12 Uhr mittags begann heute bei der Sowjetischen Kontrollkommission das dritte Gespräch mit den Russen. Es dauerte diesmal 3¼ Stunden! Nun besteht kein Zweifel mehr: diese Leute sind von der NKWD. Heute waren es zwei andere Offiziere, die mich in die Mangel nahmen. Nach einigen Präliminarien kamen sie zum eigentlichen Thema. Sie verlangen von mir, mit ihnen bei der Aufspürung von „Schumacher- und Schwennicke-Agenten" zusammenzuarbeiten. Ich wäre für diese Aufgabe der geeignete Mann. Ich lehnte dieses Ansinnen entschieden ab. Schließlich kamen sie mit dem Vorschlag heraus, ich solle meinen guten Willen dadurch unter Beweis stellen, daß ich ihnen zur nächsten Unterredung schriftliche Charakteristiken meiner Freunde und Bekannten mitbringe. Ich lehnte auch diesen Wunsch ab mit der Begründung, daß ich Landessekretär der LDP und nicht Spitzel sei. Die Herren zeigten sich verstimmt und wiederholten ihre Wünsche noch einige Male, stets mit dem gleichen Erfolg bzw. Mißerfolg. Dann ließen sie mich gehen.

Am Heiligen Abend 1949

Ein Weihnachtsfest, überschattet von ernsten politischen und auch persönlichen Sorgen. Noch immer bin ich nicht frei von den „Nachstellungen" der NKWD, ein neuer Termin – 29. Dezember – ist mir bereits auferlegt. Eine ADN-Meldung vom gestrigen Tage über angebliche sowjet-

feindliche Äußerungen von fünf unserer zwanzig Landtagsabgeordneten kündigt neue Aktionen der Besatzungsmacht und der SED gegen die bürgerlichen Parteien an. Auf der jüngsten Arbeitstagung in Potsdam wurde allerdings deutlich, daß einige unserer Funktionäre und Mitglieder offenbar die Nerven verloren haben und sich darum zu Äußerungen gegen die Besatzungsmacht hinreißen ließen, die man – angesichts unserer Situation – nur noch als töricht bezeichnen kann. Es sieht so aus, als werde die Ostzone das Schicksal der kleinen ost- und südosteuropäischen Staaten erleiden müssen: die kommunistische „Diktatur des Proletariats". Das soeben vom Papst eröffnete „Heilige Jahr 1950" wird für uns Ostzonendeutsche wohl ein sehr unheiliges sein!

Donnerstag, den 29. Dezember 1949

Die vierte Unterredung mit der NKWD dauerte heute auf der Sowjetischen Kontrollkommission „nur" zwei Stunden. Der erste Teil des Gesprächs war den Vorgängen in der Landtagsfraktion meiner Partei gewidmet. Man versuchte, diesen noch keineswegs geklärten Vorfall zum Aufhänger für neue Spitzelangebote an mich zu machen. Allen Bemühungen der sowjetischen Offiziere, mich dabei in die Enge zu treiben, konnte ich ausweichen. Auch dieses Mal ist die NKWD keinen Schritt vorangekommen – das bilde ich mir jedenfalls ein.

Inzwischen ist schon etwas mehr über die Vorgänge in der Fraktion bekannt. Den Berichten der „Märkischen Volksstimme", der „Tagespost" und des „Morgen" aus den letzten Tagen ist folgendes zu entnehmen: Auf einer Sitzung der LDP-Landtagsfraktion am 19./20. Dezember sollen die Abgeordneten Hein, Baumann, Gaedecke, Orthmann und Priefert angeblich abfällige Äußerungen über die Politik der Ostzone gemacht haben. So habe Hein verlangt, daß die Werke sowjetischer Schriftsteller aus den Schulbibliotheken entfernt werden, denn die Schüler brauchten lediglich deutsche Literatur. Baumann, der die Inspektionsgruppe der HO leitet, habe die Fraktion „in entstellter Form" über die Handelsorganisation informiert und erklärt, er beabsichtigte seine Tätigkeit bei der HO dazu zu benutzen, um Informationen über den Geschäftsgang dieser Organisation zu erhalten. Gaedecke habe gefordert, in gleicher Weise auch Informationen aus den volkseigenen Betrieben einzuholen. Frau Orthmann wurde beschuldigt, die Fraktion ermuntert zu haben, „gegen die Teilnahme am Block der Parteien" einzutreten. Und Parteifreund Priefert soll sich gar gegen eine Zulassung von Arbeiter- und Bauernstudenten an den Hochschulen mit der Begründung ausgesprochen haben, daß sie „eine schlechtere Erbmasse hätten und lange nicht so begabt seien wie die Kinder der bürgerlichen Klasse" (ADN).[156]

Mühlmann hatte sich sofort nach Erscheinen der ersten Presseangriffe schützend vor seine Fraktionskollegen gestellt und im „Morgen" erklärt,

daß ADN falsch informiert sei und den fünf LDP-Abgeordneten etwas zugeschrieben habe, was diese in der Sitzung überhaupt nicht gesagt hätten. Auf dieses Dementi hin veröffentlichte ADN „weitere Einzelheiten" und bekräftigte, nun auch Mühlmann attackierend, seinen ersten Bericht. Dabei wußte die kommunistische Nachrichtenagentur sogar zu vermelden, daß „schon in früheren Fraktionssitzungen der LDP verschiedene reaktionäre und antisowjetische Äußerungen der Abgeordneten gefallen" seien, die man jedoch nicht in die Sitzungsprotokolle aufgenommen habe, „um keine Spur zu hinterlassen und um später mit verschiedenen Dementis auftreten zu können, wie es jetzt Dr. Mühlmann getan hat".

Tagebuch 1950

Säuberungen in der LDP

Mittwoch, den 4. Januar 1950

Gestern das fünfte Gespräch mit der NKWD, wieder in den Räumen der Sowjetischen Kontrollkommission in der Berliner Straße. Diesmal hatten sie die milde Tour: nur eine Stunde lang Fragen, aber keine Aufforderung zu Spitzeldiensten. Hauptthema: die Vorfälle in der Landtagsfraktion. Sie wollten wissen, ob die beschuldigten Parteifreunde „Schwennicke-Agenten" seien. Meine Antwort: nein. Priefert sei nur verärgert über seine Entlassung als Schulleiter gewesen, Hein ein cholerisch veranlagter Mensch, der gelegentlich zu unbedachten Äußerungen neige. Frau Orthmann sei weder östlich noch westlich eingestellt, sie habe m. W. überhaupt keine politische Meinung. Auf jeden Fall könne man keinen der Beschuldigten als „Reaktionär" bezeichnen. Die Russen schienen sich mit diesen Auskünften vorerst zufriedenzugeben.

Heute tagte bis zum frühen Nachmittag der Kulturpolitische Ausschuß des Landesverbandes im Landtagsgebäude. Am Vormittag sollte ursprünglich Ministerialdirektor Schatter aus Berlin zum Thema „Stellung und Aufgaben der Volksbildung in der Deutschen Demokratischen Republik" sprechen. Er ließ sich entschuldigen. An seiner Stelle nahm von Koerber das Wort zu den jüngsten Vorgängen in der Landtagsfraktion. Er teilte mit, daß die beschuldigten Abgeordneten inzwischen von ihren Parteiämtern suspendiert seien und daß diese Suspendierung nicht auf ihren jüngsten Äußerungen beruhe, sondern darauf, daß sie „seit Jahren die Linie unserer Partei nicht erkannt" hätten oder „nicht erkennen wollten". Koerber wies darauf hin, daß er nach dem Tode des Fraktionsvorsitzenden Dr. Schneider zu verhindern versucht habe, daß Hein an dessen Stelle trete.[157] Jedoch: die Fraktion habe leider nicht auf ihn gehört. Nun sei man in eine schwierige Lage gekommen. K. wandte sich sodann gegen den Einwand, daß Fraktionssitzungen vertraulich seien und deshalb dort erfolgte Äußerungen nicht zur Grundlage von Parteiverfahren gemacht werden könnten. Diese Behauptung sei „unsinnig". Wenn Herr Hein den Minister Rükker offiziell zu einer Aussprache mit der Fraktion lade, dann sei die Sitzung eben „hochoffiziell und politisch" und Minister Rücker berechtigt und verpflichtet, seiner Partei darüber Bericht zu erstatten.

Koerber beschäftigte sich dann mit den einzelnen von der Suspendierung betroffenen Abgeordneten und meinte, daß die Äußerungen des Abgeordneten Hein schon deshalb „sehr ungeschickt" gewesen seien, weil

wir alle ja wüßten, „daß die augenblickliche politische Freiheit, die wir in unserer DDR erhalten haben, auf einem Grundfundament politischer Voraussetzungen ruht: nämlich auf der Freundschaft mit der Sowjetunion". Koerber schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Es gibt keine Freiheit für die Feinde der Freiheit und keine Demokratie für die Feinde der Demokratie! Kräfte, die unsere Linie nicht teilen können, müssen sich von uns trennen!"

In der anschließenden Aussprache stellte Dr. O. (Potsdam) die Frage, ob es angängig sei und mit der Verfassung zu vereinbaren, daß die Immunität von Abgeordneten aufgehoben werde, wenn einmal in einer Fraktionsaussprache Worte fielen, die heftiger seien als gemeint.[158] Koerber wies darauf hin, daß bisher die Immunität der Beschuldigten noch nicht aufgehoben sei, das Verfahren sei noch nicht abgeschlossen. Im übrigen bedeute die Freiheit der Meinungsäußerung „noch nicht die Freiheit, Dummheiten zu sagen". Einer der nächsten Diskussionsredner, ein Parteifreund aus Calau, sprach sich für engere Verbindung zum Westen gerade auf dem Gebiet der Kulturpolitik aus und wollte wissen, welche Beziehungen die LDP zur FDP habe. Dr. B. aus Niederbarnim wies darauf hin, daß es im Lande Brandenburg heute keinen einzigen Schulrat der LDP mehr gebe. Auch die Schulleiterposten, die einst durch LDP-Leute besetzt gewesen seien, wären beim Personalwechsel verlorengegangen. Ein anderer Parteifreund sprach sich dafür aus, „bei aller Freundschaft für die Sowjetunion unsere deutsche Kultur nicht zu vergessen".

Koerber zur Diskussion: Die FDP stehe bisher unseren Vertretern ablehnend gegenüber. Unsere Werbung gelte darum den „parteipolitisch ungebundenen Kräften". Rücker habe auf der Fraktionssitzung am 20. Dezember wiederholt gebeten, ihm Vorschläge für die Besetzung von Schulratsposten zu unterbreiten.

Danach referierte ich zum Thema „Unser Programm und die Verfassung". Die Tagung war gut besucht. Insgesamt 40 Parteifreunde aus dem Land Brandenburg nahmen an den Beratungen teil.[159]

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SKK:

„Die Äußerungen der fünf Landtagsabgeordneten der LDP in der Fraktionssitzung am 19. und 20. Dezember und die zahlreichen Veröffentlichungen in der Presse darüber veranlaßten die Landesleitung zu einer Reihe von Maßnahmen, die die politische Geschlossenheit der Brandenburger LDP wiederherzustellen haben. Die Tatsache, daß diese Abgeordneten sich in unverantwortlicher Weise von der allgemein festgelegten Linie unserer Partei entfernten und Ansichten vertraten, die geeignet sind, das Ansehen und den Bestand unserer Partei zu gefährden, forderte die sofortige Suspendierung der Betreffenden von ihren Parteiämtern und ihrer Mitgliedschaft bis zur Verhandlung und Klärung durch das vom 1. Landesvorsitzenden einzuberufende Sonderparteigericht.[160] In einer offiziellen Stellungnahme des Landesvorsitzenden zu diesen Vorkommnissen distanzierte sich die Partei eindeutig von den von den Abgeordneten vertretenen Ansichten und bekannte sich rückhaltlos zu der fortschrittlichen Politik, die durch die Parteileitung festgelegt ist."

Sonnabend, den 7. Januar 1950

Nach einer Mitteilung der Parteileitung, die heute in der Presse zu lesen ist, sind die Vorgänge in der brandenburgischen Landtagsfraktion „nach den Vorschriften der vom Hauptausschuß der Partei einstimmig beschlossenen Verfahrensordnung geklärt und bereinigt".[161] Hein, Priefert und Orthmann seien aus der Partei ausgeschlossen worden und ihre Landtagsmandate „erloschen". In der Parteigerichtsverhandlung – die in absentia geführt wurde – sei besonders das Verhalten der drei Vorgenannten verurteilt worden, weil sie „der Berliner Westpresse noch während der Untersuchung in verleumderischer Absicht über die Vorgänge völlig unwahre Berichte" gegeben hätten. Baumann hat inzwischen sein Landtagsmandat niedergelegt. Der gegen ihn erhobene Vorwurf der Wirtschaftsspionage hat sich als nicht begründet herausgestellt. Die Untersuchung gegen Gaedecke konnte wegen dessen Erkrankung nicht abgeschlossen werden.

Mittlerweile ist auch die „spontane Empörung der Werktätigen" richtig in Schwung gekommen. Belegschaften verschiedener Betriebe forderten die „Säuberung" der LDP „von solchen Reaktionären". Auch der Landesvorstand der NDP meldete sich zu Wort. Er denunzierte vorsichtshalber gleich die ganze LDP als reaktionär und verdächtig. Von LPD-Mitgliedern werde sehr häufig, so meint die Partei ehemaliger Nationalsozialisten, von der öffentlich erklärten Politik der Partei abgerückt, „gegensätzliche Stellungnahmen offen ausgesprochen und zur Grundlage des politischen Handelns gemacht".

Montag, den 16. Januar 1950

Auch im Mittelpunkt der heutigen erweiterten Landesvorstandssitzung (66 Personen) standen die Vorgänge in der Fraktion. In seinem Einleitungsreferat betonte von Koerber, daß diese Angelegenheit formell „vollkommen abgeschlossen" sei. Die Ursachen für die Vorgänge lägen jedoch darin, daß die Fraktion ein „Eigenleben" geführt und nicht so eng mit dem Landesverband zusammengearbeitet habe, wie es notwendig gewesen wäre. Man könne die richtigen Lehren aus dem Vorfall nur ziehen, wenn man die Dinge „im großen Zusammenhang" sähe. Dabei seien vereinzelte Bedenken oder die einzelnen Fakten „völlig uninteressant", nachdem alles abgeschlossen sei. Man müsse erkennen, daß uns die Gefahr vom Westen her drohe, da die dortige Regierung den Versuch mache, „das deutsche Volk wieder einmal für fremde Interessen als Soldaten auftreten zu lassen". Man dürfe sich nicht darüber täuschen, daß sich die Verhältnisse in der großen Politik nach 1945 grundlegend geändert hätten. Für eine Erreichung unserer Ziele verspreche eine Politik mit der Sowjetunion die einzige Möglichkeit. „Das ist die große politische Linie."

Koerber ging dann auf wirtschaftliche und soziale Fragen ein, verkündete, daß es nicht richtig sei, „etwas zu sagen, das nicht zeitgemäß ist"

und forderte die Parteifreunde auf, sich den sozialen Ideen, die die Sowjetunion „zum Aufblühen gebracht" hätten, nicht zu verschließen – „denn die sind lebensfähig und lebenskräftig, wie wir uns überzeugen konnten".

Später kam er auf die Arbeitstagungen des Landesverbandes zu sprechen. Ganz allgemein habe man dabei „gewisse Irrtümer" vermerken können: insbesondere den, daß man die Wahlen glaubte besonders herausstellen zu müssen. Auf der Potsdamer Tagung seien Stimmen vor allem von solchen Mitgliedern laut geworden, die sich seit Jahren zurückhalten mußten. Sie hätten gezeigt, daß sie die Zeit der Zurückhaltung nicht dazu benutzt haben, die große Linie der Partei positiv zu unterstützen. Überhaupt sei zu diesen Arbeitstagungen festzustellen, „daß positive Vorschläge, wirklich konkrete Vorschläge, eine Unterstützung unserer allgemeinen Politik wenig zu hören waren".

Abschließend wandte sich von Koerber dagegen, das Wort „Einheitsliste" immer „wiederzukäuen, bis es womöglich wirklich kommt". Die Kreisvorsitzenden dürften nicht alles glauben, was die SED sage. Diese Angstpsychose bei unseren Parteifreunden müßten wir unbedingt überwinden. Denn: „Die Stunde für unsere LDP steht günstig."

Dann gab Mühlmann einen detaillierten Bericht über die Ereignisse am 19. und 20. Dezember. Es seien ausgedehnte Fraktionssitzungen gewesen, die zeitweise im Beisein von Minister Rücker stattgefunden hätten. Fünf der insgesamt 20 Abgeordneten hätten an der Sitzung nicht teilgenommen. Ein Vertreter der SKK sei nicht anwesend gewesen, wohl aber des SNB[162], der während der Wiedergabe vertraulicher Mitteilungen des Innenministers (Verschlußsache) gebeten worden sei, das Fraktionszimmer zu verlassen.

Ein stenographisches Protokoll sei nur während der Aussprache mit Rücker geführt worden, das sonstige Protokoll beschränke sich auf die Wiedergabe der wichtigsten Äußerungen. Er selbst sei wegen interfraktioneller Besprechungen zeitweilig abwesend gewesen. M. berichtete dann über die Äußerungen der einzelnen Abgeordneten und betonte, daß er weder aus den Ausführungen Baumanns noch Gaedeckes die Empfehlung einer „Spitzeltätigkeit" bei der HO und den VEB's herausgehört habe. Ohne der Entscheidung des Sonderausschusses vorgreifen zu wollen, glaube er, daß dieser – wie der Ausschuß der Parteileitung im Falle Baumann – auch bei Gaedecke zu der Entscheidung kommen werde, daß der Vorwurf der Wirtschaftsspionage nicht berechtigt sei. Äußerungen der Frau Orthmann gegen die Blockpolitik habe er nicht gehört. Anders lägen die Dinge bei den Herren Hein und Priefert. Ihre Fragen an Minister Rücker verrieten einen Mangel an Takt und politischem Fingerspitzengefühl. Nach Einsicht in das ihm erst nachträglich bekanntgewordene stenographische Protokoll „muß ich meine Stellungnahme, die von der Presse am 27. 12. veröffentlicht wurde, revidieren". Von einer Diffamierung der russischen Kul-

tur, „wie es in der Auslassung des ADN vom 24.12.1949 heißt", könne zwar keine Rede sein, wohl aber hätten Hein und Priefert Auffassungen vertreten, die mit den politischen Grundlinien der LDP unvereinbar seien. „Der Politiker kann in der Formulierung seiner Meinung nicht vorsichtig genug sein, damit nicht etwas anderes herausgehört werden kann, als er zu sagen beabsichtigt. Zumindestens in dieser Beziehung haben die Herren Hein und Priefert versagt." Durch ihr späteres Verhalten hätten sie sich selbst das Urteil gesprochen. Der Spruch der Parteileitung und des Landesverbandes sei daher zu Recht ergangen.[163]

Danach war ich an der Reihe. Die Darstellung des Arbeitsprogramms des Landesvolksausschusses gab Gelegenheit zu ein paar mehr allgemeinen Bemerkungen über die Arbeit der Nationalen Front. Ich forderte wirklich freie Aussprache bei den „Foren der öffentlichen Meinung" und verwies als abschreckendes Beispiel auf eine Veranstaltung in Potsdam-Babelsberg, in der jeder Diskussionsbeitrag sofort mitgeschrieben wurde. So komme man nicht weiter. Kein Wunder, daß auch die vom Landesausschuß angeregte Zirkelbildung an Theatern, Krankenhäusern, Hochschulen usw. kein Erfolg war. Die Versammlungsmüdigkeit der Bevölkerung sei groß. Viele Menschen verträten zudem die Ansicht, daß die Nationale Front von der SED getragen werde – sie wollten aber nichts politisch Einseitiges vorgesetzt erhalten.[164] Noch immer liege auch die Propaganda der Nationalen Front im argen. Man dürfe z. B. nicht ständig Formulierungen benutzen, die täglich im RIAS lächerlich gemacht werden. Ich bat die Parteifreunde um mehr Erfahrungsberichte aus den Kreisen. Wir hörten von dort immer weniger und wüßten oft überhaupt nicht mehr, wie die Situation in den Kreisverbänden und Ortsgruppen aussähe.

Um bessere Berichterstattung bat auch Steffen. Entwicklungen, die eventuell zu Verhaftungen führen könnten, müßten dem Landesverband vorher mitgeteilt werden, damit er sich noch einschalten könne. Wenn dann aber Verhaftungen nicht sofort wieder rückgängig gemacht werden könnten, so habe das oft Gründe, „die man nicht öffentlich bekanntgeben kann, weil in ein schwebendes Verfahren nicht eingegriffen werden soll".

Die erweiterte Vorstandssitzung endete mit der Verabschiedung einer Entschließung, in der die Versammelten die von der Partei gegen die fünf Landtagsabgeordneten getroffenen Maßnahmen einstimmig billigten.[165]

Mittwoch, den 18. Januar 1950

Die letzte Unterredung mit der NKWD am Dienstagabend war die bisher schlimmste. Sie hatten mich für 20 Uhr an die Ecke Hans-Sachs- und Geschwister-Scholl-Straße bestellt. Dort holte mich ein Beamter des sowjetischen Geheimdienstes ab und brachte mich in eine fast leerstehende, ungeheizte Etagenwohnung in der Kantstraße. Hier wartete schon eine in einen Pelzmantel gehüllte, großgewachsene blonde Russin, die meinen Abholer

bei dem sogleich beginnenden Verhör als Dolmetscherin unterstützte. Der Offizier überfiel mich mit der Frage, warum ich entgegen den mir gegebenen Weisungen Parteifreunden über meine Gespräche mit der NKWD berichtet hätte.[166] Drohend gebot er mir, künftig den Mund zu halten, sonst werde man mich verhaften. Dann ging das alte Spiel wieder los. Man müsse an meiner Aufrichtigkeit zweifeln, da ich mich noch immer weigere, „reaktionäre" LDP-Mitglieder namhaft zu machen. Ich erwiderte, ich sähe meine Aufgabe darin, andere zu überzeugen, aber nicht, sie zu vernichten. Darauf warf mit der sowjetische Offizier Naivität vor. Ich fühlte, wie bereits wieder die Wut in mir hochstieg und erklärte gereizt, ich sei bereit, sofort meine sämtlichen Parteiämter niederzulegen, da man mich der indirekten Unterstützung von „Agenten und Saboteuren" bezichtige. Ich hatte den Eindruck, daß mein sowjetisches Gegenüber diese Erklärung nicht ernst nahm. Er ging jedenfalls auf den Vorschlag nicht ein. Ich bat, die nächste Unterredung, die man mir schon angekündigt hatte, wieder in der SKK stattfinden zu lassen. Dieser Bitte wurde entsprochen und ich nach einer Stunde wieder in die Nacht entlassen.

Am Vormittag des gleichen Tages trat der Landesjugendbeirat im Landtag zusammen. Siegfried Rönnefahrt wurde zum Beiratsvorsitzenden gewählt, dann berichtete ich über die Vorgänge in der Landtagsfraktion und die letzte Landesvorstandssitzung. Ich bat die Parteifreunde, in dem vor uns liegenden schweren Jahr eng zusammenzuarbeiten. Die Umbildung zur Nationalen Front werde von manchem kritisch und ängstlich als der Weg zur Einheitsliste am 15. Oktober betrachtet.[167] Wir dürften uns aber prinzipiell an solchen Diskussionen nicht beteiligen, sondern sollten vielmehr zu jeder Zeit für die uns zugesicherten freien Wahlen eintreten.

Zu meinem Bericht gab es keine Wortmeldung. Der Beirat schlug Karl Machner, Siegfried Rönnefahrt und mich als Nachfolgekandidaten für die Volkskammer vor. Für den Posten eines hauptamtlichen Jugendsekretärs der Parteileitung wurde ich gleichfalls nominiert, obwohl ich auf die Wahrscheinlichkeit eines Einspruchs Koerbers hinwies.[168]

Mittwoch, den 25. Januar 1950

Wieder einmal und noch immer das Thema FDJ. Auf der gestrigen Sitzung des Jugendbeirats bei der Parteileitung hatte Schulrat Wolff mit der Mitteilung, daß in nächster Zeit ein Jugendgesetz in der Zone zu erwarten sei, den Anstoß zu einer neuerlichen Diskussion über dies offenbar unerschöpfliche Thema gegeben. Auf Vorschlag Gerlachs wurde ein kleines Gremium gebildet, das sich in der kommenden Woche in der Parteileitung zusammensetzen und mit den Problemen eines solchen Jugendgesetzes und einigen Fragen der Berufsausbildung beschäftigen soll. Harald K. regte an, im Zonenvorstand auch die Frage der Kriegsdienstverweigerung zu klären. Der von Eckardt ausgearbeitete Arbeitsplan für den Jugendbei-

rat wurde mit wenigen Änderungen einstimmig angenommen. Er verpflichtet die Beiräte, „mit allen Organisationen und Institutionen, die sich mit der Jugendarbeit befassen, eine möglichst enge Verbindung zu halten und gut zusammenzuarbeiten". E. gab auch den Schulungsplan für den Jugendlehrgang an der Parteischule bekannt, der nun endgültig vom 13. bis 26. März stattfinden wird.

Heute nachmittag die 7. Unterredung mit der NKWD, diesmal ohne Dolmetscher. Der sowjetische Geheimdienstmann interessierte sich fast ausschließlich für die Vorfälle im Potsdamer Stadtparlament anläßlich der SED-Kampagne gegen den CDU-Stadtrat Richard.[169] Er wollte wissen, wie die LDP-Mitglieder die Ereignisse beurteilen, wie ich zu dem Verhalten Stadtrat Brauers stehe usw. Ich erhielt den Auftrag, bis zum 28. d. M. einen Bericht über den Fall Richard und das Verhalten Brauers zu fertigen („denn das ist ja keine Denunziation!").

Am Abend, auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes im Stadtparlament, stand dieses Thema ebenfalls zur Diskussion. Mühlmann bat, im Augenblick auf eine Aussprache zum Fall Richard zu verzichten, damit die sich angeblich zwischen den Parteien anbahnende Entspannung keinen Rückschlag erleide. Die LDP müsse sich mit den anderen Parteien in der Nationalen Front und im Block zusammenfinden.

Für den aus dem Kreisvorstand ausgeschiedenen Gerhard W. wird ein neuer zweiter Kreisvorsitzender gewählt. Ich lehnte eine Kandidatur wegen unseres Vorstandsbeschlusses aus dem Jahr 1948 ab, wonach ein Mitglied der Landesleitung nicht gleichzeitig dem Kreisvorstand angehören darf.

Sonnabend, den 28. Januar 1950

Gab heute vormittag dem NKWD-Mann im Gebäude der SKK den gewünschten Bericht über den Fall Richard. Er dürfte die Sowjets kaum befriedigen, da ich darin das Verhalten der SED verurteile und das unseres Parteifreundes Brauer rechtfertige. Voraussichtlich werde die Partei keinen Anlaß haben, „den von allen Parteien geachteten und anerkannten aufrechten Demokraten Brauer fallen zu lassen".[170] Das gab ich den Sowjets schriftlich. Dazu noch einen Bericht über die Mitgliederversammlung am 25. Januar, in dem sämtliche erwähnten Parteifreunde als vorbildliche „Volksdemokraten" erscheinen. Ich bitte sie dafür im stillen um Verzeihung!

Sonnabend, den 11. Februar 1950

Heute vormittag mit einem unguten Gefühl zum neunten Treff mit der NKWD. Diesmal waren es drei Beamte. Sie erwarteten mich nicht im Gebäude der SKK, sondern gegenüber auf dem Parkplatz des Offizierskasinos in der Berliner Straße. Dort stand eine Limousine, die NKWD-Leute

saßen darin, am Steuer der Dolmetscher. Er öffnete den Wagenschlag und befahl mir, einzusteigen und neben ihm Platz zu nehmen. Der mir von früheren Unterredungen bekannte Beamte auf dem Rücksitz begann sofort das Verhör. Der andere im Fond stellte keine Fragen; er ließ sich lediglich durch den verhörenden Beamten unterrichten. Das Verhör dauerte von 11.30 bis 13.15 Uhr – ohne Pause! Die NKWD-Leute versuchten mich durch verfängliche Fragen (ob ich denn beweisen könne, daß ich tatsächlich gegen die „Reaktionäre" in der LDP sei) oder durch Bluff (man wisse ganz genau, daß ich zur Schwennicke-Gruppe Verbindung hätte) in die Enge zu treiben. Sie forderten mich mehrmals mit Nachdruck auf, mit ihnen bei der Ausschaltung der „Reaktionäre" zusammenzuarbeiten. Ich wies diese Aufforderungen ebenso beharrlich zurück und wiederholte meine „Drohung", sämtliche Parteiämter sofort niederzulegen.

Im Verlauf des Verhörs kamen wir auch auf den Liberalismus als Weltanschauung zu sprechen. Ich hatte mein Verhalten der NKWD gegenüber mit meinem Bekenntnis zur liberalen Idee begründet. Der NKWD-Mann meinte, es sei unmöglich, daß sich ein „fortschrittlicher" Mensch zu dieser Weltanschauung bekennen könne. „Sie glauben an die Zukunft des Liberalismus – Sie sind in einem Irrtum befangen. Sie werden bald Ihren Irrtum einsehen. Ihre Idee wird zusammenschmelzen." Nach dieser Prognose fühlte ich mich auf einmal sicherer und fast erleichtert.

Doch dann begann erneut die alte Masche der Bluffs und Drohungen. Auch ich wurde immer gereizter und unhöflicher. Schließlich faßte ich mir ein Herz und forderte die NKWD-Leute wütend auf, mich endlich in Ruhe zu lassen und mir weitere Begegnungen mit ihnen zu ersparen. Zu meiner Verblüffung öffnete mir mein „Chauffeur" daraufhin die Wagentür. Der verhörende Beamte versicherte mir, daß man meinem Wunsch entsprechen werde und entließ mich mit dem Bemerken: „Gehen Sie ruhig wieder an Ihre Arbeit." Mit zitternden Knien machte ich mich auf den Heimweg.

Montag, den 13. Februar 1950

Heute morgen eine besondere Geburtstagsüberraschung: Generalsekretär Stempel sandte mit Datum vom 10. Februar allen Mitgliedern des Hauptausschusses ein Schreiben der Parteivorsitzenden samt Verpflichtungserklärung. Das von Kastner und Hamann unterzeichete Rundschreiben trägt das Datum vom 31. Januar. Es führt noch einmal die politischen Entscheidungen der LDP der letzten viereinhalb Jahre auf. Die Partei sei eingetreten für die Reform des staatlichen Lebens durch die Blockpolitik, für die Bodenreform, die Schulreform, die Enteignung der Kriegsverbrecher, Kriegsinteressenten und Naziaktivisten; für die Demokratisierung der Justiz, die Verfassung der DDR und ihre Inkraftsetzung sowie für die Bildung der Provisorischen Regierung der DDR. Alle diese Reformen stün-

den in Übereinstimmung mit dem Eisenacher Programm. Der Zentrale Parteivorstand halte es nun für geboten, „unsere aktiven Mitglieder aufzufordern, sich einwandfrei für die bisherige Politik der Partei und deren Fortsetzung zu erklären. Es darf niemand gestattet werden, eine Politik zu treiben, die jenseits der Moral steht. Jedermann muß für seine Worte und sein Handeln die volle Verantwortung übernehmen. Die LDP treibt keine Politik, die hinter verschlossenen Türen etwas anderes will, als sie vor dem Volke erklärt und vertritt. Die Parteileitung hat dafür erhöhte Verantwortung zu tragen. Sie muß daher der Zustimmung zu ihrer Haltung und des Vertrauens für ihr weiteres Handeln sicher sein. Sie bittet ihre Parteimitglieder infolgedessen, die anhängende Erklärung zu unterzeichnen."

Diese auf der Sitzung des Zentralvorstandes vom 25. Januar beschlossene Verpflichtungserklärung ist offenbar durch Ereignisse wie die in der Brandenburger Landtagsfraktion der Parteiführung mehr oder minder aufgezwungen worden. Auch dürften Hamann und Kastner in ihrer Bedrängnis, die sich aus dem verschärften Druck der Besatzungsmacht und der SED einerseits und den immer unkontrollierteren Reaktionen der Parteifreunde andererseits ergibt, in dieser Aktion eine letzte Möglichkeit sehen, die Partei vor der völligen Vernichtung zu bewahren. Da die Verpflichtungserklärung keine politischen Grundsätze enthält, zu denen wir „Aktiven" uns nicht ohnehin jeden Tag von neuem erklären müssen, werde ich diesen Schein wohl unterschreiben.[171]

Dienstag, den 14. Februar 1950

Aus dem Monatsbericht der Landesleitung an die SKK:

„Die Bevölkerung hat durch die Annahme des Volkswirtschaftsplanes in der Volkskammer das Vertrauen gewonnen, daß die Wirtschaft sich weiter günstig entwikkelt. Allgemein begrüßt man besonders die Aussicht, daß im nächsten Herbst die Kartenwirtschaft zum Teil aufgehoben werden soll. Vernünftige Leute sehen darin eine schrittweise Erfüllung der früher zugesagten Versprechungen der Regierung. Der milde Winter hat auch die teilweise bestehende Kohlenknappheit nicht so scharf hervortreten lassen, obwohl an manchen Stellen ausgesprochener Mangel an Heizmaterial herrscht.

Politisch betrachtet die Bevölkerung mit Aufmerksamkeit die Vorgänge in allen Parteien, die beweisen, daß sich überall eine klare politische Linie abzeichnet, die in der Blockpolitik zum Handeln zusammenführt. Daß dabei Elemente ausgeschieden werden müssen, die sich auch jetzt nach fünf Jahren nicht in die allgemeine politische Linie hineinfinden, findet Verständnis bei allen fortschrittlichen Elementen...

Der bedingungslose Glaube, daß im Westen alles besser wäre, hat erheblich nachgelassen. Es kommen häufig Stimmen, die zeigen, daß doch nur eine hauchdünne Oberschicht gute Geschäfte macht, während die große Masse nicht die Mittel besitzt, um das ihr Wünschenswerte zu kaufen."[172]

Heute vormittag, auf der Sitzung der Werbekommission des Landesausschusses der Nationalen Front, wurden uns Losungen für die Autobahnen vorgelegt, die wenig überzeugten. Die schlimmsten sortierten wir aus

(„Abhängigkeit vom Dollarimperialismus bedeutet Verschuldung, Not, Elend" – „Warum keinen Friedensvertrag? Weil der Dollarimperialismus den Krieg vorbereitet"). Man spürte die Handschrift der Genossen. Seipold meinte, die Losungen auf der Autobahn müßten von der Landesgrenze an eine stetige Steigerung erfahren. Aber wer liest das schon?[173]

Montag, den 20. Februar 1950

Der Fall Richard beschäftigte heute erneut den Kreis-Antifa-Block. Zur vierköpfigen LDP-Delegation gehörte auch Stadtrat Brauer. Doch diesmal ließ ihn die SED ungeschoren. Statt dessen richteten die kommunistischen Funktionäre nun ihr ganzes Feuer auf die CDU. Ausgangspunkt der Diskussion: eine Erklärung des Kreisverbandes der CDU zum Fall Richard. Die SED vermißte darin eine Stellungnahme zu einem Artikel in der „Märkischen Union", in dem scharfe Angriffe gegen die SED wegen ihres Verhaltens in den Stadtverordnetenversammlungen erhoben worden waren. Dieser Artikel sei eine „Beleidigung der werktätigen Menschen in Potsdam", meinte der FDGB-Vertreter. Er glaube nicht, daß es – wie die CDU-Zeitung geschrieben habe – zu tumultartigen Szenen gekommen sei und für das Mobiliar des Hauses Gefahr bestanden habe. Vielmehr sei das Auftreten der kommunistischen Demonstranten sehr diszipliniert gewesen. „Wir verlangen im Interesse der Werktätigen, daß dieser Artikel zurückgenommen wird."

Die CDU-Vertreter verharrten in Schweigen. Das brachte die Genossen etwas aus dem Konzept. Man wandte sich darum dem Text der Erklärung des CDU-Kreisverbandes zum Fall Richard zu. Ärger bei der SED rief hier der letzte Absatz hervor, in dem die CDU personelle Garantien für eine bessere Zusammenarbeit unter der Voraussetzung anbietet, daß auch die SED entsprechende Bedingungen schaffe. Deren Vertreter spielten sogleich die gekränkte Unschuld und bemühten sich erfolgreich, den Ball an die CDU zurückzugeben, indem sie von deren Delegation sofort eine Stellungnahme zum Artikel in der „Märkischen Union" forderten. Gerigk wich dieser Forderung aus, erklärte sich jedoch bereit, den letzten Satz der Erklärung seiner Partei zu streichen, in dem Forderungen an die SED gestellt worden waren.

Dann ging man zum zweiten Tagesordnungspunkt über. Zur Festigung der Zusammenarbeit im Block schlug die SED eine gemeinsame Funktionärssitzung aller Parteien und Organisationen in Potsdam vor. Widerspruch erfolgte nicht, nur der NDP-Vertreter stiftete mit seinem liebedienerischen Übereifer zeitweilig Verwirrung. Gerigk stimmte namens der CDU dem Plan zu. Wir vier LDP-Leute meldeten uns überhaupt nicht zu Wort.

Unterdessen geht der Ost-West-Konflikt weiter. Am 31. Januar gab der amerikanische Präsident Truman der US-Atomenergiekommission den

Auftrag, die Arbeiten an der Wasserstoffbombe aufzunehmen. Hiermit hoffen die Amerikaner offensichtlich, die Sowjets unter Druck setzen zu können. Aber sie werden doch nur die Lage verschärfen.

Interessant war eine Meldung aus Westdeutschland, wonach der Sonderausschuß der europäischen Verwaltung des Marshallplanes den westdeutschen Behörden vorgeworfen hat, daß diese die Gelder aus Amerika ausschließlich für Einkäufe von Lebensmitteln und Luxusgütern verwendeten. Westdeutsche Politiker konterten mit dem Hinweis, daß diese Art der Geldverwendung nicht zuletzt auf amerikanische Wünsche zurückgehe. Denn die USA wollten doch die westdeutsche Wirtschaft zum Demonstrationsobjekt für eine liberale europäische Wirtschaft machen. Davon scheint man aber zur Zeit noch weit entfernt zu sein: das Memorandum der US-Oberkommission zur Frage der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland vom 6. Februar bescheinigte der westdeutschen Bundesregierung, daß sie mit diesem ernsten Problem nicht fertig werde. Zwischen Ende Dezember 1949 und Ende Januar 1950 ist die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik von 1 558 500 auf 1 897 700 gestiegen, gewiß eine Folge der westdeutschen Wirtschaftspolitik.

Dienstag, den 21. Februar 1950

Am Nachmittag meine erste „Amtshandlung" als Stadtverordneter der Landeshauptstadt Potsdam: Teilnahme an der 47. Sitzung des Stadtparlaments. Seit dem 17. Februar bekleide ich dieses neue Amt. Da Parteifreund G. Anfang Februar aus der Partei ausgeschlossen wurde und die zur letzten Gemeindewahl 1946 aufgestellte Kandidatenliste erschöpft ist, hatte mich der Kreisverband gemäß Gesetz vom 4. Januar 1950 zum neuen LDP-Stadtverordneten vorgeschlagen. Mit der Einführung neuer Stadtverordneter wurde zugleich die Aufnahme von NDP- und DBD-Vertretern in das Stadtparlament verbunden. Der Landtag hatte am 26. Januar ein Gesetz zur „Erweiterung der Wahlkörperschaften im Lande Brandenburg" beschlossen, das nun auch diesen Parteien den Einzug in die Parlamente gestattet, ohne sich zuvor den Wählern gestellt zu haben.[174]

Ansonsten beschäftigte sich die Stadtverordnetenversammlung mit einem Antrag des Bauausschusses, in dem die Reichsbahn aufgefordert wird, auf dem Bahnhofsvorplatz in Potsdam endlich die Trümmer zu beseitigen, die Grünanlagen wieder instandzusetzen, die Löcher in den Bürgersteigen zu schließen und den fliegenden Händlern die Genehmigung zu entziehen. Die SED hatte zudem drei Anträge vorgelegt: der Zugangsweg zu einem Haus in der Jägerallee soll repariert, ein neues Kulturhaus in Potsdam gebaut (nachdem das frühere Gesellschaftshaus „Alter Fritz" Landestheater wird) und die Straßen Geltow–Bahnhof Geltow und Geltow–Wildpark-West sollten ausgebessert werden. Alle diese Anträge wurden einstimmig verabschiedet.

Dienstag, den 28. Februar 1950
Koerber drohte mir heute mit Entlassung! Wir hatten am Nachmittag in der Landesleitung eine sehr unerfreuliche Aussprache. Dabei drückte K. mir mit deutlichen Worten seine Unzufriedenheit mit meiner Arbeit aus. Aktueller Anlaß war mein Auftreten vor dem Sonderparteigericht des Landesverbandes in diesem Monat. Koerber hatte mir dabei ursprünglich die Rolle eines Anklägers des Landesvorstandes zugedacht. Ich dagegen sah meine Aufgabe anders: ich wollte, zusammen mit Mühlmann, versuchen, den angegriffenen Parteifreunden soweit wie möglich zu helfen. So vertrat ich gemeinsam mit dem Parteigericht die Auffassung, daß Beschuldigungen der SED allein nicht genügen können, um LDP-Mitglieder aus der Partei auszuschließen. Wir bemühten uns also, nach objektiven Maßstäben zu einer Urteilsfindung zu kommen, die möglichst auch den Interessen der Betroffenen entsprach. Nur wer sich ganz offensichtlich gegen die Richtlinien der Partei gestellt hatte, war nicht zu halten. Auf der Sitzung des Parteigerichts im Februar hatten wir gegen einen der beschuldigten Parteifreunde überhaupt nicht verhandelt, weil wir uns für diesen Fall als nicht zuständig erklärten. Einen anderen Parteifreund, Fritz I. aus Lukkenwalde, schlossen wir aus der Partei nicht aus, sondern enthoben ihn – nach Rücksprache mit ihm und mit seinem Einverständnis – nur seiner Parteiämter. I. war von der SED-Presse auf das heftigste attackiert worden, weil er in einer öffentlichen Rede politische Äußerungen von sich gegeben hatte, die zu Mißverständnissen Anlaß gaben.[175]

Koerber behauptet nun, ich sei persönlich für das alles verantwortlich. Ich hätte mich gegen entsprechende Tendenzen im Parteigericht durchsetzen müssen, notfalls dadurch, daß ich den Verhandlungsraum solange verließ, bis die Mitglieder des Parteigerichts sich zu Parteiausschlüssen durchgerungen hätten. Aber ich verstünde ja ohnehin nicht, mich durchzusetzen, und begriffe wohl auch nicht die Erfordernisse des Tages. Ich erwiderte, daß ich nun einmal meine Aufgabe darin sähe, sachlich und objektiv jeden einzelnen Fall zu prüfen. Ich stünde auch heute noch auf dem Standpunkt, daß ein Parteiausschluß dieser LDP-Mitglieder nicht gerechtfertigt wäre. Daraufhin wechselte von Koerber das Thema und äußerte sich nun ganz allgemein sehr negativ über meine Arbeit als Landessekretär. Er habe den Eindruck, daß ich immer mehr zu einer Art passivem Widerstand übergehe. Ich ließe seit geraumer Zeit jede Aktivität vermissen, ergriffe keine Initiativen mehr. „Gute Reden halten genügt nicht", meinte K. ironisch, „wenn man nicht mit der notwendigen Überzeugung bei der Sache ist."

Schließlich kam Koerber auch noch auf meine sehr gespannten Beziehungen zu seiner Sekretärin T. zu sprechen. Er müsse mir erklären, daß er nicht die Absicht habe, auf diese Mitarbeiterin zu verzichten. Wenn wir uns nicht vertragen könnten und wenn ich nicht in seinem Sinne arbeiten wolle, dann müßten wir uns voneinander trennen, meinte Koerber kalt.

Ich erklärte, auch ich hätte den Eindruck, daß diese Trennung notwendig sei und bat ihn, mir nach Möglichkeit bei der Suche nach einer neuen Tätigkeit behilflich zu sein. Was aus der Landesgeschäftsstelle bei dem bereits jetzt bestehenden Personalmangel werden soll, scheint Koerber ziemlich gleichgültig zu sein.[176]

Freitag, den 3. März 1950

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SKK:

„Das Ehrengericht des Landesverbandes trat im Berichtsmonat zweimal zu einer Sitzung zusammen und schloß auf Grund vorliegenden Belastungsmaterials 7 ehemalige Mitglieder wegen parteischädigenden Verhaltens aus der LDP aus...

Neben den normalen Monatsversammlungen wurden in einigen Ortsgruppen die Jahreshauptversammlungen durchgeführt. Hier und auch auf Delegiertenversammlungen der Kreisverbände standen die Beschlüsse des Zentralvorstandes vom 25. 1. im Vordergrund der Erörterungen. Obwohl abschließende Berichte über den Verlauf dieser Versammlungen z. Zt. noch nicht vollständig vorliegen, kann jetzt schon von einer durchaus positiven Aufnahme der Beschlüsse bei der Masse unserer Mitglieder gesprochen werden...

Überall dort, wo zwischen den politischen Parteien und Organisationen eine gute Zusammenarbeit besteht und nicht Parteiengezänk die politische Atmosphäre vergiftet, ist es viel leichter möglich, die nichtorganisierten Teile der Bevölkerung für die nationale Aufgabe zu interessieren und sie zur Mitarbeit in den Ausschüssen der Nationalen Front zu gewinnen. Aus Mitgliederkreisen und auch aus der Bevölkerung selbst wird aber wiederholt darauf hingewiesen, daß die Nationale Front ihren überparteilichen Charakter auch bei den von ihr durchzuführenden Gedenkfeiern für fortschrittliche Persönlichkeiten wahren müßte; man sollte auch einmal derartige Veranstaltungen für nichtmarxistische fortschrittliche Persönlichkeiten durchführen...[177]

Die Entwicklung in Westdeutschland wird aufmerksam verfolgt. Der üppige Blüten treibende Bonner Parlamentarismus Weimarer Prägung gibt den Menschen unserer Zone sehr zu denken.[178] Die Notwendigkeit, enger mit der westdeutschen Bevölkerung in Kontakt zu kommen, um ihnen etwas von unserem fortschrittlichen Gedankengut übermitteln zu können, wird offenbar. Manche wundern sich, daß bei Behörden in Fragebögen noch Einzelheiten über Parteizugehörigkeit, Militärdienst und verwandtschaftliche Beziehungen im Westen verlangt werden."

Mittwoch, den 8. März 1950

Heute fast den ganzen Tag Sitzung des Jugendbeirates der Parteileitung. Gerlach hatte den Beirat diesmal nach Leipzig einberufen, um uns Gelegenheit zum Besuch der Frühjahrsmesse zu geben. Wegen der langen Dauer der Tagung kamen wir jedoch nur noch zu einer Stippvisite auf dem Messegelände.

Gerlach eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß sich einige Referenten der Parteileitung kritisch zur Tätigkeit des Beirates geäußert hätten. Nach seinen Worten sind diese Parteifreunde der Ansicht, der Beirat entwickele in seiner Jugendarbeit zuviel Aktivität, die die Gefahr einer „Renaissance" der Arbeit des früheren Zonenjugendausschusses in sich berge.

„Ich bin der Meinung", sagte Gerlach, „daß diese Äußerungen nicht die offizielle Meinung des Parteivorstandes sind." Im übrigen habe einer der Kritiker seine Ansicht im Verlaufe eines Gesprächs dahingehend geändert, daß die von ihm geäußerten Bedenken wohl mehr auf den Ausschuß für Hochschul- und Studentenfragen zuträfen. G. meinte, diese Ansicht habe eine gewisse Berechtigung; schließlich sei die Tendenz der letzten Sitzung dieses Ausschusses dahin gegangen, auf Grund der Ergebnisse der Studentenratswahlen die Auflösung der LDP-Betriebsgruppen an den Universitäten anzustreben.

H. (Berlin) berichtete über seine kürzliche Unterredung mit Kastner. Dabei habe K. angeregt, noch vor dem Deutschlandtreffen der FDJ in der Leipziger Kongreßhalle eine LDP-Jugendtagung mit 2000 bis 3000 Teilnehmern im Rahmen der Nationalen Front durchzuführen. Gerlach meinte, dieses Projekt werde allein schon an der Finanzlage der Partei scheitern. Auch halte er es nicht für klug, ein solches LDP-Jugendtreffen *vor* dem Pfingsttreffen der FDJ stattfinden zu lassen. Das könne von der FDJ falsch verstanden werden. Er schlage vor, eine Jugendtagung mit 200 bis 300 Personen für Mitte des Jahres vorzubereiten. Dem widersprach Eckardt insofern, als er für die von Kastner vorgeschlagene Teilnehmerzahl plädierte.

Nach dem Essen beschäftigte sich der Beirat erneut mit dem Thema „Deutschlandtreffen der FDJ". Nach Angaben Gerlachs wird dieses Treffen zu Pfingsten in Berlin mit ca. 500000 Teilnehmern durchgeführt werden. Zu dem Programm dieses Treffens gehören ein „Friedenskongreß" (3000 Teilnehmer) sowie sportliche und kulturelle Veranstaltungen. Auch die Jugend im Westen habe sehr zahlreich ihre Teilnahme zugesagt. Gerlach schlug vor, unsere Mitglieder aufzufordern, das Deutschlandtreffen durch Bereitstellung von Transportmitteln, Ausrüstungsgegenständen usw. zu unterstützen. Eine entsprechene Entschließung des Beirates wurde einstimmig verabschiedet.

Auch zur Frage der Volljährigkeitsgrenze faßte der Beirat eine Resolution. Er begrüßte den in einem Brief an die FDJ gemachten Vorschlag der Parteileitung zur Herabsetzung der Volljährigkeit und gab seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß der Zentralrat der FDJ dazu bis zur Stunde noch keine Stellungnahme abgegeben hat.[179]

Auf Vorschlag Gerlachs wurde ein „engerer Jugendbeirat" gebildet, der bei plötzlich auftretenden dringenden Fragen schnell zusammengerufen werden kann. Einstimmig wurde beschlossen, die Parteileitung um Einstellung eines Jugend- und Studentensekretärs zu bitten und für diese Position Parteifreund K. aus Stendal vorzuschlagen.[180]

Sonnabend, den 11. März 1950

Ich habe mich heute für einen Lehrgang an der Deutschen Verwaltungsakademie in Forst Zinna beworben. Die Unterlagen, Personalbogen, Lebenslauf etc. erhält die Landesleitung, die diese mit einer Beurteilung von Koerbers an die Akademie weiterleiten soll.[181] Damit wäre der erste Schritt getan, um die von Koerber und auch von mir gewünschte Trennung vom Landesverband einzuleiten.

Bei der gestrigen Sitzung des Landesjugendbeirates tagten zum ersten Male unsere Fachkommissionen. Die eine sprach sich dafür aus, die mit gesellschaftspolitischen Aufgaben überhäuften Lehrer dadurch zu entlasten, daß künftig *alle* Lehrer, auch die älteren, solche politischen Verpflichtungen übernehmen müssen. Die andere Kommission gab Empfehlungen für die Behandlung der Themen Jugendgesetz und Pfingsttreffen der FDJ in Mitgliederversammlungen der Parteiverbände. Auch sonst fehlte es an politisch brisanten Meinungsäußerungen. Koerber, der diesmal nicht erschienen war, hätte sicher seine Freude an unserer „Bravheit" gehabt.

Am Montag geht's nach Behrensdorf auf die Parteischule. Fast zwei Wochen werden ca. 30 junge Parteifreunde aus allen Landesverbänden mit den verschiedensten Bereichen der Politik vertraut gemacht. Das vom Zonenjugendbeirat ausgearbeitete Programm verspricht einen interessanten und informativen Lehrgang.[182]

Stadtverordneter in Potsdam – Der politische Druck nimmt zu

Dienstag, den 28. März 1950

Heute nachmittag im Stadtparlament meine „Jungfernrede". Ich war von der Fraktion ausersehen, zu Tagesordnungspunkt 3: „Maßnahmen zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens der Jugend" zu sprechen. Nachdem ein Vertreter der FDJ in der gewohnten Weise lange Ausführungen zu diesem Thema gemacht und die SED, die CDU u.a. dazu Stellung genommen hatten, sprach ich etwa fünf Minuten. Zu den Maßnahmen äußerte ich mich nicht, sondern lediglich zu dem von der LDP-Fraktion gewünschten Verlauf und Ergebnis des Pfingsttreffens sowie dessen mögliche Bedeutung für die Einheit Deutschlands. Nach der Wahl Gerigks zum Bürgermeister trafen sich die Fraktionen anschließend zu einem bis etwa 21 Uhr dauernden Parlamentarischen Abend.

Sonnabend, den 1. April 1950

Aus dem Monatsbericht des Landesverbandes an die SKK:

„Im Vordergrund des Interesses stehen bei der Bevölkerung die Herbstwahlen im Oktober 1950. Durch den Einsatz der fortschrittlichen Kräfte ist es gelungen, immer weitere Kreise von der Notwendigkeit und Richtigkeit eines gemeinsamen Wahlprogramms zu überzeugen.[183] Beunruhigung riefen lediglich die von westlicher Seite böswillig ausgestreuten Gerüchte hervor, daß diese Wahl im Rahmen einer Einheitsliste durchgeführt werden solle ...[184]

Das Pfingsttreffen der FDJ findet überall Beachtung und wird in seiner Bedeutung richtig gewürdigt. Leider haben einzelne FDJ-Funktionäre durch unüberlegte Äußerungen, die zweifellos keinesfalls im Sinne des Zentralrats sind, ein zu Mißverständnissen Anlaß gebendes Bild von der Zielsetzung und dem Ablauf dieses großen Friedenstreffens gegeben, so daß eine gewisse Besorgnis unter der Bevölkerung hervorgerufen wurde ...“[185]

Mittwoch, den 5. April 1950

Gestern nachmittag mit von Koerber nach Forst zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Kreisverbandes im ehemaligen Schützenhaus. Als wir gegen 8 Uhr dort eintrafen, waren in dem nur spärlich erleuchteten großen Saal von den mehr als 700 Mitgliedern vielleicht ein Siebentel versammelt. Funktionäre des Kreisvorstandes hatten uns beim vorangegangenen gemeinsamen Abendessen im „Hotel Textil“ auf eine miese Stimmung vorbereitet. Der langjährige, sehr beliebte Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Tietze hatte jüngst seine sämtlichen Parteiämter niederlegen müssen, weil er sich weigerte, in der Nationalen Front aktiv mitzuarbeiten. Außerdem soll T. auf einer Arbeitstagung der Partei in Cottbus Prof. Kastner scharf attackiert haben.

Koerber, der die Leitung der Versammlung übernahm, sprach zunächst etwa eine halbe Stunde, immer wieder von Zwischenrufen unterbrochen. Er begann mit einer kurzen Begründung der Blockpolitik und ging dann sofort zum eigentlichen Thema, dem „Fall Tietze“, über. K. gab sich auch hier – wie seinerzeit beim Fall Hein – wieder als der stets geduldige Mahner und Warner, auf den man leider nicht gehört habe, bis es dann zu spät gewesen sei. Er habe persönlich nichts gegen T., aber er müsse tun, was die Politik des Landesverbandes und der Parteileitung fordere. Er wisse, daß die Erschütterung der Ortsgruppe groß sein werde. Doch vertraue er den „positiven und opferbereiten Kräften“, daß sie wegen Tietze nicht die Partei, die Weltanschauung und die politische Arbeit aufgeben werden. „Sonst gibt es für die Partei hier keine Zukunft mehr!“.

Als Koerber dann noch einmal die Politik der Partei zu begründen versuchte, begannen die Parteifreunde im Saal unruhig zu werden. Koerbers Feststellung, die Schwierigkeiten in Forst und das Unrecht, „das hier und da geschehen ist“, seien nur örtlich bedingt und hätten nichts zu tun mit der Stellung der LDP, veranlaßte einen Zwischenrufer zu der Frage:

„Denkt die SED auch so, Herr Minister?" Koerber: die SED sei eine dogmatische Partei. Zwischenruf: „Der sich alle anderen unterwerfen müssen!" Koerber: andere Kreise hätten nicht solche Schwierigkeiten wie Forst. Zwischenruf: „Da sitzen eben keine Kämpfer!" Koerber: man dürfe nicht aufgeben, weil hier Schwierigkeiten aufgetreten seien. Zwischenruf: „Vielleicht kommen Sie mal her und arbeiten acht Tage mit der SED" (Gelächter). Koerber: diese Äußerung zeige, daß sie nicht die richtige Einstellung zu den Dingen hätten. Zwischenruf: „Wer sich hier nicht führen läßt, wird unterdrückt!" Koerber: er würde gern einmal acht Tage hierher kommen. Zwischenruf: „Dann hätten wir sicher einen großen Zuwachs!" (Gelächter)

In diesem Stil ging es noch eine ganze Weile weiter. Koerber ließ sich jedoch nicht aus dem Konzept bringen – und das im schummrigen Licht kaum erkennbare Publikum nicht davon abhalten, seinem Herzen einmal so richtig Luft zu machen.

Dann begann die Aussprache. Der erste Funktionär des Kreisverbandes, der sich zu Wort meldete, hob zwar die Verdienste von Tietze hervor, wies aber zugleich die Zwischenrufer mit dem Bemerken zurück, es sollten mal die aufstehen, die bisher in der LDP mitgearbeitet hätten. Es gäbe in Forst doch eigentlich nur Beitragszahler. Sie seien selbst schuld, wenn man ihren Parteifreund abgeschossen habe. Man dürfe nicht immer nur „Holzhammerpolitik" betreiben.

Das nächste Vorstandsmitglied zeigte sich „angenehm überrascht", daß zum ersten Male aus der Versammlung heraus in das eingegriffen werde, was von oben zu hören ist. Keiner habe bisher Mitarbeit leisten wollen, Tietze habe mit wenigen Mitarbeitern alles allein gemacht. Er habe vergeblich um Unterstützung gebeten. Darum habe auch die Ortsgruppe keine Schlagkraft. Die Stellungnahme Koerbers decke sich zwar nicht hundertprozentig mit seiner Auffassung, aber er müsse doch feststellen, daß nicht der Vorstand, sondern die Mitglieder Herrn Tietze im Stich gelassen hätten. Man werde aber T. „als Mensch die Treue halten".

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden Koerber eine Fülle von Fragen gestellt, u.a. nach einer Einheitsliste am 15. Oktober, nach der Zukunft der LDP, nach der Aufwertung der Konten für Ostflüchtlinge. Koerber antwortete, daß über die Art der Durchführung der Wahlen noch nicht endgültig beschlossen sei. Es sei aber die Frage, ob man überhaupt als Partei bei einer Wahl die Stimmen von Leuten begrüßen könne, die uns nur wählten, um Opposition zu treiben. Ob die Partei leben solle oder nicht, das habe Schollwer bereits ausführlich beantwortet.[186] Zur Frage der Ostflüchtlinge und zum Lastenausgleich sei zu sagen, daß ein diesbezügliches Gesetz der Regierung bereits vorgelegen habe. Es sei aber wegen der schwierigen Finanzlage noch nicht verabschiedet worden und auch mit Rücksicht darauf, daß man diese Frage möglichst im gesamtdeutschen Maßstab lösen möchte.

Auf einen Zwischenruf hin macht Koerber bekannt, daß Tietze versprochen habe, auch sein Landtagsmandat noch niederzulegen. Ob nach den Volkskammerwahlen mehr Parteifreunde im Parlament sitzen werden? Er nehme es an. Am Mittwoch tage der Führungsausschuß der Parteileitung[187], dort werde man das Ergebnis der letzten Verhandlungen mit den anderen Parteien über die Wahlen hören.[188]

Dienstag, den 11. April 1950

Unter der Osterpost zwei Briefe mit recht unterschiedlicher Tendenz. Der Kreisverband Luckenwalde bot mir die Stelle eines Kreissekretärs an („Wir erfuhren von befreundeter Seite, daß Sie die Absicht hätten, Ihre Stellung zu wechseln"). Und ein Anonymus aus Westberlin appellierte an meine „Anständigkeit und Sauberkeit"; er forderte, „passiven Widerstand gegen das System der Versklavung und Verelendung unseres Volkes" zu leisten und mich in die „Front der stillen, aber aktiven Kämpfer für die Freiheit und Einheit unseres Volkes" einzureihen. Dieser handgeschriebene Brief, „in Namen einer Anzahl junger Menschen", die mich schon seit fast vier Jahren kennen wollen, trägt die Unterschrift „Freiheit". Anlaß für diesen anonymen Brief – wovor haben die in Westberlin eigentlich Angst – ist das Deutschlandtreffen der FDJ und deren angebliche Absicht, „Berlin durch uniformierte Marschkolonnen zu überrennen".

Den Luckenwalder Parteifreunden werde ich absagen müssen, ich habe mich ja schon anders entschieden. Den anonymen Brief aus Berlin brauche ich gottlob nicht zu beantworten. Ohnehin zeigt mir sein Inhalt, daß diese Leute keine Ahnung haben, wie es hier zugeht. Oder sie haben es inzwischen wieder vergessen, seitdem sie die Zone verließen?

Donnerstag, den 13. April 1950

Heute am späten Vormittag suchte uns in der Landesleitung eine vierköpfige Delegation aus Cottbus heim. Sie forderte den sofortigen Parteiausschluß unserer Cottbuser Funktionäre R., K. und Dr. M. Anstelle des wieder einmal abwesenden Herrn von Koerber empfing Mühlmann die Gruppe: einen NDP-Mann, der zugleich den FDGB vertrat, die Delegation leitete und das Wort führte; einen mir unbekannten LDP-Funktionär als Vertreter der Stadtverwaltung sowie zwei SED-Leute von der Reichsbahn und von der Kammgarntuchfabrik als „Vertreter der Werktätigen".

Die Herren traten sehr forsch auf und kamen sofort zur Sache. Bürgermeister Reinhold habe sich gegen den Haushaltsplan gewandt und seine Fraktion bewußt irregeführt, sagte der NDP-Mann. Außerdem habe R. den Volkswirtschaftsplan für Cottbus vier Wochen lang unter Verschluß gehalten, ohne ihn den Ratsmitgliedern zu zeigen. Das nun sei offensichtlich „Sabotage". Die Cottbuser Einwohnerversammlung habe darum die

Delegation beauftragt, sich beim Landesvorstand darüber zu informieren, welche Schritte dieser gegen die „Reaktionäre" zu unternehmen beabsichtige bzw. bereits unternommen hätte.

Mühlmann beteuerte, wir seien erst durch die Presse am Gründonnerstag über die Vorgänge in Cottbus unterrichtet worden. Daraufhin habe man die Beschuldigten zu einer Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes am Ostersonnabend nach Potsdam eingeladen.[189] Die Herren K. und M. seien dort erschienen, Reinhold indessen nicht, obwohl man ihn darauf aufmerksam gemacht habe, daß man ihn im Falle seines Nichterscheinens aus der Partei ausschließen werde. Inzwischen seien sämtliche Herren von ihren Parteiämtern suspendiert worden. Am 15. April werde das Parteigericht zusammentreten und er – Mühlmann – könne schon jetzt versichern, daß der Spruch den Wünschen der Cottbuser Bevölkerung gerecht werden würde.[190]

Der LDP-Mann legte uns daraufhin eine von der Einwohnerversammlung in Cottbus angeblich einstimmig angenommene Resolution gegen die LDP-Funktionäre vor und behauptete, im Block habe volle Einmütigkeit darüber bestanden, die Beschuldigten aus der LDP zu entfernen. Mühlmann versicherte erneut, daß das Parteigericht „rücksichtslos gegen Saboteure und Reaktionäre" vorgehen werde und versprach, den Kreisvorstand des FDGB sofort nach Beendigung der Parteigerichtsverhandlung telegraphisch über das Resultat der Sitzung zu unterrichten. Bis dahin möchte man jedoch auf weitere Presseveröffentlichungen verzichten.

Jetzt mischte sich auch einer der SED-Vertreter ein und verlangte, die LDP solle nicht nur ihre Mitglieder in Cottbus über die Vorgänge aufklären, sondern auch entsprechende Schlußfolgerungen ziehen. Man dürfe nicht zulassen, daß die drei LDP-Funktionäre aus der Partei austräten; sie müßten unter allen Umständen ausgeschlossen werden, damit sie nicht Mitglied einer anderen Partei werden könnten. Mühlmann versprach, diese Wünsche ebenfalls zu berücksichtigen und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß nach einer Bereinigung dieses Vorfalls eine gute Zusammenarbeit der Parteien möglich werde. Die Herren erklärten sich mit dem Gehörten vorerst zufrieden und zogen ab.

Auf einer außerordentlichen Tagung des Landeskommission „Wir bauen auf" am Mittwoch vormittag in der Potsdamer Konsum-Gaststätte, an der u. a. auch die Landräte und Oberbürgermeister unseres Landes teilnahmen, gab ein Vertreter des Zentralausschusses der Volkssolidarität Zahlen über die bisherigen Leistungen der Hilfsaktion seit ihrer Gründung im Jahr 1948 im Land Brandenburg bekannt.[191] Danach haben in vier Großeinsätzen und 1500 normalen Einsätzen 621 886 Teilnehmer 2 352 333 Arbeitstunden geleistet. Inzwischen hat es offenbar große Schwierigkeiten gegeben. Teilweise sei bei dieser Aufbauaktion Zwang angewendet worden. Lohn- und Gehaltsempfänger wurden z. B. in Forst zur Kasse gebeten. Im Kreis Teltow mußten die Leute beim Abholen ihrer Lebensmittel-

karten Teilnehmerausweise der Hilfsaktion vorzeigen. Dabei seien nur freiwillige Spenden statthaft.

Am Nachmittag, auf der Sitzung des Kreisblocks, wurde der Termin für eine neue gemeinsame Funktionärskonferenz der Blockparteien in Potsdam festgelegt. Am 28.d.M. soll sich diese Konferenz mit dem Thema „Gemeinsame Wahlvorbereitungen" beschäftigen.[192]

Freitag, den 14. April 1950

Heute vor fünf Jahren wurde das alte Potsdam vernichtet. Auf der Sitzung des Ausschusses für Kulturpolitik am Vormittag im Landtag gedachte Weirich dieses Tages mit folgenden Worten: „Für das schöne Potsdam, das einmal Residenz, Produktionsstätte und Knotenpunkt war, bedeutete der Luftangriff an diesem Tage, nach der bereits vollständigen Niederlage des Reiches im April 1945 einen schwarzen Tag. Die Zerstörung der heutigen Landeshauptstadt stellt uns die Kulturbarbarei vor Augen, das Kriegsverbrechen, das nie wieder geschehen darf. In dem bereits vollzogenen Wiederaufbau haben wir gezeigt, die neue Entwicklung begriffen zu haben."

Am Nachmittag trat die Stadtverordnetenversammlung zu einer Sondersitzung im Reichbahnausbesserungswerk zusammen. Oberbürgermeister Paul sprach zur „5. Wiederkehr der sinnlosen Zerstörung Potsdams durch amerikanische Bomber".[193]

Der Kulturpolitische Ausschuß produzierte eine Fülle von Anträgen und Vorschlägen bei nur relativ schwacher Besetzung. Unter anderem wurde beschlossen, daß die politische Beurteilung von Lehrern bei Einstellung und Entlassung nicht – wie geschehen – allein durch die SED-Kreissekretariate erfolgen dürfe, sondern durch den Kreisausschuß der Nationalen Front, damit die LDP auch beteiligt ist. Der Ausschuß wandte sich gegen die sich immer mehr ausbreitende Methode untergeordneter Schulbehörden, bei Lehrern und Schülern eine eindeutig marxistische Einstellung vorauszusetzen bzw. anzustreben. In diesem Zusammenhang berichtete Parteifreund H., daß man bei den größeren Mädchen an den Schulen, trotz wiederholter Aufforderungen und Aussprachen, Widerstände und Hemmungen gegen den Eintritt in die FDJ feststellen müsse. Karl M. gab Zahlen über den Lehrermangel im Lande Brandenburg bekannt. Allein im Kreise Luckenwalde fehlten 100 Lehrer, im Lande insgesamt 800. Dabei sei die Abwanderung aus dem Lehrerberuf nach wie vor sehr stark. Ich wies in meinem Referat über „Die Verwirklichung der Jugendgesetzes" darauf hin, daß nur noch die FDJ berechtigt sei, in allen die Jugend betreffenden Fragen tätig zu werden. Wenn wir uns hier einschalten wollten, sei es erforderlich, daß alle jungen LDP-Mitglieder der FDJ beiträten.

Freitag, den 28. April 1950

Die zweite Funktionärskonferenz der Blockparteien am späten Nachmittag stand unter dem Thema „Gemeinsame Wahlvorbereitungen und ein gemeinsames Wahlprogramm". Diesmal hatte die LDP den Referenten zu stellen, der Kreisverband schlug mich vor. Ich sprach etwa 40 Minuten, darauf bedacht, wohlverpackt in viele den Kommunisten angenehm klingende Formeln Kritik an der SED-Politik zu üben. Eine Absage an den Kampf zwischen den Weltanschauungen und die gegenseitigen Beschimpfungen der Deutschen in Ost und West, die Forderung nach Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Blockparteien, nach fairer Auseinandersetzung bei Meinungsverschiedenheiten, ein Plädoyer für eine freie Abstimmung am 15. Oktober und für die Verteidigung liberaler Verfassungsprinzipien – das alles war sorgfältig auf das ganze Referat verstreut, zuweilen wohl etwas doppeldeutig formuliert. Über eine Einheitsliste im Oktober verlor ich kein Wort. Der Beifall von allen Seiten ließ jedoch Zweifel an der Wirksamkeit dieses Verfahrens aufkommen. Ich bin auf die morgige Berichterstattung der Presse gespannt.[194]

In der Diskussion, an der sich u. a. Oberbürgermeister Paul, sein Vertreter Gerigk und der derzeitige (SED-)Vorsitzende des Blocks, Gans, beteiligten, wurden die unterschiedlichsten Themen angeschnitten. Einer stellte fest, daß die Schaffung der Oder-Neiße-Linie die Schuld des Westens sei. Ein anderer beklagte sich darüber, daß bei den Aufklärungssonntagen fast immer nur SED-Mitglieder unterwegs wären.[195] Paul warb für sein Wohnungsbauprogramm, Gerigk machte sich für die Aufstellung gemeinsamer Wahllisten stark. Und der Genosse Gans verpflichtete alle Blockfunktionäre, die Einwohner Potsdams über „das große Ziel" des gemeinsamen Wahlprogramms am 15. Oktober aufzuklären. Befriedigt ging alles nach etwa 2 Stunden auseinander.

Interessant sind jüngste Pressemeldungen über das Verhältnis zwischen der westdeutschen Bundesregierung und ihren Besatzungsmächten. Vor einer Woche erhoben die Alliierten Einspruch gegen ein von der Bundesregierung verabschiedetes Einkommensteuergesetz. Nach einer Meldung der „Welt" vom 24. April erklärte Dr. Adenauer auf dem CDU-Landesparteitag in Bad Ems dazu am Wochenende, man müsse sich jetzt die Frage stellen, „lohnt es sich noch, wenn wir, die wir die Verantwortung übernommen haben, in solcher Weise behandelt werden". Adenauer, der zum Zeitpunkt des Einspruchs in Westberlin war, um uns, den Zonenbewohnern, Mut zuzusprechen, erklärte in Bad Ems, die Alliierten hätten mit ihrem Einspruch in dem Augenblick, in dem er in Berlin der deutschen Bevölkerung der Ostzone eine „Botschaft der Freude" bringen wollte, das demonstriert, was die Sowjetpresse täglich über die Bundesregierung schreibe: nämlich, daß sie absolut abhängig und nicht frei sei. Es seien, so der Kanzler laut „Welt", Stimmen laut geworden, die den Alliierten die Ver-

antwortung für das Geschehen in Deutschland überlassen und sich auf deutscher Seite auf eine beratende Versammlung beschränken wollten. Denen da drüben geht es offenbar mit ihren Besatzungsmächten auch nicht viel besser als uns mit der unseren.

Übrigens: In der vergangenen Woche habe ich mich, nach einem längeren Gespräch mit Parteifreund O., um Einstellung in die Versicherungsanstalt des Landes Brandenburg beworben. Für den Fall, daß aus Forst-Zinna nichts werden sollte, was ich fast annehme.[196]

Gestern Wahl zum Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses im Potsdamer Stadtparlament.

Dienstag, den 2. Mai 1950

Auf der heutigen dreistündigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurden neueste Zahlen über die Wohnungssituation in Potsdam bekanntgegeben. Unsere Stadt hatte am 31. März 126500 Einwohner und 31423 Wohnungen. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person beträgt zur Zeit 10,6qm. 39% der Wohnungen bestehen aus 1½ bis 2 Zimmern, 24% aus 2½ bis 3 Zimmern. Lediglich 0,5% der Wohnungen sollen heute nur noch bedingt bewohnbar sein. Offenbar legt die Stadtverwaltung hier keinen sonderlich hohen Maßstab an.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, drei „hervorragenden Wissenschaftlern" für die Errichtung von Eigenheimen Bauparzellen im Brauhausberggelände zuzuweisen. Es sind die Schriftsteller Eduard Claudius und Prof. Dr. Haalck sowie der Hauptabteilungsleiter im Ministerium des Inneren der DDR, Dr. Korfes. Die Bevorzugten wurden von der Landesstelle des Förderungsausschusses für hervorragende Wissenschaftler ausgewählt. Mit den Bewerbern werden Erbbauverträge für die Dauer von 99 Jahren abgeschlossen. Die Grundstücke sind ca. 1200 bis 1400 Quadratmeter groß. Der Erbbauzins liegt bei 25 bis 40 Pfennigen pro Quadratmeter und Jahr.

Freitag, den 12. Mai 1950

Im Mittelpunkt lebhafter Diskussionen stand auf der heutigen Arbeitstagung der Funktionäre des Landesverbandes Brandenburg im Landtag die gemeinsame Kandidatenliste für den 15. Oktober. Die Berichte der Kreisvorsitzenden aus ihren Verbänden deuten darauf hin, daß die Zustimmung der Parteiführung zur Einheitsliste von den meisten LDP-Mitgliedern nicht verstanden wird. Ich hatte erst am vergangenen Wochenende auf einer Kreisdelegiertentagung in Bad Freienwalde Gelegenheit, mich über die Stimmung draußen im Lande zu informieren. Nach meinem Referat über die Oktoberwahlen war es zu einer überaus heftigen Aussprache gekommen, in der die Politik der Partei z. T. scharf verurteilt wurde. Der

alte Kreisvorsitzende Andreas Kuntze und ich hatten große Mühe, die aufgebrachten Parteifreunde von unüberlegten Schritten abzuhalten.

Heute zeigte sich nun, daß die Situation in den anderen Kreisverbänden offenbar nicht viel anders ist. Einer der Kreisvorsitzenden führte die Ablehnung einer gemeinsamen Wahlliste auf die „tyrannische Arbeit" einzelner SED-Bürgermeister zurück. Außerdem befürchteten seine Parteifreunde, daß die SED durch eine gemeinsame Liste weiter Oberhand in der Personalpolitik gewinnen werde. Der Vorsitzende von Zauch-Belzig meinte, die Mitglieder seien durch „Gerüchte" über eine Einheitsliste vor den Kopf gestoßen worden. Komme diese Liste, so sehe er schwarz für die Partei. Er schlage vor, unter den Mitgliedern eine Abstimmung darüber herbeizuführen, ob diese eine Einheitsliste wollten oder nicht. Ernst Christensen warf die berechtigte Frage auf, wer denn eigentlich Interesse an einer gemeinsamen Liste haben könne. „ Wie kommt es, daß wir uns auf diesen Vorschlag sofort einlassen und darüber diskutieren?"

Andere bereiteten jedoch ihr Einschwenken auf den Einheitslistenkurs vor. Kurt M. (Frankfurt) tröstete sich mit der sehr theoretischen Frage, ob es uns denn wirklich lieb sein könnte, wenn wir 70 bis 80% der Stimmen bekämen und dann ohne die SED regieren müßten. Wir hätten doch gar nicht die Leute, um die Verantwortung zu übernehmen. Ein anderer war der Meinung, daß eine echte Parteienwahl uns keinen großen Nutzen bringen würde, weil sie zur Zersplitterung führe und doch kein wirkliches Stimmungsbarometer darstelle. Die Kreisvorsitzende von Luckau dagegen berichtete, sie habe bisher den von der SED gestellten Antrag auf eine Einheitsliste abgelehnt, weil sie auf eine Anweisung der Parteiführung warte.

Dr. Hamann, der an der Arbeitstagung teilnahm und die Berichte der Kreisvorsitzenden aufmerksam verfolgt hatte, ging in seinem anschließenden Referat: „Die LDP und die Vorbereitung des gemeinsamen Wahlprogramms" zunächst auf Christensens Frage ein und wies auf die grundsätzliche Veränderung der politischen Verhältnisse während des letzten Jahres hin. „Was wir befürchtet haben, ist Tatsache geworden, daß nämlich aus den Besatzungszonen zwei deutsche Staaten geworden sind: dort die Deutsche Bundesrepublik und hier die Deutsche Demokratische Republik." Das westdeutsche Parteienleben laufe auf Weimarer Kurs mit den gleichen Risiken wie damals. Man müsse erkennen, daß dort nichts Neues hinzugekommen und „ohne Zweifel etwas krank" sei. Wenn man einen neuen Weg suche, müsse man sich unter Umständen über die Auffassungen der möglicherweise unmaßgeblichen Volksmeinung zu einer neuen Entwicklung hinwegsetzen. Der Einwand, die beabsichtigte gemeinsame Kandidatenliste wäre ein glatter Verstoß gegen die Verfassung, treffe nicht zu. Denn wenn die die Verfassung tragenden Parteien in gegenseitiger Vereinbarung zu einer Verständigung hierüber kämen, „dann kann von einem Verfassungsbruch nicht gesprochen werden". In unserem Eisenacher Pro-

gramm hätten wir uns lediglich gegen ein Einparteiensystem gewandt, und davon sei bei den Wahlvorschlägen keine Rede.

Nun behaupteten einige, wir würden bei diesem Verfahren übervorteilt. „Glauben Sie, daß die Mitglieder und Funktionäre die Nerven hätten, unter den heutigen Bedingungen in die Opposition zu gehen?" Im übrigen falle die Entscheidung erst am kommenden Dienstag.[197] Die LDP verlange, daß das Wahlprogramm die gesamte künftige Gestaltung unseres Staatslebens und ein „sauberes Verhältnis zwischen den politischen Kräften" genau festlege. Auch die SED habe Angst vor dem „Einheitsbrei". Wir müßten aber auch bedenken, daß die LDP bisher in 22 Kreistagen und 9500 Landgemeinden überhaupt nicht vertreten sei.

Die Ausführungen Hamanns riefen neue Diskussionen hervor, freilich nun unter Ausklammerung des Themas Einheitsliste. Überzeugt hatte der Parteivorsitzende die Brandenburger Parteifreunde offensichtlich nicht, allenfalls ein wenig nachdenklich gemacht. Ein Kurzreferat des Herrn von Stoltzenberg, der ebenfalls an der Arbeitstagung teilnahm, wurde diesmal nicht so negativ aufgenommen wie seinerzeit am 15. Dezember.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung billigte die Arbeitstagung die Ausführungen Hamanns und vertrat die Ansicht, „daß nur ein gemeinsames Vorgehen aller politischen Kräfte in der DDR die Aufgaben der Zukunft lösen kann ... Die LDP-Mitglieder setzen in die Parteileitung das Vertrauen, daß sie die Selbständigkeit der LDP wahren und zugleich die geeigneten Maßnahmen treffen wird, um in enger, ehrlicher und klarer Zusammenarbeit mit den anderen Parteien und Organisationen im Zentralen Block die Frage eines gemeinsamen Wahlprogramms und gemeinsamer Wahlvorschläge zu lösen."

„Parteischädigendes Verhalten" – Fristlose Kündigung und Flucht nach Westberlin

Montag, den 22. Mai 1950

Die Parteiführung hat noch immer Illusionen. Hamann durchschaut offenbar die Absichten der SED nicht oder will sie nicht durchschauen. Anders sind seine Ausführungen auf der heutigen Tagung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der LDP in der Nationalen Front nicht zu verstehen. Die Sitzung war von der Parteileitung für 9.30 Uhr nach Berlin in das Haus des Volksrates in der Mauerstraße einberufen worden. Im sogenannten Steinsaal hatten sich etwa 35 bis 40 Parteifreunde aus allen Landesverbänden und der Parteileitung versammelt, um „die Probleme der

LDP und die Nationale Front" zu diskutieren, über die der Parteivorsitzende zuvor referierte. Er und später auch Stempel malten ein m.E. allzu rosiges Bild der Einstellung Westdeutscher zur Nationalen Front. Hamann sprach insbesondere von wachsender Bereitschaft westdeutscher Wirtschaftskreise zur Zusammenarbeit mit der DDR. Stempel, der gerade von einer Informationsreise nach Westdeutschland zurückgekehrt ist, zeigte sich tief beeindruckt von der angeblich immer breiter werdenden Zustimmung der dortigen Bevölkerung zu unserer Einheitspolitik.

Die Ausführungen Hamanns zu den Wahlen im Oktober brachten keine Neuigkeiten. Er sprach trotz des Blockbeschlusses vom vergangenen Dienstag von „Vorverhandlungen" über eine Einheitsliste und meinte, daß trotz gemeinsamer Liste keine Partei daran denke, ihr Eigenleben aufzugeben (die SED bestimmt nicht!). Das gemeinsame Wahlprogramm werde die Arbeit aller Parteien sein, denn die vollkommen neue Phase der politischen Entwicklung könne nicht von den Wünschen einer Gruppe allein bestimmt werden. Hamann schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Anwesenden, so zu arbeiten, daß das Verständnis für diese Entwicklung in der Bevölkerung und in der Partei Fuß fasse. Es gelte Vertrauen zu schaffen und das Mißtrauen zu beseitigen.

In der Diskussion gab es manche kritische Stimme zur SED-Politik. Ich wies an Hand von Zeitungsartikeln insbesondere auf die Taktik der Einheitspartei zur Überrumpelung der bürgerlichen Kräfte hin. Hamann versuchte alle Einwände zu bagatellisieren.

Dienstag, den 23. Mai 1950

Am Rande der heutigen Sitzung des Jugendbeirates in Berlin sprach mich Flatau auf meinen gestrigen Diskussionsbeitrag an. Er machte einige ironische Bemerkungen; er schien meine Äußerungen für inopportun, wenn nicht für unklug zu halten.

Der Beirat bereitete einen weiteren Jugendlehrgang in Behrensdorf vor und beschäftigte sich erneut mit dem Deutschlandtreffen der FDJ. Eine Begrüßungsadresse wurde erarbeitet, die am 25. Mai im „Morgen" erscheinen soll. Das schon in den vergangenen Sitzungen erörterte LDP-Jugendtreffen blieb nach erneuter Diskussion unentschieden. Der Landesverband Sachsen unterbreitete zwar einen Vorschlag für ein solches Treffen Ende Juli in Leipzig. Aber die Finanzierung ist nach wie vor ungelöst. Für eine Sondernummer der LDP-Informationen, die sich mit Jugendfragen beschäftigen soll, wurde auf Vorschlag Flataus ein Redaktionsausschuß gebildet.

Am Nachmittag im Stadtparlament wurde dem Antrag des Amtes für Volksbildung zugestimmt, der Gemeinde der Nikolaikirche anläßlich des 100jährigen Jubiläums am 24. März 1950 zwei religiöse Bilder zum Geschenk zu machen, die wahrscheinlich aus früherem Kirchenbesitz stam-

men und sich zur Zeit im Städtischen Museum befinden. Vor allem aber beschloß die Stadtverordnetenversammlung die Eingemeindung von Caputh, Wilhelmshorst, Göttin, Alt-Töplitz, Neu-Töplitz und Leest in den Bereich des Stadtkreises Potsdam und vergrößert damit die Einwohnerzahl unserer Stadt um 7300 Bürger.

Donnerstag, den 25. Mai 1950

Die Tagung vom 22. Mai in Berlin hat für mich offenbar doch ernstere Folgen. Heute vormittag in der Landesleitung berichtete mir Steffen über Gespräche mit Stempel und Flatau. Diese Parteifreunde hätten sich sehr negativ über meinen Diskussionsbeitrag am Montag geäußert. Stempel soll dabei die Ansicht vertreten haben, ich hätte mit meinen Ausführungen alles wieder kaputtgemacht, was die Parteiführung viele Monate hindurch mühsam an einheitlichen Positionen der LDP in dieser Frage der Nationalen Front aufgebaut habe.

Am Abend, auf dem Kreisdelegiertentag im Stadtparlament, wurden die Vorstandswahlen wegen der Vorgänge am Montag in Berlin verschoben; der Kreisvorstand hatte mich als neuen Vorsitzenden des Verbandes vorgeschlagen. Nur mein Referat, in dem ich meine Auffassungen von liberaler Politik in dieser Zeit darstellte, durfte ich halten. Wird das meine letzte Rede gewesen sein?[198]

Dienstag, den 30. Mai 1950

Heute ein Brief Mühlmanns vom 27. d. M.: „Wie mir kurz vor der letzten Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Potsdam von Herrn Steffen mitgeteilt wurde, haben von Ihnen gemachte Äußerungen auf der Tagung der Referenten der Nationalen Front der LDP in Berlin am 22. Mai 1950 bei der Parteileitung Anstoß erregt." Mühlmann bittet umgehend um einen Bericht. Grußformel fehlt, nur Unterschrift. – Ich habe noch heute den gewünschten Bericht niedergeschrieben und Mühlmann zugeleitet.[199] Er wird daraus erkennen können, daß ich nichts „Anstößiges" gesagt habe. Wie zur Untermalung dieses Vorganges haben Steffen und Mühlmann heute ein Rundschreiben an alle Kreisverbände und größere Ortsgruppen versandt, in dem die Parteifreunde erneut zu „intensiver Mitarbeit in der Nationalen Front" verpflichtet werden.[200]

Mittwoch, den 31. Mai 1950

Zwischendurch ein Blick nach draußen, auf Ereignisse außerhalb des Landesverbandes. Die Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten haben in den vergangenen Monaten weiter zugenommen. Auch das Auseinanderleben der Westzonen und der Ostzone macht schlimme Fortschritte. Die westdeutsche Bundesregierung gerät immer mehr ins

Schlepptau der Anglo-Amerikaner. Westdeutschlands Eintritt in den sogenannten Europarat macht es faktisch zu einem – wenn auch keinesfalls gleichberechtigten – Bundesgenossen der Westmächte gegen die Sowjetunion. In der derzeitigen „Deutschen Demokratischen Republik" vollzieht sich eine ganz ähnliche Entwicklung, wenn auch mit umgekehrtem Vorzeichen. Die Einbeziehung in den Ostblock und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats werden immer schneller und rücksichtsloser vorangetrieben. Seit Beginn des Jahres hat die SED ein wahres Kesseltreiben gegen bürgerliche Politiker in der Ostzone veranstaltet. Die Liquidierung des „Klassenfeindes" erfolgte stets nach dem gleichen Schema. Es beginnt mit einer Attacke in der SED-Presse gegen das von den Kommunisten ausgewählte Opfer. Dann kommen die „spontanen" Resolutionen von Betriebs- und Einwohnerversammlungen. Schließlich, falls der LDP- oder CDU-Funktionär dann noch immer nicht seine Ämter niedergelegt oder das Weite gesucht hat, wiederum „spontane" Protestkundgebungen auf Straßen und Plätzen. Dabei treibt man oft auch völlig ahnungslose Menschen aus den umliegenden Ortschaften zusammen, damit diese für die von der SED veranstalteten Kundgebungen die tobende Kulisse abgeben und bei der Abstimmung über die von der SED eingebrachten Resolutionen die Hände heben können.

LDP und CDU mußten auf diese Weise in den letzten Monaten erhebliche Verluste an Parteifunktionären hinnehmen. Der Landesverband Brandenburg der LDP verlor in dieser Zeit zehn seiner insgesamt 29 Kreisvorsitzenden, eine weit größere Anzahl von Ortsgruppenvorsitzenden, Bürgermeistern, Kreis- und Gemeinderatsmitgliedern usw. Die „Säuberung" traf auch unsere Landtagsfraktion schwer. Bis zum April mußten 8 Mitglieder der aus insgesamt 20 Parteifreunden bestehenden Fraktion ihre Mandate niederlegen, wurden aus der Partei ausgeschlossen oder flüchteten nach dem Westen.

Diese Ereignisse haben auch meine Einstellung zur politischen Arbeit in der Ostzone stark geprägt und verändert. Ich begriff endlich, daß die eigene Parteiführung zur völligen Machtlosigkeit verurteilt ist und unsere Parteiarbeit mithin fast nur noch der Ausbreitung des Kommunismus in ganz Deutschland dient. Wir sind Steigbügelhalter der SED. Der politisch-ideologische Unterschied zwischen der LDP und der SED hat sich im Laufe der letzten Monate bedeutend verringert. Unsere Minister und Spitzenfunktionäre ergehen sich fast ausnahmslos in Lobeshymnen auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse in der DDR, obwohl diese eindeutig marxistisch sind. Die Masse der Bevölkerung ist indessen mit dieser Entwicklung keineswegs einverstanden. Niemals zuvor gab es in Deutschland eine größere Kluft zwischen der Bevölkerung und ihrer Regierung als heute hier bei uns. Die SED weiß natürlich sehr wohl, daß sie die Menschen in der DDR nicht zu überzeugten Stalinisten machen kann, trotz Terror und einem recht primitiven propagandistischen Feuerwerk Eislers

– trotz Kundgebungen, Versammlungswellen und Massendemonstrationen, mit denen man das kritische Bewußtsein der Menschen ersticken möchte. Damit bekommen sie allenfalls die jungen, noch leicht beeinflußbaren Menschen, denen sie denn auch in Schule und Beruf, bei Spiel und Sport unaufhörlich marxistisches Gedankengut einimpfen.

Montag, den 5. Juni 1950

Am Nachmittag kam Mühlmann in die Margarethenstraße. Mit bekümmertem Gesicht las er mir einen Brief von Koerbers vor, den dieser aus seinem Urlaubsort in Thüringen an Mühlmann geschrieben hat. Koerber fordert meine fristlose Entlassung. Er begründet seine Forderung mit meinem Auftreten am 22. Mai in Berlin, aber auch mit meinem Verhalten währen der letzten Monate, das er wiederholt kritisiert habe.

M. macht mir den Vorschlag, selber zu kündigen, damit ich die Kündigungsfristen wahrnehmen und noch bis zum 31. Juli Gehalt beziehen könne. Allerdings müßte ich auch dann sofort meinen Schreibtisch räumen, da eine Fortsetzung meiner bisherigen Tätigkeit in der Landesleitung unter den gegebenen Umständen unmöglich sei. Es sei auch erforderlich, daß ich meine Funktionen als Mitglied des Hauptausschusses und des Jugendbeirates bei der Parteileitung sofort niederlege.

Nachdem Stempel, Flatau und Steffen bereits in den vergangenen Tagen von „parteischädigendem Verhalten" gesprochen haben, kommt diese Entwicklung für mich nicht überraschend. Ich kann vielmehr von Glück sagen, wenn es beim Existenzverlust bleibt und man mir nicht auch noch ein Parteigerichtsverfahren anhängt. Davor aber wird mich M. wohl bewahren, wenn ich seine Vorschläge akzeptiere. Was sollte ich schon anderes tun?[201]

Montag, den 19. Juni 1950

Wir haben heute, trotz meiner gegenwärtigen prekären Lage, das Aufgebot bestellt. Die Hochzeit ist am 5. Juli. Ein Gespräch mit Ossang am Freitag vergangener Woche gibt freilich neuen Optimismus. Nach Aussagen O.s werde ich ab 15. Juli bei der Landesversicherungsanstalt angestellt.[202]

Inzwischen hat man mich, auf Vorschlag des Kreisverbandes, als „Instrukteur" in die „Rechenschaftsberichtskampagne" des Rates der Landeshauptstadt eingespannt. Da ich mich aber für die Zeit vom 15.6. bis 10.7. bei Kreisverband und Nationaler Front zum Urlaub abgemeldet hatte, sind meine Vortragstermine erst am 11. und 14. Juli. Die „Kreis-Aufklärungs-Kommission der Nationalen Front des demokratischen Deutschland – Stadtkreis Potsdam" hat mir ein Rundschreiben zugeschickt, um mich mit „Sinn und Zweck der Aufklärungskampagne des 17. und 18. Juni" vertraut zu machen. Am 14. Juni, auf einer „außerordentlichen Sitzung", erhielten wir Instrukteure der Wahlbezirke unsere Weisungen:

keine Ressortberichte, sondern nur Grundgedanken der Verwaltungsarbeit; zwei Stunden vor der Versammlung über örtliche Verhältnisse informieren; von der Bevölkerung vorgebrachte Klagen und Vorschläge sammeln und im Vorzimmer des Oberbürgermeisters abgeben. Insgesamt werden vom 19. Juni bis 28. Juli in Potsdam ca. 63 Versammlungen stattfinden, auf denen der Oberbürgermeister, der Bürgermeister, die Stadträte und Stadtverordneten in allen Wahlbezirken zur Bevölkerung sprechen sollen.

Dienstag, den 11. Juli 1950

Heute mein erster Auftritt als Redner in der Berichterstattungskampagne. Ich sprach vor der Belegschaft der Fa. Stichnote in deren Druckerei am Alten Markt.[203] Mein Referat wieder die übliche Mischung von „fortschrittlichen" Sentenzen und kaum verhüllten Anklagen gegen das Regime; letztere zur Tarnung auf die Zeit von 1933 bis 1945 „zurückdatiert". Dann einige Fakten über die kommunale Arbeit in Potsdam: die Einführung einheitlicher Realsteuersätze in der DDR und ihre Wirkung auf Potsdam, Verkehrsprobleme, bürokratische Erscheinungen in der Verwaltung, die in Potsdam noch immer herrschende Wohnungsnot u. a. m.

Danach eine längere, lebhafte Diskusssion, die vor allem aus Klagen besteht. Klagen über die Qualität der in den Geschäften angebotenen weißen Bohnen, über das schlechte Kantinenessen, über die Höhe der Mieten bei Neubauten, über den Fragebogenfimmel der Behörden, den Mangel an Lehrkräften in den Potsdamer Schulen, über das stundenlange Warten auf einen Behördenstempel usw. Kritik wird an den sogenannten „Intelligenzbauten" für hohe Parteifunktionäre, Wissenschaftler, Künstler etc. geübt und die Frage gestellt: „Wo bleiben die Wohnungen für die Arbeiter?". Kritik auch an der Ausschmückung der Stadt anläßlich des Besuchs des Moissejew-Ensembles in Potsdam (wer finanziert das eigentlich?) und an den Scheinwerfern auf dem Brandenburger Platz (Betriebe müssen Strom sparen, warum nicht auch die Stadt?). Ich kann lediglich versprechen, mich um das alles zu kümmern. Doch weiß ich nur zu gut, wieweit hier mein Einfluß reicht bzw. nicht reicht. – Politische Fragen wurden nicht angeschnitten. Dabei haben alle diese Menschen gewiß mehr als genug auf dem Herzen. Aber wer will sich schon den Mund verbrennen? – Ich bin sehr gespannt, ob diese Kampagne genau so ein Reinfall wird wie die letzte. Damals erschienen trotz Plakatierungen, Handzetteln und Pressenotizen zu den Versammlungen nur ganze 3,5% der Einwohnerschaft.

Seit Sonntag, dem 25. Juni, wird in Asien gekämpft. Der Einmarsch kommunistischer Truppen in Südkorea ist für die ganze Welt ein Alarmsignal. Die kritiklose Begeisterung unserer Kommunisten für die Aggressoren bedeutet wohl mehr als nur die Solidarität Gleichgesinnter; sie läßt vermuten, daß dieses Regime gegebenenfalls nicht davor zurückschrecken

wird, in Westdeutschland mit militärischen Mitteln zu intervenieren. Das Bewußtsein, diesem Regime noch immer in irgendeiner Weise dienen zu müssen, macht mich krank.

Sonnabend, den 22. Juli 1950

Vorgestern hat der Führungsausschuß der LDP mit 22 gegen 1 Stimme beschlossen, Prof. Kastner seines Amtes als Parteivorsitzender zu entheben und aus der LDP auszuschließen, weil seine „persönlichen Ansprüche jedes Maß an Verantwortlichkeit gegenüber der Allgemeinheit überschritten haben", wie es in der Begründung heißt. Erstaunlich, daß die LDP-Führung diesen Schritt wagen konnte, zumal Kastner bisher als Protektionskind der SMA galt und schon lange auf großem Fuße leben soll.[204] Anstelle Kastners wurde Dr. Loch an die Spitze der Partei berufen. Mit dem werden wir auch nicht viel besser fahren.

Auf der heutigen Sondersitzung des Stadtparlaments zum „Tag der deutsch-polnischen Freundschaft" sprach Ingo von Koerber, trocken und wenig konzentriert wie immer.[205] Wir gingen uns aus dem Weg.

Am 14. Juli sprach ich vor den Mitarbeitern der Kommunalen Wirtschaftsunternehmen im Nikolaisaal, das gleiche Referat wie am 11. d. M. Hier gab es etwas mehr Vorschläge als Klagen. Letztere betrafen u. a. die Gemüsepreise auf dem Wochenmarkt am Bassinplatz und besonders den Umstand, daß die Berliner (angeblich) den Potsdamern „alles wegkaufen", vornehmlich Lebensmittel und Textilien.

Donnerstag, den 27. Juli 1950

Am Abend wurde die am 25. Mai geplatzte Vorstandswahl im Kreisverband nachgeholt. Neuer Kreisvorsitzender: Adolf Ossang. Er teilte mir am Rande der Tagung mit, der Ministerpräsident befasse sich angeblich persönlich mit meinem Fall. Offenbar hat jenen verdrossen, daß ich Meschkats Angebot nicht annahm, als Landessekretär mit einem Monatsgehalt von 800,– DM in das Landessekretariat der Nationalen Front einzutreten. Über eine eventuelle Tätigkeit in der Landesversicherungsanstalt ist bisher noch nicht entschieden. – Amüsant finde ich die Einladung zur heutigen Mitgliederversammlung. Darin wird für die Wiederholung der Vorstandswahlen folgende Begründung gegeben: die Wahl habe nicht stattfinden können, „weil nicht die nach dem §9, Abs. 11 der Satzung erforderliche Zahl der Mitglieder anwesend war".[206]

In dem neuesten Rundschreiben des Landesverbandes ist der Schlüssel veröffentlicht, auf den sich der Block hinsichtlich der LDP-Kandidaten verständigt hat.[207] In diesem Zusammenhang weist von Koerber darauf hin, daß es zur Zeit im Lande Brandenburg 486 Ortsgruppen der Partei gibt, mithin die LDP in 1500 Gemeinden nicht vertreten sei und dort auch keine Gemeindevertreter nominieren könne. Er forderte die Parteifreunde

auf, sofort an die Gründung weiterer Ortsgruppen heranzugehen. Schwer vorstellbar, daß unter den gegebenen Verhältnissen dieser Aufruf nennenswerte Erfolge zeitigt.

Inzwischen schreitet die „Entpreußung" Potsdams rasch voran. Mit Schreiben vom 18. Juli hat das Amt für Volksbildung dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung den Beschluß des Rates der Stadt vom Vortage mitgeteilt, wonach 46 Straßen in Potsdam umbenannt werden sollen. Die Straße, in der ich geboren wurde, hat seitdem ihren dritten Namen innerhalb von 30 Jahren erhalten: Luisenstraße – Zeppelinstraße – Leninallee. Der Landesverband ist nun nicht mehr in der Margarethen-, sondern in der Carl-von-Ossietzky-Straße zu finden. Mutter wohnt ab sofort nicht mehr in der Charlotten-, sondern in der Wilhelm-Pieck-Straße. Ferner wurden u. a. Clara Zetkin, Mitschurin und Werner Seelenbinder auf diese Weise verewigt. Das Parlament hat dieser Vorlage zugestimmt und das Informationsamt beauftragt, „in kürzester Frist einen kleinen Führer durch die Stadt Potsdam herauszugeben". Das dürfte wohl auch dringend notwendig sein.

Donnerstag, den 24. August 1950

Nach westlichen Presse- und Rundfunkmeldungen ist LDP-Generalsekretär Stempel am 8. August in der Parteileitung zusammen mit seiner Sekretärin Maibaum wegen angeblicher Agententätigkeit verhaftet worden. Eine Ironie des Schicksals. Der Mann, der mich zu Fall brachte, ist nun selbst zu Boden gegangen.

Sie lassen mir noch immer keine Ruhe. Am 17. erreichte mich der ablehnende Bescheid der Versicherungsanstalt, am 19. berichtete mir Mühlmann, daß man mich in die Nationale Front zwingen wolle. Der Kreisvorstand benannte mich für die Schulungs- und Aufklärungskampagne der Nationalen Front – ich lehnte ab. Dann schlug man mich für eine Kommission vor, die für die Umbenennung der Potsdamer Straßen zuständig ist – ich sagte nein.

Am Tage der Verhaftung Stempels hatte ich mich auf eine Annonce hin um eine Reisetätigkeit für den Verlag der „Tagespost" beworben. Der Verlag antwortete postwendend und bat um eine Aussprache. Dazu ist es bisher nicht gekommen. Denn Mühlmann versprach, mich im Städtischen Krankenhaus unterzubringen. Das würde ich einer Reisetätigkeit allerdings vorziehen. Übrigens: die feierlichen Umbenennungen „meiner" Straßen durch den Oberbürgermeister Paul haben am 22. August ohne mein Beisein stattgefunden.

Freitag, den 8. September 1950

Die Vorbereitungen für die Oktober-„Wahlen" sind im Gange, der Scheinwahlkampf läuft bereits auf vollen Touren. Am 3. September ver-

kündete unsere DDR-Presse neue HO-Preise, die am darauffolgenden Tag in Kraft traten und wohl der Speck sein sollen, mit dem man am 15. Oktober die Mäuse fangen will. 1000 g Roggenbrot kosten im HO nun 0,70 statt 1,60 DM (Ost) 100 g Bockwurst 1,88 statt 2,35 DM und ein Paar Herrenlederschuhe 94,– statt 105,– DM. Insgesamt wurden bei Nahrungsmitteln 22 verschiedene Waren billiger, ferner vier Gaststättengerichte und 31 Gebrauchsgüter. Ein Pfund Butter kostet nun in der HO nur noch 12,- DM, und Autoreifen für LKWs kann man jetzt bereits das Stück für 4210 DM erstehen. Fabelhaft!

Inzwischen hat mich die Partei – ohne zuvor zu fragen – als Kandidaten für das Stadtparlament vorgeschlagen, das am 15. Oktober ebenfalls „neugewählt" wird.[208] Als „Kandidat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland" mußte ich mich gestern und heute im Wahlbezirk 3 bzw. 17 in – übrigens schlecht besuchten – öffentlichen Wählerversammlungen vorstellen.[209] Mein etwa zwanzigminütiges Referat kam nicht gut an. Warnungen vor einem „Korea auf deutschem Boden", pazifistische Äußerungen zur Frage bewaffneter Konflikte, kompromißloses Bekenntnis zum Frieden und zur Verständigung, hohe moralische Ansprüche an die Politiker in der DDR, ein ziemlich gewagter Hinweis auf die „Wahlen" unter Hitler mit ihren 99,8% Ja-Stimmen oder der etwas provozierende Vergleich unserer Blockpolitik mit der, in die sich 1907 die bürgerlichen Parteien mit den Konservativen gegen das Zentrum und die Sozialdemokraten einließen – das alles verdroß die anwesenden Genossen und veranlaßte heute abend einen SED-Funktionär zu der Feststellung, meine Rede sei unklar und „schwunglos". Die Auskünfte des Kandidaten seien unbefriedigend, weil er wenig Konstruktives, Positives zu den Volkswahlen zu sagen gehabt hätte. Zu einer Ablehnung meiner Kandidatur konnte man sich jedoch weder gestern noch heute entschließen – offenbar, weil von „höherer Stelle" eine Weisung vorliegt, mit mir noch nachsichtig umzugehen.[210]

Ende August erhielt ich überraschend Post aus Westberlin. Ein anonymer Absender schickte mir ein blaues Heftchen. Auf dem papiernen Einband steht: „1848 – Kleine Schriften zur Deutschen Geschichte". Schlägt man das Heftchen auf, liest man auf der 3. Seite: George Orwell „1984" – ein utopischer Roman. Ich bin für diese Sendung sehr dankbar. Sie bekräftigt und bestätigt meinen Widerwillen gegen dieses Regime.

Mittwoch, den 13. September 1950

Heute wegen starker Erkältung daheim. Nach dem Essen läutete es an der Wohnungstür. Draußen stand ein junger Volkspolizist. Er bat eintreten zu dürfen, um mir einige Fragen zu stellen. Auf Befragen erklärte der Mann etwas verlegen, von gewisser Seite seien ungünstige Angaben über mich gemacht worden. Auch habe er gehört, daß ich aus der Landesleitung aus-

geschieden sei. Aus welchem Grunde? War es ein persönlicher oder ein politischer? Weitere Fragen betrafen meine gegenwärtige Tätigkeit und meine beruflichen Pläne. Ich gab ausweichende Antworten, wies lediglich auf persönliche Differenzen mit von Koerber und dessen Sekretärin hin und gab mich, meine zukünftigen Tätigkeiten betreffend, optimistisch, da ich noch ein paar Eisen im Feuer habe.[211] Nach etwa einer Viertelstunde ging der Polizist, von meinen Auskünften offensichtlich nicht völlig befriedigt. Am Abend besuchte Inge einen Kollegen aus der Landesleitung, um zu erfahren, welche Bewandtnis dieser mittägliche Besuch wohl haben könnte. Sie erfuhr, daß dieser Tage auch in der Margarethenstraße ein Vopo erschienen sei und mit einigen Kollegen ausführliche Gespräche über die Gründe meines Ausscheidens geführt habe. Als einer von ihnen danach seine Absicht äußerte, mich über diesen Besuch zu informieren, habe Frl. T. erklärt: „Wenn Sie Herrn Schollwer davon etwas sagen und er flüchtet, dann werden Sie zur Verantwortung gezogen." So unterblieb die Vorwarnung.

Gestern mein erster Auftritt als „Berichterstatter" vor der Stadtverordnetenversammlung. Thema: „Bestellung von Erbbaurechten in der Stadtrandsiedlung Potsdam, Drewitzer Straße". Es ging um die Förderung von Kleinsiedlungen in der Umgebung von Städten und größeren Industriegemeinden. Das Parlament beschloß einen neuen Geschäftsverteilungsplan für den Rat der Landeshauptstadt Potsdam sowie eine Dienstanweisung für Bezirksvorsteher, die zu enger Zusammenarbeit mit dem Bezirksausschuß der Nationalen Front verpflichtet sind und mit diesem gemeinsam die ehrenamtlichen Straßen- und Hausobleute bestellen.

Die frühere Freimaurerloge „Teutonia" in der Kurfürstenstraße (jetzt Straße der Jugend), nach 1945 zunächst Krankenhaus, dann von den Sowjets als Kommandantur gebraucht, wurde von der Besatzungsmacht an die Stadt zurückgegeben. Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft will in diesem Gebäude ein Kulturhaus errichten. Ein weiterer Schritt auf dem Wege zum „roten Potsdam", dessen soziale Einrichtungen allerdings noch immer im argen liegen. Am 11.d.M. habe ich darum als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses in einem Schreiben an den Minister für Arbeit und Gesundheitswesen, Karl Grobbel, noch einmal ausführlich auf den „augenblicklich herrschenden, außerordentlichen Notstand in der ärztlichen Versorgung unserer Stadtbevölkerung" hingewiesen. Akuter Anlaß: das Ministerium hat die vom Gesundheitsamt beantragten und dringend benötigten Investmittel von 2 Millionen DM auf 450000 DM festgelegt und eine nochmalige Kürzung um 15% in Aussicht gestellt. Diese Mittel werden für den Aufbau des teilzerstörten Städtischen Krankenhauses dringend benötigt. Die Zustände dort sind katastrophal. Wegen der knappen Bettenzahl konnten kürzlich bei 19 Fehlgeburten nur 3 stationär aufgenommen werden. Die derzeitige Frauenklinik verfügt nicht einmal über eigene Operatationsräume, die Bestrahlungsabtei-

lung ist völlig überlastet, da es sich um die einzige im Lande Brandenburg handelt. Ähnlich sieht es in den anderen Abteilungen aus. Wenn man bedenkt, welche Unsummen hierzulande für politische Propaganda ausgegeben werden, während für die ärztliche Versorgung der „Werktätigen" angeblich kein Geld vorhanden ist, kann einem der Kragen platzen.

Mittwoch, den 5. Oktober 1950

Die 3. Versammlungswelle für die Wahlen am 15. Oktober beginnt in diesen Tagen. Wilhelm Pieck hat in einem Offenen Brief an die Wähler von „Kriegsberatungen in Straßburg, Paris, London und New York" schwadroniert und ein wahres Schreckensbild angeblicher Absichten der Westmächte für Deutschland gezeichnet („Die Sprengkammern an westdeutschen Flüssen, Bergen und Verkehrsknotenpunkten ... sollen weite Gebiete unserer Heimat unter Wasser setzen, Städte und Dörfer ersaufen lassen, Äcker, Gärten und Fluren auf Jahre und Jahrzehnte hinaus in unfruchtbare Einöden verwandeln"). Er hat uns darum aufgerufen, dazu beizutragen, „daß die einmütige Wahl der gemeinsamen Kandidatenlisten der Nationalen Front zu einem machtvollen Friedensbekenntnis und zu einer entscheidenden Absage an alle amerikanischen Kriegs- und Vernichtungspläne wird".[212]

Für die „dritte Welle" hat mir der Kreisausschuß der Nationalen Front vier Versammlungen zugedacht. Ich habe nicht die Absicht, dieses Angebot zu akzeptieren.[213]

Freitag, den 13. Oktober 1950

Eine Nachricht aus Berlin macht die Entscheidung leichter. Eine Bekannte ließ uns wissen, daß die FDP in Westberlin mit unserem Kommen rechne und uns rate, den Schritt bald zu tun. Noch in diesem Monat wollen wir die DDR verlassen.

Wir werden es trotz der Tatsache tun, daß ich durch Mühlmanns Vermittlung endlich eine unpolitische Tätigkeit gefunden habe. Mit dem 20. Oktober werde ich im Städtischen Krankenhaus als Hilfspfleger angestellt.

Gestern, vermutlich zum letzten Male, als Stadtverordneter auf meinem Platz im Stadthaus Dortustraße. Es war nur eine kurze Sitzung: 4 Tagesordnungspunkte. Neben den üblichen Regularien (Feststellen der Anwesenheit, geschäftliche Mitteilungen) die Entlastung der Jahresrechnung 1948 und der Abschlußbericht des Stadtverordneten-Vorsitzenden Spiegel über die erste Wahlperiode 1946–1950. Beides ziemlich trockene Themen, die Zeit ließen, über anderes, Wichtigeres nachzudenken.

Montag, den 23. Oktober 1950

Heute morgen Dienstbeginn im Städtischen Krankenhaus als Hilfskrankenpfleger auf der Männerstation 4a. Dienstzeit 7–12 Uhr und 15–18 Uhr. Stechbecken und Urinflaschen sind nun mein Handwerkszeug, Katheterwechsel, Bettenmachen und Begleitung von Krankentransporten meine Tätigkeit.

Inzwischen haben wir mit unseren „Reisevorbereitungen" begonnen: Bücher wurden an Antiquariate für ein paar hundert Mark verkauft, das Klavier und die alten Schallplatten aus den zwanziger und dreißiger Jahren zu – wenig – Geld gemacht. Ansonsten tun wir so, als ginge alles seinen gewohnten Gang. Am Morgen des 15. marschierten wir brav ins Wahllokal und gaben – wie alle anderen auch – offen unsere Stimme für die Einheitsliste ab.[214] Sonnabend feierten wir mit den Freunden von der LDP im „Havelgarten" anläßlich des Abschiedsabends der alten Stadtratsfraktion. Und am heutigen Nachmittag nahm ich noch einmal, zum letzten Male, an einer Fraktionssitzung teil. Noch fünf Tage, dann ist es hoffentlich überstanden!

Sonnabend, den 28. Oktober 1950

Es ging alles ganz glatt. Die Fahrt nach Westberlin unterschied sich äußerlich kaum von jenen vielen Ausflügen in den Westteil der alten Reichshauptstadt, die in den letzten Jahren zu unserem regelmäßigen Programm gehörten. Nur reisten wir diesmal getrennt: Inge am frühen Morgen voraus, ich eine Stunde später – beide nur mit etwas Handgepäck versehen.[215] Einiges hatten wir in den Wochen zuvor bereits zu den Schwiegereltern in Schöneberg geschafft.

Jetzt sitzen wir in dem großen Zimmer einer Pension in der Schwäbischen Straße. Erleichtert und bedrückt zugleich. Vor uns eine ungewisse Zukunft: 300000 Arbeitslose in Westberlin. Der Empfang bei der FDP war recht ernüchternd. Ein nicht ganz seriöser Parteifreund aus Potsdam, zu Beginn dieses Jahres nach Westberlin geflüchtet und in der Schlüterstraße jetzt als eine Art Faktotum tätig, fertigte uns ab. Nach längerem Warten drückte er uns ein „Gutachten" in die Hand, das wir im Notaufnahmeverfahren vorzeigen sollen, damit man uns als politische Flüchtlinge anerkennt. Im übrigen müssen wir sehen, wo wir bleiben und wie wir zurechtkommen. Die Pension werden wir jedenfalls bald wieder verlassen: sie ist zu teuer.

Anmerkungen

[1] Der Befehl Nr. 193 der SMAD vom 6.8.1947 bestimmte die juristische Ausbildung von 350 Personen in einjährigen Lehrgängen. § 4 lautete: „Die Absolventen der juristischen Lehrgänge sind berechtigt, das Amt eines Richters, Staatsanwalts, Rechtsanwalts oder ein anderes Amt bei den Gerichten oder Staatsanwaltschaften zu bekleiden." („SBZ von 1945–1954", herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1956, S. 58).

[2] Die Lage war in den westlichen Besatzungszonen nicht besser. Vgl. „Der Spiegel" Nr. 13 vom 29.3.1947, S. 14: „Keine Stadt in Westdeutschland hat in der letzten Zeit die zugesagten 1550 Kalorien erhalten. Durchschnittlich wurden in der letzten Zuteilung in Köln 746, Gelsenkirchen 971, Bochum 1122, Duisburg 1190 und Essen 1240 Kalorien täglich ausgeteilt."

[3] Vgl. Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1984, S. 164 f.

[4] Schollwer entnahm diese Zahl einer Zeitungsnotiz (bei seinen Unterlagen ohne Titel und Datum, vermutlich September 1947). „Der Spiegel" gibt für Berlin 110 Fälle von Kinderlähmung an, davon 15 tödliche. Vgl. „Der Spiegel" Nr. 34 vom 23.8.1947, S. 22.

[5] Vgl. Bundesgeschäftsstelle der FDP (Hg.), Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949. Eine Dokumentation zur Sonderausstellung der F. D. P.-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude, zusammengestellt und kommentiert von Karl-Heinz Grundmann unter Mitarbeit von Dieter Hein, Bonn 1978, S. 38.

[6] Vgl. „SBZ von 1945–1954" (wie Anmerkung 1), S. 43 und 44 sowie Grundmann (wie Anmerkung 5), S. 52.

[7] Die Konferenz der Ministerpräsidenten fand am 6. und 7. Juni 1947 in München statt. Die Ministerpräsidenten der SBZ verließen die Konferenz bereits nach der Vorbesprechung am Abend des 5. Juni, weil man sich über die Tagesordnung nicht verständigen konnte.

[8] Abkürzung für das russische Ministerium für Innere Angelegenheiten, das, 1946 gebildet, die Aufgaben des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) weiterführte, dem als wichtigstes Ressort die GPU angegliedert war, die politische Staatspolizei der UdSSR. Die GPU war seit 1944 unter der Bezeichnung MWD dem Ministerium des Innern angegliedert und firmierte ab 1953 als KGB und Zentrale der Spionageabwehr und des Geheimdienstes im Ausland. Der Institutionen-Wirrwarr führt dazu, daß in Schollwers Tagebuch der sowjetische Geheimdienst abwechselnd mit GPU, NKWD, MGB oder MWD bezeichnet wird.

[9] Diese Angaben entstammen der Mitgliederliste des Kreisverbands Potsdam vom 13.4.1948 und der „Liste der jugendlichen Mitglieder" des KV Potsdam (o. D.) bei den Akten des Verfassers.

[10] Die „Deutsche Demokratische Partei" (DDP) wurde im November 1918 gegründet, verband sich 1930 mit der „Volksnationalen Reichsvereinigung" und dem „Jungdeutschen Orden" zur „Deutschen Staatspartei". Ihre 5 Reichstagsabgeordneten Hermann Dietrich, Theodor Heuss, Ernst Lemmer, Heinrich Landahl und

Reinhold Maier stimmten im März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zu. Im Juni 1933 löste sich die „Deutsche Staatspartei" auf.

[11] Die „Deutsche Volkspartei" (DVP) wurde im Dezember 1918 gegründet. Maßgeblich an der Gründung beteiligt war der spätere Außenminister Gustav Stresemann. Im März 1933 stimmten ihre 2 Abgeordneten Eduard Dingeldey und Otto Hugo dem Ermächtigungsgesetz zu. Die DVP löste sich im Juli 1933 auf.

[12] Grundlage der Tätigkeit der Sequesterausschüsse war u.a. der Befehl Nr. 124 der SMA „betr. Auferlegung der Sequestration und Übernahme in zeitweilige Verwaltung einiger Vermögenskategorien" vom 30. Oktober 1945. Der Befehl Nr. 201 vom 16. August 1947 verpflichtete unter Punkt 5 die deutschen Verwaltungsorgane, „keine Beschlagnahmen, Sequestrierungen des Eigentums und Zwangsausweisungen aus Wohnungen ehemaliger Faschisten anders vorzunehmen als auf Grund von Verfügungen gerichtlicher und entsprechender Verwaltungsorgane". Ein Exemplar des Befehls befindet sich bei den Akten Schollwers: AdL 6947–1, S. 65.

[13] Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist die „einheitliche gewerkschaftliche Organisation für alle Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz in der DDR". Er wurde im Februar 1946 gegründet.

[14] Die Freie Deutsche Jugend ist die einzige zugelassene Jugendorganisation der DDR. Die FDJ wurde im März 1946 gegründet. Andere Jugendorganisationen wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht nicht zugelassen, auch keine Jugendverbände der nichtkommunistischen, sowjetisch lizenzierten Parteien.

[15] Der Demokratische Frauenbund (DFD) wurde im März 1947 als Massenorganisation aller Frauen in der DDR gegründet.

[16] Die Parteien in allen Besatzungszonen mußten für die jeweils zuständige alliierte Behörde Berichte über Parteiversammlungen, Mitgliederbewegungen u.ä. machen. Heute sind diese Berichte eine wichtige Quelle zur Geschichte der Jahre 1945–1949. Die Monatsberichte des LV Brandenburg wiesen folgende Gliederungspunkte auf: Organisation, Versammlungstätigkeit, Antifaschistische Tätigkeit, Stimmungsbericht.

[17] Der Kontrollrat setzte sich aus den Oberbefehlshabern der vier Besatzungszonen zusammen und übte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland aus.

[18] Es ließ sich nicht ermitteln, um welche Äußerungen es sich hier gehandelt hat.

[19] Sowjetische Militäradministration in Deutschland, die sowjetische Verwaltungsspitze in der SBZ, residierte in Karlshorst. In allen Ländern der Zone gab es entsprechende Dienststellen in den Landeshauptstädten, z.B. in Potsdam. Die SMA bzw. SMAD wurde am 11.11.1949 nach der Bildung des ersten Kabinetts Grotewohl aufgelöst. An ihre Stelle trat die Sowjetische Kontrollkommission (SKK). Deren Aufgabe bestand offiziell in der Kontrolle der Durchführung der „Potsdamer Beschlüsse" und der anderen von den vier Mächten gemeinsam getroffenen Entscheidungen über Deutschland.

[20] Tags darauf, am 7. April, berichtete der „Tagesspiegel" über die Flucht Kunzes und behauptete, Külz selbst habe Kunze veranlaßt, den Landesvorsitz an Koerber abzugeben. „Der Morgen" wies am 9. April unter der Überschrift „Der Fall Kunze" diese Darstellung zurück und erklärte, der Rücktritt Kunzes sei „ausschließlich als Konsequenz von Beschlüssen der Landtagsfraktion und des Landesvorstandes der LDP in Brandenburg" erfolgt.

[21] „Transmissionsriemen" = Bezeichnung für kommunistische Massenorganisationen, eine Anspielung auf Lenins Forderung, umfassende Massenorganisationen

zu bilden, mit deren Hilfe der Wille der kleinen Elitepartei (KPdSU) in die breiten Schichten der Bevölkerung zu übermitteln sei.

[22] Nach dem Tode des Dr. Külz wurde die LDP bis zum Parteitag im Frühjahr 1949 in Eisenach von einem Direktorium geleitet, dem Arthur Lieutenant, Prof. Hermann Kastner, Leonhard Moog und Dr. Erich Damerow angehörten.

[23] Im „Morgen" vom 2.4.1948 hatte Külz unter der Überschrift „Rechtsstaat und Sequestrierungen" gefordert, „daß das Verfahren der Sequestrierung und der Beschlagnahme nach strengsten Rechtsgrundsätzen erfolgen" müsse. Unbedingt zu verwerfen sei der „Rückfall in die Sippenhaft nazistischer Zeit". Es sei vielleicht die Hoffnung berechtigt, „daß unsere Bedenken bei den Stellen, die es angeht, nicht ungewürdigt bleiben. Die letzte Entscheidung liegt bei der Sowjetmacht".

[24] SEP = Sozialistische Einheitspartei: so bezeichnete die SPD in West-Berlin die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, im April 1946 aus dem Zusammenschluß von SPD und KPD entstanden). Sie wollte mit dieser Bezeichnung jeden Anspruch der SED, für die Sozialdemokraten ganz Deutschlands zu sprechen, zurückweisen.

[25] Das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) war am 12./13.7.1943 in der Nähe von Moskau gegründet worden. Ihm gehörten kommunistische Emigranten und kriegsgefangene deutsche Offiziere und Soldaten der Stalingrad-Armee an. Das Komitee veröffentlichte ein Manifest, in dem zum Widerstand gegen Hitler und zur sofortigen Beendigung des Krieges aufgerufen wurde. Präsident des Komitees war der Schriftsteller Erich Weinert; das Komitee gab eine Zeitung heraus und leitete einen Sender – beides unter dem Titel „Freies Deutschland". Es wurde im November 1945 aufgelöst.

[26] Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) wurde 1945 gegründet. Sie verstand sich als überparteiliche Organisation und war in allen 4 Besatzungszonen aktiv. Im Mai 1948 legte die SPD ihren Mitgliedern den Austritt nahe, weil der Verband ihrer Meinung nach immer mehr unter kommunistischen Einfluß geriet.

[27] Das „Werk der Jugend" war am 18.8.1946 zur sozialen und beruflichen Förderung von Jugendlichen gegründet worden. Träger der Organisation waren die FDJ, die Blockparteien, der FDGB, Vertreter der Kirchen sowie der Jugendämter.

[28] Auf der Weimarer Tagung des Hauptausschusses am 6.1.1948 war es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Schwennicke-Gruppe und dem Zonenvorstand über den künftigen Kurs der Partei in der Ostzone und damit zugleich über die Politik des Parteivorsitzenden Külz gekommen. S. auch Anmerkung 82.

[29] Was die Sowjets mit der Aktivistenliste bezweckten, war nicht zu erfahren. Wahrscheinlich hat sich diese Sache im Sande verlaufen.

[30] Marshall-Plan: Wirtschaftshilfe der USA für Westeuropa – unter Voraussetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten. Benannt nach dem ehemaligen amerikanischen Außenminister George Catlett Marshall. Der Marshall-Plan trat am 3. April 1948 in Kraft. Im Rahmen dieses Planes haben die USA bis 1952 Güter und Schiffsfrachten für Europa im Wert von 13 Milliarden Dollar finanziert und damit den Wiederaufbau Westeuropas ermöglicht. Die Staaten des kommunistischen Blocks mußten auf sowjetischen Druck hin die ihnen ebenfalls von den USA angebotene Wirtschaftshilfe ausschlagen. SBZ-Slogan: „Wir brauchen keinen Marshall-Plan, wir kurbeln selbst die Wirtschaft an!"

[31] Der Befehl der SMAD Nr.64 vom 17. April 1948 verfügte die Beendigung der Sequesterverfahren in der SBZ und die Auflösung aller zentralen und örtlichen

deutschen Kommissionen für Sequestrierung und Beschlagnahme. Die SMAD entsprach damit einer Bitte der Deutschen Wirtschaftskommission vom 30. März 1948.

[32] „Räum-Bootfahrer": Bezeichnung für die Besatzung von Booten zum Aufspüren und Beseitigen von Minen.

[33] Es muß sich um eine „Ente" handeln. Es war nirgendwo eine Bestätigung für diese Meldung zu finden.

[34] An dem Volksbegehren konnten Jugendliche ab 14 Jahren teilnehmen. Vgl. Anmerkung 43.

[35] Die Quelle ließ sich nicht ermitteln.

[36] Die vom Landesverband Brandenburg zu Beginn des Jahres 1949 herausgegebenen „Statistischen Vergleiche" weisen aus, daß am 1.2.1949 der Kreisverband Ruppin mit 1576 Mitgliedern an der Spitze, der Kreisverband Spremberg mit 60 Mitgliedern am Schluß der Liste der brandenburgischen Kreisverbände stand. Bei den Landtagswahlen am 20.10.1946 hatten die Kreisverbände Beeskow-Storkow und Cottbus-Stadt mit 42,6% bzw. 40,4% Stimmenanteil am besten abgeschnitten, die Kreisverbände Spremberg und Calau mit 5,9 bzw. 4,6% am schlechtesten. Den 474 Ortsgruppen und Stützpunkten der LDP stand zu Beginn des Jahres 1949 die Gesamtzahl von 2195 Gemeinden gegenüber. Vgl. Handakten Schollwer, AdL 6947–2, S.499.

[37] Verfasser der Berichte war bis zu seinem Fortgang nach Berlin zur Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP im Spätherbst 1948 Joachim Flatau. Danach war Schollwer bis zu seinem Ausscheiden aus der Landesleitung im Jahr 1950 für die Abfassung der monatlichen Berichte an die SMAD in Potsdam verantwortlich.

[38] Mit Befehl Nr.176 der SMAD wurden am 18. Dezember 1945 Verbrauchergenossenschaften in der Sowjetzone auf Länderebene zugelassen. Am 27. August 1949 wurde für den Bereich der SBZ der kommunistisch gelenkte „Verband deutscher Konsumgenossenschaften" gegründet. Die Konsumgenossenschaften wurden von Anfang an gegenüber dem privaten Einzelhandel durch eine bessere Warenzuteilung bevorzugt.

[39] Die „Deutsche Wirtschaftskommission" (DWK) wurde auf Befehl der SMAD am 14.6.1947 als zentrale deutsche Verwaltungsinstanz für die SBZ mit 12 Zentralverwaltungen gegründet. Die DWK besaß zunächst nur beschränkte Vollmachten, war aber von der ersten Stunde an fest in der Hand der SED. Laut Kastner vom 28.10.1949 gehörten zu diesem Zeitpunkt von 7000 Mitarbeitern der DWK nur 23 der LDP, aber mehr als 6600 der SED an. Durch SMAD-Befehl Nr.32 vom 12.2.1948 wurden die Zuständigkeiten dieser Behörde erweitert. Sie führte jedoch ihre Arbeit auch weiterhin unter Kontrolle der Besatzungsmacht aus.

[40] „Klarheit vor Entscheidungen – Die Rede Blüchers" in: „Der Freie Demokrat" Nr.12 vom 17.6.1948. Die öffentliche Kundgebung in Oldenburg fand anläßlich des Landesparteitages der niedersächsischen Freien Demokraten am gleichen Orte statt.

[41] Die Übersetzung lautet: „Sowjetische Zone – Kriegszensur 6238".

[42] Es handelt sich in Wirklichkeit um eine Rede Grotewohls vom 29. Juni 1948 vor dem Parteivorstand der SED. Die hier angesprochene Passage seiner Rede lautete: „Die Spaltung Deutschlands läßt kein Streben für die SBZ zu, etwa das Wohlwollen der westlichen Besatzungsmächte irgendwie zu erringen, dafür ist jetzt kein Platz mehr. Wäre die Möglichkeit vorhanden, daß die phantasievollen Vorstellungen der bürgerlichen Parteien durchführbar sind, die immer davon reden, wir müssen uns als eine Brücke zwischen Ost und West ansehen, dann ließe eine solche

Kompromißlösung bestenfalls für uns die Ausrichtung auf den Kapitalismus zu und bestenfalls die Wiedererrichtung einer gewöhnlichen bürgerlichen Republik. Das aber, Genossen, ist kein politisches Ziel, das wir vor Augen haben ... Also ergibt sich aus der durch London geschaffenen Situation die klare Beantwortung unserer Frage so, daß die Ausrichtung unserer Partei ... sich eindeutig und ohne jeden Rückhalt nach dem Osten zu orientieren hat." Zitiert nach: Chronologische Materialien zur Geschichte der SED, Dokumentation des Informationsdienstes West, Berlin-Schlachtensee, 1956, S. 73.

[43] Das Volksbegehren war am 13. Juni beendet worden. Nach der amtlichen Schlußbilanz sollen sich in der SBZ 91,2% der Erwachsenen und 87,6% der Jugendlichen in die Listen eingetragen haben. Im Ostsektor Berlins betrug die Beteiligung 81,6%.

[44] Vgl. Rudolf Agsten/Manfred Bogisch, LDPD auf dem Weg in die DDR. Zur Geschichte der LDPD in den Jahren 1946–1949. Berlin 1974, S. 244: „Den reaktionären Kräften gelang es auf diesem Delegiertentag beinahe, die Führung des Landesverbandes in die Hand zu bekommen. Der Vorsitzende Ingo von Koerber wurde lediglich mit einer Mehrheit von 10 Stimmen wieder in dieses Amt gewählt. Auf die Delegiertentagung zurückblickend, schrieb Koerber wenige Tage später, es gäbe ‚gewiß Elemente', die ‚mit hämischer Schadenfreude einen Bruch (zwischen den Blockparteien; die Verf.) wünschen, weil ... eine aufflammende Unruhe ... besser in die Pläne gepaßt hätte'".

[45] Wegen des Viermächte-Status von Berlin war die Deutsche Mark (DM) in Berlin mit „B-Mark" überstempelt. Nach der Währungsreform in den Westzonen im Juni 1948 und in der SBZ (ebenfalls im Juni 1948) galten in Berlin bis zum 20. 3. 1949 beide Währungen.

[46] Am 12. Mai 1948 hatte die DWK die Aufstellung eines Zweijahresplans der Wirtschaft der SBZ für die Jahre 1949/50 beschlossen. Den Entwurf für diesen Plan lieferte die SED, ohne vorherige Rücksprache mit den anderen Blockparteien. Am 21. Juni nahm die DWK den SED-Entwurf an. Mit diesem Plan sollte der Umfang der Erzeugung Ende 1950 um 35% gegenüber dem Stand von 1947 gesteigert werden. Volkseigene Betriebe (VEB) waren die nach 1945 in der SBZ enteigneten und verstaatlichten Betriebe. Durch SMAD-Befehl Nr. 124 vom 30. 10. 1945 waren mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmungen sequestriert worden.

[47] Am 27. Juli nahm auch das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland", zur Kritik der LDP an der Politik der Kommunisten Stellung. Darin hieß es u. a.: „... hat der Zentralvorstand der LDP ... eine ‚Korrektur in der parteipolitischen Zusammensetzung der Deutschen Wirtschaftskommission' und eine ‚Überprüfung der Enteignungen' gefordert. In der Frage der Demokratischen Bauernpartei hat zudem die LDP vorübergehend eine ablehnende Haltung eingenommen, und sie scheint ferner einen gewissen Schutz für die Großbauern zu verlangen ... Das ist eine grundsätzliche Frage. Sie ist nicht zu lösen mit der Alternative: Planwirtschaft oder freie Wirtschaft. Denn es handelt sich gegenwärtig nicht um das Ausprobieren von Wirtschaftsreformen verschiedener parteipolitischer oder weltanschaulicher Färbungen, sondern um bittere Notwendigkeiten zur Verbesserung unseres Lebens im Rahmen des demokratischen Aufbaus."
Am Tage darauf beschäftigte sich Walter Ulbricht mit den LDP-Vorwürfen. Er wies die Beschuldigungen der Liberalen mit großer Schärfe zurück und forderte indirekt die politische Liquidierung aller Kritiker der SED in den Reihen der LDP, wenn er erklärte: „Die demokratische Zusammenarbeit macht es notwendig, daß führende Männer der LDP ... die Elemente, die amerikanische Buchführung betreiben, aus ihrer Partei entfernen". Zitiert nach: Chronologische Materialien zur Geschichte der SED (wie Anmerkung 42), S. 83.

[48] Zerebrennek spielte hier offenbar auch auf den – gescheiterten – Versuch des damaligen Jugendreferenten im Parteivorstand der LDP, Helmut Kiefer, an, der im Sommer 1947 in einer Denkschrift über die Jugendpolitik der Partei die Bildung von „Jugendarbeitsgemeinschaften" in der LDP vorgeschlagen hatte und darüber hinaus die Ansicht vertrat, „daß der Vielfalt des jugendlichen Lebens nur in mehreren Jugendorganisationen Rechnung getragen werden kann". Vgl. Entwurf über die Organisation der Jugendarbeit in der LDP vom 11.6.1947 sowie Schreiben Kiefers an die FDJ-Hochschule, In: Informationsdienst der Jugend, Nr.4 vom 10.4.1947 – zitiert in: Agsten/Bogisch (wie Anmerkung 44), S.166.

[49] Bereits am 28. Juli hatte Ulbricht vor dem Parteivorstand der SED scharfe Angriffe gegen die LDP gerichtet, weil diese den Anspruch der Einheitspartei, die führende politische Kraft in der Ostzone zu sein, nicht akzeptieren wollte. Ulbricht attackierte dabei insbesondere den stellvertretenden LDP-Vorsitzenden Lieutenant, der sich – so Ulbricht – „zum Sprachrohr amerikanischer Kriegshetzer" mache. Vgl. Chronologische Materialien zur Geschichte der SED, S.83.

[50] Diese Vermutung erwies sich als falsch.

[51] Ursprünglich sollte der Zonenparteitag vom 21.–23. August 1948 stattfinden. Die Anmeldescheine an die Delegierten waren bereits versandt, als die Verschiebung des Parteitages auf die Zeit vom 11.–13.9.1948 beschlossen wurde. Anfang August wurde der Termin erneut verschoben, mit der offiziellen Begründung, daß einzelne Landesverbände noch keine Wahlvorschläge eingereicht und sich einige der vorgeschlagenen Persönlichkeiten noch nicht einverstanden erklärt hätten. Tatsächlich fand der Parteitag dann aber erst im Februar 1949 statt.

[52] In den Volksausschüssen wurde die Bewegung für den Deutschen Volkskongreß organisiert und der vom Volksrat vorgelegte Verfassungsentwurf diskutiert.

[53] Die Programmkommission der LDP war am 3. August 1948 vom Hauptausschuß der Partei eingesetzt worden. Ihr gehörten neben den Direktoriumsmitgliedern Lieutenant und Damerow die Länderjustizminister Johannes Dieckmann und Dr. Hans Loch, der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Thüringen, Dr. Karl Hamann sowie Ingo von Koerber und Mitarbeiter der Parteileitung an. Auf ihrer Sitzung vom 18. August arbeitete diese Kommission „Leitsätze der LDP" aus. Dabei blieben noch einige Fragen offen, über die am 18.8. keine Einigung erzielt werden konnte und deren Entscheidung dem Hauptausschuß bzw. dem Parteitag vorbehalten bleiben sollte: Der Grundsatz der Dreiteilung der Gewalten, Wählbarkeit und Absetzbarkeit der Richter, Gewinnbeteiligung der Arbeiter, staatliche Subventionen, Abschaffung der Todesstrafe sowie das Recht auf Kriegsdienstverweigerung (Exemplar der Leitsätze bei den Akten Schollwers).

[54] Die Sonderausgabe der „LDPD-Informationen" zum Tod von Wilhelm Külz am 10.4.1948 druckte auf ihrer letzten Seite das Faksimile einer 4seitigen Stiftungsurkunde ab. Mit der Urkunde überreichten 38 Mitglieder sowie der Verlag „Der Morgen" Külz zu seinem Geburtstag am 18.2.1946 eine Spende in Höhe von RM 14000,– als Grundstock für eine „Dr. Wilhelm Külz Stipendien Stiftung", mit der „unbemittelten Studenten" das Studium ermöglicht werden sollte. In einer Erklärung zu diesem Faksimile findet sich der Hinweis, daß die Ausgaben zur Zeit des Todes von W. Külz rund RM 50000,– betrugen und daß davon Einzelstipendien und Sonderzahlungen an „Studenten, Studentinnen, auch an Neulehrer der LDP" gewährt wurden. In einem Rundschreiben des Landesverbandes Brandenburg vom 18.7.1949 werden die „Ausführungsbestimmungen" zur Verteilung der Stipendien bekanntgegeben:

§ 1:

„Anträge auf Erteilung eines Stipendiums können von allen Mitgliedern der LDP eingereicht werden, die Angehörige einer anerkannten deutschen Hochschule sind. Sie sind mit einer Befürwortung von der jeweiligen Betriebsgruppe bzw. von der mit der Wahrnehmung der Interessen der LDP betrauten Parteidienststelle an den Landesverband einzureichen. Der Landesvorsitzende entscheidet nach Rücksprache mit dem Ausschuß für Hochschul- und Studentenfragen beim Landesverband über die Weitergabe an die Zonenleitung. Die bei der Zonenleitung eingegangenen Anträge werden im Hochschulausschuß behandelt, der mit einfacher Mehrheit über die Anträge beschließt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden des Ausschusses. Die bewilligten Anträge werden dem Kuratorium zur Beschlußfassung vorgelegt.

§ 2:

Bei der Bewilligung der Anträge gelten folgende Grundsätze:

1. gewertet wird die geleistete Mitarbeit des Antragstellers innerhalb der Partei. Sie ist nicht nur im Betriebsgruppenrahmen beschränkt zu beurteilen. Alle eingereichten Bescheinigungen müssen mindestens von dem Kreis- oder Stadtverband bestätigt sein. Es ist dabei ein strenger Maßstab anzulegen.
2. Voraussetzung für alle Antragsteller ist mindestens eine überdurchschnittliche Leistung. Die entsprechenden Unterlagen und ein Lebenslauf sind mit einzureichen.
3. Berücksichtigt wird ferner die soziale Lage des Antragstellers. Bei gleichwertiger Mitarbeit innerhalb der Partei gibt sie den Ausschlag.

§ 3:

Die Auszahlung der bewilligten Geldsumme erfolgt nur gegen Vorlage einer entsprechenden Studienbescheinigung (Studentenausweis usw.), aus der hervorgehen muß, daß der Antragsteller die Hochschule zu der Zeit besucht, für die das Stipendium bewilligt worden ist." (AdL 6947–3)

[55] Am 9. Oktober 1948 teilte Lieutenant dem Direktorium auf einer Sitzung in Weimar mit, daß er sein Amt als Geschäftsführender Vorsitzender nicht mehr ausüben könne.

[56] Einer in Schollwers Tagebuch unter dem 5. August 1948 eingeklebten, undatierten Zeitungsmeldung zufolge („Ost-LDP verschiebt Parteitag"), sollen neben Lieutenant und Hübener angeblich auch Minister Erich Damerow (Halle) und der Leipziger Rechtsanwalt Dr. von Stoltzenberg für den Posten des 1. Vorsitzenden benannt worden sein.

[57] Vom 30. Juli bis Ende September hielten sich in Moskau Diplomaten der drei Westmächte auf, um mit dem sowjetischen Außenminister Molotow die Berlin-Krise zu erörtern. Am 11. August meldeten westliche Zeitungen zum ersten Mal einen „Stillstand der Gespräche". Am 23. August wurden die westlichen Diplomaten von Stalin zu einer längeren Aussprache empfangen. Diese Begegnung wurde im Westen als die entscheidende Beratung angesehen. Danach munkelte man in der amerikanischen Presse von sich angeblich abzeichnenden Kompromissen in der Währungsfrage. Wenig später machte sich jedoch erneut Pessimismus breit. In der zweiten Septemberwoche trat Stalin seinen Urlaub an. Um den 25. September wurden die Gespräche endgültig ergebnislos abgebrochen.

[58] Es handelte sich um die Gemeindewahlen. Sokolowskij begründete seine Anordnung mit der Behauptung, die SED habe darauf hingewiesen, daß nach Durchführung des Volksbegehrens und der Währungsreform die Zeit bis Oktober (Wahltermin) zu kurz wäre, um eine ordnungsgemäße Vorbereitung der Wahlen treffen zu können. Überdies seien die neuen Parteien – DBP und NDP – noch im Aufbau ihrer Organisation begriffen.

[59] Die DEFA (Deutsche Film AG) entstand nach dem Krieg als erste deutsche Filmgesellschaft und wurde im Mai 1946 lizenziert. Seit Februar 1946 gab es die DEFA-Wochenschau „Der Augenzeuge" („Sie sehen selbst, Sie hören selbst, urteilen Sie selbst"). Sie lief im Beiprogramm der DDR-Filmtheater bis zum 31. Dezember 1980, dann wurde sie eingestellt.

[60] Parteitage sind Delegiertentage. Die Unterscheidung kann nur so gemeint sein, daß zum „Parteitag" eine größere Öffentlichkeit als nur Delegierte zugelassen worden wäre.

[61] Die „National-Demokratische Partei Deutschlands" (NDPD) wurde im Juni 1948 zugelassen. Sie hatte die Aufgabe, ehemalige NSDAP-Mitglieder und Offiziere anzusprechen und durch Umerziehung in das politische System der SBZ zu integrieren.
Die „Demokratische Bauernpartei Deutschlands" (DBD) wurde ebenfalls im Juni 1948 zugelassen. Ihre Aufgabe war die politische Integration der Bauern. Zur Rolle der Parteien in der SBZ/DDR vgl. Hermann Weber (Hg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR, Köln 1982.

[62] Der Kommunist Paul Markgraf war bis zur endgültigen Teilung Berlins im Sommer 1948 Polizeipräsident der Viermächtestadt. Über Markgraf s. „Der Spiegel" Nr. 12 vom 20.3.1948, S. 5.

[63] 1946 war der griechische König Georg II. aus dem Exil zurückgekehrt; die Spaltung der griechischen Gesellschaft in Anhänger der Monarchie und linke, republikanische Kräfte entlud sich in einem Bürgerkrieg, der erst 1952 v.a. durch amerikanische Unterstützung zugunsten der Monarchisten beendet wurde. Zwischen Indien und Hyderabad war es zu Grenzstreitigkeiten gekommen. Nach der Proklamation des Staates Israel im Mai 1948 kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit der Arabischen Liga. Der UN-Beauftragte Graf Folke Bernadotte wurde von israelischen Extremisten ermordet. In verschiedenen Teilen Frankreichs wurde seit Anfang September 1948 gestreikt. Vor allem in Paris kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und der Polizei.

[64] Anfang Oktober 1948 gelangte die LDP-Landesleitung in den Besitz einer amtlichen Liste über Personen, die in der Zeit vom 1. Juli–30. September 1948 im Lande Brandenburg aus dem Behördendienst entlassen worden waren. Diese Aufstellung war unterteilt in drei Entlassungskategorien: „Politisch-Moralischer Beweggrund", „Fachliche Unfähigkeit" und „Korruption, Diebstahl, Amtsanmaßung, Veruntreuung, Unterschlagung usw.". Insgesamt waren im vorgenannten Zeitraum 392 Behördenangestellte entlassen worden, davon 228 aus politischen Gründen. Die meisten der aus politischen Gründen Entlassenen waren bezeichnenderweise in der Abteilung Volksbildung, Wissenschaft und Kunst (Außenstellen) der Landesregierung beschäftigt. Hier mußten im Verlaufe von nur zwei Monaten 110 Angestellte wegen ihrer politischen Einstellung den Schreibtisch räumen. Vgl. AdL 6947–2, S. 320 f.

[65] Auf seiner 5. Tagung am 22. Oktober 1948 billigte der Deutsche Volksrat einmütig den Verfassungsentwurf für die „Deutsche Demokratische Republik", der dem Deutschen Volkskongreß vorgelegt werden sollte. Der Deutsche Volksrat war am 18. März 1948 in der Berliner Staatsoper von den Delegierten des 2. Deutschen Volkskongresses gewählt worden. Dieses Gremium hatte 400 Mitglieder, darunter 100 aus dem Westen Deutschlands.

[66] Die Kontrollratsdirektive Nr. 23 vom 17.12.1945 verfügte die „Auflösung aller vor der Kapitulation bestehenden sportlichen, militärischen und paramilitärischen athletischen Organisationen".

[67] Die FDJ gründete auf ihrem 2. Parlament im Mai 1947 eine „Kindervereinigung der FDJ". Aus ihr ging die „Organisation der Jungen Pioniere" und schließlich die „Pionierorganisation Ernst Thälmann" hervor. In ihr sind die Kinder der Klassen 1–6 organisiert.

[68] Im Monatsbericht des Landesverbandes an die SMAD vom 5. Oktober wird dazu in folgender Weise Stellung genommen: „An der Aktion der Parteien und Organisationen zur vorfristigen Erfüllung des Getreidesolls bis zum 10. Oktober (beteiligte sich der Landesverband). Hierbei konnten unsere Vertreter beobachten, daß seitens der Landesregierung in ungenügender Weise auf sogenannte Notstandsgebiete Rücksicht genommen wird, die infolge von durch Witterung und Hochwasser hervorgerufene Mißernten sowie durch außerordentlich verspätete Lieferung von Saatgut im vergangenen Jahr und der dadurch erfolgten Ertragsminderung nicht in der Lage sind, 100%ig ihr Abgabesoll zu erfüllen." S. AdL 6947–2, S. 330.

[69] Der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien" (Antifa-Block) wurde am 14. 7. 1945 für die Sowjetzone auf Befehl der Besatzungsmacht gegründet. Die Mitgliedschaft aller in der SBZ zugelassenen Parteien und Organisationen zum „Block" war von Anfang an obligatorisch. Ziel des Antifa-Blocks war es, die Bildung von Koalitionen gegen die führende kommunistische Partei unmöglich zu machen. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien waren im Block zu klären, Beschlüsse mußten einstimmig gefaßt werden. Neben dem Zonen-Antifa-Block gab es gleiche Gremien auf Landes-, Kreis- und Ortsebene. Der Vorsitz wechselte monatlich unter den Blockparteien und -organisationen. Grundlegend dazu: Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986.

[70] In einem ausführlichen Bericht über diese Tagung, den Schollwer am 11. Oktober dem Jugendsekretariat der Parteileitung in Berlin zuleitete, hieß es vorsichtig resümierend: „Sollen wir die KV (= Kindervereinigung) genau so wie die FDJ als ein Arbeitsgebiet betrachten, in das wir uns nur nach Möglichkeit, örtlich und von Fall zu Fall einschalten? Oder sind hier für unsere Neulehrer und Jugendfunktionäre die Wirkungsmöglichkeiten besser und erfolgversprechender? Man kann diese Fragen wohl kaum beantworten, ohne sich zunächst mit der Stimmung der Jugend in politischer Hinsicht zu befassen und darüber klar zu werden, wieweit es bisher gelungen ist, nennenswerte Teile der Jugend durch die FDJ im sozialistischen Sinne zu beeinflussen ... Wir schlagen deshalb vor, die Frage der KV auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Zonenjugendausschusses am 22. Oktober zu setzen." S. AdL 6947–2, S. 333.

[71] Der sowjetische Bergmann Alexej Stachanow förderte in der Nacht zum 31. August 1935 während einer Schicht 102 t Kohle (nach damaliger sowjetischer Auffassung 14 Normen). Auf Geheiß Stalins wurde daraufhin die Stachanow-Bewegung geschaffen, mit deren Hilfe die Fünfjahrpläne durch Festsetzung höherer Normen vorfristig erfüllt werden sollten.

[72] Diese, von der SED im Herbst 1947 ins Leben gerufenen Organe hatten die Aufgabe, Produktion und Verbleib der Waren zu überwachen und Schiebungen zu bekämpfen. Auf Vorschlag des Antifa-Blocks sollten sie in allen Betrieben, Gemeinden und Kreisen gebildet werden. Die Leitung dieser Ausschüsse lag von Anfang an in den Händen der SED bzw. ihrer kommunistischen Massenorganisationen wie FDGB oder VdgB (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe: der Zusammenfassung der ländlichen Genossenschaften).

[73] Am 23. September 1948 hatte die Deutsche Wirtschaftskommission eine Verordnung über die Bestrafung von Verstößen gegen die Wirtschaftsordnung (Wirtschaftsstrafverordnung) erlassen. Diese Verordnung sah vor, daß nach Ermessen

der DWK Verstöße gegen deren Anordnungen, insbesondere gegen die Volkswirtschaftspläne, als Verbrechen mit hohen Geldstrafen, Gefängnis und Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft wurden.

[74] Busse gab in seinem Referat auch eine Bilanz der im Herbst 1945 in der SBZ eingeleiteten Bodenreform, bei der alle Privatbetriebe über 100 ha Betriebsfläche sowie – unabhängig von der Betriebsfläche – alle Betriebe von „Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" entschädigungslos enteignet wurden. Nach Busses Angaben waren bis zum Herbst 1948 9000 Großgrundbesitzer und 2000 Aktivisten und Kriegsverbrecher enteignet worden. Saat- und Viehzuchtwirtschaften sowie Kirchengüter seien von der Enteignung ausgenommen worden. 500000 Menschen, darunter zur Hälfte Neubauern, hätten dadurch Land bekommen, letztere im Durchschnitt 7 bis 8 ha. 70% aller Bauern seien heute Klein- und Mittelbauern unter 20 ha. Auf die Kleinbauern müsse bei der Steigerung der Hektarerträge besonders Rücksicht genommen werden. Der Hektarertrag habe 1947 um 50% niedriger gelegen als im Durchschnitt der letzten Jahre. 1948 seien die 100% infolge der günstigen Witterung fast wieder erreicht worden. Der Zweijahresplan wolle die Hektarerträge auf 80% des Friedensstandes steigern. Ein ausführlicher Bericht über die Tagung findet sich in Schollwers Akten, AdL 6947–2, S. 359 ff.

[75] Gegen Textilunternehmer aus Glauchau und Meerane war im August 1948 von der DWK der Vorwurf erhoben worden, Waren im Wert von 5 Millionen DM dem Schwarzmarkt in Berlin und Westdeutschland zugeführt zu haben. Es kam zur Anklage u.a. wegen Sabotage und Unterschlagung. Das Gericht verhängte am 7.12.1948 hohe Strafen: Fünf der zehn Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, die übrigen erhielten hohe Zuchthausstrafen. Zu den zum Tode verurteilten Angeklagten gehörte auch der Staatsanwalt, der angeblich nicht rechtzeitig eingegriffen hatte. Drei der Verurteilten konnten noch vor dem Prozeß nach dem Westen flüchten. Vgl. „Der Spiegel" Nr. 50 vom 11.12.1948, S. 2.

[76] Der Studentenratsvorsitzende der Universität Leipzig, Wolfgang Natonek, wurde nach westlichen Pressemitteilungen zusammen mit sieben weiteren Funktionären der Leipziger LDP am 11. November verhaftet. Am gleichen Tage wurde übrigens auch der frühere Zonenjugendreferent der LDP und spätere Landesvorsitzende der Partei in Brandenburg (Vorgänger von Kunze), Dr. Wilhelm Falk, in Potsdam vom sowjetischen Geheimdienst festgenommen und am 16. Februar 1949 wegen „antisowjetischer Agitation" zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Falk wurde am 11.8.1956 vorzeitig aus der Haft entlassen und ging nach Westberlin. Darüber berichteten am 17.12.1948 der „Sozialdemokrat" („Opfer der SEP-Machthaber") und „Die Welt" („Pressereferent verhaftet").

[77] Der Bundesvorstand des FDGB hatte im November die Auflösung der Betriebsräte in allen Betrieben verfügt, in denen über 80% der Beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder waren. Anstelle der Betriebsräte traten die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL). Bei den Wahlen zu den BGL konnte die LDP entgegen Schollwers Annahme zunächst noch einige Erfolge erzielen. Laut Bericht des Landesverbandes Brandenburg der LDP für den Monat Februar 1950 brachten BGL-Wahlen im Lande Brandenburg „verschiedentlich erfreuliche Ergebnisse für unsere Parteifreunde. So kam die LDP zum Erfolg bei der Post und beim Steueramt Angermünde, beim VEB ‚Minimax' in Neuruppin, wo von 4 LDP-Mitgliedern im Betrieb 3 in die BGL gewählt wurden. Im Steueramt Frankfurt/Oder stellte die LDP 3 von insgesamt 7 BGL-Mitgliedern und in der dortigen Landeskreditbank, beim Bodenkulturamt und in der städtischen Sparkasse konnten unsere Parteifreunde ebenfalls beachtliche Erfolge bei den Wahlen erzielen." S. AdL 6947–6, S. 1399.

[78] Die volkseigene Handelsorganisation (HO) wurde im Oktober 1948 gegründet. Zunächst hatten die HO-Verkaufsstellen als einzige die Genehmigung, rationierte Lebensmittel und Gebrauchsgüter frei zu verkaufen.

[79] Auch in den „Freien Gaststätten" wurden Fleischgerichte nur gegen Marken abgegeben. Fisch- und Wildfleischgerichte waren dagegen markenfrei, die Preise entsprechend. Während man für Schweinebraten mit Rotkohl „nur" 4,50 DM (Ost) zu zahlen hatte, kostete ein Fischfilet mit Kartoffelsalat 7,35 DM (Ost) und eine Hasenkeule mit Rotkohl sogar 19,80 DM. Zu allen Gerichten wurden 440 g Kartoffeln markenfrei verabreicht.

[80] Auf Betreiben des im Juli 1945 gegründeten „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" und des FDGB wurde am 18. März 1947 in Berlin der „Bund Deutscher Volksbühnen" gegründet und zu dessen 1. Vorsitzenden der parteilose Karlheinz Martin gewählt. Vertreter der SED und des FDGB im Vorstand sicherten die Einflußnahme der Kommunisten auf diese Organisation von der ersten Stunde an. Vgl. Schollwers Bericht, AdL 6947–2, S. 387 ff.

[81] Der Uranbergbau im Erzgebirge wurde in den ersten Jahren nach dem Krieg von der sowjetischen Wismut-AG betrieben. Die Wismut-AG unterstand direkt der sowjetischen Regierung in Moskau. Sie wurde 1953 in eine deutsch-sowjetische Aktiengesellschaft umgewandelt. Aber auch diese SDAG-Wismut schürfte spaltbares Material ausschließlich für sowjetischen Bedarf.

[82] Die Differenzen zwischen dem Berliner Landesverband der LDP und der LDP-Parteiführung traten zum erstenmal auf dem Eisenacher Parteitag vom Juli 1947 offen zutage: die Berliner stimmten gegen die Wiederwahl von Külz und zogen ihre Vertreter aus dem Gesamtvorstand zurück. Der endgültige Bruch vollzog sich im Februar 1948 auf einer Sitzung des erweiterten Parteivorstandes, der feststellte, daß sich der Landesverband Berlin durch sein Verhalten selbst aus der Partei ausgeschlossen habe. Bereits im Januar begann die Zonenleitung der LDP mit der Bildung einer neuen „Landesgruppe Berlin". Auf einer Funktionärskonferenz des gesamten Berliner Landesverbandes wurde dieser Neugründungsversuch am 25. 1. 1948 zwar mit 490 gegen 6 Stimmen abgelehnt, doch indem die SMAD die Neugründung legalisierte, während die westlichen Besatzungsmächte den „alten" Landesverband anerkannten, war die Spaltung der Liberalen in Berlin vollzogen. Vgl.: Grundmann (wie Anmerkung 5), S. 111 ff. Dort auch zahlreiche Dokumente.

[83] Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung betrug die Wahlbeteiligung 86,2%. 64,5% der Wähler gaben der SPD, 19,4% der CDU und 16,1% der LDP ihre Stimme. Die SPD erhielt 76 Sitze im Stadtparlament, die CDU 26 und die LDP 17 Sitze.

[84] „Paul Müller wurde das jüngste Opfer" – Hier handelte es sich entweder um eine Falschinformation oder aber um eine nur vorübergehende Festnahme des Spremberger Kreisvorsitzenden. Denn bereits im Februar 1949 wurde Müller auf dem Kreisdelegiertentag erneut zum Vorsitzenden des Kreisverbandes gewählt (vgl. Aufzeichnung vom 17. 2. 1949). Im Februar 1961 wurde Müller von der Nationalen Front ausgezeichnet („Der Morgen" vom 19. 2. 1961).

[85] Außenminister Walther Rathenau war am 26. Juni 1922 von Rechtsextremisten erschossen worden.

[86] Die Landesparteischule Friedrichroda des Landesverbandes Thüringen der LDP befand sich im Waldhaus „Karin-Sigrid", Schreibersweg 6. Der Entschluß, die Schule endgültig zu schließen, muß sehr kurzfristig gekommen sein. Denn noch am 10. Dezember hatte der technische Schulleiter Schollwer den Aufenthalt in Friedrichroda für die Zeit vom 27. 12. 1948 bis 4. 1. 1949 schriftlich bestätigt.

[87] Am 31.12.1948 veröffentlichte das „Neue Deutschland" ein Interview mit Wilhelm Pieck über die Politik der SED. Auf die Frage, ob in der Ostzone bereits die Herrschaft der Arbeiterklasse und damit die Volksdemokratie bestehe, erklärte Pieck: „Nein, das ist grundfalsch ... Die SED sieht ihre Aufgabe nicht darin, zur Volksdemokratie überzugehen, sondern vielmehr darin, die bestehende neue demokratische Ordnung zu festigen ...". Der Präsident der Deutschen Justizverwaltung, Max Fechner, äußerte sich am 15.1.1949 auf einer juristischen Arbeitstagung u.a. zur Frage des privaten Eigentums wie folgt: „Ich stelle noch einmal fest, daß das demokratische Recht der sowjetischen Zone dem Privateigentümer zivilrechtliche Mittel zum Schutze seines Eigentums gewährleistet ...". An welches Ulbricht-Zitat Schollwer bei seiner Niederschrift am 19. Januar gedacht hat, ist nicht mehr festzustellen.

[88] Mit der Unterzeichnung des Ruhrstatuts am 28.12.1948 in London war eine internationale Behörde gebildet worden, die aus sechs Signatarstaaten bestand: Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg und die durch die westlichen Besatzungsmächte vertretenen Westzonen Deutschlands. Aufgabe dieser Behörde war es, Kohle und Stahl der Ruhr zwischen deutschem Verbrauch und Export aufzuteilen. Die Behörde hatte das Recht, deutsche Bestimmungen in bezug auf Transport, Preise, Zölle etc. zu ändern oder aufzuheben. Mit dem Ruhrstatut hatten sich zugleich die Hoffnungen der Sowjets endgültig zerschlagen, wenigstens einen indirekten Einfluß auf die bedeutendste noch verbliebene Wirtschaftsregion des zerstückelten Deutschland zu gewinnen.
Das im April 1949 von den drei Westmächten beschlossene Besatzungsstatut wurde am 21. September 1949 in Kraft gesetzt und nach Inkrafttreten des Deutschlandvertrages am 5. Mai 1955 beendet. Es grenzte die gesetzgeberischen, exekutiven und richterlichen Vollmachten der Bundesrepublik und ihrer Länder einerseits und die der westlichen Besatzungsmächte andererseits voneinander ab.

[88a] Schollwer gibt hier seinen Augenschein wieder. Laut LDP-Informationen Nr. 3/4/1949, S.20 gab es 2 Stimmenthaltungen.

[89] US-Außenminister Acheson hatte auf einer Pressekonferenz am 10. März 1948 den Entwurf eines „Atlantikpaktes" vorgestellt. Am 4. April 1949 unterzeichneten die USA, Großbritannien, Frankreich, die Benelux-Staaten, Dänemark, Norwegen, Island, Italien, Kanada und Portugal einen kollektiven Sicherheitspakt, mit dem die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO) begründet wurde.

[90] Diese Bemerkung bezog sich wahrscheinlich u.a. auf eine Erklärung des Politbüros der SED vom 1. März 1949, in der es hieß: „Im Falle der Aggression muß das deutsche Volk gegen die Aggressoren kämpfen und die Sowjetunion bei der Herbeiführung des Friedens unterstützen". Zuvor hatten die Generalsekretäre der kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Großbritanniens Erklärungen „für den Fall eines Krieges gegen die Sowjetunion" abgegeben, die auf einen ähnlichen Ton gestimmt waren. Zit. nach: Chronologische Materialien (wie Anmerkung 42), S.122.

[91] Gegen Ende der Tagung beschloß der Vorstand auf Antrag von Koerber einstimmig, Kuhberg aus der Partei auszuschließen. Dieser Beschluß widersprach jedoch der am 27.2.1949 in Eisenach verabschiedeten „Verfahrensordnung über den Parteiausschluß in besonderen Fällen" sowie dem § 16 der am gleichen Tage vom Parteitag angenommenen neuen Parteisatzung. Beide Bestimmungen sahen einen Parteiausschluß durch Vorstandsbeschluß nicht vor. Vgl. AdL 6947–2, S.540ff.

[92] Auf Initiative der SED war der „Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden" für den 6. und 7. Dezember 1947 nach Ostberlin einberufen worden. Hauptaufgabe des Kongresses war die „Wahl" einer Delegation, die dem in

London tagenden Außenministerrat die Forderung nach einem Friedensvertrag für Deutschland auf der Grundlage der Beschlüsse von Jalta und Potsdam zu überbringen und vorzuschlagen hatte, daß bei Verhandlungen über einen Friedensvertrag Vertreter einer noch zu bildenden deutschen Zentralregierung gehört werden.
Auf dem 2. Volkskongreß, der am 18.3.1948 wiederum in Berlin tagte, wählten die 2000 Delegierten den Deutschen Volksrat, eine vorgeblich ständige gesamtdeutsche Vertretung von 400 Funktionären der Blockparteien und Massenorganisationen. Aus dem Volksrat ging im Herbst 1949 die „Provisorische Volkskammer" hervor.

[93] Von Koerber gebraucht in seinem Rundschreiben wirklich den Ausdruck „Vereinigte Nationen"! S.AdL, 6947–3, S.590.

[94] Am 20. März 1949 war die Deutsche Mark der Bank Deutscher Länder zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in West-Berlin erklärt worden. Vgl. Anmerkung 45.

[95] Gemeint ist hier der Parlamentarische Rat. Er hatte im April eine Einladung des Präsidiums des Deutschen Volksrates zu gemeinsamen Beratungen abgelehnt. Ein weiterer Vorstoß des Volksratspräsidiums erfolgte Anfang Mai. Auch diese Einladung wurde vom Parlamentarischen Rat unter Hinweis auf die fragwürdige demokratische Legitimität des Volksrates (Abg. Dr. Reif am 8. Mai 1949: „Enttäuschen Sie nicht die 20 Millionen Menschen in Mitteldeutschland, die von Ihnen in dieser Frage ein Nein erwarten!") mit großer Mehrheit abgelehnt.

[96] In Paris und Prag fand vom 20.–27. April 1949 ein Weltfriedenskongreß statt, an dem Vertreter von 72 Ländern teilnahmen.

[97] In den Akten Schollwers befinden sich lediglich die Einladung zum Hauptausschuß sowie eine Zeitungsnotiz. Aus der Zeitungsnotiz (ohne Titel und ohne Datum) geht hervor, daß über die Beitragsordnung geredet wurde. Mit „Zentralfinanzierung" ist die Zahlung des Mitgliederbeitrages an die Parteileitung (und nicht an den einzelnen Landesverband) gemeint. Vgl. AdL, 6947–3, S.606.

[98] „Antifa-Leute" bezeichnet jene Personen, die während des Krieges in „Antifaschistischen Schulen" in der Sowjetunion durch emigrierte Kommunisten ausgebildet wurden. Die „Antifaschulen" befanden sich in den Kriegsgefangenenlagern.

[99] Die III. Landesdelegiertenkonferenz der FDJ des Landes Brandenburg fand vom 5. bis 8. Mai 1949 statt. Am 2. Tage der Konferenz gab Landesvorsitzender Horst Brasch seinen Rechenschaftsbericht („Vorwärts, vorwärts und zurück keinen Schritt"). Der Minister für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst im Lande Brandenburg, Fritz Rücker (SED), hatte den Tagungsteilnehmern eine Grußadresse zugeleitet, die mit den Sätzen endete: „Kampf den Kriegshetzern und Volksverrätern, welche Deutschland spalten, die brüderliche Hand dem Sowjetvolke und den Völkern der Volksdemokratien. Die Jugend wird niemals marschieren für volksfeindliche Interessen der Imperialisten. Jugend voran im Kampf um den Frieden!" In einer Adresse an den „Einheitsverband der polnischen Jugend" erklärten die Konferenzteilnehmer am 7. Mai (ein Jahr vor dem Görlitzer Grenzvertrag mit Polen vom 6. Juli 1950): „Wir erkennen in der Oder-Neisse-Grenze eine Friedensgrenze, die ein Schritt ist, um mit dem polnischen Volk in einem friedlichen und freundschaftlichen Verhältnis zu leben." S.AdL 6947–3, S.665f.

[100] Ein Exemplar des Merkblattes befindet sich bei den Akten Schollwers, AdL 6947–3, S.694. Dort heißt es unter Punkt 5: „Das Protokoll über das Ergebnis des ersten Wahltages ist mit den verpackten und versiegelten Stimmzetteln, Wählerlisten und Wahlscheinen dem Bürgermeister bzw. dem Stadtbezirksleiter zur vorläufigen sicheren Aufbewahrung zu übergeben."

[101] Das „korrigierte" Wahlergebnis lautete: Auf die Frage „Willst Du die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden?" stimmten 66,1% mit Ja und 33,9% mit Nein. Die Wahlbeteiligung betrug 95,2%.

[102] Die an die Kreise herausgegangene Anordnung hatte folgenden Wortlaut: „Der Landesvolksausschuß hat nach Mitteilung von Herrn Minister Bechler einstimmig beschlossen, daß nur die Stimmzettel als Nein gezählt werden, bei denen das Kreuz im Kreis „Nein" gezeichnet wurde. Alle anderen Stimmzettel sind gültig. Unbeschriebene Stimmzettel gelten als Ja-Stimmen. Bei Bemerkungen oder Streichungen handelt es sich ebenfalls um Ja-Stimmen. Alle Bürgermeister haben sofort die ungültigen Stimmzettel und Stimmzettel mit „Nein" vom Sonntag in dieser Hinsicht zu prüfen. Die Bürgermeister tragen für die Durchführung dieser Maßnahme die volle Verantwortung." Zitiert nach: „Die Wahlen in der Sowjetzone", herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 5. erweiterte Auflage, September 1963, S. 21.

[103] Intern, d. h. auf einer Sitzung des „Demokratischen Blocks" am 8. Juni 1949 im Haus des Deutschen Volksrats in Berlin, hatte Hamann an den Wahlen zum III. Deutschen Volkskongreß Kritik geübt, ohne allerdings auf die Themen „Wahlfälschung" oder „Einheitsliste" einzugehen. Hamanns Kritik beschränkte sich darauf, die Ursache für die 31 Prozent Nein-Stimmen in einigen Beispielen für fehlende Rechtssicherheit, in „Unzulänglichkeiten" in der Wirtschaft (Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung der privaten Wirtschaft am Zweijahresplan) oder im sozialen Bereich (Preispolitik, Rentenwesen) bzw. bei der Arbeit der politischen Parteien (Auseinandersetzung mit FDGB, Personalpolitik, Blockpolitik auf der mittleren und unteren Ebene) zu suchen.
Sitzungsvorsitzender Otto Grotewohl bezeichnete Hamanns Argumente für „abwegig" und erklärte, die Nein-Stimmen seien das Ergebnis einer „planmäßig eingeleiteten Gegenpropaganda". Und die komme u. a. von der Schwennicke-LDP, „die von Berlin aus eine wohlorganisierte Arbeit in die Kreise Ihrer Partei (zu den LDP-Vertretern im Block) hineingeleistet hat'. (Protokoll der Sitzung des Demokratischen Blocks vom 8. Juni 1949 in: Siegfried Suckut, Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986, S. 400–427.)

[104] Gerhard W. war an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig. Er hatte wiederholt von seinem Zeitungsgeschäft in der Brandenburger Straße während der Geschäftsstunden nicht nur mit einem angeblich für den amerikanischen Geheimdienst in West-Berlin tätigen FDP-Mann telefoniert, sondern auch mehreren Leuten gegenüber mit diesen seinen Kontakten renommiert.

[105] Die Unabhängige Gewerkschaftsopposition (UGO) hatte sich am 10. 2. 1948 in Berlin aus je zwei parteilosen, sozialdemokratischen, christlich-demokratischen und liberal-demokratischen Mitgliedern des FDGB konstituiert. Zu den von Schollwer geschilderten Vorgängen vgl. „Der Spiegel" Nr. 22 vom 26. 5. 1949, S. 3. Der Spiegel berichtet von 15000 Streikenden, über 1000 Verletzten. „Es gab Tote."

[106] Die 6. Tagung des Außenministerrats fand vom 23. 5.–20. 6. 1949 statt. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Deutschlandfrage, das Berlinproblem und die Vorbereitung einer Friedensregelung. Man einigte sich lediglich über die Erweiterung des Handels zwischen SBZ und Westzonen sowie über eine Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs zwischen beiden Teilen Deutschlands.

[107] Die „Tägliche Rundschau" schrieb am 30. Mai 1949 zu den Volkskongreßwahlen u. a.: „Daneben darf freilich nicht unerwähnt gelassen werden, daß in vielen Kreisen die leitenden Persönlichkeiten der CDU und der LDP zwar öffentlich versicherten, sie seien Anhänger der Volkskongreß-Bewegung, in Wirklichkeit aber ge-

gen die Delegierten zum dritten Volkskongreß arbeiteten ... Eine Reihe von Funktionären der CDU und der LDP agitierte in vielen Kreisen gegen den Volkskongreß und versuchte, dieses gesamtnationale Unternehmen als ein Unternehmen der SED hinzustellen. Die Vorsitzenden der CDU- und LDP-Kreisleitungen im Kreis Rochlitz unternahmen den Versuch, die Autorität der SED zu untergraben und die Idee des Volkskongresses zu kompromittieren. In den Kreisen Ludwigslust, Schönberg und Rostock bezogen die leitenden Persönlichkeiten der CDU schon vor den Wahlen die Position der ‚Nichteinmischung' und des passiven Widerstandes und gingen am 15. und 16. Mai zur offenen Gegenpropaganda und Sabotage über. Eine zweideutige und unklare Haltung nahm auch eine Anzahl führender Persönlichkeiten dieser Parteien in den Landesleitungen ein, wie z. B. Prof. Hickmann in Dresden, Thürmer, der Vorsitzende der gleichen Partei in Sachsen, Lobedanz, der CDU-Vorsitzende von Mecklenburg, sowie eine Reihe von führenden Männern der LDP. Bezeichnend ist hierbei, daß sich die Gegner der Einheit Deutschlands in der Regel nicht entschließen, offen aufzutreten."

[108] Über die Vorgänge im Zusammenhang mit den Volkskongreßwahlen hatte Schollwer im Juni für die Landesleitung einen 5 Schreibmaschinenseiten umfassenden Bericht gefertigt („Bericht über die Wahlen zum 3. deutschen Volkskongreß"), der sich bei den Akten des Verf. befindet. Das Papier geht auf die Gründe für das ursprünglich so schlechte Abstimmungsergebnis ein (u. a. Lebensmittelversorgung, Zussammenstellung der Kandidatenlisten, Angst vor Volksfront und dem Fortfall der Herbstwahlen). AdL 6947–3, S. 708–713.

[109] Im Gegensatz zur Landesleitung der LDP, die zu dem Wahlbetrug schwieg, hatte der CDU-Landesvorstand am 18. Mai 1949 beim deutschen Volksrat brieflich gegen die Weisungen Innenminister Bechlers protestiert.

[110] Wie stark die Beunruhigung in den Parteiverbänden im Frühjahr 1949 war, beweist eine Meldung im Rundschreiben des Landesverbandes Brandenburg der LDP „an alle Kreisverbände" vom Mai 1949. Dort heißt es unter der Überschrift „Unkontrollierbare Gerüchte": „Wir haben Veranlassung, ein für alle Mal (sic!) unsere Mitglieder vor unkontrollierbaren Gerüchten über angebliche Krisen, Auflösungsgedanken oder Massenübertritten der LDP zu warnen. Bei den Verbreitern solcher Irreführungen ist lediglich der Wunsch der Vater des Gedankens! Die LDP geht ihren Weg unbeirrt vorwärts. Das mag Menschen nicht passen, ist aber eine unbestreitbare Tatsache." AdL 6947–3, S. 687.

[111] Der Brief ist im Anhang abgedruckt.

[112] Schollwer hatte eine Parteifreundin beauftragt, die Diskussion mitzustenografieren, um sich eventuell gegen eine verzerrte Berichterstattung zur Wehr setzen zu können. Aber weder die „Volksstimme" noch die „Tagespost" brachten auch nur eine Zeile über diese Veranstaltung.

[113] Diese Bemerkung war insoweit zutreffend, als der NDP-Vorsitzende Dr. Bolz 1933 von den Nationalsozialisten aus der Anwaltskammer ausgeschlossen worden war und dann zunächst nach Danzig, später in die Sowjetunion emigrierte. Dort wurde Bolz Mitbegründer des „Nationalkomitee Freies Deutschland". Laut einem Bericht Schollwers für die Landesleitung der LDP „über den 1. Tag des 1. Landesparteitages der NDP-Brandenburg" kamen nach Angaben des NDP-Geschäftsführers 80 Prozent der Mitglieder aus den Reihen der Parteilosen; 23% der Mitglieder seien Frauen und 10% „Umsiedler". AdL 647–3, S. 752.

[114] Von Koerber hatte im Herbst 1948 zusätzlich zu seinen bisherigen Aufgaben auch noch die Leitung des Parlamentarischen Sekretariats der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP (PA) übernommen. Das Büro der PA befand sich im

Hause der Parteileitung in Berlin, Taubenstraße 48/49. In der ersten Hälfte des Jahres 1949 war Koerber immer seltener in der Potsdamer Margarethenstraße; seine meiste Zeit verbrachte er damals in Berlin. Zu den Aufgaben der PA gehörte es, die Tätigkeit der Landtagsfraktionen und der LDP-Fraktion in der DWK zu koordinieren.

[115] „Der Spiegel" Nr. 27 vom 30.6.1949, S.3, berichtet, daß den „westlichen Eisenbahnern (...) für drei Monate die Auszahlung ihres vollen Lohnes in Westmark und ihre persönliche Sicherheit garantiert" wurde.

[116] Laut Protokoll vom 17. August über die Vorstandssitzung vom 15. d.M. verlas Dr. Mühlmann den „einstimmig vom Wahlkomitee" gebilligten Vorschlag, demzufolge von Koerber für das Amt des 1. Vorsitzenden, Mühlmann für den 2. Vorsitzenden benannt worden seien. Wie sich dieses „Wahlkomitee" zusammensetzte, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Vgl. AdL 6947–4, S.853.

[117] Auszug aus dem o.a. Protokoll: „Herr Kieblock: Möchte wissen, warum Herr Schollwer nicht als Kandidat aufgestellt worden ist." Diese Fage wurde vom Vorsitzenden übergangen. Vgl. AdL 6947–4, S.854.

[118] Gemeint ist offenbar die Entschließung des Parteivorstandes der SED zum Goethejahr vom 10. März 1949, in der es u.a. hieß: „Die großen fortschrittlichen Ideen Goethes ... sind heute in der sozialistischen Arbeiterbewegung lebendig ... Die SED steht an der Spitze aller fortschrittlichen Kräfte im Kampf um eine neue Kultur ... Durch den realen Humanismus des Marxismus wird auch die Humanitätsidee der klassischen deutschen Dichter für unsere Geschichtsepoche verwirklicht werden." Zitiert nach „Chronologische Materialien zur Geschichte der SED", S.123.

[119] Vom November 1943 bis Mai 1944 hatte Schollwer als Obergefreiter an einem Lehrgang für Reserveoffiziersbewerber in Neuruppin teilgenommen. Nach Beendigung des Lehrganges reiste er am 17. Mai 1944 über Potsdam und Berlin zur „Frontbewährung" nach Ostgalizien.

[120] In seinem Bericht wies Mühlmann besonders auf den Einfluß hin, den die Tätigkeit der DWK auf die Arbeit der Landtage ausübte. Während in der zweiten Hälfte 1948 im Landtag Brandenburg noch eine ganze Reihe von Gesetzen vorabschiedet wurde, „ist seit Januar dieses Jahres ein deutliches Nachlassen der Geschäftstätigkeit festzustellen. Seit Januar ist der Verhandlungsstoff so knapp geworden, daß der Präsident den Landtag zum Teil nur jeden zweiten Monat einzuberufen braucht." Zitiert nach: LDP-Informationen Nr. 19 vom Oktober 1949, S.317.

[121] Wörtlich erklärte Mühlmann: „Fraglos würde unsere Partei mehr erreichen, wenn sie in den Parlamenten stärker vertreten wäre. Darum wünschen wir Neuwahlen, weil wir der Hoffnung sind, erheblichen Stimmengewinn zu erzielen und dadurch in den Volksvertretungen größeren Einfluß zu gewinnen." Ebenda.

[122] Eine Delegation des Deutschen Volksrates, zu der auch Dr. Hamann gehörte, war am 1. September 1949, dem zehnten Jahrestag des Überfalls Deutschlands auf Polen, nach Warschau gereist. Dort nahm sie an einem Kongreß teil, der anläßlich des Zusammenschlusses von 11 polnischen Widerstandsverbänden in die polnische Hauptstadt einberufen worden war.

[123] Der großzügige Rahmen des Parteitages (am Sonnabendabend z.B. fuhren Delegierte und Gäste auf Einladung der LDP zwei Stunden lang auf einem Haveldampfer in die Ruppiner Schweiz) stand in einem bemerkenswerten Widerspruch zu der angeblich so prekären Finanzlage des Landesverbandes, die von Koerber im Juni veranlaßt hatte, allen Mitarbeitern der Landesleitung zu kündigen. Mit der Finanznot war auch im Juli die Entlassung von drei Mitarbeitern begründet worden.

[124] Laut Monatsbericht der Landesleitung vom August zählte die Brandenburger LDP am 31.8.1949 13875 Mitglieder, 468 Ortsgruppen und 62 Betriebsgruppen. 7% (965) der Parteimitglieder waren ehemalige Angehörige der NSDAP, 3% (517) Jugendliche unter 21 Jahren. Der Landesverband verzeichnete im August 241 Neuzugänge und 123 Abgänge, davon 2 durch Parteiausschluß, 29 unter Angabe politisch-persönlicher Gründe und 69, die ohne Begründung aus der Partei austraten.
Der größte Prozentsatz der Mitglieder (21,7%) waren Angestellte, 19,5% Bauern und 16,9% Handwerker und Gewerbetreibende. 9,4% waren Arbeiter und 1,2% Unternehmer. AdL 6947–4, S. 897.

[125] Die Einladung zu dieser Sitzung des Hauptausschusses mit der Tagesordnung 1) Beratung einer Verfahrensordnung für Parteigerichtsangelegenheiten (Dr. von Stoltzenberg) und 2) Die politische Lage und ihre Forderungen (Dr. Hamann) stammte bereits vom 9. September 1949 (!). Das Einladungsschreiben enthielt lediglich den Vermerk, es sei „unbedingt erforderlich, daß jedes vom Parteitag in diesen Ausschuß gewählte Mitglied an der Tagung teilnimmt." AdL 6947–4, S. 949.

[126] In der am 12. Oktober von der Provisorischen Volkskammer einstimmig bestätigten Regierung erhielt die LDP folgende Ressorts: Stellvertretender Ministerpräsident (Kastner), Finanzministerium (Loch) und Ministerium für Handel und Versorgung (Hamann).

[127] Vgl. Agsten/Bogisch, (wie Anmerkung 44), S. 335: Viele Liberaldemokraten hätten „den revolutionären Prozeß ‚endlich' zum Abschluß gebracht wissen" wollen. Selbst Loch habe am 15.10. vor dem thüringischen Landesvorstand erklärt: „Das revolutionäre Stadium ist endgültig abgeschlossen. Der Zustand der Evolution ist da und der Zustand demokratischer Gesetzlichkeit."

[128] Nach Agsten/Bogisch verfolgten Kastner und Hamann „offensichtlich das Ziel, als Verhandlungspartner westdeutscher politischer Kräfte akzeptiert zu werden". Das habe auch im Frühjahr 1949 zu der „pauschalen Feststellung" Kastners geführt: „Wir dürfen den deutschen Politikern im Westen nicht denselben Patriotismus absprechen, den wir für uns in Anspruch nehmen", a.a.O., S. 317.

[129] Von den 19 Kabinettssitzen in der Regierung Grotewohl (SED) reservierte sich die SED 10. Die CDU erhielt 4, die LDP 3, NDP und DBP je einen Kabinettssitz.

[130] Laut Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes wurde unter TOP 2 („Die künftige Arbeit innerhalb des Landesverbandes") u.a. mitgeteilt, die Parteileitung habe vorgehabt, alle Kreisvorsitzenden und Kreissekretäre nach Berlin einzuladen, „ähnlich wie es die CDU und wohl auch die SED gemacht haben sollen". Dieses Vorhaben sei jedoch am „Geldmangel" gescheitert. Statt dessen verschickte die Parteileitung Anfang November 1949 hektografierte Argumentationshilfen an die Parteiverbände (u.a. 15 Seiten „Fragen und Antworten" (im Anhang abgedruckt) und ein 9-Seiten-Papier „Was wird aus Deutschland?"). – Koerber schlug Regionaltagungen in Cottbus, Potsdam, Templin „und vielleicht auch Kyritz" mit den Kreisvorsitzenden, Ortsgruppenvorsitzenden sowie Bürgermeistern und Kreisräten der LDP vor. AdL 6947–4, S. 1019. Die erwähnten Papiere ebenda, S. 1100–1123.

[131] Eine Darstellung dieses Teiles der Blocksitzung brachte ein Rundschreiben des Landesverbandes vom 11.11.1949 („Sitzung des Landes-Antifa-Blocks am 26.10.1949"). Danach hatte die SED-Zeitung „Märkische Volksstimme" am 29.10.1949 über diese Sitzung „nicht den Tatsachen" entsprechend berichtet, der Landesblock habe den Blockausschüssen der Kreise und Gemeinden empfohlen, „die Vertreter der NDP und DBP mit beratender Stimme zu ihren Sitzungen heranzuziehen". AdL 6947–5, S. 1133.

[132] Der Deutsche Volksrat hatte auf seiner 9. Tagung am 7. Oktober die fälligen Wahlen auf den 15. Oktober 1950 verschoben. Nach Art. 51 der Verfassung der DDR werden die Abgeordneten der Volkskammer „in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes" gewählt.

[133] Der Text der endgültig verabschiedeten Resolution liegt nicht vor. Wie jedoch dem SMAD-Bericht des Landesverbandes vom 8.11.1949 zu entnehmen ist, hat der geschäftsführende Landesvorstand erklärt, „daß die LDP Brandenburgs die Parteileitung und die neugebildete Regierung in ihren Bemühungen, den Aufbau unseres Vaterlandes zu fördern und die Einheit Deutschlands zu erkämpfen, mit besten Kräften unterstützen werde". Danach ist die von Mühlmann vorgeschlagene Fassung offensichtlich verworfen worden. AdL 6947–5, S. 1125.

[134] Lieutenant hatte am 9. Oktober sein Amt als Finanzminister „aus gesundheitlichen Gründen" niedergelegt. Das Schreiben Hamanns, in dem dieser von Koerber als Nachfolger Lieutenants in der Landesregierung vorschlug, war datiert vom 22. Oktober 1949. Mühlmann verlas den Brief Hamanns während der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes. Vgl. AdL 6947–4, S. 1051.

[135] Die von der Landesleitung ausgearbeiteten Vorschläge für eine neue Arbeitsverteilung im Landesvorstand bestanden aus mehreren Papieren. Danach sollten der Landesvorsitzende, seine beiden Stellvertreter und der Generalsekretär in Zusammenarbeit mit den Referenten der Landesleitung für bestimmte, festumrissene Aufgabengebiete verantwortlich zeichnen. Ferner wurde beschlossen, neun Arbeitsgemeinschaften zu bilden sowie die Kreisverbände in acht Gruppen zusammenzufassen, die jeweils von einem Vorstandsmitglied betreut werden sollten. AdL 6947–4, S. 1081–1085.

[136] Protokoll der Vorstandssitzung einschließlich der Rede Kastners und nachfolgender Diskussion, AdL 6947–4, S. 1047–1080.

[137] Nach Angaben Steffens auf der Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes am 14.10.1949 betrugen die Schulden des Landesverbandes zu diesem Zeitpunkt insgesamt 30000 DM; u.a. schuldete die Brandenburger LDP 5000 DM dem Volkskongreß. Die Beitragsrückstände aus den Kreisverbänden beliefen sich auf rd. 120000 DM. Von der Parteileitung hatte die Landesleitung einen monatlichen Zuschuß von 6000 DM zu erwarten; insgesamt 40000 DM dieses Zuschusses standen aber zu dieser Zeit noch aus. Somit war Monat für Monat die Gehaltszahlung an die Angestellten in Frage gestellt. AdL 6947–4, S. 1025.

[138] Dies war – soweit feststellbar – die letzte öffentliche Veranstaltung der LPD mit dem Thema „Eisenacher Programm" im Lande Brandenburg. Zu jenem Zeitpunkt war die öffentliche Erörterung des LPD-Parteiprogramms bei der SKK und der SED bereits unerwünscht.

[139] Das Thema Landeszeitung stand 1949 wiederholt auf der Tagesordnung des Landesvorstandes. Alle übrigen Landesverbände besaßen zu diesem Zeitpunkt längst ein eigenes Blatt. Dem Landesverband Brandenburg bzw. den seit 1952 existierenden drei brandenburgischen Bezirksverbänden ist es dagegen bis heute nicht gelungen, eine eigene Parteizeitung herauszubringen.

[140] Laut Sitzungsprotokoll kam es während der Beratungen zu einer kurzen Diskussion darüber, ob und in welchem Maße Vorstandssitzungen in Zukunft noch von der Besatzungsmacht überwacht werden sollten: „Will (Perleberg) bittet um Auskunft, ob die Herren der Besatzungsmacht noch an unseren Sitzungen teilnehmen. Herr von Koerber: ... stellt fest, daß an sich gegen die Anwesenheit der Besatzungsmacht keine Einwände zu erheben sind und wohl auch gegen die Anwesen-

heit eines Vertreters des SNB (Sowjetisches Nachrichten-Büro), der immer zugegen war als Pressevertreter.
Herr Will fragt, ob das SNB Presse-Vertretung bedeutet.
Herr von Koerber betont, daß das SNB Nachrichtenmaterial über innerdeutsche Vorgänge sammelt, weiter betont Herr von Koerber, daß er annimmt, daß auch die sowjetische Kontrollkommission Interesse hat, an unseren Sitzungen teilzunehmen." AdL 6947–5, S. 1169.

[141] Einzelheiten über das weitere Schicksal erfuhr Schollwer erst sechs Jahre später durch Gerhard W. selbst. In einem auf den 21. Dezember 1955 datierten, in West-Berlin aufgegebenen Brief stellte Gerhard die Ereignisse vom Dezember 1949 und danach folgendermaßen dar: In den Mittagsstunden des 27. Dezember sei er von zwei Beamten der deutschen politischen Polizei aufgefordert worden, sie ins Polizeipräsidium zu begleiten. Anstatt in die Priesterstraße ins Präsidium habe man ihn jedoch in die Lindenstraße gebracht. Dort, im ehemaligen Amtsgericht, unterhielt die Besatzungsmacht damals ein Gefängnis für deutsche politische Häftlinge. Beim ersten Verhör noch am gleichen Abend habe ihn ein sowjetischer Kapitän nach seinen Verbindungen zu G. in West-Berlin gefragt, der vermutlich mit dem amerikanischen Geheimdienst zusammenarbeite. Gerhard habe seine Kontakte zu G. als rein geschäftlich dargestellt. Einige Tage darauf, bei einem weiteren Verhör, wurde Gerhard 24 Stunden lang über Schollwer ausgefragt. Dabei habe der Offizier ihn beschuldigt, er sei ein Faschist und mache mit Schollwer gemeinsame Sache. Schollwer sei bereits verhaftet und hätte alles zugegeben. Wenn er nicht rede, werde man Schollwer ihm gegenüberstellen. Er sei jedoch auf diesen Trick nicht hereingefallen. Wieder einige Tage später sei er einem sowjetischen Staatsanwalt vorgeführt worden. Dabei sei Schollwers Name erneut gefallen, als man ihn aufgefordert habe, seine Einstellung zu den Gegnern der Sowjetunion darzulegen. Nach weiteren Wochen sei ihm erklärt worden, daß die Verhöre nun abgeschlossen seien. Danach sei ihm die Anklage vorgelegt worden. Sie habe auf „Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes zum Sturze der sowjetischen Regierung" und „Gruppenbildung" gelautet. Ende Juli bzw. Anfang August 1950 habe man ihm mitgeteilt, daß er von einem Sondergericht in Moskau zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden sei. Um den 7. August sei er mit anderen Häftlingen in ein sowjetisches Gefängnis in Berlin-Lichtenberg und zwei Tage darauf mit etwa 150 weiteren Häftlingen per Bahn in die Sowjetunion verbracht worden, Endstation Workuta. Im Oktober 1955 sei er aus sowjetischer Haft nach Potsdam zurückgekehrt.

[142] Polte wurde schon nach wenigen Tagen wieder freigelassen.

[143] Auch im Lande Brandenburg fanden damals solche Werbeveranstaltungen statt. Darüber heißt es im Monatsbericht des Landesverbandes an die SKK vom 9. 12. 1949: „Die von der Parteileitung gestartete Versammlungswelle am Ende des Berichtsmonats (November) führte fast überall im Lande Brandenburg trotz kurzfristiger Anberaumung und trotz zahlreicher organisatorischer Mängel zu einem guten Erfolg. In zahlreichen Orten und Städten wurden Teilnehmerzahlen an diesen Veranstaltungen festgestellt, die alle bisherigen übertrafen. Allgemein war die Stimmung der Versammlungsteilnehmer aufgeschlossen und als durchaus positiv zu bewerten. Es zeigte sich, daß in der Bevölkerung ein wachsendes Interesse für unsere Partei besteht." AdL 6947–5, S. 1189.

[144] S. Anmerkung 141. Das Gefängnis war nur etwa drei Minuten von Schollwers damaliger Wohnung entfernt.

[145] Den Verlauf seiner Gespräche mit dem sowjetischen Geheimdienst notierte Schollwer nicht in sein Tagebuch, sondern auf einen besonderen Papierbogen, der nach jeder Eintragung aus Sicherheitsgründen in ein Kissen eingenäht und im Frühjahr 1950 nach West-Berlin zu Verwandten gebracht wurde.

[146] „Brüder Tur" war das Pseudonym für die sowjetischen Schriftsteller D. Tubelski und P. L. Ryschej, die in der UdSSR vor allem als Verfasser von Spionageromanen bekannt wurden.

[147] S. Anmerkung 19.

[148] Der dem Monatsbericht beigefügten „Monatlichen Statistik – Monat November 1949" ist zu entnehmen, daß der Landesverband zu diesem Zeitpunkt 14099 Mitglieder zählte (474 Ortsgruppen und 68 Betriebsgruppen). 66,3% der Mitglieder waren männliche, 30,5% weibliche Erwachsene, 3,4% Jugendliche. 179 Zugängen standen 133 Abgänge gegenüber. Nur 8 Personen, die die Partei verlassen hatten, gaben dafür politische Gründe an. AdL 6947–5, S. 1190–1191.

[149] Von Koerber: „Mir hat eine maßgebende Persönlichkeit gesagt, er („Der Morgen") sei viel zu sehr für den Westen eingestellt. Ich möchte Ihnen den Herrn nicht nennen, denn dann würden Sie noch erstaunter sein." Ebenda, S. 1197.

[150] Zum Projekt der „Brandenburgischen Landeszeitung" berichtete von Koerber, er habe erreicht, daß der LDP die Zeitung zum Parteitag zugesagt worden sei. „Es fehlte nur noch die Unterschrift. In Karlshorst bin ich ein dutzendmal vorstellig geworden. Die Unterschrift konnte nicht so schnell gegeben werden, weil der zuständige General gerade in Rußland war und man erst dessen Rückkehr abwarten mußte. Inzwischen entstand die Deutsche Demokratische Republik. Ich wurde wieder und wieder vorstellig und mußte leider hören, daß jetzt nicht mehr Karlshorst, sondern es jetzt die Sache der Deutschen ist (sic!), die Lizenz zu erteilen. Ich bin bei Herrn Norden [N. war zu dieser Zeit Leiter der Hauptabteilung Presse im Amt für Information der DDR] gewesen ... zu wiederholtem Male. Letzten Endes habe ich mich mit Herrn Norden verkracht dabei, als ich von den Deutschen die Lösung der Frage erzwingen wollte. Ich habe recht unangenehme Aussprachen gehabt ... Ich habe sogar erklärt, die Zeitung ohne Lizenzerteilung auf die Beine zu stillen, aber es findet sich kein Drucker." Steffen ergänzte, daß zur Herausgabe der Zeitung auch noch ein Betriebskapital von 30–50000 Mark benötigt werde. Ebenda, S. 1200.

[151] „Es haben sich im Verlaufe der Arbeitstagung eine ganze Reihe von Teilnehmern zur Diskussion gemeldet und auch solche gesprochen, die sich nicht zu Wort gemeldet haben. Ich habe eine Reihe öffentlicher Versammlungen in letzter Zeit mitgemacht, auf denen nicht einmal SED-Leute versucht haben, den Redner zu unterbrechen ... Wenn ein Gegner dazu in der Lage ist, müssen wir das erst recht können ... Wir können Differenzen zwischen uns und Ihnen durchaus in vernünftiger, ruhiger und sachlicher Form austragen ..." Ebenda, S. 1206.

[152] In diesem Referat setzte sich Schollwer unter anderem auch mit dem von der SED erhobenen Vorwurf auseinander, die LDP sei eine ‚Kapitalisten- und Unternehmerpartei'. Er wies auf die soziale Schichtung der Partei hin, derzufolge nur 0,9% der Mitglieder Unternehmer, dagegen 13,2% Bauern, 13,7% Arbeiter (!) und 28,4% Angestellte waren. Über die von der LDP angestrebte künftige Wirtschaftsform für Deutschland erklärte er, man strebe eine „Synthese" zwischen der ost- und der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung an, und zitierte aus einer Rede Kastners vom 8. 11. 1949 in Berlin: „Es wäre falsch, die Wirtschaftsstruktur der Sowjetunion auf Deutschland schematisch zu übertragen. Zwischen beiden Wirtschaftssystemen liegen Gegensätze, die unüberbrückbar sind." Stichworte zu diesem Referat sowie das Kastner-Zitat, in AdL 6947–5, S. 1222f.

[153] Kuny, Koch in der Freien Universität und Sonderling, hatte eine eigene Philosophie (Kunylogie) entwickelt, in der die „freie Liebe" eine bedeutende Rolle spielte. Die Berliner Studenten hatten darum K. zu ihrem „Propheten" erhoben und trieben mit ihm allerlei Schabernack. Man stellte den Mann auf ein offenes

Fahrzeug, animierte ihn zum Vortrag seiner „Philosophie" und begleitete jeden Satz mit einem ohrenbetäubenden Jubel. So auch am 14. Dezember 1949 am Bahnhof Zoo. In einem Bericht des „Zeit"-Magazins vom 7. 12. 1973 über die Gründung der Freien Universität in West-Berlin („Statt eines Editorials") heißt es dazu: „Und dieselben (Studenten) waren es, die um einen religiös-philosophischen Spinner mit Namen Kuny den letzten großen Studentenulk in Szene setzten, bei dem der Verkehr der Innenstadt lahmgelegt, die ‚Kunylogie' ironisch gepredigt wurde."

[154] Dieser Antrag wurde vom Beirat, der unter Vorsitz von Gerlach tagte, nicht diskutiert, ein Beschluß wurde ebenfalls nicht gefaßt.

[155] Der vom Ausschuß erarbeitete Vorschlag, der keine Vorwahlen vorsah, wie die Kommunisten es verlangten, legte ein nach demokratisch-parlamentarischen Gepflogenheiten ablaufendes Verfahren bei der Aufstellung der Kandidaten und ihrer Wahl fest. Doch bereits am 30. November 1949 erließ das Ministerium für Volksbildung eine „Wahlordnung für die Studentenrats- und Fakultätsratswahlen im Wintersemester 1949/50", die diesen Prinzipien vollkommen widersprach und zur Aufstellung der Kandidaten ausschließlich die kommunistischen Massenorganisationen FDJ, FDGB, Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands ermächtigte. Da die Parteileitung sich die Positionen des Zonenstudentenausschusses nicht zueigen machte, mußte dieser in späteren Sitzungen versuchen, aus der neuen Situation zu retten, was noch zu retten war.

[156] ADN: Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst: Nachrichtenagentur der DDR. Die zitierten Artikel befinden sich in Schollwers Akten, AdL 6947–5, ohne Seitenzahl.

[157] Diese Äußerung Koerbers ist nicht ganz zutreffend; nicht Hein, sondern Mühlmann war im Herbst 1949 zum Nachfolger des verstorbenen Dr. Schneider als Fraktionsvorsitzender gewählt worden. Hein war bis zu seiner Flucht nach Westberlin lediglich stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

[158] Laut Protokoll der Tagung des Kulturpolitischen Ausschusses äußerte sich dieses LDP-Mitglied auch zum Thema „Freundschaft mit der Sowjetunion", und zwar in folgender Weise: „Trotz vielfacher starker persönlicher Bindungen zu Rußland können wir uns des Eindrucks einer gewissen Bevormundung nicht erwehren und möchten diese Freundschaft von seiten der SED nicht zu heftig an uns herangetragen wissen." Ein anderes Ausschußmitglied erklärte: „Wir wollen bei aller Freundschaft für die Sowjetunion unsere deutsche Kultur nicht vergessen." AdL 6947–5, S. 1266.

[159] In Schollwers Redemanuskript finden sich folgende Äußerungen: „Zu einem parlamentarisch-demokratischen Staat gehört vor allem auch die Möglichkeit, daß sich das Volk durch eine freie Wahl selber seine Regierung wählt, daß es selbst frei entscheiden kann, welche der Parteien die Führung erhalten soll ... Hitler sagte: Recht ist, was der Partei nützt! Nicht einer Partei oder einer Klasse hat das Recht zu nützen, sondern unterschiedslos allen Staatsbürgern. Das „gesunde Volksempfinden" im 3. Reich war der Befehl der Bonzen der alleinseligmachenden Partei ... Nur ein Staat, der sich nicht vom Willen des Volkes getragen weiß, hat es nötig, religiöse Bekenntnisse zu bekämpfen. Er züchtet so nur Fanatiker und unerbittliche Feinde des Staates ... Wir wollen nicht, daß den Kindern eine Weltanschauung aufoktroyiert wird, die die Weltanschauung nur eines kleinen Teiles des deutschen Volkes ist ... Volksversöhnung bedeutet nicht Klassenkampf, sondern friedlichen Ausgleich bestehender Gegensätze durch ständige Verbesserung der sozialen Lage aller Schichten des Volkes ... Die Erziehung der Jugend zu friedliebenden Menschen muß auch die Aufgabe der FDJ sein. Sie sollte ihren Liederschatz einmal

überprüfen und die von Krieg oder Bürgerkrieg handelnden Gesänge ausmerzen." AdL 6947–5, S. 1274.

[160] Das Sonderparteigericht des Landesverbandes trat erstmals am 4. Februar 1950 in Potsdam zusammen. Zu diesem Zeitpunkt hatten allerdings bereits 4 der 5 angeschuldigten Abgeordneten die DDR verlassen. Vorsitzender des Parteigerichts war Dr. Mühlmann.

[161] Der § 1 dieser Verfahrensordnung bestimmte, daß Parteimitglieder, „die sich durch ihr politisches Verhalten und Handeln in der Öffentlichkeit zu der Partei in offenen Widerspruch setzen und ihr dadurch Schaden zufügen, ... durch ein besonderes Verfahren aus der Partei ausgeschlossen werden (können), wenn ein besonderes Eingreifen der Partei zur Abwendung von Schaden erforderlich ist ..." Das Verfahren fand jeweils auf Antrag des Landesvorsitzenden oder des Zonenvorsitzenden statt. AdL 6947–4, S. 976.

[162] SNB: Sowjetisches Nachrichtenbüro, die offizielle Nachrichtenagentur der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland.

[163] Baumann, Hein, Orthmann und Priefert hatten nach ihrer Flucht im Westberliner RIAS zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen Stellung genommen.

[164] Vgl. Schollwers Bericht an die SKK im Anhang, Dokument 9.

[165] Die Entschließung hatte folgenden Wortlaut: „Die versammelten Kreisverbandsvorsitzenden, Kreissekretäre und Landtagsabgeordneten der LDP Brandenburg ... billigen die Maßnahmen, die der Landesverband und die berufenen Kommissionen gegen die 5 Abgeordneten ergriffen haben. Einstimmig wird das Verhalten der ehemaligen Parteimitglieder als parteischädigend verurteilt und ihr Ausschluß aus Partei und Landtag als notwendig und gerecht bestätigt." AdL 6947–5, S. 1314.

[166] Tatsächlich hatte Schollwer insbesondere seinen Freunden im Landesjugendbeirat gegenüber durchblicken lassen, daß er mit der „NKWD" zu tun hatte. Damit wollte er verhindern, daß ihm in diesen Wochen irgend etwas mitgeteilt wurde, was die Informanten oder andere LDP-Mitglieder belastete. Wahrscheinlich hatte er auch in der Landesleitung ähnliche Andeutungen gemacht.

[167] In Brandenburg war am 24. 1. 1950 der „Landesvolksausschuß für Einheit und gerechten Frieden" in einen „Landesausschuß der Nationalen Front" umgebildet worden. Sinn dieser Umbenennung war die „Verbreiterung der Ausschüsse durch Hinzunahme weitester Bevölkerungskreise, vor allem der nicht parteigebundenen Teile; Verstärkung des Kampfes um Einheit und Frieden ...". So Schollwer in einem Referat vom 19. 2. 1950, AdL 6947–6, S. 1361.

[168] Auf der Sitzung des Jugendbeirates der Parteileitung am 15. 12. 1949 war vorgeschlagen worden, daß die Landesjugendbeiräte sich darüber Gedanken machen sollten, wer unter den jugendlichen Parteimitgliedern als Nachfolgekandidat für die Volkskammer in Frage komme. Außerdem hatte Gerlach die Landesverbände gebeten, Vorschläge zur Besetzung des Postens eines hauptamtlichen Jugendsekretärs in der Parteileitung zu machen. Diese Position war seit Jahren vakant. Im Sommer 1948 hatte man diesen Posten dem Thüringer Bürgermeister Karl-Heinz Naase angeboten. Er hatte abgesagt.

[169] Worum es sich bei dem „Fall Richard" im einzelnen handelte, geht aus Schollwers Unterlagen nicht hervor. Von der SED wurde dem CDU-Stadtrat jedenfalls „Sabotage" vorgeworfen. Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung war zum 23. Januar 1950 zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden, auf der sich Richard vor der Öffentlichkeit verantworten sollte. Bevor Richard jedoch über-

haupt zu Worte kam, drangen kommunistische Demonstranten (SED-Betriebsgruppen-Mitglieder) in den Saal und begannen, die Stadtverordnetensitzung in ein Tribunal gegen Richard umzufunktionieren. Stadtrat Brauer versuchte vergeblich, die Ordnung wiederherzustellen und forderte die Demonstranten sehr entschieden auf, den Saal zu verlassen. Am folgenden Tag berief die SED eine Protestkundgebung ein. Dort ergingen sich kommunistische Sprecher in finsteren Drohungen gegen Brauer. Sie bezeichneten den alten Herrn als „Verbrecher" und „Reaktionär", den man „aufhängen" sollte.

[170] Diese Prognose traf zu. Am 3. Februar konnte Schollwer auf der Sitzung des Potsdamer Kreis-Antifa-Blocks Stadtrat Brauer im Namen des Kreisverbandes voll rehabilitieren.

[171] Die Verpflichtungserklärung, die allen Parteifunktionären zur Unterschrift vorgelegt worden war, hatte folgenden Wortlaut: „In Übereinstimmung mit der vom Zentralvorstand der LDP in seiner Tagung am 25. 1. 1950 gebilligten Entschließung gebe ich zu nachfolgenden Richtlinien meine Zustimmung: Die politische Arbeit der Partei bis zum heutigen Tage findet meine Zustimmung, besonders billige ich die großen Reformen zur Umgestaltung unseres politischen Lebens als Grundlage unserer Demokratie. Daraus ergibt sich als Folge, die weitere Durchführung der Reformen zu unterstützen. Ich vertraue der Leitung der Partei, daß sie mit ihren zukünftigen Maßnahmen die Politik auf der Grundlage des Eisenacher Programms in voller Offenheit durchführt. Ich verpflichte mich, für diese Politik meine Kraft einzusetzen und sie jedermann gegenüber zu vertreten. Vor allem trete ich für die Einheit Deutschlands ein und arbeite in der Nationalen Front für diesen Gedanken. Ich unterstütze alle der Sicherung des Friedens dienenden Maßnahmen. Ich sehe in der Oder-Neiße-Linie die Grenze, die dem deutschen Volk den Frieden sichert. Ich kämpfe gegen jede Verhetzung. Insbesondere bekämpfe ich jede Hetze gegen die Sowjetunion. Ich halte es für notwendig, daß unsere Mitglieder in stärkstem Maße in allen überparteilichen Organisationen, besonders auch in der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft und in der Nationalen Front, mitarbeiten." Am 24. Februar übersandte Schollwer der Parteileitung seine „Zustimmungserklärung". AdL 6947–6, S. 1340.

[172] Die Fassung dieses Teils des Berichts stammte vom Landesvorsitzenden, der Schollwers Text verworfen hatte. Dort hatte es geheißen: „Die Einstellung der Bevölkerung zu den politischen Vorgängen im In- und Ausland muß nach wie vor im allgemeinen als passiv bezeichnet werden. In Mitgliederkreisen verstimmt immer wieder, daß die SED sich berufen zu fühlen glaubt, ohne weiteres Urteile über die politische Einstellung von Angehörigen der LDP abgeben zu können, während sie nur zu oft reaktionäre und korrupte Elemente in ihren eigenen Reihen totschweigt." AdL 6947–6, S. 1349.

[173] In einem Referat vor der „Zentralen Bereitstellung" in Potsdam-Rehbrücke am 18. Februar 1950 führte Schollwer zur Propaganda der Nationalen Front aus: „Die Parteien müssen alles vermeiden, was die Einheit Deutschlands hindern könnte. So z. B. die Proklamierung des Klassenkampfes, der für die Menschen des Westens und für Millionen in der Ostzone nichts Verlockendes hat. Klassenkampf paßt zur Nationalen Front wie der Leierkasten zum Philharmonischen Orchester – sie verursachen Mißtöne. Propaganda für die Nationale Front heißt nicht Presse- und Rundfunkhetze gegen den Westen. Wer schimpft, hat Unrecht. Auch im Westen gibt es genau wie hier – und genau so viel wie hier – anständige und ehrliche Deutsche, auch anständige deutsche Politiker. Auch dort gibt es noch Besatzungsmächte ... Die Nationale Front ist keine Kampffront gegen den Westen, sondern eine Kampfgemeinschaft mit dem Westen unseres Vaterlandes. Je sachlicher die

Propaganda, um so wirkungsvoller. Das deutsche Volk hat von dem Goebbelschen Propagandaministerium genug." AdL 6947–6, S. 1341.

[174] Das während der 62. Sitzung des Brandenburgischen Landtages verabschiedete „Gesetz betr. Erweiterung der Wahlkörperschaften im Lande Brandenburg" bestimmte im § 1: „Bis zur Wahl vom 15. Oktober 1950 wird den Parteien, die bisher in den nachgenannten Wahlkörperschaften nicht vertreten sind, die Möglichkeit gegeben,
1. an den Sitzungen des Landtages, der Kreistage und der Gemeindevertretungen in Gemeinden von über 5000 Einwohnern mit je 2 Beauftragten, in Gemeinden von unter 5000 Einwohnern mit je einem Beauftragten beratend teilzunehmen;
2. an den Sitzungen der Ausschüsse des Landtages mit je einem Beauftragten teilzunehmen;
3. in alle Ausschüsse der Kreistage und Gemeindevertretungen je einen vollberechtigten Vertreter zu senden;
4. an den Ratssitzungen der Kreise, Städte und Gemeinden mit je einem Beauftragten beratend teilzunehmen ...". Zit. nach: RS Nr. 9 des Landesverbandes Brandenburg der LDP vom 18. 2. 1950, AdL 6947–6, S. 1359.

[175] Das Parteigericht war im Februar zweimal zusammengerufen worden, am 4. und am 22. des Monats. In der ersten Sitzung wurden die beiden Landtagsabgeordneten Baumann und Gaedecke, die inzwischen nach Westberlin geflüchtet waren, aus der Partei ausgeschlossen. Außerdem der sechzigjährige Potsdamer Stadtverordnete Ferdinand G., der sich in öffentlichen Äußerungen gegen den Kurs der Parteiführung gewandt hatte. Ein der LDP angehörendes Ehepaar aus Calau, das wegen Bescheinigungen für Zonenflüchtlinge in die Schußlinie der SED geraten war, trat auf Anraten des Parteigerichts selbst aus der LDP aus. Am 22. Februar wurden nochmals zwei LDP-Mitglieder aus heute nicht mehr feststellbaren Gründen aus der Partei ausgeschlossen. In der Zeit vom 1. Januar bis Ende Februar haben nach einer Zusammenstellung des Landesverbandes Brandenburg vom 27. Februar insgesamt 17 LDP-Funktionäre die Partei verlassen. Sieben erklärten selbst ihren Austritt, zehn wurden ausgeschlossen, davon fünf nachträglich, nachdem sie in den Westen geflüchtet waren. Vgl. Schreiben Koerbers vom 27. 2. 1950 an die LDP-Parteileitung betr. „Parteigerichtsverfahren gegen Mitglieder der LDP des Landesverbandes Brandenburg". AdL 6947–6, S. 1392.

[176] Laut Rundschreiben Nr. 11 des Landesverbandes vom 2. 3. 1950 waren zu diesem Zeitpunkt die folgenden Referate in der Landesleitung unbesetzt: Wirtschaftspolitik, Rechtspolitik, Verwaltungspolitik, Schulung, Frauen und Jugendfragen, Mitgliederbetreuung, Finanzverwaltung sowie der Posten des Landessekretärs für Organisation. AdL 6947–6, S. 1408.

[177] Darauf hatte Schollwer bereits auf der Landesvorstandssitzung am 16. 1. 1950 hingewiesen und im Hinblick auf für Januar geplante Gedenkfeiern für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erklärt, es sollten nicht nur „Politiker der früheren KPD gewürdigt werden, sondern auch verdiente Männer wie Naumann usw.". AdL 6947–5, S. 1306.

[178] Die hier erwähnte Abneigung gegen den Bonner und Weimarer Parlamentarismus diente nicht nur als Alibi für die Forderung nach mehr Kontakten mit Westdeutschland. Die Bevölkerung der Ostzone war zwar überwiegend antikommunistisch, doch zugleich auch sehr skeptisch gegenüber der parlamentarischen Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik praktiziert wurde. „Parteienkrach", das „Gezänk" politischer Gruppen stießen überwiegend auf Ablehnung. Man wünschte Gemeinsamkeit, Einigkeit unter den Parteien, freilich ohne kommunistische Bevormundung.

[179] Die Parteileitung der LDP hatte im Februar 1950 in einem Schreiben an den Zentralrat der FDJ die Herabsetzung der Volljährigkeitsgrenze auf 18 Jahre vorgeschlagen.

[180] Dieser Vorschlag des Jugendbeirates kam genau so wenig zum Zuge wie frühere Nominierungen für den Posten des Jugendsekretärs der Parteileitung. Generalsekretär Stempel begründete die Ablehnung damit, daß die Einrichtung dieser Position aus finanziellen Gründen unmöglich sei. Aus diesem Grunde hatte der Beirat vorgeschlagen, den Jugendsekretär zusätzlich mit der Aufgabe „Deutsch-Sowjetische Freundschaft" zu betrauen. Auch das änderte die ablehnende Haltung der Parteileitung nicht.

[181] Die Lehrgänge an der Verwaltungsakademie begannen im Mai 1950. Sie dienten einer umfassenden Vorbereitung auf den Verwaltungsdienst. Die Bewerber wurden entweder durch eine Verwaltungsdienststelle oder durch eine Partei bzw. Massenorganisation vorgeschlagen. Eine Prüfungskommission entschied über die Zulassung eines Bewerbers sowie darüber, ob der Zugelassene an einem vier- oder zwölfmonatigen Kursus teilzunehmen hatte. Koerber stellte Schollwer eine recht positive Beurteilung für die Bewerbungsunterlagen zur Verfügung. In dem auf den 20. März datierten Schreiben wurde ihm entgegen der Überzeugung des Landesvorsitzenden u. a. bescheinigt, daß er „immer ein wertvoller Mitarbeiter" gewesen sei, „der zu den besten Hoffnungen berechtigt". AdL 6947–6.

[182] Die Zentrale Parteischule Behrensdorf wurde nach Übernahme des Grundstücks durch die Parteileitung am 15. 8. 1949 offiziell eröffnet. Bis Ende Dezember 1950 wurden dort 32 Grund- und Sonderlehrgänge durchgeführt, die von insgesamt 1083 Kursusteilnehmern besucht wurden. (Nach „LDP-Informationen" Nr. 24, Dezember 1950: „1000 Parteifreunde besuchten die Zentrale Parteischule".) Unterlagen über den Verlauf dieses Jugendlehrganges der Parteileitung (13.–25. 3. 1950) befinden sich nicht in Schollwers Besitz. Vermutlich entsprach jedoch der Schulungsplan weitgehend dem vom Zonenjugendbeirat auf seiner Sitzung vom 24. Januar 1950 ausgearbeiteten und beschlossenen Lehrgangsprogramm. Dieses sah folgende Themen und Referenten vor:

1. Marxismus – Liberalismus
   - Politökonomie: Dr. Walther Thürmer – Dresden
   - Geistiger Liberalismus: Schulrat Wolff, Parteileitung
2. Parteiprogramm
   - Kulturpolitik: Schulrat Wolff, Parteileitung
   - Wirtschaftspolitik: Dr. Schön, Parteileitung
   - Sozialpolitik: Ediger, Parteileitung
   - Präambel, Staat und Recht: Präs. Dieckmann oder Dr. v. Stoltzenberg
3. FDJ, Junge Pioniere, Entwicklung der Jugend, Sport usw.: Honecker
4. Aufgabe der Beiräte: Gerlach
5. Verfassung der DDR und Parlament: Dr. Liebler
6. Berufsausbildung, Lehrstellen: Hartmann
7. Referate von Vertretern der SED und der CDU über ihre Parteien
8. Politisches Referat: Parteivorsitzender
9. Materialistische und idealistische Geschichtsauffassung: Dr. von Stoltzenberg
10. Liberalismus heute: Dr. Loch

Soweit sich Schollwer erinnert, referierte Gerlach anstelle des nicht erschienenen Honecker. Dieckmann war einen Nachmittag und Abend in Behrensdorf. Offenbar sprach er über die Präambel des Parteiprogramms. Das Referat über die CDU hielt Dr. Desczyk. Die Einführung in die Politökonomie gab wahrscheinlich der Leiter der Parteischule, Dr. Friedrich Thürmer. Das zitierte Lehrgangsprogramm findet sich im AdL 6947–5, S. 1323.

[183] Am 24. März hatte sich der Führungsausschuß der LDP-Parteileitung für ein gemeinsames Wahlprogramm aller Parteien der DDR ausgesprochen. Er folgte damit einem Beschluß, den die CDU-Führung bereits drei Tage zuvor gefaßt hatte.

[184] Bereits am 1. Januar 1950 hatten sich Wilhelm Pieck für eine „Liste der demokratischen Einheit" und am 6. Januar Franz Dahlem für eine „fortschrittliche und demokratische Einheitsliste" ausgesprochen. Auf der Tagung des Zentralblocks am 14. März schlug die SED für die Wahlen am 15. Oktober erstmals ganz offiziell eine „Liste der demokratischen Einheit" vor, zu der CDU und LDP zunächst noch keine Stellung nahmen. Auf Wunsch Koerbers mußte Schollwer übrigens diesen Satz aus seinem Berichtsentwurf streichen.

[185] Am 31. Januar 1950 hatte Eisler auf einer Pressekonferenz in Berlin auf die Frage eines Journalisten hin bestätigt, daß die FDJ zu Pfingsten Aufmärsche in „ganz Berlin" plane. Honecker erklärte wenige Tage darauf, die deutsche Jugend werde zu Pfingsten den „Kriegshetzern" eine Lehre erteilen, „wie sie Deutschland bisher noch nicht gesehen" habe. Honecker ergänzte diese Drohung am 1. März durch eine weitere, indem er ankündigte, die FDJ werde notfalls „demokratische Zustände" in Westberlin herstellen. In einem von Kurt Barthel alias Kuba in einem für das Deutschlandtreffen geschaffenen Lied hieß es darum folgerichtig: „Die Freie Deutsche Jugend stürmt Berlin". Noch am 7. März versprach das Zentralorgan der FDJ, „Die Junge Welt", ihren Lesern: „Wir, die Freie Deutsche Jugend, werden unsere Forderung nach Freigabe der (West-)Berliner Straßen und Plätze unbeirrt fortsetzen". Dann verstummte plötzlich die Propaganda gegen Westberlin. Mitte April, nach einem Besuch Ulbrichts in Moskau, wurde der geplante Sturm der FDJ auf Westberlin endgültig abgeblasen. Die Sowjets hatten ihn verboten; sie wollten offenbar keinen Konflikt mit den westlichen Schutzmächten Berlins.

[186] Schollwer hatte in seinem Diskussionsbeitrag die gegenwärtigen Schwierigkeiten und Probleme der Partei dadurch zu „relativieren" versucht, daß er sehr betont die Bedeutung des „fortschrittlichen Liberalismus für die Beseitigung der Gegensätzlichkeiten zwischen Ost und West" hervorhob. Er machte zugleich die Zukunft der LDP und des Liberalismus zu einer Art Glaubensfrage und appellierte an die Bereitschaft zur Mitarbeit. AdL 6947–6, S. 1463 f.

[187] Der in den Satzungen der Partei nicht vorgesehene Führungsausschuß (FA) der LDP war zu Beginn des Jahres 1950 gebildet worden. Er ersetzte praktisch den Geschäftsführenden Vorstand in Fragen von entscheidender politischer Bedeutung und wurde insbesondere dann tätig, wenn kurzfristig Entscheidungen zu fällen waren. Über die personelle Zusammensetzung des FA liegen keine Unterlagen vor. Sie dürfte der des späteren politischen Ausschusses der LDP entsprochen haben, dem neben dem Parteivorsitzenden vor allem auch führende Funktionäre der Parteileitung angehörten.

[188] Bereits drei Tage danach, am 7. April 1950, beschlossen die Vorsitzenden der Parteien in der DDR bei einer Besprechung mit Wilhelm Pieck die Aufstellung einer Einheitsliste für die Wahlen am 15. Oktober.

[189] Seit der Kontroverse mit von Koerber am 28. Februar 1950 durfte Schollwer an Sitzungen des Geschäftsführenden Landesvorstandes nicht mehr teilnehmen.

[190] Mühlmann hat am 15. April sein Versprechen wahrgemacht und – als Vorsitzender des Parteigerichts – die beschuldigten Funktionäre aus der LDP ausgeschlossen.

[191] Zur Unterstützung Hilfsbedürftiger wurde im Oktober 1945 in der SBZ von den Blockparteien und dem FDGB die „Volkssolidarität" gegründet. Die Organisation befand sich von Anfang an fest in den Handen der Kommunisten. Die Hilfsak-

tion „Wir bauen auf" unterstand der „Volkssolidarität". Sie war in den ersten Jahren vorwiegend mit Enttrümmerungsarbeiten beschäftigt.

[192] Am 27.4.1950 erschien in der „Tagespost" eine Notiz („Funktionärskonferenz der Blockparteien"), in der für Freitag, den 28.4., 17.00 Uhr eine „gemeinsame Blockfunktionärskonferenz" im Stadtverordnetensitzungssaal angekündigt wurde. Es heißt dann weiter: „Es ist die Pflicht aller Parteien und Organisationen, ihre Funktionäre zu entsenden. Tagesordnung: Gemeinsame Wahlvorbereitungen und gemeinsames Wahlprogramm. Sprecher: Herr Schollwer (LDP)."

[193] Am 14. April 1945, abends zwischen 22.00 und 22.45 Uhr, wurde der historische Stadtkern von Potsdam durch einen Großangriff anglo-amerikanischer Bomber fast völlig vernichtet. Während – mit einer Ausnahme – die Kasernen von den Bomben verschont blieben, wurden von insgesamt 32000 Wohnungen 20300 beschädigt. 4500 waren nach dem Angriff unbewohnbar. Etwa 15000 Potsdamer waren obdachlos. Das schwer beschädigte Stadtschloß ließ die SED im Winter 1959/60 sprengen, den noch stehengebliebenen Turm der Garnisonskirche am 30. Juni 1968. Vom historischen Potsdam ist heute – von einigen wenigen Einzelgebäuden abgesehen – nur noch der Park von Sanssouci mit seinen Schlössern erhalten geblieben. Letzteres verdanken die Potsdamer übrigens dem sowjetischen Gardeoberleutnant Jewgenij Fjodorowitsch Luschuweit, der die Parkanlagen bei der Besetzung Potsdams durch die Rote Armee Ende April 1945 unter seinen persönlichen Schutz stellte.

[194] Diese Vermutung war richtig. Die SED-Zeitung „Märkische Volksstimme" berichtete unter der Schlagzeile „Großer Erfolg der zweiten gemeinsamen Funktionärskonferenz der Landeshauptstadt", daß auf dieser Tagung „Herr Schollwer (LDP) in einem vorzüglichen Referat die Zusammenarbeit skizzierte, die einen vollen Erfolg am 15. Oktober garantieren wird". Über Schollwers kritische Bemerkungen brachte die Zeitung kein Wort.

[195] An den vom Block oder der Nationalen Front festgelegten „Aufklärungssonntagen" begaben sich jeweils Agitationstrupps in die Häuser, um mit den Hausbewohnern über von der SED festgelegte politische Themen zu diskutieren. Diese Gespräche verliefen normalerweise recht einseitig. Die Hausbewohner äußerten sich nur selten zu den Propagandaphrasen der „Aufklärer" und warteten meist schweigend, bis die ungebetenen Gäste die Wohnungen wieder verlassen hatten.

[196] Mit Schreiben vom 5. Mai 1950 (Vertraulich – Verschlußsache) teilte der Minister des Inneren der LDP-Landesleitung mit, daß in der Anlage die „Personalunterlagen der Kollegen St., Sch., O. und Schollwer zurückgereicht" würden, „da sie die Voraussetzungen für den Besuch der Deutschen Verwaltungsakademie noch nicht erfüllen". Auf Schollwers Personalbogen fand sich die mit Bleistift geschriebene Notiz: „Vorschlag von der LDP – entf. f. DVA lt. R. mit LDP f. and. Funkt. vorgesehen". Mit wem von der LDP das Innenministerium Rücksprache genommen haben will und für welche anderen Funktionen Schollwer damals vorgesehen war, läßt sich nicht sagen.

[197] Am 16. Mai 1950 nahm der Demokratische Block in Berlin „nach einer in voller Einmütigkeit verlaufenen Aussprache" (Rundschreiben Nr. 21 des Landesverbandes Brandenburg der LDP vom 22.5.1950) einen Beschluß an, der zu den Wahlen folgende Erklärung enthielt: „Der Demokratische Block beschließt die gemeinsame Aufstellung von Kandidatenlisten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Diese Einmütigkeit wird der Festigung der demokratischen Ordnung, der Stärkung des Kampfes um die Einheit Deutschlands, dem Abzug der Besatzungstruppen und der Herstellung eines unabhängigen demokratischen Deutsch-

land im Sinne des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland dienen." AdL 6948–7, S. 1559.

[198] In diesem Referat versucht Schollwer in teils idealistischer Weise die Aufgabe der Liberalen in einer Welt zu kennzeichnen, die vom Krieg bedroht ist. Die liberale Tradition des Individualismus versteht er als „ernsthafte und unerbittliche Selbsterziehung" eines jeden einzelnen, die in der Summe zu einer ehrlichen und toleranten Gesellschaft führt. Er bejaht die Blockpolitik und spricht vorsichtig aus, daß der Einfluß der LDP in der DDR nicht ausreiche. Er warnt jedoch vor Resignation und Rückzug. Ein weiterer Schwerpunkt des Referates ist die nationale Einigung und das Verhältnis zu den Westdeutschen. Schollwer spricht sich für Beziehungen aus, die frei von Agitpropaganda sind. Wortlaut des Referates im AdL 6948–7, S. 1575–1593.

[199] Der Bericht ist im Anhang abgedruckt.

[200] In dem Rundschreiben Nr. 22 vom 30. Mai 1950 wurden darüber hinaus die Kreisverbände und Ortsgruppen „bis zum 8. 6. 1950 um namentliche Mitteilung derjenigen Mitglieder" gebeten, „die die Unterschrift unter der Erklärung der Parteileitung nicht vollzogen haben bzw. nicht vollziehen wollen und daher von ihren Aufgaben und Pflichten als politische Funktionäre zu entbinden sind. Namen wie die sonst erforderlichen Angaben der an ihre Stelle tretenden Funktionäre sind baldmöglichst dem Landesverband mitzuteilen. Für diese Maßnahme erwarten wir volles Verständnis, denn für eine das politische Leben gestaltende Partei ist es untragbar, wenn ihre Funktionäre die Politik der Parteileitung nicht vorbehaltlos unterstützen. Die politische Bedeutung der bis zum 8. 6. 1950 erbetenen Vorlagen – Stellungnahme der Kreisverbände und größeren Ortsgruppen sowie die abschließende Aufstellung des Funktionärskörpers – braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Nichtbefolgen dieser Aufforderung wird als Verstoß gegen die Parteidisziplin angesehen." AdL 6947–7, S. 1596.

[201] Am 6. Juni 1950 richtete Schollwer an den Geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes Brandenburg der LDP folgendes Schreiben: „Hiermit kündige ich meine Stellung als Landessekretär beim Landesverband Brandenburg der LDP mit dem 15. Juni zum 1. August 1950. Auf Grund meiner am 5. Juni mit Herrn Dr. Mühlmann gehabten Unterredung bitte ich um meine sofortige Beurlaubung bis zum Ausscheiden aus der Landesleitung am 1. August. Gleichzeitig bitte ich den Vorstand, mich von meiner Mitgliedschaft zum Hauptausschuß und zum Jugendbeirat bei der Parteileitung entbinden zu wollen." (AdL 6947, S. 1602) Am 27. Juni teilte er den Vorsitzenden des Hauptausschusses und des Jugendbeirates mit, daß er seine Ämter in diesen Parteigremien „hiermit niederlege". Der Landesverband weigerte sich übrigens, Schollwer das Juli-Gehalt zu zahlen, zunächst sogar auch das Gehalt für den Monat Juni. Er mußte beim Kreisverband ein Darlehen aufnehmen, um seinen laufenden Verpflichtungen nachkommen zu können.

[202] Der Termin des Eintritts in die Landesversicherungsanstalt wurde mehrfach hinausgeschoben. Auf eine schriftliche Rückfrage erhielt Schollwer am 17. August die Mitteilung, daß seine Einstellung in die LVA nach einer Intervention der Landesregierung mit der Begründung abgelehnt worden sei, man habe für ihn eine andere Aufgabe vorgesehen. Zwei Tage darauf erfuhr er, daß man ihm nach wie vor den Posten eines Landessekretärs der Nationalen Front zugedacht habe.

[203] Der Verlag Eduard Stichnote wurde im Herbst 1950 von der SED als „amerikanische Spionagezentrale" denunziert, vermutlich, um sich in den Besitz der zum Verlag gehörenden Druckerei – eine der modernsten und bedeutendsten der DDR – zu setzen. Der Firmeninhaber, Werner E. Stichnote, ging daraufhin in den Westen und erwarb dort „Bürgers Taschenbücher", aus denen mit seinem Eintritt bei Ull-

stein 1954 die Reihe der Ullstein-Taschenbücher hervorging. Von 1968 bis 1971 war Stichnote Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels.

[204] Laut „Der Spiegel" Nr. 12/1984 vom 19.3.1984, S. 47, soll Kastner „in Gehlens Auftrag" gearbeitet haben. „Seine Frau schaffte in BH und Hüftgürtel Dokumente über die West-Berliner Sektorengrenze, im Dienstwagen ihres Mannes."

[205] Im Mittelpunkt dieses Tages der „Deutsch-Polnischen Freundschaft" stand das am 6. Juli 1950 von Grotewohl in Görlitz unterzeichnete Abkommen über die „deutsch-polnische Friedensgrenze". Das Datum des 22. Juli wurde von der SED in Erinnerung an die Gründung der Volksrepublik Polen am 22. Juli 1944 gewählt.

[206] §9, Abs. 11 der Geschäftsordnung (nicht der Satzung, wie es fälschlich im Rundschreiben hieß) der LDP vom 27.2.1949 lautete: „Eine Wahl kann nur stattfinden, wenn bei Mitgliederversammlungen mehr als ein Drittel oder bei Vertreterversammlungen mehr als zwei Drittel der Stimmberechtigten anwesend sind. Werden diese Bedingungen nicht erreicht, so wählt innerhalb von drei Wochen eine zweite Versammlung oder ein zweiter Vertretertag ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden." AdL 6947–2, S. 541.

[207] Nach diesem Schlüssel wurden der LDP in Kreistagen mit 30 Abgeordneten 4, mit 40 Abgeordneten 6 und mit 50 Abgeordneten 7 Vertreter zugestanden. Ähnlich ungünstig war der Schlüssel für die LDP in den Gemeinden. Bei insgesamt 9 Gemeindevertretern erhielt die Partei 2, bei 30 Gemeindevertretern 4 und bei 70 Gemeindevertretern 9 Abgeordnete. AdL 6948–7, S. 1642.

[208] Erst am 18.9. wurde Schollwer per Post eine vorgedruckte Erklärung zugeleitet, mit der er nachträglich seine Zustimmung dazu geben sollte, daß sein Name auf den Wahlvorschlag der Nationalen Front für das Potsdamer Stadtparlament gesetzt worden war. Eine unausgefüllte Erklärung liegt bei den Akten Schollwers im AdL 6948–7, S. 1726.

[209] Die in der Zeit vom 31.8. bis 12.9. laufende zweite Versammlungswelle in Potsdam diente der Darlegung der politischen Ziele des Regimes durch die Kandidaten der Nationalen Front. Nach der vorangegangenen Berichterstattungskampagne war es deren Aufgabe, vor der Bevölkerung Bekenntnisse zur Nationalen Front, zur Blockpolitik, zur „antifaschistisch-demokratischen Ordnung" der DDR sowie vor allem zur sowjetischen Deutschlandpolitik abzulegen.

[210] In seiner „Kandidaten-Rede" vermied Schollwer die obligatorische Aufforderung, am 15. Oktober den Kandidaten der Einheitsliste die Stimme zu geben. Statt dessen lautete seine Schlußpassage doppeldeutig: „Geben Sie Ihre Stimme ab für den Frieden, für die Einigung unseres Vaterlandes und für eine bessere Zukunft der Menschheit. Entscheiden Sie im Bewußtsein der großen Verantwortung, die Sie damit für unser Volk und für den Frieden tragen!" (AdL 6948–7, S. 1693). Er glaubte damals, mit diesen Formeln die Zuhörer zum Nein oder doch wenigstens zur Stimmenthaltung aufgerufen zu haben. Die von Schollwer in seiner Rede erwähnten Wahlergebnisse unter Hitler mit ihren „99,8% Ja-Stimmen" wurden am 15. Oktober tatsächlich auch von der SED fast erreicht: nämlich 99,72% Ja-Stimmen für die Einheitsliste.

[211] Auf Vorschlag und durch Vermittlung einer Kollegin aus der Landesleitung hatte Schollwer sich am 14. September für eine Tätigkeit im Volksbildungsministerium des Landes Brandenburg beworben. Entgegen allen Erwartungen war diese Bewerbung erfolgreich. Wenige Tage vor seiner Flucht nach Westberlin erhielt er bei einer Vorsprache im Ministerium am 25. Oktober die Mitteilung, daß er mit einer Anstellung rechnen könne.

[212] Piecks vier Seiten umfassender, gedruckter Brief trug das Datum vom 1. Oktober 1950; er wurde an alle Haushaltungen in der DDR verteilt. Der DDR-Staatspräsident versuchte darin nicht nur die Angst der Bevölkerung vor einem neuen Krieg für die Abstimmung am 15. Oktober nutzbar zu machen, sondern hielt auch nicht mit eindrucksvollen Versprechungen zurück. Im Zusammenhang mit dem ersten Fünf-Jahres-Plan kündigte Pieck eine Verdoppelung der industriellen Produktion gegenüber dem Jahr 1936, die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung um 25%, eine Erhöhung des Volkseinkommens um „mehr als 60%", den Ausbau des Verkehrswesens, die Schaffung einer Hochseeflotte sowie das Planziel an, daß sich Ein- und Ausfuhr „vervielfachen" würden. AdL 6948–7, S. 1731–1734.

[213] Eine fieberhafte Erkrankung bot Schollwer Gelegenheit, sich von einem Arzt Arbeitsunfähigkeit attestieren und so von weiteren Auftritten im „Wahlkampf" befreien zu lassen.

[214] Die Wähler erhielten Stimmzettel ausgehändigt, auf denen lediglich die Kandidaten der Nationalen Front für die Volkskammer, für den Landtag, den Kreistag und die Gemeindevertretung aufgeführt waren. Wahlumschläge waren nicht vorrätig und Kreise zum Einzeichnen der Ja- oder Nein-Stimme nicht vorgesehen. Die Benutzung der Wahlzelle bedeutete unter diesen Umständen fast eine offene Demonstration des Wählers gegen die Einheitsliste. In ganz Potsdam wurden darum auch nur 62 gegen die Kandidaten der Nationalen Front gerichtete Stimmen und 40 ungültige Stimmen festgestellt. Wahlberechtigt waren in Potsdam-Stadt 93672 Personen, von denen 89656 = 95,71% ihre Stimme abgaben. 89554 Potsdamer „stimmten" für die Kandidaten der Nationalen Front.

[215] Eine indirekte Bekanntgabe dieses Schrittes durch die DDR-Behörden erfolgte Ende Januar 1951 in der „Tagespost" durch eine Mitteilung des Rates der Landeshauptstadt Potsdam vom 25. 1. 1951 („Neuer Stadtverordneter"), derzufolge „der Stadtverordnete Wolfgang Schollwer (LDP) ... aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschieden" sei. Wenige Tage nach der Flucht erschienen übrigens Beamte des MGB in der Wohnung von Schollwers Mutter in Potsdam, um ihn zu sprechen.

Dokumente

Jugendarbeit der LDP

Dokument 1

Schreiben Rudolf Bätchers (Jugendreferent des LV Brandenburg der LDP) an Wolfgang Schollwer vom 11.5.1948 zur Arbeit des „Ausschusses zur Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums" (AdL 6947–1, S. 207). Im April 1948 hatte Volksbildungsminister Rücker einen „Ausschuß zur Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums" eingesetzt. Den Vorsitz dieses Ausschusses übernahm der FDGB, den geschäftsführenden Vorsitz die FDJ.

Betr.: Arbeiter- und Bauern-Studium.
Folgende Richtlinien wollen Sie künftig im Ausschuß für Arbeiter- und Bauern-Studium berücksichtigen:

a) Stipendien

Von der Voraussetzung ausgehend, daß jedem begabten jungen Menschen die Möglichkeit des Studiums offenstehen soll, muß der Genuß von Stipendien der minderbemittelten Bevölkerung vorbehalten bleiben. Hierzu zählen in erster Linie Arbeiter- und Kleinbauernfamilien, jedoch müßten auch die Kinder von Angestellten und Klein-Handwerkern berücksichtigt werden.

b) Zulassung zum Studium

Die Zulassung muß nach Auffassung der LDP allein nach der Beurteilung der Fähigkeiten erfolgen. Parteizugehörigkeit und Herkunft dürfen hierbei keine Rolle spielen. Es ist selbstverständlich, daß Bewerber, deren demokratische Einstellung zweifelhaft ist, von der Hochschule ausgeschlossen bleiben. Das Recht zum Studium muß jedem befähigten Staatsbürger gleichermaßen offenstehen, eine Auswahl nach proletarischer oder bürgerlicher Herkunft wird als unvereinbar mit der liberalen Auffassung über die freie Entwicklung der Persönlichkeit abgelehnt. Unter diesem Gesichtspunkt kann die LDP zwar der Notwendigkeit einer Garantie, Arbeiterkinder usw. bei der Zulassung zum Studium mit voller Gleichberechtigung zu behandeln, zustimmen; die Festlegung einer prozentualen Quote für die Zulassung muß jedoch als unsozial und der liberalen Auffassung entgegengesetzt zurückgewiesen werden.

Der Vorstand des Landesverbandes wird sich in Kürze mit dieser Frage befassen, und wir bitten Sie, einen Bericht über die vorgenannten Fragen, in Sonderheit unter möglichst genauer Wiedergabe der Ausführungen des Ministers für Volksbildung, vorzulegen.

Den von Bätcher gewünschten Bericht legte Schollwer am 19. Mai 1948 vor. In einem ersten Teil gab er Rückers Forderungen nach einer „sozialen Umwälzung im Hochschulwesen" wieder, ging in einem zweiten Teil auf die Arbeit des Ausschusses ein, der sein Hauptaugenmerk auf die soziale Herkunft und das politische Engagement lege, um dann abschließend zu folgendem Urteil zu kommen:
„Zusammenfassend kann man wohl sagen, daß diese Kommission keinerlei Möglichkeit zur wirklichen Mitarbeit unserer Partei bietet. All die dort vertretenen Tendenzen – seien sie nun politischer oder überspitzt sozialer Natur – lassen sich mit unserem liberaldemokratischen Gedankengut in keiner Weise vereinbaren! Der Vertreter der CDU hat sich bereits nach der ersten oder zweiten Sitzung zurückgezogen und auch für uns Liberaldemokraten dürfte m. E. kein Platz mehr sein in einer Institution, deren Bestreben es allein ist, ihre einseitigen parteipolitischen Ziele dem Hochschulwesen aufzuoktroyieren und die ostdeutschen Universitäten zu Parteiuniversitäten der SED zu machen. Gegen diese Machenschaften kann ich als einziger Vertreter der ‚bürgerlichen' Richtung gegenüber der Masse der kommunistischen Organisationen mit Erfolg natürlich nicht angehen. Die Gefahren einer einseitigen Hochschulpolitik abzuwenden muß den Landtagen und vor allem auch der Zonenleitung in erster Linie vorbehalten bleiben!" (AdL 6947–1, S. 211)

Dokument 2

Rudolf Bätcher (Jugendreferent des LV Brandenburg der LDP): Richtlinien für die Jugendarbeit in der LDP vom 22.10.1948 (AdL 6947–2, S. 350).

1. Zweck
a) Festlegung einer zielbewußten Jugendpolitik in der Parteiarbeit.
b) Wahrnehmung der Jugendinteressen den Organen der Partei gegenüber.
c) Einordnung der jugendlichen Mitglieder in die politische Arbeit der Partei.
d) Durchführung der von den Parteiorganen in der Jugendpolitik beschlossenen Maßnahmen.

2. Organe
a) Bei der Parteileitung und bei den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden sind Jugendausschüsse zu bilden. Sie sollen auch bei den nachgeordneten Verbänden gegründet werden.
b) Nach Maßgabe der Satzung der LDP sind in die Vorstände aller Parteigliederungen Jugendliche in angemessener Zahl zu wählen. Sie werden von den zuständigen Jugendausschüssen als Jugendvertreter vorgeschlagen.
d) Durch die Vorstände der Parteigliederungen sind Jugendreferenten zu berufen. Sie werden hauptamtlich angestellt und können in dieser Eigenschaft nicht Mitglieder des sie berufenden Vorstandes sein. Ihre Berufung erfolgt mit Einverständnis des Jugendausschusses. Für besondere Aufgaben innerhalb des Jugendreferates können Jugendsekretäre in gleicher Weise als Sachbearbeiter angestellt werden.

3. Arbeitsweise
a) Die Jugendausschüsse werden satzungsgemäß gebildet und arbeiten nach ihrer Geschäftsordnung. Die Beschlüsse der Jugendausschüsse

sind dem zuständigen Vorstand zur Billigung vorzulegen. Die Vorsitzenden der Jugendausschüsse sollen nicht zugleich Jugendreferenten sein.

b) Auf Grund der Beschlüsse der Jugendausschüsse sind die Belange der Jugend durch die Jugendvertreter in den Vorständen vertreten. Sie haben an allen Sitzungen der Jugendausschüsse teilzunehmen. Auf Grund ihrer Vorschläge wird die Arbeitsweise der Jugendreferenten durch den Vorstand bestimmt.

c) Die Jugendreferenten arbeiten nach den von den Vorständen in Verbindung mit den Jugendausschüssen beschlossenen Richtlinien. Sie sorgen für eine enge Verbindung zwischen Jugendausschuß und Vorstand.

Die Jugendarbeit ist ein Teil der politischen Arbeit der Partei, deshalb ist eine gute Zusammenarbeit dringendstes Erfordernis. Die vorstehenden Richtlinien sollen eine Klarstellung der Begriffe herbeiführen. Die Landesverbände und die ihnen nachgeordneten Parteiverbände werden gebeten, die Jugendarbeit in ihren Verbänden diesem Organisationsplan alsbald anzugleichen.

Dokument 3

Rudolf Bätcher: „Die Jugendarbeit in Partei und Jugendorganisation". Manuskript eines Referates, von W. Schollwer handschriftlich mit dem Eingangsvermerk 27./28.11.1948 versehen (AdL 6947–2, S. 405–413).

Die Jugendarbeit in der Partei ist eigentlich nichts anderes als unsere parteipolitische Tätigkeit überhaupt, nur daß sie unter besonderen Bedingungen geleistet wird. Das Ziel der Jugendarbeit ist darum auch in keiner Weise von dem der Gesamtpartei zu trennen, sondern es muß ein harmonisches Glied gemeinsamer Arbeit sein.

Ich trenne meine Ausführungen in zwei Gebiete, in die der innerparteilichen Arbeit und die der Mitarbeit in staatlichen Organen und in den Jugendorganisationen. Für das Leben der Partei ist die erstere von entscheidender Bedeutung. Bedenken wir aber, daß die Partei nicht einem Selbstzweck dient, dann wird der Jugendarbeit in den Verwaltungen und in den Jugendorganisationen der Vorrang zu geben sein.

Die Jugendarbeit innerhalb der Partei wird in erster Linie vom Standpunkt der Einordnung der jugendlichen Kräfte in die allgemeine Parteiarbeit zu betrachten sein. Keinesfalls darf sie zu Differenzen zwischen den Generationen oder gar zu einer Kampfstellung zwischen ihnen führen. Wie wir gegen den Klassenkampf sind, so lehnen wir auch den Generationskampf ab, und dem Volke, oder besonders der Jugend, wird ja nicht dadurch geholfen, daß man verschiedene Interessen der Generation gegeneinander ausspielt, oder sie übertreibt, sondern, daß man die älteren und jüngeren Glieder eines Volkes oder hier einer Partei in kameradschaftlichem Verständnis zusammenführt und einander näherbringt. Die Partei

muß auf die ganze Jugend wirken. Sie hat deshalb vornehmlich zu allen Problemen der Jugend Stellung zu nehmen. Damit sie das kann, werden die jugendlichen Mitglieder der Partei alles Material zusammentragen, um den leitenden Persönlichkeiten der Partei ein verständliches Bild ihrer Sorgen zu vermitteln und damit eine volksverbundene Betrachtungsweise der Jugendprobleme zu ermöglichen, d. h., daß das Programm der LDP in klarer Weise hierzu Stellung nimmt und zielbewußt für die Interessen der jugendlichen Mitglieder und damit der deutschen Jugend eintritt. Die Verbreitung unserer Anschauung wird zum großen Teil den Jugendlichen selbst überlassen sein müssen und sie gehen erfahrungsgemäß mit einem beachtlichen Elan an diese Aufgabe. Die Wahrnehmung der Jugendinteressen innerhalb der Partei, eben zum Zwecke der Wirkung nach außen, macht verschiedene Voraussetzungen notwendig. Die Heranführung jugendlicher Kräfte an die Parteiarbeit ist ihre Grundbedingung. Die Jugendlichen selbst fordern ihr Teil an der Verantwortung. Die ältere Generation muß sich verpflichtet fühlen, ihnen den Weg in die Verantwortung zu öffnen und ihn leicht zu machen. Sie muß vor allem dafür sorgen, daß sie das nötige Verständnis für die politischen Verhältnisse unserer Zeit erwerben können und sich damit in die allgemeine Linie der Partei einzufügen in der Lage sind.

Die Forderung der Jugendlichen nach Beteiligung in der Arbeit der Vorstände ist ein schönes Zeichen ihres Willens zur Aktivität und kann durch die verantwortlichen Parteifunktionäre nicht genug gefördert werden; denn Verständnis für politische Dinge und die Freude an aktiver Arbeit erwirbt man in erhöhtem Maße, wenn man selbst an mitverantwortlicher Stelle eingesetzt wird. Infolgedessen wird man ganz von selbst dazu übergehen, die Jugendlichen noch mehr als bisher als Abgeordnete in die Parlamente zu nehmen. Gewiß haben ältere Parteifreunde oftmals größeren Anspruch hierauf durch längere Tätigkeit; aber die Arbeit unserer Fraktionen zeigt, daß eine Verjüngung durchaus angebracht, in einzelnen Fällen dringend erforderlich ist.

Ein besonderes Augenmerk wäre auch dem Ausbau der Organisation der Jugendarbeit zuzuwenden, damit das Werben der Partei um die deutsche Jugend gleichmäßig in allen Ländern und Kreisen eine bessere Grundlage erhält.

Innerhalb der Partei wurden drei Organe geschaffen, die sich mit allen Angelegenheiten der Jugend zu befassen haben. Die Jugendreferenten bei den Parteiverbänden sind die ausführenden Organe der gefaßten Beschlüsse und arbeiten wie alle anderen Referenten nach den Anweisungen ihrer Vorstände. Die Erkenntnis, daß unsere älteren Parteifreunde nicht so viel Zeit und auch manchmal nicht genügend Verständnis für die Belange der Jugend aufbringen, machte es notwendig, daß in die Vorstände besondere Vertreter der Jugend gewählt wurden. Damit ist den jugendlichen Parteifreunden dann eine schöne Gelegenheit gegeben, ihre Ansichten im

Vorstand selbst zur Geltung zu bringen und für ihre Verwirklichung zu sorgen. Andernfalls kann festgestellt werden, daß gerade diese jungen Funktionäre zu der Aktivierung der Vorstandsarbeit erheblich beizutragen vermögen. Um aber aus den unteren Verbänden möglichst viele Anregungen auf diesem Gebiete zusammenzubringen und die Jugendarbeit der einzelnen Gruppen möglichst zu koordinieren, wurden die Jugendausschüsse gebildet. Ihre Arbeit wird am besten dadurch anerkannt, daß trotz der bestehenden Schwierigkeiten diese Ausschüsse bis zu den Kreis- und Stadtverbänden eine lebhafte Tätigkeit entwickeln.

Bevor ich auf besondere Probleme unserer Jugendarbeit eingehe, möchte ich zunächst die außerparteiliche Betätigung unserer jugendlichen Mitarbeiter betrachten.

Zu unserer Stellung den Jugendorganisationen der Zone und Berlins gegenüber muß zuerst der liberale Standpunkt ohne Rücksicht auf die zeitlichen Verhältnisse ausgesprochen werden. Liberal bedeutet auch hier Freizügigkeit und eine liberale Partei müßte infolgedessen auch für ein freies Jugendleben und für die freie Entwicklung voneinander unabhängiger Jugendorganisationen eintreten. Diese müßten in der Lage sein, den Eigenarten jugendlichen Lebens Rechnung zu tragen und in gegenseitigem Wettbewerb Ansporn zur Höchstleistung zu geben. Wie die Verhältnisse in der Ostzone zu einer Zusammenfassung der politischen Kräfte in der Blockpolitik geführt haben, so ging nach dem Zusammenbruch auch in der Jugend die Neigung dahin, alles Trennende beiseite zu lassen und den Versuch der Zusammenfassung aller jugendlichen Kräfte in einer Organisation zu machen. Für uns müßte die Grundforderung bei einer solchen Einrichtung unbedingte Überparteilichkeit sein. Unter diesem Gesichtspunkt fand sich die LDP mit der getroffenen Lösung, die Freie Deutsche Jugend als einzige Jugendorganisation in der Ostzone anzuerkennen, ab. Wir waren uns von Anfang an darüber klar, daß der Gedanke einer Einheitsbewegung die Gefahr politisch einseitiger Ausrichtung mit sich bringen würde. Wenn einzelne Jugendorganisationen die Gefahr des politischen Mißbrauchs durch bestimmte Parteirichtungen in sich tragen, so könnte eine derartige Entwicklung einer Einheitsbewegung Folgen mit sich bringen, die von uns nicht zu vertreten sind. Von Anfang an wurde deshalb von uns immer wieder an die Überparteilichkeit erinnert und da, wo sie aus dem Egoismus einer bestimmten Weltanschauung heraus außer acht gelassen wurde, kam es dann auch stets zu Differenzen. Die Entwicklung in Berlin war einen anderen Weg gegangen und hatte bald zur Zulassung mehrerer Jugendverbände geführt. Die Vergleichsmöglichkeiten für ihre Leistungen gegenüber denen der FDJ in der Ostzone sind wegen der verschiedenen Verhältnisse ungünstig. Man kann aber nicht feststellen, daß die Berliner Lösung größere Erfolge gezeitigt hätte.

In diesem Zusammenhang wäre noch einiges über die Bedeutung von Jugendorganisationen zu sagen. Der Beginn der Entwicklung deutscher

Jugendorganisationen liegt bei Ende der Befreiungskriege in der Gründung deutscher Burschenschaften. Sie kämpften in jener Zeit mit allen freiheitlich gesinnten Deutschen und fanden ihre Bewährung im Revolutionsjahr 1848. Erst mit Ausgang des 19. Jahrhunderts kam mit der Gründung der Wandervögel eine Jugendorganisation bürgerlicher Art auf, die im Drang nach fortschrittlicher Entwicklung sich bewußt in eine Oppositionsstellung zur älteren Generation setzte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildeten sich die Pfadfinder nach englischem Muster. Auch sie waren politisch nicht gebunden, standen aber auf dem Boden des damaligen Systems. Unter Führung katholischer Geistlicher bildete sich 1910 die Organisation „Quickborn". Weitere kleinere Verbände folgten. Nach dem Weltkrieg schlossen sich Pfadfinder und Wandervögel zur Bündischen Jugend zusammen. Um 1910 liegen auch die ersten Ansätze der Arbeiterjugendbewegung, die sich bis zur Machtübernahme durch Hitler weiter entwickelten.

Die LDP lehnt die Bildung von Partei-Jugendorganisationen grundsätzlich ab, weil sie erfahrungsgemäß in den Kampf der politischen Anschauungen hineingezogen werden und nur eine Steigerung der politischen Leidenschaften mit sich bringen. Die Jugend neigt stets zu einer radikaleren Denkungsweise und läßt sich auch leicht zu unverantwortlicher Tat hinreißen. Zweck einer Jugendorganisation muß im Gegenteil sein, eine Veredlung der wirkenden Kräfte anzustreben und die jugendliche Phantasie auf den Boden klarer politischer Beurteilung zu lenken.

Man kann die Jugend dazu bringen, Schlagworte und politische Phrasen auswendig zu lernen; aber wenn ein Volk den Weg zu einer freien Demokratie erstrebt, bilden solche Persönlichkeiten nur eine Gefahr, da sie ohne eigene Überlegung bereit sind, irgendwelchen Schönsprechern nachzulaufen. Wir erleben diese Art von Politikern oftmals in unseren Diskussionen. Mit jugendlichen Marxisten, die ohne Verständnis für den tiefen Sinn ihrer Weltanschauung eine eingelernte Dogmatik von sich geben. Es ist immer wieder erfreulich, wenn wir dagegen aus den Kreisen unserer Partei von jungen Menschen, die oftmals keinerlei politische Schulung genossen haben, Dinge aussprechen hören, die von tiefem Empfinden und innerer Überzeugung getragen sind. Sie sind deshalb auch ohne weiteres in ihrer Wirkung den Vertretern anderer Weltanschauungen überlegen.

Unser Verhältnis zur Freien Deutschen Jugend wurde in letzter Zeit mehrfach getrübt durch Probleme, in denen wir grundsätzlich anderer Auffassung sind. Seit längerer Zeit war dies die Frage der Herabsetzung des Wahlalters, die von uns, aus der Überlegung heraus, daß das Wahlrecht politisch unreifen oder leicht zu beeinflussenden Persönlichkeiten nicht gegeben werden soll, verneint wurde. Die neue Organisation des Sportes, für die gerade aus unserem Kreise so viele wertvolle Anregungen kamen, wurde in einer Art vorgenommen, die unseren Auffassungen zumindest fremd ist. Die Übergabe der neuen Sportbewegung in die Hände

der FDJ und des FDGB beseitigt zwar die Gefahr militaristischer oder faschistischer Betätigung, sie kann aber die Entwicklung des Sportes nicht so fördern, wie wir es uns mit der Bildung freier Sportvereine vorgestellt haben.

War schon unsere Zustimmung zu einer jugendlichen Einheitsbewegung mit Zurückhaltung gegeben worden, so mußten wir sie bei der Ausdehnung dieser Organisation auf Kinder bis zu 6 Jahren versagen. Die organisatorische Erfassung von Kindern zum Zwecke der Eingewöhnung in eine bestimmte Denkungsart lehnen wir ab. Man darf den Kindern die politische Entscheidung nicht vorwegnehmen oder sie auf eine bestimmte Richtung hin leiten, sondern die Erfahrung des Lebens erst kann eine politische Entscheidung herbeiführen.

Sowohl in der FDJ als auch in der Kindervereinigung wird die materialistische Weltanschauung bevorzugt. Wir müssen uns dagegen wehren, daß sie als Grundlage des Marxismus allein bei der Erziehung der Jugend zur Geltung kommt.

Die LDP hat zu verschiedenen Problemen der Jugend gerade in der letzten Zeit Stellung genommen, so daß ich sie zweckmäßigerweise wenigstens kurz hier erwähne. Wir sind der Auffassung, daß Jugendliche, die eine ordentliche Schule und Berufsausbildung hinter sich gebracht haben, am besten die Voraussetzungen für einen späteren ordentlichen Staatsbürger mitbringen. Verwahrlosung der Jugend würde eine Belastung für die Zukunft unseres Volkes sein, da aus ihr die Anfänge krimineller und asozialer Verirrungen herzuleiten sind. Die LDP hat sich daher für eine Verbesserung der Berufsausbildung, insbesondere des Prüfungswesens und der Berufsschule eingesetzt, wobei wir die Einrichtung von Werkberufsschulen zwar als Mittel der Förderung, aber nicht als einziges Mittel ansehen. Auch die Ablehnung der Gelegenheitsarbeit für Jugendliche kommt aus dieser Auffassung. Die Beseitigung jugendlicher Arbeitslosigkeit ist eine der wichtigsten Fragen in diesem Zusammenhang und besonders die Leiter von Privatbetrieben, die so zahlreich in unserer Partei vertreten sind, müssen immer wieder auf die Notwendigkeit einer vermehrten Einstellung von Lehrlingen hingewiesen werden. Die Jugendlichen, die eine Lehrstelle nicht sogleich erhalten können, wären nach unserer Auffassung in allgemein bildende Berufsschulen unterzubringen.

Die Frage des Nachwuchses der Hochschulen hat bereits zu Auseinandersetzungen zwischen der Zentralverwaltung für Volksbildung und der LDP geführt. Einseitige Bevorzugung von Arbeiter- und Bauernstudenten findet unsere Billigung nicht, da wir nicht eine Umkehrung des alten Bildungsprivilegs wünschen, sondern auch hier das Prinzip der besten Leistung angewandt wissen wollen.

In der Verwaltung wurden die Jugendämter neu organisiert und durch die Schaffung von Jugendbeiräten und Jugendkommissionen in den Gemeinden auf eine breitere Basis gestellt; zwar sind in diesen Kommissio-

nen die Parteien nicht vertreten, aber auf Grund der Abmachungen der Blockpolitik müßte es selbstverständlich sein, daß auch die LDP im Verhältnis ihrer Stärke bei der Besetzung der Jugendämter beteiligt sein müßte; denn hierbei geht es nicht darum allein, uns einen Anteil an dem Einfluß auf die Jugend zu sichern, sondern vielmehr darum, die Kräfte der LDP mit für die Verbesserung der Lage der jüngeren Generation sinnvoll einzubauen. Zwar sind im allgemeinen diese Jugendämter nicht allein mit Jugendlichen besetzt, und wir halten das auch für richtig, denn es geht nicht nur um jugendliche Interessenvertretung hierbei, sondern vor allem auch um die Fürsorge für die Jugend, an der alle Kräfte beteiligt sein sollen. Die LDP wird sich in verstärktem Maße um die Tätigkeit der Jugendämter kümmern müssen, obwohl ihr von der verantwortlichen Dienststelle diese Aufgabe nicht gerade leicht gemacht wird.

In diesem Zusammenhang muß besonders noch eine Frage behandelt werden, die in vielen Fällen störend auf die Arbeit der Jugend innerhalb der Partei gewirkt hat. Sie steht in engster Beziehung zu der weltpolitischen Situation, die auf alle politisch denkenden Menschen selbstverständlich nicht ohne Eindruck bleiben kann.

Die Gründe, die zur Trennung der Schwennicke-Gruppe von dem Zonenverband der LDP führten, sind bekannt und jeder einsichtige Politiker ist davon überzeugt, daß die Politik aggressiver Angriffe gegen die herrschende Besatzungsmacht nicht im Interesse unseres Volkes liegen kann; dennoch bleibt die Haltung des Schwennicke-Verbandes nicht ohne Wirkung auf die Parteifreunde in der Zone. Für verantwortungslose Politiker ist es vielleicht eine Genugtuung, die Besatzungsmacht mit den Schwierigkeiten unserer Zeit, deren Ursachen wir doch so genau kennen, zu belasten und mit Angreifen auf ihre Politik billige Propagandaerfolge zu erzielen. Wir, die wir alles daran setzen, aus den Trümmern des Zusammenbruchs wieder einen Staat der Ordnung zu bauen, können selbstverständlich nicht erfolgreich arbeiten in einer Kampfstellung gegen die Besatzungsmacht. Andererseits wird jeder verstehen, daß die sowjetische Militäradministration eine Verbindung zu den offenbar unter dem Einfluß der westlichen Besatzungsmächte stehenden Berliner Gruppen in der politischen Krise eine unfreundliche Haltung gegen sich erblicken wird. Aus dieser Tatsache erklärt sich auch, daß in Fällen, wo eine Verbindung von Parteifreunden zu der Schwennicke-Gruppe oder ähnlichen Berliner Organen festgestellt wurde, scharfe Maßnahmen hiergegen angewendet wurden. Bei jeder Verbindung zu diesen Organen wird selbstverständlich der Verdacht illegaler Arbeit gegen die sowjetische Besatzungsmacht nicht zu entkräften sein. Wir können deshalb besonders unseren jugendlichen Parteifreunden nur raten, in klarer Erkenntnis der politischen Situation sich an die vom Zentralvorstand gefaßten Beschlüsse zu halten. Ein organisches Zusammenwirken der jugendlichen Kräfte mit der älteren Generation innerhalb der Partei ist für die Verbreitung unserer liberalen Idee not-

wendig. Sie ist auch erforderlich für die Gewinnung jugendlicher Mitglieder. Wir müssen daran denken, daß unsere Partei jung bleiben muß, wie auch der Liberalismus selbst immer jung gewesen ist. Unsere Arbeit in den Jugendorganisationen und unsere Mitwirkung in den Organen der Behörden wird neben der Sorge und Hilfe für die Jugend verhindern müssen, daß die deutsche Jugend in einer bestimmten politischen Richtung erzogen wird. Wir wissen, daß sich Weltanschauungen verschiedener Auffassung hier auseinandersetzen. Wir haben unser Teil an dieser Auseinandersetzung zu übernehmen. Wir wollen dazu beitragen, daß die Jugend im Geiste der Freiheit und der abendländischen Kultur aufwachsen kann. Gerade die Jugend wird nach neuen Wegen suchen müssen, und es wird nicht nur darauf ankommen, ihr das nötige Wissen zugänglich zu machen, sondern sie dazu zu bringen, dieses zu begreifen und in den großen Zusammenhängen zu verstehen. Wir werden unseren Teil daran übernehmen, weil wir wissen, daß unser Volk nur leben kann, wenn es wirklich frei ist. Wir wollen im besten Sinne des Wortes wieder Menschen werden und anerkennen, daß auch unsere Mitbürger solche sind, und unter der Fahne der Freiheit wird die deutsche Jugend mit Begeisterung an unserer Arbeit mithelfen.

Dokument 4

Schreiben Wolfgang Schollwer (Jugendreferent beim Landesverband Brandenburg der LDP) vom 1.3.1949 an die Jugendreferate der Kreisverbände zur Neuorganisation der Jugendarbeit (AdL 6947–3, S. 545f.).

Betrifft: Mitarbeit der Jugend in der Partei
Bezug: Schreiben der Parteileitung vom 17.2.1949;

Der Jugendausschuß bei der Parteileitung hat sich in seiner Sitzung am 20.1.1949 mit der Frage einer verstärkten und verantwortungsvolleren Mitarbeit der Jugend innerhalb der Partei befaßt. Nach den Ausführungen des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Dr. Hamann wurde Übereinstimmung darin erzielt, daß für die Tätigkeit der jugendlichen Parteifreunde neue Wege gesucht werden müssen. Mit der genauen Ausarbeitung wurde eine Kommission beauftragt, deren Vorschlag am 14.2. vom zentralen Parteivorstand in der nachstehenden Form bestätigt wurde. Der Frauenausschuß hatte sich dieser Regelung angeschlossen.

1) Die weiblichen und jugendlichen Funktionäre sind in verstärktem Maße an der verantwortlichen Tätigkeit der Partei zu beteiligen.
2) Die zuständigen Ämter aller Parteigliederungen sind mit Frauen und Jugendlichen im Verhältnis ihres Anteils an der Mitgliederzahl zu besetzen. Das gleiche gilt für die Bildung der Ausschüsse und die Auswahl der Abgeordneten für die Parlamente.

3) Bei Parteitagen und Delegierten-Versammlungen ist künftig eine Beteiligung von Frauen und Jugendlichen im Verhältnis ihres Anteils an der Mitgliederzahl sicherzustellen.
4) Die bisherigen Organe der Frauen- und Jugendarbeit kommen in Fortfall.
5) Mit der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Aufgaben der Frauen- und Jugendbeiräte werden Mitarbeiter hauptamtlich oder ehrenamtlich bei den Parteigliederungen beauftragt.
6) Bei allen Verbänden der Partei sind Frauen- und Jugendbeiräte zu bilden, die durch den zuständigen Vorstand berufen werden. Sie setzen sich satzungsgemäß zusammen.
7) Der bisherige Unterausschuß für Studentenfragen wird als Ausschuß für Studenten- und Hochschulfragen umgebildet. Die Vorsitzenden dieser Ausschüsse werden in die Jugendbeiräte aufgenommen.
8) Entsprechende Änderungsvorschläge für Satzung und Geschäftsordnung werden dem Parteitag vorgelegt.
9) Die Verbände der Partei werden verpflichtet, alle aus der Umstellung der Frauen- und Jugendarbeit frei werdenden hauptamtlichen Kräfte im Rahmen der allgemeinen Parteiarbeit weiter zu beschäftigen.

Die Umstellung der Jugendarbeit wird nach Annahme der Satzungsänderungen erfolgen. Es ist aber jetzt schon dafür Sorge zu tragen, daß jugendliche Parteifreunde in ausreichender Zahl für die Fachausschüsse ausgewählt werden, damit bei der Bildung der Ausschüsse entsprechend geeignete Jugendliche zur Verfügung stehen.

LDP, Nationale Front und Gründung der DDR

Dokument 5

Landesverband Brandenburg der LDP: Rundschreiben vom 7. Juni 1949 (AdL 6947–3, S. 734–740).

Arbeit in den Parlamenten
Erfahrungen und Vorschläge zur Aktivierung

In der Sitzung der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der Zonen-LDP im Mai berichtete der Leiter des Parlamentarischen Sekretariats, Herr von Koerber, über Erfahrungen und Möglichkeiten parlamentarischer Arbeit. In seinem Bericht führte Herr v. Koerber aus:

Wir haben seit unserer letzten Sitzung eine längere Pause gemacht, hervorgerufen durch den Parteitag und die Neuorganisation unserer Parteileitung, sowie die Neugestaltung unserer Politik. Weiterhin wollten wir uns

erst einmal das ganze Material, das sich inzwischen angesammelt hatte, vor Augen führen, bevor wir eine neue Sitzung einberufen. Wir haben die vergangene Zeit dazu benutzt, um diese Sitzung so vorzubereiten, wie es uns notwendig erschien, damit ein positiver Verlauf gewährleistet ist. Wir wollen hier grundsätzlich die Frage aufrollen, wie wir künftig in den Parlamenten der Zone, der DWK, im Volksrat usw. arbeiten wollen. In bezug auf die DWK haben wir schon gewisse Erfahrungen gemacht und hierbei z.T. auch Erfolge zu verzeichnen. – Sie wissen alle als Politiker unserer Zone, daß die Arbeit unserer Landtage immer mehr an Intensität verloren hat und ihre Stellung stark eingeschränkt worden ist.

Die Frage ist nun, welche Erscheinungen zu dieser Einschränkung geführt haben. Es sind zwei Entwicklungen, die hierfür maßgebend gewesen sind: Zum ersten ist es die Entwicklung zum Zentralismus. Auch dieser ist nicht durch Änderung von Verfassungsbestimmungen oder Gesetzen eingetreten, sondern durch die politischen Tatsachen vorwärts getrieben worden: Einmal wirkt dabei die Tatsache mit, daß die Befehle der Besatzungsmacht für alle Länder verbindlich sind, und zum anderen spielt hier auch der Einfluß der SED mit ihrem immer mehr einheitlich ausgerichteten Funktionärskörper eine Rolle. Eine weitere Tatsache liegt wohl in der Aufspaltung der Zone in zu kleine Länder. Im Flusse dieser Bewegung ist dann die DWK gebildet worden, und die Zentralverwaltungen haben ihre Arbeit immer mehr zentralistisch gestaltet. Eine Abgrenzung zwischen Zentrale und Länder ist bisher nicht erfolgt. Besonders in unserer LDP tauchen immer wieder Bestrebungen auf, die Grenzen klar abzustecken. Wir sind allerdings der Ansicht, daß die Unklarheit über diese Lage kein besonderes Unglück ist und daß man nicht darauf drängen soll, hier durch Gesetze, Verordnungen etc. etwas abzuändern.

Eine zweite, noch ältere Entwicklungslinie hat eine Durchlöcherung der parlamentarischen Demokratie herbeigeführt, und das Schwergewicht der parlamentarischen Arbeit wurde auf die Massenorganisationen, insbesondere auf den FDGB verlagert. Auf der kommunalen Ebene hat sich das kürzlich in der KWV und der Organisation der KWU ausgewirkt. Auch die Volkskontrolle und die Volksausschüsse sind Einschränkungen der Stellung der Landtage als der letzten und höchsten Willensträger des Volkes. Der Willensausdruck und die Mitarbeit des Volkes verlegt sich in unserer Zone immer mehr in andere Institutionen. Hierdurch ist auch die Autorität der Regierungen außerordentlich gewachsen. Heute steht die Regierung den Parlamenten fast vollkommen unabhängig gegenüber, übt die Geschäfte aus, ohne daß der Landtag einen wesentlichen Einfluß auf die Dinge nehmen könnte. Damit ist der Einfluß des Landtages auf die Exekutive in den Ländern auf ein Minimum herabgesunken. Bezeichnend sind die verschiedenen Versuche, auf die Personalpolitik Einfluß zu gewinnen, die bei den sogenannten bürgerlichen Parteien immer wieder scheiterten. Einfluß besteht nur noch auf die Legislative; aber auch die Be-

teiligung am Gesetzgebungswerk wird ständig durch die erhöhte Bedeutung der DWK eingeschränkt. Hinsichtlich der Exekutive wird nur noch versucht, der Regierung einzelne Anregungen zu geben, bzw. eine Kontrolle ihrer Tätigkeit auszuüben. Aber auch diese Kontrolltätigkeit stößt auf große Schwierigkeiten. Sie wird zudem durch neue Institutionen wie die Volkskontrollausschüsse eingeschränkt. Das Schwergewicht unserer ganzen staatlichen Struktur verlagert sich also von den Länderparlamenten weg, einmal auf die zentralen Instanzen, zum anderen auf die nichtparlamentarischen demokratischen Institutionen.

Wenn man also davon ausgeht, daß die Länderparlamente einen großen Teil ihrer Bedeutung eingebüßt haben, so muß man sich fragen, was sich eigentlich überhaupt noch in den Landtagen abspielt. Es handelt sich zunächst in jedem Land um vorwiegend rein ländermäßige Angelegenheiten, die aus dem besonderen Erfordernis des Landes hervorgehen, wie Gesetze über Umgemeindungen, Zurückziehung von früher erlassenen Gesetzen, die der zonalen Ausrichtung widersprechen. Weiterhin werden Gesetzesvorlagen beraten, die von den zentralen Berliner Stellen ausgehen und nach und nach allen Länderparlamenten zur Annahme durch die Landesregierungen vorgelegt werden. Sie sind meist sachlicher Art und beziehen sich auf Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaues, z. B. Gesetz über den Brandschutz, Gesetz über die Errichtung von Gemeindestationen, Gesetz über die Schöffen und Geschworenen etc.

Es ist nun angebracht, hier einmal die Frage zu stellen, wie die Arbeit der Parteien in den einzelnen Landtagen erfolgt. Die Atmosphäre in den einzelnen Landtagen, sowie die Machtverhältnisse sind je nach der Stärke der Parteien zueinander natürlich verschieden. Trotzdem lassen sich gewisse Gemeinsamkeiten herauslesen. Gegen die Entwicklung der DWK machten sich verschiedentlich erhebliche Widerstände bemerkbar, z.B. aus Sachsen-Anhalt, wo dieser Protest sehr scharf formuliert worden ist. Ebenso hat ein Antrag in Sachsen versucht, den Landtag als Kontrollinstanz zwischen DWK und Regierung einzuschalten. Schon hieraus lassen sich gewisse Schlußfolgerungen für unsere Arbeit ziehen. Die Proteste gegen die zentralistische Ausweitung im allgemeinen und gegen die DWK im besonderen sind nicht nur unpraktisch und unrealistisch, sondern einfach unmöglich. Bedenken, die in den einzelnen Ländern auftauchen, müssen möglichst frühzeitig an der zentralen Stelle in Berlin geklärt werden. Aus diesem Grunde hat beispielsweise Sachsen und Sachsen-Anhalt eine Reihe von Vorlagen der Fraktion der DWK-Arbeitsgemeinschaft überwiesen. Ich glaube, daß diese Zusammenarbeit systematisch ausgebaut und zu einer ständigen Einrichtung werden muß.

Viele Anträge und Anfragen der Partei befassen sich in allen Landtagen mit dem Versuch, die Kontrolltätigkeit des Landtages gegenüber der Regierung aufrechtzuerhalten oder auszuweiten. So wurde z. B. in Thüringen eine Berichterstattung über die landeseigenen Betriebe und weiterhin ein

Geschäftsbericht der Sozialversicherungsanstalt gefordert. Sachsen-Anhalt stellte eine Anfrage betreffs Entlassungen von Polizeiangehörigen und Brandenburg ebenfalls eine große Anfrage, in der genaue Angaben über die Landespolizei gefordert wurden. Die überwiegende Mehrzahl dieser Anträge und Anfragen mit ihrer Tendenz zur Ausweitung der Kontrolle stieß auf Widerstand der Regierungen, die darin einen Eingriff in ihre Tätigkeit, aber auch auf den Widerstand der SED, die darin einen Eingriff in ihre Machtstellung sah. Einen glücklichen Weg hat allein Mecklenburg eingeschlagen: Dort wurde ein Antrag eingereicht, der die Bitte enthielt, einen Landtagsausschuß zur Erfüllung des Befehls 209 einzusetzen. Hierzu hat die Regierung sich auch durchaus bereit erklärt. Mit dieser Methode ist eine Möglichkeit aufgezeigt, auf positive Weise die Kontrolltätigkeit der Landtage zu erhöhen.

Einen sehr wesentlichen Umfang, nicht nur bei der LDP, haben die Anträge, die ich unter der Bezeichnung Propagandaanträge und Anfragen zusammenfassen möchte; sie bewegen sich im wesentlichen auf dem Gebiet der Sozialpolitik, z.B. Hilfe für Altpensionäre, Heimkehrer, werdende Mütter, Arznei- und Verbandsmittelversorgung, Schulgeldfreiheit, Ruhegehälter, Rechte der Versicherten, Belieferung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Berufskleidung für Jugendliche usw. usw. Weiterhin wurden Anträge gegen die sozialökonomische Verschiebung gestellt. Bestimmte Anträge richteten sich gegen solche wirtschaftlichen Maßnahmen innerhalb der einzelnen Länder, die einzelne unabhängige Wirtschaftsgruppen auszuschalten versuchen, hierbei vor allem Anträge gegen die Zurückdrängung des Groß- und Einzelhandels. Weiterhin wurden von Thüringen Anfragen über die Konsumvereine gestellt. Sachsen-Anhalt brachte den Entwurf eines Handelskammergesetzes heraus, und hier tobte auch ein besonders heftiger Kampf gegen das Kinogesetz. In Sachsen wurde eine Anfrage über die Beeinträchtigung des Handels gestellt. Das sind nur einzelne Beispiele für diese ganze Richtung.

Im großen und ganzen sind die vier ersten Kategorien von Anträgen und Anfragen – nämlich der Protest gegen den Zentralismus; die Versuche, die Kontrolle des Landtags zu erweitern; die Einzelvorschläge, um wenigstens in Nebensächlichkeiten in die Exekutive der Regierungen einzugreifen; schließlich der Protest gegen die sozialökonomischen Maßnahmen – völlig unbefriedigend. Sie enthalten viel Negation und Kritik, ein Entgegenstemmen gegen die Entwicklung bedeutet keine entscheidende Mitarbeit am wirtschaftlichen Aufbau.

An letzter Stelle stehen schließlich Anträge und Anfragen, die sich mit dem wirtschaftlichen Aufbau beschäftigen. Sie sind verhältnismäßig gering an der Zahl. Zu nennen sind hier vor allem die landwirtschaftlichen Anträge in Thüringen, die bestimmte praktische Aufbaumaßnahmen forderten.

Bei der CDU sind grundsätzlich ähnliche Verhältnisse vorhanden, wie

bei der LDP. Auch hier wurde versucht, den verengten Kreis, der dem Landtag und den Fraktionen gezogen ist, zu durchbrechen. Leider ohne Erfolg.

Bei der SED sind die Verhältnisse anders gelagert. Aber es ist keineswegs so, daß hier, im Gegensatz zu den sogenannten bürgerlichen Parteien, eine entscheidende Initiative herrscht. Auch die SED überläßt den Regierungsstellen und der Verwaltungsbürokratie, die freilich von ihren Kräften weitgehend durchsetzt ist, das Feld. Man hat den Eindruck, als ob der Parlamentarismus keinen Boden für die politische Arbeit der SED darstellt.

Die entscheidende Frage ist nun für uns: Was können wir angesichts dieser Entwicklung tun? Wie können wir bei dieser eingeengten Tätigkeit der Landtage und der einzelnen LDP-Fraktionen eine politische Aktivität entfalten? Wir dürfen nicht Mitläufer oder Nachläufer sein, so sagte einmal Dr. Schiffer in einer Sitzung der Parl. Arb. Gem., und er hat sodann die Schwierigkeiten und Aufgaben der Parl. Arb. präzise zusammengefaßt, indem er ausführte: Bei der komplizierten Art, in der unser jetziges Verfassungsleben sich abspielt, ist es notwendig, unsererseits alle Kräfte anzuspannen. Ein abgestimmtes Zusammenwirken aller Faktoren auf den Gebieten, auf denen wir praktisch arbeiten können, der DWK, der Landtage, des Blocks, des Dt. Volksrates usw. ist notwendig. Hierbei soll das Parl. Sekretariat die Leitstelle sein, bei der arbeitsmäßig die Verbindungslinien zusammenlaufen. Dies zunächst zur technischen Klärung.

Ferner ist eine gewisse grundsätzliche Klärung nötig. Das Parl. Sekretariat hat in einer großen Vorlage für Herrn Professor Dr. Kastner und Herrn Dr. Hamann eine politische Bereinigung gewisser prinzipieller Fragen gefordert:

a) Ausdehnung des politischen Burgfriedens auf wirtschaftliche Maßnahmen, die sich gegen Privatindustrie, das Handwerk usw. erstrecken.
b) Besondere wirtschaftliche Berücksichtigung derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, deren Schutz und Förderung im Rahmen einer fortschrittlichen Entwicklung noch möglich ist.
c) Schwergewichtsverlagerung der wirtschaftspolitischen Arbeit der Partei auf rein wirtschaftliche Maßnahmen und eine Beteiligung am wirtschaftlichen Aufbau.

Damit soll sich die Partei auf gewisse Grundlinien ihrer praktischen Arbeit festlegen. Im Rahmen dieser praktischen Arbeit müssen die Landtagsfraktionen gewisse Aufgabenstellungen erhalten, um zu dem Erreichen bestimmter Ziele beizutragen. Es muß den Fraktionen klar sein, daß sie ihre Arbeit nicht allein aus dem engen Bereich des Landtags sehen dürfen, sondern von den Gesamtaufgaben der Partei, von der Einstellung der Partei zu den großen Aufgaben und der Entwicklung der Zone ... Wenn wir also entschlossen sind, beispielsweise eine Förderung des Handwerks oder des Genossenschaftswesens durchzusetzen, so müssen wir uns hier in der Zen-

trale, im Zusammenwirken mit der Parl. Arb. Gem. darüber einigen, welche Anträge und Anfragen die Fraktionen in ihren Landtagen einbringen müssen, während zugleich die DWK-Arb. Gem. im Plenum in der gleichen Richtung vorgeht. Wenn wir nun so alles gegenseitig abstimmen, dann werden wir auch noch weitere Aufgaben für unsere Landtagsfraktionen finden; denn es liegt ja auch im Interesse der Partei, daß die augenblickliche Situation eine Änderung erfährt. Es muß eine gemeinsame Arbeit nach bestimmten politischen Richtlinien erfolgen. Es ist ja jetzt so, daß die Landesregierungen der Arm der DWK in den Ländern sind, mit dem die Maßnahmen der DWK im Bereich der Länder durchgeführt werden. Bis jetzt sind die Landtage weitgehend ausgeschaltet, weil sie in dieser direkten Zusammenarbeit nur als hinderliches Zwischenglied angesehen werden. Dies ist eine Folge der verfassungsrechtlichen Unklarheit in den Beziehungen zwischen Ländern und Zone. Trotzdem ist hier eine Kontrolle durch Anfragen und Anträge und damit ein Einwirken auf eine uns erwünschte Linie der Durchführung der DWK-Maßnahmen möglich. Allerdings Voraussetzung ist hier, wie überall: Positive Einstellung! Man kann nun so vorgehen, wie es in Sachsen und Sachsen-Anhalt schon geschehen ist. Es wurde ein Antrag mit folgendem Anfang formuliert: Die Landesregierung möge bei der DWK hinwirken ... So ist ein CDU-Antrag auf Erhöhung der Zuckerrationen für Kinder schließlich von der DWK für die gesamte Zone durchgeführt worden.

Wir wollen von hieraus nun versuchen, in Zusammenarbeit mit der DWK auf die noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen betr. Neuregelung des Erfassungsproblems Einfluß zu gewinnen. Weiterhin hatten wir neulich eine Besprechung in der DWK in bezug auf das Exportwesen, das für uns ja auch von großem Interesse ist. – Das Parl. Sekretariat und die Parl. Arb. Gem. müssen zu einer gewissen Intensivierung der parlamentarischen Arbeit beitragen.

Dokument 6

Landesverband Brandenburg der LDP: Rundschreiben an Kreisverbände, Landtagsabgeordnete, Ortsgruppen vom 26. Juni 1949 (AdL 6947–3, S. 782–784).

Die Nationale Front

Europa hat einen in der Geschichte ungewöhnlich langen Friedenszustand nach der Einigung der deutschen Stämme im Jahre 1871 erlebt. Gleichzeitig war dies die Voraussetzung und die Epoche größten materiellen Wohlstands für alle Bevölkerungsschichten. Beides ist uns seit 1945 verloren gegangen – Friede sowohl wie Wohlstand. – Unser gesamtes Leben als Volk ist dadurch nicht nur behindert, sondern auch bedroht. Jeder fühlt es täglich; es drückt sich bei jedem verschieden aus. Aber die Ursache aller Unzufriedenheit ist immer dieselbe. – Die Spaltung und die Friedlosigkeit Deutschlands. All unser Tun und Ringen kann nie die Vollendung errei-

chen, welche uns die Geschichte in ihrer Gesetzlichkeit zur Aufgabe gestellt hat: eine einheitliche Nation zu werden.

Im Zeitalter der hochentwickelten Technik, die Raum und Zeit überwindet und die Menschen, die zusammengehören, mehr denn je zu verbinden imstande ist, – ist allein das deutsche Volk scheinbar dazu verurteilt, in einem Zustande nationaler Zerrissenheit zu leben, der ein Hohn, ja ein Verbrechen gegen den Geist der Zeit, die Vernunft, die Moral und das Selbstbestimmungsrecht im Völkerleben darstellt. Jedem Deutschen, uns in der Ostzone, jedem einzelnen ist damit eine hohe und unabweisliche Aufgabe gestellt, an der Wiederherstellung eines Zustandes mitzuschaffen, der ein Symbol herrschender Verblendung unter den Völkern ist. Wir könnten mit den Waffen des Geistes und des Gemütes für die Menschlichkeit, für ihre Kultur und ihre Wirtschaft eine Aufgabe lösen, die unerläßlich für den Frieden der Völker ist.

Das kommende einheitliche friedliche demokratische Deutschland ist die Voraussetzung eines wirklichen Fortschrittes für uns, für Europa und das ganze Zusammenleben unter den Völkern. Es ist uns eine Aufgabe gestellt, bei der wir erweisen können, daß die wertvollen Kräfte unserer Kultur und Wirtschaft noch leben und zum allgemeinen Besten sich entwikkeln, wenn Jung und Alt, Männer und Frauen aller Berufsstände entschlossen und in Erkenntnis, daß es sich hier um das Leben jedes Einzelnen seiner Familie, seiner Kinder handelt, dieses Ziel wirklich erstrebten, wird es auch sicher erreicht werden. Einige Schritte dazu haben wir schon vorwärts getan:

– durch die Blockpolitik –

die in der großen Frage des Lebens unseres Volkes die Einheit vor die Verschiedenheit stellt;

– durch den Volkskongreß –

der eine gesamte deutsche Vertretung für die nationalen Aufgaben darstellt.

Aber wir wissen heute, daß dies nur Versuche waren. Nun gilt es, aus der Erfahrung zu lernen; das Ziel ist das gleiche:

Einheit Deutschlands und ein deutscher Friede!
Abzug aller Besatzungsmächte!

Die Mittel dazu müssen verstärkt werden. Neue Wege sind notwendig. Jeder muß darüber nachdenken, wie es besser zu machen ist. Eine deutsche Erhebung muß einsetzen, die alle Widerstände hierbei überwindet. Erst wenn wirklich alle eigenen Kräfte unseres Volkes sich für dieses Lebensziel einsetzen, werden die Gegner der deutschen Einheit weichen und nachgeben.

Noch haben Frankreich, England und Amerika ein Interesse an der Teilung Deutschlands; – Frankreich aus Furcht – England aus Handelsneid – Amerika aus imperialistischen Gründen, – und viele Deutsche aus kurzsichtigen Profitinteressen, aus Gleichgültigkeit oder Unkenntnis.

Das nationale Gesetz unseres völkischen Lebens – Handel und Wandel mit unseren Nachbarn – starker wirtschaftlicher Austausch unserer Qualitätsware mit den Ostvölkern, Aufgeschlossenheit für die moderne, geistige, soziale und kulturelle Entwicklung aufstrebender junger Völker – das alles erfüllt sich nur bei einer Einheit Deutschlands, einem seinen Lebensinteressen entsprechenden Frieden, bei Freiheit von fremden Besatzungstruppen und bei einer Selbständigkeit des Volkes.

Das ist das Ziel der „Nationalen Front".

Weder eine Partei, noch eine Organisation, weder Beiträge, noch Mitgliedschaft sind dazu nötig – jeder Deutsche ist von Geburt zu dieser Aufgabe berufen. Diese Aufgabe ist eine andere als diejenige der politischen Parteien. Sie behalten ihr eigenes Gebiet und ihre besonderen Aufgaben, – sie hat nichts zu tun mit Wahlen für die Gemeinde oder den Landtag – es ist die denkbar weiteste Form der demokratischen Betätigung aller Deutschen ohne Unterschied. Daraus ergibt sich auch ihre praktische Gestaltung. Vielfach kann ihre Form sein – die Besten sind gerade gut genug, hier ihre Kraft und Einsicht zu beweisen.

Neue und bisher Unbekannte aus allen Schichten der Bevölkerung, aus Parteien, Organisationen und Parteilose, Nichtorganisierte, werden sich als Wortsprecher und Wegführer zur deutschen Aufgabe erweisen. Sucht sie, helft ihnen – fordert sie, schließt Euch ihnen an! – Macht Vorschläge; sammelt Erfahrungen! Festigt das bisher Erreichte – kommt zusammen, wirkt im Einzelnen und im Ganzen! – Erkennt, daß jeder Berufsstand, jede ehrliche Betätigung in Stadt und Land hierzu beitragen kann. – Vor allem ist die deutsche Jugend hierfür aufgerufen! Alles Trennende tritt zurück vor dieser Aufgabe; jeder soll tatsächlich merken, daß dadurch sein eigenes Leben reicher, sinnvoller und besser wird. – Das verlangt eine neue Gesinnung, ein Beispiel wirklichen deutschen Lebens, dann wird das Wort aus der Reformationszeit von Ulrich von Hutten wahr werden: „Es ist eine Lust zu leben".

Wir fordern deshalb alle Parteimitglieder und Freunde zur Mitarbeit auf! Jeder vernünftige Schritt in dieser Richtung ist ein Markstein zur Einheit Deutschlands, seiner Freiheit und besseren Zukunft; – macht Vorschläge, – prüft sie selbst, – teilt sie uns mit, – diskutiert sie im engen und weiten Kreis, – ladet alle ein und handelt! –

Das Letztere ist besonders wichtig: Praktische Arbeit! Was wird da zweckmäßig sein? – In engem Kreise wird die Frage diskutiert und geklärt. Dann kann man an größere Versammlungen herangehen. Befähigte Redner – hierzu gleich vorher – erfüllt von Überzeugungskraft und vorbe-

reitet durch die großen Referate führender Männer, die in Presse und Verlautbarungen des Volksrates mitgeteilt sind, sprechen über die Probleme. (Der Landesverband wird auch noch Material dazu liefern). Dabei können alle Fragen vom gesamtdeutschen Standpunkt aus betrachtet werden: Die Wirtschaft, die Kultur, die Kunst, der Verkehr, das Recht, das soziale Leben, Flüchtlingsfragen, Lastenausgleich, die Bodenreform, die Bedeutung der schaffenden Intelligenz, das allgemeine Lohnproblem und Lohnniveau, der Außenhandel, die Verfassungsfragen usw.

Es werden Aufrufe und Resolutionen zur Gesamt- und zu einzelnen Fragen wirkungsvoll sein.

Geeignete Persönlichkeiten verstärken ihre Verbindung mit fortschrittlichen Kräften im Westen durch Gedankenaustausch, durch Briefe und andere Mittel. Hier gibt es noch viele Möglichkeiten, die natürlich geschickt und mit Takt benutzt werden müssen. Kreisverbände, evtl. Landesverband ist davon zu verständigen.

Die Arbeit muß aber in jedem Kreise wirklich energisch und praktisch angefaßt werden. Jede Ortsgruppe muß daran teilnehmen. Große Unterschiede waren hier bisher zu bemerken. Wir bitten die Kreisvorsitzenden um rege Mitarbeit und beispielgebende Betätigung. Austausch innerhalb des Kreises von Erfahrungen und Vorschläge – Mitteilungen an den Landesverband zur Weitergabe an andere Kreise sind auch Mittel der praktischen Arbeit. Jeder Kreis geht nach planmäßiger Überlegung vor; baut auf seinen Erfahrungen auf; Rundbriefe und Rundschreiben gehen an alle Ortsgruppen und auch an Orte, wo wir Freunde haben. Das sind nur Beispiele, die sich vermehren lassen, aber den örtlichen persönlichen und sonstigen Möglichkeiten nur Anregung geben sollen.

Wir bitten, uns Ihre Absichten und Stellungnahmen mitzuteilen, damit wir die Gesamtarbeit dadurch dauernd fördern können.

v. Koerber, Landesverbandsvorsitzender.

Dokument 7

„Entwurf einer LDP-Rede über die Nationale Front." Auszug aus den LDP-Informationen Nr. 13/1949, der als Sonderdruck verteilt wurde (AdL 6947–2, S. 548–552).

Entwurf einer LDP-Rede über die Nationale Front

Deutsche Not 1945

Das war die Lage Deutschlands in den schweren Sommermonaten des Jahres 1945: Der Krieg war total verloren. Die militärische Führung des Naziregimes mußte die bedingungslose Kapitulation unterzeichnen. Die feindlichen Heere hatten das gesamte Land besetzt. Ruinen, Gräber, Flüchtlingsströme waren die Zeugnisse eines bis zur Sinnlosigkeit weitergeführten, längst verlorenen Feldzuges. Das deutsche Volk mußte einen

selbst in seiner an schmerzlichen Ereignissen reichen Geschichte Zusammenbruch ohne Vorgang erleben. Das Entscheidende aber war: die deutsche Nation hatte zugleich ihre Souveränität verloren, die in die Hände der Siegerstaaten übergegangen war.

Die LDP meldet sich zur Hilfe

In dem Schatten dieser Niederlage und in den Tagen des allgemeinen Chaos erstand unsere LDP: ihr stand nichts weiter zur Verfügung als der über alle Trümmer sich erhebende unbeugsame Wille, der deutschen Nation ein treuer Helfer zu sein bei dem äußeren Aufbau und der inneren Erneuerung. Um mit dem Gründer der Partei, unserem verstorbenen Vorsitzenden Dr. Wilhelm Külz, zu sprechen: „So war die Gründung der Partei im letzten und tiefsten Grunde ein Bekenntnis zu Deutschland in seiner schwersten Notzeit." Und die Partei hat diese übernommene Verpflichtung getreu diesem Grundsatz uneigennützig, sachlich und hingebend erfüllt mit der letzten und höchsten politischen Zielsetzung: die zeitweilig aufgehobene Souveränität wiederzuerlangen durch die Neugestaltung des deutschen Gemeinschaftslebens auf demokratischer Grundlage.

Die Parteien schließen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammen!

Angesichts der großen gemeinsamen Not haben die politischen Parteien unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit eine „Einheitsfront" gegründet – der Aufruf trägt das Datum des 14. Juli 1945 – „um mit vereinten Kräften die großen Aufgaben zu lösen". In dieser Einheitsfront und Blockpolitik hat wiederum gerade auch die LDP ihre Arbeit selbstlos und gewissenhaft zum Wohle des Vaterlandes getan. „Der Block ist für uns eine Bekenntnisgemeinschaft in den wesentlichen Grundzügen der deutschen Politik; er bedeutet nicht die Beeinträchtigung der Selbständigkeit einer der ihm zugehörenden Parteien; denn eine gemeinsame Aktion des Einheitsblockes kommt nur bei Einstimmigkeit zustande."

Die Entwicklung verläuft anders

Das war die Entwicklung von jenen bitterschweren Monaten des Zusammenbruches bis an die Schwelle der Gegenwart – sie ist völlig anders verlaufen, als wir alle es erhofft und erstrebt und als es selbst nüchtern urteilende und rechnende Politiker angenommen und erwartet hatten. Die Großmächte hatten trotz ihrer ideologischen Gegensätze den Krieg gegen den Faschismus gemeinsam und geschlossen geführt und siegreich beendet; sie wollten nach Abschluß des Waffenganges durch die Organisation der UN eine internationale Gemeinschaftsarbeit auf den Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens herbeiführen. Darüber hinaus sollte jede Besatzungsmacht in ihrer militärischen Besatzungszone die Entmilitarisierung, Denazifizierung und Demokratisierung

in gleicher Weise durchführen. Aber diese Besatzungszonen sollten selbstverständlich Glieder eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebietes bleiben, und es war schon für das Ende des Jahres 1945 eine deutsche zentrale Regierung vorgesehen, wenn auch nur in den ersten Anfängen und mit den bescheidensten Befugnissen.

Zwei Großmachtsgruppen entstehen

Es ist leider so gekommen, daß die ideologischen Gegensätze zwischen den Großmächten immer stärker und härter geworden sind, so daß sich eine völlig neue Situation entwickelte: auf Veranlassung der Vereinigten Staaten von Amerika ist die internationale Zusammenarbeit der vier Mächte nach dem Kriege immer weiter eingeschränkt und schließlich fast ganz aufgegeben worden, so daß zwei große Machtgruppen einander gegenüberstanden: Amerika mit England und Frankreich auf der einen Seite und der bewußt von diesen dreien isolierte Sowjetstaat auf der anderen Seite – die Welt war in zwei Machtsphären zerlegt und geschieden.

Die Grenze geht mitten durch Deutschland

Deutschland war sehr gegen seinen Willen als besetztes Land in diese internationalen Kämpfe, Auseinandersetzungen und Verschärfungen hineingezogen worden. So kam es, daß die vier Zonen unseres Landes in gleicher Weise immer schärfer und tiefer voneinander getrennt wurden. Dadurch wurde das anfänglich als einheitlich angesehene deutsche Staats- und Wirtschaftsgebiet völlig zerrissen. In jeder Zone wurde die politische und wirtschaftliche und kulturelle Gestaltung durch die Besatzungsmacht nach anderen Gesichtspunkten und Anschauungen entwickelt und geformt, wobei wiederum Amerika darauf hinarbeitete, die drei Westzonen in eine engere Verbindung und in einen Gegensatz zur Ostzone zu bringen. So mußte es Deutschland in jenen vier Jahren in immer stärkerem Maße erleben, wie sein Volk durch diese Entwicklung in die weltpolitischen Auseinandersetzungen und Gruppierungen hineingezogen wurde, daß die Grenze, die die beiden Großmächte trennte, schließlich mitten durch sein Land ging. Das ursprünglich als „vereinigtes Wirtschaftsgebiet" gedachte Deutschland zerfiel in Teile, in geschiedene Besatzungszonen. Alle Versuche der Sowjetunion, dieser Zerlegung und Zerteilung Deutschlands entgegenzuarbeiten und entgegenzuwirken, scheiterten an den amerikanischen politischen Absichten und Zielen, die drei Westzonen mit dem westeuropäischen Block immer stärker zu vereinen und sie ihm militärisch einzugliedern.

Die LDP ruft auf zu nationaler Einigung

Die LDP hat diese dem deutschen Volk schädliche und gefährliche Entwicklung mit innerer Besorgnis verfolgt und hat ihre Kraft im Rahmen der

einem besiegten Volk und einem besetzten Lande gegebenen bescheidenen Möglichkeiten eingesetzt, um eine solche Scheidung und Trennung der deutschen Gebiete zu verhüten. In diesem Zusammenhang muß der erste deutsche Versuch auf Schaffung einer gemeinsamen Front aller Deutschen über die Zonengrenzen hinweg gesehen werden, die unsere Parteifreunde Dr. Schiffer und Dr. Külz unternommen haben: das deutsche Volk sollte über alle Gegensätze der politischen Meinungen, der religiösen Anschauungen, der wirtschaftlichen Ziele und Ansichten und vor allem aber über die Scheidelinie der sich verhärtenden Zonengrenzen hinaus zur Einheit gebracht werden. So etwa sahen wir das Ziel dieser Sammel- und Einigungsarbeit: ein einheitliches neues deutsches Staatsgefüge; eine einheitliche deutsche Zentralgewalt in allen lebenswichtigen deutschen Angelegenheiten; Einheit Deutschlands als unerläßliche Voraussetzung einer politischen, wirtschaftlichen, sozial und kulturell gesicherten Zukunft. Diesen ersten weitschauenden Versuchen unserer liberaldemokratischen Parteiführer Schiffer und Külz ist der Erfolg versagt geblieben, sie haben nicht das gesteckte und für notwendig erachtete Ziel erreicht. Sie sind letztlich daran gescheitert, daß sich die SPD Westdeutschlands diesem Bestreben versagte. Es ist anderen Einigungsversuchen, die dann folgten, ähnlich ergangen: dem Plan der CDU, eine nationale Repräsentanz zu schaffen, dem gemeinsamen Treffen der Ministerpräsidenten der Länder aller Zonen in München, den privaten Versuchen, eine von den politischen Parteien unabhängige Einigung herbeizuführen, also damals den Arbeiten der Weber, Geiler, Hübener usw.

Die LDP unterstützt alle Einigungsbemühungen

Die LDP hat grundsätzlich und konsequent jeden Versuch der Verwirklichung einer deutschen Einheitsfront und einer nationalen Vertretung unterstützt, um das Unheil der völligen Zerreißung Deutschlands zu verhüten und durch eigene Kraft abzuwehren. Als dann von der SED der Aufruf zu einem Volkskongreß kam, ist die LDP ihrer Anschauung und der bisher von ihr verfolgten Politik treu geblieben. Sie hätte es damals für richtiger gehalten – und das hat sie auch bei den Beratungen ausgesprochen –, wenn auch dieser Versuch von einer breiteren Grundlage aus unternommen worden wäre; aber sie hat dann selbstverständlich auch hier alle ihre Kraft eingesetzt, die mit dem Volkskongreß eingeleitete Aktion zur Schaffung einer wirklichen überparteilichen Volksbewegung zu unterstützen und zu fördern. Gerade als Vorkämpferin der deutschen Einheit hat die LDP mit ihren 2½ Millionen Wählern alles getan, um der neuen Bewegung des Volkskongresses die möglichst starke Resonanz der Weltöffentlichkeit gegenüber zu sichern, wobei ihr die selbstverständliche Voraussetzung war und ist, daß hier jede einseitige parteipolitische Ausrichtung der Aktion unter allen Umständen vermieden werden müsse. Die LDP hat den beiden Hauptaufgaben, die sich der Volkskongreß gestellt

hatte, ihre volle Zustimmung gegeben und an ihrer Erfüllung tatkräftig mitgearbeitet: Friedensvertrag mit Deutschland und Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, für die in den Abkommen von Jalta und Potsdam, die von den leitenden Staatsmännern der USA, Großbritanniens und der UdSSR im Jahre 1945 geschlossen worden sind, eine feste und sichere Grundlage gegeben war.

Wir haben in diesem Zusammenhang nicht von den einzelnen Arbeiten des Volkskongresses zu sprechen, an denen selbstverständlich auch die Vertreter der LDP maßgeblich beteiligt waren; aber auf eines sei doch auch hier nachdrücklich hingewiesen: auf den Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates, der einen politischen Katechismus der Deutschen unserer Zeit darstellt, der nicht auf irgendwelche Empfehlungen oder gar Anordnungen einer Besatzungsmacht entstanden ist, sondern durch gemeinsame Arbeit der Angehörigen aller Parteien und Organisationen und als weitere Beratungsgrundlage dienen sollte.

Der Volksrat lädt zu gemeinsamer Besprechung ein

Rein äußerlich gesehen, ist allen diesen mit großer Hingabe und in sittlicher Verantwortung geleisteten Bemühungen, eine gemeinsame und geschlossene deutsche Front zusammenzubringen, bisher der volle Erfolg versagt geblieben. Besonders schmerzlich und bedauerlich ist es, daß der Parlamentarische Rat und der Zweizonen-Wirtschaftsrat der Westzonen die Einladung des Deutschen Volksrates aus der Ostzone zu einer gemeinsamen Besprechung abgelehnt haben. Gerade diese Ablehnung aber hat bei uns auch in den Westzonen neue starke Kräfte mobil gemacht, die zu einer Einheit und zur gemeinsamen Beratung drängen und treiben, die für unser Volk den endlichen gerechten Frieden, die nationale Einheit und den Abzug der Besatzungsmächte fordern.

Neue Lage durch die Pariser Konferenz

Die Pariser Konferenz der vier Außenminister unserer Besatzungsmächte hat jetzt eine völlig veränderte und neue Lage geschaffen. Gewiß, sie hat uns nicht das gebracht, worauf wir glauben, vor Gott und der Welt einen gerechten und unabdingbaren Anspruch zu haben. Aber sie hat trotzdem Ergebnisse erzielt, die die Entwicklung in der von uns gewünschten Richtung vorantreiben. Die Konferenz ist nicht wie frühere Besprechungen aufgeflogen und ergebnislos verlaufen: die Tür ist nicht zugeschlagen worden, sondern ist für weitere Beratungen und Verhandlungen geöffnet geblieben. Die Lösung in der Frage eines österreichischen Staatsvertrages bedeutet auch für uns die Aussicht, zum Frieden zu kommen, den das ganze deutsche Volk aus tiefster Seele erwartet und erstrebt. Einige Sätze des Kommuniqués, das die vier Außenminister über die Pariser Besprechung ausgegeben haben, richten sich auch an uns, wenn wir auch noch nicht di-

rekt, sondern nur mittelbar angesprochen werden. So ist in Punkt 4 dieses Kommuniqués die Hinzuziehung deutscher Sachverständiger und Organisationen vorgesehen, der Austausch ihrer Meinungen und die Unterbreitung gemeinsamer Vorschläge an die Besatzungsbehörden. Ebenso enthält Punkt 6 eine Entschließung an die deutschen Wirtschaftsorgane, bei der Erreichung enger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Zonen und bei der wirksamen Durchführung des Handels und anderer wirtschaftlicher Übereinkommen Hilfe zu leisten. Alle diese Vorschläge sind gemacht worden, um den unhaltbaren Zustand der Wirtschaftsspaltung und der unheilvollen Auswirkungen für die deutsche Gesamtwirtschaft zu beendigen. Grundsätzlich aber ist die bedeutsamste Feststellung: die politischen Staatsmänner der beiden wirklichen Großmächte, also der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, haben auf dieser Konferenz ein Bekenntnis abgelegt, daß auch Menschen und Völker trotz verschiedener Ideologien zu praktischer Arbeit und zu politischer Verhandlung und zu wirtschaftlichen Vereinbarungen miteinander verbunden sein können.

Aus diesen angegebenen Punkten des Kommuniqués der Pariser Konferenz haben wir Deutschen, aber wirklich alle Deutschen, gleichviel welcher Partei- oder Zonenangehörigkeit, sofort und gründlich unsere Folgerungen zu ziehen und die sich daraus ergebende Arbeit zu leisten.

Jetzt muß Verständigung zwischen Ost und West erfolgen

Zum ersten: wenn es bisher und auch noch nicht in Paris gelungen ist, trotz aller Bemühungen des Vertreters der UdSSR zu einer Einigung über die Kernfragen – Friede, Einheit, Abzug der Besatzungstruppen – zu gelangen, so liegt ein Teil der Schuld daran auch an uns Deutschen selbst, nämlich an dem Mangel der inneren Einigung und Geschlossenheit unseres Volkes. Eine erschütternde Tatsache, daß in diesen Zeiten eines nationalen Notstandes die Politiker von Ost und West noch nicht zueinander gefunden haben, daß diejenigen, die sich, wie auch die LDP, mit aller Kraft und Ehrlichkeit für das große Ziel der deutschen Einheit und Einigung einsetzen, in ihren Motiven verdächtigt und herabgesetzt werden! Daß es noch immer Menschen auch bei uns gibt, die aus parteiegoistischen oder wirtschaftsselbstsüchtigen Interessen der Einheit widerstreben und die Spaltung fortsetzen! Die Geister von Osnabrück und Münster melden sich noch immer bei uns in Notzeiten. Wir wollen aber die dunklen Raben der Trennung bei uns nicht länger dulden!

Die Wirtschafter kommen zusammen

Zum andern: Wenn der zum Wohl Gesamtdeutschlands notwendige Handelsaustausch zwischen Ost und West, auch in unserem Vaterlande selbst, in Fluß kommen und wenn deutsche Vertreter dazu Vorschläge unterbreiten und Anregungen geben sollen, so ist es eine selbstverständliche

Notwendigkeit, daß sich die Menschen von Ost und West über ihre Vorschläge und Pläne aussprechen, beraten und so zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen. Wir sind felsenfest überzeugt, daß die jetzt begonnene Periode der Besprechungen zwischen den Vertretern der Wirtschaft auch weiter Ergebnisse und Erfolge haben wird. Es wäre ein Hohn auf die Einheit Deutschlands und zugleich ein Beweis mangelnden Pflichtgefühls und fehlender Verantwortung für uns alle, wenn vor den Vertretern des Auslandes verschiedene deutsche Stellen verschiedene Vorhaben, Gutachten, Entwürfe und Pläne vertreten würden! Die allgemeine deutsche Aussprache und Einigung muß jeder Besprechung mit den anderen Mächten vorangehen.

Die Nationale Front entsteht

Und deshalb ist vom 3. Deutschen Volkskongreß gerade jetzt die Losung der Nationalen Front ausgegeben worden. Was soll diese Verkündung eines neuen Sammlungsplatzes neben den doch bereits vorhandenen Einrichtungen des Blocks, des Volksrates, des Volkskongresses, der Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden bedeuten?

Wir erinnern an einen geschichtlichen Vorgang, der sich vor 90 Jahren in Deutschland abgespielt hat. Damals ging es um den Gedanken, aus der Vielheit der Meinungen der zahlreichen Einzelstaaten eine gesamtdeutsche Regelung zu schaffen. Der groß und hoffnungsfroh begonnene Einigungsversuch der Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche 1848 war gescheitert, gewiß auch durch die auf ihrem vermeintlichen Recht beharrenden Einzelstaaten und ihrer Regenten, gewiß auch durch den Widerstand des Auslandes, vor allem aber doch auch an der mangelnden Geschlossenheit des deutschen Volkes selbst: Deutsche Zwietracht hat die Einigung und Einheit verhindert.

Das Vorbild des Deutschen Nationalvereins

Als rund ein Jahrzehnt später diese Einzelstaaten mit durchaus verschiedenen Einzelplänen und Sonderprojekten sich gegenseitig übertrumpfen wollten, da riefen deutsche Männer zur Gründung eines Deutschen Nationalvereins auf, der sich die Aufgabe setzte, „die geistige Arbeit dazu zu übernehmen und die Ziele und Mittel einer über unser Vaterland verbreiteten Bewegung immer klarer im Volksbewußtsein hervortreten zu lassen". Mit dem gleichen Grundgedanken und mit derselben Absicht beginnt jetzt die Nationale Front ihre Arbeit: alle Menschen, Freunde und Kämpfer für die Einheit Deutschlands, die diesmal mit der Erreichung des Friedens für Deutschland untrennbar verbunden ist, in sich zu vereinigen und diese Gedanken „immer klarer im Volksbewußtsein hervortreten zu lassen".

„Hier sind wir einig"

Als sich vor mehr als sechs Jahrhunderten die freien Bauern der Schweizer Urkantone auf der Rütliwiese am Vierwaldstätter See versammelten, da gab es zwei unter ihnen, die um ein altes Erbstück miteinander rechteten. Da reichten sie sich in der Notstunde die Hände und sprachen: „Wir sind Feinde vor Gericht; hier sind wir einig." Das erste Gesetz, das diese Männer beschlossen, lautete: „Wir sind ein Volk und einig wollen wir handeln." Und Schiller gab dann dem neuen Bund die unsterblichen, gerade uns heute tief bewegenden Eidesworte: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern ... Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!

Was die Nationale Front bedeutet

Gerade mit diesen Worten und Bildern aus dem „Wilhelm Tell" ist klar veranschaulicht und ausgedrückt, was wir mit der Nationalen Front der Gegenwart meinen und wollen. Zur Durchführung der höchsten Forderung nach Einheit und Frieden stellen wir alle auch noch so berechtigten Einzelwünsche und Sonderbestrebungen zurück. In diesem Sinne reichen wir uns alle die Hände und schließen die Kette: Frauen und Männer, Alter und Jugend, Ost und West, Unternehmer und Arbeiter, Stadt und Land, Sozialisten und Liberale, Christen und Freigeister, Katholiken und Protestanten, Vertreter des Materialismus und des Idealismus, frühere Mitläufer des Nationalsozialismus und Mitglieder der VVN – und welche Gegensatzgruppen es immer auch in unserem Volke geben mag. Wir stellen alle – aber bestimmt auch alle – diese Unterschiede zeitweilig zurück vor der dringlichen und entscheidenden Aufgabe: durch die gemeinsame Front aller Deutschen die Einheit und den Frieden zu erhalten.

Es gibt selbstverständlich hier und da Bedenken, Fragen und Einwendungen gegen diese neue Bildung einer Nationalen Front. Wir haben die Pflicht, eine klare und feste Antwort darauf zu geben. Zunächst aber einmal: Was heißt und bedeutet Nationale Front? Soll damit etwa wieder die laute Werbetrommel gerührt werden wie einst im Dritten Reich beim totalen Krieg oder wie bei den Männern der sogenannten Vaterlandspartei im ersten Weltkrieg, die uns ins Verderben gestürzt haben?

Was eine Nation ist

Die Antwort darauf: Für uns ist die Nation die Gemeinschaft der Menschen gleicher Sprache, gleicher geschichtlicher Erlebnisse durch Jahrhunderte, gleicher Kulturwerte. Wir lehnen dabei den Rasse- und Blutgedanken als verderblich und entzweiend völlig ab. Deutschlands Einheit wird zerstört, wenn man sie in unserem buntrassigen Volke auf Rassenunterschiede und damit verknüpft auf verschiedene Rangwerte der Menschen aufbauen wollte. Solche nazistischen Gedanken sind ausgemerzt: sie führen und führten nicht zur Einheit und Einigkeit, sondern zum Bruderhaß,

zu Menschenverachtung, zum Antisemitismus und schließlich zum Kreuzzug gegen andere Völker. Mit diesen früheren nationalen Parolen hat unsere Nationale Front nichts, aber auch nichts zu tun. Für uns ist die Nationale Front die Gemeinschaft aller Deutschen ohne Unterschied der politischen Anschauung, des religiösen Bekenntnisses, der gesellschaftlichen Stellung, der verschiedenen Berufsarbeit.

Nationen in der Menschheitsfamilie

Nation bedeutet aber nicht nur die Gleichberechtigung der Bürger und Glieder eines Volkes in seinem Innern, sie bedeutet zugleich auch die Gleichwertung der verschiedenen Nationen in der Menschheitsfamilie. Auch die Völker sind, wie die Einzelmenschen, Persönlichkeiten mit Wert und Rang und Würde, sie sollen und dürfen niemals als bloße Mittel zu einem fremden Zweck ausgenützt werden. Es ist erst wenig länger als hundert Jahre her, daß der nationale Gedanke als eine neue politische Idee erstand. Jahrhundertelang hatten, gerade in unserem zerrissenen und zerstückelten Deutschland, die weiten Schichten unseres Volkes ohne nationales Selbstbewußtsein in einer geschichtslosen Masse gelebt, die unendlich vielen Herren und Regenten untertänig und hörig waren als Arbeitstiere und Heeresanwärter. Das wurde anders seit den Tagen der großen Französischen Revolution und seit den Reformen der Stein und Hardenberg und Scharnhorst: Mit der Befreiung des Volkes aus der Vieluntertänigkeit, der Leibeigenschaft und Sklaverei, mit der Menschwerdung der Masse, mit der Losung von Freiheit und Einheit erwuchs auch ein Nationalgefühl und ein Nationalbewußtsein in unserem Volke. Das alles waren damals den feudalen Herren und ihrer Oberschicht fluchwürdige Erscheinungen wie Gottesleugnung und Teufelsspuk und Revolution. Aber der nationale Gedanke hat sich gerade aus der Tiefe des Volkes emporgerungen.

Nationale Idee und internationaler Geist

Das politische Denken des 19. Jahrhunderts hat dann auch die rechte Anordnung von nationaler Idee und internationalem Geist gebracht. Die Nationen lernten, daß es oberhalb des Nationalideals noch ein anderes Ideal gab, das der Menschheit, der Völkergemeinschaft. Die Geschichte keines Volkes kann mit der nationalen Idee schließen, sondern führt gradlinig zur Menschheitsidee hinauf. Aber die Geschichte lehrt auch, daß der internationale Geist nicht eine Vermischung und Verwischung der nationalen Ideen ist, sondern ihr Zusammenklang. Menschen werden durch das Nationale getrennt, sie werden durch das Menschliche vereinigt; denn der Einzelmensch wie die Gruppe, das Volk wie die Menschheit werden geadelt durch Menschentum und Menschlichkeit. So bedeutet auch die Nationale Front keine Verschärfung nationaler Gegensätze, sondern mit der

Anerkennung der Rechte eines Volkes auf Selbständigkeit und Gleichwertigkeit zugleich das Bekenntnis zur höheren Gemeinschaft der Völker.

Ablehnung einer Einheitspartei

Auch die andere Besorgnis, daß über die Nationale Front der Weg zu einer Einheitspartei beschritten werden soll, kann zerstreut werden. Die Parteien, die sich jetzt in der gemeinsamen Losung der Nationalen Front zusammengetan haben, legen entscheidenden Wert darauf, daß das keinerlei Einwirkung auf die ideologische Grundeinstellung und auf das Programm und seine Durchführung haben soll. Es geht jetzt nur um eine Zurückstellung dieser verschiedenen Anschauungen zur Durchführung der vordringlichsten Aufgabe, der Schaffung der Einheit und der Erreichung des Friedens. Soll das Werk der Nationalen Front gelingen, so muß ein neuer tiefer Geist der Toleranz bei uns einziehen. Toleranz nicht einfach nur in dem längst überholten Sinne der bloßen Duldung einer anderen Meinung als Privatangelegenheit eines einzelnen, sondern Toleranz im echten Sinne der Achtung und Wertung der politischen, weltanschaulichen und religiösen Anschauung des Nachbarn. Gerade diese wahre und echte Duldsamkeit weiß, daß es neben den selbstverständlich vorhandenen Gegensätzen und Spannungen doch eine breite Fläche des Gemeinsamen gibt. So stellt die Forderung der Nationalen Front zugleich einen Appell an alle dar, im Geiste der Toleranz in allen Arbeitsstätten und auf allen Gebieten zusammenzuarbeiten. Es wird von der ehrlichen Durchführung dieser Forderung abhängen, wie groß und stark die Nationale Front wird.

Gegen die Störer der Nationalen Front

Jede Betrachtung der Gegenwartslage lehrt, daß die Menschen der Wirtschaft und der Berufe in Ost und West zu der klaren Erkenntnis gekommen sind, zur Arbeit zusammenzukommen. Wir wollen ins Gespräch kommen und nicht uns mit Auseinandersetzungen immer weiter voneinander entfernen. Aber auch unter den politischen Menschen meldet sich die Forderung, die trennenden Zäune niederzulegen und die scheidenden Gräben einzuebnen, gerade auch unter denen, die um die geistige und sittliche Verantwortung für die Zukunft wissen. Der Einheit Deutschlands haben früher einmal die Dynasten und die Feudalschicht entgegengestanden – der Sturm der Geschichte hat sie verweht. Beim Zusammenbruch im Jahre 1918 haben sich die Länderregierungen dem Zusammenschluß widersetzt und durch diese parteiegoistische Politik einen starken Schuldanteil an der Entwicklung der Weimarer Republik gehabt – auch sie sind aus ihren Machtstellungen gedrängt worden.

Wenn sich diesmal wieder Gruppen oder Schichten oder Einzelpersonen dem Ruf nach Zusammenschluß und Einheit und Einigkeit versagen – dann wird die aus der Tiefe der Volksseele kommende Bewegung über sie

hinwegjagen. Sie könnten das Werk verzögern, sie können es aber nicht hindern.

Die LDP für die Einheit

In diesem Sinne stellt sich die LDP getreu ihrem bisherigen Werdegang und ebenso getreu ihren Prinzipien in ihrem Programm in die Reihe der Nationalen Front. Sie wird sich in der Lauterkeit ihrer Motive von niemandem und von keiner Partei oder Gruppe übertreffen lassen. Denn wo immer in der deutschen Geschichte das Banner der deutschen Einheit aufgerollt worden ist, da standen liberale Männer und Frauen in vorderster Front. Wir handeln im Geiste und Sinne unserer politischen Väter, wenn wir jetzt in der höchsten Notzeit unseres Vaterlandes die Nationale Front stärken zur Erreichung der deutschen Einheit, des deutschen Friedens. Wir handeln dabei aber zugleich auch aus höchster Verpflichtung gegenüber den kommenden Geschlechtern, die ein Leben in Einheit und Freiheit und Frieden führen sollen.

Goethes Mahnung an die Gegenwart

In einem bekannten prophetischen Gespräche hat Goethe über Deutschlands kommende Entwicklung gesprochen: Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde; unsere guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das ihrige tun. Aber er fügt dann die tiefste Erkenntnis hinzu: Vor allem aber sei Deutschland eins in Liebe zueinander! Mit dieser Losung gehen wir an die politische Arbeit der Stunde.

Dokument 8

„Fragen und Antworten." Von der Parteileitung der LDP in Berlin an die LDP-Geschäftsstellen versandte Argumentationshilfe. Von Wolfgang Schollwer handschriftlich mit dem Eingangsvermerk „Nov(ember) 1949" versehen (AdL 6947–4, S. 1100–1114).

Frage 1:
Wie stehen wir zur Oder-Neiße-Grenze?

Antwort:

1. Es gibt kein Objekt, das einen neuen Krieg mit allen seinen furchtbaren Folgen rechtfertigen könnte.
2. Es ist für unser deutsches Volk außerordentlich schwer, zu begreifen, daß der Verlust alten deutschen Gebietes endgültig sein soll, und man kann von einem Volk mit nationaler Gesinnung nicht fordern, daß es von sich aus eine solche Abtrennung verlangt.
3. Die Potsdamer Beschlüsse haben die Oder-Neiße-Grenze im Einvernehmen sämtlicher Alliierten als vorläufige Grenze bezeichnet. Jedoch ha-

ben wenige Monate später sämtliche Alliierten gemeinsam der Aussiedlung der bisherigen Einwohner aus diesem Gebiet zugestimmt und gemeinschaftlich durchgeführt. Hätten damals einige der Alliierten die Auffassung gehabt, daß diese Grenze nur als vorläufige Grenze zu betrachten sei, so wäre dieser Beschluß auf Ausweisung eine für uns unvorstellbare Grausamkeit gewesen. Wir wissen aber aus Erklärungen führender westlicher Staatsmänner, daß auch die Westmächte in Potsdam fest entschlossen waren, die festgesetzte Grenze als endgültig anzuerkennen, um so mehr, als damals in Polen Mikolajczyk führendes Regierungsmitglied war und die größten Sympathien der Westmächte besaß.

Die Westmächte und auch politische Kreise Westdeutschlands benutzen jetzt in großem Umfang die Oder-Neiße-Grenze als ein Propagandamittel, um das Mißtrauen des deutschen Volkes gegen die Völker des Ostens hervorzurufen und die Deutschen den eigenen westlichen Bestrebungen gefügig zu erhalten. Vor allem soll mit dieser Frage jeder Versuch, die nationale Frage von der Ostzone her zu lösen, gestört werden.

Wie die Westmächte heute wirklich denken, daß sie vor allem keineswegs geneigt sind, ernsthaft die Frage der Revision anzupacken, beweisen eine Reihe von offiziellen und Presseäußerungen. Die amerikanische „Neue Zeitung" warnte nachdrücklichst vor allen Hoffnungen auf eine Revision, da dem Wanderstab nach dem Osten die Kanonen vorangehen müßten und kein Flüchtling, der seine Heimat liebt, um den Preis eines Krieges die Rückkehr zu erkaufen bereit sei. Die englische Zeitung „News Chronicle" und der „Manchester Guardian" traten im November für die Oder-Neiße-Grenze als die endgültige deutsche Friedensgrenze ein. Als die ehemals deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße endgültig durch Beschluß der polnischen Regierung an den polnischen Staat angegliedert wurden, ist kein Protest durch die Westmächte erhoben worden. Auch die Erklärungen der Westmächte zu der Regierungserklärung Adenauers in bezug auf die Oder-Neiße-Grenze lassen eindeutig erkennen, daß diese nicht gewillt sind, die westdeutschen Revisionsforderungen zu unterstützen. Eine ähnliche Erklärung gaben auch der Hohe Kommissar der Vereinigten Staaten, McCloy, und der französische Hohe Kommissar, François Poncet, ab. Das beweist deutlicher als alles andere, daß ernsthaft eine Revision der Grenze niemals von den Westmächten angestrebt wird. Jeder Deutsche, der mit dem Gedanken einer Revision der Grenze spielt, muß sich darüber klar sein, daß nirgendwo ernsthaft Kräfte bereit sind, ihm zu helfen. Jetzt nach Jahren, nachdem die Aussiedlung lange vollzogen ist, wäre es selbstverständlich taktisch möglich, den Standpunkt zu vertreten, daß die Grenze, die der Friedensvertrag festlegen wird, eine andere ist. Damit wird jedoch die Aussiedlung und die Vollziehung vollendeter Tatsachen nicht rückgängig gemacht.

4. Es ist ein Verbrechen an unseren Neubürgern, wenn wir ihnen durch eine andere Stellungnahme Hoffnung machten, daß sie wieder in ihre alte Heimat zurückkehren könnten. Dadurch wäre ihnen das Einleben bei uns in ihrer neuen Heimat erschwert oder gar unmöglich gemacht worden. Wir würden ihnen das Glück ihres Lebens verbauen und darüber hinaus in unserem Volke eine Millionenzahl von Unzufriedenen, Verzweifelten und schließlich Feinden der Demokratie schaffen.
5. Sollte der Friedensvertrag eine endgültige Abtrennung der Ostgebiete bringen, so haben wir mit allen Mitteln das Entstehen einer Irredenta-Bewegung zu unterbinden und zu verhindern. Eine solche würde die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung bringen. Der letzte Krieg hat unseren neuen Mitbürgern den Verlust ihrer alten Heimat gebracht, ein neuer Krieg würde ihnen vermutlich die neue Heimat zerschlagen.

Frage 2:
Hat in der neuen Regierung die SED nicht wieder den beherrschenden Einfluß, der alle anderen selbständigen Kräfte an die Wand drückt? Ist nicht die LDP entsprechend ihrer Wählerschaft zu wenig an den verantwortlichen Stellen beteiligt?

Antwort:
Die SED ist in der neuen Regierung und in den Ministerien entsprechend den Wahlergebnissen von 1946 zweifellos stark vertreten. Die verantwortlichen Persönlichkeiten der Partei sind im zentralen Block und im Kabinett für eine der Wählerschaft entsprechende Beteiligung der Partei auch in den unteren Stellen der Verwaltung eingetreten und werden dies auch weiterhin tun. Dabei müssen wir ganz objektiv feststellen, daß der Schritt von der DWK zur Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein Fortschritt in unserem Sinne ist und daß wir jetzt erheblich stärker an der Verantwortung beteiligt sind als vorher. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt gerade deshalb durchgeführt worden, weil die verantwortlichen Persönlichkeiten unserer Partei darauf hinwiesen, daß die Deutsche Wirtschaftskommission nur eine vorübergehende Einrichtung darstellen dürfe.

Aus der ganzen Haltung der führenden Stellen der SED geht hervor, daß sie loyal mit uns zusammenarbeiten will. Wir wissen weiter, daß die bestehende Regierung nur ein Provisorium darstellt, das in 11 Monaten erneut geändert werden kann.

Die Partei wird ihre angestrengteste Aufmerksamkeit darauf richten, die personelle Frage in der Besetzung der einzelnen Stellen in den Ministerien und der Verwaltung positiv zu lösen. Sie hat auch ihre Ansprüche im Block angemeldet. Man muß sich aber klar sein, daß die unbefriedigende Lage um so eher gelöst werden kann, je stärker und geschlossener die Partei und je kraftvoller sie mit ihren fortschrittlichen Kräften auftreten kann.

Dieses Problem wird die verantwortliche Leitung der Partei und die Massen der Partei auch während des ganzen provisorischen Zustandes immer wieder beschäftigen müssen.

Frage 3:
Waren nicht Gemeinde- und Kreiswahlen möglich?

Antwort:
Die Frage der Verschiebung der Wahlen, die in einem Teil der Partei Befremden ausgelöst hat, ist in dem Artikel des Generalsekretärs der LDP, Günter Stempel, „An einen Unzufriedenen", im „Morgen" gestellt und beantwortet worden. Wir wissen, daß die LDP sich in den Regierungsverhandlungen entschieden, schließlich als einzige Partei, für einen früheren Wahltermin eingesetzt hat, daß sie dabei allein geblieben ist und daß sie nur nach schweren Bedenken nachgegeben hat, um das ganze Werk der Deutschen Demokratischen Republik nicht zu gefährden. Wir haben uns als Demokraten dem Entscheid der übrigen Parteien schließlich gefügt.

Frage 4:
Werden die Wahlen wirklich zu dem festgelegten Termin nach den Verfassungsbestimmungen stattfinden?

Antwort:
Wir wissen aus den Äußerungen der maßgebenden Persönlichkeiten, wie vor allem Prof. Kastners, daß die Partei unverrückbar an diesem Wahltermin festhält. Wir erinnern weiter an die Äußerung Grotewohls vor der Presse, daß die gesamte Arbeit der Regierung auf diesen Wahltermin abgestellt ist. Im übrigen ist der Wahltermin von der Volkskammer gesetzlich festgelegt worden. Wir haben keinen Anlaß, irgendein Mißtrauen zu äußern.

Frage 5:
Wird die Volkskammer entsprechenden Einfluß besitzen und die gesamte Verwaltung kontrollieren können? Werden so weitgreifende Befugnisse, wie sie die Sekretariatsbeschlüsse der DWK darstellen, künftig nicht mehr auf dem Verwaltungswege erlassen werden können?

Antwort:
Hier müssen wir immer wieder darauf hinweisen, daß wir der Begründung der Deutschen Demokratischen Republik auch deshalb aus vollem Herzen zugestimmt haben, weil sie die Entwicklung von der Verwaltungstätigkeit der DWK zur parlamentarischen Demokratie bedeutet. Alle grundsätzlichen Fragen müssen also durch Beschluß der Volkskammer geregelt werden. Die Volkskammer hat auch eine ganze Reihe von Ausschüssen gebildet, die die Tätigkeit der einzelnen Ministerien kontrollieren werden. Gerade auf diese Frage also wird die LDP ihr besonderes Augenmerk richten und dabei ihren Einfluß geltend machen.

Frage 6:
Besteht die Möglichkeit, daß die Provisorische Volkskammer in der Zeit ihres Bestehens Verfassungsänderungen beschließen wird?

Antwort:
Theoretisch besteht diese Möglichkeit. Praktisch wird das nicht der Fall sein, denn Ministerpräsident Grotewohl hat auf der Pressekonferenz vom 26.10. erklärt, daß die Regierung eine solche Umgestaltung nicht ins Auge fassen werde.

Frage 7:
Wird von nun an die persönliche Freiheit jedes Einzelnen gewährleistet sein?

Antwort:
Die Partei wird sich entschieden dafür einsetzen, daß die Grundrechte der Verfassung, die das Dasein des einzelnen Bürgers sichern, zu einem lebendigen Bestandteil unseres öffentlichen Lebens werden. Diese zugebilligten Rechte dürfen aber kein Freibrief sein, weder für staatsfeindliche Bestrebungen, noch für Angriffe gegen die Besatzungsmacht. Wir müssen im Interesse unserer friedlichen Entwicklung darauf achten, daß die großen Aufgaben der Demokratisierung, der Entnazifizierung und Entmilitarisierung nicht von verantwortungslosen Elementen gestört werden. Aus diesem Grunde ist auch in der Verfassung bestimmt, daß für eine destruktive Tätigkeit der Schutz der Verfassungsartikel nicht in Anspruch genommen werden kann. Je mehr wir also auf dem Wege einer fortschrittlichen Demokratie vorwärts gehen, um so ungestörter wird die persönliche Freiheit des Einzelnen sich entfalten können.

Frage 8:
Wird vor allem jetzt Pressefreiheit durchgeführt?

Antwort:
Die Besatzungsmacht hat ihre Rechte gegenüber der Presse auf deutsche Stellen übertragen. Aber hier liegen auch die gleichen Notwendigkeiten wie bei der obigen Frage. Die großen Aufgaben der Demokratisierung usw. verpflichten auch die Zeitungen zu einer aufbauenden und konstruktiven Haltung. Hinzu tritt, daß die Parteien sich in der Aktionsgemeinschaft des Blockes zu einem einheitlichen Anpacken der Aufgaben, die der Aufbau Deutschlands mit sich bringt, entschlossen haben. Das schließt nicht aus, daß Kritik und freimütige Äußerungen nicht gebracht werden können. Nur dürfen sie nicht zersetzend und hemmend für diesen Aufbau sein.

Frage 9:
Werden Eingriffe in das persönliche Eigentum fortfallen?

Antwort:
Der Ministerrat hat sich bereits darüber geeinigt, daß über die Fragen der Enteignung ein Gesetz erlassen wird; es ist selbstverständlich, daß jetzt, nachdem die Verfassung in Kraft gesetzt ist, ungesetzliche Enteignungen nicht stattfinden dürfen.

Frage 10:
Wann werden die nominellen Pgs wirklich gleichberechtigt sein, d. h. werden sie wirklich eine ihren Fachgebieten, ihren Leistungen und ihrer Vorbildung entsprechende Arbeitsstätte finden können?

Antwort:
Wir verweisen auf das am 9. November von der Volkskammer erlassene Gesetz, dem in Kürze Ausführungsbestimmungen folgen werden. Unsere Auffassung ist in der Rede des Sprechers der LDP in der Volkskammersitzung vom 9. November niedergelegt.

Frage 11:
Wann werden die politisch Verhafteten freigelassen?

Antwort:
Die Frage der politischen Häftlinge und der Sicherungslage ist eine Frage des Vertrauens der Besatzungsmacht. Wir haben keinen Zweifel, daß jetzt, nachdem das Verhältnis der Sowjetunion zum deutschen Volk auf ganz neue Grundlagen gestellt ist, auch dieses Problem, das aus dem Sicherungsbedürfnis der Besatzungsmacht geboren war, eines Tages gelöst werden kann. Wir können die Voraussetzungen für eine Lösung am ehesten schaffen, wenn wir eine ehrliche Freundschaft zur Sowjetunion pflegen, wenn wir dadurch ein Vertrauensverhältnis des ganzen deutschen Volkes zu den Völkern der Sowjetunion herstellen und wenn wir alle bewußten Störungsversuche aus westlicher Richtung entschieden ablehnen. Die ganze Frage ist einmal eine Folge des Krieges und weiter eine Folge der bewußten Zersetzungsversuche seitens des Westens. Wir werden zu ihrer Lösung beitragen, wenn wir die Sicherheitserfordernisse der Besatzungsmacht auf ein ehrliches Freundschaftsverhältnis zu den sowjetischen Völkern aufbauen.

Frage 12:
Wann werden die Kriegsgefangenen auch aus Rußland freigelassen?

Antwort:
Die Frage der Kriegsgefangenen wird nach offiziellen sowjetischen Äußerungen und nach der Versicherung des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Anfang 1950 völlig gelöst sein. Wir haben keine Zweifel, daß diese Versicherungen eingehalten werden; das beweist schon die unaufhörliche Zahl der Transporte, die in Frankfurt/Oder eintreffen.

Frage 13:
Kann nicht eine Amnestie für politische und wirtschaftliche Vergehen erlassen werden?

Antwort:
Eine Amnestie ist bereits von der Volkskammer am 9. November 1949 beschlossen.

Frage 14:
Wann wird ein Friedensvertrag abgeschlossen? Wird dies in absehbarer Zeit geschehen?

Antwort:
Bei dieser Frage müssen wir uns daran erinnern, daß nach den Beschlüssen von Jalta und Potsdam ein Friedensvertrag mit Deutschland von allen vier Mächten gemeinsam abgeschlossen werden soll. Wir Deutschen haben, weil wir uns gegen die Spaltung Deutschlands wehren, kein Interesse an einem Sonderfrieden. Aus diesem Grunde hat auch Otto Grotewohl für die Provisorische Regierung betont, daß die Deutsche Demokratische Republik einen Sonderfrieden nicht anstrebt. Wir müssen aber feststellen, daß die Lösung dieser Frage des Gesamtfriedens jetzt erheblich näher gerückt ist, nachdem die erste Forderung des Deutschen Volksrates nach einem selbständigen deutschen Staat gelöst ist und nachdem mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik die unmittelbare Nachkriegsepoche abgeschlossen und die politische Entwicklung Deutschlands auf neuen Grundlagen in Fluß gekommen ist. Die Forderung der Nationalen Front nach einem gerechten Frieden bleibt für uns als vordringliche Aufgabe bestehen.

Frage 15:
Wird alsdann die Besatzungsmacht abrücken?

Antwort:
Wir haben nicht den geringsten Zweifel, daß die Sowjetunion ihr auf der Warschauer Außenministerkonferenz vom Juni 1948 gegebenes Versprechen voll und ganz einlösen wird. Wir werden die Erfüllung der Versprechen um so mehr erreichen, je freundschaftlicher sich die Beziehungen zwischen den beiden Völkern entwickeln.

Frage 16:
Werden dann auch die Reparationsleistungen abgebaut werden und die SAG-Betriebe an das deutsche Volk zurückgegeben werden?

Antwort:
Wir müssen uns klar darüber sein, daß deutsche Stellen auf diese Frage, die eine Folge des Hitler-Krieges ist, keinen unmittelbaren Einfluß haben. Wir dürfen und wollen uns der Verpflichtung zur Wiedergutmachung nicht entziehen. Aber wir können auch bei der Lösung dieser Frage voller

Vertrauen in die Zukunft sehen, wenn wir beobachten, wie die Sowjetunion ihre Reparationsansprüche von Jahr zu Jahr freiwillig herabgesetzt hat, so daß sie heute nur noch einen geringen Bruchteil der deutschen Produktion betragen. Wir glauben, daß wir auch zur Lösung dieser Frage am besten die Voraussetzung schaffen können, wenn wir unser Verhältnis zur Sowjetunion auf die Grundlage einer ehrlichen Freundschaft stellen.

Frage 17:
Könnte die Partei nicht an die Besatzungsmacht die Bitte richten, daß auch über die in der Kriegsgefangenschaft Verstorbenen Auskunft gegeben wird, um das Schicksal der vielen in diesem Krieg Vermißten zu klären und die Ungewißheit für viele Familien zu beseitigen?

Antwort:
Auch hier glauben wir, daß ein Vertrauensverhältnis beider Völker zueinander die Fragen lösen kann, die noch als ein Rest des Krieges das Dasein vieler Familien beschweren. Die Partei wird auch diesen Sorgen und Fragen ihre Aufmerksamkeit und Arbeit zuwenden.

Frage 18:
In den offiziellen Verlautbarungen ist von einer Umwandlung der SMA in eine Kontrollkommission gesprochen worden, die nur noch rein kontrollierende Funktionen ausüben wird. Wie wird sich dies im einzelnen auswirken?

Antwort:
Nach der Erklärung des Vorsitzenden der sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland General Tschujkow werden sich die Befugnisse der Kontrollkommission auf eine Kontrolle zur Durchführung der Potsdamer Beschlüsse beschränken. Die Ausgestaltung der Kontrolle hängt von dem Vertrauen der Sowjetunion in unsere ehrliche Haltung ab. Insofern werden wir auch darauf einwirken können. Auch hieraus ergibt sich die Verpflichtung zu einer aufrichtigen freundschaftlichen Haltung.

Frage 19:
Ist es nicht möglich, einen freien Reiseverkehr zwischen dem Westen und der Deutschen Demokratischen Republik zuzulassen? Es könnten dann doch die bestehenden verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen gepflegt und die Einheit auf diesem Gebiet angebahnt werden.

Antwort:
Die Zulassung eines freien Reiseverkehrs ist zwar durchaus erwünscht, sie sollte aber, so sehr für persönliche Reisen nach der menschlichen Seite hin ein Bedürfnis vorliegt, zurückgestellt werden, bis erst der allgemeine Reiseverkehr, der aus Gründen des Handels erforderlich ist, beschränkungslos durchgeführt werden kann. Der Handel ist das staatspolitisch Primäre, und man muß darauf verweisen, daß auch die Zollunion der Reichsgrün-

dung voranging. Deshalb die Stellungnahme: Reiseverkehr zur Pflege von verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen ist nur in dem Maße zuzulassen, als der besonders zu fördernde Handelsreiseverkehr dies zuläßt.

Frage 20:
Besteht nicht wenigstens Aussicht, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland enger zu gestalten? Den hohen Westmarkkurs abzubauen?

Antwort:
Die Frage der Verengung der wirtschaftlichen Beziehungen ist eine politische Frage, die wesentlich von der gegenseitigen Einstellung der vier Besatzungsmächte zueinander abhängt. Bei der jahrhundertelangen Zusammengehörigkeit deutscher Stämme, die Deutschland zu einer Einheit werden ließen, ist zu erwarten, daß sich die wirtschaftliche Vernunft durchsetzt. Der Westmarkkurs ist in keinerlei Weise wirtschaftlich gerechtfertigt und jetzt nach der neuen über 20%igen Abwertung um so weniger.

1. Der Eisenbahnerstreik,
2. Die Kurve des Kursverlaufs,
3. die Beibehaltung der Relation West-Ost trotz der westlichen Abwertung bewiesen eindeutig, daß der Kurs von Westen her manipuliert wird. Die Möglichkeit eines Abbaues muß von zwei Seiten angestrebt werden: Einmal von der politischen Seite vor allem dadurch, daß der Westen einlenkt, denn die Spekulanten handeln ja offensichtlich im Auftrage der Westmächte, auf der anderen Seite dadurch, daß durch Verstärkung des Interzonenhandels auf Verrechnungsbasis Wert gegen Wert, diese Manipulation sinnlos wird. In dem neu sich anbahnenden Preisgebäude, Wegfall der Subventionen und Senkung der HO-Preise, zeigt sich eine weitere Stütze unserer Währung, die bei der Kursfrage Ost-West nicht ohne Bedeutung ist.

Frage 21:
Weshalb werden die Angehörigen der SED bei der Besetzung von Stellen in der öffentlichen Verwaltung immer noch bevorzugt, z.B. in den volkseigenen Betrieben, Handelsorganisationen, die überwiegend mit SED-Leuten besetzt sind? Warum werden auch die einschlägigen Stellen in der öffentlichen Verwaltung der Landwirtschaft, der volkseigenen Güter, der MAS und der Dorfgenossenschaften der LDP vorenthalten und entzogen? Kann nicht hier über die Besetzung eines Postens in erster Linie die fachliche Eignung entscheiden?

Antwort:
Die verstärkte Stellung der LDP in der Regierung wird auch hier die Möglichkeit geben, diese unbefriedigende Situation zu klären und darauf zu drängen, daß auch Mitglieder unserer Partei in einem dem Ergebnis der

Wahlen angemessenen Verhältnis die Stellen der Verwaltung und der öffentlichen Wirtschaft besetzen. Es entspricht auch dem Gedanken des Blocks, der eine Aktionsgemeinschaft aller Parteien darstellt. Wir glauben, daß manche Fehler in der Vergangenheit nicht aufgetaucht wären, wenn nicht ein verengter Parteistandpunkt die Personalpolitik mancher Behörden bestimmt hätte.

Gerade um den Aufbau noch zu steigern, ist eine gerechte Personalpolitik notwendig. Auch hier müssen die Bestimmungen der Verfassung zur Geltung gebracht werden.

Frage 22:
Warum werden noch immer LDP-Leute aus der Verwaltung entlassen oder bei Bewerbungen benachteiligt? Kann die Partei ihren Angehörigen nicht einen stärkeren Schutz gewähren?

Antwort:
Die Partei wird ihre gestärkte Stellung in der Regierung benutzen, um das Recht unserer Parteifreunde zu sichern und auch für sie den Schutz des Verfassungsartikels in Anspruch nehmen.

Frage 23:
Besteht nicht die Möglichkeit, die Renten – wenigstens soweit sie unter einem Existenzminimum liegen – so zu erhöhen, daß sie das Leben des einzelnen Rentenempfängers wirklich sichern z. B. bei Kriegsbeschädigten? Wird ein Lastenausgleich durchgeführt werden?

Antwort:
Aufgrund unserer Anträge auf Rentenerhöhung teilte uns die Hauptverwaltung Finanzen mit, daß seit einiger Zeit Untersuchungen angestellt werden, ob und in welchem Umfange eine Heraufsetzung der Rentenleistungen der Sozialversicherung, mit Ausnahme der Unfall- und Bergmannsrenten, möglich ist. Das Ergebnis der Untersuchung muß abgewartet werden.

In der Zwischenzeit aber besteht in den Fällen, in denen die Rente weit unter dem Existenzminimum liegt, wie es besonders bei kranken, bettlägerigen und völlig alleinstehenden Rentenempfängern und bei Schwerstbeschädigten oft der Fall ist, die Möglichkeit, unter genauer Angabe der sozialen Notlage bei dem zuständigen Sozialamt zusätzlich eine laufende Fürsorgeunterstützung zu beantragen.

Ein Lastenausgleich kann auch nach den Ansichten der LDP nur auf gesamtdeutscher Grundlage vorgenommen werden; Voraussetzung ist also, daß die vier Zonen erst wieder vereinigt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt hat die Parteileitung der LDP festumrissene Vorschläge für eine Soforthilfe für Umsiedler gemacht, nach denen sich die Regierung bereits in einem besonderen Fall gerichtet hat.

Frage 24:
Ist es berechtigt, solange die Knappheit an Milch, Fett und Fleisch besteht, diese Produkte zu erhöhten Preisen in der HO zu verkaufen? Wäre es nicht zweckmäßiger, die Milch unseren Kindern zu normalen Preisen zur Verfügung zu stellen?

Antwort:
Soweit die Milch, das Fleisch und das Fett aus der Pflichtablieferung kommt, geht es in die allgemeine Versorgung und wird zu Marktpreisen verteilt.

Die Tatsache, daß neben der Pflichtablieferung noch der Aufkauf freier Spitzen besteht, der zur Produktionsanregung zunächst zu wesentlich erhöhten sogenannten freien Spitzen-Preisen aufgekauft wird, insbesondere nach dem Wegfall jeglicher staatlicher Subventionen, die aus Steuern aufgebracht werden müßten, ist an eine Unterbringung dieser nicht allzu umfangreichen Mengen in die Versorgung nicht zu denken. Diese Mengen müssen also zu überhöhten Preisen verkauft werden, um eine allgemeine weitere Preiserhöhung zu vermeiden. Das ist indessen nicht als Dauerzustand zu betrachten. Es wird versucht werden, die Preisungleichheit unter Umständen durch die Änderung des Erfassungswesens auszugleichen und damit wird es möglich sein, auch diese Produkte in die allgemeine Versorgung einzubeziehen.

Frage 25:
Wäre es überhaupt nicht angebracht, die Preise der HO auf ein erträgliches Maß herabzusetzen, um auch den minderbemittelten Schichten einen Einkauf zu ermöglichen?

Antwort:
Die erhöhten Preise der HO sollen im Laufe des nächsten Jahres so weit herabgesetzt werden, daß nach der Ernte, wenn die Bewirtschaftung aufgehoben wird, eine einheitliche Preisebene erreicht wird.

Frage 26:
Werden sich die Konsumvereine noch weiter ausdehnen?

Antwort:
Sie haben in der Übergangszeit eine marktregulierende Aufgabe gehabt, die jetzt aber allmählich überholt ist. Ihre Gründung beruht bekanntlich auf liberalen Ideen. Schulze-Delitzsch, ein liberaler Vorkämpfer, ist einer seiner Mitbegründer. Wir wünschen keine Monopolstellung der Konsumvereine. Im übrigen führte Minister Handke am 27.8.1949 vor dem Kongreß der Konsumgenossenschaften aus, daß ihre wichtigste Aufgabe in Zukunft sei: die notwendige Spezialisierung des Verkaufsstellennetzes, die qualitative Verbesserung des Wirtschaftsapparates und seiner Leistungen und die Zurückweisung von Schundprodukten. Der Umfang der Tätigkeit

der Konsumvereine wird sich aus Anmeldung und Punktrücklauf ergeben. Dabei wird das Prinzip des gesunden Wettbewerbs entscheidend sein.

Frage 27:
Weshalb werden die Konsumvereine in der Warenbelieferung so stark bevorzugt? Warum können sie allein Obst und Gemüse, die aus dem Ablieferungssoll stammten, zu verbilligten Preisen verkaufen? Warum dürfen sie allein die Intelligenzkarten beliefern? All das wirkt sich doch zum Nachteil breiter Verbraucherkreise aus.

Antwort:
Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus der oben gegebenen Antwort und der grundsätzlichen Stellungnahme des Ministers Handke, der im übrigen zum privaten Großhandel ausdrücklich sagte, daß an seine Verstaatlichung nicht gedacht ist und ihm im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes weiteste Betätigungsmöglichkeiten offen stehen. Aus der Verfolgung dieser Grundsätze werden sich auch die bezüglich Obst, Gemüse und Sonderbelieferung einzelner Kartengruppen ergebenden Beschwerden beheben.

Frage 28:
Beabsichtigt man, die Kräfte der privaten Wirtschaft ganz auszuschalten? Oder wird jetzt – mit der Neuordnung der politischen Verhältnisse – auch ein Abschluß der Entwicklung der letzten Zeit erfolgen, die die private Wirtschaft immer weiter eingeschränkt hat?

Antwort:
Nach den Erklärungen der DWK durch Selbmann und Rau und nach der Regierungserklärung ist eine solche Ausschaltung nicht beabsichtigt. Nach Ansicht der LDP nach der Verfassung auch nicht zulässig. Es wird unsere Aufgabe sein, diese Beruhigung und den Glauben an die demokratische Ordnung, die ja letzthin auch der SED-Parteivorstand als sein Ziel herausgestellt hat, zu erwirken. Wir hoffen dabei auf die tatkräftige Mithilfe unserer Minister und Staatssekretäre.

Frage 29:
Werden die private Industrie und das Handwerk künftig genügend mit Rohstoffen versorgt werden können? Oder werden sie hinter den volkseigenen Betrieben zurückstehen müssen? Wird überhaupt eine Auftragserteilung nach dem Grundsatz der Qualität erfolgen?

Antwort:
Die Versorgung ist eine Frage der Rohstoffdecke. Es muß deshalb Hauptziel sein, die Rohstoffdecke durch Förderung der Urproduktion und durch Einfuhren so zu verstärken, daß die private Industrie und das Handwerk in gleicher Weise wie die volkseigenen Betriebe versorgt werden können.

Im Zweijahresplan sind auch die Privatbetriebe zur Mitarbeit und Leistungssteigerung aufgerufen. Deshalb muß allen in gleicher Weise die Möglichkeit zur Mitwirkung gegeben werden.

Die Frage nach der Qualität bezieht sich auf die Fertigindustrie. Es entspricht demokratischen Grundsätzen, daß für die Auftragszuteilung die Qualität allein entscheidend sein soll, und daß bezüglich Qualität und Preis Industrie und Handwerk echte Konkurrenten gegenüber den volkseigenen Betrieben sein sollen.

Frage 30:
Wird der private Großhandel und Fachhandel bestehen bleiben?

Antwort:
Aus der Praxis der Handelszentralen hat sich ergeben, daß der private Handel bestehen bleiben muß.

Frage 31:
Können nicht die Handelsspannen auf ein für den Handel lebensfähiges Maß festgestellt werden?

Antwort:
Die Regelung der Handelsspannen war eine vorübergehende Notwendigkeit. Sie werden schnellstens den wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt werden. Man muß zu einer gesunden Entwicklung kommen, die weitgehend die branchenmäßigen Besonderheiten berücksichtigt. Dabei darf das Vernünftige nicht zur Ausnahme werden.

Frage 32:
Wird es – nach der politischen Neuordnung – dem einzelnen Bürger künftig möglich sein, auf dem Wege des Verwaltungsgerichtes Entscheidungen der Verwaltung, die ihn betreffen, anzufechten?

Antwort:
Die Verfassung der Republik sichert durch ihren Artikel 130 den Aufbau einer Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Alle Sonderkontrolleinrichtungen zum Schutze der Bürger, die in der Übergangszeit nötig waren, können wegfallen, wenn eine umfassende Verwaltungsgerichtsbarkeit mit 3 Instanzen (Stadt- und Kreisverwaltungs-, Landesverwaltungsgerichte und Oberstes Verwaltungsgericht der Republik) geschaffen würden. Damit die Verwaltung nicht in eigener Sache (Innenministerium) tätig werden kann, strebt die LDP die Unterstellung unter die Justizministerien an.

Frage 33:
Die Verfassung sieht eine umfassende Selbstverwaltung vor. In der Praxis ist diese aber außerordentlich stark beschränkt, besonders in ihren finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen.

Wird die Möglichkeit der Ergänzung der DGO und der DKrO gegeben sein mit dem Ziele, eine gut funktionierende Selbstverwaltung wieder herzustellen?

Antwort:
Die LDP tritt programmatisch für eine starke Selbstverwaltung in der Gemeinde- und Kreisebene ein. Alle einschlägigen und gesetzlichen Bestimmungen der Übergangszeit vom 8. 5. 1945–7. 10. 1949 bedürfen dringend einer genauen Überprüfung, Änderung oder Neuregelung. Hier wird eine eingehende Bearbeitung durch alle zuständigen LDP-Dienststellen und Fraktionen einsetzen.

Dokument 9

Bericht Wolfgang Schollwers an die Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission in Potsdam vom 10. Januar 1950 über die Tätigkeit der LDP in der Nationalen Front (AdL 6947–5, S. 1289 f.).

Die LDP im Lande Brandenburg hat nach der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik besonderen Wert auf die ideologische Aufklärung seiner Mitglieder gelegt und in einer Reihe von Arbeitstagungen, auf denen die Kreisverbände bezirksweise zusammengefaßt wurden, auch auf die Bedeutung der Nationalen Front immer wieder hingewiesen. Im Landesmaßstab beschäftigte sich der Vertreter der LDP im Landesvolksausschuß besonders mit den Werbemaßnahmen für die Nationale Front und arbeitete in seiner Eigenschaft als stellv. Vorsitzender der Landeswerbekommission zusammen mit dem 1. Vorsitzenden dieses Ausschusses Vorschläge zur Intensivierung der Zirkelbildung aus, die zur Grundlage der Erweiterung der Nationalen Front dienen sollen.

Allgemein wurde von den Mitgliedern unserer Partei auf den Arbeitstagungen die Form und der Inhalt der Propaganda der Nationalen Front in gewisser Hinsicht einer Kritik unterzogen, als diese sich propagandistisch an den Westen unseres Vaterlandes wendet. Wiederholt wird hierbei die oft große Ungeschicklichkeit bei der Formulierung von Losungen, Aufsätzen und Reden gerügt, vor allem aber erscheint den Mitgliedern unserer Partei die zeitweilig einsetzende Flut von Beschimpfungen und persönlichen Verunglimpfungen sämtlicher führenden westdeutschen Politiker nicht recht geeignet, um mit dem Westen unseres Vaterlandes irgendwie in nennenswerter Weise ins Gespräch zu kommen. Bei aller notwendigen Kritik an den politischen Verhältnissen unseres westlichen Teils des deutschen Vaterlandes, die offen und sachlich geführt werden sollte, mag man sich wenigstens in unserer Deutschen Demokratischen Republik eines Tones befleißigen, der die schon bestehenden Klüfte nicht noch weiter aufreißt, sondern den Weg zu einer endlichen Verständigung ebnet.

Die Durchführung einer vernünftigen und also auch erfolgversprechenden Propaganda wird darum von allen Mitgliedern der LDP auch im Lande Brandenburg im Hinblick auf die von allen ehrlichen und nationalgesinnten Deutschen erstrebte Einheit unseres Vaterlandes als die dringlichste und zugleich vornehmste Aufgabe innerhalb der Nationalen Front betrachtet.

Auf Grund der Tatsache, daß z. Zt. bei der Landesleitung keinerlei irgendwie vollständige Berichte über die Tätigkeit der Kreisverbände in der Nationalen Front seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vorliegen, bitten wir zunächst die Nichtvorlage der von Ihnen gewünschten diesbezüglichen Informationen entschuldigen zu wollen. Wir werden unsere Kreise anweisen, uns schnellstmöglich das verlangte Material zukommen zu lassen.

Schollwers Konflikt mit der LDP

Dokument 10

Wolfgang Schollwer: Entwurf eines Schreibens an den Parteivorsitzenden Karl Hamann vom 29. Mai 1949; mit dem handschriftlichen Zusatz versehen: „Von Herrn von Koerber zur Absendung an Parteileitung nicht freigegeben". (AdL 6947–5, S. 722–724).

Sehr verehrter Herr Dr. Hamann!

Aufgrund zahlreicher kritischer Verlautbarungen unserer Kreisverbände und Ortsgruppen über das Verhalten der Parteileitung bzw. deren Pressestelle bei bedeutsamen politischen Situationen erlauben wir uns, Ihnen nachstehende grundsätzlichen Betrachtungen zur Kenntnis zu geben:

Unsere Partei hat sich leider vom Augenblick ihrer Gründung ab immer wieder dadurch ausgezeichnet, daß sie sich bei fast allen wichtigen politischen Entscheidungen unserer Zone nicht rechtzeitig in den Ablauf der Dinge einschaltete, sondern sich vielmehr oft genug von den Ereignissen glatt überrumpeln ließ. Aber auch die nachträglichen und für die politische Arbeit der Parteiverbände so außerordentlich wichtigen und notwendigen Stellungnahmen der Partei zu den politischen Ereignissen unserer Zone erschienen vielfach mit außerordentlicher Verspätung oder blieben sogar gänzlich aus.

Auch anläßlich der Delegiertentagung zum 3. Deutschen Volkskongreß ließ die Parteileitung eine klare und feste Haltung in mehrfacher Hinsicht vermissen und erweckte so den Eindruck, als wolle sie bewußt unbedingt notwendigen Entscheidungen und Erklärungen aus dem Wege gehen.

Schon am Vorabend der Wahl trat das erste Ereignis ein, das die Parteileitung und ihre Pressestelle unmöglich hätten stillschweigend übergehen

dürfen. Bekanntlich gab Rias Berlin an diesem Tage wiederholt eine Durchsage, daß die Kreisverbände der LDP und CDU ihre Mitglieder auf diesem Wege aufrufen, am 15. und 16. Mai mit „Nein" abzustimmen. Daß eine Rundfunkmeldung von dieser politischen Tragweite der Parteileitung oder deren Pressestelle noch nicht einmal am Tage nach der Wahl bekannt geworden sein soll, erscheint uns unfaßbar!

Völlig unverständlich ist es auch, daß es unsere Parteileitung nicht für nötig hielt, die Eingriffe der Innenminister der Zone, bzw. der SED Landes- und Kreisleitungen und anderer Instanzen in die Stimmenauswertung noch während der Wahl in irgendeiner Form nachträglich zu kommentieren. Im Gegenteil: der Wahlkommentar der Parteileitung schien eindeutig den Gesamtablauf des Wahlaktes mit allen seinen zum Teil außerordentlich unerfreulichen und undemokratischen Nebenerscheinungen vorbehaltlos zu billigen, im Gegensatz zu der Ansicht nicht nur der Mitglieder unserer Partei, sondern auch der Bevölkerung der Zone.

Selbst der Parteivorstand der CDU hat inzwischen zu den sehr bedenklichen Manipulationen gewisser Stellen in den Ländern der Zone, die zu einer Fälschung des Wahlergebnisses geführt haben, nunmehr zwar verspätet, aber immerhin doch noch Stellung genommen. Sollte der Parteivorstand auf seiner Sitzung am 30. Mai vielleicht doch noch diese Frage berühren, so wäre unseres Erachtens diese Stellungnahme zwei Wochen nach der Wahl für uns als Partei praktisch wertlos.

Es will manchmal scheinen, als sei sich die Parteileitung nicht immer ganz darüber im klaren, welch furchtbar deprimierenden Eindruck eine derartige Haltung der Führung der LDP auf Mitglieder und Freunde unserer Partei machen muß. Unsere Parteifreunde wünschen zumindest, daß das, was in den Ländern der Zone im Mittelpunkt des allgemeinen politischen Interesses steht, und für unsere Partei von entscheidender Wichtigkeit ist, in irgendeiner Form auch von der Parteileitung kommentiert wird. Sie sehen dabei durchaus ein, daß es aus taktischen Gründen vielleicht nicht immer möglich oder zweckmäßig sein wird, in eindeutiger Form zu gewissen Vorgängen seine Ablehnung zu bekunden, erwarten aber mit Recht, daß man über hochpolitische Dinge nicht einfach stillschweigend hinwegzugehen versucht, bzw. sich – vielleicht aus Opportunitätsgründen – mit Vorkommnissen von vornherein vollkommen einverstanden erklärt, denen gegenüber die gesamte Mitgliederschaft der Partei eine eindeutig entgegengesetzte Meinung vertritt. Es müßte aber auch selbstverständlich sein, daß die Parteileitung und ihre Pressestelle bemüht sind, bei evtl. notwendigen nicht gerade populären Stellungnahmen und Entscheidungen soweit wie möglich die Mitgliederschaft über die Notwendigkeit derselben durch Kommentare usw. aufzuklären.

Diese Tatsache erhellt die unabdingbare Notwendigkeit eines häufigeren Zusammentretens des Geschäftsführenden Vorstandes oder seines aus seiner Mitte gewählten kleineren Gremiums zur Beratung der wichtigsten

politischen Ereignisse. Diese Sitzungen müßten unseres Erachtens grundsätzlich immer sofort nach Auftauchen schwerwiegender politischer Probleme einberufen werden, damit die gesamte Partei und vor allem die Funktionäre derselben rechtzeitig den Standpunkt der LDP zu der betreffenden Frage zur Kenntnis erhalten.

Hierbei wird es sich nicht vermeiden lassen, die Pressestelle der Parteileitung einer gewissen Umorganisation zu unterziehen, damit rechtzeitig und in wirkungsvollerer Weise als bisher eine klare und eindeutige Information unserer Partei über die entscheidenden Fragen ermöglicht werden kann.

Es wird weiterhin vor allem auch notwendig sein, die Frage unserer Parteizeitung, des „Morgen", einer nochmaligen und gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Denn es ist auf die Dauer unerträglich, daß unsere LDP-Zeitung ihrem Inhalt nach so gestaltet ist, daß sämtliche Parteifreunde dieses Blatt auf das entschiedenste ablehnen. Deshalb erscheint es uns auch dringend erforderlich zu sein, daß die Parteileitung endlich energische Schritte unternimmt, um das Problem einer Landeszeitung für Brandenburg nun endgültig zu lösen.

Wir bitten Sie, sehr verehrter Herr Dr. Hamann, diese Fragen und Probleme eingehend prüfen zu wollen, da nach unserer Ansicht und nach der Ansicht der Mitglieder von ihrer baldigen und zufriedenstellenden Lösung in entscheidendem Maße der Erfolg bzw. Mißerfolg unserer Parteiarbeit in Zukunft abhängen wird.

Unsere Parteifreunde in Stadt und Land müssen das Bewußtsein haben, daß ihre Sorgen und Nöte von der Führung der Partei klar erkannt und verstanden werden – wie es ja doch auch tatsächlich bei Ihnen persönlich, Herr Dr. Hamann, der Fall ist, und daß diese nicht etwa versucht, schwierigen Situationen durch Stillschweigen oder mehr oder minder nichtssagende Erklärungen aus dem Wege gehen zu wollen.

Bei allem Verständnis für die außerordentlich schwierigen Aufgaben und Probleme, die unsere Parteileitung täglich zu lösen hat, müssen Sie doch klar die Gefahr erkennen, daß eine Parteiführung, die wiederholt die Stimmung und Meinung ihrer Mitglieder ignoriert, es auf die Dauer nicht wird verhindern können, daß ihr die Mitgliedermassen allmählich vollkommen entgleiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung und parteifreundlichem Gruß

Dokumente 11 und 12

Briefwechsel zwischen Dr. Carl Mühlmann (stellvertretender Landesvorsitzender von Brandenburg) und Wolfgang Schollwer betreffend Schollwers Beitrag vor LDP-Mitarbeitern der Nationalen Front in Berlin vom 22.5.1950. Schollwers Äußerungen auf dieser Tagung waren der Anlaß für seine Kündigung und die Nieder-

legung seiner Parteiämter (s. Tagebucheintragung vom 5. Juni 1950). Mühlmann schrieb den Brief, mit dem er Schollwers Bericht anforderte, formlos: ohne Kopfbogen und ohne Grußformel. (Alle Dokumente: AdL 6948–7, S. 1594)

Dr. C. Mühlmann Potsdam, den 27. Mai 1950

Sehr geehrter Herr Schollwer!

Wie mir kurz vor der letzten Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Potsdam von Herrn Steffen mitgeteilt wurde, haben von Ihnen gemachte Äußerungen auf der Tagung der Referenten der Nationalen Front der LDP in Berlin am 22. Mai 1950 bei der Parteileitung Anstoß erregt.

Ich bitte Sie deshalb, mir möglichst umgehend einen entsprechenden Bericht über diese Angelegenheit zugehen zu lassen.

Mühlmann

Herrn Dr. Carl Mühlmann 30. Mai 1950
Potsdam
Stalinallee

Ihr Schreiben vom 29. 5. 50
Sitzung der LDP-Referenten der Nationalen Front am 22. 5. 50

Sehr geehrter Herr Dr.!

Indem ich mich auf das von Ihnen verfaßte Schreiben vom 29. 5. an mich beziehe, in dem Sie um einen Bericht über meine Äußerungen auf der Sitzung der Referenten der LDP in der Nationalen Front am 22. Mai 1950 in Berlin, Steinsaal, Mauerstr., baten, übersende ich Ihnen anliegend das gewünschte Material zu Ihrer Verwendung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Schollwer

Anlage

Bericht über meine Ausführungen in der Sitzung der Referenten der Nationalen Front der LDP am 22. 5. 50 in Berlin.

Am 22. 5. 1950 fand in Berlin im Steinsaal, Mauerstr., eine Sitzung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter der LDP in der Nationalen Front aus allen Landesverbänden der DDR statt. Den Vorsitz dieser Sitzung hatte Herr Minister Dr. Hamann, der in seinem Referat über „die Probleme der LDP und die Nationale Front" besonders die Lage der westdeutschen Wirtschaft und die wachsende Bereitschaft westdeutscher Wirtschaftskreise zur Zusammenarbeit hervorhob. Auf die Vorverhandlungen zur Einheitsliste am 15. 10. 50 eingehend betonte Hamann, daß trotz gemeinsamer Wahlliste keine Partei daran denke, ihr Eigenleben aufzuge-

ben. Das gemeinsame Wahlprogramm werde die Arbeit aller Parteien sein. Die vollkommen neue Phase der politischen Entwicklung könne nicht von den Wünschen einer Gruppe allein bestimmt werden. Er schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Anwesenden, so zu arbeiten, daß das Verständnis für diese Dinge in der Bevölkerung und in der Partei Fuß fasse. Es gelte Vertrauen zu entwickeln und das Mißtrauen zu beseitigen!

Nachdem in der anschließenden Diskussion zunächst zwei Parteifreunde kritisch zu einigen Fragen der Landwirtschaft und der Blockpolitik Stellung genommen hatten, wurde mir das Wort erteilt und ich führte sinngemäß ungefähr folgendes aus:

Mir scheine es im Zusammenhang mit dem von Dr. Hamann vorgetragenen Referat notwendig, die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf 2 Presseveröffentlichungen hinzulenken. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen sei ich gewillt, zunächst einmal folgende grundsätzliche Feststellungen vorauszuschicken:

1) daß es geradezu kindisch sei, wenn man versuchen wollte, die SED von dem einmal von ihr gesteckten Ziel abbringen zu wollen und daß
2) es ebenso töricht wäre zu glauben, man könne die SED davon abbringen, diese ihre Zielsetzungen und Auffassungen in Reden und Presseorganen zu publizieren und daß schließlich
3) politische Schwierigkeiten nicht sofort ausgeschaltet werden könnten und diese auch zukünftig immer wieder auftreten würden.

Dennoch müsse ich hier auf nachfolgende Pressenotizen, die sehr schwerwiegend seien, eingehen.

Zum ersten auf einen Artikel im „Neuen Deutschland" vom 12. Mai 1950, Nr. 109: „Die Strategie und Taktik des Leninismus", anläßlich des 30. Jahrestages des Erscheinens des Buches von Lenin „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus". Ich zitierte hieraus einen Teil des Absatzes, der mit „Man muß manövrieren können, ohne die Selbständigkeit aufzugeben" überschrieben ist, und in dem es heißt:

An Hand der historischen Erfahrung der bolschewistischen Partei zeigt Lenin, daß die revolutionäre Partei in ihrem Kampf gegen die Feinde eine elastische Taktik anwenden, manövrieren und verstehen muß, in diesem Kampfe Verbündete zu finden und auszunutzen, ohne auch nur einen Schritt von ihren ideologischen Positionen abzugehen, und dabei die völlige Selbständigkeit zu bewahren.

Dieser Leninsche Hinweis hat auch heute noch äußerst aktuelle Bedeutung für die kommunistischen Bruderparteien, die alle demokratischen Kräfte zum Zwecke des Kampfes gegen die imperialistische Reaktion, gegen die Brandstifter eines neuen Krieges zusammenfassen.

Ich erklärte, daß ich besonders auf die Formulierung „auszunutzen" zu achten bitte.

Zum zweiten lenkte ich die Aufmerksamkeit auf den Entschließungsentwurf zum III. Parteitag der SED. Ich hätte dieses Dokument sehr genau

und eingehend studiert und es gäbe wohl sehr viel dazu zu sagen; ich wolle mich aber hier nur auf die Hervorhebung eines Punktes beschränken, nämlich des Abschnittes, der sich mit den kulturpolitischen Zielsetzungen dieser Partei beschäftigt. Neben der Kampfansage gegen jeden Opportunismus, gegen jedes sogenannte Versöhnlertum scheine mir speziell der Satz bemerkenswert, der ganz klar „den Kampf gegen die bürgerlichen Ideologien in den Schulen" fordere. Zum Kampfe gegen jedes „Versöhnlertum" sei zu sagen, daß man damit der Nationalen Front insofern entgegenarbeite, als zweifellos ohne eine gewisse Kompromißbereitschaft in Ost und West das deutsche Problem und die Frage der deutschen Einheit nicht zu lösen sei. Selbstverständlich denke man nicht an eine Versöhnung mit irgendwelchen Kriegshetzern, aber ohne diesen Versöhnungsgedanken werde man die Spaltung unseres Vaterlandes nicht überwinden. Der Kampf gegen die „bürgerlichen Ideologien in den Schulen" bedeute m.E. die offizielle Kampfansage der SED gegen alle nichtmarxistischen Ideologien, also auch gegen die unsere. In dem Augenblick, da die Parteien sich zu einer gemeinsamen Wahlliste entschlossen hätten und gewillt seien, den Kampf in der Nationalen Front zu verstärken, seien derartige Veröffentlichungen, die von der maßgebendsten Seite der SED, nämlich von ihrer Parteiführung ausgingen, zumindest als taktisch unklug, wenn nicht sogar noch schlimmer zu bezeichnen. Man möge sich vorstellen, welche Wirkung derartige Presseveröffentlichungen auf die Menschen unten in den Ländern und Kreisen hätten, die so natürlich nur noch viel, viel schwerer für eine Zusammenarbeit mit der SED im Block und in der Nationalen Front zu gewinnen seien.

Dr. Hamann erklärte in seiner Erwiderung auf meine Äußerungen u.a., daß ihm auch verschiedene Punkte dieser Entschließung aufgefallen seien und er diese mit Ulbricht durchgesprochen hätte. Man habe sich aber über alle Punkte einigen können! Wir selbst bezeichneten uns ja nicht als bürgerliche Partei und seien auch keine, brauchten uns also nicht „die Jacke anzuziehen".

Ich erwiderte, daß man manchmal den Eindruck habe, als ob unsere Liberalen sich allzu sehr in der Hoffnung wiegen würden, daß die SED mit den gleichen Gedanken, Absichten und Voraussetzungen herangehen würde an politische Fragen, wie wir selber. Dennoch bestehe ein großer Unterschied zwischen uns. Selbst wenn man annähme, daß die SED-Parteiführung mit dem Kampf gegen die bürgerlichen Ideologien nicht auch den gegen unsere Weltanschauung meine, wer bürge denn dafür, daß nicht die Unterfunktionäre dieser Partei damit eine Vollmacht erhalten zu haben glauben, mit der sie gegen unsere Idee überall zum Angriff vorgehen können?

Ein Berliner Parteifreund bestätigte mir in einer anschließenden Diskussionsrede, daß der Marxist jede nichtmarxistische Ideologie als eine bürgerliche zu bezeichnen pflege.

Wie ich durch persönliche Äußerungen des Herrn Flatau und vor allem durch den Bericht des Herrn Steffen über diesbezügliche Äußerungen der Herren Stempel und Flatau erfahren habe, betrachtet die Parteileitung die von mir auf der Sitzung gemachten kritischen Äußerungen, die m. E. das Kernproblem der politischen Arbeit unserer Partei in der DDR berühren, als parteischädigend, obwohl sie auf einer internen Sitzung unserer Partei (es waren etwa 35–40 Personen anwesend) gemacht wurden und lediglich dem Zwecke dienen sollten, über die brennendste und alle ernsthaften Parteifreunde auf das lebhafteste interessierende Frage durch offene Aussprache mit dem Parteivorsitzenden Klarheit zu gewinnen.

Pdn., den 30. Mai 1950 gez. Wolfgang Schollwer

Kurzbiographien

Arlt, Oswald, NDP, Landesvolksausschuß.

Bätcher, Rudolf, Jugendreferent des LV Brandenburg der LDP; danach Jugendreferent bei der Parteileitung in Berlin.

Baumann, Rudolf (1906), LDP; MdL Brandenburg, legte 1950 sein Mandat nieder und floh nach Westberlin.

Bechler, Bernhard (1911), SED; Berufsoffizier; Mitglied und Rundfunksprecher des „Nationalkomitee Freies Deutschland"; 1945 erster Vizepräsident der Provinzialverwaltung Brandenburg; 1946–1949 Innenminister des Landes Brandenburg; seit 1956 Generalmajor der NVA.

Becker, Hermann (1905), vor 1933: DDP, Radikaldemokratische Partei; 1945 LDP; 1945–1948 stellvertretender Vorsitzender der LDP Thüringen; 1946–1948 Fraktionsvorsitzender im Thüringischen Landtag; Juni 1948 verhaftet, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, im Oktober 1955 entlassen; Übersiedlung in die Bundesrepublik; 1956–1973 Geschäftsführer des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, später Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen.

Bismark, Paul, SED; Mitglied des Landes-Antifa-Blocks von Brandenburg.

Blücher, Franz (1896–1959), vor 1933: DVP; 1945 Mitgründer der FDP in Nordrhein-Westfalen; 1946/47 Finanzminister in Nordrhein-Westfalen; 1949–1957 MdB, Vizekanzler und Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit; 1949–1954 Bundesvorsitzender der FDP; 1956 Austritt aus der FDP.

Bolz, Lothar (1903), vor 1933: KPD; Emigration in die UdSSR, Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland; Juni 1948 Gründer der NDP; 1948–1972 Vorsitzender der NDP; 1949–1953 Minister für Aufbau der DDR; 1950–1960 stellvertretender Ministerpräsident der DDR; 1953–1965 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR.

Brasch, Horst (1922), Mitbegründer der FDJ; 1948 Vorsitzender der FDJ in Brandenburg; 1950–1952 Minister für Volksbildung in Brandenburg; danach zahlreiche Staats- und Parteiämter, u. a. Vizepräsident des Nationalrates und stellvertretender Minister für Kultur; seit 1963 Mitglied des ZK der SED.

Brauer, Max, LDP; KV Potsdam.

Bretschneider, Arthur (1886–1949), vor 1933: DDP; 1945 LDP; 1945–1949 Mitglied des Landesvorstandes Sachsen; 1946–1947 stellvertretender, 1947–1949 erster Landesvorsitzender der LDP in Sachsen; 1947–1949 Mitglied des Zentralvorstandes der LDP; 1946–1949 MdL Sachsen.

Busse, Ernst, SED-Vertreter in der Deutschen Wirtschaftskommission.

Claudius, Eduard (1911), bürgerlicher Name: Schmidt; vor 1945: KPD, Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg; 1945–1947 Pressechef im Bayerischen Entnazifizierungsministerium; 1948 Übersiedlung in die SBZ; SED; 1955–1957 Generalsekretär des Schriftstellerverbandes der DDR; 1959–1961 Botschafter in Nordvietnam.

Dahlem, Franz (1892–1981), vor 1933: SPD, USPD, KPD; 1928–1933 MdR; Emigration; 1945: KPD; 1946 SED; bis 1953 Mitglied des Politbüros und des ZK der SED; 1953 ausgeschlossen; 1956 rehabilitiert; 1967 stellvertretender Minister für Hoch- und Fachschulwesen.

Dieckmann, Johannes (1893–1969), vor 1933: DVP (Generalsekretär im Bezirk Niederrhein, Hannover und Sachsen); 1945 Mitbegründer der LDP; Mitglied des Landesvorstandes in Sachsen, des Zonenvorstandes und der Reichsleitung der LDP; 1946–1952 MdL Sachsen; 1948–1949 Mitglied der Deutschen Wirtschaftskommission; 1948–1950 Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Sachsen; 1949–1969 Präsident der Volkskammer der DDR; 1949–1969 stellvertretender Vorsitzender der LDP.

Dortu, Max (1826–1849), Heidelberger Burschenschaftler; wurde 1849 in Baden standrechtlich erschossen.

Ebert, Friedrich (1894–1979, Sohn des 1. Reichspräsidenten), vor 1933: SPD; 1928 bis 1933 MdR; 1933 verhaftet und bis 1945 unter Polizeiaufsicht; 1945: SPD, Sekretär des SPD-Bezirksverbandes Brandenburg-Land; 1946 SED; Zweiter Sekretär der SED-Landesleitung Brandenburg; 1946–1949 MdL, Präsident des Brandenburgischen Landtages; 1948–1967 Oberbürgermeister von Ost-Berlin; 1949–1979 Abgeordneter der Volkskammer der DDR.

Eckardt, Siegfried, LDP; Mitglied des Jugendbeirates.

Egidi, Hans, CDU-Vorsitzender in Potsdam; Ministerialrat in der brandenburgischen Landesregierung; 1948 nach Westdeutschland geflohen; 1950–1955 Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium.

Ehrlich, Ruth, Sächsische Delegierte des Zonenjugendausschusses der LDP.

Esch, Arno (1928–1951), Jura-Student in Rostock, Hochschul- und Landesjugendreferent der LDP in Mecklenburg, am 18.10.1949 mit weiteren Mitgliedern der liberalen Hochschulgruppe in Rostock durch die sowjetische Besatzungsmacht verhaftet, im Juli 1950 durch ein sowjetisches Militärgericht in Schwerin zum Tode verurteilt und in die Sowjetunion deportiert; dort laut Auskunft des Sowjetischen Roten Kreuzes 1951 gestorben.

Falk, Wilhelm (1910–1970), Juni 1946 Landesvorsitzender der LDP-Brandenburg, trat schon nach wenigen Monaten auf Druck der Besatzungsmacht zurück; am 16. Februar 1949 wegen „Antisowjetischer Agitation" zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt, 1956 vorzeitig aus der Haft entlassen, Übersiedlung in die Bundesrepublik.

Fechner, Max (1892–1973), vor 1933: KPD; 1945 Vorsitzender des Zentralausschusses der SPD; 1946 Zweiter Vorsitzender der SED; 1948–1949 Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Justiz; 1949–1953 Minister der Justiz; 1953 abgesetzt, verhaftet und aus der SED ausgeschlossen; 1956 rehabilitiert.

Flatau, Joachim (1903), LDP; seit Herbst 1948 Leiter der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, danach Hauptabteilungsleiter in der Parteileitung der LDP; von 1950–1954 Chefredakteur des Zentralorgans „Der Morgen"; zeitweilig auch Mitglied des Zentralvorstandes der LDP.

Friede, Dieter, Journalist; war nach einem Besuch des Ostsektors am 2.11.1947 verschwunden. Es tauchte sogleich die Vermutung auf, daß Friede durch den NKWD entführt wurde. Ein halbes Jahr später, am 8. 6.1948, teilte ADN die Verhaftung Friedes mit.

Gaedecke, Max (1888), LDP-Kreisvorsitzender in Templin; MdL Brandenburg; floh 1950 nach West-Berlin.

Gaertner, Alphons, vor 1933 DDP; 1945 LDP-Mitbegründer; 1945–1948 stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen; Mitglied des Zentralvorstandes der LDP; Leiter des Landesernährungsamtes Thüringen, Präsident der Thüringischen Landesbank; 1948 nach Westdeutschland geflohen.

Gerigk, Hermann (1923–1960), CDU; Landesvorsitzender der CDU in Brandenburg und Mitglied des Zentralvorstandes der FDJ; 1950–1952 Bürgermeister von Potsdam; 1952 aller Staats- und Parteiämter enthoben; Flucht in die Bundesrepublik.

Gerlach, Manfred (1928), 1945: LDP; Mitbegründer der FDJ in Leipzig; 1946–1950 Jugendreferent im Stadtverband Leipzig und im Bezirksverband Nord-West-Sachsen der LDP; 1949–1959 Mitglied des Zentralrates der FDJ; 1947–1952 Mitglied des Landesvorstandes Sachsen der LDP; 1952 stellvertretender Oberbürgermeister von Leipzig; 1951–1953 stellvertretender Vorsitzender der LDP in der DDR; 1954–1967 Generalsekretär der LDP; 1967 Vorsitzender der LDP; seit 1960 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

Gessner, Herbert, Kommentator von Radio Berlin.

Gniffke, Erich, W. (1895–1964), vor 1933: SPD; 1945 Mitbegründer der SPD; 1946 bis 1948 Mitglied des ZK der SED; 1946–1948 MdL Mecklenburg; 1948 Vorsitzender des Deutschen Volksrates; 1948 Flucht nach Westdeutschland.

Grobbel, Karl (1896–1971) vor 1933: Zentrum; 1945 Mitbegründer der CDU; ab 1948 erster Vorsitzender und Geschäftsführer der CDU in Brandenburg; ab 1947 MdL Brandenburg; 1950–1952 Minister für Sozial- und Gesundheitswesen und für Handel und Versorgung in Brandenburg.

Grotewohl, Otto (1894–1964), vor 1933: SPD; 1920–1925 Landtagsabgeordneter in Braunschweig, 1921 Innen- und Volksbildungsminister, 1923 Justizminister in Braunschweig; 1925–1933 MdR; 1945: SPD; 1946: SED; seit 1946 Mitglied des ZK bzw. Politbüros der SED; 1949–1964 Ministerpräsident der DDR.

Grundei, Albert, März–Juli 1946 Landesvorsitzender der LDP Brandenburg; mußte auf Betreiben von Külz von diesem Amt zurücktreten.

Hamann, Karl (1903–1973), 1945 LDP; 1946–1950 MdL Thüringen; übernahm am 20. Oktober 1948 die Geschäftsführung der LDP bis zur Neuwahl des Vorstandes im Februar 1949; 1949–1952 Mitvorsitzender der LDP, Minister für Handel und Versorgung; 1952 Amtsenthebung, Ausschluß aus der LDP und Verhaftung;

1954 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt; Oktober 1956 begnadigt; 1957 Übersiedlung in die Bundesrepublik.

Harnack, Falk (1913), 1947–1949 stellvertretender Intendant des Deutschen Theaters in Berlin; 1949–1951 Künstlerischer Leiter der DEFA.

Hein, Willy (1894) LDP; Vorsitzender des Kreisverbandes Teltow; MdL Brandenburg, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Mitglied des Landesvorstandes der LDP; 1950 Flucht nach Westberlin.

Heinrich, Paul, Mitglied des Landesvorstandes Brandenburg der LDP.

Henke, Wilke (1922), Landesgeschäftsführer der CDU Brandenburg.

Hennecke, Adolf (1905–1975), erfüllte am 13.10.1948 in einer Grube bei Ölnitz in Sachsen nach langen Vorbereitungen das Tagessoll an Steinkohle zu 387% und initiierte damit die Aktivistenbewegung; 1954 Mitglied des ZK der SED.

Henze, Mitglied des Hauptausschusses der LDP.

Heuss, Theodor (1884–1963), vor 1933: DDP und DStP; 1920–1933 Dozent an der Hochschule für Politik in Berlin, während der NS-Zeit schriftstellerische Tätigkeit; 1945–1946 Kultminister von Württemberg-Baden; 1946–1949 Vorsitzender der Demokratischen Volkspartei; 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates; 1948/49 Vorsitzender der FDP; 1949–1959 erster Bundespräsident.

Hönig, Eberhard (1925), 1945 LDP; Vorsitzender des Zonenjugendbeirates und Mitglied des Zentralvorstandes; durfte 1949 auf Anordnung der sowjetischen Militäradministration nicht mehr kandidieren.

Hübener, Erhard Wilhelm (1881–1958), LDP; gehört zum Präsidium der Provinzialverwaltung für die Provinz Sachsen-Anhalt, die am 23. Juli 1945 von der sowjetischen Militäradministration eingesetzt wurde; 4.12.1946 Wahl zum Ministerpräsidenten und Justizminister der Landesregierung von Sachsen-Anhalt; 16.1.1948 Rücktritt vom Amt des Justizministers; 15.8.1949 Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten.

Kaiser, Jakob (1888–1961), vor 1933: Zentrum; 1925–1933: Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften Rheinland-Westfalen; 1933 MdR; 1945 Mitbegründer der CDU in der SBZ; 1945–1947 Vorsitzender der CDU in der SBZ; 1947 von der sowjetischen Besatzungsmacht abgesetzt; Stadtverordneter von Berlin; 1949–1957 MdB, Minister für Gesamtdeutsche Fragen.

Kastner, Hermann (1886–1957), vor 1933: DDP; 1945 LDP; 1945–1947 Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen; 1945–1950 Mitglied des Zentralvorstandes der LDP; 1946–1950 MdL Sachsen; 1946–1948 Minister in der Landesregierung Sachsen; 1948–1949 stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Wirtschaftskommission; 1949/50 stellvertretender Ministerpräsident der DDR; 1948–1949 Präsident des Volksrates; 1950 aus der LDP ausgeschlossen, 1951 rehabilitiert; 1956 Übersiedlung in die Bundesrepublik.

Koblitz, Kurt (1916), 1945 SPD, nach der Zwangsvereinigung SED-Mitglied; 1950 bis 1955 politische Haft in Workuta, lebte danach in der Bundesrepublik als Bergarbeiter und Heimleiter; 1972–1980 MdB (SPD).

Köhn, Heinz (1920), LDP; Mitglied des Hauptausschusses der LDP; Kreisverbandsvorsitzender von Wittenberge; floh Anfang der 50er Jahre nach Westberlin.

Koenen, Wilhelm (1886), vor 1933: SPD, USPD, KPD; 1918/19 Kommissar der Arbeiter- und Soldatenräte in Halle-Merseburg, Mitglied der Nationalversammlung von Weimar; 1920–1932 MdR (KPD); 1926–1932 Mitglied des preußischen Staatsrates; 1933 Emigration; 1944 Mitarbieter am Soldatensender Calais; 1946 bis 1949 Erster Landesvorsitzender der SED in Sachsen, seit 1946 Mitglied des Parteivorstandes bzw. des ZK der SED.

von Koerber, Ingo (1890), LDP; Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg der LDP; MdL Brandenburg; 1949–1954 Volkskammerabgeordneter; in den 50er Jahren Vorsitzender des Bezirksverbandes Frankfurt/Oder der LDP; Ende der 60er Jahre Übersiedlung in die Bundesrepublik.

Koltzenburg, Oswald (1890–1956), vor 1933: DDP; 1948 Mitbegründer der NDP und Landesvorsitzender der NDP in Brandenburg; ab 1948 stellvertretender Vorsitzender der NDP.

Korfes, Otto (1889–1964), Militärhistoriker; 1937 Major; geriet 1943 als Generalmajor bei Stalingrad in sowjetische Gefangenschaft, wurde Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Vorstandes des Bundes Deutscher Offiziere; 1948 NDP; 1948–1950 Mitglied des Landesvorstandes Brandenburg der NDP; ab 1950 Mitglied des Hauptausschusses der NDP.

Kreikemeyer, Willi (1894–1950), Reichsbahndirektor; SED; 1950 aus der SED ausgeschlossen, verhaftet und im Gefängnis gestorben.

Kröber, LDP; Mitglied des Ausschusses für Hochschul- und Studentenfragen.

Külz, Helmut (1903–1985), 1945: LDP; 1946–1948 Justizminister in Thüringen; 1948 Flucht nach Westdeutschland; 1948–1950 Ministerialdirektor in der Verwaltung für Wirtschaft, anschließend im Bundeswirtschaftsministerium; 1953–1971 Senats- und Vizepräsident beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin; 1954 SPD; Mitbegründer des Königsteiner Kreises.

Külz, Wilhelm (1875–1948), 1904–1912 Oberbürgermeister von Bückeburg, 1912–1923 Oberbürgermeister von Zwickau, 1923–1926 Bürgermeister von Dresden; 1920–1932 DDP bzw. DStP; 1926–1927 Reichsinnenminister; 1930–1933 Oberbürgermeister von Dresden, von den Nazis amtsenthoben; 1945 Mitbegründer und Vorsitzender der LDP; Präsident des Deutschen Volksrates.

Kunze, Walther (1898–1977), vor 1933: DDP; 1945: LDP; 1946 Finanzminister des Landes Brandenburg; 1946–1948 Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg der LDP; 1948 Flucht nach Westdeutschland; journalistische Tätigkeit bei der „Welt am Sonntag"; 1954–1963 Bürgermeister in Altona; Vorsitzender des LDP-Bundesbeirates der FDP.

Lang, Max (1896), 1946–1949 Kreisvorsitzender von Niederbarnim.

Liebler, Ralph (1901–1953), vor 1933: DDP; 1945: LDP; 1947–1949 stellvertretender Landesvorsitzender der LDP Sachsen; ab 1948 Mitglied des Hauptausschusses der LDP; ab 1951 Mitglied des Zentralvorstandes der LDP; 1946–1950 MdL

Sachsen; 1948–1953 Mitglied im Volksrat/Volkskammer der DDR; 1950–1952 Justizminister in Thüringen; 1949–1953 Fraktionsvorsitzender der LDP in der Volkskammer; 1953 seiner Ämter enthoben.

Lieutenant, Arthur (1884–1968), vor 1933: DVP, DDP; 1945 Mitbegründer der LDP; 1945–1949 Generalsekretär der LDP; stellvertretender Vorsitzender des Zentralvorstandes der LDP; 1948/49 Minister der Landesregierung Brandenburg; 1948 Mitglied des Volksrates; 1950 aus der LDP ausgeschlossen.

Loch, Hans (1898–1960), vor 1933: DDP; 1945 Mitbegründer der LDP in Thüringen; 1946–1948 Oberbürgermeister von Gotha; 1948–1949 Justizminister in Thüringen; 1949–1955 Finanzminister der DDR; seit 1950 stellvertretender Ministerpräsident/Vorsitzender des Ministerrates der DDR; 1952–1960 Vorsitzender der LDP.

Marx, Hermann (1924), Jurastudium in Jena, Mitglied der LDP-Hochschulgruppe; 1949 stellvertretender Vorsitzender des Jugendbeirates bei der Parteileitung der LDP, Vorsitzender des Ausschusses für Hochschul- und Studentenfragen bei der Parteileitung; am 21.3.1952 verhaftet; nach seiner Entlassung Übersiedlung in die Bundesrepublik.

Meier, Hans, LDP; Mitglied des Hauptausschusses; Stadtkämmerer in Jena.

Meschkat, Richard, Landessekretär der Nationalen Front; 1951 abgelöst; wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Staatlichen Zentralverwaltung der DDR.

Möhring, Wolfgang, LDP; Mitglied des Ausschusses für Hochschul- und Studentenfragen.

Moog, Leonhard (1882–1962), vor 1933: DDP; 1945 Mitbegründer der LDP in Thüringen; 1945–1949 Vorsitzender der LDP Thüringen; 1946–1950 MdL Thüringen; 1946–1950 Finanzminister in Thüringen; Mitglied der Deutschen Wirtschaftskommission; 1948 Mitglied des Zentralvorstandes der LDP; Januar 1950 Flucht in die Bundesrepublik.

Mühlmann, Carl (1882–1966), LDP; 1954 Vizepräsident der Länderkammer der DDR; Mitglied des Zentralvorstandes der LDP; stellvertretender Oberbürgermeister von Potsdam.

Müller, Kurt, LDP; Mitglied des Landesvorstandes Brandenburg; Ministerialbeamter in der Landesregierung Brandenburg.

Müller, Paul, LDP; Kreisvorsitzender von Spremberg.

Münch, Karl-Heinz, LDP; Mitglied des Ausschusses für Hochschul- und Studentenfragen.

Natonek, Wolfgang (1919), LDP; Vorsitzender des Studentenrates der Universität Leipzig; November 1948 Verhaftung und von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt; 1956 vorzeitige Entlassung aus der Haft und Übersiedlung in die Bundesrepublik.

Norden, Albert (1904–1982), vor 1933: Mitglied der KPD; Emigration; 1949/50 Abgeordneter des Volksrates; 1949–1952 Leiter der Hauptabteilung Presse im

Amt für Information; seit 1952 Professor für Geschichte an der Humboldt-Universität; verschiedene Staats- und Parteiämter.

Nuschke, Otto (1883–1957), 1915–1933 Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung"; vor 1933: DDP bzw. DStP; 1919 Mitglied der Nationalversammlung; 1921–1933 Abgeordneter des Preußischen Landtages; 1945 Mitbegründer der CDU; 1948–1957 kommissarischer Vorsitzender bzw. erster Vorsitzender der CDU; 1949–1957 stellvertretender Ministerpräsident/Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

Oelssner, Fred (1903), vor 1933: USPD, KPD; 1945 KPD, 1946 SED; Leiter der Abteilung Parteischulung im Parteivorstand der SED; 1950–1955 Sekretär für Propaganda des ZK der SED und bis 1956 Chefredakteur der „Einheit".

Orthmann, Helene (1898), 1945: LDP; MdL Brandenburg; Mitglied des Kreis- und Landesvorstandes Brandenburg; Mitglied des Geschäftsführenden Zentralvorstandes; 1949 Flucht.

Ossang, Adolf, LDP; KV Potsdam.

Pieck, Wilhelm (1876–1960), vor 1933: SPD, KPD; 1921–1928 Mitglied des Preußischen Landtages, 1928–1933 MdR; 1930 Mitglied des Preußischen Staatsrates; 1933 Emigration; 1945/46 Vorsitzender der KPD; ab April 1946 mit Otto Grotewohl Vorsitzender der SED; 1946 MdL Brandenburg; 1948 Präsident des Deutschen Volksrates; seit Oktober 1949 Präsident der DDR.

Polte, Albert, LDP; Kreisrat in Fürstenwalde.

Priefert, Franz (1886), LDP; MdL Brandenburg; Ortsgruppenvorsitzender in Schöneiche bei Berlin.

Reinhold, Max (1898), LDP; Deutsche Wirtschaftskommission; stellvertretender Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte; 1949 Beisitzer im Zentralvorstand der LDP.

Rücker, Fritz, vor 1945 Hauptmann der Reserve, Oberstudienrat, „Komitee Freies Deutschland"; nach 1945 SED, Minister für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst im Lande Brandenburg. Nahm 1947 an der einzigen gesamtdeutschen Konferenz der Volksbildungsminister in Stuttgart teil. Ende der fünfziger Jahre Abteilungsleiter im Verlag Volk und Wissen.

Sägebrecht, Willy (1904), vor 1933: KPD; KZ-Haft; 1945 Sekretär der KPD-Bezirksleitung Brandenburg; 1946 MdL Brandenburg; 1946–1952 Erster Sekretär der SED-Landesleitung Brandenburg; 1949–1958 Abgeordneter der Volkskammer; seit 1950 Mitglied des ZK der SED; 1952 Staatssekretär und erster stellvertretender Vorsitzender der staatlichen Plankommission; 1954–1962 Oberst der Kasernierten Volkspolizei bzw. der Nationalen Volksarmee der DDR.

Seelenbinder, Werner (1904–1944), Ringkämpfer und vierter in dieser Disziplin bei den Olympischen Spielen von 1936; als Kommunist und Widerstandskämpfer wurde er im September 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 24. Oktober 1944 hingerichtet.

Seibt, Kurt, SED; Mitglied des Landes-Antifa-Blocks.

Siebenpfeiffer, Karl, CDU; Landrat; Mitglied des Landesvolksausschusses.

Sokolowskij, Wasilij (1897–1968), Marschall der Sowjetunion; 1946–1949 Oberkommandierender der sowjetischen Besatzungstruppen und oberster Chef der sowjetischen Militäradministration in Deutschland.

Spiegel, Georg, SED; Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung von Potsdam.

Schneider, Georg (1875–1949), LDP; MdL Brandenburg; Vorsitzender der LDP-Landtagsfraktion; Leiter der Fachgruppe Ärzte im FDGB Brandenburg.

Schroeder, Louise (1887–1957), vor 1933: SPD; 1919 Mitglied der Nationalversammlung; 1920–1933 MdR; 1946 Bürgermeisterin von Berlin; 1949–1951 stellvertretende Oberbürgermeisterin von Westberlin.

Schwennicke, Carl-Hubert (1906), vor 1933: DVP (Mitarbeiter Stresemanns); 1945 LDP in Berlin; Vorsitzender des Landesverbandes und Fraktionsvorsitzender; nach dem Bruch mit der LDP erster Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der FDP; ab 1950 Mitglied des Bundesvorstandes; 1956 aus der FDP ausgetreten.

Steffen, Erwin (1900), LDP; Landesgeschäftsführer, später Generalsekretär und Landesvorsitzender von Brandenburg.

Steinhoff, Karl (1892), vor 1933: SPD; 1945 Präsident der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg; 1946–1949 Ministerpräsident des Landes Brandenburg; 1946 MdL Brandenburg; 1949–1952 Innenminister der DDR; 1950–1954 Mitglied des ZK der SED.

Stempel, Günther (1908), LDP; Generalsekretär der LDP; wurde im August 1950 verhaftet, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und 1952 in die Sowjetunion deportiert; 1952–1955 Zwangsarbeit in Workuta; 1956 Entlassung aus der DDR-Haft; Mai 1956 Flucht nach Westberlin.

Stoltzenberg, Wilhelm Freiherr von (1895–1955), vor 1933: DDP; 1945 LDP; Vorsitzender des Hauptausschusses der LDP; ab 1945 Mitglied des Zentralvorstandes; 1951 stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen; Mitglied der Deutschen Wirtschaftskommission; 1946–1952 MdL Sachsen; 1949–1950 Staatssekretär im Aufbauministerium der DDR; 1953 Flucht in die Bundesrepublik.

Trieloff, Richard (1890), vor 1933: DDP; 1945 LDP; Kreisvorsitzender von Eberswalde; MdL Brandenburg.

de Vries, Heinrich (1896), Bankkaufmann; 1945: LDP; Kreis- und Bezirkssekretär in Gera; Anfang 1948 auf Druck der SMA von seinem Posten entlassen; ab August 1948 Organisationsleiter beim LV Brandenburg der LDP; auf Druck der SMA im Juli 1949 gekündigt; ab Mai 1950 Landessekretär der Nationalen Front in Halle; ab Januar 1951 besoldeter Stadtrat in Eilenburg bei Leipzig; im Dezember 1952 Flucht nach Westberlin.

Weinwurm, Wolfgang, NDP; Vorsitzender der Werbekommission des Volkskongresses in Potsdam.

Weirich, Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses der LDP im Landesverband Brandenburg.

Welkow, Erich, Landesgeschäftsführer der LDP in Brandenburg, flüchtete 1948 nach Westberlin.

Wenda, Otto Paul (1896), 1945: LDP; Stellvertretender Kreisvorsitzender, Kreistagsabgeordneter, Gemeindevertreter in Zauch-Belzig (Lehnin).

Wiese, Friedrich-Franz (1929), Landeshochschulreferent und enger Mitarbeiter Arno Eschs; am 18.10.1949 in Rostock verhaftet, von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt, zu 25 Jahren Zwangsarbeit begnadigt; Ende 1955 aus der Haft entlassen; Übersiedlung in die Bundesrepublik.

Wiesner, Otto (1910), SED; bis 1948 Landesvorsitzender der FDJ in Brandenburg; MdL Brandenburg; 1946–1949 Mitglied des Zentralrates der FDJ; 1955–1960 Leiter der „Nationalen Gedenkstätte" Cecilienhof/Potsdam.

Will, Erich (1908), LDP; Landesvorstand Brandenburg; Vorsitzender des KV Westprignitz; 1950 Flucht nach Westberlin.

Wolff, Georg (1882–1967), vor 1933: DDP; 1925–1933 Vorsitzender des Deutschen Lehrervereins; 1945 LdP; 1948–1956 Leiter der Kulturpolitischen Abteilung bei der LDP-Geschäftsstelle in Berlin; 1956 Übersiedlung nach Westberlin.

Wyschinskij, Andrej (1883–1954), 1935–1939 Generalstaatsanwalt der Sowjetunion und in dieser Eigenschaft Ankläger in den Schauprozessen Stalins; 1949–1953 Außenminister der UdSSR; 1953/54 Ständiger Vertreter bei der UNO.

Zborowski, Ernst, CDU; Mitglied des Landesvolksausschusses; 1946–1948 Landesgeschäftsführer; 1948 Erster Landesvorsitzender in Brandenburg; MdL Brandenburg; legte im Oktober 1948 alle Ämter nieder.

Abkürzungen

AdL	Archiv des Deutschen Liberalismus
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitungen
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
DBP	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film AG
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DGO	Deutsche Gemeindeordnung
DKrO	Deutsche Kreisordnung
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
HO	Handelsorganisation
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KV	Kreisverband
KWU	Kommunale Wirtschaftsunternehmen
KWV	Kommunale Wirtschaftsverwaltung
LDP(D)	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
LV	Landesverband
MAS	Maschinen-Ausleihstation
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
NDP(D)	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NVA	Nationale Volksarmee
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
PG	Parteigenosse
RIAS	Rundfunk im Amerikanischen Sektor
RM	Reichsmark
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMA(D)	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SNB	Sowjetisches Nachrichtenbüro

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UGO	Unabhängige Gewerkschaftsorganisation
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEB	Volkseigener Betrieb
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
ZK	Zentralkomitee

Personenregister

Acheson, Dean G. 126, 206
Adenauer, Konrad 15, 180, 253
Agsten, Rudolf 14, 199f., 211
Altmann, Hans 85
Arlt, Oswald 142, 273
Attlee, Clement R. 28

Bätcher, Rudolf 30f., 40, 46f., 66, 71, 73, 82, 97, 103, 225, 273
Barthel, Kurt 220
Baumann, Rudolf 158, 162f., 216, 218, 273
Bechler, Bernhard 29, 32, 36, 44, 115, 124f., 208, 273
Becker, Hermann 70, 273
Beethoven, Ludwig van 109, 113
Bernadotte, Folke Graf 82, 202
Bevin, Ernest 48, 126
Bismark, Paul 135f., 273
Bloch, Peter 7
Blücher, Franz 58f., 198, 273
Bolz, Lothar 116, 128, 141, 143, 209, 273
Brasch, Horst 94, 207, 273
Brauer, Max 79, 136, 166, 169, 217, 273
Bretschneider, Arthur 112, 273
Brück, Frhr. von 97
Brüder Tur 154, 214
Busse, Ernst 94, 273

Christensen, Ernst 182
Chruschtschow, Nikita S. 15
Claudius, Eduard 181, 274
Clay, Lucius D. 27, 69
Cocteau, Jean 100

Dahlem, Franz 220, 274
Damerow, Erich 197, 200f.
Desczyk, Gerhard 219
Dieckmann, Johannes 75, 118, 200, 219, 274
Dietrich, Hermann 195
Dingeldey, Eduard 196
Döring, Wolfgang 14
Dortu, Max 27, 274

Ebert, Friedrich jun. 61, 64, 71, 89, 99f., 102, 274
Eckardt, Siegfried 146, 156, 165, 173, 274
Ediger, Franz 219f.
Egidi, Hans 28f., 274
Ehrlich, Ruth 99, 274
Eisler, Gerhart 186, 220
Esch, Arno 99, 108, 274

Falk, Wilhelm 77, 204, 274
Fechner, Max 107, 206, 274
Felsenstein, Walter 56
Flach, Karl-Hermann 15
Flatau, Joachim 46f., 53, 66, 119, 133, 143f., 184f., 187, 198, 272, 275
Fontane, Theodor 138
Friede, Dieter 21, 275

Gaedecke, Max 94, 158, 162f., 218, 275
Gaertner, Alphons 68, 70
Gans 180
Gehlen, Reinhard 223
Geiler, Karl 245
Georg II., König von Griechenland 202
Gerigk, Hermann 169, 174, 180, 275
Gerlach, Manfred 14, 73, 146, 165, 172f., 215f., 219, 275
Gessner, Herbert 33, 98f., 275
Glommer 97
Gluck, Christoph W. 138
Gniffke, Erich 93, 275
Goethe, Johann W. von 113, 138, 210, 252
Goettke 26
Grobbel, Karl 135, 192, 275
Grotewohl, Otto 63, 99, 143, 152f., 196, 198, 208, 211, 223, 255f., 258, 275
Grundei, Albert 77, 275

Haalck 181
Hachfeld 27
Hallstein, Walter 16
Hamann, Karl 13, 103f., 107f., 110, 112f., 125, 127, 129, 132f., 139, 142f., 147, 156, 167f., 182ff., 200, 208, 210ff., 233, 238, 266–272, 275
Handke, Georg 262f.
Hardenberg, Karl August Frhr. von 250

Harnack, Falk 100f., 276
Hartmann, Wolf-Dietrich 219
Hein, Willy 145, 158, 160, 162ff., 175, 215f., 276
Heinrich, Paul 120, 137, 276
Helmrich, Willi 140
Henke, Wilke 33f., 51, 125, 276
Hennecke, Adolf 90, 276
Henze 118, 276
Heuss, Theodor 22, 195, 276
Hickmann, Hugo 209
Hitler, Adolf 80, 191, 223, 230
Hönig, Eberhard 99, 276
Höniger, Walter 91
Honecker, Erich 219f.
Holte, Axel te 55
Howley 63
Hübener, Erhard W. 57, 75, 85, 201, 245, 276
Hugo, Otto 196
Hutten, Ulrich v. 241

Jelisarow 40
Jessup, Philip C. 121
Jost 26

Kaiser, Jakob 29, 75, 276
Kalinin 63
Kapkajew 34, 40
Kastner, Hermann 49, 68, 103f., 106f., 112f., 118f., 129, 143, 148, 152f., 156, 167f., 173, 175, 189, 197f., 211f., 214, 223, 238, 255, 276
Kieblock, Martin 210
Kiefer, Helmut 200
Knopke, Karl 97
Koblitz, Kurt 76, 276
Köhn, Heinz 120, 277
Koenen, Wilhelm 109, 277
Koerber, Ingo von 12f., 30–33, 35ff., 39f., 44, 46f., 51ff., 55–58, 61, 64, 66f., 73ff., 77, 89, 97f., 108f., 113, 115, 117, 119ff., 124, 127, 129–140, 143, 145, 147, 151f., 155f., 160–163, 165, 171f., 174–177, 187, 189, 192, 196, 199f., 206f., 209f., 212–215, 218ff., 234, 242, 277
Koltzenburg, Oswald 59, 89, 127, 129, 135f., 142, 277
Korfes, Otto 181, 277
Kreikemeyer, Willi 122f., 277
Kretschmer, Alfred 147
Kreuder, Peter 154
Kröber 150, 277
Kuba (Pseudonym f. Barthel, Kurt) 220
Külz, Helmut 35f., 277
Külz, Wilhelm 11, 22f., 29, 34ff., 39, 56, 68, 71, 74, 112, 196f., 200, 205, 243, 245, 277
Kuhberg, Werner 90, 93, 115, 206
Kuntze, Andreas 182
Kunze, Walther 31ff., 35, 39, 44, 49, 52, 77, 196, 204, 277
Kuny 156, 214f.

Landahl, Heinrich 195
Lang, Max 115, 277
Lemmer, Ernst 195
Lenin 196, 270
Leux, Leo 45
Liebknecht, Karl 218
Liebler, Ralph 75, 219, 277f.
Lieutenant, Arthur 33, 43, 49, 65f., 68, 70f., 74f., 147, 197, 200f., 212, 278
Lobedanz, Reinhold 209
Loch, Hans 120, 189, 200, 211, 219, 278
Lorenz 75
Lüders, Sigrid 108
Luschuweit, Jewgenij F. 221
Luxemburg, Rosa 218

Machner, Karl 165
Maibaum, Helga 190
Maier, Reinhold 196
Malik, Jakow A. 121
Markgraf, Paul 201
Marshall, George C. 48, 197
Martin, Karlheinz 205
Marx, Hermann 146f., 278
Masaryk, Jan 28
McCloy, John J. 253
Meier, Hans 118, 278
Mende, Erich 14, 16
Meschkat, Richard 25, 123f., 131f., 142, 146, 149f., 151, 189, 278
Mikolajczyk, Stanislaw 253
Mitschurin, Iwan W. 190
Möhring, Wolfgang 147, 278
Moersch, Karl 16
Molotow, Wjatscheslaw M. 100, 114, 201
Montesquieu, Charles 74
Moog, Leonhard 106, 113, 197, 278
Mühlmann, Carl 14, 23, 25, 30, 32f., 35ff., 40, 49, 51, 66, 116, 119f., 132ff., 137, 139, 141, 147, 158f., 163, 166, 171, 177f., 185, 187, 190, 193, 210, 212, 215f., 220, 222, 268f., 278

Müller, Kurt 120, 137, 278
Müller, Paul 104, 205, 278
Müller, Wolfgang 41
Münch, Karl-Heinz 147, 278

Naase, Karl Heinz 216
Napoleon 55
Natonek, Wolfgang 73, 204, 278
Naumann, Friedrich 218
Neumann 33
Norden, Albert 152, 214, 278
Nuschke, Otto 49, 120, 279

Oelssner, Fred 97f., 279
Orthmann, Helene 46, 145, 155, 158, 160, 162f., 216, 279
Orwell, George 191
Ossang, Adolf 187, 189, 279
Ossietzky, Carl von 190

Paul, Walter 25, 32, 179f., 190
Pfleiderer, Karl Georg 14
Pieck, Wilhelm 42, 49, 99, 107, 141, 143, 154, 190, 193, 206, 220, 224, 279
Pius XII. 158
Polte, Albert 153, 213, 279
Poncet, François 253
Priefert, Franz 158, 160, 162ff., 216, 279

Rathenau, Walther 104, 205
Rau, Heinrich 263
Reif, Hans 207
Reinhold, Max 83, 177f., 279
Richard 166, 169, 216f.
Robertson, Sir Brian 28
Rönnefahrt, Siegfried 93, 165
Rubin, Hans Wolfgang 16
Rücker, Fritz 37f., 100, 138, 160f., 163, 207, 225f., 279
Ryschej, P. L. 214

Sägebrecht, Willy 73, 142, 279
Sartre, Jean-Paul 100
Scharnhorst, Gerhard von 250
Schatter, Kurt 160
Scheel, Walter 15
Schiffer, Eugen 238, 245
Schiller, Friedrich von 249
Schmidt s. Claudius
Schmidt 26, 151f.
Schneider, Georg 33f., 66, 132ff., 160, 215, 280
Schroeder, Louise 63, 280
Schuman, Robert 126
Schulze-Delitzsch, Hermann 262
Schwennicke, Carl-Hubert 22f., 53, 92, 102, 109, 280
Seelenbinder, Werner 190
Seibt, Kurt 56, 136, 151, 279
Seipold 169
Selbmann, Fritz 263
Siebenpfeiffer, Karl 71, 89, 151, 280
Sokolowskij, Wassilij D. 28, 33, 45, 58, 76, 79, 117, 201, 280
Spiegel, Georg 193, 280
Stachanow, Aleksej G. 203
Stalin 15, 77, 114, 201, 203
Steffen, Erwin 72, 87, 115, 131f., 147, 152, 164, 185, 187, 212, 214, 269, 272, 280
Stein, Heinrich F. K. Frhr. vom und zum 250
Steinhoff, Karl 39, 280
Steinmann, Agnes 156
Stempel, Günther 146, 167, 184f., 187, 190, 219, 255, 272, 280
Stichnote, Werner E. 222f.
Stoltzenberg, Wilhelm Frhr. von 74, 99, 104, 118, 142, 155f., 183, 201, 211, 219, 280
Strauß, Johann (Sohn) 56
Strauß, Richard 113
Stresemann, Gustav 196

Thürmer, Walther 209, 219
Tietze, Wilhelm 175ff.
Trieloff, Richard 140, 280
Truman, Harry S. 29, 114, 169
Tschaikowskij, Peter I. 55
Tschujkow, Wassilij I 259
Tubelski, D. 214
Tulpanow 110, 112
Tur, Brüder 154, 214

Ulbricht, Walter 99, 107, 110, 144, 199f., 206, 220, 271
Ungeheuer, Josef 15

Vries, Heinrich de 72, 79, 83, 87, 92, 97, 102, 106, 109, 112f., 121, 125, 127, 129–134, 136, 280

Wangenheim, Frhr. von 26
Weber, Otto Hermann 245
Weinert, Erich 197
Weinwurm, Wolfgang 146, 280
Weirich 156, 179

Welkow, Erich 53, 72, 77, 281
Wenda, Otto Paul 115, 140, 281
Werthmann, Harald 14
Wiese, Friedrich-Franz 150, 281
Wiesner, Otto 31, 281
Will, Erich 120, 212f., 281
Wolff, Georg 139, 165, 219, 281
Wyschinskij, Andrej J. 110, 114, 126, 281
Zborowski, Ernst 73, 281
Zerbrennek 71, 97, 101, 106, 115, 131, 134, 200
Zetkin, Clara 190
Ziora 152
Zuckmayer, Carl 113

Zeitgeschichte

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Herausgegeben von Karl Bracher und Hans-Peter Schwarz

Band 49
Hans Buchheim
Deutschlandpolitik 1949–1972
Der politisch-diplomatische Prozeß
1984. 179 Seiten.

Band 50
Gerald D. Feldman/ Irmgard Steinisch
Industrie und Gewerkschaften 1918–1924
Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft
1985. 222 Seiten.

Band 51
Arthur L. Smith
Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg
Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen
1985. 200 Seiten.

Band 52
Norbert Frei
Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Pressetradition
Die Geschichte der Nachkriegszeitung Südost-Kurier
1986. 204 Seiten.

Band 53
Werner Bührer
Ruhrstahl und Europa
Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945 1952
1986. 236 Seiten.

Band 54
Das Tagebuch der Hertha Nathorff
Berlin New York.
Aufzeichnungen 1933 bis 1945.
Herausgegeben von Wolfgang Benz.
Vergriffen.

Band 55
Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland
Berichte der Schweizer Gesandtschaft in Bonn 1949 1955.
Herausgegeben von Manfred Todt.
1987. 187 Seiten.

Band 56
Nikolaus Meyer-Landrut
Frankreich und die deutsche Einheit
Die Haltung der französischen Regierung und Öffentlichkeit zu den Stalin-Noten 1952.
1988. 162 Seiten.

Oldenbourg